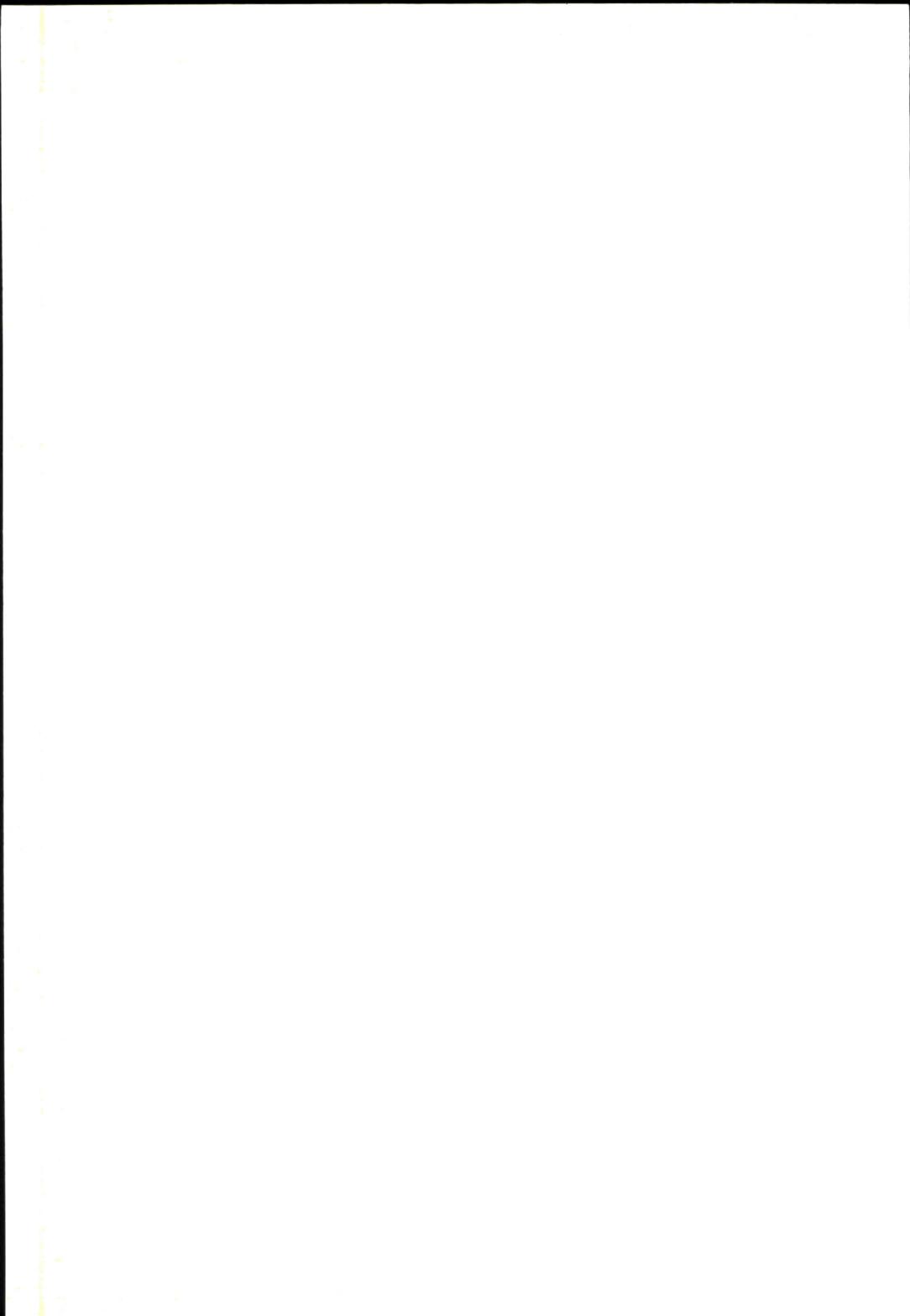




1

CDU

**Bundesparteitag
Berlin, 1968
4. bis 7. November**



16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**16. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Berlin, 4. - 7. November 1968

Herausgeber:

**Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Nassestraße 2**

Druck:

Weiss-Druck, Monschau (Eifel), Eschbachstraße 36-38

Fotos:

Josef A. Siominski, Essen-Heisingen, Am Hagenbusch 5

Verlag:

**Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn, Argelderstraße**

Montag, 4. November 1968

Eröffnung in der Berliner Kongreßhalle, 10 Uhr

1. Plenarsitzung

Bundeskanzler Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne den 16. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Berlin. Ich heiße Sie alle, meine Parteifreunde und verehrten Gäste, herzlich willkommen. Ich grüße von Herzen die Bevölkerung Berlins, der wir in unverbrüchlicher Treue verbunden sind.

(Beifall)

Auf Vorschlag des Bundesvorstands schlage ich Ihnen als **Mitglieder des Präsidiums des Parteitages** folgende Damen und Herren vor: als Präsidenten des Parteitages unseren Freund Franz Amrehn,

(Beifall)

als Mitglieder des Präsidiums Frau Bundesminister Aenne Brauksiepe,

(Beifall)

unsere Parteifreunde Dr. Egon Klepsch, Peter Lorenz, Adolf Müller, Dietrich Rollmann, Dr. Josef Stecker, Frau Dr. Hanna Walz und Dr. Manfred Wörner.

(Beifall)

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, durch ein Handzeichen deutlich zu machen, ob Sie diesen Vorschlägen zustimmen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Damen und Herren gewählt. Ich bitte sie, ihr Amt zu übernehmen, und übergebe das Wort unserem Freund Franz Amrehn.

(Beifall)

Präsident Amrehn (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Präsidium übernimmt den von Ihnen erteilten Auftrag in dem Bewußtsein, daß ihm diesmal zur Abwicklung der Tagesordnung ganz besonders schwere Aufgaben gestellt sind. Sie haben nachgezählt: es gibt allein 360 Änderungsanträge zu dem vorliegenden Entwurf des Aktionsprogramms. Aber das Präsidium ist sicher, daß wir diese Aufgaben mit Ihrer Unterstützung lösen werden. Ohne Ihre Unterstützung ginge es allerdings nicht. Deshalb verbinde ich mit dem Dank für die Ehre, diesen Parteitag zu leiten, die herzliche Bitte, dem Präsidium im Bemühen um reibungslose und objektive Durchführung dieses Parteitages kameradschaftlich zu helfen.

(Beifall)

Meine Freunde, dieser Parteitag wird in der Reihe der Bundesparteitage der CDU einen besonderen Platz einnehmen. Mit der Durchführung des Berliner Programms, das wir zu Ende beraten und beschließen wollen, wird die CDU zeigen, daß sie nicht eine Partei von gestern ist, sondern daß sie die Kraft hat, die Bedingungen und Erfordernisse der Welt von morgen zu begreifen und zusammen mit ihrer nachwachsenden jungen Generation auch in den kommenden Jahren die deutsche Politik entscheidend zu formen und zu führen.

(Beifall)

Wer die Signale der Zeit versteht, weiß, was von uns erwartet, ja verlangt wird: nicht daß wir den raschen und mächtigen Entwicklungen unserer Gesellschaft nachhinken, sondern daß wir uns ihnen frühzeitig stellen und sie in den Griff nehmen. Es wird erwartet, daß wir nicht Opfer übermächtiger emotionaler und unkontrollierbarer Ereignisse werden, sondern wenigstens im eigenen Verantwortungsbereich Herr des politischen Weges und des politischen Geschehens bleiben. Es wird von uns erwartet, daß wir nicht auf den Erfolgen von gestern ausruhen, sondern die neuen Aufgaben mutig und entschlossen anpacken.

(Beifall)

Das Bild dieses Parteitages wird von vielen jungen Gesichtern geprägt. Sie haben fast alle in den Vorberatungen des Aktionsprogramms mit Ernst und Eifer mitgewirkt. Nicht wenige von ihnen stehen in jungem Alter bereits in hohen Verantwortungen bis hin zum Minister. Das, meine Freunde, ist unsere Zuversicht.

Der Lärm einer revoltierenden Apo, die heute morgen mit Steinwürfen und anderen Mitteln gegen das Landgericht in Berlin vorgegangen ist, so daß es hier wieder zu Auseinandersetzungen ernster Art auf der Straße gekommen ist, mag bei manchem im Lande und mehr noch draußen das Meinungsbild über den inneren Zustand unserer Gesellschaft stören, trüben oder vielleicht sogar verfälschen. Aber wir wissen dennoch: in den Reihen der CDU und ihrer Jungen Union – aber nicht nur dort – steht eine viel größere, ja un-

übersehbare Zahl junger deutscher Männer und Frauen, die mit Einsatzkraft, Verstand und Fähigkeit willens und in der Lage sind, zuverlässige Verantwortungen in einem Staatswesen zu übernehmen, das sie nicht der Anarchie anheim fallen lassen, sondern das sie geordnet und demokratisch weiterführen werden.

(Lebhafter Beifall)

Diese Beratungen, die wir heute beginnen, werden den Anteil zeigen, den eben diese Generation an der Formung des politischen Willens für ihre eigene Zukunft hat.

Dieser Parteitag, meine Damen und Herren und meine Freunde, steht im Zeichen einer neuen verlogenen Kampagne Pankows gegen das freie Berlin, gegen die CDU und gegen den ganzen Bund. In Übereinstimmung der Parteien mit dem Gesamtwillen unserer Bevölkerung sind Tagungen von Bundesorganisationen und Bundesorganen seit Jahr und Tag als Ausdruck unserer freien Selbstbestimmung ein fester Bestandteil unseres Status. Daraus können wir jetzt nicht wieder ein neues Stück herausbrechen lassen.

(Lebhafter Beifall)

Nicht jeder weiß mehr, daß 1949 die Kommunistische Partei im Bundestag sogar die Verlegung des Bundestages nach Berlin beantragt hatte. Nicht jeder weiß mehr, daß 1955 die Sitzung des Bundestages in Berlin von der SED begrüßt wurde und daß die Abgeordneten, die auf den Landwegen reisten, bevorzugt abgefertigt worden sind. Was damals statuskonformes Recht war, kann nicht plötzlich Unrecht werden.

(Beifall)

Nicht diejenigen verletzen den Status, die ihre natürlichen, angestammten und anerkannten Rechte wahrnehmen, sondern diejenigen haben den Status verletzt und verletzen ihn laufend, die in Ostberlin deutsche Truppen aufgestellt und sie dann noch in die Tschechoslowakei geschickt haben.

(Zurufe: Pfui!)

Diejenigen verletzen den Status, die die Verkehrswege unterbunden haben, eine Mauer gebaut haben. Störenfriede sind diejenigen, die Deutschen abwehren wollen, Deutsche in die deutsche Hauptstadt einzuladen.

(Beifall)

Es gibt keinen selbständigen Status für Westberlin, sondern nur einen Viermächtestatus für das ganze Berlin.

(Erneuter Beifall)

In den Viermächtevereinbarungen steht nicht geschrieben, daß im östlichen Berlin eine sogenannte Volkskammer tagen darf, aber ein Bundestag nicht nach Berlin kommen darf. In diesen Viermächtevereinbarungen steht auch kein Wort davon, daß die Kommunistische Partei in Berlin größere Rechte hätte als die demokratischen Parteien.

Pankow hat einen neuen Feldzug begonnen mit der altgewohnten Politik der Bedrohung und der Bedrängung, der Angst und der Einschüchterung; es hat wieder eine Politik der menschlichen Not begonnen. Davor ist die CDU nicht zurückgewichen und sie durfte davor nicht zurückweichen.

(Beifall)

Denn es geht doch überhaupt nicht um den Parteitag der CDU. Das ist ein Vorwand. Der Vorwand war gestern die NPD und wäre morgen die Bundesversammlung.

Es geht ganz einfach darum, ob der Präsenz des Bundes überhaupt an dem zufälligen Beispiel dieses Parteitages jetzt ein entscheidender Schlag versetzt und dem freien Berlin das politische Rückgrat gebrochen werden kann oder nicht. Jedes Zurückweichen würde uns nur in noch schlimmere Forderungen hineindrücken. Unser Status verträgt keine Abstriche mehr an den klaren westlichen Rechten in dieser Stadt.

(Beifall)

Mit der Wahrnehmung solcher Rechte haben wir niemanden herausgefordert. Aber wir sind wieder herausgefordert, wir, die Berliner und ihre Freiheit, die Deutschen im Westen und ihre Sicherheit, die westlichen Schutzmächte und ihre Politik. In dieser Situation können wir die Probe auf unsere Standfestigkeit nur bestehen, wenn die Berliner und die Deutschen und die Schutzmächte ein und dasselbe in dieser Situation wollen und fest und klar zusammenstehen.

(Beifall)

Dies ist auch die Pflicht, die wir denen gegenüber haben, die nur wenige hundert Meter von hier entfernt wohnen und für die wir so lange eintreten werden, wie ihnen der Mund drüben verboten ist.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, daß Sie alle gekommen sind, um in diesen Tagen die Last unserer Arbeit und unsere Sorgen mitzutragen, und daß Sie auch manche Unbequemlichkeit auf sich genommen haben. Ich weiß, daß die Tagungsverhältnisse in dieser Kongreßhalle sehr beengt sind und daß die Räume nicht ausreichen. Ich weiß, daß es schwierig sein wird, in dieser Kongreßhalle ohne Tische zu arbeiten. Aber ich glaube, diese Unbequemlichkeiten wiegen gering gegenüber der Aufgabe, die uns gestellt ist. Ich danke Ihnen, daß Sie da

sind, um mit uns zusammen an dem neuen Aktionsprogramm der CDU zu arbeiten. Ich heiÙe Sie alle sehr herzlich willkommen.

(Beifall)

Erlauben Sie mir nun, daÙ ich zunächst einen sehr herzlichen GruÙ dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, unserem Parteivorsitzenden Dr. Kurt Georg Kiesinger entbiete.

(Lebhafter Beifall)

In diesem Beifall, Herr Bundeskanzler, schwingt bereits etwas von dem Dank mit für die Arbeit, die Sie in den vergangenen zwei Jahren geleistet haben und von der Sie uns nachher in Ihrer Rede vor diesem Parteitag berichten werden.

Mein zweiter GruÙ gilt unserem Ehrenvorsitzenden und früheren Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Diesem Beifall, Herr Bundeskanzler Erhard, ist nichts hinzuzufügen. Sie spüren die tiefe Verehrung, die daraus spricht, und wir danken Ihnen dafür, daÙ Sie weiter in der aktiven Mitarbeit in unserer Partei stehen.

(Lebhafter Beifall)

Mit der Nennung unserer beiden Spitzenpersnlichkeiten der Partei begrÙe ich ohne Einzelnennung alle anderen Freunde unserer Partei, alle Mitglieder des Bundesvorstandes, alle Bundesminister, alle Ministerpräsidenten, alle Landes- und Staatsminister, alle Teilnehmer mit und ohne Rang. Sie sind uns alle herzlich willkommen. Sie sind hiermit alle begrÙt.

(Beifall)

Als Ehrengast des Parteitages heiÙe ich willkommen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Schtz.

(Starker Beifall)

In Ihrer Anwesenheit, Herr Regierender Bürgermeister, erblicken wir, und mögen auch andere erblicken, den Ausdruck der vollen Solidarität der Führung dieser Stadt mit der Abhaltung des Bundesparteitages der CDU in Berlin.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe weiter die Freude, in unserer Mitte den Bundesminister Dr. Dollinger willkommen zu heiÙen als den Vertreter unserer Schwesterpartei, der

CSU. Wir werden nachher die Freude haben, von ihm ein Grußwort zu hören. Herzlichen Dank für Ihr Kommen!

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße ferner für die Europäische Union Christlicher Demokraten ihren Vizepräsidenten Dr. Martin Rosenberg,

(Beifall)

weiter heiße ich herzlich willkommen für die Österreichische Volkspartei Herrn Staatssekretär Piesar und Herrn Dr. Diem, für die Christliche Volkspartei Belgiens Herrn Dr. Geens, für die Evangelische Volkspartei Hollands deren Vorsitzenden Herrn Dr. Veerman, für die Konservative Christliche Volkspartei der Schweiz deren Präsidenten Herrn Nationalrat Dr. Kurmann, für die Christlich Demokratische Weltunion deren Generalsekretär Herrn Sienie-wicz, für die Christlich Demokratische Partei Chiles Herrn Pizarro, für die Konservative Partei Großbritanniens Lady Evelyn Emmet of Amberly, unsere Freundin, die wir regelmäßig hier willkommen heißen.

(Starker Beifall)

Ich heiße willkommen für die Konservative Volkspartei Dänemarks Herrn Bürgermeister Paulsen und Herrn Generalsekretär Ørnkov, für die Høyres Landsstyre Norwegen den Herrn Generalsekretär Lader Ve, für die Konservative Partei Finnlands den Vorsitzenden des internationalen Ausschusses Herrn Mahlamäki, für die Schwedische Volkspartei Finnlands das Mitglied des Zentralvorstandes Herrn Direktor Estlander, und für die Hoeger Partiet Schwedens Frau Ingrid Sundberg.

(Lebhafter Beifall)

Wir begrüßen ferner den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, als welcher er hier teilnimmt, unseren Freund Professor Dr. Furler.

(Lebhafter Beifall)

Wir begrüßen den Vizepräsidenten der Christlich Demokratischen Union im Europäischen Parlament, unseren holländischen Freund Dr. Boertien, den Vizepräsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, unseren Freund Dr. Hellwig, als Vertreter des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften Staatssekretär Walter Strauß, und in diesem Kreise, meine Freunde, halte ich es für selbstverständlich, mit besonderer Freude auch zu grüßen unseren Professor Dr. Walter Hallstein.

(Starker Beifall)

Als Vertreter der Kirchen weilen unter uns, und wir danken Ihnen, daß Sie gekommen sind, für die evangelische Kirche den Herrn Generalsuperintendenten Dr. Helbich, für die katholische Kirche Herrn Bischof Tenhumberg.

(Starker Beifall)

Ich begrüße für den Zentralrat der Juden Herrn Dr. van Dam.

(Starker Beifall)

Erlauben Sie, daß ich unter unseren eigenen Freunden noch einen Namen nenne. Unsere Partei, deren Wirksamkeit so eng mit dem verehrungsvollen Namen unseres ersten Bundeskanzlers verbunden ist, verzeichnet es mit Genugtuung, daß wir hier in unseren Reihen seinen ältesten Sohn Dr. Konrad Adenauer begrüßen können.

(Lebhafter Beifall)

Wir danken Ihnen, Dr. Adenauer, daß Sie auch gerade diesmal in Berlin wieder dabei sind.

Wir danken ferner dafür, daß uns die Gattinnen verstorbener Freunde, nämlich Frau Dr. Kaiser-Nebgen, Frau Tillmanns, Frau Arnold und Frau Ehlers, die Treue und Ehre ihrer Anwesenheit erweisen.

(Starker Beifall)

Es erfüllt mich mit besonderer Freude, daß wir in unseren Reihen begrüßen können die Vertreter der Gewerkschaften, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Ludwig Rosenberg und Bernhard Tacke,

(Starker Beifall)

für die DAG ist Herr Heßmann Brandt hier.

(Beifall)

Der Deutsche Beamtenbund ist vertreten durch unsern Freund Alfred Krause.

(Beifall)

Ich heiße ferner willkommen die Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Bauernverbandes, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes der Freien Berufe, des Deutschen Bundeswehrverbandes, des Bundes der Vertriebenen, der Deutschen Kolpingfamilie, der Evangelischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands, des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands e. V., des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißten und Angehörigen.

(Beifall)

Ich heiße willkommen und begrüße Sie alle, die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, nämlich des Deutschen Städtetages und des Deutschen

Städtebundes, und nicht zuletzt die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie mehrere Intendanten von Rundfunk und Fernsehen.

(Lebhafter Beifall)

Gerade Ihnen danken wir alle für die zusätzliche Mühe, die Sie auf diesem Parteitag auf sich genommen haben. Wir danken ferner schon im voraus für die hervorragende Darstellung, die Sie in Ihren Sendungen über diesen Parteitag bringen werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Als Vertreter der Christlichen Gewerkschaften begrüße ich Herrn Siegfried Weidner.

(Beifall)

Meine Freunde, noch sind nicht alle Ehrengäste angereist. Manche kommen erst morgen. Ich darf mir vorbehalten, die Begrüßung dann morgen nachzuholen. Sollte ich jemand vergessen haben, dann wird dies auch nachträglich geschehen.

Nun, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir unseren Ehrengästen, die uns heute hier eigens begrüßen wollen, zunächst das Wort geben. Ich darf bitten, daß das Wort nimmt der Herr Regierende Bürgermeister Schütz:

(Lebhafter Beifall)

Regierender Bürgermeister Schütz: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Im Namen des Senats von Berlin und auch persönlich heiße ich Sie bei uns herzlich willkommen. Ich wünsche Ihren Beratungen einen guten Verlauf. Die Christlich Demokratische Union ist nicht das erstemal mit ihrem Bundesparteitag in Berlin. Und dies verdient aus mehreren Gründen festgehalten zu werden; einmal natürlich, weil eine wahrheitsfremde Propagandakampagne aus Ostberlin und anderswo den Eindruck vortäuschen will, diesmal geschehe etwas Neues, Niedagewesenes und deshalb so besonders Provokatorisches, zum anderen aber, meine Damen und Herren, sollte man, wie ich meine, es deshalb besonders festhalten, weil die Leistungen dieser Partei für den Aufbau und den immerwährenden Ausbau dieser Stadt es selbstverständlich machen, auch hier wieder einen Parteitag ihrer Gesamtpartei durchzuführen.

Ihre Partei hat viel für diese Stadt getan. Das erkennen die Berliner übrigens ungeachtet des eigenen politischen Standortes dankbar an. Die CDU hat in Bonn mit dafür gesorgt, daß Berlin leben kann, und ich will nicht die Beiträge vergessen, die von den Christlichen Demokraten hier in Berlin selbst geleistet worden sind. Wenn ich Namen nennen darf, so denken wir an Andreas Hermes und an Walther Schreiber, an Robert Tillmanns und an Jakob Kaiser, aber

auch an Männer wie Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer, und ich denke dann auch – der Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus von Berlin möge es mir verzeihen – an den Beitrag, den Franz Amrehn für diese Stadt geleistet hat.

(Lebhafter Beifall)

Ihre Partei gehört in das Bild dieser Stadt. Auf dem Parteitag, den Sie im Jahre 1952 in Berlin abhielten, hat Konrad Adenauer gesagt: „Jedes Mal – jetzt zitiere ich ihn wörtlich – wenn ich von Berlin komme, bin ich überzeugter Berliner geworden, als ich es vorher war.“ Ich hoffe, daß Sie alle sehr bald dieser Auffassung aus eigener Erfahrung zustimmen werden und zustimmen können.

Übrigens begrüßten den Parteitag 1952 auch die Berliner Sozialdemokraten mit einigen etwas bissigen Kommentaren. Ich kann nicht voraussagen, was diesmal geschieht, denn selbstverständlich werden Beratungen und Ergebnisse auch jetzt kritisch gewertet, und wo es notwendig ist, auch be- und verurteilt.

Es gibt – ich meine, zum Glück – in vielen, auch in wichtigen Fragen zwischen den demokratischen Parteien im freien Deutschland Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze. Diese sollen und werden wir nicht vertuschen und verschweigen, sondern in offener und in fairer Auseinandersetzung vor dem deutschen Volk austragen. Aber ich habe bewußt auf einer großen Kundgebung in der vergangenen Woche klargelegt, daß jede demokratische Partei das Recht hat, in Berlin zusammenzukommen, und daß man seine Rechte sicherlich sinnvoll, aber vor allem entschlossen wahrnehmen muß. Zwischen den Parteien, meine Damen und Herren, wird es also auch nach diesem Berliner Parteitag weiter Meinungsunterschiede und Gegensätze geben; aber hier werden – und davon bin ich überzeugt – auch die Gemeinsamkeiten nicht verschüttet, die jeder demokratische Staat und die gerade Berlin braucht, gleich, wie alt und wie jung unsere Demokratie ist.

Nun wird es Ihnen sicherlich nicht entgangen sein, daß nicht jeder über Ihre Anwesenheit in Berlin gleichermaßen erfreut ist. Seit Wochen läuft vor allem in Ostberlin und anderswo eine konzentrierte und konzertierte Propagandaaktion gerade gegen diese Tagung. Wer genau hinhört und es dann in den richtigen Zusammenhang einordnet, dem ist schnell offenbar, daß es hier bei allem Respekt vor Ihrem Parteitag, meine Damen und Herren, nicht um diese Tagung oder um jenen Kongreß, nicht um diesen Besuch und nicht um jene Veranstaltung geht. Die wortgewaltigen Aktivitäten richten sich nicht auf einen Punkt, sondern sie sind gerichtet gegen die Gesamtheit der Bindungen Berlins an den größeren Teil des freien Deutschlands.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Dazu möchte ich auch hier in aller Deutlichkeit feststellen: Nicht wir haben die Situation in und um Berlin verändert, und nicht wir spielen Kalten Krieg

auf unseren Zugangswegen, sondern es sind andere. Nicht wir haben den Viermächtestatus von Berlin ausgehöhlt, und nicht wir demonstrieren in unserer Stadt mit Paraden militärische Macht, sondern es sind andere. Und nicht wir lassen an der Mauer auf Landsleute schießen, und nicht wir hindern die Menschen in beiden Teilen der Stadt daran, sich wiederzusehen, sondern es sind immer andere. Und nicht wir haben am 21. August im klaren Bruch des Potsdamer Abkommens ein Nachbarvolk überfallen, und nicht wir haben die Spannungen in Europa angeheizt, sondern es waren und sind andere in Ostberlin und anderswo.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie es mich ruhig und gelassen, aber in aller Eindeutigkeit sagen: Niemand in Ostberlin und niemand sonstwo kann sich ernsthaft durch das, was sich in diesem Teil der Stadt abspielt, provoziert fühlen. Das gilt für Kongresse aller demokratischen Parteien. Das gilt für Tagungen ihrer Vorstände, das gilt für die ganze Skala unserer über Jahre gewachsenen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, und das gilt übrigens auch für die Bundesversammlung.

Was in Berlin geschieht, geht in aller Öffentlichkeit vor sich. Hier wird nicht mit verdeckten Karten gespielt. Wir wollen keine Spannungen. Unsere Politik richtet sich gegen niemand. Wir wollen in Frieden und in gesicherter Freiheit unsere Arbeit tun; wir wollen die Stadt weiterentwickeln. Wir sind bereit, auch in Berlin der Erklärung unserer Bundesregierung praktische Handlungen folgen zu lassen, insbesondere da, wo es darum geht, die innerdeutschen Beziehungen zu entkrampfen.

Wir stehen also zur Verfügung, um jederzeit und an jedem Ort mit jedem, der dafür zuständig ist, praktische Regelungen zu vereinbaren, die den Menschen in der gespaltenen Stadt helfen können. Diese Bereitschaft kann jederzeit getestet werden, und wir bitten sogar darum.

Was wir tun und was wir wollen, ist allein darauf gerichtet, die Bindungen Berlins an das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem des freien Deutschland zu erhalten. Dies geschieht in voller Übereinstimmung mit denen, die als unsere Schutzmächte hier die oberste Gewalt ausüben. Es geschieht bei voller Respektierung des Viermächtestatus für die ganze Stadt und unter dem Dach der Dreimächteverantwortung für Westberlin. Dabei muß es bleiben, denn nur so können wir diese unsere Stadt lebensfähig halten.

Auf dem Berliner Parteitag des Jahres 1952 hat der Delegierte Dr. Kurt Georg Kiesinger eine bemerkenswerte Rede gehalten. Am Schluß dieser Rede hat er beinahe beschwörend gefordert, wir im freien Teil Deutschlands müßten verhindern, daß unsere politische Heimat schäbig, verpfuscht, verhadert und verlottert werde. Seitdem sind 16 Jahre vergangen. Die Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Parteien waren in dieser Zeit oft leidenschaftlich und ebenso oft hart, aber das demokratische Bewußtsein hat sich in die-

sen Jahren gefestigt. Unsere Demokratie ist besser, als es mancher wahrhaben will. Dennoch wissen wir: Nichts ist so gut, daß es nicht verbessert werden kann, und daran müssen wir alle gemeinsam mitwirken.

Wir sind aber auch aufgerufen, mit äußerster Wachsamkeit jene zu beobachten und uns ihnen entgegenzustellen, die sich zwar demokratisch gebärden, aber in Wirklichkeit unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat zerstören wollen, und ich meine hier die Extremisten an beiden Rändern unserer Gesellschaft – wenn Sie so wollen – rechts und links.

(Beifall)

Wir müssen den Weg der Vernunft unbeeindruckt und unabhängig von den Extremen und den Extremisten weitergehen. Aber wir müssen trotz aller Schwierigkeiten und trotz aller Hindernisse die aktive Politik des Friedens und des Abbaues von Spannungen fortsetzen. So allein antworten wir konstruktiv und antworten wir angemessen auf Rechtsbrüche und Gewalt hier in Berlin und anderswo, und so allein werden wir auf lange Sicht unserem Lande und dieser Stadt Berlin wirklich helfen.

Seien Sie herzlich begrüßt! Herzlich willkommen in Berlin!

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Herzlichen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! Ich darf feststellen, daß wir uns in den Grundfragen unserer Existenz in Berlin weiterhin begeben.

Als weiteren Redner für ein Grußwort darf ich jetzt das Wort Herrn Vizepräsidenten Dr. Martin Rosenberg für die Europäische Union Christlicher Demokraten geben.

(Der Redner wird mit lebhaftem Beifall empfangen)

Dr. Martin Rosenberg: Herr Parteitagpräsident! Herr Bundeskanzler! Sehr verehrte Damen und Herren. Ich habe die Ehre und Freude, dem 16. Bundestag der CDU die Grüße, die Glückwünsche und den Dank der ausländischen Gäste, Ihrer Freunde, Ihrer Gesinnungsgenossen und Ihrer Kampfgefährten auszusprechen.

Warum mir diese Ehre zugefallen ist, hat der Vorsitzende dieses Tages bereits in der Begrüßung gesagt: Ich bin mit meinem Freunde Bruno Heck einer der Vizepräsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, und wer von Ihnen geglaubt hat, es sei hier bereits eine Protektion vorhanden deswegen, weil Bern, woher ich komme, und Berlin das gleiche Wappentier haben, der hat sich getäuscht.

(Heiterkeit)

Ich möchte Ihnen einen dreifachen Gruß überbringen. Erstens überbringe ich Ihnen den Gruß der Europäischen Union Christlicher Demokraten, insbesondere ihres Präsidenten Herrn Mariano Rumor, der speziell nach Bern telefonieren ließ und bedauert hat, daß er nicht hierher kommen kann, und zwar wegen der innenpolitischen Verhältnisse Italiens.

Die Notwendigkeit stärkerer internationaler Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien muß, so glaube ich, nicht unterstrichen werden. Daß sie aber nur wirksam sein kann, wenn sich die großen Parteien kräftig einsetzen, das hat die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt. Deshalb einen herzlichen Dank an die Christlich Demokratische Union für ihren Einsatz! Ohne die CDU ist auch christlich-demokratische Politik wie europäische Politik im allgemeinen in Europa nicht möglich.

Den zweiten Gruß der hier anwesenden Vertreter ausländischer Parteien aus Europa und Übersee aus dem christlich-demokratischen und dem konservativen Kernland! Sie alle verbinden heute mit dem Gruß an diesen Parteitag auch den Dank an die CDU für all das Viele, was sie an Anregungen aus der CDU in den letzten Jahren erfahren durften.

Und schließlich gestatten Sie mir ein persönliches Gruß- und Dankeswort. An 13 von 16 Bundesparteitagen durfte ich dabei sein. Viele Freundschaften flochten sich über die Grenzen. Es begann in Goslar, wo ich erstmals Herrn Dr. Kurt Georg Kiesinger sprechen hörte. Ihm als Bundeskanzler heute die herzlichen Glückwünsche seiner Gesinnungsfreunde aus dem Ausland überbringen zu dürfen, ist für mich eine besondere Freude. Möge es ihm mit seiner, ja, unserer CDU vergönnt sein, den großen Wurf Konrad Adenauers erfolgreich weiterzuführen.

(Beifall)

Dr. Bruno Heck, dem auch seine Freunde den Entschluß, sich ganz der CDU zu widmen, hoch anrechnen, hat zu diesem Parteitag ein Wort geschrieben, das weit über die CDU hinaus Geltung hat und uns alle betrifft und verpflichtet, das Wort: Wir müssen offen sein zueinander, um geschlossen in die Zukunft gehen zu können. Das Wort galt der Öffnung der christlich-demokratischen Parteien, die zum Forum des ständigen Dialogs mit dem Volke werden müssen. Das ist nicht nur richtig gesehen; diese offene Politik ist heute zur Notwendigkeit geworden. Das Wort hat aber wohl auch über die Methode der Parteipolitik hinaus Gültigkeit, z. B. für die Europapolitik. Wie beschämend war die erneut dokumentierte Ohnmacht Europas in der Krise dieses Sommers! Wie viele Demütigungen aber sind noch notwendig, um einzusehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen, daß nur die Einigung Europas die heute so notwendige Stärkung bringen kann und daß wir sie nur erreichen, wenn wir gegeneinander offen bleiben.

(Beifall)

Und zum Abschluß ein Gruß an Berlin. In und um Berlin hat sich in den letzten Jahren vieles geändert. Aber eines sollten wir nicht vergessen und uns

gerade in diesen Tagen neu besinnen: Durch Jahre war Berlin das Fanal der Freiheit. Es muß dieses Fanal bleiben, wenn wir, Europa und die freie Welt, uns nicht selber aufgeben wollen. Auch zu diesem Bekenntnis sind Ihre ausländischen Freunde gern nach Berlin gekommen. Sie wünschen Ihrer Tagung und Ihrem Einsatz im nächsten Jahr vollen Erfolg.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, in solcher Zeit empfinden wir das ermunternde Wort ausländischer Freunde besonders dankbar. Haben Sie herzlichen Dank, Herr Dr. Rosenberg, der Sie für die Europäische Union Christlicher Demokraten gesprochen haben! Sie haben vorhin die lange Liste ausländischer Vertreter gehört, die auf diesem Parteitag anwesend sind. Als zweite Vertreterin ausländischer Nationen, und zwar als Sprecherin für England und die skandinavischen Länder, darf ich nun Baroness Evelyn Emmet of Amberley bitten, das Wort zu nehmen.

Baroness Evelyn Emmet of Amberley (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler und meine Freunde! Ich glaube, ich kann das ganz aufrichtig und mit ganzem Herzen sagen, da ich, glaube ich, schon neun oder zehn Ihrer Konferenzen mitgemacht habe.

(Beifall)

Ich bringe Ihnen Grüße aus Skandinavien und auch von unserem Mr. Heath, der ganz gewiß nach den nächsten Wahlen unser Premierminister sein wird,

(Heiterkeit und Beifall)

auch von Ihrem alten Freund Sir Alec Home.

(Erneuter Beifall)

Wir haben bei uns im Frühling eine gute Versammlung der Europäischen Frauen-Union gehabt, und wir werden jetzt in den nächsten 14 Tagen in London eine Konferenz der konservativen und christlich-demokratischen Jugend haben. Ich hoffe, daß wir im Frühling, im Mai, nahe bei London eine Konferenz von gleichdenkenden Parteien haben werden. Dieses Mitarbeiten in gleichdenkenden Parteien ist nicht nur wichtig, sondern sehr nötig, wenn Westeuropa zusammenkommen will. Wie die Parteien heißen, macht es gar nicht, wenn sie gleichdenkend sind.

In Westeuropa haben wir meiner Meinung nach augenblicklich einen sehr gefährlichen Zustand. Die kommunistische Welt erhebt sich, und auf unserer Seite sind wir noch zerstritten. Meine Freunde, wir müssen wirklich hart arbeiten, wenn wir unsere westliche Lebensart retten und erhalten wollen. Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Amrehn: Herzlichen Dank, Baroness! Seit vielen Jahren stehen wir in einer so engen politischen Zusammenarbeit, daß wir es besonders dankbar empfinden, Sie heute wieder unter uns zu haben als die Ruferin zur Einheit. Wir haben diesen Ruf gehört und verstanden. Herzlichen Dank, Baroness!

(Beifall)

Nun darf ich den Vertreter unserer Schwesterpartei, der CSU, Herrn Bundesminister Dr. Dollinger, bitten, das Wort an den Parteitag zu richten.

Bundesminister Dr. Werner Dollinger (mit Beifall begrüßt): Herr Parteitagpräsident! Sehr verehrter Herr Bundesvorsitzender und Bundeskanzler Dr. Kiesinger! Meine sehr verehrten Damen und Herren und – ich wage es hinzuzufügen – liebe Parteilfreunde!

(Helterkeit und Beifall)

Gerne bin ich der Aufforderung meines Parteivorsitzenden, Bundesminister Franz Josef Strauß, der heute u. a. wegen einer wichtigen Sitzung des Finanzplanungsrates zu seinem Bedauern nicht kommen kann, gefolgt, um Ihnen in seinem Namen und für die Christlich Soziale Union die besten Grüße und Wünsche für Ihren 16. Bundesparteitag hier in Berlin zu übermitteln. Unabhängig von den verschiedenen Meinungen, ob Berlin als Tagungsort gut gewählt ist, glaube ich, wir haben ein Recht und die Pflicht, so wie in der Vergangenheit auch jetzt und in Zukunft uns in Berlin frei zu versammeln.

(Beifall)

Für uns ist Berlin die Hauptstadt ganz Deutschlands und der Treffpunkt aller Deutschen.

(Erneuter Beifall)

Kein Ort in Deutschland macht unsere Lage, aber auch die Situation Europas und der Welt deutlicher als diese Stadt mit Mauer, Stacheldraht und zerschnittenen Telefonleitungen, wobei ich als der zuständige Ressortminister für das Post- und Fernmeldewesen zu meinem Bedauern sagen muß, daß es mir in den letzten beiden Jahren trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die Post- und Fernmeldeverbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu normalisieren und zu verbessern. So ist Berlin ein Ort ohne jede Illusion. Hier zeigt sich unser Schicksal und unsere Aufgabe. Die letzten 20 Jahre verdeutlichen dies.

Diese Zeit hat aber auch gezeigt, daß die Grundthemen: Sicherung und Gestaltung von Freiheit, Recht und Ordnung, für den einzelnen wie für die Völker die gleichen geblieben sind. Auch der Mensch in seinem Zwiespalt zwischen Gut und Böse ist geblieben.

Dieser Tatsache und daneben dem Wandel unserer Zeit müssen die Parteien bei der Gestaltung ihrer Programme Rechnung tragen. Wir, die CDU/CSU, haben die Nachkriegszeit entscheidend mitgestaltet und mit unserer Politik

große Erfolge erzielt. Wir stehen heute, 23 Jahre nach Kriegsende, inmitten eines Generationenwechsels. Unser Blick muß mehr denn je nach vorne gerichtet sein. Es gilt, unserem Volke und insbesondere unserer Jugend Ziele aufzuzeigen, die erstrebenswert und erreichbar sind und für die es sich lohnt, sich in Beruf und Öffentlichkeit einzusetzen.

Sie wollen hier Ihr Aktionsprogramm, das sich mit allen Fragen des menschlichen Zusammenlebens und seiner Gestaltung in Deutschland in den kommenden 70er Jahren auseinandersetzt, in diesen Tagen verabschieden. Obwohl wir von der CSU uns öfter eines gewissen Vorpreschens befleißigen, sind wir mit unserem Grundsatzprogramm noch nicht so weit wie Sie. Wir haben bereits eine Reihe von Vorentscheidungen getroffen, wie z. B. in Fragen der Strukturanpassung und der Mitbestimmung. Ich brauche nur auf die Tagung der Landesgruppe der CSU in Berneck zu verweisen. Wir werden unser Programm im Dezember auf unserem Parteitag verabschieden. Ich kenne Ihr Aktionsprogramm und bin selbst an der Ausarbeitung unseres Grundsatzprogramms beteiligt. Ich kann feststellen: In beiden Programmen kommt eine große Übereinstimmung in entscheidenden Fragen der deutschen Politik zum Ausdruck.

(Beifall)

Ich nenne z. B. die erfolgreiche Fortführung der sozialen Marktwirtschaft unseres Parteifreunds Ludwig Erhard.

(Beifall)

Ich denke an die Forderung nach fairem Wettbewerb, an die Entfaltung freier unternehmerischer Initiative, an die Erhaltung und Förderung der selbständigen Existenzen im gewerblichen Mittelstand und in den freien Berufen bei geordneten Finanzen und gesichertem Eigentum mit freiem Verfügungsrecht. Ich nenne weiter unser gemeinsames Bemühen um eine Reform unserer Verwaltung, den weiteren Ausbau unseres Bildungs- und Erziehungswesens, die Intensivierung unserer Forschung, eine gesunde Raumordnung, die soziale Sicherung und die Hilfestellung für die Landwirtschaft, damit sie ihre strukturellen Probleme besser lösen kann.

Die Union muß alles daransetzen, um die Einigung Europas, und zwar ganz Europas, zu verwirklichen. Wir wollen ein Europa in Einigkeit und Freiheit, ein gesichertes Europa, das politisch und auch verteidigungspolitisch eine gestaltende Kraft ist.

Dies sind alles Ziele, für deren Lösung Sie in diesen Tagen die Weichen stellen wollen, Ziele aber auch, bei deren Lösung Ihnen die CSU zur Seite stehen will. Wir, die CDU/CSU, haben eine gemeinsame geistige Grundlage. Wir haben gemeinsame Ziele und eine gemeinsame Aufgabe. Dort, wo wir, ganz gleich aus welchen Gründen, unterschiedliche Auffassungen haben, wollen wir – sagen wir es umschrieben – es nicht an Tuchfühlung fehlen lassen.

Um Irrtümer zu vermeiden, meine Damen und Herren: CDU und CSU wollen auch künftig gemeinsame Politik machen. Die Stärke der Unionsparteien hing von deren Zusammenarbeit als Parteien ab, zu Zeiten der Parteivorsitzenden Adenauer und Erhard auf der einen Seite, Dr. Josef Müller, Hans Ehard und Seidel auf der anderen Seite, und heute bei den Vorsitzenden Dr. Kurt Georg Kiesinger und Franz Josef Strauß, hing aber auch ab von der Zusammenarbeit in der Fraktion, zu Zeiten von Heinrich von Brentano, Dr. Krone und heute von dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel und dem Landesgruppenvorsitzenden Richard Stücklen.

Mit unseren Programmen wollen wir vor die Wähler treten. Klare Programme sind Voraussetzungen für klare Wählerentscheidungen. Eine klare Wählerentscheidung brauchen wir, um unsere Programme unverändert verwirklichen zu können. Das heißt, wir brauchen eine klare Mehrheit.

(Beifall)

Ich sage dies im Hinblick auf Zwang zur Koalition und auf Grund von Koalitionserfahrungen. Ich glaube, ich gehe nicht fehl, wenn ich sage, daß manche von Ihnen keine besonderen Freunde einer Koalition sind, gleich, ob es eine Kleine oder Große ist, ob es eine Vernunfts- oder eine Zwangsehe ist.

(Beifall)

Wenn wir klar regieren wollen, brauchen wir die Mehrheit. Haben wir sie nicht, gibt es nur die Wahl zwischen Koalition und Opposition. Dies muß auch der Wähler wissen. Für diese Entscheidung müssen wir unsere Ziele und unser Wollen deutlich machen. Dem müssen unsere Programme dienen.

Für die Verabschiedung Ihres Aktionsprogramms wünsche ich Ihnen nach klärenden Diskussionen Einigkeit. Unsere große gemeinsame Aufgabe ist es in den nächsten Monaten, an Hand unserer Programme unsere Ziele und unser Wollen dem Bürger deutlich zu machen. Dies ist eine Aufgabe, die wir, die CDU und die CSU, gemeinsam leisten müssen. Dazu möchte ich Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, der Sie die schwierige Situation in erster Linie zu meistern haben, und Ihnen, verehrter Herr Generalsekretär Heck, von Herzen Glück und Gottes Segen wünschen. Wollen wir uns alle mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß uns, der CDU und der CSU, der Erfolg beschieden sein möge.

(Beifall)

Präsident Amrhein: Lieber Parteifreund Dollinger, das können wir uns gegenseitig versprechen. CSU und CDU werden auch zukünftig nur an einem Strang ziehen, und wir sind sehr froh, daß wir für Ihre Programmarbeit Ihnen heute eine gute Orientierungshilfe mit auf den Weg geben können.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, damit darf ich die Reihe der Begrüßungsreden schließen und muß nun mit Ihnen einige geschäftsordnungsmäßige Angelegenheiten durchgehen.

Das Parteiengesetz schreibt uns vor, daß ein Parteitag, wenn er sich konstituiert, zunächst einmal seine eigene **Beschlußfähigkeit** feststellt. Nun haben wir noch keine ausgezählten Zahlen; aber der Saal ist gefüllt, und die Beschlußfähigkeit des Parteitages ist offenkundig. Ich stelle sie hiermit ausdrücklich fest. Genaue Zahlen werden später geliefert.

Das nächste ist, daß wir eine **Beschlußfassung über die Tagesordnung** vornehmen müssen. Diese Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor, und zwar in dem kleinen Heft in Ihren Parteitagsunterlagen, beziffert mit den Punkten 1 bis 15. Davon sind – mit Ihrem Einverständnis – die Punkte 1, 2 und 7 bereits erledigt.

Nun schlägt Ihnen der Bundesvorstand vor, auf die Tagesordnung zusätzlich einen Antrag zu setzen, eine Kommission zur Vorbereitung der Bundesversammlung einzuberufen. Sie finden diesen Antrag hektographiert in Ihren Parteitagsunterlagen. Er soll zwischen den Punkten 4 und 5 der gedruckten Tagesordnung behandelt werden.

Sind Sie mit der gedruckten Tagesordnung und dieser Ergänzung einverstanden? – Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß der Parteitag die gedruckte Tagesordnung mit der Ergänzung um den Antrag des Bundesvorstandes zur Bundesversammlung genehmigt hat.

Weiter müssen wir nun einen **Beschluß über die Verfahrensordnung** vornehmen. Sie haben in den Mappen, die Ihnen mit der Einladung zu diesem Parteitag zugegangen sind, bereits den Entwurf einer Verfahrensordnung gefunden. Wir haben jetzt auf Grund von Beschlüssen des Bundesvorstandes am gestrigen Tag diese Verfahrensordnung ergänzt, und sie ist hier im Raum verteilt worden; in diesen verteilten Exemplaren sind die Änderungen sichtbar gemacht worden.

(Widerspruch)

Für diejenigen, die ein solches Exemplar nicht haben oder auf dem Weg hierher nicht mitgenommen haben bzw. es auf dem Platz nicht gefunden haben, möchte ich mündlich erklären, welche Änderungen oder Ergänzungen geplant sind und Ihnen vorgeschlagen werden. Sie können also das Exemplar der Ihnen mit der Einladung zugegangenen Verfahrensordnung zur Hand nehmen. Danach soll in Punkt 4, der mit dem Satz beginnt: „Der Präsident des Parteitages kann die Aussprache abkürzen“, eingefügt werden, und zwar in diesen ersten Satz: „mit Zustimmung des Parteitages“. Der Bundesvorstand kommt damit einer Reihe von Anregungen entgegen, die in der Zwischenzeit zu uns gekommen sind. Wir meinen, daß damit der Parteitag nicht nur einverstanden sein kann, sondern daß er sogar den Ablauf der Verhand-

lungen nachher noch erleichtern kann, wenn er die Möglichkeit hat, den Vorschlägen des Präsidiums ausdrücklich zuzustimmen. Das macht es dem Präsidium, wenn es Ihre Zustimmung hat, noch leichter.

In Punkt 6 sind als redeberechtigt alle stimmberechtigten Delegierten und die Mitglieder des Bundesvorstandes angegeben. Dieser Punkt sollte dahingehend ergänzt werden, daß auch die Mitglieder der Antragskommission redeberechtigt sind. Ich habe Ihnen schon gesagt, meine Freunde, daß wir rund 360 Anträge zu bearbeiten haben. Wir sind außerstande, sie alle einzeln im Detail hier zu behandeln. Wir müssen vielmehr eine Antragskommission bitten, vorbereitende Arbeit zwischen den Sitzungen des Parteitages zu leisten. Da müssen wir ihr auch die Möglichkeit geben, auf diesem Parteitag selber Änderungsanträge und Neufassungsanträge zu stellen.

Ferner soll ein Satz zu Punkt 6 angefügt werden, der folgenden Wortlaut hat: „Das Wort zur Geschäftsordnung erteilt der Präsident nach freiem Ermessen“.

Diese Vorschrift ist der Geschäftsordnung des Bundestages entlehnt. Es erschien dem Bundesvorstand für eine zügige Leitung dieses Parteitages unerlässlich, dem Präsidenten die Möglichkeit zu geben, Geschäftsordnungsfragen in ihrer Behandlung und der Dauer der Behandlung zu begrenzen. Dazu soll der Parteitag entsprechend der Regelung in der Geschäftsordnung des Bundestages dem Präsidium die Ermächtigung geben.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldung. Dann stimmen wir darüber ab, ob der Parteitag dieser so ergänzten Neufassung der Verfahrensordnung zustimmt. Darf ich um Ihr Handzeichen bitten? – Die Gegenprobe bitte! – Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann ist die Verfahrensordnung für diesen Parteitag beschlossen.

Wir haben nunmehr die Mandatsprüfungskommission einzusetzen. Die Mandatsprüfungskommission soll unter dem Vorsitz unseres Berliner Freundes und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Dr. Günter Riesebrodt, tagen. Als Mitglieder werden benannt die Freunde Franz-Heinrich Krey, Gerold Rummier und Gustav Vogt. Sind Sie mit dieser Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission einverstanden? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann hat der Parteitag so beschlossen.

Nun, meine Freunde, müssen wir noch über den Antrag Beschluß fassen, den wir auf die Tagesordnung gesetzt haben und der die Einsetzung eines Gremiums zur Vorbereitung der Bundesversammlung betrifft. Ich nehme an, daß Sie alle diesen Entwurf des Beschlusses vor Augen haben.

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann verlese ich ihn jetzt:

Der Bundesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag beauftragt den Vorsitzenden der CDU im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der CSU zur

Vorbereitung der Bundesversammlung ein Gremium einzuberufen, das sich aus folgenden Personen und Gruppen zusammensetzen soll: Dem Bundesvorstand der CDU, dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär der CSU, dem Vorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen der CDU und der CSU, den Vorsitzenden der CDU-Landesverbände und der CDU-Bundesvereinigungen, den Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU und der CSU angehören. Vertretungen sind nicht möglich.

Der Vorsitzende der CDU soll dieses Gremium im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der CSU alsbald einladen, damit es der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten empfiehlt.

Ich füge an: die CSU ist mit der Regelung, die wir hier empfehlen, einverstanden.

Darf ich fragen, ob das Wort dazu gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Ihre ausdrückliche Zustimmung, daß Sie diesem Vorschlag des Bundesvorstandes Ihre Zustimmung geben wollen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Einige Gegenstimmen. – Enthaltungen festzustellen wird nicht verlangt? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit großer Mehrheit dieser Vorschlag des Bundesvorstandes zum Beschluß unseres Parteitages erhoben.

Nun, meine Freunde, bleibt uns noch, die Antragskommission einzusetzen. Sie haben eine Liste der Mitglieder der Antragskommission in Ihren Unterlagen, ergänzt um Vorschläge, die gestern noch hinzugekommen sind; ferner wurden einige Personen ausgewechselt. Wird gewünscht, daß ich die Namen der Mitglieder der Antragskommission verlese?

(Zustimmung)

Ich lese die Namen vor. Die Antragskommission soll unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Dr. Bruno Heck tagen. Mitglieder sollen sein:

Prof. Dr. Fritz Burgbacher, Staatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues, Dr. Heinz Eyrich, Staatsminister a. D. Konrad Grundmann, Bundesminister Kai Uwe von Hassel, Parlamentarischer Staatssekretär Heinrich Köppler, Dr. Helmut Kohl, Dr. Konrad Kraske, Egon Lampersbach, Dr. Ernst Müller-Hermann, Staatsminister a. D. Gustav Niermann, Will Rasner, Hermann-Josef Russe, Dr. Manfred Schäfer, Frau Bundesministerin a. D. Elisabeth Schwarzhaupt, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Rainer-Uwe Simon, Josef Stingl, Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg, Kultusminister Dr. Bernhard Vogel und Frhr. Dr. Richard von Weizsäcker.

Wird das Wort hierzu gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich feststellen, daß der Parteitag mit dieser Zusammensetzung der Antragskommission einverstanden ist? – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den ersten geschäftsordnungsmäßigen Teil unserer heutigen Tagesordnung abgewickelt.

Ich habe nun die Freude, unseren Parteivorsitzenden zu bitten, das Wort zu nehmen. Das Wort hat unser Freund, Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger:

Herr Parteitagspräsident! Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Seit unserem letzten Bundesparteitag in Braunschweig hat sich vieles ereignet, manches, was sich vorausahnen ließ, vieles, was unerwartet kam. Daß wir in einer Welt voller Unruhe, Ungewißheit und Unsicherheit leben, wurde immer wieder offenbar: Kriege und Bürgerkriege, Gewalttaten und Unruhe in vielen Teilen der Welt und schließlich die Okkupation der Tschechoslowakei.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in dieser unruhigen und unsicheren Welt Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand bewahren können. Es wird aber – darüber haben wir alle sicher keinen Zweifel – großer Anstrengungen geistiger und materieller Art bedürfen, um auch in Zukunft unser Land frei und sicher zu erhalten.

Die Sowjetunion hat in den beiden vergangenen Jahren ein sich immer mehr verstärkendes Trommelfeuer feindseliger Propaganda auf die Bundesrepublik gerichtet. Diese Angriffe – obwohl propagandistischer Natur – legten doch die sowjetrussische Politik offen.

Im Brief der Warschauer Invasionsmächte an die Kommunistische Partei der CSSR vom 15. Juli 1968 heißt es, die Grenzen der sozialistischen Welt hätten sich bis in das Herz Europas, bis zur Elbe und bis zum Böhmer Wald vorge-schoben, und man werde niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege von innen oder von außen eine Bresche in das sozialistische System schlage.

Das ist, meine Damen und Herren, eine deutliche Sprache, die ohne Zweifel auch den anderen Teil Deutschlands in diesen unantastbaren sozialistischen Besitzstand einbeziehen will. Wir aber können unsere von uns getrennten Landsleute nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.

(Beifall)

Sie sind ein Teil unserer Nation – das wagt man selbst in Ostberlin nicht zu bestreiten –, auch wenn sie jetzt wider ihren Willen von uns getrennt leben müssen. Wir gehören zusammen.

Ich weise es darum auch heute und hier auf das Entschiedenste zurück, wenn die Sowjetunion unsere friedlichen Bemühungen um die Wiederherstellung

der Einheit unseres Volkes als einen feindseligen und revanchistischen Akt diffamieren will.

Bei unserem Bemühen um die Wiedervereinigung können wir nicht nur auf die Hilfe unserer Verbündeten, sondern auch auf die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Völker unserer Erde zählen. Wir stehen also keineswegs allein.

Aber ich will es heute nicht bei einer bloßen Zurückweisung der sowjetrussischen Behauptungen bewenden lassen. Unser Bemühen bedeutet keineswegs einen „imperialistischen Versuch, auf friedlichem oder unfriedlichem Wege eine Bresche in das sozialistische System zu schlagen und das Kräfteverhältnis in Europa zugunsten des Imperialismus zu verändern“, wie es in jenem Brief vom 15. Juli heißt. Wir haben immer gesagt, daß die Politik der Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln bedeute, daß in dieser Frage vor allem eine Verständigung gerade auch mit der Sowjetunion erreicht werden müsse. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß dies für uns die einzige Methode zur Lösung der deutschen Frage ist.

Und ich bin neugierig, ob man uns auch dieses Bemühen um eine Verständigung als einen feindseligen und aggressiven Akt auslegen wird.

Auf dem Braunschweiger Parteitag habe ich mit gutem Grund Methoden der stufenweisen Anbahnung einer endgültigen Lösung vorgeschlagen, für die es geduldiger Bemühung um die Schaffung eines besseren Klimas zwischen uns und unseren östlichen Nachbarn, vor allem zwischen uns und der Sowjetunion, bedürfe. Ich habe damals wörtlich hinzugefügt:

„Alle Spekulationen oder Vorwürfe, die behaupten, wir wollten durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit benachbarten östlichen Ländern Zwietracht im Bereich jener Staaten, vor allem Zwietracht zwischen der Sowjetunion und ihren Nachbarn säen, sind reine Unterstellungen. Eine solche Politik würde weder die deutsche Frage lösen noch dem Frieden in Europa dienen. Ich würde sie mit aller Entschiedenheit ablehnen.“

Ich glaube, das war klar genug.

(Beifall)

Und so klar, meine Damen und Herren, soll es auch in Zukunft bleiben. Wir nehmen diese Haltung ein, weil wir nicht nur unsere eigenen Schwierigkeiten bei der Lösung des Problemes sehen, sondern auch die der anderen Seite, und weil wir einen wirklichen und dauernden Frieden in Europa wollen, der nur durch die Verständigung aller erreicht werden kann.

Ich habe heute freilich so wenig Illusionen wie je über die Länge und Mühsal des Weges. Ich kenne die Realitäten sehr wohl, aber ich bin es unserem Volke schuldig, Unrecht nicht als Recht anzuerkennen.

(Beifall)

In diesen Zusammenhang gehört auch unsere Sorge für das Schicksal dieser geteilten Stadt, in der wir zusammengekommen sind. Der Herr Regierende Bürgermeister hat darüber sehr eindrucksvoll gesprochen. Wir wollen nicht, wie man uns vorwirft, die Änderung des Status von Berlin. Im Gegenteil: Wir wollen den Status Berlins, welcher auf dem Viermächteabkommen beruht, gegen den Versuch schützen, ihn einseitig und rechtswidrig zu verändern.

(Beifall)

Und auch darin, meine Damen und Herren, wissen wir uns mit den drei Schutzmächten und unseren Verbündeten einig.

Wir sind zu diesem Parteitag in Berlin nicht zusammengekommen, um eine provozierende Demonstration zu veranstalten. Wir wollen gerade hier in dieser bedrängten Stadt unseren Willen zum Frieden, zu einem dauernden, gesicherten, gerechten Frieden für ganz Europa, der auf der Übereinkunft aller seiner Völker gründen muß, erneut bekunden.

Aber, meine Damen und Herren, nicht von uns allein und nicht vor allem von uns hängt es ab, ob es gelingt, den Frieden in der Welt zu wahren. Es gibt Leute, die glauben, alles in der Welt wäre auf das Schönste geordnet, wenn die deutsche Frage auf die eine oder die andere Weise aus der Welt geschafft wäre. Das ist ein fataler Irrtum. Und Konrad Adenauer wurde nicht müde, vor ihm zu warnen. Zwar richtet die Sowjetunion ihr Propagandatrommelfeuer mit Vorliebe gegen uns, um uns einzuschüchtern und uns zu isolieren, vielleicht weil sie uns auch als Schreckgespenst in ihrem eigenen Lager, zum Zusammenhalt ihres eigenen Lagers zu brauchen meint. Aber in Wahrheit sieht sie den großen Gegenspieler in den Vereinigten Staaten. In der Karlsbader Erklärung ist das so formuliert: Die Vereinigten Staaten seien die Hauptkraft der Aggression und Reaktion, und die NATO sei ein Instrument der Hegemonie der Vereinigten Staaten in Europa, mit dessen Hilfe sie das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten.

Aber, meine Damen und Herren, dieses Nordatlantische Bündnis – das weiß man auch im Osten sehr wohl – war niemals etwas anderes als ein Instrument zur Verteidigung, zur Verhinderung eines Krieges. Die Sowjetunion hat es in der Hand, die militärischen Anstrengungen dieses Bündnisses zu beeinflussen. Sie darf gewiß sein, daß in dem Maße, in dem sie zu einer wirklichen Abrüstung bereit ist, sich auch die Nordatlantische Allianz entsprechend verhält. Das ist ihr schon oft angeboten worden.

Ich hüte mich davor, apodiktische Voraussagen über die Absichten der Sowjetunion zu machen. Die Intervention in der Tschechoslowakei kann ein Akt hegemonialer Korrektur innerhalb des Warschauer Paktbereiches, sie kann aber auch Teil eines weitergreifenden Planes der Sowjetunion sein. Deutlich ist, daß die Sowjetunion nicht nur die „sozialistische Herrschaft“ bis in das Herz Europas vorgetrieben hat, sondern daß sie auch die zweitgrößte See-

macht der Welt geworden ist, daß sie mit dieser Seemacht nicht nur die Ostsee beherrscht und im Nordmeer vorrückt, sondern daß sie nun auch an der Südflanke Europas, im Mittelmeer, mit einer bedeutenden Flotte zugegen ist. Und das erfordert Wachsamkeit.

Mir liegt nichts ferner, als zu einem unnötigen und gar gefährlichen Rüstungswettlauf aufzufordern. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder die Abrüstung gefordert, unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers, unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards, und ich tue es erneut. Und hier in dieser Stadt erheben wir diese Forderung mit besonderem Nachdruck. Solange dies aber nicht gelingt, müssen wir um des Friedens willen das lebensnotwendige Bündnis erhalten und festigen. Um des Friedens willen.

(Beifall)

Das heißt, um unsere Völker gegen eine mögliche Bedrohung zu schützen und um ebenbürtig mit dem Osten eines Tages eine Verständigung über eine dauernde Ordnung des Friedens erreichen zu können.

Diese unsere Politik des Friedens und der Verständigung auf der Grundlage der durch das Bündnis gewährten Sicherheit hat unser Volk genau verstanden. Die CDU befindet sich mit den Formulierungen des Entwurfs ihres Aktionsprogramms zu einer solchen Friedens- und Sicherheitspolitik in voller Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes.

(Beifall)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen über die Zukunft des Nordatlantischen Bündnisses machen. In diesem Bündnis haben die Vereinigten Staaten nach ihrer Größe, ihrer Bevölkerung, ihrer Wirtschaftskraft und ihrem militärischen Potential ein sehr starkes Übergewicht über die anderen Partner. Die USA sind also die geborene Führungsmacht in der NATO. Dieser Umstand legt den Vereinigten Staaten eine große Verantwortung und natürlich auch große Lasten auf. Auf zwei Dinge kommt es dabei entscheidend an:

1. Die Vereinigten Staaten müssen diese Führungsaufgabe wirklich wahrnehmen.

(Beifall)

Jede Abschwächung ihres Interesses am Bündnis, jede Unsicherheit ihrer Bündnisconzeption würde sich sofort störend und auf die Dauer zerstörend auf das Bündnis auswirken.

2. Die Vereinigten Staaten müssen im Bündnis zwar führen, aber nicht herrschen. Das bedeutet die Notwendigkeit einer sorgfältig entworfenen und konstant praktizierten Mitbestimmung durch die übrigen Bündnispartner.

(Beifall)

Die Festigkeit und Wirksamkeit des Bündnisses als eines Instrumentes zur Verhinderung des Krieges hängt von diesen beiden Bedingungen ab.

Aber, meine Freunde, die enorme weltweite Verantwortung der Vereinigten Staaten bringt ebenso enorme weltweite Belastungen für sie mit sich. Es ist daher verständlich, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten den Wunsch äußert, daß ihr ein Teil dieser Lasten abgenommen wird. Wer mitbestimmen will, muß eben auch bereit sein, Verantwortung und Last des Bündnisses nach seinen Kräften und seinen Möglichkeiten mitzutragen.

(Lebhafter Beifall)

In diesem Zusammenhang kommt, glaube ich, dem Gedanken der Bildung eines europäischen Kerns — er ist erst vage angedeutet — innerhalb der NATO, der neuerdings auch von Amerika selbst in die Diskussion gebracht wurde, Bedeutung zu. Wir schulden jedenfalls unserem Volk und seiner Sicherheit, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten gründliche Überlegungen über die Verteidigungskraft nicht nur des Bündnisses, sondern in ihm auch unserer Bundeswehr anstellen und, wenn nötig, daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

(Lebhafter Beifall)

Die nordatlantische Allianz ist ein Verteidigungsbündnis und trotz ihres integrierten Systems keine politische Union. Wir wollen, was wir immer angestrebt haben: eine europäische politische Union, welche in enger gleichberechtigter Partnerschaft mit Amerika eine außerordentlich starke friedensichernde und friedienstiftende Kraft entfalten könnte. Hier berühren wir uns mit französischen Vorstellungen; aber hier unterscheiden sich auch unsere Auffassungen, denn wir halten am integrierten System des Bündnisses fest, und wir betrachten die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa als lebenswichtig für das ganze Bündnis und für alle seine Partner.

(Lebhafter Beifall)

Leider befinden wir uns — ich sage dies mit größter Sorge — mit unseren europäischen Bemühungen seit langem in einer Sackgasse. Aber auch hier muß man für eine politische Klärung sorgen.

Der Gemeinsame Markt, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sind für Europa lebensnotwendig. Sie sollten daher mit aller Energie weiter ausgebaut werden — unter den sechs Mitgliedern jetzt und später um andere erweitert. Ich bedaure, daß der Beitritt Großbritanniens und anderer Länder, den wir aufrichtig wünschen, durch den Widerstand Frankreichs verzögert wird. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, meine Freunde, wenn man aus Verärgerung oder falschen taktischen Überlegungen über die Verzögerung des Beitritts in den Gemeinschaften auf der Stelle treten und ihren weiteren, dringend notwendigen inneren Ausbau unterlassen würde.

(Lebhafter Beifall)

Im übrigen bedeutet der Ausbau einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch länger keine politische Union Europas. Man muß sich davor hüten, zu glauben, eine europäische Wirtschaftsunion würde zwangsläufig in eine politische Union umschlagen. Das könnte vielleicht in einer langwierigen Entwicklung schließlich geschehen. Aber bis dahin bliebe Europa von der Mitgestaltung der künftigen Welt und damit letztlich auch seines eigenen Schicksals ausgeschlossen. Solange können wir nicht warten!

(Lebhafter Beifall)

Darum muß schon jetzt alle Energie daran gesetzt werden, daß sich im Laufe der kommenden Jahre ein immer solidarischeres weltpolitisches Verhalten der europäischen Staaten herausbildet. Dazu sollten alle Möglichkeiten institutioneller, multilateraler und bilateraler Beziehungen ausgenutzt werden. Das heißt also, daß wir unsere Bemühungen um eine wirtschaftliche und um eine politische Einigung Europas nicht nur als eine Entwicklung aufeinanderfolgender Stufen begreifen, sondern daß wir parallele Anstrengungen unternehmen müssen, die schließlich zu dem einen Europäischen Bundesstaat führen, den wir in unserem Aktionsprogramm wünschen.

Das mag ein schwieriger Prozeß sein; aber, meine Damen und Herren, ich sage kein Wort gegen die Institutionen; im Gegenteil: ich verteidige diese mühsam errungenen Institutionen mit aller Kraft; aber wenn es sich einmal zeigt, daß man zum Gefangenen dieser Institutionen werden kann, dann muß man den Institutionen selbst dadurch helfen, daß man alle sich anbietenden sonstigen Mittel und Beziehungen ausnutzt, um voranzukommen.

(Beifall)

Und das werden wir tun. Damit haben wir auch schon begonnen.

Wir blicken natürlich nicht nur auf Europa und nicht nur auf den Bereich des Nordatlantischen Bündnisses. Dieses Volk hat es wahrhaftig nötig, Freunde in aller Welt zu haben. Für uns gibt es keine andere unterstützende Kraft für die Lösung unseres nationalen Problems, für die Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes, als die moralische Unterstützung der übrigen Völker der Welt. Um diese moralische Unterstützung zu gewinnen, müssen wir eine konkrete, überzeugende Politik treiben, die deutlich macht, daß wir uns dabei unserer Verantwortung für den Frieden in der Welt bewußt sind. Dann werden wir diese moralische Unterstützung gewinnen und behalten.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit vielen Ländern enge Kontakte aufgenommen, sei es mit den führenden Repräsentanten, die uns in Bonn besucht haben, sei es, daß wir selbst hinausgegangen sind und uns draußen umgesehen haben. Wir haben dort unsere politische Situation dargestellt und um Verständnis für sie geworben, und wir haben dort bewiesen, daß es uns auch um das Schicksal der anderen geht. Dabei kommt natürlich den Entwicklungsländern eine besondere Bedeutung zu. Sie wissen, daß eine rechtsradikale

Gruppe in unserem Lande mit der demagogischen Propaganda hausiert, hier würde von uns unnötig Geld hinausgeworfen. Meine Damen und Herren, das ist eine niederträchtige Demagogie.

(Lebhafter Beifall)

Erstens ist der Unterschied zwischen unserem Lebensstandard und dem Lebensstandard der Entwicklungsländer so groß, daß wir einfach aus moralischen Gründen zur Hilfe verpflichtet sind.

(Lebhafter Beifall)

Zweitens ist es so, daß wir, wenn wir eine Gesamtbilanz der Beziehungen zwischen uns und diesen Entwicklungsländern aufmachen, sehr bald sehen werden, daß wir, die Industrienationen, bei dieser Gesamtbilanz gar nicht schlecht abschneiden. Auch das muß einmal deutlich gesagt werden.

(Lebhafter Beifall)

Drittens ist es so, daß, wenn wir diese Völker ihrem Schicksal überlassen und ihnen nicht helfen würden, ihr politisches Schicksal eines Tages aus eigener Kraft zu gestalten, sie unrettbar Kräften anheimfallen müßten, in deren Händen wir sie lieber nicht sehen wollen.

(Lebhafter Beifall)

Ich hoffe, daß das deutsche Volk auf diese Bauernfängerei nicht hereinfällt.

Meine lieben Parteiliebe! Vor kurzem schrieb einer unserer jungen Landesvorsitzenden in einem Beitrag über die Zukunft der CDU folgendes: „Was können wir Christlichen Demokraten auf den Feldern unserer klassischen Leistungen von den nächsten Jahren erwarten? Weder in der Außen- noch in der Wirtschafts- noch in der distributiven Sozialpolitik werden wir die eindrucksvolle Erfolgsserie der Vergangenheit fortsetzen können.“

Nun, an dieser Prognose ist sicher soviel richtig, daß für uns alles schwerer geworden ist. Wir vergessen leicht, daß sich schon in den letzten Regierungsjahren Konrad Adenauers die außenpolitische Situation zunehmend schwieriger und komplizierter darstellte als in den frühen fünfziger Jahren. Der dritte Band seiner Erinnerungen, der mit dem Jahr 1955 abschließt, zeigt dies und die Sorgen, die er sich deshalb machte, sehr deutlich, und ich erinnere mich noch deutlicher an die letzten Gespräche, die ich mit ihm, als er schon auf seinem Krankenbett lag, führen konnte.

Die großen Entscheidungen seiner ersten und zweiten Kanzlerzeit, die Hinwendung zum Westen, der Beitritt zum Europarat, zur Montanunion und zu den Römischen Verträgen, der Kampf um die EVG, die Wiederbewaffnung und die Teilnahme am Nordatlantischen Bündnis, die Ablösung des Besatzungs-

statuts – alles durchgeführt im Kampf gegen eine starke innenpolitische Opposition und unter Überwindung äußerer Hemmnisse –, das, meine Freunde, war seine, war unsere, wenn Sie so wollen, „heroische“ Zeit.

(Lebhafter Beifall)

Ungelöst blieb und mußte nach Lage der Dinge wohl bleiben die deutsche Frage, und mit den Jahren wurden auch die mit so großem Schwung begonnenen westlichen Initiativen bedächtiger, langsamer, verwickelten sich in jene Schwierigkeiten in Europa, in der NATO, die ich schon angedeutet habe.

Der Eintritt des atomaren Gleichgewichts, des wichtigsten Ereignisses dieser vergangenen Jahrzehnte, änderte vieles, auch im Verhältnis der beiden Weltmächte zueinander und zu ihren Verbündeten.

Dennoch, glaube ich, sollte man über die Feststellung, daß alles schwieriger, schwerer geworden ist, nicht hinausgehen. Auch in der „heroischen Zeit“ gab es fast vernichtende Rückschläge; denken wir nur an das hartnäckige und schließlich verlorene Ringen um die EVG, was ein ewiger Jammer bleiben wird.

(Lebhafter Beifall)

Damals, im Jahre 1954, sagte mir ein hochgeschätzter politischer Freund, damit sei Adenauers Außenpolitik gescheitert. Ich bestritt dies nachdrücklich und sagte voraus, daß man andere Wege finden werde, um weiterzukommen. Sie wissen, ich behielt damit recht. Bei all der Schwierigkeit unserer Situation soll man – ich sage das mit großem Nachdruck, meine Parteifreundé – das Urteilsvermögen unserer Wähler, des Volkes und des vielberufenen kleinen Mannes ja nicht unterschätzen.

Durch die sowjetrussische Intervention in der Tschechoslowakei ist unsere Ostpolitik zwar nicht widerlegt worden, aber sie hat ohne Zweifel einen Rückschlag erlitten. Wie reagierte unser Volk darauf? Nicht mit erschüttertem Vertrauen, sondern mit einem erstaunlichen sprunghaften Anstieg der vollen Zustimmung zu der Politik der Regierung bzw. des Bundeskanzlers. Lassen Sie mich ausnahmsweise dazu demoskopische Zahlen nennen, weil sie vielleicht nicht allen bekannt sind. Diese Zustimmung erkletterte die bisher nie erreichte Höhe von 67 %, darunter 47 % der FDP-Wähler, 66 % der SPD-Wähler und – damit Sie es nur wissen – 88 % der CDU-Wähler.

(Starker Beifall)

Rund 80 % der Bevölkerung wünschen nach solchen öffentlichen Umfragen eine Fortsetzung unserer Friedenspolitik, und zugleich erklärten sich genauso viele für ein Festhalten am NATO-Bündnis.

Ich glaube, wir dürfen auch die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahlen in diesem Zusammenhang sehen; denn eine in ihrem Vertrauen zu der Re-

gierung und den sie tragenden Parteien erschütterte Bevölkerung hätte sicherlich anders votiert. Dieses Vertrauen der Bevölkerung, meine Parteifreunde, beschränkt sich aber keineswegs nur auf die Außenpolitik, mit der wir wirklich nicht viele Erfolge vorweisen konnten, und trotzdem blieben wir der Treue unserer Wähler nicht nur versichert, sondern in dieser schweren Stunde haben sie uns ermutigt, bei unserer Politik zu bleiben.

Wir haben in der Innenpolitik die beiden dringlichsten Aufgaben gelöst, die sich uns bei der Regierungsbildung stellten: die Ordnung des Haushalts und die Verhinderung des wirtschaftlichen Abstiegs. In Braunschweig konnte ich diesen Erfolg erst nur versprechen. Heute liegt er vor aller Augen, all jenen zum Trotz, die im letztjährigen Sommer des Mißvergnügens Unheil prophezeiten, weil uns im ersten Anlauf noch keine völlig reine Lösung gelungen war.

Unsere Wirtschaft befindet sich in vollem Aufschwung. Die Vollbeschäftigung ist wieder hergestellt, und dies bei optimaler Stabilität der Preise. Ich will die Methoden dieser erfolgreichen Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht noch einmal darlegen. Sie sind Ihnen bekannt. Aber um eine Feststellung komme ich angesichts einer beharrlichen Propaganda doch nicht herum. Meine Damen und Herren! Dieser finanz- und wirtschaftspolitische Erfolg ist eine Gemeinschaftsleistung der Regierung und der sie tragenden Fraktionen des Bundestages.

(Lebhafter Beifall)

Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, das — wir wollen es nicht vergessen — schon in der von Professor Erhard geführten Regierung vorbereitet worden war,

(Starker Beifall)

sieht ein ganz enges Zusammenwirken innerhalb der Regierung, vor allem zwischen dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister vor; denn der Finanzminister treibt heute nicht mehr nur Fiskalpolitik, sondern Konjunkturpolitik. Wenn wir nach den Verdiensten der Männer fragen, die diese Ressorts leiten, da darf ich in aller Nüchternheit feststellen, daß der Anteil jeder dieser beiden Ressorts ganz gewiß gleichwertig und gleichhoch einzuschätzen ist.

(Beifall)

Überhaupt meine ich — und damit will ich dieses Thema verlassen —, daß es den Koalitionspartnern — das sage ich nach allen Seiten — gut ansteht, wenn wir nicht versuchen, uns die eine oder andere Feder an den Hut zu stecken. Was wir hier in mühseliger gemeinschaftlicher Arbeit errungen haben, ist unser gemeinsamer Erfolg, und als solchen faßt ihn unsere Bevölkerung auch auf.

(Lebhafter Beifall)

Die Partei — lassen Sie mich diese kleine pädagogische Zwischenbemerkung machen —, die sich am wenigsten zu eifersüchtelnden Zänkereien in den kom-

menden Monaten vor der Wahl verleiten läßt, die wird auch bei der Wahl am besten abschneiden.

(Starker Beifall)

Wir haben im Vertrauen darauf, daß es gelingen würde, die wirtschaftliche Rezession zu überwinden und einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung einzuleiten, im Regierungsprogramm schon eine Erneuerung des öffentlichen und staatlichen Lebens durch eine Reihe großer Reformwerke und Neuplanungen angekündigt. Das ist eine notwendig langfristige Arbeit, kompliziert, weittragend, und sie reicht über diese Legislaturperiode natürlich weit hinaus. Dabei geht es darum, Bestehendes, Bewährtes anzupassen und zu reformieren. Es geht aber auch darum, Neues zu entwerfen und zu verwirklichen. So gleicht unsere politische und gesellschaftliche Landschaft einem großen Bauplatz, wo einige solide Gebäude schon errichtet sind, andere sich im Rohbau befinden und wo für eine weitere Gruppe die Fundamente gelegt werden.

Wenn wir von hier aus das Wort „Reform“ richtig verstehen, so bedeutet es in Wahrheit Weiterentwicklung unseres modernen Staates, Weiterentwicklung der modernen Demokratie. Um es ganz deutlich zu sagen, es geht nicht darum, Überständiges, Altes, Widerlegtes zu beseitigen, sondern darum, das, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, an die Gegebenheiten der neuen Zeit anzupassen.

(Lebhafter Beifall)

Und gerade wir von der Christlich Demokratischen Union haben allen Grund, diesen Prozeß so zu begreifen. Ich will von diesem weitgespannten Programm, meine Damen und Herren, heute nicht alles, sondern nur einiges vom Wichtigsten vortragen.

Es hat sich gezeigt, daß alle demokratischen Parteien in unserem Land der Regierungsverantwortung gewachsen sind. Das ist auch ein Dienst an der Demokratie. Das ist sicherlich einer der wichtigen Gründe für die Stabilität der freiheitlich demokratischen Ordnung in Deutschland.

Wenn wir uns immer wieder ärgern über die Propaganda der permanenten Verleumder unserer gesellschaftlichen und staatlichen Wirklichkeit – meine Herren, ich habe mir das Ärgern darüber allmählich abgewöhnt – dann erinnern wir uns doch daran, daß jahraus, jahrein über 90 % der Wähler den demokratischen Parteien dieses Landes ihre Stimme gegeben haben und ihre Stimme geben.

(Beifall)

Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen scheinen anzudeuten, daß das im Zuge der wirtschaftlichen Rezession zu verzeichnende Ansteigen radikaler Stimmen wieder zurückgegangen ist. Ich bin fest davon überzeugt, daß es in einer offenen politischen Auseinandersetzung möglich ist, die radikalen Gruppen in Deutschland zu Erscheinungen am Rande des politischen Lebens zu

verurteilen, weil jeder denkende Bürger selbst zu der Einsicht gelangen muß, daß die radikalen Parteien unser aller Wohlstand und Sicherheit in Gefahr bringen.

(Beifall)

Wenn ich also nun sage, meine Damen und Herren, daß das Wagnis gelungen ist, und daß man das auch für den Rest dieser Legislaturperiode schon mit Überzeugung sagen kann, wenn ich hinzufüge, daß dieses Wagnis der Demokratie Deutschland gut bekommen ist, dann ist das nicht – wie viele glauben, wenn ich eine solche Feststellung treffe – eine Festlegung auf eine dauernde Große Koalition in unserem Lande.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie man überhaupt auf diese Idee kommen konnte. Wir selbst haben doch bei der Begründung der großen Koalition klar gesagt, daß sie ein Ausnahmefall sein müsse, daß wir wieder zu Verhältnissen zurückkehren müßten, bei denen einer entsprechenden Regierungsgruppe – sei es nun eine Partei oder eine Koalition – eine entsprechend starke Opposition gegenüberstehen muß; darauf kann dieses Volk auf die Dauer gar nicht verzichten.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin froh, daß unser bisheriges Zusammenarbeiten geglückt ist. Was das nächstmal sein wird, meine Damen und Herren, das lassen Sie uns nach dem Wahltag bedenken. Wenn Sie alle zusammen mithelfen, mit mir zusammen uns einen absoluten Sieg zu erkämpfen, um so besser.

(Lebhafter Beifall)

Aber es könnte auch ein Fall eintreten – und den haben wir sehr wohl im Auge gehabt, als wir die Große Koalition begründeten – nämlich daß das Wahlergebnis uns fortgesetzt zu einer Verlängerung der Großen Koalition zwingen könnte. Das kann so sein. Das könnte 1969 beginnen, könnte sich 1973 fortsetzen,

(Zuruf: Schrecklich!)

und, meine Damen und Herren, mit 1973 müßte die absolute Grenze erreicht sein.

(Zischen)

– Ich habe gesagt: die absolute Grenze. Wollen Sie bis 1977 machen?

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es ist so eine schöne Reaktion, den guten alten Zeiten nachzutruern, so: Wie war das doch so schön, mit einem kleinen niedlichen Koalitionspartner zusammengespannt zu sein. Das ist so, wie der

bayerische Bauer – ich habe es in Braunschweig gesagt – geantwortet hat, als er nach 1871 gefragt wurde, wie es ihm im neuen Reich behage. Da hat es gesagt: „Ja, des woarn holt noch Zeit'n, wo ma auf Praißen hat schießen dürfen.“

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe dieses Wagnis mit Ihrer Billigung übernommen. Den Zischern sage ich: Seien Sie zufrieden mit dem Ergebnis, das diese Koalition für die CDU gehabt hat.

(Lebhafter Beifall)

Denn sie hat ihre Führungsposition in der deutschen Politik wieder zurückgewonnen. Später dürfen Sie dann auch wieder auf die „Praißen schießen“; der Tag wird kommen.

(Heiterkeit)

Eine andere Frage, die wir uns bei Gründung der Großen Koalition gestellt haben, war, ob nicht das Zusammengehen mit der SPD die CDU zwingen würde, ihren eigenen Grundsätzen, ihrem eigenen Programm untreu zu werden. Ich glaube, es ist deutlich sichtbar, meine Parteifreunde, daß wir die Grundlinien unserer Politik nicht nur nicht zu verlassen brauchten, sondern daß wir sie konsequent fortsetzen konnten.

Natürlich bestehen weiterhin grundsätzliche Unterschiede zwischen uns und unserem Koalitionspartner. Natürlich bestehen weiterhin auch deutliche Gegensätze. Wir haben keinen Grund, sie zu verwischen. Aber es gab auch Gegensätze, die überständig und überflüssig geworden waren und die weggeräumt worden sind. Ich halte das in aller Bescheidenheit für einen Gewinn für unsere Demokratie.

(Beifall)

Wollen wir uns z. B. an die Notstandsgesetzgebung erinnern. Ich habe gerade einen Besuch in einem asiatischen Lande hinter mir, wo der Ministerpräsident des Landes, der damals Botschafter in Bonn war, seinen Kollegen erzählte, wie es zu seiner Zeit um diese Notstandsgesetze zugeht und wie tief beeindruckt er sei, daß es nun gelungen sei, dieses Gesetzgebungswerk zu verabschieden. In zehn Jahren ist es nicht gelungen, das zu tun.

Wir haben sowohl die Verfassungsänderungen wie die einfachen Notstandsgesetze verabschiedet und damit ein langes parlamentarisches Ringen beendet. Dabei ist für mich das Wichtigste, daß nicht nur die Regierung, sondern auch der Bundestag und der Bundesrat trotz massiven Drucks von draußen diesen Gesetzentwurf zu einem guten Ende geführt haben. Ich meine, damit ist die parlamentarische Demokratie in Deutschland am überzeugendsten verteidigt worden.

(Beifall)

Natürlich gab es auch Kompromisse. Aber ich glaube, es waren keine faulen Kompromisse. Beide Regierungsparteien hätten die eine oder andere Frage anders gelöst, wenn sie allein zu entscheiden gehabt hätten. Wenn man also ein wichtiges Problem nicht einfach ausklammern wollte, so mußte man sich eben zu einigen versuchen. Ein typisches Beispiel dafür ist die Verkehrspolitik, in der sich die beiden Bundestagsfraktionen der großen Koalition nach langem Ringen schließlich geeinigt haben.

Ich habe schon vom Wahlrecht gesprochen. Bedauerlicherweise gehört die Wahlrechtsreform zu den Fragen, die wir offenbar für die Legislaturperiode endgültig ausklammern mußten. Ich habe vor kurzem im Bundestag noch einmal darauf hingewiesen, daß noch Zeit wäre, daß wir rechtlich noch Zeit hätten. Unser Freund Lücke hat dieses Problem so ernst genommen, daß er aus diesem Grunde seinen Rücktritt erklärt hat,

(anhaltender lebhafter Beifall)

was in unserem Lande nicht alltäglich ist.

(Erneuter Beifall)

Unzweifelhaft mußte die Reform bei der Finanz- und Haushaltspolitik des Staates ansetzen, und dabei kommt der Finanzreform, über die schon so viele Jahre diskutiert worden war, eine zentrale Bedeutung zu.

Die Bundesregierung hat die von mir in meiner Braunschweiger Rede angekündigten Gesetzentwürfe zur Finanz- und Haushaltsreform vor der Sommerpause eingebracht. Sie werden zur Zeit in den Ausschüssen des Bundestages beraten.

Eine Finanzplanung allerdings, die sich nur auf den Bundeshaushalt beschränkt, ist notwendigerweise unvollkommen. Daher habe ich im Frühjahr dieses Jahres, weil das im Stabilitätsgesetz nicht vorgesehen ist, mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder die Errichtung eines Finanzplanungsrates vereinbart, in dem der Bund, die Länder und die Gemeinden vertreten sind. Dieser Finanzplanungsrat soll Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden geben. Nach der Vorstellung der Bundesregierung soll er auch Empfehlungen über die Rangfolge der öffentlichen Aufgaben in allen drei Bereichen geben, und zwar nicht getrennt in den einzelnen Bereichen, sondern quer durch die Bereiche. Denn nicht immer ist Bundespolitik ersten Ranges, Landespolitik zweiten Ranges, Gemeindepolitik dritten Ranges. Es kann sehr wohl – denken Sie an die Infrastrukturpolitik! – auch umgekehrt sein.

(Beifall)

Wenn es uns nicht gelingt, eine solche Rangfolge, eine Verständigung über eine solche Rangfolge zu erreichen, meine Damen und Herren, dann werden wir niemals über einen sicheren Maßstab für die Verteilung der öffentlichen

Mittel im Bundesetat verfügen. Denn einen Maßstab muß man ja haben. Ich erinnere mich mit einem gewissen Unbehagen an die zahlreichen Tausziehereien, die zwischen Bund und Ländern bei den entsprechenden Verhandlungen in den vergangenen Jahren stattgefunden haben und bei denen an Stelle des Maßstabs eben einfach die gegenseitigen Behauptungen traten. Ich habe darum vor einigen Tagen an die Ministerpräsidenten der Länder geschrieben und sie gebeten, die ablehnende Stellungnahme des Bundesrates in dieser Frage noch einmal zu überprüfen. Ich halte das für eine ganz zentrale Sache für das erfolgreiche Weiterwirken unserer bundesstaatlichen Ordnung.

Die Finanzreform gehört in den Zusammenhang der Weiterentwicklung unserer bundesstaatlichen Struktur. Unser Grundgesetz erklärt den bundesstaatlichen Charakter der Bundesrepublik für unantastbar, und das ist, meine ich, gut so; denn der Zentralismus bedeutet keineswegs die Lösung aller Schwierigkeiten, im Gegenteil, er hat seine eigenen großen Gefahren. Aber wir täuschen uns auch nicht darüber, daß unsere bundesstaatliche Struktur den Erfordernissen einer modernen Zeit und einer modernen Gesellschaft angepaßt werden muß. Und hier liegt eine ganz wichtige Aufgabe unserer Partei vor, denn in unseren Reihen sind ja die Antagonisten beisammen, und daher kommt es unserer Partei zu, die Antagonisten in dieser schwierigen Auseinandersetzung zusammenzuführen. Ich rufe Sie dazu auf, diese Arbeit in den kommenden Monaten mit allem Ernst zu leisten, angefangen von den Diskussionen in den Orts- und Kreisverbänden.

Die mittelfristige Finanzplanung, die wir in diesem Jahr wesentlich verbessern konnten, hat natürlich nicht nur technischen Charakter. Sie bedeutet in Wirklichkeit den Übergang zur politischen Planung. Die mittelfristige Finanzplanung ist ein haushaltsmäßig durchgearbeitetes Regierungsprogramm. In ihr kommt zum Ausdruck, was die Regierung über die Jahre hin plant, vor allem, welche Prioritäten sie setzt. Der Bundesfinanzminister hat in seiner Haushaltsrede dazu sehr eingehend Stellung genommen.

Diese mittelfristige Finanzplanung ist daher die Grundlage für eine Reihe dieser großen Programme, z. B. auch für das von der Regierung vorgelegte Agrarprogramm. Der Bundesernährungsminister wird dazu in Kürze eine Reihe von Gesetzentwürfen zur Verwirklichung dieses Programms dem dafür neu eingesetzten Kabinettsausschuß, der unter meinem Vorsitz tagt, vorlegen.

Ich habe in meiner Braunschweiger Rede den deutschen Bauern versprochen, daß sich die Christlich Demokratische Union mit allem Nachdruck für ihre Lebensinteressen einsetzen wird. Dieses Versprechen haben wir trotz unserer beengten finanziellen Situation in unserer bisherigen Arbeit gehalten und werden es weiter erfüllen.

(Beifall)

Natürlich nimmt auch die deutsche Landwirtschaft an dem großen Umwandlungsprozeß, der ein Charakteristikum unserer Zeit ist, teil. Niemand kann mit

Sicherheit voraussagen, zu welchen Ergebnissen dieser Umwandlungsprozeß schließlich in den kommenden Jahrzehnten führen wird. Deshalb haben Pläne und Prognosen nur einen begrenzten Aussagewert. Ja, sie könnten sogar gefährlich sein – und ich sage dies nicht ohne Grund –, wenn sie den Lebens- und Schaffensmut unserer Bauern lähmen würden.

(Beifall)

Wir werden sicher auch prognostische Versuche unternehmen mit dem Ziel, dafür Sorge zu tragen, daß jeder Bauer bleiben kann, bei dem Lebenschance und Lebenswille sich miteinander verbinden.

In der Sozialpolitik, meine Damen und Herren, werden wir jetzt zum erstenmal den Entwurf eines Sozialbudgets bekommen und damit die Grundlage für eine Reform der sozialen Leistungen erhalten. Unter der Führung der Christlich Demokratischen Union wurde die Bundesrepublik zu einem von keinem anderen Staat übertroffenen Lande vorbildlicher sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit.

(Beifall)

Das sagen nicht nur wir, das sagen uns andere, die uns von außen beobachten. Die Christlich Demokratische Union zielt daher auch in Zukunft mit ihren Reformen nicht auf eine Verminderung, sondern auf eine Verbesserung der sozialen Leistungen und der sozialen Sicherheit.

Freilich, dabei gibt es schwierigste Probleme. Noch ist z. B. das Problem der langfristigen Finanzierung der sozialen Rentenversicherung nicht gelöst. Die Bundesregierung hat daher einen Kabinettsausschuß für ein Sozialbudget und soziale Strukturfragen eingesetzt, der Vorschläge für eine sozialpolitisch, finanzpolitisch und gesamtwirtschaftlich befriedigende Regelung der Finanzierung der sozialen Alterssicherung über das Jahr 1971 hinaus erarbeiten soll.

In der Publizistik, meine verehrten Parteifreunde, wird der vieldiskutierten Frage der Mitbestimmung auf diesem Parteitag eine besondere Bedeutung zugemessen. Man kann sogar gelegentlich von einer angeblichen Zerreißprobe der CDU lesen. Herr Brenner sagte kürzlich in einer öffentlichen Rede, der Bundeskanzler wolle sich um die Entscheidung in der Mitbestimmungsfrage drücken. Nun, meine Damen und Herren, was den Bundeskanzler angeht, so kann ich darauf hinweisen, daß im Regierungsprogramm aus guten Gründen zur Mitbestimmung lediglich die Einsetzung einer Kommission unabhängiger Sachverständiger angekündigt wurde, die als Grundlage weiterer Überlegungen die bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung auswerten soll.

(Zustimmung)

Diese Kommission wurde eingesetzt und ist an der Arbeit. Ich drücke mich also als Bundeskanzler keineswegs um die Entscheidung.

Aber — in aller Bescheidenheit sei es gesagt — ich lasse mich auch von niemandem dabei unter Druck setzen.

(Beifall)

Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union habe ich nicht die Sorge, daß es über diese Frage zu einem schweren Konflikt in der Union kommen wird. Das soll nicht heißen, daß ich sie nicht mehr sehr ernst nehme. Es ist bekannt, daß es darüber in der CDU einander widersprechende Meinungen gibt und daß sehr hart um eine Lösung gerungen wird. Wir werden daher in einem innerparteilichen demokratischen Verfahren, bei dem die verschiedenen Meinungen voll zur Geltung kommen können und bei dem diese sorgfältig beraten werden, eine Lösung finden.

Der Parteitag wird zunächst die Ziffer 60 des Entwurfs seines Aktionsprogramms zu beraten haben. Vielleicht wird sie im Wortlaut angenommen werden, vielleicht wird sich in der Auseinandersetzung der Meinungen eine andere Formulierung finden. Ich glaube aber, daß es ratsam sein wird, in unserer Partei für die Vorbereitung dieser künftigen wichtigen Entscheidung eine Kommission einzusetzen, eine Kommission, die viel Autorität haben muß und die daher nicht vom Vorstand oder einem anderen Gremium der Partei, sondern von diesem Bundesparteitag berufen werden sollte, eine Kommission zur Vorbereitung der Entscheidung, und diese Entscheidung könnte dann auch die Ergebnisse der Arbeit der Regierungskommission in ihre eigenen Überlegungen mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren, seit Jahren beschäftigen wir uns in diesem Land mit den Problemen der sektoralen und regionalen Strukturpolitik. Lassen Sie mich nur wenig dazu sagen. Die Agrarpolitik und die Energiepolitik stehen dabei im Vordergrund unserer Bemühungen. Mit dem Kohleanpassungsgesetz hat die Bundesregierung die Voraussetzung für die Lösung des Strukturproblems der deutschen Steinkohlegebiete an der Ruhr und an der Saar geschaffen, die Voraussetzungen für das, was noch zu tun bleibt.

Das Schwergewicht der strukturpolitischen Aufgaben wird sich in der weiteren Zukunft mehr und mehr auf die Forderung von Forschung und technischer Entwicklung in zukunftsweisenden Industriebereichen verlagern. Wie in jedem anderen modernen Land unserer Welt sind wir zu einer intensiven Förderung von Wissenschaft und Forschung übergegangen, auch gerade in den Haushaltsausgaben. Ich brauche diese Politik in diesem Kreise nicht zu verteidigen.

Aber, meine Damen und Herren, wie Sie wissen, sind die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und des Bildungswesens auf Bund und Länder verteilt. In den vergangenen Jahren sind durch die Schaffung des Wissenschaftsrates, des Bildungsrates und anderer Organisationen erfolgreiche Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern unternommen worden. Noch aber ist die Lage durchaus unbefriedigend. Ich habe im Bundestag gesagt, daß, wenn wir in der Bun-

desrepublik in diesem einheitlich zu begreifenden Bereich versagen würden, die Geschichte niemandem von uns die Entschuldigung abnehmen würde, es habe uns dabei an der notwendigen Kompetenz gefehlt.

(Beifall)

Es bleibt uns also nichts anderes übrig: Wir müssen gemeinsam sowohl Überlegungen über eine etwaige neue Kompetenzverteilung als auch über eine noch bessere Kooperation zwischen dem Bund und den Ländern, über die bisherigen Ansätze der Finanzverfassungsreform hinaus, anstellen, und auch hier wird gerade die Union die große Aufgabe haben, die bundesstaatlichen Antagonisten, die sich nicht leicht in dieser Frage zur Verständigung bereithalten, zusammenzuführen. Ich selbst habe es als nützlich betrachtet, die führenden Repräsentanten der Organisationen unseres Bildungs- und Wissenschaftswesens zu einem ständigen Beratungskreis im Bundeskanzleramt zu versammeln. Ich glaube, sie waren an diesem Tisch zum erstenmal wirklich alle beisammen.

Alle diese großen Ziele können freilich nur verwirklicht werden, wenn sich Regierung und Verwaltung unseres Staates diesen modernen Aufgaben gewachsen zeigen, und dazu ist – ich glaube, das wird immer mehr anerkannt – eine Reform der Regierung und der Verwaltung unerlässlich.

(Beifall)

Gerade uns, der Christlich Demokratischen Union, fällt dabei die Aufgabe zu, zu beweisen, daß sie nicht der Gefahr verfällt, welche der Erfolg so oft erzeugt. Wenn sie in der Zukunft ebenso erfolgreich zum Wohle unseres Volkes wirken will wie in den beiden letzten Jahrzehnten, dann muß sie fähig sein, die Fortentwicklung unseres Staatswesens führend und richtungweisend durchzusetzen.

Wenn ich in diesem Zusammenhang gelegentlich von einer Reform der Ausbildung der Beamten gesprochen habe, dann ganz gewiß nicht, weil ich unseren Beamten das Zeugnis der Untüchtigkeit oder des Versagens vorwerfen wollte. Ganz im Gegenteil! Wenn ich von einer Reform der Ausbildung unserer Beamten spreche, einer ganz modernen Reform, dann will ich diesen unseren Beamten helfen, unter den modernen Bedingungen eine Arbeit zu leisten, die für sie unter den gegenwärtigen Umständen manchmal eine ganz schwere Belastung bedeutet.

(Beifall)

Auch das ist eine Aufgabe, die weit über die gegenwärtige Legislaturperiode hinausweist. Wir haben trotzdem auch in dieser Legislaturperiode schon mit ihr begonnen, vielfältige Überlegungen angestellt, die nunmehr der neu beschlossene Kabinettsausschuß für die Reform von Regierung und Verwaltung fortsetzen und systematisieren wird.

Es wäre höchst dankenswert, wenn in den Reihen der Christlich Demokratischen Union, ähnlich wie dies bei dem Aktionsprogramm geschehen ist, diese Aufgabe in voller Breite erörtert würde. Ich meine sogar, daß wir auch für diese Frage einen eigenen Ausschuß in unserer Partei berufen sollten. Warum sollten wir auf die Erfahrungen so vieler unserer Freunde, die draußen in der Verwaltung tätig sind, verzichten? Aber ich möchte auch nicht auf die Erfahrungen derjenigen verzichten, die mit der Verwaltung nicht immer nur gute Erfahrungen gemacht haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, als die Regierung der Großen Koalition gebildet wurde, war wohl niemand unter uns vor diesem neuen Wagnis – bei allem Zutrauen zu unserer eigenen Kraft – ganz frei von Bedenken und Sorgen. Einmal mußte man sich fragen: würde es überhaupt in der Sache gutgehen? Sie erinnern sich an meinen besorgten Appell am Ende des Braunschweiger Parteitags. War es, so fragten sich viele von uns, möglich, daß zwei große Parteien, die sich jahrelang leidenschaftlich bekämpft hatten, sich nun zu einer fruchtbaren, sachlichen Arbeit zusammenfinden könnten?

Nun, ich denke, es hat sich gezeigt, daß unter dem Druck der Notwendigkeiten, und weil Probleme entstanden, für die diese Koalition die beste Lösung bot, das Experiment – das kann man heute schon sagen – gelungen ist.

Ich will zwar, meine Damen und Herren, nicht pharisäisch verheimlichen, daß es auch in unseren Reihen über diese Wahlrechtsreform verschiedene Meinungen gab. Aber ich glaube, im Ganzen hätte sich die CDU/CSU doch zu einer solchen Wahlrechtsreform, die weit über die aktuellen Notwendigkeiten hinaus von Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Demokratie geworden wäre, entschieden. Nun, man darf die Flinte deswegen noch nicht ins Korn werfen. Was uns in dieser Legislaturperiode nicht gelang, wird daher in der nächsten aufs neue in Bewegung gebracht werden müssen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, einige unserer Freunde haben sich schließlich immer wieder besorgt gefragt, ob die Große Koalition unserer Partei, der CDU und der CSU, ihr Ansehen wiedergewinnen könne. Sie wissen, es stand nicht zum besten mit uns in jenem Herbst des Jahres 1966. Aber ich habe schon gesagt, alle Wahlergebnisse der beiden letzten Jahre – die kommunalen wie die Landtagswahlen – zeigen ganz eindeutig, daß wir unsere Führungsposition wiedergewonnen haben. Konrad Adenauer hätte das zum Beispiel nicht gesagt, sondern er hat immer schwarz gemalt, damit wir unsere Anstrengungen verdoppeln. Meine Damen und Herren, ich sage es Ihnen, weil es vielleicht einige gibt, die das noch nicht bemerkt haben könnten, bitte Sie aber trotzdem, den Tag nicht vor dem Abend zu loben und alle Kräfte anzustrengen,

(Beifall)

damit wir bei der nächsten Bundestagswahl in Ehren abschneiden. Die CDU hat bewiesen, gerade weil sie in die Krise gestellt war, daß sie eben nicht nur – wie man ihr nachgesagt hat – eine Schönwetter-Partei ist, sondern daß sie auch die Kraft hat, eine bedenkliche Krise führend zu überwinden.

Diesem Parteitag, meine Damen und Herren, ist wieder ein Programmentwurf vorgelegt worden. Ich erinnere mich der Zeiten, wo ich mit einigen unserer Freunde intensiv am Entwurf des Hamburger Programms zusammengearbeitet habe, und wo sogar Konrad Adenauer einmal uns müde Programmatischer angespornt hat, daß er mit uns eine ganze Nacht lang zusammen an diesem Programm redigiert hat und uns beschämt hat. Jetzt haben wir wieder ein Aktionsprogramm, das den gewandelten Verhältnissen Rechnung tragen soll, und ein Aktionsprogramm, das demokratisch auf allen Ebenen der Partei ausgearbeitet wurde. Das ist nun ein Generalbebauungsplan, mit dem wir eine neue politische und gesellschaftliche Landschaft erschließen. Dieses Aktionsprogramm, meine Damen und Herren, ist eng mit dem Namen unseres Freundes Dr. Heck verbunden.

(Beifall)

Und es ist zweckmäßig wie auch billig, ihm die weitere Darstellung dieses Themas zu überlassen. Ich nehme aber die Gelegenheit wahr, um ihm für seine hochverdienstvolle Arbeit herzlich zu danken. Es war richtig – Sie erinnern sich an die Diskussionen in Braunschweig –, daß er zunächst dem Kabinett und damit in engster Fühlung mit der Regierungsarbeit verblieb. Es ist aber ebenso richtig, daß er nun im letzten Jahr sich voll und ganz der Arbeit für die Union widmet.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich würde dem Beitrag unserer Bundestagsfraktion für unsere Arbeit nicht gerecht werden, wenn ich ihr und ihrem Vorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, nicht ein sehr herzliches Wort des Dankes sagen würde.

(Beifall)

Gerade in der Großen Koalition, wo sich vielleicht die unmittelbar in der Regierung Verantwortlichen eher zusammenfinden können, war es gar nicht selbstverständlich, daß sich diese Einigung auch unter den Koalitionsfraktionen fortsetzen würde. Es gab da schwere Belastungsproben im Parlament. Ich erinnere an die mittelfristige Finanzplanung, Notstand, Verkehrspolitik und so weiter. Ihnen, Herr Dr. Barzel, kommt das Verdienst zu, in überlegener Führungskraft die Fraktion immer wieder zu einem gemeinsamen Ergebnis zusammengeführt zu haben.

(Beifall)

Aber ich darf nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß ich hier ja nicht nur als Bundeskanzler mit dem Blick auf den Bund spreche, sondern als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union. Und so ist es nur billig, wenn

ich meinen Dank ausdehne auf alle, die in der Bundesrepublik, in den Landesregierungen, den Länderparlamenten und dem kommunalen Bereich die CDU vertreten. Ich habe schon bei meinen Ausführungen über die Finanzplanung dazu das Notwendigste gesagt. Ich habe als Ministerpräsident eines deutschen Landes oft genug beanstandet, daß jedes Jahr in Bonn ein Bericht veröffentlicht wurde unter dem Namen „Deutsche Politik 1900 undsoundsoviel“. Aber zur deutschen Politik gehört nicht nur die Bundesrepublik, sondern die Politik in allen drei Bereichen. Lassen Sie mich dabei einfügen: Wenn uns auch die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen erfreut und ermutigt haben, so wissen wir doch in der CDU sehr genau, daß wir hier unsere Achillesferse haben. Und deswegen glaube ich, daß es auch heute am Platz ist, unsere Parteifreunde zu bitten, in Zukunft noch intensiver als bisher im Bereich der kommunalen Politik ihre Kräfte einzusetzen. Demokratie wächst nun einmal von unten nach oben.

(Beifall)

In meinen Dank schließe ich schließlich auch unsere Schwesterpartei, die Christlich Soziale Union, mit ihrem Vorsitzenden, unserem Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, und seinen Vertreter, Herrn Minister Dollinger, herzlich ein.

(Beifall)

Es bleibt dabei, was schon gesagt wurde, daß wir nur durch das Zusammenwirken dieser beiden Parteien die Führungsposition der Union in der Bundesrepublik Deutschland behaupten können.

Das Vertrauen, das wir in Deutschland genießen, kommt nicht von ungefähr. Dahinter steckt die Arbeit unserer Mitglieder und der von ihnen gewählten Vertreter in Stadt und Land, die Leistung unserer Abgeordneten und Minister in Bund und Ländern.

Seit zwei Jahrzehnten wählt nun dieses Volk mit hohen Wahlbeteiligungen seine demokratischen Parteien und an ihrer Spitze unentwegt die Christlich Demokratische Union. Seit zwanzig Jahren hat es die Innen- und Außenpolitik unseres demokratischen Rechtsstaates unterstützt, auch wo sie zunächst nicht immer populär war. Es hätte uns längst den Abschied gegeben, wenn es kein Vertrauen mehr zu uns und unserem Staate hätte. Jene professionellen Verleumder unserer gesellschaftlichen und staatlichen Wirklichkeit, von denen ich sprach, werden mir diese Feststellung vielleicht als Selbstgerechtigkeit auslegen. Meine Parteifreunde, davon bin ich weit entfernt. Wer das Bewußtsein für den Abstand zwischen dem, was man soll und will, und dem, was man vollbringt, nicht wie einen Stachel im Fleische spürt, der gehört nicht in die Politik.

(Beifall)

Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, besteht nun bald zwanzig Jahre. In diesen zwanzig Jahren hat sich dieser Staat unter der Führung der

Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union bemüht, Freiheit für jeden und Wohlstand für alle zu sichern. In diesen zwanzig Jahren hat dieser Staat niemanden bedroht, gegen niemand Gewalt geübt. Kein deutscher Soldat hat in diesem Land oder sonst in der Welt gegen jemand seine Waffen gerichtet. Dieses Land kann wie wenige Länder in unserer Welt von sich sagen, daß es in diesen zwanzig Jahren wahrhaft dem Frieden gedient hat, und so wird es – soweit es an uns liegt, meine Freunde – auch in der Zukunft bleiben.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Wir haben heute morgen in der Zeitung gelesen, ein grippaler Infekt habe Sie erfaßt. Wir beglückwünschen Sie, daß Sie ihn offenkundig schon fast ganz wieder überwunden haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie heute morgen unserem Parteitag Richtpunkte gesetzt haben, Richtpunkte nicht nur der CDU, sondern Richtpunkte für die deutsche Politik, Richtpunkte einer Politik für Deutschland, und wir danken Ihnen am Ende dieser Rede dafür, daß Sie vor zwei Jahren die schwere Bürde dieser Arbeit auf sich genommen und die Leistungen, von denen Sie sprachen, vollbracht haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir danken Ihnen aber auch für das Ansehen, das Sie unserer CDU verschaffen.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Parteitag bekräftigt den von Ihnen heute erneut bekundeten entschiedenen Willen zum Frieden. Es gibt überhaupt keine andere Richtschnur unseres Handelns. Wir bekräftigen aber auch Ihren Entschluß, unter keinem Druck aus Unrecht Recht werden zu lassen.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Politik in die Zukunft hinein wird nur von den großen Zielsetzungen leben, von den Zielsetzungen für unsere jüngere Generation. Wir danken Ihnen, daß Sie heute erneut, so schwierig die Dinge auch sind, gesagt haben: Unser Ziel bleibt der Europäische Bundesstaat. Dahin müssen wir, wenn Europa aus der Sackgasse herauskommen soll.

(Lebhafter Beifall)

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie uns dieses Ziel neu gesetzt haben.

(Lebhafter Beifall)

Damit, meine Freunde, möchte ich die heutige Plenarsitzung vom Vormittag abschließen. Ich bitte Sie nur noch einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit:

Ich habe Ihnen heute morgen berichtet, daß es eine Apo-Gruppe zu schweren Ausschreitungen in der Stadt hat kommen lassen. Ich werde soeben informiert, diese motorisierte Gruppe setze sich in Richtung Kongreßhalle in Bewegung. Das soll uns nicht beunruhigen. Unsere Polizei wird allerdings wiederum eine schwierige Aufgabe zu erfüllen haben; aber es ist heute morgen ein wenig an den Absperrungen, die um diese Halle herum vorgenommen worden sind, Kritik geübt worden. Ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben, daß wir im Interesse eines ruhigen Ablaufs dieses Parteitages so handeln mußten.

(Lebhafter Beifall)

Wir sollten meines Erachtens lieber einige Unbequemlichkeiten in Kauf nehmen, als uns diesen Parteitag durch wildgewordene Leute durcheinanderbringen zu lassen, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Mit dem Gelingen dieses Parteitages muß auch klargelegt werden, daß in Berlin reibungslos und unangefochten Kongresse durchgeführt werden können. Das will gerade die CDU in dieser Stadt zeigen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir ein Mandat haben, dann haben wir auch dieses Mandat hier in Berlin zu beweisen. Auch damit haben wir Kräfte dafür zu sammeln, auch wenn wir den Wahlkampf jetzt noch nicht beginnen, jene Mehrheiten für die Kräfte der Ordnung in unserem Lande zu sichern, die bei uns und im ganzen deutschen Volke vorhanden sind und lebendig gemacht werden müssen.

Lassen Sie mich schließen, meine Freunde. Ich berufe die nächste Plenarsitzung auf 15 Uhr hier in diesem Raum ein. Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12.58 Uhr)

2. Plenarsitzung, Montag, 15 Uhr

Präsidentin Brauksiepe: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Nachmittags-sitzung unseres Parteitages.

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch kurz einige Mitteilungen machen.

Meine Damen und Herren, es erreichen uns pausenlos Nachrichten von der schweren Flutkatastrophe in Italien. In den letzten Nachrichten heißt es erneut, daß die Freiwilligen dort einen verzweifelten Kampf aufgenommen haben, um die Suche nach Überlebenden noch erfolgreich zu machen. Ich bin der Meinung, daß ich mich mit Ihnen in voller Übereinstimmung befinde, meine Damen und Herren, wenn wir an den Generalsekretär der uns befreundeten Democrazia Christiana ein Telegramm der Anteilnahme übersenden, und ich darf Sie bitten, mir zu folgendem Wortlaut Ihre Zustimmung zum Ausdruck zu bringen:

Der in Berlin tagende 16. Bundesparteitag der CDU hat mit Bestürzung davon erfahren, daß Italien von einer schweren Unwetterkatastrophe betroffen worden ist. Wir versichern Ihnen und dem ganzen italienischen Volk in diesen schweren Stunden unsere tiefe innere Anteilnahme.

Sind Sie damit einverstanden?

(Beifall)

Ich stelle das mit Dank fest. Das Telegramm geht noch in dieser Stunde heraus.

Ein Zweites. Heute kann nicht unter uns sein unser Bundesschatzminister Kurt Schmücker, der sich in der letzten Woche einer sehr schmerzhaften Operation unterziehen mußte. Auch hier erbitte ich mir Ihre Zustimmung, daß wir ihm ein Genesungstelegramm mit all unseren guten Wünschen noch in dieser Stunde schicken.

(Beifall)

Danke sehr! Dann habe ich noch eine kleine Pflicht nachträglich zu erfüllen; das tue ich mit großer Freude. Wir haben heute morgen, als wir unsere Gäste begrüßten, nicht erwähnt, daß von der Gewerkschaft der Polizei der stellvertretende Bundesvorsitzende, Herr Toschka, und der Bundesjugendvorsitzende, Herr Geier, unter uns sind. Beide Herren begrüßen wir mit großer Freude.

(Beifall)

Inzwischen haben sicher alle ihren Platz wiedergefunden. Für das, was nun kommt, erbitten wir nämlich die volle Aufmerksamkeit des gesamten Parteitages. Der Tagesordnungspunkt heißt: **Bericht des Bundesvorstandes.**

Der Bericht wird von Herrn Dr. Heck, unserem Generalsekretär, erstattet. Ich darf ihn bitten, zu uns zu sprechen. Herr Generalsekretär Dr. Heck hat das Wort.

(Beifall)

Dr. Bruno Heck, MdB, Generalsekretär der CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Unseren letzten Parteitag hat Johann

Baptist Gradl mit dem Appell geschlossen, nun heiÙe es für uns alle, zueinander zu stehen und an die Arbeit zu gehen für unser Vaterland, für unser ganzes Vaterland. Heute sind wir zu unserem 16. Parteitag hier in Berlin, in der Stadt, die in den Jahren seit dem Zusammenbruch das umfassendste Symbol all dessen geworden ist, was uns an Arbeit für unser ganzes Vaterland aufgegeben ist.

Was seither geschehen ist, was unsere Arbeit bestimmt hat, was wir gearbeitet haben, darüber werde ich berichten. Zunächst aber, meine Freunde, gedenke ich der Toten.

(Die Anwesenden erheben sich)

Wieder, wie all die Jahre zuvor, haben wir Abschied nehmen müssen von vielen guten Freunden, von Frauen und Männern der ersten Stunde, vor wenigen Tagen erst von Christine Teusch und kurz zuvor von Frau Niggemeyer und Heinrich Scheppmann. Nicht lange nach dem letzten Parteitag ist Hans-Christoph Seeböhm, unser Schatzmeister, gestorben, dann Josef Hennemann, August Dresbach, Eduard Orth, Peter Horn, Joseph Arndgen, Theodor Mengelkamp, Hermann Alexander Reinholz, Paul Bock, Paul Gibbert und dann der Mann, der rastlos für Berlin tätig gewesen ist, Heinrich Vockel. Sie haben sich, um sie zu ehren, von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Freunde, ich habe nur wenige mit Namen genannt für die vielen, die von uns gegangen sind, Frauen und Männer, mit deren Namen die Gründerjahre, das Zusammenwachsen der Union verbunden sind. Und wo wir ihrer gedenken, werden die Wurzeln sichtbar, die unsere Union mit verschiedenen Kräften und Strömungen des demokratischen Deutschland der Weimarer Republik verbinden. Diese Frauen und Männer der ersten Stunde verpflichten uns; denn sie erinnern uns daran, wie ohnmächtig die zersplitterten Kräfte in der Weimarer Republik geblieben sind und zu welcher Stärke sie sich in der Union verbunden haben.

Meine Freunde, dreierlei hat die Politik und die Arbeit der Union seit unserem letzten Parteitag im Wesentlichen bestimmt: die Große Koalition, die sich ändernde politische Landschaft und unser Aktionsprogramm.

Was nun zu berichten ist, wie Sitzungen von Parteiausschuß, Präsidium, Vorstand und Ausschüssen, Publikationen, Tagungen, geplante Tagungen, habe ich schriftlich Ihren Unterlagen beigegeben lassen. Hier, meine ich, muß nur wenig erwähnt werden.

Nachdem unser Schatzmeister, unser hochverehrter Hans-Christoph Seeböhm, der – schon ernstlich erkrankt – noch für unsere Partei unterwegs und tätig war, gestorben ist, hatte der Parteiausschuß für die Zeit bis zu diesem Parteitag einen neuen Schatzmeister zu bestellen. Gewählt wurde Kurt Schmücker. Und wie er sich mit der ihm eigenen Energie gleich an die Arbeit gemacht hat, weiß jeder, der ihn kennt. Kurt Schmücker – die Frau Präsidentin hat es schon gesagt – kann heute nicht hier sein. Er liegt noch in Bonn in der Klinik.

Er hat mich beauftragt, in seinem Namen folgendes zu sagen: Die Beiträge — ein leidiges Kapitel der Vergangenheit — werden nunmehr auch bei uns allgemein eingezogen; die „Karteileichen“ sind aus unserer Partei entfernt worden.

(Beifall)

Auch die Landesverbände führen inzwischen die Bundesbeiträge ordnungsgemäß ab.

Aber, meine Freunde, das, was wir uns vorgenommen haben für diese Demokratie, für diesen Staat, braucht viel Geld, und deswegen sind wir nach wie vor auf Spenden angewiesen. Dabei kommt es sehr auf viele kleine Spenden an. Wir müssen uns alle zusammen jede erdenkliche Mühe geben, um die Bereitschaft zu spenden in der Breite zu mobilisieren.

Dann sind uns vom letzten Parteitag noch zwei Aufgaben verblieben, die ich hier ansprechen muß: 1. die Exil-CDU und den Landesverband Oder-Neiße dem Parteiengesetz entsprechend in unsere Union einzufügen, und 2. den Wirtschaftsrat in eine Wirtschaftsvereinigung umzuwandeln.

Für beides liegen Ihnen Entschließungsanträge vor, die, bevor wir sie behandeln, noch eingehend begründet werden.

Meine Freunde, als ich vor dem Parteitag in Braunschweig meinen Bericht abgab, stand die Große Koalition noch am Anfang ihrer Arbeit. Der Parteitag in Braunschweig hat sich einmütig zur Großen Koalition bekannt. Wir brauchen uns deswegen der eigenen Partei gegenüber nicht fortlaufend mit unseren spezifischen Erfolgen und Verdiensten zu rechtfertigen — wie die Sozialdemokraten; sie können offensichtlich überall nur sozialdemokratische Erfolge sehen, sogar bei der Erhöhung der Renten, weil sie unter Vorsitz von Brandt im Kabinett beschlossen worden sei.

Es ist natürlich Unsinn, die Verdienste oder auch das, was die Regierung belastet, nach Ressorts, d. h. nach Parteien auseinanderzuidividieren. Der Ausgleich des Haushalts über die mittelfristige Finanzplanung und die Finanzierung der notwendigen Prioritäten hat große Opfer gefordert. Meine Freunde, diese Opfer auf sich zu nehmen und vor der Öffentlichkeit zu vertreten, war sicher weniger angenehm, als die Milliardenbeträge der Eventualhaushalte zu verteilen.

Niemand von uns denkt daran, die Verdienste der Sozialdemokraten nicht zu sehen und nicht anzuerkennen. Die Sozialdemokraten haben sich der Verantwortung gestellt, als sich die Liberalen ihr verweigert haben; aber auch die Sozialdemokraten sahen damals offensichtlich nur eine Möglichkeit, die Verantwortung mitzuübernehmen, nämlich zusammen mit uns. Natürlich sieht die Politik der Union in einer Koalition mit den Sozialdemokraten anders aus als in einer kleinen Koalition; aber, meine Freunde, sie ist nicht ganz anders, wie die Sozialdemokraten hin und wieder glauben machen möchten.

Es war viel von einer neuen Ostpolitik die Rede. Da muß ich doch an die letzte große Rede Konrad Adenauers erinnern, vor dem Parteitag in Bonn, wo er

auf die vermittelnde Rolle der Sowjetunion im Konflikt zwischen Pakistan und Indien hingewiesen hat — sicher nicht, weil er auf einmal vertrauensselig geworden wäre, sondern nur zu dem einen Zweck, um der deutschen Politik die Richtung aufzuzeigen. Wer den dritten Band seiner Memoiren genau liest, der sieht, wie begrenzt und wie fürs erste ohne direkten Ausweg Konrad Adenauer die Möglichkeiten unserer Politik beurteilt hat.

Ich erinnere dann an die Überlegungen für unsere Außenpolitik unter Ludwig Erhard, Damals war Gerhard Schröder Außenminister. Ich erinnere an die Friedensnote und an die ersten Schritte über die Grenzen des Kommunismus hinweg. Das alles ist dann im Zusammenwirken der Christlichen Demokraten und der Sozialdemokraten von Bundeskanzler Kiesinger zusammengefaßt worden zu dem umfassenden Konzept einer offensiven deutschen Friedenspolitik.

Es gibt auch noch Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und uns. Manchmal packen die Sozialdemokraten unbefangener zu als wir, manchmal auch unbefangener daneben.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber das eben macht die Arbeit, die schwierige Arbeit und das Verdienst des Bundeskanzlers aus, daß er die nicht gleichen Potenzen für seine Politik integriert.

Und dann würden die Sozialdemokraten heute ja am liebsten Professor Schiller zum Vater des Vaterlandes, zum Vater eines zweiten Wirtschaftswunders machen. Nun, Professor Schiller hat schon neue Elemente, nicht nur eine neue Sprache, in die soziale Marktwirtschaft einpraktiziert. Bei ihm ist das Rechenhafte in den Vordergrund gerückt; vielleicht wäre er aber ohne uns doch mit einem dritten Investitionshaushalt und mit seiner sogenannten Investitionssteuer übers Ziel hinausgeschossen. Professor Schiller hat seine Verdienste; aber, da die soziale Marktwirtschaft bei den Sozialdemokraten noch nicht so lange und wohl auch noch nicht ganz unbestritten zu Hause ist, wird die Frage erlaubt sein, ob er die soziale Marktwirtschaft der Regierung Kiesinger in seiner eigenen Partei ohne uns hätte durchsetzen können.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn etwas in dieser Regierung das ständige Werk gemeinsamen Bemühens war, dann die mittelfristige Finanzplanung, der Ausgleich des Haushalts und die kurzfristige Verschuldungspolitik zugunsten der Wirtschaft. Und wenn man hier Namen nennen will, gut — dann aber drei, Kiesinger, Schiller und Strauß.

(Beifall)

Es ließe sich noch auf manches hinweisen. Aber es ist zu früh, um Bilanz zu ziehen. Noch ist unsere gemeinsame Arbeit mit den Sozialdemokraten nicht abgeschlossen. Aber eines ist heute schon sicher: die Regierung Kiesinger hatte Erfolg. Erfolg, wo es überhaupt möglich war. Fast ein Drittel der Zeit,

für die wir uns zu der Großen Koalition zusammengetan haben, steht noch vor uns. Und doch ist das Programm der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 bereits zum größten Teil verwirklicht. Dabei ist es der Arbeit der Großen Koalition natürlich schon zugute gekommen, daß sie in wichtigen Punkten auf den Vorarbeiten der Regierung Erhard aufbauen konnte. Das, meine Freunde, hier zu sagen, gebietet einfach die Gerechtigkeit.

(Beifall)

Mit einem sind wir nicht weitergekommen: mit der Reform des Wahlrechts. Schon die Gespräche vor der Regierungsbildung mußten da auf recht ungewissem Boden bauen. Die führenden Sozialdemokraten wußten, daß sie dafür ihre Partei erst gewinnen mußten, daß die Mehrheit ihrer Partei zunächst einmal dagegenstehe. Und wir wußten, daß es auch bei uns in der Fraktion Bedenken und Widerstände geben würde, allerdings nur von einer Minderheit.

Wo stehen wir heute? Die sozialdemokratische Führungsgruppe hat sich in ihrer Partei nicht durchgesetzt, oder besser gesagt, sie hat es auf eine Entscheidung nicht ankommen lassen.

(Beifall)

Die Entscheidung wurde zunächst auf das Jahr 1970 vertagt, und die Frage bleibt offen, ob die sozialdemokratische Führung den Kampf um ein mehrheitsbildendes Wahlrecht noch in dieser Legislaturperiode wagt, wagen kann, wagen will – wir wissen es nicht. Nur sollte sie nicht für ihre eigene Handlungsunfähigkeit oder für ihre eigene Unentschlossenheit die jeweiligen Innenminister zu Prügelknaben machen, das eine Mal Lücke, das andere Mal Benda.

(Beifall)

Ich kann hier nur eines sagen: Wir stehen nach wie vor zu unserem Wort.

Meine Freunde, in den vergangenen 17 Monaten ist, vielleicht herausgefordert durch die Große Koalition, auch jene Kritik an der Bundesrepublik und an den Parteien durchgebrochen, die seit Jahren im Gange ist. Wie in den Dreißiger Jahren der Weimarer Republik die Rede davon war, daß dieses System – die repräsentative Demokratie – schicksalhaft und notwendig seinem Untergang zusteure, wie damals gegen den Parteienstaat, gegen die Parteiliberalismen gewettert wurde, so heute wieder. Heute gegen eine Parteienoligarchie, gegen einen Parteienstaat, der nach Jaspers „eine Schmach vor den Deutschen und vor der Welt“ sein soll. Damals wurden die Parteien verketzert, weil ihr Liberalismus bzw. ihr Egoismus sie handlungsunfähig für das Ganze gemacht habe. Heute wird ihnen Verrat an der Demokratie vorgeworfen, uns, weil wir die verschiedenen Gruppen und Kräfte zur Politik in eine Richtung zu einer Volkspartei integriert haben, und zwar dadurch, daß wir bei allen an das Gewissen für das Ganze appellierten; den Sozialdemokraten, weil sie ihren klassenkämpferischen Marsch in das gelobte Land abgebrochen und sich programmatisch ebenfalls als Volkspartei deklariert haben.

Diese Kritik, meine Freunde, hat das Ohr all derer erreicht, denen es schwer fällt oder nicht gelingt, sich mit unserer Bundesrepublik, mit der Wirklichkeit unserer Demokratie zu identifizieren. Sie hat auch da und dort bei der deutschen Jugend Gehör gefunden. Das ist in den vergangenen 17 Monaten deutlich geworden, nicht nur bei Wahlen, nicht nur bei studentischen Protesten, nein, auch in vielen Aussprachen im ganzen Land. Was wir da erfahren haben, meine Freunde, stellt manche Frage auch an uns, an die Parteien.

Wir haben uns diesen Fragen schon früh gestellt, schon bei den Vorarbeiten für unser Aktionsprogramm. Wir haben dann die Antwort auch in der Art und Weise versucht, wie wir dieses Programm als Partei im ganzen von unten nach oben erarbeitet haben. Wir haben die Frage gestellt, wie sich denn die Bundesrepublik selbst verstehe, und wir haben festgestellt, daß es darauf eine einhellige Antwort nicht gibt. Es ist so: unser Geschichtsbewußtsein ist gestört. Es ist vordergründig fixiert auf die Ablehnung des Nationalsozialismus. Es gibt bei uns viel politische Unsicherheit. Es fehlt weithin ein politisches Selbstbewußtsein. Meine Freunde, in dieser unterkühlten, in dieser nicht geklärten Luft fühlt sich die junge Generation offensichtlich – und ich sage dazu: Gott sei Dank – nicht recht zu Hause.

(Beifall)

Was in der Bundesrepublik aber nicht stimmt, was geändert, was verbessert werden kann, ist wiederum vielfach zuerst eine Frage an uns, eine Frage an die Parteien.

Als die Parteien nach 1945 begannen, da überlegten sie schon, was die Erfahrung von Weimar für die zweite Republik, für die Bundesrepublik fordere. Die Frauen und Männer, die sich in der Union zusammengefunden und vereinigt haben, fühlten sich wahrhaftig nicht umweht von dem Hochgefühl derer, die in den Stürmen der Geschichte stehen, um den Gang der Dinge in der Welt zu bestimmen. Sie wußten sich auch nicht dazu berufen, jene rücksichtslose Selbstreinigung durchzuführen, die für die prinzipiellen Kritiker der Bundesrepublik Voraussetzung für den Aufbau der wahren Demokratie gewesen wäre. Sie glaubten auch nicht, daß noch mehr zertrümmert werden müsse, um in Deutschland ein zweitesmal mit der Demokratie beginnen zu können. Sie verstanden sich nicht als ideologische Heroen, Gott sei Dank nicht; sie waren Werktagsdemokraten, Frauen und Männer aus dem Volk. Sie haben die politischen Möglichkeiten, die im Volk vorhanden waren, richtig erfaßt. Deswegen ist die Union die erste große Volkspartei geworden, die als politische Aktionsgemeinschaft auch Führungspersönlichkeiten von hohem Rang zu tragen wußte. Das hat mit Konrad Adenauer und seinem Werk begonnen.

Aber es war dann schnell davon die Rede, die Ära Adenauer gehe nun zu Ende. Niemand hat sich leidenschaftlicher dagegen gewehrt, daß mit seinem Ausscheiden eine politische Epoche zu Ende gehe, als Konrad Adenauer selbst. Bei ihm kam immer zuerst die Pflicht für den Staat; er war immer zuerst Bundeskanzler. Aber er wußte, daß seine Politik nur möglich war als

Politik der Union. Es war seine feste Überzeugung, daß diese Politik für die Zukunft nur durch die Union gesichert bleiben könnte.

Die Union ist heute, meine Freunde, nicht mehr die gleiche, die sie in den Gründerjahren war. Aber das gehört gerade zum Wesen der Union, daß sie sich ständig erneuert. Wir haben uns nie als eine dogmatische Partei begriffen. Der Union ist immer die Gegenwart aufgegeben, die Menschen, wie sie sind. Wir müssen unsere Politik konzipieren im Angesicht einer Welt von Menschen, wie sie, wie wir nun einmal sind. Weil aber diese Gegenwart Jahr für Jahr neu ist, weil sich Menschen und Verhältnisse Jahr für Jahr wandeln, weil sich die konkreten Fragen Jahr für Jahr neu stellen, deswegen müssen, deswegen wollen wir uns auch immer neu um Antworten auf diese Fragen bemühen. Meine Freunde, wir können diese neue, diese immer junge Partei ganz unbefangen sein, einfach deswegen, weil die Grundsätze, die uns verpflichten, fest sind.

Die 17 Monate seit unserem letzten Parteitag sind auch für uns gekennzeichnet durch die Große Koalition, aber doch in einer anderen Weise als für die Sozialdemokraten. Die innerparteiliche Antwort der Sozialdemokraten auf die Große Koalition waren leidenschaftliche Auseinandersetzungen. Der linke Flügel wollte und konnte sich nicht damit abfinden, daß nunmehr die Sozialdemokraten zusammen mit der Union unter unserem Bundeskanzler gemeinsam eine Politik verantworten sollten, die nach keiner Seite hin grundsätzlich verschieden war von der Politik, die man jahrelang leidenschaftlich bekämpft hatte.

Für uns, für die Union, war die Große Koalition nur so lange umstritten, bis die Entscheidung gefallen war. Dann hat sich die Union als ganzes und mit ihrer ganzen Kraft der neuen Aufgabe und der neuen Verantwortung zugewandt, und das hat niemand schneller und genauer registriert als das Volk, als die Wähler.

Dennoch, meine Freunde, haben wir den Protest – vor allem aus der jungen Generation – nicht überhört. Der Protest bei den Studenten ist linksradikal, und das ist neu in der Geschichte der deutschen Studentenschaft. Aber in den letzten Jahren sind überhaupt neue Tendenzen sichtbar geworden.

In den ersten Jahren nach dem Krieg haben sich mit den wirtschaftlichen auch unsere politischen Verhältnisse stabilisiert. Die Extremisten von rechts und von links, die den ersten Bundestag noch flankierten, bröckelten bald ab.

Unser politisches System zeigte deutlich die Tendenz, sich um das Zentrum einer realistischen Politik zu gruppieren. Utopisten, notorische Weltverbesserer, die radikale Komponente jeder modernen Demokratie wurden in der Bundesrepublik abgelehnt. Zu deutlich standen unserem Volk die Folgen der Verführung noch vor Augen. Im übrigen hat sich dabei die Fünfprozentklausel ganz ordentlich bewährt.

Ich weiß, daß in den Augen vieler, die sich nur theoretisch mit der Demokratie befassen, die aber das Gras wachsen hören, unsere Demokratie nichts wert ist – nur ein raffiniert getarntes autoritäres System. Gelegentlich be-

obachte ich auch, wie diese systematische Miesmacherei, die im Gewand der Intellektualität Wahres mit Falschem verführerisch vermischt, Verwirrung sogar in unsere eigenen Reihen trägt.

Man ist schnell bei der Hand, diesen Staat und seine demokratische Form als Provisorium abzuwerten. Meine Freunde, wir legen hier ein ganz klares Bekenntnis ab: In den 20 Jahren, die das Grundgesetz jetzt gilt, ist in unserem Volk eine demokratische Grundhaltung, eine demokratische Ordnung gewachsen, die in sich steht und zu der wir stehen und die wir von niemand zerstören lassen.

(Beifall)

Dieses Selbstbewußtsein kann nicht dadurch erschüttert werden, daß seit einigen Jahren die Konzentration zur Mitte und das Abbröckeln der Ränder einer Gegenbewegung Platz zu machen scheinen. Auf den Flügeln kristallisieren sich offensichtlich neue Kerne heraus und schicken sich an, in das parlamentarische Spektrum einzudringen.

Seit 1966 ist einiges bei uns in Bewegung geraten, was zunächst — wenn ich es richtig sehe — die Große Koalition bewirkt hat. Heute machen wir eine ähnliche Erfahrung wie in Weimar: Dauerregierungen der Mitte, ohne eigentliche, ohne wirkliche Alternative stärken die Radikalen rechts und links.

(Dr. Barzel: Sehr wahr!)

Für uns könnte nun wahrhaftig nicht Gefährlicheres eintreten, als daß linksradikaler Extremismus die Rechten stärkt und das Anwachsen der Rechten wiederum die Linke provoziert und radikalisiert.

Meine Freunde, dagegen gibt es nur ein Rezept: Die Mitte muß sich wieder in Regierung und Opposition teilen.

(Lebhafter Beifall)

Das Schwinden der Extreme war ein Nachkriegsphänomen; böse und schreckliche Erfahrungen haben bei uns die allgegenwärtigen labilen Potenzen lange in Schach gehalten. Meine Freunde! Das war nützlich für den Anfang, aber nicht normal auf lange Sicht. Ein Volk kann nicht ständig in der Erinnerungsangst des Krieges und seines barbarischen Regiments, seiner Radikalität und seiner Brutalität leben. Dadurch wird nur der natürliche Kreislauf der Affekte gehemmt, und dann entstehen leicht Stauungen, die gefährliche Eruptionen bewirken können. Diese Entwicklung gilt es im Auge zu behalten. Sie fordert die Parteien der Mitte; sie fordert uns. Aber wir dürfen und wir werden uns nicht zur Unterdrückung provozieren lassen. Wir müssen mit den Radikalen auf der Rechten wie auf der Linken politisch fertig werden. Meine Freunde, die DKP und die NPD haben je ihr eigenes Publikum; die einen sicher auch ihre Idealisten, ihre Utopisten und ihre Fanatiker, die anderen ihre Unbelehrbaren, ihre schrecklichen Vereinfacher, ihre ewig Gestrigen, und beide zusammen dazu eine enttäuschte und im übrigen nörgelnde Anhängerschaft.

Ich habe in Braunschweig meine Meinung gesagt; ich will sie hier wiederholen: Wir müssen die NPD politisch bekämpfen;

(Lebhafter Beifall)

ein Verbot würde nur das Symptom beseitigen. Wir dürfen uns dem Gefühl nicht aussetzen, die geforderte Auseinandersetzung nicht geleistet zu haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir brauchen das Bewußtsein, unseren Staat auch durch einen Prozeß der inneren Klärung im Gleichgewicht gehalten zu haben. Meine Freunde, innenpolitisch ist diese Partei unbedeutend, lediglich ein Symptom dafür, daß sich bei uns eben der Radikalismus wieder zu Wort gemeldet hat. Aber mit dieser NPD wird Politik gemacht, Politik gegen uns, nicht nur, aber in erster Linie von der Sowjetunion aus, und das könnte gefährlich werden.

Wir werden auf alle Fälle einen Wahlkampf führen, der das Ziel hat, die NPD unter die Fünfprozentgrenze zu drücken.

(Lebhafter Beifall)

Dafür, meine Freunde, haben wir eine klare Chance; die Ergebnisse der Wahlen dieses Jahres zeigen es. Zunächst die Landtagswahlen in Baden-Württemberg: Keine Wahl zuvor hat so sichtbar werden lassen, wie beweglich die Wähler innerhalb unseres Parteiensystems geworden sind. Alle Parteien haben gewonnen und verloren zugleich. Wir haben uns bei dieser Wählerwanderung als zuverlässige Volkspartei mit gutem Erfolg solid gehalten. Altes und neues Vertrauen der Wähler in die Union hat sich in Baden-Württemberg auf zwei Persönlichkeiten konzentriert, auf den neuen und auf den alten Ministerpräsidenten, auf Hans Filbinger und auf den Bundeskanzler. Der Erfolg dieser Wahl ist auch ihr Erfolg.

(Lebhafter Beifall)

Die Sozialdemokraten waren es, die über ihre internen Auseinandersetzungen die seit langem schwerste Niederlage einstecken mußten. Die Osterkrawalle haben dabei gegen die SPD ebenso aktualisierend, stimulierend und radikalisierend gewirkt, wie sie auf der Gegenseite der NPD Zubringerdienste geleistet haben. Die FDP – sie hat nur Dorftriumphe feiern können. Sie hat bei dieser Wahl, die in eine Welle des Opponierens gefallen ist, als Oppositionspartei versagt; sie hat nicht einmal ihr Ergebnis von 1960 erreicht – und das trotz Dahrendorf.

(Heiterkeit – Zurufe: Sehr gut!)

Das ungewöhnliche Anwachsen der NPD, meine Freunde, hat uns aber bei dieser Wahl trotz allem alarmiert. Doch meine ich, daß dies auf die vorübergehenden Verhältnisse dieser Zeit zurückzuführen war, denn die Kommunalwahlen vor einigen Wochen haben eines klar erwiesen: Auf kommunaler

Ebene sieht man eben, daß Frauen und Männer, die respektiert werden, Frauen und Männer, die angesehen sind, sich für diese Partei nicht hergeben, und auch, daß das Protestieren-Wollen bei vielen doch keine Grundhaltung ist. In den Großstädten, wo sich schließlich Leute bereitgefunden haben, mußte die NPD gerade in Baden-Württemberg Verluste um über die Hälfte und mehr hinnehmen.

Ein ähnliches Bild haben die Kommunalwahlen in Niedersachsen, in Hessen und an der Saar ergeben. Gratulieren können wir unseren Freunden in allen vier Ländern; denn überall haben wir unsere Position verbessert. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß sich Arbeit lohnt, und ich sage trotz der Erfolge auch auf diesem Parteitag wieder, daß wir der Kommunalpolitik mehr Aufmerksamkeit, mehr Arbeitskraft und mehr Einsatz widmen müssen.

(Lebhafter Beifall)

Beim Wahlkampf in Baden-Württemberg haben wir nun eine neue und eine wichtige Erfahrung gemacht: Meine Freunde, das Verhältnis der Wähler zu der Parteien hat sich geändert. In allen Versammlungen, teilweise sogar in den Kundgebungen, spielte die Diskussion eine wesentlich größere Rolle als je zuvor. Die Wähler wollen auch heute, vielleicht sogar mehr als früher, hören, was wir zu sagen haben, aber sie wollen zugleich auch Antwort auf ihre Fragen, auf Fragen, die sie stellen, und sie wollen auch, daß wir darauf hören, was sie denken und was sie meinen. Die Wähler sind heute informierter, interessierter und kritischer als früher. Sie wollen mehr beteiligt sein, meine Freunde, und das sicher nicht nur auf die Wahlen hin, sondern ganz allgemein, und da sind wiederum zuerst wir, die Parteien, gefordert. Hier gilt es – ich sage das ganz offen – Versäumtes nachzuholen. Es muß zu einem ständigen politischen Dialog zwischen uns und den Wählern kommen. Dafür müssen wir unsere ganze Arbeit neu formieren.

Wir müssen die Chancen nützen, meine Freunde, die Pflichten entschlossen wahrnehmen, die uns, den Parteien, unsere Verfassung zuweist. An irgendeiner Stelle muß sich in diesem Staat jeder politische Wille, ob er spontan im Volk oder organisiert in der Gesellschaft entsteht, der Parteien bedienen. Es gibt keine politische Entscheidung, die unmittelbar durch das Volk getroffen werden kann.

Es ist deswegen unsere Aufgabe als Partei, den politischen Willen im Volk vollständig zu sammeln. Wir müssen ihn klären, wir müssen ihn artikulieren. Wir müssen ihm unseren politischen Namen geben und ihn schließlich zur Entscheidung bringen. Die Reform unserer Partei, von der soviel die Rede ist, muß darauf ausgerichtet sein, die Union in ihrer Organisation und in ihrem Selbstverständnis instandzusetzen, diese Aufgaben zu leisten. Meine Freunde, in der Bundesrepublik haben die Parteien den Vorrang, wo es darum geht, politische Entscheidungen vorzubereiten, und das bringt sie schon auch in Gefahr, den politischen Willen ausschließlich in ihren eigenen Reihen herzustellen oder – was noch bequemer ist – ihn von Verbänden zu beziehen.

In Zukunft muß bei uns die Basis der Partei ihr Wort kräftiger zu Gehör bringen. Wir müssen systematisch alles aufgreifen, was im Volk an Problemen aufbricht. Die Union muß porös sein für die Sorgen der Bevölkerung. Meine Freunde, dabei wird es immer wieder Spannungen geben zwischen einem politisch aktiven Kern, der die Probleme programmiert, und dem breiten Wählervolk. Niemals aber darf es dahin kommen, daß das Volk seine Regierung nicht mehr versteht. Wir werden es auch immer wieder neu unternehmen müssen, den Wählern Ziele und Wege unserer Politik aufzuzeigen, um so ihren Willen mitzuformulieren.

Auch die Sprache der Politik wandelt sich. Meine Freunde, wir schleppen Begriffe einer verlarvten Sprache mit uns herum, die nicht mehr verstanden werden; sie sagen nichts mehr und erwecken eher den Eindruck, als spiele sich hinter ihren Masken weiß Gott was ab. Wir brauchen für unsere veränderten Verhältnisse auch eine Sprache, die unverbraucht ist, eine Sprache, die unter die Haut geht. Das Volk muß uns verstehen und wir das Volk.

(Beifall)

Dabei geht es nicht um eine Art permanenter Demoskopie, um etwa zu erfahren, was wir zu tun hätten; im Gegenteil, wir müssen für unsere Überzeugungen werben und kämpfen, dann aber auch entscheiden. Es geht nicht darum, die unterschiedlichen Standpunkte im Volk und innerhalb der Partei zu neutralisieren oder die Zustimmung aller um jeden Preis zu erringen. Aber die Wähler sollen und müssen wissen, warum wir so oder anders entscheiden.

Mißtrauisch wird das Volk erst, wenn nur noch taktiert und mit verdeckten Karten gespielt wird.

(Lebhafter Beifall)

Führung, die anerkannt sein will, Führung, die es auf Entscheidung ankommen lassen will, muß vom Vertrauen getragen sein, und dafür müssen wir neue Modelle der Bewährung schaffen. Die Partei muß zur ständigen Diskussion politischer Themen aufgerufen werden. Jedes Mitglied muß die Möglichkeit haben, sein Licht auf den Scheffel zu stellen. Meine Freunde, wir haben das mit dem Aktionsprogramm einmal versucht und einmal begonnen; und schon dabei sind einige ganz beachtliche und zum Teil hervorragende Talente sichtbar geworden, von denen man zuvor nicht viel wußte.

Jede Phase dieses Programms ist aus dem Willen der Partei geformt worden. Meine Freunde! Wenn nach Berlin gefragt wird: was denkt die Union, wie sieht sie sich, wie sieht sie die Bundesrepublik und unsere gemeinsame Zukunft, dann wird unser Aktionsprogramm der Wegweiser für unsere Antworten sein. Das Berliner Programm wird nicht vorgeschobene Stellungen einer avantgardistischen Führungsgruppe markieren und nicht rückwärtige Bastionen eines unbeweglichen Fußvolkes. Diese Partei kennt kein Gefälle der Bewußtseinsentwicklung; die Führung muß nicht ziehen, und die Mitgliedschaft braucht nicht zu drängen.

Ich glaube, wir alle waren etwas überrascht. Wir wußten schon, daß unsere Partei nicht im Gänsemarsch hinter ihrem Vorsitzenden oder ihrem Vorstand dreinmarschiert. Wir wußten auch, wie weit der Bogen reicht, der die Union umspannt und der sie in Spannung hält. Gerade deswegen waren wir angenehm überrascht, zu sehen, daß diese Partei, die Union, sich auf breiter Straße vorwärts — und in eine Richtung bewegt. Unsere Partei wird nicht von oben her programmiert; sie wird nicht an den Drähten eines trainierten Funktionärskaders gelenkt; sie vermag in allen wesentlichen Fragen spontan eine Sprache zu sprechen — und wenn einmal die Antworten verschieden ausfallen, dann bleiben wir trotzdem an einem Tisch. Wir brauchen uns nicht um unsere Durchschlagskraft und unseren Zusammenhalt besonders zu sorgen.

Aber, meine Freunde, wir müssen künftighin mehr arbeiten. Wir müssen geduldiger und zäher um Zustimmung und Mitarbeit ringen. Es gibt viel mehr Frauen und Männer, die bereit sind, bei uns mitzutun. Sie müssen wir gewinnen. Denn das ist die zweite wichtige Aufgabe, die wir als Partei fortlaufend zu erfüllen haben. Wir müssen möglichst viele tüchtige und erfahrene Frauen und Männer für uns gewinnen. Bei uns muß sich mit der Stimme der Erfahrung die Stimme der Zukunft, die Stimme der Jugend verbinden. Wir brauchen den Sachverstand und das Engagement aus allen Schichten unseres Volkes. Wir brauchen alle diese Frauen und Männer, um den Dialog mit dem Volk führen zu können, von dem ich gesprochen habe; wir brauchen sie aber auch, um sie dem Volk zur Wahl als Persönlichkeiten seines und unseres Vertrauens zu präsentieren.

Wir haben dafür in Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsführern eine breite Mitgliederwerbung vorbereitet. Aber nach allen Erfahrungen hängt der Erfolg dabei ausschließlich von unserem persönlichen Einsatz ab. Diese Werbeaktion, die unser Programm in jedes Haus tragen soll, ist die erste und wichtigste langfristige Aktion, die Bundestagswahlen vorzubereiten.

Meine Freunde, Vertrauen ist in der Demokratie alles, für die Parteien und für den Staat. Deswegen komme ich noch einmal auf die Unruhen dieses Jahres zurück. Die Jugend hat sich zwar nur partiell bereitgefunden, für irgendwelche unklaren Ideale, häufig auch um eines beliebigen Spektakels willen, diesem Staat Verachtung zu zeigen, aber nur wenige in dieser Jugend sind der demonstrierten Verachtung entgegengetreten. Die Autorität, in der sich der Staat dann zeigte, ist zwiespältig aufgenommen worden; sie hat sich auch in manchem seiner Organe als unsicher erwiesen. Meine Freunde, die Krise der Freiheit hat ihre Ursache häufig in einer Krise der Autorität. Weil wir uns die Freiheit bewahren wollen, deswegen müssen wir in dieser Demokratie, für diesen demokratischen Staat eine neue Autorität schaffen.

(Beifall)

Autorität entsteht in einer Demokratie, die tausenderlei Interessen eine Heimstatt bieten will, anders als in einer Monarchie, auch anders als in den unkomplizierten Gesellschaften vergangener Jahrhunderte. Obrigkeitsstaatliche Autorität verträgt sich mit der Liberalität der Demokratie nicht.

Meine Freunde! Jeder muß diesen Staat als den seinen betrachten; jeder muß sich verantwortlich für ihn fühlen und bereit sein, für ihn Opfer zu bringen. Aber das können wir in der Demokratie nur dann erwarten, wenn der Staat auch jedem die Chance bietet, seine Interessen zu vertreten und mit den anderen Interessen zu einem gesunden Ausgleich zu kommen. Die Parteien müssen – ich wiederhole das – ein Forum der Aussprache werden. Denn nur die Parteien – als stets offene Foren der Aussprache – sind in der modernen Demokratie in der Lage, die Beteiligung des einzelnen am Staat zu sichern, dem einzelnen seine Freiheit zu wahren und zugleich dem Staat Autorität zu geben.

Meine Freunde, wir bekennen uns zu diesem Staat, wir bekennen uns zu seiner Freiheit, und wir bekennen uns zu seiner Autorität. Aber wir müssen ihr, beide täglich neu erobern.

(Beifall)

Die Union darf, die Union wird vor dieser Aufgabe nicht versagen. Die 17 Monate seit dem Braunschweiger Parteitag haben Veränderungen gebracht, die uns damals weder dem Umfang noch der Reichweite nach bewußt gewesen sind. Wir mußten uns in einer Großen Koalition bewähren, und der Staat hat innere Unruhen erlebt, die ihn in eine schwere Belastungsprobe stürzten. Der 21. August brachte vielen einen Schock und einen harten Anstoß zur Rückbesinnung auf die weltpolitische Wirklichkeit. Es ist eine Leistung unserer Partei – sicher eine ihrer großen Leistungen für Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik – daß sie angesichts dieser Veränderungen ihre Identität bewahrt und dem Volk eine sichere Orientierung ermöglicht hat. Unsere Grundsätze, auf denen auch das Aktionsprogramm aufbaut, haben sich als stabil erwiesen. Sie beginnen nicht im Wind zu flattern, wenn die Zugluft der Geschichte an ihnen vorbeizieht.

Meine Freunde! In diesem Bewußtsein sehen wir voll Zuversicht auf den Wahlkampf des kommenden Jahres. Selbstverständlich haben wir auch längst begonnen, unseren Standort zu fixieren. Selbstverständlich machen auch wir uns bereits Gedanken, wie wir unsere Absichten in diesem Wahlkampf am besten darstellen und welche Methoden dafür dem Jahre 1969 angemessen sein werden.

Aber das heißt nicht, daß wir schon mitten in der Auseinandersetzung stünden. Für uns beginnt der eigentliche Wahlkampf noch lange nicht. Noch hat die Arbeit der Regierung, die Arbeit der Großen Koalition den Vorrang.

(Beifall)

Meine Freunde, das ist es auch, was das Volk von uns erwartet. Wir haben in diesem Wahlkampf ein Ziel: wir wollen die klare Mehrheit.

(Beifall)

Dieses Ziel, meine Freunde, werden wir erreichen, wenn wir nun alle mit aller Kraft dafür arbeiten.

Ich höre aus dem Hauptquartier der Sozialdemokraten, man plane dort, den Bundeskanzler von seiner Partei zu isolieren, man wolle versuchen, den Wählern einzureden, der Kanzler sei die eine, seine Partei eine andere Sache, der Kanzler sei schon recht, aber die CDU . . .! Nun, uns freut es, in diesen Überlegungen die hohe Achtung und den Respekt unseres Koalitionspartners für die Arbeit, für die Leistung und für den Rang unseres Bundeskanzlers erneut bestätigt zu sehen.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, wir werden jeden Versuch schon im Anfang zurückweisen, der darauf angelegt ist, die Einheit zwischen dem Kanzler und seiner Partei zu stören.

(Beifall)

Ich spreche für diesen Parteitag, ja, ich spreche für die ganze Union. Meine Freunde, wir gehen mit dem Bundeskanzler, mit unserem Parteivorsitzenden wie e i n Mann in den Wahlkampf.

(Beifall)

Wir wissen, daß für ihn, wie es für Konrad Adenauer und Ludwig Erhard immer gegolten hat, Staat und Regierung erste Pflicht sein müssen. Das hat diese Partei, seit sie besteht, nie anders gehalten. Weil wir eine große, weil wir eine gewachsene Gemeinschaft sind, deswegen können wir kontrovers diskutieren. Aber wir werden auf die Wahlen hin geschlossen kämpfen, ich wiederhole, wie e i n Mann, und wir kennen nur ein Ziel, ich wiederhole, das ist die klare Mehrheit. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsidentin Braukslepe: Herr Dr. Heck, in diesem Beifall kommt, glaube ich, ein Danke für eine Arbeit zum Ausdruck, die viel schwerer war und die weit mehr physische Kraft erfordert hat, als Sie uns hier mit Ihrem großartigen Überblick verraten haben. Mit diesem Aktionsprogramm ist Ihnen, glaube ich, obendrein gelungen, Herr Dr. Heck, was keinem Pädagogen in der Bundesrepublik je gelungen ist: Sie haben uns alle an die Arbeit gebracht, Sie haben uns herausgefordert zur Diskussion, und Sie haben uns Schularbeit aufgegeben, Tag und Nacht und monatelang,

(Beifall)

und zwar, meine ich, in einer Weise, wie wir es vorher kaum für möglich gehalten haben. Ja, ich glaube, ich darf hier hinzufügen, ihm ist es gelungen, mit seinem Aktionsprogramm auch diejenigen in unserem Land, die nicht zu uns gehören, ja, die uns feindlich gegenüberstehen, zum Nachdenken über die Christlich Demokratische Union zu bringen. Und das will etwas heißen.

Noch etwas aber – und das halte ich für viel wichtiger in dieser Stunde – kam hier zum Ausdruck. Lassen Sie mich zum Sprecher für die vielen Zuhörer hier werden: Als wir Ihnen vorhin dankten, Herr Dr. Heck, lag in diesem Dank ein Ausdruck von Hochachtung vor einem Mann, der uns seinen Bericht in einer Stunde vorlegte, in der er freiwillig ein Amt zur Verfügung stellte und seine Schultern hinhielt für eine Aufgabe, um die ihn keiner hier im Saal beneidet. Er stellt sich und übernimmt mit großem Mut das Amt dessen, der einen schweren und vielleicht den schwersten Wahlkampf seit 20 Jahren vorzubereiten sich anschickt. Dafür, meine ich, sollten wir ihm unsere ganze Hochachtung zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Aber was nützen einem Manne, der schuffet, Dank und Hochachtung, wenn sich dieser Dank und diese Hochachtung nicht anders ummünzen lassen. Und das will ich versuchen zu sagen. Wir wollen mit Ihnen in das, was Sie vorbereiten für ein schweres Jahr, hineingehen: solidarisch. Schulter an Schulter, mit der ganzen ungebrochenen Geschlossenheit und mit dem hinreißenden Elan, den wir schon in vielen großen Parteitagen bei uns gesehen haben. Aber wenn Sie sagten, Herr Dr. Heck, daß wir alle stehen wie ein Mann,

(Heiterkeit)

dann vergessen Sie nicht, daß Sie im nächsten Jahr auch die Mehrheit der Stimmen aller Frauen dazuhaben sollen.

(Beifall)

Darf ich aber zum Schluß, weil wir unter Freunden sind und hier trotzdem vor aller Öffentlichkeit sprechen, ein persönliches Wort hinzufügen. Herr Dr. Heck, Sie gaben mir, als Sie in die andere Aufgabe hinüberwechselten, ein schweres Amt, an dem Sie sehr gehangen haben. Und was fand ich vor? Ich fand ein hervorragend bestelltes Haus mit glänzenden Mitarbeitern, die durch Sie und Ihre Arbeit in der Lage sind, mir für den Rest der Aufgabe zur Seite zu stehen. Dafür will ich öffentlich danken.

(Lebhafter Beifall)

(Peter Lorenz übernimmt das Präsidium)

Präsident Lorenz: Liebe Freunde, jetzt beginnen die **Beratungen und die Beschlußfassung über den Entwurf des Aktionsprogramms** der Christlichen Demokratischen Union für die nächsten Tage. Das Programm ist aber für die kommenden Jahre. Aus diesem Grunde müssen wir uns bemühen, die Beratungen so sorgfältig wie möglich, aber auch so gestrafft wie möglich durchzuführen. Sie haben schon gehört, daß etwa 360 Änderungs- und Zusatzanträge vorliegen, und Sie haben ja auch Gelegenheit gehabt, an Hand Ihrer Tagungsunterlagen schon von dem Inhalt dieser Anträge Kenntnis zu nehmen.

Wenn man davon ausginge, daß zu jedem dieser Anträge diskutiert würde, würden auf die Begründung und Besprechung eines jeden Antrages von der uns zur Verfügung stehenden Zeit drei Minuten entfallen. Jeder weiß aber, daß es Themen und Anträge geben wird, zu denen weniger oder gar nicht gesprochen zu werden braucht, und solche, die tiefgehender und länger diskutiert werden. Wir wollen also versuchen, uns danach einzurichten mit dem Ziel, daß wir mit der Beschlußfassung über das Aktionsprogramm pünktlich fertig werden.

Liebe Freunde, dabei ergab sich als erstes die Frage, ob wir nunmehr an die Referate unseres Bundesvorsitzenden und unseres Generalsekretärs eine Generalaussprache anknüpfen sollten. Wir möchten Ihnen vom Präsidium vorschlagen, in Anbetracht der Fülle dieser Anträge das nicht zu tun. Schon deshalb ist es entbehrlich, weil wir ja in unserem Aktionsprogramm alle politischen Bereiche ansprechen und somit an der entsprechenden Stelle immer die Möglichkeit haben, im Zusammenhang mit unserem Programm auch das zu sagen, was wir zum aktuellen politischen Geschehen zu sagen haben.

Ich nehme also an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir auf eine Generalaussprache verzichten und gleich in die Einzeldebatte um das Aktionsprogramm eintreten. Dabei gehe ich davon aus, daß wir heute zunächst den Versuch unternehmen wollen, über die Präambel und denjenigen Abschnitt zu sprechen und abzustimmen, der mit der vorläufigen Generalüberschrift „Deutschland in der Welt“ gekennzeichnet ist, d. h. Deutschland-Politik, Außenpolitik und Sicherheitspolitik. Wir wollen einmal sehen, wie weit wir damit kommen und wie wir gemeinsam die Beratung dieser Punkte einrichten.

Liebe Freunde, ich darf die Delegierten, die hier jetzt aufgerufen sind, ans Werk zu gehen, bitten, zweckmäßigerweise zunächst das Ihnen gedruckt vorliegende Aktionsprogramm in der Fassung des Entwurfs des Bundesvorstandes zur Hand zu nehmen. Das wird Ausgangspunkt der Diskussion sein, d. h. wir werden die Beratung in der Reihenfolge vornehmen – abschnittsweise und punktweise, in der hier in diesem Entwurf vorgegangen worden ist.

Ferner bitte ich zur Hand zu nehmen das Heft „Anträge zum Aktionsprogramm“, das Sie in Ihren Tagungsunterlagen vorgefunden haben, und dann können Sie immer verfolgen, zu welchem Punkte welche Anträge vorliegen.

Wir werden nach der vorhin angenommenen Verfahrensordnung oder, soweit da nichts geregelt ist, nach der Verfahrensordnung unseres Statuts vorgehen. Ich werde also die Anträge zunächst einmal begründen lassen, was nicht heißen soll, daß jeder Antrag hier mündlich begründet werden muß. Manche Anträge sprechen nach ihrem Inhalt für sich selbst, manche bedürfen vielleicht einer ausführlichen Erläuterung. Wir werden dann, wo erforderlich, die Stellungnahme der Antragskommission vortragen lassen und anschließend die Diskussion eröffnen.

Zur Diskussion verweise ich auf die angenommene Verfahrensordnung, nach der jeder Sprecher sich hier zu Wort melden muß, möglichst schriftlich, und zwar unter Angabe, ob er für oder gegen den Antrag sprechen will.

Weiterhin bitte ich, sich dort, wo das noch nicht geschehen ist, mit der roten Stimmkarte auszurüsten, die Ihnen inzwischen von Ihren Landesgeschäftsführern übermittelt sein müßte; denn mit der werden wir in der Regel durch Handaufheben abstimmen. Abstimmungsberechtigt sind bekanntlich alle Delegierten. Ferner bitte ich Sie, sich mit einem Stimmzettelblock zu versehen, der ebenfalls von den Landesgeschäftsführern den Delegierten übermittelt worden sein müßte. Er dient zu schriftlichen Abstimmungen, die nach der Verfahrensordnung der Partei gemäß § 42 von einem Viertel der Delegierten verlangt werden können. Ob wir sie auch durchführen müssen, wenn durch einfaches Handaufheben keine klaren Mehrheiten ermittelt werden und man mit dem Auszählen Schwierigkeiten hat, wollen wir erst den praktischen Erfahrungen vorbehalten.

Ich darf fragen, ob alle Delegierten im Besitz der Stimmkarte und des Stimmzettelblocks sind.

(Zurufe: Nein!)

Das scheint der Landesverband Rheinland zu sein. Dann würde ich den zuständigen Landesgeschäftsführer bitten, dem schnellstens abzuhelpfen, damit wir bei Beginn der ersten Abstimmung alle Voraussetzungen erfüllt haben.

Nun darf ich den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, unseren Freund Dr. Riesebrodt, bitten, über die erfolgte Mandatsprüfung zu berichten. Er hat das Wort.

Dr. Riesebrodt, Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem Parteitag gehören 572 Delegierte an. Um 15.45 Uhr waren 546 anwesend; 26 waren nicht anwesend. Nächste Auszählung morgen um 9.30 Uhr. Danke!

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Lorenz: Unser Büro wird die Zahlen notiert haben. Sie werden ja möglicherweise bei der Feststellung von Mehrheiten immer mal herangezogen werden müssen.

Liebe Freunde, ich rufe nunmehr den Abschnitt A auf, die Präambel. Dazu liegen insgesamt 3 Änderungsanträge vor, die zunächst einmal begründet werden können. Wer möchte für Schleswig-Holstein den Änderungsantrag A 1 begründen? – Herr Ministerpräsident Lemke hat das Wort.

Ministerpräsident Dr. Lemke, Schleswig-Holstein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur zwei Minuten.

Im ersten Satz wird hinter dem Wort „vereint“ die Formulierung „als moderne Volkspartei“ eingefügt. So lautet der erste Teil des Antrags. Ich meine, die CDU sollte sich ausdrücklich dazu bekennen, daß sie sich als eine politische

Partei versteht, die – im Gegensatz zu den anderen Parteien – nicht nur frühere konfessionelle, sondern auch frühere soziale Klassegegensätze für überwunden hält und klassenkämpferische Vorstellungen nicht mehr als Kategorien politischen Handelns und Urteilens im ausgehenden 20. Jahrhundert anerkennen kann.

Das Zweite. Als ich den zweiten Absatz der Präambel las, dachte ich an die Wendung: „Der Geschäftsmann orientiert sich am Handelsgesetzbuch.“ Mir ist also diese Wendung im zweiten Absatz, die ja eigentlich dessen entscheidende Aussage sein soll, zu schwach. Deswegen hat mein Landesverband die Formulierung vorgeschlagen, die Ihnen in dem Antrag A 1 vorliegt. Politische Verantwortung für die Mitmenschen und die Welt wird auch von anderen politischen Parteien vertreten. Für die CDU ist meiner Ansicht nach das entscheidende Kriterium, daß sie ihre Verantwortung aus der christlichen Verkündigung von der Verantwortung für den einzelnen Menschen, die Gesellschaft und den Staat herleitet. Deshalb halten wir es für richtig und geboten, von einer christlichen Verantwortung zu sprechen.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Als nächster hat das Wort Freund Ehlert für den Kreisverband Moers zur Begründung des Antrags A 2.

Ehlert, Moers: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Dr. Heck hat davon gesprochen, daß dieses Berliner Programm dasjenige für die 70er Jahre sein müßte. Nun, es werden sicherlich im Laufe der heutigen und morgigen Diskussion wichtige Programmpunkte der Deutschlandpolitik, der Ostpolitik, der Mitbestimmungsfrage und der Familienpolitik behandelt werden. Ich glaube aber, den entscheidenden Punkt für diesen Parteitag haben wir hier in der Präambel, nämlich den, ob die CDU auf diesem ihrem Berliner Parteitag willens ist, sich zu einer wirklichen Volkspartei zu entwickeln. Sie werden mir entgegenhalten, wir seien doch eine Volkspartei, einmal weil wir Männer und Frauen aller Schichten in unserer Partei erfassen. Richtig! Oder Sie werden sagen, wir seien eine Volkspartei, weil wir beide christliche Konfessionen politisch vereint haben. Richtig! Aber die Frage ist doch: Waren wir nicht in der Vergangenheit zu sehr eine bikonfessionelle Partei und noch nicht Volkspartei im umfassenden Sinne?

Aus einer kürzlich veröffentlichten Statistik wurde bekannt, daß sich in der DDR nur noch knapp mehr als 50% unserer deutschen Landsleute im anderen Teil Deutschlands zu einer der beiden christlichen Konfessionen bekennen, also annähernd die Hälfte der dort lebenden Deutschen sich nicht mehr als Christen bekennen. Statistisch wird das bei uns in der Bundesrepublik Deutschland etwas besser aussehen, statistisch! Ob in der Wirklichkeit, ist eine andere Frage.

Wenn wir auf die SPD schauen – wir mögen zu ihrem Godesberger Programm stehen wie immer wir wollen –, hat sie doch immerhin den Versuch

unternommen, sich zu einer Volkspartei zu entwickeln, in der nicht mehr nur Marxisten im Sinne der alten SPD tätig und politisch wirksam sind, sondern ebenso Christen. Und wenn wir an den von der SPD vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten denken: man mag dazu stehen, wie immer man will – viele sehen in ihm den Wanderer zwischen fünf Parteien und daher nicht gerade den besten Stabilisierungsfaktor für unsere Demokratie –,

(Beifall)

aber eines ist doch deutlich: er ist sicher kein Repräsentant der SPD alten Stils, denn er ist sicherlich kein Marxist, aber auch sicherlich kein typischer Arbeitnehmervertreter, wie die SPD früher eine Arbeiterpartei war.

(Zurufe: Zur Sache!)

– Ich glaube, das ist genau bei der Sache; es betrifft nämlich die Ausweitung zur Volkspartei.

Es weiß kaum einer unserer Bundesbürger, was im Godesberger Programm zur Mitbestimmung gesagt ist. Sehr wohl weiß man aber, daß die SPD sich öffnen wollte, für Marxisten in gleicher Weise wie für Christen.

Nun ist die Frage für uns, ob wir nicht bereit sein müssen, aus einer bikonfessionellen Partei zu einer wirklichen Volkspartei zu werden. Gerade hier in Berlin ist ganz sicher, daß die CDU-Politik nicht nur von Christen unterstützt wird und daß die CDU ganz sicherlich auch von Buddhisten, Juden oder einfach von Menschen gewählt wird, die an das Humanum glauben.

(Unruhe)

Daher unser Vorschlag, daß die CDU Deutschlands in ihrer Präambel zum Ausdruck bringt, daß sie Frauen und Männer aller Schichten vereint, die bereit sind, die Grundsätze der CDU anzuwenden, ganz gleich, ob sie sich selbst zur christlichen Konfession bekennen oder nicht.

Das darf nun keineswegs zu einer Aufweichung führen, wie das bei der SPD mit ihren Gummiparagrafen der Fall ist. Daher schlägt dieser Antrag vor, unsere Grundsätze klar zu kennzeichnen. Wir halten das für wichtiger als eine bloße christliche Etikettierung. Denn mit diesen Grundsätzen machen wir, wenn sie klar gekennzeichnet sind, das deutlich, was das Aktionsprogramm überhaupt will. Die einzelnen Punkte sind nicht spezifisch christlich, sondern einfach vernünftig, wie eine vernünftige Politik heute in der Bundesrepublik aussehen muß. Daher fällt dieser Berliner Parteitag die Entscheidung, und ich glaube die wichtigste Entscheidung heute, ob die CDU bereit ist, sich für alle zu öffnen, die bereit sind, die Grundsätze und die Politik der CDU anzuwenden, gleichgültig ob sie sich selbst zu einer christlichen Konfession bekennen oder nicht.

(Zuruf: Wird abgelehnt!)

Präsident Lorenz: Liebe Freunde, wir wollen nicht gleich am Anfang ungeduldig werden.

(Zurufe)

Wir müssen einmal sehen, wie sich das mit der Menge der Wortmeldungen bei der Begründung und nachher in der Debatte einspielt.

Wir wollen darauf verzichten, gleich am Anfang von dem Recht Gebrauch zu machen, die Redezeit zu beschränken. Dabei gehen wir aber davon aus, daß diejenigen, die hier begründend sich mit den Änderungen auseinandersetzen, ihre Anträge gegenüber der Vorlage des Bundesvorstandes bringen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß nicht alle Anträge begründet werden müssen.

Ich rufe nun zur Begründung den Antrag A 3 auf. Das Wort hat unser Freund von Arnim vom Kreisverband Bonn-Stadt.

von Arnim: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viele Leute sollen nur die Vorworte der Bücher kennen, die in ihren Bücherschränken stehen. Es wird sicher auch Leute geben, die von dem Aktionsprogramm der CDU nur die Präambel kennen werden. Das, was also die wichtigen politischen Aufgaben sind, die wir sehen, sollte in der Präambel immerhin erwähnt werden.

Die politische Aufgabe des Jahrhunderts für uns ist einerseits die Wiedervereinigung, andererseits aber auch Europa, und durch Europa kämen wir auch der Wiedervereinigung näher.

(Beifall)

Wir meinten, daß der Europaakzent in der Vorlage des Bundesvorstandes nicht ganz deutlich genug wäre. Wir hielten es für einen Mangel, das in der Präambel überhaupt nicht zu finden. Darum haben wir Ihnen den Vorschlag gemacht, den zweiten Satz der Präambel, der von der „Völkergemeinschaft“ spricht, die wir fördern wollen, dadurch zu verändern, daß wir einen Europaakzent an seine Spitze setzen. Damit das Ganze nicht zu kopflastig wird, sollte dieser Satz an das Ende rücken.

Der Herr Bundeskanzler hat heute vormittag davon gesprochen, daß wir uns in den Europaangelegenheiten, so wichtig sie sind, in einer Sackgasse befinden. Unser Programm muß deutlich machen, daß wir aus dieser Sackgasse herauswollen und nicht darin stehenbleiben. Das muß ein Programmpunkt von uns sein, der so wichtig ist, daß er auf der ersten Seite ins Auge springt.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Ich erteile nunmehr als Vertreter der Antragskommission unserem Freund Dr. Helmut Kohl das Wort.

Dr. Kohl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst ein ganz kurzes Wort zu der Interpretation des Begriffes

„moderne Volkspartei“. Um es gleich vorweg zu sagen: Die Antragskommission ist der Auffassung, daß es nicht notwendig ist, den Ausdruck „als moderne Volkspartei“ einzufügen, da sich die CDU seit eh und je als moderne Volkspartei verstanden hat.

(Beifall)

Ich möchte aber gleich hinzufügen: wir geben hier ausdrücklich kein negatives Votum ab, da wir der Auffassung sind, daß es kein Schaden ist, wenn diese Formulierung mit aufgenommen wird.

Zweitens zum Thema „Volkspartei“, und damit bin ich auch schon beim Antrag A 2 des Kreisverbandes Moers. Wir sind der Auffassung, daß sich die Union seit ihrer Begründung als Volkspartei verstanden hat. Wir waren nie, meine Freunde, Weltanschauungersatz. Ein Großteil der Mitglieder, der Männer und Frauen, die diese Union in 20 Jahren getragen haben, sind aus ihrer religiösen Heimat, aus ihrer Zugehörigkeit zu einer der beiden großen Konfessionen zu uns gekommen und haben hier ihre politische Heimat gefunden. Das war und ist für uns natürlich Selbstverständnis.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist selbstverständlich, daß gerade die Interpretation des „C“ unserer Christlich Demokratischen Union nicht gänzlich unberührt sein kann von der Entwicklung im Bereich der Theologie, vom Ertrag des Schemas 13 des 2. Vatikanums, vom Ertrag der modernen evangelischen Theologie und mancher Gedanken, die auf der letzten Weltkirchenkonferenz vorgetragen wurden.

Das alles zusammen ergibt für uns folgendes. Dieses Berliner Programm soll ja in die 70er Jahre als eine Leitlinie, als ein Maßstab für unser eigenes Tun hinreichen. So soll sich gerade die Präambel als Anruf an uns selbst richten. *Wir sind der Auffassung, daß auch in Zukunft diese Christlich Demokratische Union in der Kernschicht derer, die sie tagtäglich in der politischen Arbeit tragen, vor allem aus Männern und Frauen bestehen soll, die eine lebendige Verbindung zu ihrer christlichen Glaubensheimat in den beiden Konfessionen haben.*

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da ist eine, wie ich finde, hochmoderne Ansicht.

Deswegen glaube ich, daß der Absatz 2 des Vorschlags unserer schleswig-holsteinischen Freunde, wenn Sie so wollen – ich will das vorsichtig formulieren – ein Rückschritt wäre.

Die Union ist in den Jahren 1945/1947 aus dem Geschichts- und Traditionsstrom von über hundert Jahren deutscher Geschichte – auch Parteiengeschichte – entstanden. Wenn ich vorhin sagte, daß wir um jede Stimme kämpfen, so bedeutet dies auch, daß wir wissen, daß die Kernschicht dieser Union vor allem von Männern und Frauen aus den beiden großen Konfessio-

nen getragen wurde und getragen wird. Wir schlagen vor, den zweiten Absatz des schleswig-holsteinischen Antrags abzulehnen. Wir glauben – im Gegensatz zu dem, was der Kollege Lemke vorgetragen hat – daß er nicht ein Mehr an Aussage, sondern angesichts des Ertrags der Geschichte für die Union ein Weniger an Aussage bedeutet. Wir glauben, daß er auf einem überwiegend individualistischen Menschenbild basiert. Gerade in einer Partei, die das Wagnis einer Politik aus christlicher Verantwortung unternimmt und auf sich nimmt, muß der Hinweis der Verpflichtungen des Menschen gegenüber der Gemeinschaft unterstrichen werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Begriff der Solidarität und den Begriff der Eigenverantwortung, die in der Präambel ausdrücklich dargestellt sind.

Dann ein Weiteres zu dem Antrag des Kreisverbandes Moers. Wir bitten, diesen Antrag abzulehnen. Die Antragskommission glaubt, daß die Präambel so, wie sie jetzt vorliegt – vielleicht mit der gleich noch zu beschließenden Änderung – in ihrer Aussage für alle, die dieses Aktionsprogramm zur Hand nehmen, klarer und deutlicher sein wird.

Dann ein letztes Wort zu dem, was unsere Freunde aus Bonn hier vorgeschlagen haben. Wir sind der Auffassung, daß dieser Antrag in seinem Kern zu Recht besteht. Wir bitten um folgende Änderung des Vorschlags des Bundesvorstands: Es soll eingefügt werden „Sie will ein vereintes Europa und eine Völkergemeinschaft“. Ich glaube, daß damit dem berechtigten Wunsch, der in der Diskussion der Kreis- und Landesverbände von vielen geteilt wurde, entsprechend Rechnung getragen wird.

Zusammenfassend bitten wir also, daß der zweite Absatz des Antrags von Schleswig-Holstein nicht übernommen wird. Wir möchten zu der Einfügung „als moderne Volkspartei“ kein Votum abgeben. Wir bitten, den Antrag A 2 des Kreisverbandes Moers abzulehnen. Wir bitten, den Antrag von Bonn-Stadt so zu übernehmen, daß die Formulierung „Sie will ein vereintes Europa und eine Völkergemeinschaft“ aufgenommen wird.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Liebe Freunde, wird jetzt zur Diskussion das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Darf ich fragen, ob der Landesverband Rheinland inzwischen seine Stimmkarten bekommen hat?

(Zurufe: Ja – nein!)

Teilweise. – Liebe Freunde, ich würde dann, damit keine Verzögerung eintritt, empfehlen, daß wir, solange wir nicht alle diese roten Stimmkarten haben, unsere Delegiertenausweise nehmen. Wollen wir einmal sehen, ob wir damit weiterkommen. Solange keine ausgesprochenen Kampfabstimmungen mit schwierig zu ermittelnden Mehrheiten stattfinden, werden wir es vielleicht

schaffen. Dennoch würde ich aber bitten, jetzt vom Landesverband Rheinland aus einmal alles zu versuchen, damit man die Stimmkarten bekommt.

Liebe Freunde, ich empfehle, über den Antrag A 2 zuerst abzustimmen, weil das nach meiner Auffassung der weitestgehende ist. Er würde nämlich, wenn er angenommen würde, zur Folge haben, daß die gesamte Formulierung, wie sie vom Bundesvorstand vorgeschlagen wird, entfielen.

Ich darf jetzt diejenigen bitten, die für den Antrag des Kreisverbandes Moers — A 2 — sind, das Zeichen mit dem Delegiertenausweis zu geben. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Das letztere war eindeutig die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe dann zur Abstimmung über den Antrag A 1 auf. Ich würde empfehlen, die Abstimmung in zwei Teilen vorzunehmen, nämlich einmal über den ersten Absatz, der die Worte „als moderne Volkspartei“ eingefügt haben möchte. Sodann sollte über den zweiten Teil abgestimmt werden. — Einverstanden in dieser Form? Ja.

Ich möchte diejenigen bitten, die entsprechend dem ersten Absatz des Antrages A 1 hinter dem Wort „vereint“ die Worte „als moderne Volkspartei“ einfügen möchten, das Handzeichen zu geben. — Danke schön. Wer ist dagegen? Schönen Dank. Da haben wir es schon. Liebe Freunde, wir wollen einmal versuchen, es mit Auszählen zu erreichen.

(Zurufe)

Wollen wir schon mit den Stimmzetteln anfangen? Dann dauert es natürlich länger. Wir wollen erst einmal mit Auszählen versuchen. — Dann bitte ich diejenigen, die für die Annahme des Änderungsantrages sind, aufzustehen. — Ich bitte das Büro, auszuzählen.

Ist schon alles ausgezählt? —

(Zurufe: Nein!)

— Jetzt scheinen alle Stimmen ausgezählt zu sein.

(Zustimmung)

— Dann bitte ich, sich wieder hinzusetzen. Mir wird soeben mitgeteilt, es sei für die Helfer doch zweckmäßiger, wenn nur die Hände gehoben werden. — Ich bitte dann also jetzt diejenigen, die gegen diesen Änderungsantrag sind, die Hand mit der Karte aufzuheben.

(Es erfolgt Auszählung der Stimmen)

Sind jetzt auch die Nein-Stimmen ausgezählt? — Das ist offenbar der Fall. Ich warte dann auf das Ergebnis.

Liebe Freunde, ich darf Ihnen das Ergebnis mitteilen: 324 Delegierte haben mit Ja gestimmt, 194 mit Nein. Damit ist also der Antrag A 1 Satz 1 angenommen.

(Lebhafter Beifall. — Zurufe: Bravo!)

Liebe Freunde, ich stehe nun auf folgendem Standpunkt: Wenn wir jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen lassen und er eine Mehrheit fände, dann wären damit entsprechend der Empfehlung der Antragskommission die übrigen Anträge, nämlich zweiter Satz A 1 und Antrag A 3, abgelehnt. Ich möchte deshalb jetzt diejenigen bitten, das Handzeichen zu geben, die für den Antrag der Antragskommission sind und gleichzeitig die beiden restlichen Anträge ablehnen wollen. Der Antrag der Antragskommission — ich darf ihn nochmals vorlesen — lautet:

Im ersten Absatz der Präambel den zweiten Satz so zu formulieren:

„Sie will ein vereintes Europa und eine Völkergemeinschaft, die den Frieden in der Welt sichert und dem Wohle und der Entwicklung der Völker dient.“

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke schön. Die Gegenprobe. — Ich danke schön. Das erste war die überwiegende Mehrheit. Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen, und die beiden übrigen Anträge sind abgelehnt.

Liebe Freunde, ich rufe nun auf die Sparte B und da zunächst — denn dazu liegen Abänderungsanträge vor — die Überschrift über den Gesamtkomplex. Die Überschriften lauten: Deutschland in der Welt und Deutschlands innere Ordnung. Für das, was wir jetzt hier behandeln: Deutschland in der Welt. Dazu liegen Abänderungsanträge vom Landesverband Hessen und vom Kreisverband Bonn-Stadt vor. Ich frage zunächst, ob Hessen seinen Abänderungsantrag begründen will.

(Zuruf: Nein, keine Begründung!)

— Der Antrag wird nicht begründet. Will der Kreisverband Bonn-Stadt seinen Antrag begründen?

(Zuruf.)

— Auch dieser Antrag soll nicht begründet werden. — Für die Antragskommission hat das Wort unser Freund von Weizsäcker.

Frelherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Antrag B 2 des Kreisverbandes Bonn-Stadt zu übernehmen, wonach die Zwischenüberschrift, welche über dem Kapitel „Deutschlandpolitik“ einerseits und dem Kapitel „Außen- und Sicherheitspolitik“ andererseits steht, lauten soll: „Deutschland in Europa und in der Welt“.

Die Antragskommission ist der Meinung, daß der Hinweis, der sich aus beiden Anträgen ergibt, seine Berechtigung hat, daß er im Zusammenhang mit Anträgen, auf die wir nachher vielleicht noch zu sprechen kommen, in dieser Zwischenüberschrift seinen Niederschlag finden sollte, dagegen nicht entwe-

der im Kapitel „Deutschlandpolitik“ oder im Kapitel „Außen- und Sicherheitspolitik“, und zwar deshalb nicht, weil der Sache nach diese beiden Kapitel, also sowohl das Kapitel „Deutschlandpolitik“ als auch das Kapitel „Außen- und Sicherheitspolitik“, mit Europa aufs engste und integrierend zu tun haben.

Bezüglich der beiden Anträge war die Antragskommission der Meinung, daß der zweite, also der Antrag B 2, der Sache nach sowohl in bezug auf den gesamten Duktus der Programmüberschriften wie aber auch in sich selbst noch gegenüber dem Antrag B 1 vorzuziehen sei.

Präsident Lorenz: Wird jetzt zur Diskussion das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich über den Antrag B 2 zuerst abstimmen lassen. Das ist ein gemeinsamer Antrag — —

(Zuruf: Der Antrag wird zurückgezogen!)

— Hessen zieht den Antrag zurück. Dann steht nur noch ein Antrag zur Abstimmung. Es besteht Übereinstimmung zwischen dem Kreisverband Bonn-Stadt und der Antragskommission, nämlich die Zwischenüberschrift zu formulieren: „Deutschland in Europa und in der Welt“. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke schön. Die Gegenprobe. — Das erste war die große Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 1. Hier wäre an sich der Abänderungsantrag B 22 zu behandeln. Wir haben jedoch soeben vom Kreisverband Siegburg die Mitteilung erhalten, daß dieser Antrag zurückgezogen wird. So liegt also kein weiterer Antrag zu Ziffer 1 vor. Ich lasse damit über die Ziffer 1 in der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Fassung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke schön. Die Gegenprobe. — Das erste war die große Mehrheit. Damit ist die Ziffer 1 so beschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 2. Hier sind die Anträge B 3 und B 4 vom Landesverband Hessen und vom Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis zu behandeln. Wird Begründung zum Antrag B 3 gewünscht? — Offenbar nicht. Wird eine Begründung zum Antrag B 4 gewünscht? — Auch nicht. Dann darf ich für die Antragskommission das Wort unserem Freund von Weizsäcker geben.

Freiherr Dr. von Welzsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sehr annahmefreudige Antragskommission schlägt ihnen vor, die Anträge B 3 und B 4 anzunehmen. Der Zusatz, der mit dem Antrag B 3 angeregt wird, entspricht dem Gedanken, der im Aktionsprogramm selbst steht, der dort bereits in der Ziffer 11 zum Ausdruck gebracht wird. Die Antragskommission ist jedoch der Meinung, daß es der Klarstellung dient, wenn dieser Zusatz bereits in der Ziffer 2 enthalten ist.

Der Antrag B 4, mit dem angeregt wird, das Wort „menschliche“ vor der Aufzählung der anderen Adjektive — „kulturelle, wirtschaftliche und politische“ — aufzunehmen, spricht für sich selbst und sollte ebenfalls angenommen werden.

Präsident Lorenz: Wird zur Diskussion das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag B 3. Wer für dessen Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke schön. Die Gegenprobe. — Das erste war die große Mehrheit. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag B 4. Wer für dessen Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke schön. Die Gegenprobe. — Auch hier war das erste ebenfalls die große Mehrheit. Damit ist auch der Antrag B 4 angenommen.

Damit haben wir jetzt auch eine endgültige Formulierung der Ziffer 2.

Ich rufe auf Ziffer 3. Hier wäre der Antrag B 5 zu behandeln. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? Herr Schepers aus Bremen hat das Wort!

Schepers: Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir der Auffassung sind, daß eine allgemeine Definition unserer Aufgaben hinsichtlich der Zusammengehörigkeit nicht genügt, sondern in der Ziffer 3 ergänzt werden muß durch einen Katalog von Maßnahmen, der seitens der Bundesregierung zu ergreifen wäre. Wir bitten Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen, weil hierin eine Verdeutlichung des in Absatz 3 und 4 genannten allgemeinen politischen Zieles zum Ausdruck kommt.

Präsident Lorenz: Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Für die Antragskommission hat das Wort unser Freund von Weizsäcker!

Dr. von Weizsäcker: Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Inhalt des Antrages B 5 zu überweisen an den Bundesvorstand und vor allem an die Bundestagsfraktion, ihn dagegen nicht in das Aktionsprogramm als solches aufzunehmen. In der Beratung des Aktionsprogrammes ist über die Frage, ob hier enumerativ vorgegangen werden soll oder nicht, eingehend diskutiert worden. Mit dem Votum, das die Antragskommission Ihnen unterbreitet, ist natürlich keine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten verbunden, die hier enumerativ zusammengestellt sind, wohl aber war die Antragskommission der Meinung, daß Enumerationen dieser Art schon in vielen Dokumenten der Partei, der Fraktion und der Regierung vorliegen, daß sie weiterhin sorgfältig gesammelt, miteinander verglichen und auf dem laufenden gehalten werden sollen, nicht aber, daß sie in diesen Einzelheiten in ein für einen langen Zeitraum bestimmtes Aktionsprogramm als solche aufgenommen werden sollen.

Präsident Lorenz: Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Änderungsantrag B 5 abstimmen.

(Zuruf: Der Antrag der Antragskommission geht vor!)

Wenn dieser Antrag hier angenommen oder abgelehnt würde, ergäben sich für die weitere Behandlung entsprechende Folgen, aber bitte, ich bin auch

einverstanden. Ich lasse zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen, nämlich, das hier nicht in das Aktionsprogramm aufzunehmen, sondern die Forderungen des Landesverbandes Bremen an Vorstand und Fraktion zur weiteren Berücksichtigung in der politischen Arbeit zu überweisen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erste war die große Mehrheit. Damit ist dem Vorschlag der Antragskommission entsprochen.

Wir müssen dann abstimmen über die Formulierung der Ziffer 3 in der vorgeschlagenen Fassung des Bundesvorstandes. Wer für diese Formulierung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit ist diese Fassung angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 4. Hierzu liegen eine ganze Anzahl von Änderungsanträgen vor, nämlich B 6, B 7, B 8, B 9, B 10, B 11 und B 23. Werden alle Anträge aufrechterhalten? —

(Zuruf: B 23 wird zurückgezogen!)

B 23 wird zurückgezogen; er würde sonst zuerst zu behandeln gewesen sein.

Dann würde ich empfehlen, zunächst die Anträge B 6 und B 11 gemeinsam zu behandeln, weil sie inhaltlich das gleiche Themateilstück betreffen. Möchte von Bremen jemand den Antrag B 6 begründen?

(Zuruf: Nein!)

Nein! Von Bonn-Stadt jemand zur Begründung für B 11?

(Zuruf: Jawohl!)

Bitte schön! Herr von Arnim hat das Wort.

von Arnim: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag kam es uns, wie wir auch in der Begründung geschrieben haben, nur darauf an, daß wir hier nicht gedankenlos eine Formulierung übernehmen, die jetzt üblich geworden ist, und die gewisse Ungenauigkeiten enthält. Ich glaube, es sollte doch nicht schwerfallen, die sprachliche Formulierung des Aktionsprogrammes so zu fassen, daß solche Unkorrektheiten nicht enthalten sind. Es ist nun einmal so, daß nach dem Grundgesetz eben nicht nur die beiden Teile Deutschlands Deutschland sind. Also sollten wir meiner Ansicht nach grundsätzlich nicht im Aktionsprogramm von den beiden Teilen Deutschlands sprechen, sondern wenn wir uns negativ ausdrücken wollen, sollten wir sagen: kein Teil Deutschlands.

Das gleiche ist anzumerken an den Fällen, wo vom anderen Teil Deutschlands die Rede ist. Denn wenn man sich diese Formulierung wieder rückbezüglich klarmacht, bedeutet auch sie das gleiche, daß nämlich außer der Bun-

desrepublik und dem anderen Teil Deutschlands eben nichts Deutschland ist. Auch hier läßt sich sicher leicht sprachlich etwas anderes finden. Da wir in der Ziffer 4 an anderer Stelle die Vokabel „im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands“ gefunden haben, hatten wir keine Bedenken, diese Vokabel auch hier zu setzen in den beiden Stellen Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 Satz 1. Aber dem Antrag von Bonn-Stadt ist genauso entsprochen, wenn insoweit der Antrag Bremen angenommen wird, statt „im anderen Teil Deutschlands“ einfach von Mitteldeutschland zu sprechen. Das ist uns gleich. Uns kam es nur darauf an, daß hier keine Unkorrektheiten im Text enthalten sind.

Präsident Lorenz: Vielen Dank! Liebe Freunde, sowohl der Landesverband Bremen in B 6 als auch der Kreisverband Bonn-Stadt in B 11 haben einen Teil ihrer Anträge im gleichen Bezug, nämlich die Worte „im anderen Teil Deutschlands“ — so der Vorschlag Bremens — oder durch die Worte „im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands“ — so der Vorschlag Bonn-Stadt. Über das, was sonst noch in den Anträgen steht, wollen wir dann anschließend beraten.

Für die Antragskommission hat das Wort unser Freund von Weizsäcker.

Freherr Dr. von Weizsäcker: Der Vorredner hat seine Stimmkarte hier liegen gelassen. Ich möchte keinen unbefugten Gebrauch davon machen!

(Heiterkeit)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, im Falle der Anträge von B 6 und B 11 es bei der vorliegenden Fassung zu belassen, den Anträgen also nicht zu folgen.

(Beifall)

Zunächst handelt es sich um die Ziffer 4 Absatz 1 Satz 2. Dieser zweite Satz des ersten Absatzes ist zu sehen als die Folge dessen, was im ersten Absatz gesagt ist. Es handelt sich um die Frage der Anerkennung. Bei der Frage der Anerkennung handelt es sich um die beiden Teile Deutschlands. Es würde hier nicht zu einer Klarstellung führen, wenn hier statt „keiner der beiden Teile“ gesagt würde: kein Teil. Das war die Meinung der Antragskommission. Daß in der sprachlichen Bezeichnung unterschiedliche Begriffe verwandt werden, ist klar. Wir brauchen nur in den folgenden Antrag B 7 zu sehen, wo für denselben Tatbestand in einem Absatz drei verschiedene Begriffe verwandt worden sind. Aber die Antragskommission war doch der Meinung, daß der Sprachgebrauch, so wie er in der Vorlage des Aktionsprogrammes enthalten ist, sich im Einklang befindet mit der Sprache und dem Gedanken, so wie sie auch in den Äußerungen der Sprecher der Fraktion, der Partei und der Regierung enthalten sind, und — wie ich meine — im Einklang mit dem, was wir der Sache nach alle wollen. Wir sollten nicht den Versuch machen, durch Umformulierungen Genauigkeiten zu erzielen, die wir der Sache nach gar nicht erzielen können, und damit Unterschiede zu bezeichnen, die der Sache nach

zwischen uns nicht bestehen. Deshalb schlägt Ihnen die Antragskommission vor, diesen beiden Anträgen nicht zu folgen.

Präsident Lorenz: Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den weitestgehenden Antrag, nämlich den der Antragskommission abstimmen, der Ihnen empfiehlt, beide Anträge abzulehnen, das heißt den Antrag des Landesverbandes Bremen und den Antrag des Kreisverbandes Bonn-Stadt im zweiten Absatz. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit sind diese beiden Anträge abgelehnt.

Es bleiben noch übrig vom Antrag B 11 die Worte „keiner der beiden Teile Deutschlands“ durch die Worte „kein Teil Deutschlands“ zu ersetzen. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission hat ebenfalls empfohlen, diesen Antrag abzulehnen, ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß dieser Antrag abgelehnt wird, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Gegen eine beachtliche Minderheit war das erste die Mehrheit. Der Antrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

Jetzt würde ich vorschlagen, zu der Behandlung der Anträge B 7 und B 9 zu kommen, die sachlich im Zusammenhang stehen. Wird vom Landesverband Nord-Württemberg eine Begründung gewünscht? Bitte schön!

Dr. Mahler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 4 erster Absatz könnte der Halbsatz „Bejahen wir Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands“ so ausgelegt werden, daß der erste Satz der Ziffer 4 „Wir lehnen die Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab“ abgeschwächt wird. Wir schlagen deshalb in diesem Halbsatz die Formulierung vor „halten wir auch künftig Kontakt mit anderen Teilen Deutschlands auf allen Ebenen für notwendig“. Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß neue Wege in der Deutschlandpolitik möglicherweise Vorleistungen bedingen. Diesen möglichen Vorleistungen wollen wir aber eine Grenze vorschieben durch den Satz, den wir angefügt wünschen im ersten Absatz in Ziffer 4, nämlich:

„An dem Maß der menschlichen und politischen Grundrechte, das unseren Landsleuten in Mitteldeutschland real gewährt wird, messen wir jede Entspannung“.

Präsident Lorenz: Schönen Dank! Wird für den Kreisverband Eßlingen auch begründet?

(Dr. Mahler: Habe ich gleichfalls vorgetragen!)

— Aha, danke schön.

Wird das Wort in der Aussprache gewünscht? — Dann bitte ich jetzt Herrn von Weizsäcker, für die Antragskommission das Wort zu nehmen.

Freiherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der soeben von dem Antragsteller genannte zweite Satz in Ziffer 4 Abs. 1, in dem von Verhandlungen und Vereinbarungen die Rede ist, bezieht sich auf den ihm vorbehaltenen um-zu-Halbsatz. Er bezieht sich, wie die Antragskommission meint, damit eindeutig auf einen Sachverhalt, der als solcher gerade nicht im Satz 1 des Absatz 1 der Ziffer 4 angegeben ist. Die Antragskommission hat zum Ausdruck gebracht, daß sie zwar an sich natürlich das Wort „Kontakte“ als solches nicht für falsch hält, daß aber das Wort „Kontakt“ wohl vage ist, daß es in einem Fall zu wenig, in einem Fall aber auch zu viel bedeuten könnte. Gerade im Zusammenhang mit den Zielen, die in dem um-zu-Satz genannt sind, sollten wir uns, wenn wir etwas erreichen wollen, nicht scheuen, ganz konkret von Verhandlungen und Vereinbarungen zu sprechen. Deshalb schlägt Ihnen die Antragskommission in diesem Zusammenhang vor, dem vorliegenden Antrag nicht zu folgen.

Die Antragskommission schlägt weiter auch vor, den Zusatz abzulehnen, der im Antrag B 7 für das Ende des Absatz 1 Ziffer 4 vorgeschlagen ist, nicht weil sie dem Inhalt dieses Satzes widersprechen möchte, sondern weil sie der Meinung ist, daß er keine wirklich nützliche Klarstellung dessen enthält, was vorher in eindeutigen Begriffen niedergelegt ist.

Präsident Lorenz: Schönen Dank! Wird das Wort zur Aussprache gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt, wie Sie eben gehört haben, liebe Freunde, die Ablehnung beider Anträge.

Ich lasse abstimmen. Wer den Antrag B 7, also praktisch den Zusatz des letzten Satzes und die Änderung des Wortlautes des Satzes 3 in Ziffer 4 Satz 1 — mit dem Passus „künftig Kontakte“ — ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Das erste war die große Mehrheit. Damit ist dieser Antrag B 7 abgelehnt.

Wer den Antrag B 9 ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Auch hier war das erste die Mehrheit. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Behandlung des Antrages B 8. Wer möchte für den Kreisverband Steglitz sprechen? — Es wird keine Begründung verlangt. Für die Antragskommission hat Herr von Weizsäcker das Wort.

Freiherr Dr. von Weizsäcker: Die Antragskommission möchte keinen konkreten Antrag in diesem Zusammenhang stellen. Sie möchte nur darauf hinweisen, daß mit dem Wort „Machthaber“ der Unrechtscharakter der Machthaber zum Ausdruck gebracht werden sollte. Sie möchte aber im übrigen zu dem Antrag B 8 nicht kommentieren.

Präsident Lorenz: Wird das Wort zur Aussprache gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Annahme des Antrages B 8 sind, das Handzeichen zu geben. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Das letztere war die große Mehrheit; damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Behandlung des Antrages B 10. Zur Begründung dieses Antrages Herr Jäger für den Landesverband Württemberg-Hohenzollern.

Jäger (LV Württemberg-Hohenzollern): Herr Präsident: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir glauben, Ihnen diesen Antrag mit der Bitte um Zustimmung vorlegen zu müssen, weil wir der Meinung sind, daß dieser Antrag zur Klarstellung dessen erforderlich ist, was in der Aussage der Ziffer 4 mit dem Postulat der Nichtanerkennungs-Politik gesagt ist. In unserer gegenwärtigen deutschlandpolitischen Diskussion spielt der erste Teil des Inhalts dieser politischen Leitlinie eine beherrschende Rolle, nämlich das Postulat unserer Nichtanerkennung des im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bestehenden Regimes. Es wird nach unserer Auffassung zu wenig Wert auf den zweiten Teil dieses Postulats gelegt, nämlich auf die Forderung, dafür einzutreten – was ja bisher zweifellos selbstverständliche deutsche Außenpolitik war – daß dieser Anspruch der Alleinvertretung gleichbedeutend mit der Nichtanerkennung eines selbständigen zweiten deutschen Staates auch außenpolitisch und international abgesichert werden muß.

Diese Politik der außenpolitischen Absicherung unserer Nichtanerkennungs-Politik scheint nun aber insbesondere durch die Einfügung des Satzes 3 in Ziffer 4 dadurch mißverständlich geworden zu sein, daß in vollem Umfang, und ohne die Abgrenzungen deutlich zu machen, die hier erforderlich sind, von den Verhandlungen und Vereinbarungen gesprochen wird. Daß solche Verhandlungen und Vereinbarungen aber nur die Gefahr in sich bergen, solche Aufwertungen des SED-Regimes nach sich zu ziehen, die unter Umständen unser Postulat der Nichtanerkennung illusorisch machen können, kann ja nun wohl niemand in Zweifel ziehen. Deswegen scheint uns hier eine klare Abgrenzung notwendig zu sein, daß solche Vereinbarungen eben dort ihre Grenze finden müssen, wo diese Gefahr auftauchen könnte.

Wer die Rede Walter Ulbrichts auf dem letzten SED-Parteitag in Ostberlin drüben aufmerksam verfolgt hat, wird dort gefunden haben, daß er es als eines der Hauptziele der Politik seiner Regierung und der SED betrachtet, gerade auch die internationale Anerkennung dieses Regimes als gleichberechtigten zweiten deutschen Staat bei den europäischen, allgemein-westlichen und bei den Ländern der dritten Welt durchzusetzen. Ich glaube, wir sollten gerade in unserer heutigen Situation Wert darauf legen, daß unsere Politik der Kontakte und Gespräche, die wir bejahen, nicht dazu führen darf, diese Politik der internationalen Absicherung unserer Nichtanerkennungs-Politik aufzuweichen oder in irgendeiner Form ins Zwielflicht geraten zu lassen.

Deswegen bitten wir Sie, dem Antrag B 10 des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Für die Antragskommission Herr von Weizsäcker!

Frelherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratungen in der Antragskommission haben deutlich gezeigt, daß die Gründe für den hier vorgelegten Antrag auch die Antragskommission stark beschäftigt

haben. Freilich war die Antragskommission dem Ergebnis nach folgender Meinung: Durch keine Formulierung in der Ziffer 4 läßt sich vorweggenommen und abstrakt eine Begriffsbildung finden, die nach jeder Seite hin absolut sicher ist, nämlich einerseits nach der Seite hin, daß wir die Ziele auch erreichen, um die es uns in dem um-zu-Satz geht, und andererseits darin, daß wir nach der Richtung eines Nutzens für die Machthaber im anderen Teil Deutschlands auch keinen Zentimeter preisgeben. Die Antragskommission ist der Meinung gewesen, daß es sich immer noch am besten in der Weise fassen läßt, wie es im Absatz 1 hier steht, also mit dem ersten Satz, der sich mit der Anerkennung beschäftigt, und mit dem zweiten, besonders wichtigen, der davon spricht, daß keiner der beiden Teile für einen Deutschen Ausland werden darf.

(Beifall)

Von diesem Satz her gesehen, meinte die Antragskommission, daß am besten der Gedanke insgesamt gedeckt ist, den wir, wie wir meinen, absolut gemeinsam und insgesamt im Auge haben, der Gedanke nämlich, daß eine Aufwertung nicht sein soll.

Deswegen schlägt die Antragskommission Ihnen vor, den eben begründeten Antrag abzulehnen. Ich brauche dann über seine Formulierung, nämlich über das Wort „Regime“, auch nicht mehr zu sprechen, denn das wäre ja an sich durch die vorhin beschlossenen Fassungen schon gedeckt.

Präsident Lorenz: Wird das Wort zur Aussprache gewünscht? – Ja, bitte schön!

Jäger (LV Württemberg-Hohenzollern): Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, wenn ich mich zu dieser Sache nochmals zu Wort melde. Aber ich habe den Eindruck – und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das an dieser Stelle sage – daß die Antragskommission, deren sorgfältige Prüfung aller Anträge ich hier keineswegs auch nur dem leisesten Zweifel unterziehen möchte, offenbar nach dem Rezept verfährt: Inhaltlich ist alles, was ihr bringt, gut; aber wir lehnen es trotzdem im Endeffekt ab, weil wir hier die schöne und glückliche Formulierung, die uns der Bundesvorstand in seiner Weisheit vorgelegt hat, nicht beeinträchtigen wollen.

(Beifall)

Ich glaube, dieses Verfahren, meine Damen und Herren, entspricht nicht ganz dem, wie hier auf diesem Parteitag als dem souveränen und obersten Gremium unserer Partei verfahren werden sollte. Ich bitte Sie deshalb, meine lieben Parteifreunde, Ihre Stimme nicht zunächst von diesem Gesichtspunkt her abzugeben, sondern unter dem Gesichtspunkt, ob Sie dem Inhalt des Antrages folgen wollen oder ob sie den Inhalt dieses Antrages für unrichtig halten.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag der Antragskommission, diesen Antrag abzulehnen, abstimmen. Wer ihn ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

Wir sind in der Abstimmung, meine Damen und Herren! – Wer ist dagegen? – Das erstere war die Mehrheit. Damit ist dem Antrag der Antragskommission gefolgt, und der andere Antrag ist abgelehnt.

(Unruhe)

Wir hätten ebenso gut auch umgekehrt abstimmen können. Dann wäre genau dasselbe Ergebnis entstanden.

(Zurufe)

Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Eichelbaum, bitte!

Dr. Eichelbaum: Ich schlage Ihnen vor, Herr Vorsitzender, nicht über die Anträge der Antragskommission, sondern immer über die Anträge selbst abstimmen zu lassen. Das ist . . .

(Beifall)

. . . psychologisch besser.

Präsident Lorenz: Ich danke Ihnen für den Hinweis. Vielleicht können wir uns auf folgende Formel einigen: Wenn die Antragskommission vorschlägt, mehrere Anträge in einer neuen Formulierung zusammenzufassen, so daß diese praktisch ersetzt würden, wird es zweckmäßig sein, über diesen Antrag zuerst abstimmen zu lassen, weil es sich da nämlich um den weitestgehenden handelt. Andernfalls können wir so verfahren, wie eben von Herrn Dr. Eichelbaum vorgeschlagen wurde. Ich glaube, dann ersparen wir uns eine Geschäftsordnungsdebatte.

Aber ich glaube, das Abstimmungsergebnis war klar.

(Widerspruch)

– Wenn es bezweifelt wird, werden wir die Abstimmung anders herum wiederholen. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag B 10 des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Das letztere war die große Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Heiterkeit)

Liebe Freunde, wir kommen damit zur Abstimmung über den nunmehr allein noch zur Diskussion stehenden Vorschlag des Bundesvorstands, zu Ziffer 4.

Wer ihn billigen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erstere war die Mehrheit. Damit ist Ziffer 4 gemäß der Vorlage des Bundesvorstands angenommen.

Ich rufe nun Ziffer 5 auf. Hierzu liegen die Anträge B 12 und B 24 vor. — Ich höre eben, daß der Antrag B 24 zurückgezogen worden ist. So steht nur noch der Abänderungsantrag B 12 zur Debatte. Wird da Begründung gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

(Zuruf: Die Antragskommission!)

Bitte, Herr von Hassel für die Antragskommission!

Bundesminister von Hassel: Herr Präsident, die Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

(Heiterkeit)

Präsident Lorenz: Wird zur Diskussion das Wort gewünscht? — Bitte, Herr Dr. Eichelbaum!

Dr. Eichelbaum: „Solange Berlin gespalten ist“

Präsident Lorenz: Das ist nicht der Antrag, der hier vorliegt. Dieser Antrag müßte, auch wenn es sich nur um ein Wort handelt, von 30 Delegierten unterstützt werden.

Es liegt jetzt also nur der Abänderungsantrag B 12 des Kreisverbandes Stögitz vor. Ich darf dann so abstimmen, wie Sie das wünschen. Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist gegen ihn? — Das ist die Mehrheit; damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf nun vielleicht noch folgendes bemerken. Hier ist nach meiner Auffassung durch die Schreibweise „Westberlin“ eine falsche Kennzeichnung verwendet. Ich würde empfehlen — das würde ich als redaktionell empfehlen — die offizielle Bezeichnung an die Stelle zu setzen, nämlich „Berlin (West)“. Bestehen dagegen Bedenken? — Bestehen nicht. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 6. Dazu liegen sehr viele Anträge vor, nämlich die Anträge B 12, B 14, B 15, B 16, B 17, B 18, B 19, B 20, und B 21. Werden die alle aufrechterhalten? — Das ist offenbar der Fall. Dann ergibt sich die Frage . . .

(Zurufe)

— Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht, daß wir noch nicht über Ziffer 5 der Vorstandsvorlage abgestimmt haben. Wer für den Text der Ziffer 5 in der Fassung des Bundesvorstandes ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit ist Ziffer 5 angenommen.

Ich komme zur Ziffer 6 zurück, Ich muß zunächst fragen, ob die Abänderungsanträge begründet werden. Ich würde vorschlagen, die Anträge B 13, B 14, B 16, B 19, B 20 und B 21 zusammen zu behandeln, also hintereinander begründen zu lassen. Die Antragskommission schlägt, wie ich weiß, vor, einen entsprechenden Änderungsantrag zu behandeln. Ich würde empfehlen, jetzt zunächst einmal der Antragskommission das Wort zu geben, damit diejenigen, die die Anträge begründen, wissen, was hier vorgeschlagen wird, und schon dazu Stellung nehmen können, entweder erklären, sie seien damit einverstanden, oder sich damit auseinandersetzen. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? – Dann bitte ich Herrn von Hassel als Sprecher der Antragskommission das Wort zu nehmen.

Bundesminister von Hassel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat die Anträge gestern bereits eingehend vorberaten und hat vor allen Dingen darauf hinzuweisen, daß wohl fast kein Abschnitt im gesamten Aktionsprogramm so eingehend untersucht worden ist und soviel Vorschläge aus allen Teilen der Bundesrepublik ausgelöst hat wie gerade dieser Komplex. Daher darf ich Ihnen namens der Antragskommission folgendes empfehlen:

Der Antrag B 21 wird zur Annahme empfohlen, die Anträge B 13, B 14, B 16, B 19 und B 20 zur Ablehnung. Ich möchte das mit wenigen Sätzen begründen.

In Ziffer 6 wird dargelegt, was die Auffassung der Bundes-CDU zu der Frage der Vertriebenen, ihrer Rechte, ihrer Eingliederung und der endgültigen deutschen Ostgrenze ist, mehr oder weniger in drei Begriffen: Heimatvertriebene und Flüchtlinge wurden aufgenommen; es bleibt die Aufgabe der deutschen Politik, sie einzugliedern und ihre Rechte weiterhin zu vertreten; die endgültige Regelung der deutschen Ostgrenze kann erst in einem Friedensvertrag erfolgen.

In dem Antrag B 21 werden die Rechte im einzelnen aufgezählt durch die Bezugnahme auf die Konvention der UNO und des Europarates sowie auf das Grundgesetz, wo also die Rechte eingehend dargelegt sind. Dieser Antrag B 21 sollte nach Auffassung der Kommission angenommen und die übrigen Anträge abgelehnt werden. Ich glaube, daß darüber am besten so entschieden wird, daß bei Annahme des Antrags B 21 die anderen abgelehnt sind.

In dem Antrag B 13 ist von der Frage der deutschen Ostgrenze die Rede. In der Schlußformulierung des neuen Vorschlags ist darauf verwiesen, daß bei den Friedensverhandlungen von der Rechtslage auszugehen sei, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 fortbesteht. Die Antragskommission ist der Meinung, daß wir ständig auf diesen Grundsatz verwiesen haben, daß diese Rechtssituation so besteht und daß wir es deshalb hier nicht noch einmal aufnehmen müssen.

In dem Antrag B 14, der ebenfalls zur Ablehnung empfohlen wird, heißt es, es sollten mit friedlichen Mitteln Lösungen angestrebt werden. Meine Freunde,

der Grundsatz der Friedfertigkeit ist in dem Programm an mehreren Punkten, vor allem bereits im ersten Satz der Präambel und in Ziffer 1 dieses Programms, also ganz vorn aufgenommen worden, so daß darüber gar kein Zweifel besteht. Dieser Antrag kann also abgelehnt werden, weil sein Anliegen an anderen Orten in diesem Programm hinreichend präzisiert ist.

In dem Antrag B 16 wird insbesondere auf die Rechte der Menschenrechtskonvention hingewiesen. Der Antrag ist gegenstandslos, wenn der Antrag B 21 angenommen wird.

Der Antrag B 19 beinhaltet zwei verschiedene Anliegen. Einmal wird gesagt, die Rechte seien entschieden zu vertreten. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß alle Rechte entschieden zu vertreten seien. Ferner befaßt er sich mit der Frage der deutschen Ostgrenze.

Die Frage der deutschen Ostgrenze wird auch in dem Antrag B 17 aufgenommen, der gesondert behandelt werden soll.

Ähnlich sieht es mit dem Antrag B 20 aus, in dem insbesondere auf das Recht auf Freizügigkeit hingewiesen worden ist. Das ist bereits in dem Antrag B 21 berücksichtigt.

Ich darf Ihnen also noch einmal sagen: Wir empfehlen die Annahme des Antrags B 21 und die Ablehnung der Anträge B 13, B 14, B 16, B 19 und B 20. Zu den restlichen Anträgen dieses Abschnitts wird nachher besonders Stellung genommen.

Präsident Lorenz: Vielen Dank!

Ich frage jetzt, ob eine Begründung des Antrags B 13 gewünscht wird? – Bitte, Herr von Arnim!

von Arnim, KV Bonn: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht mehr begründen, sondern möchte zu dem, was die Antragskommission hier eben unterbreitet hat, Stellung nehmen.

Wir hätten es sicherlich für besser gehalten, wenn diese beiden ganz klaren Aussagen gemacht worden wären, die wir Ihnen vorgeschlagen haben. Ich bin gewiß, daß weite Teile der Vertriebenen und der Flüchtlingsbevölkerung möglichst klare Aussagen einer der staatstragenden Parteien in diesen Fragen erwarten. Wir wissen, daß gerade auch darauf gewartet wird, daß eine der großen Parteien klar erklärt, daß sie nicht bereit ist, vor Beginn etwaiger Friedensverhandlungen bereits alle Pfänder auf den Tisch zu legen.

Das, was die Antragskommission hier vorgetragen hat, ist so weitgehend, daß das, was wir dem Inhalt nach zum Ausdruck bringen wollten, hiermit zusammengefaßt wird. Wir halten den Antrag B 13 nicht mehr aufrecht, son-

dern machen den Antrag der Antragskommission insoweit zu unserem eigenen Antrag.

Präsident Lorenz: Wird Begründung zum Antrag B 14 gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wird Begründung zu Antrag 16 gewünscht?

(Dr. Czaja: B 16 wird zugunsten von B 21 zurückgezogen!)

Danke schön. – Wird Begründung zu B 19 gewünscht?

(Zuruf: Wird zurückgezogen!)

Wird zurückgezogen. – Wird Begründung zu B 20 gewünscht?

(Zuruf: Wird zurückgezogen!)

Auch nicht! – Meine Damen und Herren, ich nehme an, Sie sind mit mir einer Meinung, daß wir dann zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen und damit gleichzeitig über den Antrag B 21. – Ich höre keinen Widerspruch. Wer für den Antrag B 21 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! Das erste war die Mehrheit; damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich stelle fest, daß damit die anderen Anträge, soweit sie nicht zurückgezogen worden sind, abgelehnt worden sind.

Jetzt müssen wir den Antrag B 15 behandeln. Wird vom Landesverband Hessen das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. – Für die Antragskommission Herr von Hassel!

Bundesminister von Hassel: In der Begründung des Antrags 15 wird gesagt, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge eingegliedert seien. Bei aller Anerkennung der großen Leistungen der Eingliederung ist die Antragskommission der Meinung, daß die Eingliederung noch nicht vollendet sei. Die Kommission bittet, es bei der Vorlage des Vorstandes zu belassen.

Präsident Lorenz: Wird dazu das Wort gewünscht? – Offenbar nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen das Handzeichen zu geben, die für den Antrag B 15 sind. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Das letztere war die Mehrheit; damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann sollten wir die Anträge B 17 und B 18 behandeln. Wird eine Begründung zu Antrag B 17 gewünscht?

(Zuruf: Nein!)

Begründung zu B 18? — Ebenfalls nicht — Für die Antragskommission Herr von Hassel.

Bundesminister von Hassel: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages B 17. Damit wäre der Antrag B 18 gegenstandslos.

In dem Antrag B 17 heißt es: „dabei soll es zu einem dauerhaften Frieden zwischen dem deutschen Volk und seinen östlichen Nachbarn kommen“. Die Antragskommission ist der Meinung, daß das ein guter Zusatz ist, der sich deckt mit einer Fülle von Erklärungen, die in den Regierungserklärungen des Bundeskanzlers und bei der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Spitze des Bundesverbandes der Vertriebenen abgegeben worden sind. In der zuletzt genannten Begegnung zwischen den beiden Präsidien ist ausdrücklich festgelegt worden, daß eine Voraussetzung für eine dauerhafte Friedensordnung die deutsch-polnische Verständigung und ein vernünftiger gerechter Ausgleich ist, dem beide Völker und auch kommende Generationen zustimmen können. Diese gemeinsame Erklärung des Bundesverbandes der Vertriebenen und des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union Deutschlands wird praktisch durch diesen Vorschlag des Kreisverbandes Dinslaken in Antrag B 17 aufgenommen. Es wird damit die Annahme empfohlen.

Präsident Lorenz: Danke schön. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag B 17 abstimmen. Sollte er angenommen werden, wäre der Antrag B 18 erledigt.

(Zuruf: Wird zurückgezogen!)

Der Antrag B 18 ist zurückgezogen.

Dann haben wir nur noch den Antrag B 17. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Wer ist dagegen? — Das erste war die große Mehrheit. Damit ist der Antrag B 17 angenommen.

Meine Damen und Herren, wir müssen nunmehr noch über die Ziffer 6 in der jetzt festgestellten Fassung abstimmen, d. h. also Vorschlag des Bundesvorstandes zuzüglich der Einschubung, die wir mit dem Antrag B 21 beschlossen haben sowie zuzüglich der Einfügung, die wir soeben mit dem Antrag B 17 beschlossen haben. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit ist es so beschlossen.

Liebe Freunde, wir stellen zu unserer Überraschung und Freude fest, daß wir damit bereits über das Kapitel „Deutschlandpolitik“ Beschluß gefaßt haben.

Wir rufen nun das Kapitel „Außen- und Sicherheitspolitik“ auf. Dazu liegen die Anträge C 1, C 2 und C 3 vor. Der Antrag C 1 sieht eine Ergänzung der Überschrift vor, der Antrag C 3 wünscht eine neue Bezifferung. Ich weise in dem Zusammenhang darauf hin, daß wir in gewisser Weise schon durch die beschlossene Änderung der Überschrift der Hauptabteilung „Deutschland in Europa und in der Welt“ präjudiziert sind.

Zur Begründung des Antrags C 1 hat Herr Dr. Wagner vom Landesverband Rheinland-Pfalz das Wort.

Dr. Wagner: Liebe Freunde! Herr Vorsitzender, ich bitte um die Genehmigung, gleichzeitig zu Antrag C 7 sprechen zu dürfen. Das ist ebenfalls ein Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, der aus denselben Gründen wie der Antrag C 1 vorgelegt wird. Dann würde es sich erübrigen, daß ich zweimal zu diesen Anträgen das Wort ergreife.

Beide Anträge beruhen auf der Auffassung, die im Landesverband Rheinland-Pfalz stark vertreten war, daß die Ziffer 9 des Entwurfs der Bedeutung, die die europäische Politik für die Bundesrepublik hat und nach Auffassung der CDU immer gehabt hat, nicht genügt. Was in Ziffer 9 des Entwurfs steht, ist nicht falsch und gibt im Grundlegenden wohl auch das wieder, was wir in der europäischen Politik wollen. Es ist aber zu knapp gefaßt und daher nicht ausreichend gewichtig im Gesamtzusammenhang des Programms.

Es ist ferner, weil es so knapp gefaßt ist, nicht präzise genug, und spricht die Forderungen, die wir als CDU in der europäischen Politik immer vertreten haben, nicht mit ausreichender Klarheit an. Es ist nicht die Rede von der alten Forderung der direkten Wahl des Europäischen Parlaments. Das ist nur mit einer recht vagen Formulierung angedeutet. Es ist nicht die Rede von den Grundforderungen, die wir in der europäischen Politik immer zu den unseren gemacht haben. Ich glaube, daß wir im Grunde genommen darüber einig sind, was wir wollen. Es geht nur darum, das hier auch klar zu sagen.

Wir sind der Meinung, daß das, was ich soeben gesagt habe, auch in der Überschrift des Kapitels zum Ausdruck kommen sollte. Die europäische Politik sollte auch hier in der Überschrift erscheinen.

Wir glauben nicht, daß die Tatsache, daß die europäische Politik sich zur Zeit gewissermaßen in vieler Hinsicht in einer Sackgasse befindet, für uns Anlaß sein kann, in einem Programm, das auf die Zukunft gerichtet ist, das für die 70er Jahre gelten soll, kurzzutreten und weniger zu sagen, als wir unserer europäischen Verpflichtung wegen zu sagen schuldig sind.

(Beifall)

Der europäische Gedanke ist von Anfang an im Außenpolitischen der Königsgedanke unserer Partei gewesen. Wir sind der Meinung, daß diese Tat-

sache im vorliegenden Entwurf des Bundesvorstandes nicht ausreichend zum Ausdruck kommt.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Soll der Antrag C 2 für den Landesverband Hessen begründet werden? – Bitte schön, Herr Dr. Dregger.

Dr. Dregger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag des Landesverbandes Hessen entspricht in seiner Zielsetzung dem des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, geht aber noch darüber hinaus.

Uns kommt es darauf an, zwischen dem Abschnitt „Deutschlandpolitik“ und dem Abschnitt „Außen- und Sicherheitspolitik“ einen Abschnitt „Europapolitik“ einzufügen. Ich darf dafür zwei Hauptgründe nennen.

Zunächst einmal sind wir der Meinung, daß für uns Europapolitik etwas anderes und mehr als lediglich Außenpolitik ist. Zweitens sind wir der Meinung, daß die Europapolitik für uns so bedeutsam ist, daß wir ihr einen eigenen Abschnitt widmen sollten.

Lassen Sie mich aus der Fülle der Gründe nur einen hervorheben. Der Herr Bundeskanzler hat heute morgen mit Recht darauf hingewiesen, daß es für die Friedenspolitik keine Alternative gibt. Wir sind der Meinung, daß das gleiche für die Europapolitik gilt, daß sogar zwischen beiden ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Unsere Friedenspolitik wird erst dann zum Frieden in Europa führen, wenn sie einen Träger findet, der auch von der Gegenseite ernst zu nehmen ist. Weder die Bundesrepublik, noch Frankreich, noch Großbritannien, noch ein anderer europäischer Staat ist gewichtig genug, um von den Weltmächten als Partner ernst genommen zu werden.

Die Stagnation in der europäischen Einigungspolitik hat nicht nur zum Abschied Europas von Afrika und Asien, sondern auch dazu geführt, daß das Schicksal dieses Kontinents noch weitgehend in Washington und Moskau bestimmt wird. Wir sind der Meinung, daß nur der europäische Bundesstaat in der Lage ist, den Friedenswillen der europäischen Völker mit Erfolgsaussicht zur Geltung zu bringen.

Zum zweiten Hauptgrund! Wir sind der Meinung, daß im Hinblick auf die EWG die europäische Politik für uns schon zu einem Stück Innenpolitik geworden ist und daß sie es immer mehr werden muß.

Ich meine, daraus sollten nicht nur formale Konsequenzen in unserem Programm gezogen werden, sondern daraus sollte auch folgen, daß wir die Politik der europäischen Einigung nicht unbedingt allein den europäischen Regierungen überlassen müssen.

Ich bin der Meinung, daß das Veto einer europäischen Regierung auf Granit stößt, wenn ihm ein Einigungswille entgegengesetzt wird, der sich über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg organisiert.

(Lebhafter Beifall – Zurufe: Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß wir Frankreich nicht auf den von uns gewünschten Weg der Europapolitik bringen können, wenn wir versuchen, es unter Druck zu setzen oder es gar auszuschalten. Es ist leider so, daß ein französischer Gegendruck wirksamer wäre als der unsrige. Aber ich meine, wir sollten unsere zahlreichen Kontakte nach Frankreich und Italien hin benutzen, um über die nationalen Grenzen hinweg einen europäischen Gesamtwillen zu formulieren und zu organisieren. Beispielsweise sollten die Städtepartnerschaften mehr sein als kommunaler Tourismus. Sie sollten dazu benutzt werden, eine europäische Politik zu formulieren und in Aktion zu setzen.

(Lebhafter Beifall)

Aus all diesen Gründen meinen wir, daß wir der Europapolitik als Zwischenstück und als selbständiger Teil zwischen der Deutschlandpolitik und der Außen- und Sicherheitspolitik einen geeigneten Abschnitt widmen sollten.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Lorenz: Schönen Dank! Das war gleichzeitig die Begründung für den Antrag C 3. Für die Antragskommission hat das Wort Herr von Weizäcker, bitte.

(Zwischenrufe)

Die Antragskommission schlägt vor, den Antrag C 4 hier zugleich mitzubehandeln. Ich darf also diesen auch aufrufen und Herrn Dr. Witten bitten, den Antrag C 4 des Landesverbandes Hamburg zu begründen.

Dr. Witten: Meine Damen und Herren! Über die Bedeutung der europäischen Politik im Gedankengut der CDU ist genug gesagt worden. Auch unser Antrag, der Antrag des Landesverbandes Hamburg, soll diesen Gedanken stärker in den Mittelpunkt unseres Aktionsprogramms rücken.

Dabei verfolgen wir noch einen zweiten Gesichtspunkt, der hier vielleicht noch nicht deutlich genug zum Ausdruck gekommen ist und den ich deshalb ansprechen muß:

Die europäische Bewegung und die europäischen Gemeinschaften sollen nicht nur ein Werk der Regierungen und der hochqualifizierten europäischen Bürokratie sein, sondern sie sollen einen demokratischen Unterbau erhalten. Deshalb verlangen wir die Umgestaltung des europäischen Parlaments. Deshalb fordern wir, daß Europa eine stärkere demokratisch-freiheitliche Verfassung erhält, als das gegenwärtig in den Römischen Verträgen niedergelegt ist.

Im übrigen erklären wir uns mit den Intentionen des Antrags des Landesverbandes Hessen einverstanden und meinen auch, daß man die Europapolitik nicht als Bestandteil der Außenpolitik, sondern als eine neue Dimension unserer Politik ansehen und das im Aktionsprogramm zum Ausdruck bringen sollte.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren! Nachdem wir nunmehr schon auf Ziffer 9 eingegangen sind, muß ich natürlich zweckmäßigerweise auch die anderen Anträge zu Ziffer 9 begründen lassen. Ich darf nochmals auf folgendes verweisen: Wir diskutieren hier sowohl über die Überschrift als auch über die Gliederung wie über den Inhalt, soweit Europapolitik in Frage kommt. Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Ich möchte deshalb jetzt so verfahren, daß ich die anderen Antragsteller, die zu Ziffer 9 Anträge gestellt haben, frage, ob sie diese Anträge begründen wollen. — Ich höre soeben, daß der Antrag C 5 zurückgezogen wird. Wie ist es mit Antrag C 6, dem Antrag des Kreisverbandes Bonn-Stadt?

(Zuruf: Er wird zugunsten des Antrages von Hamburg zurückgezogen!)

(Heiterkeit)

Er wird also zurückgezogen. Ob er zugunsten von Hamburg zurückgezogen wird, kann sich ja nur aus der Abstimmung ergeben.

(Heiterkeit)

Ich stelle also fest, daß er zurückgezogen wird. Wie ist es mit dem Antrag C 7, dem Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz?

(Zuruf: Begründet!)

Gilt als schon begründet!

(Zuruf: Antrag C 15)

C 15! Auf diesen werde ich soeben noch aufmerksam gemacht. Bitte schön, Herr Dr. Kliesing vom Landesverband Rheinland.

Dr. Kliesing, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung zum bisherigen Verlauf der Europadiskussion machen. Es scheint mir, daß hier der Begriff „Europa“ insofern etwas verkürzt worden ist, als er mit dem Begriff „Westeuropa“ identifiziert wird.

Ich glaube, wenn wir hier ein Aktionsprogramm für die siebziger Jahre beraten und verabschieden, sollten wir den Begriff Europa und europäische Politik als gesamteuropäisch verstehen. Wir sollten uns davor hüten, hier einen eigenen Abschnitt unter der Überschrift „Europapolitik“ einzufügen und darunter in Wirklichkeit nur Westeuropa zu verstehen.

Was diese Ziffer 9 betrifft, so sind hier zwei Aspekte angesprochen, und zwar einmal die politische Einigung Europas und die Erweiterung der Sechsergemeinschaft zum anderen. Mir scheint auch das ungenügend zu sein.

Was die politische Einigung Europas angeht, so wissen wir, so sehr wir auch eine rasche Vollendung wünschen, insbesondere jetzt nach den Verhandlungen in Rom in bezug auf den Harmel-Plan, wie außerordentlich schwierig es sein wird.

Ebenso wissen wir aber auch, daß unser Wille, die Sechsergemeinschaft durch die Aufnahme beitriftswilliger und beitriftsfähiger Staaten zu erweitern, nur unter außerordentlichen Anstrengungen und langfristigt realisiert werden kann.

Dagegen fehlt hier ein Aspekt, der meines Erachtens für die nächste Zukunft die besten Chancen bietet, nämlich der, den inneren Ausbau der Sechsergemeinschaft voranzutreiben, um über eine Zollunion und eine gemeinsame Agrarpolitik zu gemeinsamer Handelspolitik, zur Harmonisierung von Steuerpolitik und Sozialpolitik und zu einer gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiet der Technologie zu kommen.

Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag zuzustimmen, den Satz 2 so zu ergänzen, daß er lautet:

„Wir wollen, daß die Sechsergemeinschaft durch ihren inneren Ausbau verstärkt und durch die Aufnahme beitriftswilliger und beitriftsfähiger Länder erweitert wird.“

Präsident Lorenz: Für die Antragskommission hat das Wort Herr von Weizsäcker.

Freiherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorhin ist mit Recht gerügt worden, daß es ärgerlich sei, wenn die Antragskommission auf der einen Seite sage, sie fände die Motive der Vorschläge äußerst einleuchtend, aber dennoch schlage sie Ablehnung vor. Bitte sehen Sie das nicht als eine Behandlungstaktik seitens der Antragskommission an, sondern es ist lediglich der Versuch, Sie nachträglich ein wenig an den Überlegungen teilnehmen zu lassen, die wir bei einzelnen Problemen angestellt haben und bei denen es einfach nicht sehr leicht ist, die verschiedenen Motive, die auch wir erkannt und bejaht haben, in der angemessenen Weise zum Ausdruck zu bringen.

Das gilt jetzt beispielsweise insbesondere für den Antrag, den wir soeben gehört haben, daß wir für die Europapolitik einen eigenen Abschnitt wählen sollen. Ich glaube, es entspricht wahrscheinlich dem Gefühl von uns allen oder zumindest einer Mehrheit von uns hier, daß wir den europäischen Akzent so kräftig wie möglich in diesem Aktionsprogramm zum Ausdruck bringen wollen.

(Lebhafter Beifall)

Dem entspricht der vorhin gefaßte Beschluß für die Präambel, und dem entspricht ferner der Beschluß der Erweiterung der Überschrift für die beiden Kapitel „Deutschlandpolitik“ einerseits und „Außen- und Sicherheitspolitik“ andererseits.

Würden wir jetzt aber den Versuch machen, zwischen diese beiden sogenannten Kapitel noch ein Kapitel „Europapolitik“ zu schieben, kämen wir unvermeidlich in Schwierigkeiten der Logik und der Sache.

Wir haben in den Ziffern 1 und 2, die unter dem Kapitel „Deutschlandpolitik“ stehen, der Substanz nach von Europapolitik bereits gesprochen. Was Herr Kliesing eben darüber gesagt hat, daß wir Europapolitik nicht einseitig verstehen dürften, müssen wir meines Erachtens sehen. Das nämlich, was wir nachher etwa in den Ziffern 10, 11 usw. zu sagen haben, hat eben auch mit Europa zu tun.

Wir müssen, wenn wir ein Sonderkapitel schaffen und dieses Sonderkapitel „Europa“ mit den Gedanken der bisherigen Ziffer 9 füllen, angereichert und weiter ausgeführt in der Weise, wie es etwa der Landesverband Hessen oder Hamburg oder Rheinland-Pfalz hier begründet haben, sehen, daß wir damit in bezug auf Europapolitik einen Eindruck erwecken, abgegrenzt gegenüber der Deutschlandpolitik, abgegrenzt gegenüber anderen Dimensionen der Europapolitik, den wir meines Erachtens nicht wollen können.

Deshalb schlägt Ihnen die Antragskommission bei allem Verständnis für diese andere Gliederung vor, es nun doch bei der Gliederung zu belassen, die Sie vor sich haben. Soviel zur Gliederung und Überschrift.

Sodann zu dem, was die Ziffer 9 ihrem Inhalt nach betrifft: Es ist auch hier zu sagen, der offenbar allseitig empfundene Wunsch ist, die Aussage zu Ziffer 9 sowohl dem Ton als auch der Aussage nach detaillierter und substantiierter zu machen.

Wir haben uns in der Antragskommission an Hand der vorliegenden Vorschläge Gedanken gemacht. Wir sind von den vorliegenden Vorschlägen durchaus beeindruckt. Bezüglich Inhalt und Formulierung sind wir der Meinung, daß wahrscheinlich die soeben skizzierten Absichten am besten durch den Vorschlag des Landesverbandes Hessen getroffen würden, und zwar vielleicht durch einen kleinen Einschub, der in dem Antrag C 4 des Landesverbandes Hamburg enthalten ist. Wir möchten Ihnen aber dennoch seitens der Antragskommission eine andere Formulierung für die Ziffer 9 vorgeschlagen, die Ihnen, wie ich hoffe, als Antrag C 18 vorliegt.

Wenn das nicht der Fall ist, so verlese ich den Antrag C 18. Er ist ziemlich kurz. Er ist jedenfalls kürzer als die Ihnen in dem Buch vorliegenden Anträge C 2, C 4, C 6 und C 7. Dieser Antrag C 18 enthält für die Ziffer 9 folgenden Änderungsvorschlag:

„Wir drängen auf eine rasche politische Einigung Europas. Dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zu. Das Europäische Parlament ist institutionell zu stärken, seine Befugnisse sind auszuweiten. Wir wollen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bald vollendet wird. Die europäischen Verträge sind miteinander zu verschmelzen. Die Sechsergemeinschaft ist durch die Aufnahme beitragswilliger und beitragsfähiger Länder zu erweitern. Unser Ziel bleibt der europäische Bundesstaat.“

Mit dieser Formulierung wären, wie die Antragskommission meinte, die wesentlichen Inhalte, wenn auch nicht alle Einzelheiten, der Anträge C 2, C 4, C 5, C 6, C 7 und C 15 umfaßt.

Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Antrag der Antragskommission in seiner Formulierung etwas nüchterner geblieben ist. Es ist ferner nicht zu leugnen, daß er eine Reihe von Einzelheiten seinerseits nicht aufzählt. Wer aber den Inhalt dieses Antrages zur Kenntnis nimmt in bezug auf seine unausweichlichen Konsequenzen, wird an der Folgerung nicht vorbeikommen, daß alle Einzelheiten, die in den Änderungsanträgen enthalten sind, davon mit umfaßt sind. Von daher bleibt es dann natürlich immer noch eine Entscheidung nicht nur des Geschmacks, sondern auch der politischen Akzentsetzung, ob man die Einzelheiten nennen will oder nicht.

Die Antragskommission schlägt Ihnen also vor, den verlesenen Antrag C 18 anstelle der hier begründeten Anträge C 2, C 4, C 5, C 6, C 7 und C 15 zu akzeptieren. Sollte diesem Antrag nicht gefolgt werden, dann würde die Antragskommission vorschlagen, den Antrag C 2 anzunehmen, den Antrag C 2 aber nicht zu einem Sonderkapitel, sondern zu der neuen Ziffer 9 zu machen und innerhalb dieser Ziffer 9 dann einen kleinen Zusatz aus dem Antrag C 4 zu übernehmen, und zwar den folgenden:

Wenn Sie sich den Antrag C 2 zur Hand nehmen und dort die Ziffer 8 im zweiten Satz vornehmen, welche lautet „Wir wollen, daß die Europäische Gemeinschaft durch die Aufnahme beitragsbereiter Länder erweitert wird“, dann meint die Antragskommission, daß dieser Satz erweitert werden und lauten soll: „Wir wollen, daß die europäische Gemeinschaft durch eine baldige Verschmelzung der europäischen Verträge gestärkt und durch die Aufnahme beitragsbereiter Länder erweitert wird.“

Dieser Punkt der baldigen Verschmelzung der europäischen Verträge schien der Antragskommission besonders wichtig, und zwar so wichtig, daß sie ihn in ihrem eigenen Antrag C 18 besonders aufgenommen hatte.

Ich darf noch einmal zusammenfassen: Die Antragskommission beantragt, C 18 zum Gegenstand der Beschlußfassung zu machen, hilfsweise C 2 mit dem soeben verlesenen Zusatz in bezug auf die Verschmelzung der europäischen Verträge.

Präsident Lorenz: Wir treten jetzt in die Aussprache der begründeten Anträge ein. Als erster hat das Wort unser Freund Windisch aus Hamburg.

Windisch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Formulierung der Antragskommission gibt das nicht wieder, was Herr von Weizsäcker sehr richtig als die Essenz unserer Diskussion umschrieben hat, nämlich die Aussage über Europa stärker und detaillierter zu machen, ihr das Gewicht im Aktionsprogramm auch räumlich zu geben, das nach unserer Überzeugung einem Programm der CDU gebührt. Ich glaube, daß das auch

in dieser Diskussion zum Ausdruck gekommen ist. Die Sätze, die die Antragskommission zur Neuaufnahme vorschlägt, sind auch alle sehr richtig. Man kann sie unterschreiben, ihre Intention ist begrüßenswert, aber sie sind etwas dürrtig. Sie werden dem Thema nicht gerecht.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten: daß wir irgendeinen der Anträge, vielleicht den hessischen, vielleicht den hamburgischen, die das alles viel detaillierter und nach meiner Überzeugung viel besser sagen, nehmen, oder die andere Möglichkeit, daß die Antragskommission bereit ist, über diese Intentionen der verschiedenen Landesverbände noch einmal zu beraten, und daß die Gedanken, die aus Hessen, aus Rheinland-Pfalz, aus der Stadt Bonn und Hamburg kommen, alle verschmolzen werden zu einem neuen Abschnitt oder zumindest zu mehreren Ziffern, die dem Gewicht der Sache gerecht werden.

Ich beantrage also, die Themen, die die europäische Politik betreffen, an die Antragskommission zurückzuverweisen und in Kürze hier mit einer gemeinsamen Fassung erneut zur Abstimmung zu stellen.

Präsident Lorenz: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Lenz aus Hessen.

Dr. Lenz, MdB: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hessischen Delegierten können sich mit dem eben begründeten Antrag von Hamburg, der Rückverweisung zur Sache, einverstanden erklären. Wir legen aber den allergrößten Wert darauf, daß ein gesonderter Abschnitt „Europapolitik“ kommt; denn wir sind der Auffassung, daß Europapolitik keine Außenpolitik mehr ist. Wir glauben, das muß im Programm eindeutig zum Ausdruck kommen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort in der Aussprache gewünscht? Das ist nicht der Fall. Liebe Freunde! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der weitestgehende Antrag derjenige für Rückverweisung an die Antragskommission ist, weil nämlich dann, wenn er angenommen wird, die Antragskommission die Möglichkeit hat, neue Vorschläge, auch was die Gliederung betrifft, zu machen. Das Wort zu dieser Frage hat Herr von Weizsäcker.

Frelherr Dr. von Weizsäcker: Da die Antragskommission hilfsweise sich den Antrag C 2 für den Fall zueigen macht, daß ihr eigener Antrag nicht angenommen wird, schlage ich zunächst einmal vor, festzustellen, ob wir auf diese Weise vielleicht zur Annahme des Antrages C 2 von Hessen mit dem Zusatz kommen, der sich auf die europäischen Verträge bezieht. Auf diese Weise würden wir eine Rückverweisung vermeiden. Ich sage das nicht, um der Antragskommission Arbeit zu ersparen, sondern weil ich der Meinung bin, daß an sich die Tatbestände, um die es sich handelt, uns allen sehr klar sind.

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Bei dem Antrag auf Rücküberweisung handelt es sich eigentlich um einen Geschäftsordnungs-

antrag, nämlich jetzt hier darüber abzustimmen, ob über die Ziffer 9 einschließlich Überschrift und Neugliederung zunächst befunden werden soll, daß sich also noch einmal die Antragskommission mit dieser Frage beschäftigen soll. Sie soll dann das Ergebnis ihrer Arbeit hier vorlegen. Dann soll über die Frage abgestimmt werden. Ich sehe also, daß ich zunächst darüber abstimmen lassen muß.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Nun aber bitte keine langen Geschäftsordnungsdebatten! Bitte schön, zur Geschäftsordnung!

(Zuruf: Nur einen Satz! Über die Frage der Überschrift können wir ohne Antragskommission abstimmen. Das ist der entscheidende Punkt.)

Auch das ist meiner Auffassung nach nicht von vornherein sicher, sondern die Überschrift hängt meines Erachtens auch mit der Gliederung zusammen. Wenn nämlich ein einziges Kapitel bleibt, dann heißt das „Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik“. Wenn es aber zwei werden, kann eines „Europapolitik“ und eines „Sicherheitspolitik“ heißen. Aus diesem Grunde hängt auch die Überschrift damit zusammen.

Weiter zur Geschäftsordnung Herr Dr. Meyers!

(Dr. Meyers: Wir sollten grundsätzlich Zurückverweisungen vermeiden, sonst kommen nachher Massen von Zurückverweisungen. Hier muß entschieden werden, entweder heute oder morgen! — Beifall)

Schönen Dank! Nun muß ich aber trotzdem über die Rückverweisung abstimmen lassen. Wer dafür ist, die Anträge zu Ziffer 9 einschließlich des Antrages der Antragskommission C 18, die Anträge zur Überschrift dieses Abschnittes und zur Gliederung an die Antragskommission zurückzuverweisen, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Das ist die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, jetzt wie folgt abstimmen zu lassen: —

(Zuruf: Zur Sache!)

Bitte schön, Sie haben zur Aussprache das Wort!

Dr. Wagner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Freunde aus Rheinland-Pfalz noch erklären, daß wir den Antrag der Antragskommission C 18 nach unseren Überlegungen für nicht ausreichend halten. Es mag zwar richtig sein, daß sich bei genauerer Überlegung und Erwägung aller Konsequenzen aus diesem Antrag auch die Dinge ergeben,

die in den Einzelheiten der Anträge von Hessen, Hamburg und Rheinland-Pfalz enthalten sind. Wir halten aber diese Dinge für so wichtig, daß es gut ist, sie hier auch zu sagen und sie nicht nur einer Erschließung durch den Leser zu überlassen.

Im übrigen haben wir hier drei Anträge von Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg, die im wesentlichen gleichlautende Inhalte haben. Ich möchte sagen, daß der Vorschlag von Hessen, einen eigenen Abschnitt zu bilden, auch die Zustimmung der Freunde aus Rheinland-Pfalz findet.

Was die Formulierung der Ziffer 9 oder des Textes, der anstelle von Ziffer 9 treten soll, angeht, so gestatte ich mir die Bemerkung, daß wir nach wie vor unseren Text für den besseren halten. Ich erkläre aber auch, daß die Freunde aus Rheinland-Pfalz, soweit ich das habe feststellen können, auch für den Antrag Hessen stimmen werden. Es wird also darauf ankommen für unsere Stimmabgabe, welcher Antrag hier vom Präsidium als erster zur Abstimmung gestellt wird.

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort in der Aussprache gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Liebe Freunde! Ich schlage Ihnen vor, wie folgt zu prozedieren: Zunächst einmal abzustimmen über den Antrag C 1, nämlich über die Überschrift; zweitens abzustimmen, wenn das erledigt ist, über den Antrag des Landesverbandes Hessen Abschnitt 1 Absatz 1 und C 3 Absatz 1, ohne die Ziffern mit zur Abstimmung zu nehmen, weil man die noch nicht so schnell überprüfen kann, nämlich über die Frage, ob zwei Kapitel „Europapolitik“ und „Außen- und Sicherheitspolitik“ geschaffen werden sollen oder nicht.

Da sich nach meiner Auffassung die beiden Anträge ausschließen – d. h. entweder sagt man Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik oder man sagt Europapolitik und Außen- und Sicherheitspolitik, zwei Abschnitte, oder man läßt es, danke schön für den Hinweis, so, wie der Bundesvorstand es vorgeschlagen hat – wäre zu überlegen, wie man die beiden Anträge behandeln soll. – Ich würde empfehlen, wir stimmen zunächst darüber ab, ob wir die Kapitel trennen. Das entscheidet dann, glaube ich, alles Weitere.

(Zuruf: Wir ziehen den Antrag C 1 zurück!)

C 1 wird zurückgezogen. Das vereinfacht die Sache erheblich. Dann stimmen wir also darüber ab, ob wir an Stelle des hier vom Bundesvorstand vorgeschlagenen einen Kapitels zwei Kapitel machen sollen, nämlich ein Kapitel Europapolitik und ein Kapitel Außen- und Sicherheitspolitik. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Wofür?)

Ich unterbreche die Abstimmung. Ich habe das, glaube ich, eben ganz deutlich gesagt.

(Widerspruch)

Jetzt müssen also diejenigen das Handzeichen geben, die dafür sind, daß, dem Antrag des Landesverbandes Hessen folgend, zwei Kapitel eingerichtet werden, eines über Europapolitik und ein weiteres über Außen- und Sicherheitspolitik. Ist es jetzt klar? — Gut. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit ist insoweit dem Antrag des Landesverbandes Hessen gefolgt.

(Beifall)

Liebe Freunde, nun scheint mir — ich bitte dazu um Stellungnahme — der Antrag der Antragskommission hinfällig zu sein; denn er geht davon aus, daß nur ein Kapitel beibehalten wird und schlägt lediglich eine Erweiterung der Ziffer 9 vor. Wenn man jetzt ein eigenes Kapitel „Europapolitik“ hat, kann man es sicher nicht bei einer Ziffer bewenden lassen, sondern dann müßten vermutlich mehrere Ziffern diesen Abschnitt füllen, wie ja auch Hessen hier vorgeschlagen hat, drei Ziffern zu machen.

In der Aussprache dazu hat jetzt Herr Dr. Lenz das Wort.

Dr. Lenz, MdB: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Antrag C 2 des Landesverbandes Hessen zuzustimmen. Wir haben versucht, in drei Ziffern die wesentlichen Inhalte der Europapolitik nicht zu detaillieren, aber auch nicht zu allgemein zu formulieren. Wir sprechen in der ersten Ziffer, der Ziffer 7, von der politischen Einigung und der Vollendung der EWG, in der zweiten, der Ziffer 8, von der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft. Hier würde ich mich dafür aussprechen, daß wir den Zusatz, den die Antragskommission vorgeschlagen hat, durchaus einfügen, nämlich diesen Zusatz, der da heißt: Durch die baldige Verschmelzung der europäischen Verträge soll die europäische Gemeinschaft gestärkt werden. Das Wort „gestärkt“ ist hier wichtig. Was wir bei der Verschmelzung der Verträge nicht brauchen können, ist etwa ein Rückschritt hinter das bereits Erreichte. Und in Ziffer 9 wird noch einmal die Zielrichtung angesprochen, nämlich die Errichtung eines europäischen Bundesstaates mit einer freiheitlichen demokratischen Verfassung, einer gemeinsamen Außenpolitik und einer gemeinsamen Verteidigung. Das entspricht, glaube ich, auch dem Antrag des Landes Hamburg.

Wir haben damit versucht, Ihnen einen Abschnitt „Europapolitik“ vorzulegen, und wir bitten um die Annahme dieses Antrages.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Als nächster hat in der Aussprache das Wort Herr Dr. Kliesing.

Dr. Kliesing, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur die Frage stellen, ob wir nach dem Abstimmungsergebnis von vorhin die-

sem neugeschaffenen Kapitel nicht die Überschrift „Westeuropapolitik“ geben müssen. Oder betrachten Sie etwa eine Politik, die sich mit den südosteuropäischen Staaten befaßt, nicht als einen Teil unserer Europapolitik?

(Beifall)

Präsident Lorenz: Wird weiter zur Aussprache das Wort gewünscht? – Bitte schön, Herr Professor Mikat aus dem Landesverband Rheinland!

Prof. Dr. Mikat (LV Rheinland): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Verfolg dessen, was Herr Dr. Kliesing Ihnen eben vorgetragen hat, bitte ich doch noch einmal zu erwägen, ob nicht durch die Abstimmung eine Situation entstanden ist, mit der die Antragskommission sich noch einmal gründlich wird auseinandersetzen müssen.

(Beifall)

Wir können unmöglich diesen auf den Westen reduzierten Begriff Europa für ganz Europa hinstellen. Das geht doch einfach nicht. Wir klammern doch die ganze südosteuropäische, aber auch osteuropäische Problematik aus. Daraufhin muß doch das ganze Programm, in diesem Teile jedenfalls, redaktionell überarbeitet werden. Sonst sehe ich mich nicht in der Lage, darüber überhaupt abzustimmen.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Herr Dr. Dregger!

Dr. Dregger (LV Hessen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann diese Argumente nicht als überzeugend empfinden. Wenn wir den europäischen Bundesstaat fordern, dann wissen wir, daß wir ihn im Augenblick auf den Bereich beschränken müssen, in dem eine freiheitlich-demokratische Verfassung möglich ist. Wir sagen damit aber nicht, daß der europäische Bundesstaat nicht auch einmal – und das ist sogar unsere Hoffnung – Mittel- und Osteuropa umfassen kann.

(Beifall)

Ich glaube, wenn man nicht bewußt fehlinterpretiert, ist ganz deutlich, daß wir mit dem Begriff „Europapolitik“ in diesem Zusammenhang die Einigungspolitik für einen europäischen Bundesstaat meinen, daß wir damit aber keineswegs sagen, daß die Teile Europas, die diesem europäischen Bundesstaat im Augenblick noch nicht angehören können, nicht zu Europa als geographischer und kultureller Einheit gehören.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? – Bitte schön, Herr Ministerpräsident Lemke!

Ministerpräsident Dr. Lemke (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, unter Europapolitik verstehen wir alle, — wenn wir das eben als einen besonderen Abschnitt bestimmt haben — ein- und dasselbe, nämlich die Europapolitik, die, wie Sie eben sagten, darauf zielt, die freiheitlich-demokratischen Länder des westlichen Europas möglichst bald zu einem Bundesstaat zusammenzubringen. Etwas anderes kann man doch gar nicht unter Europapolitik verstehen. Das andere ist nämlich Außenpolitik.

(Sehr gut!)

Es mag vielleicht in einigen Jahrzehnten einmal so weit sein, daß auch Südosteuropa hinzukommt. Aber im Augenblick — unser Aktionsprogramm ist für die nächsten zehn Jahre gedacht — verstehe ich jedenfalls unter Europapolitik die Politik, die sich auf die Integration Westeuropas bezieht.

(Beifall und Widerspruch)

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? — Die Antragskommission möchte sich zu dem weiteren Antrag auf Rückverweisung nicht mehr äußern? Es liegt also ein nochmaliger Antrag auf Rückverweisung vor. Ich würde auch über diesen noch abstimmen lassen, weil die Situation neu ist. Wir haben jetzt beschlossen, zwei Abschnitte zu schaffen, und man muß sehen, daß die Formulierungen, die bisher zum Teil für einen Abschnitt vorgeschlagen waren, auch in den Anträgen, die uns hier vorliegen — mit Ausnahme des Antrags von Hessen —, natürlich insofern vielleicht neu überdacht werden könnten.

Zu dieser Frage der nochmaligen Rückverweisung hat Herr Dr. Meyers das Wort.

Dr. Franz Meyers: Wir können nicht, was wir eben beschlossen haben, jetzt ohne weiteres zurücknehmen. Es ist aber ganz klar, daß eine große Diskrepanz hinsichtlich der Auffassung des Wortes „Europapolitik“ vorhanden ist, und die Konsequenzen, daß nämlich Europapolitik keine Außenpolitik wäre, daß beispielsweise der Franzose Inländer wäre, sind ja alle nicht durchdacht. Deshalb bin ich diesmal ausnahmsweise für Zurückverweisung.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Lorenz: Zunächst möchte ich auf folgendes hinweisen: Nach Meinung des Präsidiums kann in dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen noch einmal über einen Antrag auf Rückverweisung abgestimmt werden. Denn die Lage ist neu. Ursprünglich war die Frage gestellt, ob zurückverwiesen werden soll unter der Auflage, überhaupt einen neuen Vorschlag zur Frage der Neugliederung zu machen. Das ist entschieden; es soll neu gegliedert werden. Jetzt kann man noch einmal überlegen, ob der Inhalt neu beraten werden soll.

Als weiterer hat das Wort unser Freund Majonica.

CDU teitag 1968





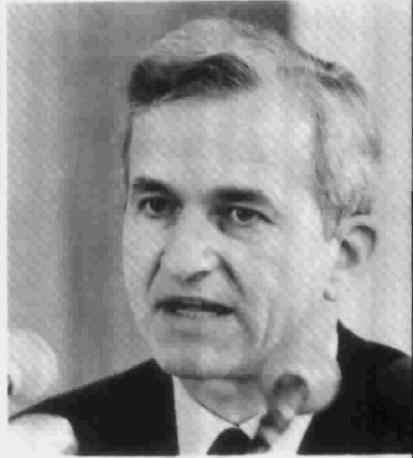












Ernst Majonica, MdB: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß eine Zurückverweisung zu keiner Klärung führen wird.

(Zuruf: Doch!)

– Nein, einen Augenblick! Wir stehen hier nämlich vor einer Problematik, die nicht in einer Antragskommission gelöst werden kann. Wenn wir nämlich untersuchen, was der Begriff „Europa“ zusammenfassen soll, was er in der Zukunft begreift, erhebt sich das große Problem – und das können wir nicht der Antragskommission aufbürden –, was in einem solchen Europa einmal die Sowjetunion etwa mit ihrem europäischen Teil zu suchen hat. Ich glaube, das ist eine so weitgespannte politische Problematik, daß wir sie nicht mehr in einer Antragskommission irgendwie untersuchen lassen können. Ich glaube vielmehr, wir haben hier einen ganz klaren Begriff von Europa von meinen Vorrednern entwickelt, und selbstverständlich gehört zu Gesamteuropa Mittel- und Osteuropa. Ich würde die Sowjetunion persönlich nicht mit einschließen. Aber ich würde es bei der gegenwärtigen Begriffsbestimmung belassen. Ich glaube, daß das ein ganz klarer Begriff, klar auch durch die bisherige Politik der CDU auf europäischem Felde, ist.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Weitere Wortmeldungen? – Ja, bitte schön! Sagen Sie bitte freundlicherweise ihren Namen.

Ehlert (KV Moers): Meine Damen und Herren; angesichts der neuen Situation müßte doch aber zumindest ein Abschnitt eingefügt werden, der deutlich macht, daß wir uns in Europa auch für die osteuropäischen Staaten öffnen. Deshalb braucht das nicht zurückverwiesen zu werden. Aber es muß doch dann zumindest bis morgen die Möglichkeit offen bleiben, in diesem Kapitel einen Abschnitt hinzuzufügen.

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? – Ja, bitte schön! Würden Sie bitte freundlicherweise Ihren Namen sagen. – Es soll ein Geschäftsordnungsantrag gestellt werden? – Also Herr Etbach aus Duisburg will einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Er hat das Wort.

Etbach, Duisburg: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zeit ist soweit fortgeschritten und die Bedeutung dieser Frage ist so wesentlich, daß sie heute abend, wenn die Landesverbände noch einmal zusammenkommen – das ist ja vorgesehen –, noch mal gründlich besprochen werden sollte. Ich beantrage deshalb Schluß der Sitzung.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Wollen Sie Schluß der Sitzung beantragen oder nur Vertagung der Abstimmung über diesen Punkt?

(Etbach: Schluß der Sitzung! – Große Unruhe)

– Also, liebe Freunde, wer wünscht weiter das Wort, insbesondere zur Geschäftsordnung? – Das Wort hat Herr Dr. Wörner.

Dr. Wörner, MdB: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich hier das Wort nehme, dann nicht als Mitglied des Präsidiums.

Mir scheint zweierlei klar zu sein: erstens einmal, daß wir im politischen Willen übereinstimmen, d. h. die europäische Einigung auffassen als weit begriffen, d. h. nicht auf Westeuropa begrenzt. Zweitens scheint mir ebenso klar aus der bisherigen Diskussion hervorzugehen, daß die Formulierung, die hier gewählt wurde, auch in unseren eigenen Reihen, wie insbesondere die Wortmeldung von Herrn Kliesing zeigt, Mißverständnisse hervorgerufen hat.

Deswegen möchte ich wirklich dringend bitten, die Sache an die Antragskommission zurückzuverweisen, einfach um ihr die Möglichkeit zu geben, durch eine Formulierung einwandfrei das festzustellen, was hier übereinstimmend gewollt wird.

Präsident Lorenz: Als nächster hat das Wort unser Generalsekretär Dr. Heck.

Dr. Heck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde, ich glaube in der Tat, daß wir nicht in der Lage sind, die Sache jetzt durch eine Abstimmung zu klären. Ich unterstütze deswegen den Vorschlag, den eben Herr Wörner vorgetragen hat, das Ganze also noch einmal an die Antragskommission zurückzuverweisen, und zwar mit dem Auftrag, den Vorschlag von Hessen durch eine Ziffer 10 entsprechend zu ergänzen, so daß deutlich wird, daß unsere Europakonzeption insgesamt weder bei dem Europa der Sechs noch bei einem Westeuropa halt macht. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir, wenn wir das unter Europapolitik miteinbeziehen, Europapolitik selbstverständlich nicht nur als deutsche Innenpolitik verstehen, sondern wirklich als deutsche Außenpolitik, vielleicht sogar als ihren essentiellsten Teil.

Präsident Lorenz: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Dregger.

(Unruhe. – Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Dr. Dregger, Hessen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme diesem Antrag des Generalsekretärs zu. Wir haben entschieden, daß wir einen besonderen Abschnitt Europapolitik einfügen. Es kommt jetzt darauf an, daß die einzelnen Ziffern so formuliert werden, daß sie nicht mißverständlich sein können, daß also den Bedenken Rechnung getragen wird, die aus der Versammlung gekommen sind. Ich glaube, der Auftrag an die Antragskommission ist völlig klar. Ich empfehle noch einmal, dem Antrag von Herrn Heck zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Es ist also der Antrag gestellt worden, die weitere Beratung der Ziffer 9 und der dazu vorliegenden Abänderungsanträge auszusetzen, sie der Antragskommission zurückzuverweisen, und, wenn deren Beratungsergebnis vorliegt, erneut in die Verhandlungen darüber einzutreten. Wer für dieses Verfahren ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das erste war die große Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Ich darf dann zunächst Ziffer 7 aufrufen.

(Unruhe. – Zuruf: Erst über den Antrag auf Schluß der Sitzung abstimmen lassen!)

– Ich bitte um Entschuldigung. Es liegt ja noch ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Sitzung vor. Möchte einer gegen den Antrag sprechen?

(Heiterkeit)

– Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Schließung der Sitzung zum jetzigen Zeitpunkt sind, das Handzeichen zu geben. – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Sitzung jetzt zu Ende. Wir werden also morgen in der Beratung dieses Abschnitts fortfahren.

Die Sitzung ist für heute geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr.)

Dienstag, 5. November 1968

3. Plenarsitzung, Beginn: 9.20 Uhr

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne die heutige Tagung unseres Parteitages und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Liebe Freunde! Wir erleben in diesen Tagen wie schon in den vergangenen Wochen und Monaten in unserem Lande und auch in unserer Stadt die Auseinandersetzung zwischen Kräften, die unsere demokratische Ordnung beseitigen wollen, und jenen, zu denen wir uns zählen, die sie verteidigen und vertreten. Gestern hat in dieser Stadt ein Angriff von Leuten auf ein Gericht in Berlin stattgefunden, die fest entschlossen waren, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die freie Rechtsprechung zu unterbinden und damit unserer Grundordnung einen wesentlichen Schaden zuzufügen. Wir sind bei denen – und damit meine ich insbesondere auch die Polizei –, die Recht und Gesetz und unsere demokratische Ordnung verteidigen,

(Lebhafter Beifall)

und ich bin von vielen Delegierten gebeten worden, im Namen des Parteitages der Berliner Polizei unseren herzlichen Dank dafür auszusprechen

(Lebhafter anhaltender Beifall)

und auch den Dank für ihren Einsatz im Zusammenhang mit unserem Parteitag hier.

(Lebhafter Beifall)

Als Zeichen unserer Verbundenheit wird das Präsidium den schwerverletzten Polizisten Blumen ins Krankenhaus schicken.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die Beratungen über unser Aktionsprogramm fort. Wie Sie sich erinnern werden, haben wir gestern den

Teil zunächst zurückgestellt, der sich mit der Europapolitik befaßt. Das heißt, wir können jetzt noch nicht über die Neugliederung, die hier im Grundsatz beschlossen worden ist, und über die einzelnen Formulierungen zur Europapolitik beraten.

Ich höre, daß sich inzwischen die Antragskommission mit den antragstellenden Landes- und Kreisverbänden auf eine Formulierung geeinigt haben soll. Ich hoffe, daß das Ergebnis dieser Einigung bereits formuliert und abgezogen vorliegt – mir ist jedenfalls mitgeteilt worden – und daß es inzwischen verteilt wird. Da aber bestimmt noch nicht alle von Ihnen diese Formulierung in Händen haben, schlage ich Ihnen vor, zunächst einmal die übrigen Ziffern des Abschnitts „Außen- und Sicherheitspolitik“ zu beraten, die ich dann in der Bezeichnung aufrufen werde, wie sie Ihnen im Vorschlag des Bundesvorstandes vorliegt, obwohl wir uns alle darüber klar sind, daß selbstverständlich die Ziffern und Abschnitte nachher geändert werden müssen.

Ich rufe also auf die Ziffer 7.

Dazu liegt kein Abänderungsantrag vor. Wird zur Aussprache das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen Delegierten, die der Ziffer 7 in der Formulierung des Vorschlags des Bundesvorstandes zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Ich danke schön. Die Gegenprobe. – Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Ziffer 7 in dieser Formulierung angenommen. Ich darf wieder bitten, jeweils mit der Stimmkarte abzustimmen.

Ich rufe auf Ziffer 8.

Hierzu liegt der Antrag C 14 vor. Wird die Begründung des Antrags gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat für die Antragskommission Herr von Hassel das Wort.

(Zwischenbemerkungen)

– Einen Augenblick, bitte. Ich höre soeben, Herr von Hassel, daß die Begründung des Antrags C 14 gewünscht wird. Diese Begründung sollten wir zunächst vorziehen. Es hat also das Wort zur Begründung Herr Dr. Emmerich vom Landesverband Rheinland.

Dr. Emmerich: Meine Damen und Herren! Die Entwicklungshilfe, die die Maßnahmen des wirtschaftlichen Aufbaus, der Industrialisierung, der Erziehungs- und Sozialstrukturen fördert, greift damit notwendigerweise in die inneren Strukturen der Empfängerländer ein, allerdings mit deren ausdrücklicher Zustimmung. Die Ziffer 14 Abs. 2 ist daher an dieser Stelle mißverständlich. Da es sich jedoch um einen allgemeinen Grundsatz der Außenpolitik handelt – es geht um die Nichteinmischung –, sollte sinngemäß der Ziffer 8 dieser Absatz 2 angefügt werden, wenn Sie diesen Absatz nicht überhaupt streichen wollen. Es würde dann heißen: „Die deutsche Außenpolitik achtet den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse souveräner Staaten“.

Präsident Lorenz: Das Wort für die Antragskommission hat Herr von Hassel.

Bundesminister von Hassel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, auch nach der Begründung eben, diesen Antrag aus folgender Überlegung abzulehnen. Die Ziffer 14 behandelt die Prinzipien unserer Entwicklungshilfe und legt darin fest, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten der Nehmerländer nicht einmischen, daß wir also zum Beispiel eine Anleihe oder technische Hilfe oder Hilfe sonstiger Art nicht an Bedingungen knüpfen, die etwa in die eigenständige Politik des betreffenden Landes eingreifen würden.

Die Ziffer 8 hat einen ganz anderen Gegenstand zum Inhalt. Sie spricht davon, daß wir Gewalt und Drohung mit Gewalt in jeder Form als Mittel der Politik ablehnen, daß wir von jeher dafür eintreten, daß vorbehaltloser Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern zu vereinbaren sei. Diese Ziffer bezieht sich auf den Grundsatz des Gewaltverzichts, proklamiert eine Politik ohne Gewalt. Das andere ist eine Teildarstellung unserer Entwicklungspolitik. Deshalb bitten wir, diesen Antrag abzulehnen, weil beides völlig getrennte Dinge sind.

Präsident Lorenz: Wird zur Aussprache das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, den Antrag C 14 anzunehmen, um das Handzeichen. — Die Gegenprobe. — Das letzte war die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme dann zur Abstimmung über die Ziffer 8 in der Formulierung des Bundesvorstandes. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit ist die Ziffer 8 so beschlossen.

Ziffer 9 ist zurückgestellt.

Ich rufe die Ziffer 10 auf. Hier sind die Anträge C 8 und C 19 zu behandeln. Wird Begründung des Antrages C 8 gewünscht? — Offenbar nicht! Wird Begründung des Antrages C 19 gewünscht? — Bitte sehr, Herr von Weizsäcker!

Freiherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag C 19 beruht auf der Meinungsbildung in der Antragskommission, wonach die Begründung zum Antrag C 8 der Antragskommission absolut schlüssig erschien, aber die Antragskommission der Meinung war, daß die aus dieser Begründung gezogene Folgerung für die Formulierung etwas mißverständlich geraten ist. Aus dieser Formulierung des C 8 könnte man nämlich schließen, daß die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in der Einigung Europas ihre Vollendung fände. Wenn also diese Einigung vollzogen ist, dann ist es auch mit der engen Zusammenarbeit vorbei. Und das ist ja sicher nicht die Absicht dieses Antrages gewesen, wie es aus der Begründung eindeutig hervorgeht.

Um den Gedanken der Begründung aufzunehmen, hat die Antragskommission deshalb den Ihnen vorliegenden Antrag C 19 so formuliert: Fester Be-

standteil der deutschen Außenpolitik ist auf der Basis ihrer europäischen Zielsetzung die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Präsident Lorenz: Bleibt der hessische Antrag aufrechterhalten?

(Zuruf: Nein, er wird zurückgezogen!)

Also, der Antrag von Hessen wird zurückgezogen, so daß nur noch die Formulierung der Antragskommission in C 19, an Sie verteilt, vorliegt. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrag C 19 zustimmen wollen, um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist also die Ziffer 10 verabschiedet.

Ich rufe auf Ziffer 11. Hier ist der Antrag C 9 des rheinisch-bergischen Kreises zu behandeln. Wird zur Begründung das Wort gewünscht?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Es wird zur Geschäftsordnung das Wort gewünscht.

(Zuruf: Wir haben, wenn ich gestern die Diskussion richtig verfolgt habe, auch diesen Teil, wenigstens inhaltlich, der Antragskommission zur Mitbehandlung der gesamten Europapolitik in dem von uns beschlossenen Abschnitt 2 überwiesen. Die Frage ist nun, sollen wir darüber vorab entscheiden, oder sollen wir es nicht besser nachher, wenn der Antrag der Antragskommission vorliegt, hier beraten? Ich stelle den Antrag, zunächst mit den anderen Ziffern weiterzuberaten.)

Schönen Dank! Dazu für die Antragskommission Herr von Weizsäcker!

Freiherr Dr. von Weizsäcker: Ich glaube nicht, daß wir gestern beschlossen haben, auch die Ziffer 11 zurückzustellen. Da aber in der Tat ein Zusammenhang zwischen den Ergänzungen besteht, die im Rahmen der bisherigen Ziffer 9 eingearbeitet werden sollen, und dem, was in dieser Ziffer 11 behandelt wird, schlage ich vor, daß wir das gemeinsam nachher mit dem Europakapitel behandeln.

Präsident Lorenz: Möchte einer dagegen sprechen? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Zurückstellung und Verweisung des Antrages an die Antragskommission sind, um das Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe dann die Ziffer 12 auf. Hier liegt nur der Antrag des Bundesvorstandes vor. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Annahme des Antrags sind, um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das ist einstimmig angenommen.

Zu Ziffer 13 liegt ebenfalls der Antrag des Bundesvorstandes vor. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für Annahme der Ziffer 13 sind, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ziffer 14! Auch hier liegt kein Änderungsantrag vor. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für die Annahme der Ziffer 14 nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes sind, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Ebenfalls einstimmig angenommen!

Ziffer 15!

(Zuruf: Ich hatte mich zu den Ziffern 13 und 14 schon gemeldet!)

Ich habe aber ausdrücklich noch einmal gefragt!

(Zuruf: Schriftlich!)

Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Das ist hier offenbar übersehen worden. Wollen Sie zu einem Änderungsantrag sprechen?

(Zuruf: Ich möchte im allgemeinen dazu sprechen!)

Sie haben das Wort! Liebe Freunde, da wir auf eine Generaldebatte verzichtet haben, muß man die Möglichkeit geben, zu solchen Sachangelegenheiten hier zu sprechen.

Frau Zweigle (KV Reutlingen): Ich möchte etwas zur Entwicklungshilfe sagen. Ich setze voraus – wir haben ja darüber abgestimmt –, daß wir alle die Entwicklungshilfe bejahen. Der Herr Bundeskanzler hat gestern auch darüber zu uns gesprochen. Dieses Problem hat nicht nur eine soziale und wirtschaftliche Seite, sondern auch eine geistig-sittliche. Und dazu möchte ich sprechen.

Verehrte Parteifreunde! Gestern kam in der Diskussion sehr klar zum Ausdruck, daß wir darauf hören wollen, was das Volk sagt. Ich bin beauftragt von einem großen Kreis sich verantwortlich fühlender Männer und Frauen, hier zu sagen, daß uns der Export nahezu pornographischer Filme und Zeitschriften in die Entwicklungsländer äußerst beunruhigt und daß wir um Abhilfe ersuchen. Die Vorschriften für Jugendschutz bei diesen Filmen und Illustrierten sollen erfüllt werden und der Export nur zugelassen werden, wenn sie auch im Inland von jedermann angesehen werden dürfen.

(Sehr starke Unruhe)

Die Sex-Propaganda schadet dort genauso wie bei uns. Sie zerstört dazu noch unser nationales Ansehen in diesen Ländern und bildet einen we-

sentlichen politischen Beitrag unsererseits zum Aufkommen einer raschen sozialistischen Front gegen uns.

Es ist unserer Meinung nach unverantwortlich, ja geradezu eine Idiotie, den Entwicklungsländern Milliarden DM zukommenzulassen und gleichzeitig sexuelle und kulturelle Verwahrlosung zu exportieren, die Haß und Verachtung gegen uns erzeugt. Es darf niemandem das Recht eingeräumt werden – und wo sollten wir anders unsere Sorgen vorbringen als hier vor den Vertretern und Delegierten der Christlich Demokratischen Union –, auf Kosten der Zukunft Deutschlands sich auf diese Art und Weise zu bereichern. Ich verweise hier auf den Ulmer Ärzteprotest, den über 400 namhafte Ärzte unterschrieben haben, der dem Gesundheitsministerium zugeleitet wurde.

Ich berufe mich auch auf unseren ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer, der auf der Ärztetagung in Mannheim 1963 sagte: Sie als Ärzte und wir als Politiker müssen uns zusammen gegen die Schwemme von schlechten Dingen stemmen, die über unser Volk hereinbricht, wie das leider Gottes der Fall ist. – Bitte lassen Sie uns doch die Worte unseres verstorbenen Bundeskanzlers besonders ernst nehmen zum Wohle unserer Familien in unserem Land, aber auch in anderen Ländern.

(Starker Beifall)

Präsident Lorenz: Wird dazu weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich Ziffer 15 auf. Hier sind die Anträge C 10 und C 16 zu behandeln. Wird zur Begründung von C 10 das Wort gewünscht? Das ist offenbar nicht der Fall. C 16: Kreisverband Siegburg. Soll der Antrag begründet werden? Offenbar auch nicht! Dann hat das Wort für die Antragskommission Herr von Weizsäcker.

Frelherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Sinne der Anregung, die mit den Anträgen C 10 und C 16 verbunden sind, hat der Bundesvorstand bei der letzten Überarbeitung des Aktionsprogrammes an verschiedenen Stellen eben dem Gesichtspunkt Rechnung getragen, der hier zum Ausdruck gebracht ist, daß zum Zwecke der Klarstellung und Glaubwürdigkeit von Friedenspolitik gesprochen werden soll.

Daß die Antragskommission dennoch der Meinung ist, in der vorliegenden Ziffer 15 würde der Satz 2 in der vorliegenden Fassung bestehen bleiben, hat seinen Grund darin, daß die Entspannungspolitik hier ja nicht in einen Gegensatz zur Friedenspolitik in der Weise gesetzt werden soll, daß ihr in der Bezeichnung der Vorrang gebührt, sondern, wenn man so will, gerade umgekehrt, daß Entspannungspolitik, wenn man sie schon gebraucht, die Fähigkeit voraussetzen soll, dieser Bedrohung standzuhalten. Hier ist ge-

wissermaßen die Entspannungspolitik gerade in bezug auf ihre Voraussetzungen herausgefordert. Das ist der Sinn und Zusammenhang der Ziffer 15. Deshalb war die Antragskommission der Meinung, es sollte bei der vorliegenden Fassung bleiben.

Präsident Lorenz: Wird zur Aussprache das Wort gewünscht? — Ja, bitte schön!

Kiep, MdB (LV Hessen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stimmen im Grunde der hier von der Antragskommission vorgegebenen Erklärung zu. Ich möchte nur der Klarheit halber sagen, daß es uns bei diesem Antrag mehr darum ging, das Vokabularium unserer Politik etwas klarer zu gestalten und von gewissen vagen Begriffen, die die politische Diskussion in der Vergangenheit beherrscht haben, etwas Abstand zu gewinnen. In diesem Zusammenhang hielten wir in der heutigen Lage das Wort „Friedenspolitik“ für angemessener als das Wort „Entspannungspolitik.“

(Belfall)

Wir sind in den vergangenen Monaten einer Reihe solcher Begriffe fast erlegen. Wir haben ständig von „Entkrampfung“ gesprochen, wir haben uns ständig „entspannt“, wir haben uns „gewandelt durch Annäherung“, und wir hielten den Zeitpunkt für gekommen, doch hier wieder einmal ein etwas realistischeres Vokabularium in die politische Diskussion hineinzubringen. Daher unser Vorschlag, das Wort „Entspannungspolitik“ durch das Wort „Friedenspolitik“ zu ersetzen.

(Belfall)

Im Grunde haben wir jedoch keine Einwendungen gegen das von Herrn von Weizsäcker hier vorgetragene Ergebnis der Arbeit der Kommission.

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Liebe Freunde, ich lasse dann über den Antrag C 10 von Hessen abstimmen; wenn er angenommen wird, ist damit gleichzeitig der Antrag C 16 angenommen. Wenn er abgelehnt wird, ist gleichzeitig der Antrag C 16 abgelehnt. Wer also für den Antrag C 10 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit; der Antrag ist also angenommen. Damit ist auch der Antrag C 16 erledigt.

Jetzt müssen wir über die neue Fassung der Ziffer 15 abstimmen lassen. Wer der Ziffer 15 in der so geänderten Form zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit; damit ist Ziffer 15 in der geänderten Form angenommen.

Ziffer 16! Hier liegt nur der Antrag des Bundesvorstandes vor. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die der Ziffer 16 in der vorgeschlagenen Fassung zustimmen wollen, um das

Handzeichen. — Danke schön! Wer ist dagegen? — Der Antrag ist, soviel ich sehe, einstimmig angenommen.

Auch bei Ziffer 17 liegt nur der Antrag des Bundesvorstandes vor. Wortmeldungen? — Nein. Dann bitte ich diejenigen um das Handzeichen, die für Annahme dieses Vorschlages sind. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Auch einstimmig angenommen.

Ziffer 18! Hier sind die Anträge C 11, C 12 und C 17 zu behandeln. Wird Begründung des Antrages C 11 des Landesverbandes Hamburg gewünscht?

(Zuruf: Nein!)

— Das ist nicht der Fall. Antrag C 12 des Landesverbandes Schleswig-Holstein? — Bitte, Herr Dorenburg aus Schleswig-Holstein hat das Wort.

Dorenburg (LV Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Schleswig-Holstein hat nach Abstimmung mit dem Landesverband Rheinland, dem wir dafür sehr dankbar sind, einen Änderungsantrag zu stellen, der erstens die notwendigen 30 Unterschriften aufweist und zweitens eine Zusammenfassung der Anträge C 12 und C 17 bedeutet. Das würde, glaube ich, auch das Verfahren hier wesentlich vereinfachen. Dieser Änderungsantrag übernimmt die Formulierung des Antrags C 17: „Glaubhafte Sicherheitspolitik erfordert den Aufbau einer wirksamen Zivilverteidigung. Militärische und zivile Verteidigung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen“ und fügt an den Satz, der aus dem Antrag C 12 stammt: „Insbesondere sind die Bemühungen um den Schutz der Bevölkerung erheblich zu verstärken.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine glaubhafte Verteidigung ist ohne den Aufbau einer wirksamen Zivilverteidigung nicht möglich. Diese Forderung — und das ist unsere Meinung — muß ebenfalls mit Nachdruck im Aktionsprogramm vertreten werden. Die Aussage in dem Ihnen vorliegenden Entwurf, daß die zivile Verteidigung die militärische ergänze, wird nach unserer Auffassung diesem Problem in keiner Weise gerecht.

Ich darf daher bitten, diesem Änderungsantrag, den ich hiermit dem Präsidium überbe, Ihre Zustimmung zu geben.

Ich darf noch bemerken, daß der Einwand, daß eine Verstärkung des Schutzes der Bevölkerung in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung nicht vorgesehen sei, nach Auffassung des Landesverbandes Schleswig-Holstein nicht begründet ist. Meine Damen und Herren, wir wollen in diesem Aktionsprogramm politischen Willen bekunden. Eine mittelfristige Finanzplanung ist ja keine absolute Größe, sondern muß — das ist jeder Planung immanent — ständig überprüft werden, so daß die Formulierung der Ziffer 18 davon nach unserer Auffassung nicht abhängig gemacht werden kann.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Der Antrag ist hier eingegangen. Er trägt die Unterschrift von 32 Delegierten, ist also wirksam eingebracht.

Jetzt hat zunächst zur Begründung des Antrags C 17 des Landesverbandes Rheinland Herr Rommerskirchen das Wort.

(Rommerskirchen: Ich verzichte nach dieser Begründung!)

Dann für die Antragskommission Herr Rasner!

Rasner: Herr Vorsitzender! Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages des Landesverbandes Rheinland ohne den vom Landesverband Schleswig-Holstein hinzugefügten Satz.

Meine Damen und Herren, dies ist der erste Antrag, der die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung, die von Ihrer Bundestagsfraktion gebilligt ist, entscheidend berührt. Dieser Parteitag darf nach Auffassung der Antragskommission keine Aussage machen, die uns unglaublich macht.

Lassen Sie mich ein paar Worte zu den Fakten sagen. Die mittelfristige Finanzplanung enthält für Zivilschutz für die Zeit von 1969 bis 1972 jährlich 43 Millionen. Das gliedert sich auf in 20 Millionen für die Instandsetzung bestehender Anlagen, 18 Millionen für Zuschüsse zu Mehrzweckanlagen und den Rest für Ausstattung, 2,3 Millionen DM davon für Forschung, Entwicklung und Erprobung.

Das Schutzbaugesetz von 1965 sah 200 Millionen DM für öffentlichen Schutzbau und 200 bis 300 Millionen DM Zuschüsse für zivilen Schutzbau vor. Das Schutzbaugesetz wurde mit dem Haushaltssicherungsgesetz 1966 für zwei Jahre suspendiert und mit dem Finanzänderungsgesetz 1967 endgültig außer Kraft gesetzt. Eine Weiterrechnung besteht nicht. Im übrigen stellen nach Meinung von Sachverständigen diese Kosten, die ich eben nannte, lediglich die Anlaufkosten dar.

Meine Damen und Herren, der letzte Satz muß von diesem Parteitag abgelehnt werden, wenn wir nicht im ersten Fall schon die mittelfristige Finanzplanung des Bundes unglaublich machen wollen. Es gibt eine Fülle von zu bejahenden Dingen, von der Kriegsopferversorgung bis zum Zivilschutzbau. Aber wir sind eine Partei, die in diese nächste Wahl nicht mit Wahlversprechungen geht. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrages des Landesverbandes Rheinland, aber um Ablehnung des letzten Satzes.

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren, zunächst einmal zur Technik. Ich habe die Ausführungen bisher so verstanden, daß sich die Antragsteller des Antrages C 11 von Hamburg und die Antragsteller des Antrages C 12 des Landesverbandes Schleswig-Holstein – und dazu die Antragsteller des Antrages C 17 – auf diesen neu eingebrachten Antrag verständigt haben. Ist das richtig?

(Zustimmung)

– Dann bedeutet das, daß also zunächst nur dieser Antrag und der Antrag der Antragskommission vorliegen, den Antrag C 17 in der bisher vorliegenden Form zu beschließen. Wird dazu ums Wort gebeten? Bitte, Herr Ministerpräsident Lemke!

Ministerpräsident Lemke (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, der Einwand der Antragskommission ist nicht stichhaltig. Wir haben hier eine klare politische Aussage zu machen, ob wir der zivilen Verteidigung einen Rang geben oder sie hintenanstellen wollen. Unser Kollege Rasner hat gesagt, weil kein Geld vorgesehen sei, müsse sie hintenangestellt werden. Ich meine, gerade der Parteitag sollte sagen, daß die zivile Verteidigung mit voransteht, und deswegen muß die klare Aussage so formuliert werden, wie wir es hier eingebracht haben.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich lasse dann über den Antrag der 32 Delegierten zuerst abstimmen, weil das der weitergehende ist. Er besagt also, daß in der vorgeschlagenen Ziffer 18 der letzte Satz des ersten Absatzes, der lautet: „Die zivile Verteidigung ergänzt die militärische“, gestrichen und dafür als dritter Absatz eingefügt werden soll:

„Glaubhafte Sicherheitspolitik erfordert den Aufbau einer wirksamen Zivilverteidigung. Militärische und zivile Verteidigung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.“

Insoweit also die Formulierung des Landesbezirks Rheinland. Und dann soll es weitergehen:

„Insbesondere sind die Bemühungen um den Schutz der Bevölkerung erheblich zu verstärken.“

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich komme zur Abstimmung über Ziffer 18 in der jetzt beschlossenen Fassung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 19 auf. Dazu liegt der Antrag C 13 vor. Das Wort zur Begründung hat Herr Kiep.

Kiep, MdB, Hessen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, den Antrag des Landesverbandes Hessen C 13 im engen Zusammenhang mit der Diskussion über die Bundeswehr, gerade in der heutigen politischen Lage, zu sehen. Wir haben in diesem Antrag den Versuch unternommen, etwas ausführlicher, als das im Vorschlag des Bundesvorstands der Fall ist,

die Situation in der Bundeswehr anzusprechen. Wir haben einige konkrete Vorschläge gemacht, wie wir uns die Lösung einiger schon lange anstehenden Probleme vorstellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß unter Umständen aus der Überprüfung der derzeitigen Lage heraus eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts erwogen werden könnte. Wir wollten mit diesem Antrag insbesondere die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß mit einer eventuellen Erhöhung des Verteidigungshaushalts in allererster Linie erst einmal bestehende und erkannte Mängel innerhalb der Bundeswehr in ihrem jetzigen Rahmen abgestellt werden sollten. Hierzu gehört vor allem die Gleichstellung und die Gleichbesoldung der Bundeswehrangehörigen mit den vergleichbaren zivilen Berufen. Wir wissen, daß die hier bestehenden Mängel einer der entscheidenden Gründe dafür sind, daß heute noch in der Bundeswehr eine große Zahl von Unterführern fehlt und daß dieser personelle Mangel ein entscheidender Mangel der Bundeswehr schlechthin ist.

Es geht bei diesem Antrag nicht nur um die materiellen Probleme, es geht letzten Endes auch darum, die innere Einstellung zur Bundeswehr nicht nur in der Bevölkerung, sondern vor allen Dingen auch innerhalb der Bundeswehr selber zu ändern, indem man schon lange vorgetragenen berechtigten Anliegen endlich Rechnung trägt. Ich darf Sie daher sehr herzlich bitten, unserem Antrag C 13 zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Für die Antragskommission Herr von Hassel!

Bundesminister von Hassel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl die Hessen auf der ganzen Linie mit ihren Anträgen in voller Fahrt nach vorne sind,

(Beifall)

muß ich doch für die Antragskommission dafür plädieren, diesen Antrag abzulehnen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß das, was der Bundestagskollege Leisler Kiep für den Antrag vorgebracht hat, auch die Auffassung des ganzen Parteitages ist, daß die vielen bei der Bundeswehr zu schließenden Lücken eine erhöhte Anstrengung dringend erforderlich machen. Das ist unstrittig. Zu den drei Punkten, die in dem Antrag von Hessen stehen, ist aber dreierlei zu sagen:

Es wird eine Gleichstellung in der Besoldung mit der zivilen Seite verlangt. Ich glaube, daß auch die Bundeswehr selber nicht auf eine Gleichstellung abhebt, sondern die Bundeswehr will, daß ihre typischen, ihre speziellen Aufgaben für den Soldaten auch besonders behandelt werden. Diese hier vorgesehene Gleichstellung wird von ihr nicht begehrt, sondern gewünscht wird

eine Schau aus der eigenen Sicht des Soldaten. Insofern ist diese Forderung in dem ersten Teil des Antrags nicht zugunsten der Bundeswehr auszuliegen, sondern geht mit den Auffassungen der Bundeswehr nicht konform.

Die an zweiter Stelle geforderte bevorzugte Behandlung der Soldaten bei der Rückkehr in das zivile Leben ist absolut zwingend. Ich darf bei dieser Gelegenheit für die Antragskommission bitten, daß die bei der Bundestagsfraktion erarbeiteten Initiativen für die Verbesserung der Situation innerhalb der Bundeswehr sehr schnell berücksichtigt werden.

Da es sich hier um ein Programm der 70er Jahre handelt, meinen wir, daß wir diese Forderung nicht in dieses Programm aufzunehmen brauchen. Denn was der Kollege Leisler Kiep angeführt hat, ist nicht Sache der 70er Jahre, sondern Sache von heute und der nächsten wenigen Monate. Herr Kollege Leisler Kiep, ich darf vielleicht anregen, daß der Parteitag seine Auffassung dahin ausdrückt, daß Bundesregierung, Bundestagsfraktion, aber auch die Länder bei dem von Ihnen angeschnittenen Problem sofort helfen und nicht erst im Rahmen eines Programms für die 70er Jahre.

Das gleiche gilt für den dritten Komplex in dem Antrag Hessens, nämlich die Gleichstellung im Rahmen der Wehrgerechtigkeit. Auch das ist eine Auffassung, die die CDU ohne Einschränkung teilt, aber nicht für die 70er Jahre, sondern für das Jahr 1968 und für 1969.

Nur aus diesen Gründen bitten wir, dem Antrag nicht stattzugeben, stattdessen aber die Meinung kundzutun, daß diese Dinge von der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und den Ländern zügig behandelt werden sollten.

Präsident Lorenz: Das Wort hat Herr Kiep.

Kiep, MdB, Hessen: Unter Bezugnahme auf das, was eben von Herrn von Hassel für die Kommission vorgetragen worden ist, möchten wir das in unserem Antrag C 13 Enthaltene in Form eines Entschließungsantrags einbringen, weil es sich ja hier, wie Herr von Hassel richtig sagt, weniger um Aufgaben für die 70er Jahre handelt als um eine Sofortaufgabe, die wir aus diesem Parteitag heraus der Bundesregierung mitgeben möchten.

(Beifall)

Ich bitte daher, diesen Antrag C 13 in einen Entschließungsantrag umwandeln zu dürfen und diesen Entschließungsantrag zur Abstimmung zu stellen.

Präsident Lorenz: Damit ist praktisch der Antrag zur Abänderung zurückgezogen.

Ich darf dann zunächst einmal abstimmen lassen über die Ziffer 19 in der jetzt allein noch anstehenden Fassung des Bundesvorstands. Wer dafür ist,

den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wird von Hessen gewünscht, daß der Entschließungsantrag noch besonders formuliert wird? — Dann müßten wir ihn irgendwann später zur Abstimmung stellen. Wenn das aber nicht der Fall ist, sondern der Inhalt des Antrags nur sinngemäß als an den Vorstand gerichtete Entschließung beschlossen werden soll, dann können wir es jetzt machen.

(Zustimmung. — Zuruf.)

Brück, MdB: Darf ich dazu eine Bitte äußern. Ich möchte die Herren von Hessen bitten, die Entschließung auf das abzustellen, was in den kommenden Wochen und Monaten im Deutschen Bundestag auf uns zukommt. Herr Kollege Kiep, ich denke insbesondere an das 2. Besoldungsneuregelungsgesetz, wo wir uns ja sehr stark mit den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften beschäftigen müssen. Es kommt im derzeitigen Augenblick gerade darauf an, daß das auf diese Maßnahmen ganz besonders abgestellt wird.

Präsident Lorenz: Soll das heißen, daß Sie doch Vertagung der Abstimmung über die Entschließung wünschen? — Liebe Freunde, ich würde dazu sagen: Wenn hier Schwierigkeiten auftreten, dann sollten wir lieber eine formulierte Entschließung vorlegen; dann weiß jeder, worüber er abstimmt. Ich würde also doch empfehlen, die Sache zurückzustellen und Hessen zu bitten, einen entsprechenden Entschließungsentwurf einzubringen, über den an späterer Stelle der Tagesordnung abgestimmt wird. Wir haben ja noch mehr Entschließungen.

— Zur Geschäftsordnung, Herr Rommerskirchen!

Rommerskirchen, MdB: Herr Vorsitzender, ich unterstütze Ihren Vorschlag und bitte die hessischen Kollegen, wenn sie neu formulieren, sich einmal den Vorschlag der Jungen Union anzuschauen, den sie in der Mappe „Beschlüsse des Deutschlandtages“ unterbreitet hat. Da ist für diese Forderung, die hier angesprochen wird, eine vorzügliche Formulierung enthalten. Ich glaube, die könnte hier eingearbeitet werden. Wir würden dann sehr schnell diesem Entschließungsantrag zustimmen können.

Präsident Lorenz: Ich würde also Hessen bitten, einen entsprechenden Vorschlag zu machen, und darüber wird dann zu gegebener Zeit hier abgestimmt.

Liebe Freunde, wir haben jetzt die Punkte beschlossen, die die Außen- und Sicherheitspolitik betreffen. Inzwischen liegt uns die Europapolitik vor — ich hoffe, auch Ihnen; die Drucksache wird gerade verteilt —

(Widerspruch)

— ich hoffe, Sie haben es gleich, dem Präsidium liegt das jedenfalls schon vor — als Antrag C 21 ein neu formulierter Vorschlag, und zwar von seiten der

Antragskommission. Wie ich aber höre, ist er zwischen allen beteiligten Antragstellern vereinbart worden.

Wenn Sie nichts dagegen haben, würde ich jetzt jemanden, der dafür von den Beteiligten auserwählt ist — Herr von Weizsäcker, wie ich höre — bitten, diesen Vorschlag vorzutragen und zu erläutern. Sind Sie damit einverstanden? — Dann bitte ich Herrn von Weizsäcker, das Wort zu nehmen.

Frelherr Dr. von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern beschlossen, einen neuen Abschnitt II — Europapolitik — einzufügen. Es gab einigen Widerstand bei der Frage, ob wir noch einmal eine Vertagung vornehmen oder den etwas erweiterten Antrag C 2 des Landesverbandes Hessen annehmen sollten.

Obwohl ich nicht stimmberechtigt bin, muß ich gestehen, daß ich in der Tat zunächst gehofft hatte, es würde nicht zu einer Vertagung kommen. Mir schien der Antrag C 2 klar und gut zu sein. Aber ich glaube, nährträglich sollten wir doch alle zusammen sagen, daß die Vertagung und die mit der Vertagung verbundene Arbeit sich gelohnt haben. Es wird Ihnen demnächst ein Antrag C 21 vorliegen. Er beruht im wesentlichen auf der Zusammenfügung derjenigen Teile der Anträge C 2, C 4 und C 7, die sich im Sinne der gestrigen Debatte als die Hauptpunkte desjenigen politischen Akzentes erwiesen haben, den der Parteitag setzen möchte und sollte.

Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, werde ich den Text dieses Antrages C 21 jetzt verlesen. Es wird sich um andere Ziffern als um die handeln, die in dem vorliegenden Aktionsprogramm zu sehen sind. Es geht um die neuen Ziffern 7 bis 11.

Ziffer 7:

„Die politische Einigung Europas ist ein entscheidender Beitrag zu einer europäischen und einer weltweiten Friedensordnung. Diese Einheit Europas ist für die Länder unseres Kontinents die einzige Chance, sich neben den schon bestehenden und den in Bildung begriffenen Weltmächten in Freiheit, Eigenständigkeit und Sicherheit zu behaupten.“

Ziffer 8:

„Daher drängen wir auf die politische Einigung Europas. Wir fordern die Vollendung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere die Beseitigung aller Grenzen, eine gemeinsame Politik auf den Gebieten der Wirtschaft und Währung, des Außenhandels und der Entwicklungshilfe, der Wissenschaft und der Forschung und die fortschreitende Angleichung der Sozialpolitik. Das Europäische Parlament soll direkt gewählt werden und Gesetzgebungs-, Haushalts- und Kontrollhoheit ausüben. Es soll bei der Bestellung der Europäischen Exekutive mitwirken.“

Ziffer 9:

„Bei der Einigung Europas kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit hohe Bedeutung zu. Wir wollen, daß die europäische Gemeinschaft durch die Aufnahme beitragsbereiter Länder erweitert wird. Bis zu diesem Beitritt sollen alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit diesen Ländern im Sinne der europäischen Einigung ausgeschöpft werden. Für Staaten, die die Gemeinschaftsverpflichtungen nur teilweise übernehmen wollen oder können, müssen andere organische Verbindungen zur Verfügung stehen.“

Ziffer 10:

„Unser Ziel ist die rasche Errichtung eines europäischen Bundesstaates mit einer freiheitlich demokratischen Verfassung, einer gemeinsamen Außenpolitik und einer gemeinsamen Verteidigung.“

Ziffer 11:

„Die Politik der europäischen Einigung hat nicht nur die Interessen der Länder zu beachten, die sich zur Zeit an ihr beteiligen können. Sie ist im Geiste gesamteuropäischer Solidarität und Verantwortung zu gestalten.“

(Beifall)

Soweit der neue Vorschlag für das neue Kapitel II - Europapolitik.

Erlauben Sie mir, zur Erläuterung nur auf zwei Punkte hinzuweisen. Wir sind uns gestern über das Verständnis des Begriffes „Europa und Europapolitik“ zwischen „Deutschland- und Außenpolitik“ in der Debatte nicht ganz einig geworden. Dies beruhte insbesondere auf Mängeln bei den bisherigen Entwürfen in bezug auf die Einbeziehung anderer Teile Europas. Ich möchte hier auf den Schlußsatz von Ziffer 9 hinweisen: „Für Staaten, die die Gemeinschaftsverpflichtungen nur teilweise übernehmen wollen oder können, müssen andere organische Verbindungen zur Verfügung stehen“ und ferner auf die Schlußziffer 11: „Die Politik der europäischen Einigung hat nicht nur die Interessen der Länder zu beachten, die sich zur Zeit an ihr beteiligen können. Sie ist im Geiste gesamteuropäischer Solidarität und Verantwortung zu gestalten.“ In diesem Sinne ist nach der Überzeugung der Antragsteller ausreichend zum Ausdruck gebracht, daß diese Europapolitik nicht eine bloße westeuropäische Gemeinschaftspolitik ist, wohl aber, daß es sich — und das soll die Ziffer im ganzen besagen — um eine Politik handelt, die eben gerade nicht nach den bisherigen klassischen Maßstäben der Außenpolitik gemessen werden kann, wenn sie ihr Ziel erreichen will.

Ein weiterer Punkt ist der, daß in dem Antrag C 3 ursprünglich enthalten war, es möge die Ziffer 11 gestrichen werden. Die Ziffer 11 ist diejenige Ziffer, die wir soeben bei der Behandlung des Kapitels „Außen- und Sicherheitspolitik“ zurückgestellt haben; sie beschäftigt sich mit den Beziehungen zur Sowjetunion und zu den ost- und südosteuropäischen Ländern. Es hatte der Antragskommission, die die gedruckt vorliegenden Anträge natürlich pflichtge-

mäß sehr wörtlich zu nehmen hatte, etwas Kummer gemacht, wie sie sich zu der beantragten Streichung dieser Ziffer einstellen sollte. Nachdem wir aber während der Vertagungsdebatte gehört haben, daß es sich nur um einen Druckfehler handelt und von den Antragstellern gar nicht daran gedacht ist, die Ziffer 11 zu streichen, sind wir an diesem Punkte, der uns für die Außen- und Sicherheitspolitik wichtig erschien, beruhigt.

Ich möchte zugleich mit der Begründung des Antrags C 21 — mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender — auf die Ziffer 11 zurückkommen und sagen, die Ziffer 11 möge in der Fassung, die Ihnen vorliegt, an der Stelle im Kapitel „Außen- und Sicherheitspolitik“ erhalten bleiben, wenngleich unter Einbeziehung des Zusatzantrages, der den Inhalt hat, es möge vor den Adjektiven „kulturellen, wirtschaftlichen und politischen“ das Wort „menschlichen“ eingefügt werden.

Wenn die Ziffer 11 in diesem Sinne verabschiedet wird, schlägt die Antragskommission vor, die soeben verlesene Fassung des neuen Abschnitts II anzunehmen. Auch wenn dieser Antrag als Antrag der Antragskommission läuft, so kann sich die Antragskommission gewiß nicht mit den hauptsächlichsten Blumen dieser gelungenen Formulierung schmücken. Die Antragskommission möchte jedoch ganz ausdrücklich sagen, daß der politische Akzent, der hiermit gesetzt wird, und die Formulierungen, die im einzelnen zusammengetragen worden sind, eine Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag enthalten und eine Willensbildung durch den Parteitag bedeuten, der wir alle zustimmen sollten.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Liebe Freunde, ich nehme an, daß Sie jetzt alle — jedenfalls der überwiegende Teil — die schriftliche Formulierung vorzuliegen haben.

(Zurufe: Nein!)

— Da hinten fehlt es noch. — Wer hat den neuen Vorschlag noch nicht? — Das ist eine ganze Anzahl von Delegierten. Ich bitte das Büro, dafür zu sorgen, daß die Verteilung so schnell wie möglich durchgeführt wird.

Wir können aber vielleicht schon jetzt die alte Ziffer 11 aufrufen.

(Dr. von Bismarck: Ist es erlaubt, eine Sachfrage zu stellen?)

— Die Frage ist, ob wir schon diskutieren, bevor wir den Text vor uns haben.
- Bestehen Bedenken? — Dann haben Sie das Wort, Herr Dr. von Bismarck.

Dr. von Bismarck: Ich möchte zur Abkürzung nur fragen, ob in dem neuen Entwurf unser Verhältnis zu Frankreich überhaupt nicht mehr erwähnt werden soll?

(Zurufe: Doch, Ziffer 9!)

Präsident Lorenz: Ich habe einen Text vor mir, in dessen Ziffer 9 es heißt: „Bei der Einigung Europas kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit hohe Bedeutung zu.“

Wird in der Aussprache zu der neuen Formulierung zur Europapolitik – und zwar zu allen Ziffern – weiter das Wort gewünscht? – Das ist zunächst nicht der Fall. Ich will das aber noch einige Zeit offenlassen.

Ich rufe dann die alte Ziffer 11 auf. Wird dazu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Es handelt sich um die Ziffer 11 in der Fassung, die der Bundesvorstand vorgeschlagen hat, ergänzt durch das Wort „menschliche“, wie es der Antrag C 9 fordert. In dieser Fassung steht die Ziffer jetzt zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für diese Formulierungen sind, um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Mit großer Mehrheit ist diese Formulierung angenommen.

Ich rufe jetzt noch einmal die Diskussion zur Europapolitik auf. Da hat sich auf dieser Seite jemand zu Wort gemeldet. Bleibt diese Wortmeldung aufrecht erhalten? – Ja, bitte schön.

Dr. Meier (Exil-CDU): Was ist mit der Bezeichnung „organische Verbindungen“ in der letzten Zeile des neuen Antrages gemeint, den die Antragskommission begründet hat? „Organische Verbindungen“ ist ein Begriff aus der Chemie.

Präsident Lorenz: Liebe Freunde, ich darf zunächst um Entschuldigung bitten, daß das Präsidium nicht alle Ihre Namen kennt. Um aber für das Stenogramm nachher die Sache zu erleichtern, bitte ich, für den Fall, daß hier keine schriftliche Wortmeldung vorliegt, immer freundlichst den Namen und den Landesverband vorher anzusagen, damit wir nachher keine großen Schwierigkeiten haben. — Nun hat zunächst das Wort Herr von Weizsäcker.

Freiherr Dr. von Weizsäcker: Mit den Worten „organische Verbindungen“ ist an die Assoziationen gedacht, die bereits bestehen, die noch in der Debatte sind und die gefunden werden könnten. Mit „organisch“ ist dabei lediglich gemeint, daß es sich um sowohl sachgerechte als auch institutionalisierte Formen der Verbindungen handeln muß, die aber vielfältiger Art sind. Ich glaube jedoch, daß dies ein Begriff ist, der sich in der zuständigen politischen Fachsprache mit Recht bereits eingebürgert hat.

(Beifall)

Präsident Lorenz: Nun hat der Delegierte dahinten das Wort. Ich bitte aber nochmals, wenn es möglich ist, nach vorn zu kommen; das ist einfacher.

(Zuruf: Gehört das zu Abschnitt II oder III?)

– Will jemand für die Antragskommission darauf die Antwort geben?

(Zuruf: Das gehört zu III; das habe ich ja schon gesagt!)

– Das gehört also zu III. – Bitte schön, Herr von Weizsäcker!

Frelherr Dr. von Welzsäcker: Hier ist die Tücke des Objekts im Spiel. Bei dem neuen Antrag, also dem Antrag C 21, der das Kapitel II, also die Europapolitik, beschreibt, werden fünf neue Ziffern vorgeschlagen, die nach der neuen Numerierung die Ziffern 7 bis 11 tragen. In dieser neuen Ziffer 11 ist der vorhin verlesene Satz enthalten: „Die Politik der europäischen Einigung hat nicht nur die Interessen der Länder zu beachten, die sich zur Zeit an ihr beteiligen können. Sie ist im Geiste gesamteuropäischer Solidarität und Verantwortung zu gestalten.“ Dieses berührt sich zwar inhaltlich mit einer Blickrichtung in diejenige Richtung, die auch mit der alten Ziffer 11 des Ihnen vorliegenden Aktionsprogramms gemeint ist. Aber hier in dem neuen europapolitischen Antrag gehört diese Ziffer 11 eindeutig zu dem Kapitel Europapolitik, während die alte Ziffer 11 aus dem Ihnen vorliegenden Aktionsprogramm eine neue Ziffer enthalten und in dem Abschnitt III unter „Außen- und Sicherheitspolitik“ weiterhin figurieren wird.

Präsident Lorenz: Meine Damen und Herren! Ich hatte gestern schon gesagt – und das gilt natürlich auch für heute –, daß wir hier die Ziffern nicht mitbeschließen, sondern diese lediglich arbeitstechnisch aufrufen. Wenn wir die sachlichen Inhalte beschlossen haben, werden Antragskommission und Büro alle Ziffern nochmals überprüfen und Ihnen bei der Schlußabstimmung nochmals die neue Bezifferung mitteilen. Die alte Ziffer 11 jedenfalls, über die wir zuletzt abgestimmt haben, soll nach der Vorstellung auch der Antragskommission in den Abschnitt III gehören, also zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Wird das Wort weiter zur Europapolitik gewünscht? – Haben Sie jetzt alle die Formulierungen vor sich? – Das ist offenbar der Fall. Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Ich möchte bei der Abstimmung so verfahren, daß ich die neuen Ziffern in der blauen Vorlage – Antrag C 21 der Antragskommission – jetzt aufrufe. Ich wiederhole: blaues Formular, Antrag C 21, zunächst Ziffer 7. Wer für diese Formulierung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Ich stelle die Annahme mit großer Mehrheit fest.

Ich komme zu der neuen Formulierung des Antrags C 21, Ziffer 8. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich danke schön. Wer ist dagegen? – Auch hier stelle ich Annahme mit großer Mehrheit fest.

Wir kommen damit zur Ziffer 9 im Antrag C 21. Wer ist dafür? Ich danke schön. Wer ist dagegen? Soviel ich sehe, ist sie einstimmig angenommen.

Ich rufe auf zu Ziffer 10. Wer ist dafür? – Danke! Wer ist dagegen? – Auch hier einstimmige Annahme.

Wir kommen zur Ziffer 11. Wer ist dafür? – Ich danke. Wer ist dagegen? – Auch einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sind damit mit unseren Beratungen auch zur Europapolitik — mit Ausnahme der neuen Bezifferung, die bei der Schluß-

abstimmung noch bekanntgegeben wird — am Ende. Wir haben damit die Präambel, den Abschnitt Deutschlandpolitik, den Abschnitt Europapolitik und den Abschnitt Außen- und Sicherheitspolitik hier beschlossen.

Präsident Dr. Klepsch: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zu dem Teil „Deutschlands innere Ordnung“. Es liegen keine Anträge auf Änderung der Überschrift dieses Teils vor. Ich glaube deshalb, daß wir sofort abstimmen können. Wer der Überschrift „Deutschlands innere Ordnung“ zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen, das heißt, um das Erheben der Delegiertenkarte. — Ich danke sehr. Die Gegenprobe. — Die Überschrift ist damit einstimmig beschlossen.

Ich darf hier zunächst eines feststellen: Die Ziffern, die ich jetzt aufrufe, gelten — das sagte mein Vorgänger bereits — lediglich als arbeitstechnische Ziffern, da auf Grund der beschlossenen Änderungen die Ziffernfolge zweifellos eine Änderung erfahren dürfte. Auch die vorgeschlagenen Überschriften der Kapitel — wir kommen jetzt zum alten Kapitel III, das jetzt zwangsläufig Kapitel IV werden muß — fallen unter diese Feststellung.

Dann rufe ich auf die Überschrift des Kapitels „Reform der Demokratie“. Hierzu liegt uns ein Änderungsantrag — es ist das der Antrag D 1 — vor. Wird das Wort zur Begründung des Antrags gewünscht?

(Zuruf: Der Antrag wird zurückgezogen!)

— Der Änderungsantrag ist zurückgezogen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Überschrift. Wer dafür ist, den bitte ich um das Erheben seiner Delegiertenkarte. — Ich danke sehr. Wer ist dagegen? — Enthält sich jemand der Stimme? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich gebe nun das Wort Herrn Kohl, dem Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz.

Dr. Kohl, Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn der gestrigen Beratung des Aktionsprogrammes sind wir übereingekommen, daß grundsätzliche Fragen unserer Politik nicht in einer Generalausprache, sondern bei den einzelnen Punkten dieses Aktionsprogramms angesprochen werden sollten. Ich habe — und das auch im Namen unserer Freunde aus Rheinland-Pfalz — ums Wort gebeten, weil wir glauben, daß zu dem Kapitel, das hier ansteht, — und zu bestimmten tagespolitischen Ereignissen, auch zu denen des gestrigen Tages, eine Diskussion notwendig ist.

Ich möchte darauf hinweisen — und ich glaube, es wird von anderer Seite aus gleich nochmals gesagt werden —, daß es wohl eine Schwäche des Kapitels, das wir jetzt zu behandeln haben, ist, daß wir eine Aussage über die Aufgaben der Opposition in der parlamentarischen Demokratie nicht aufge-

nommen haben. Ich will das Thema nicht weiter vertiefen, sondern versuchen, die aktuelle Politik anzusprechen.

Meine Damen und Herren! In diesem Kapitel ist unter Ziffer 23 die Frage des Wahlrechts angesprochen. Was dort ausgesagt wird, ist im wesentlichen das, was seit 1953, also seit dem sogenannten Hamburger Programm, Bestandteil der Programmatik der Christlich Demokratischen Union in Deutschland ist.

Wir haben in den Jahren von 1953 bis 1961 die uns zustehende parlamentarische Mehrheit nicht dazu benutzt, im Deutschen Bundestag in dieser Frage zu einer Gesetzesänderung zu kommen. Es gab dann die Absprache in der Großen Koalition – dort kam der Begriff des mehrheitsbildenden Wahlrechts – daß der jetzt amtierende Deutsche Bundestag zu einer Wahlrechtsänderung kommen sollte. Es ist keine Frage, und dies sei hier nochmals nachgetragen und deutlich ausgesprochen, daß nicht wenige innerhalb der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union Deutschlands ihre Zustimmung zu dieser Großen Koalition gegeben haben, weil sie eine Verbesserung des Wahlrechts erwarteten.

(Lebhafter Beifall)

Es sei hier auch ausgesprochen, meine Freunde, daß die Frage des Wahlrechts in unseren Reihen auch umstritten war. Es gab nicht wenige, die aus guten Gründen und insbesondere aus ihrer regionalen Position heraus eine große Zahl von Argumenten vorbrachten, die gegen eine Wahlrechtsänderung sprechen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wichtig, nicht nur beiläufig festzustellen, daß nicht die Christlichen Demokraten in dieser Koalition, sondern die Sozialdemokraten ihr Wort in der Wahlrechtsfrage gebrochen haben.

(Lebhafter Beifall)

Bei allem Verständnis für das freundliche Miteinander und manchen tiefenpsychologischen Vorgang, der dem innerhalb einer Koalition zugrunde liegt,

(Heiterkeit)

muß deutlich gesagt werden, daß diese Wahlrechtsänderung nicht an uns gescheitert ist, daß es weder Paul Lücke noch Ernst Benda waren, die einen Stein in den Weg gelegt haben, sondern daß es die verantwortliche Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war – und dies behaupte ich in Kenntnis der Darstellung, die der sozialdemokratische Ordinarius für politische Wissenschaften an der Universität Freiburg, Wilhelm Hennis, in seiner Streitschrift gegeben hat –, daß es die sozialdemokratische Parteiführung war, die diese Wahlrechtsänderung verhindert hat, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir jetzt die Erkenntnis gewonnen haben, daß in dieser Legislaturperiode eine solche Wahlrechtsänderung nicht mehr stattfinden wird, dann sollten wir als Politiker diese Realität erkennen. Ich meine aber, wir sollten bei aller weitgespannten Perspektive für die Welt von morgen nicht immer sagen, dies ist eine Frage, die für uns unbedingt und unter allen Umständen auf der Tagesordnung bleibt.

Warum sage ich das? Ich sage das, weil ich glaube, daß damit der politische Spielraum der Christlich Demokratischen Union für die nächsten Jahre unnötig eingeschränkt wird.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen hat der Vorsitzende der SPD in einem parteiinternen Rundschreiben an die Kreisverbände deutlich ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten in dieser Legislaturperiode das Wahlrecht nicht ändern. Dies war zwar ein Brief, der sich an die SPD richtete, wer aber eine Vorstellung von politischer Wirksamkeit und Wirkung hat, der weiß, daß dies vor allem ein Brief an die Adresse der Freien Demokratischen Partei Deutschlands war, verbunden mit einer Einladung, bei der Wahl des Bundespräsidenten mit der Sozialdemokratie zu stimmen, und daß hier ein ganz klarer Interessenzusammenhang besteht. Und wenn das richtig ist, meine ich, daß wir als Christlich Demokratische Union alles vermeiden sollten, was auch nur den geringsten Hinweis darauf gibt, daß diese Große Koalition oder die Kleine Koalition, daß überhaupt eine Koalitionsabsprache über den September des Jahres 1969 hinaus besteht.

(Sehr lang anhaltender stürmischer Beifall)

Ich meine, wir alle sind politisch geschult genug, um zu wissen, daß natürlich der Souverän „Wähler“, der Stimmbürger der Bundesrepublik, sehr wohl in der Lage ist, uns ein Wahlergebnis zu schenken, das gar keine andere Möglichkeit läßt, als die Große Koalition fortzusetzen. Ich würde es für diese unsere Demokratie und für die Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union in Deutschland für verderblich halten, wenn bei unseren Mitbürgern der Eindruck entstünde, aus welchen Gründen auch immer, daß diese Große Koalition auf alle Fälle fortgesetzt wird.

(Sehr starker Beifall)

Deswegen waren und sind wir der Meinung — und ich finde, das sollte hier und heute, mehr kann man an dieser Stelle zu dem Thema nicht sagen, klar ausgesprochen werden —, daß die Wahl des deutschen Staatsoberhauptes einen solch bedeutenden Rang hat, daß jede parteitaktische Überlegung, die in diesen Bereich zielt, auf alle Fälle unterbleiben muß

(Sehr starker Beifall)

und daß auch nicht hinter vorgehaltener Hand bei uns oder anderswo daran gedacht wird, es ließe sich besser regieren nach dem Beispiel Österreichs. —

Ich ziehe sonst ein befreundetes Land nicht in die Debatte, aber ich will damit ganz deutlich machen, was ich meine.

Ich bitte also sehr herzlich, meine Damen und Herren, den Satz aus der Rede des Bundeskanzlers als die klare Aussage der CDU Deutschlands herauszustellen, daß nach der Wahlnacht die Frage der Koalition entschieden wird, keine Minute früher und auch nicht später.

(Starker Beifall)

Wir sollten in unserer Politik in diesen sehr kritischen Wochen und Monaten, die vor uns liegen, alles tun, daß wir als loyale Partner einer Koalition das Programm dieser Koalition erfüllen, und daß wir ganz selbstverständlich für den Erfolg der Politik dieser Koalition eintreten werden; denn, meine Damen und Herren, dies ist unsere Bundesregierung und dies ist unser Bundeskanzler. Und für uns gibt es eben keine Regierung Kiesinger-Brandt, sondern die Regierung Kurt Georg Kiesinger.

(Starker Beifall)

Aus diesen Gründen bitte ich – Herr Generalsekretär, wenn ich das so sagen darf –, eine Möglichkeit zu finden, entweder in der Schlußerklärung des Parteitages oder im Schlußwort noch einmal deutlich zu machen, daß es keinerlei Spekulationen in der Koalitionsfrage, wie sie in Teilen des Parteitages und auch durch die Reflexion der Presse auf den gestrigen Tag entstanden sind, gibt; daß wir ungebunden und frei nach allen Seiten, und zwar nicht nur verbal, sondern tatsächlich frei in die nächste Bundestagswahl gehen mit dem klaren Ziel, diese Wahl mit einer regierungsfähigen Mehrheit für die CDU/CSU zu gewinnen.

(Sehr starker Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich gebe das Wort an unseren Freund Müller-Hermann.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß in unserem Aktionsprogramm und speziell in dem Thema „Reform der Demokratie“ die Rolle der Opposition mit keinem Wort erwähnt ist. Unser Freund Majonica meinte zwar, die Rolle der Opposition gehöre nicht in ein CDU-Programm,

(Heiterkeit)

aber, meine Damen und Herren, wir machen ein Aktionsprogramm für Deutschland. Unsere parlamentarische Demokratie braucht eine kraftvolle Opposition, wenn sie ihre Funktionen erfüllen soll.

(Beifall)

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner gestrigen Rede das ja auch deutlich gemacht. Ich meine, wir sollten daraus zwei Konsequenzen ziehen. Hier trete

ich unserem Freund Kohl völlig zur Seite. Wir sollten auf diesem Parteitag keinen Zweifel daran lassen, daß die CDU ihre Führungsaufgabe für Deutschland in der Verantwortung gestärkt nach den nächsten Wahlen wahrnehmen will, und daß wir uns mit aller Kraft um die absolute Mehrheit bemühen werden. Ich glaube aber, meine Freunde, wir können dieses Ziel mit Sicherheit nicht erreichen, wenn wir schon heute und auch nur andeutungsweise uns auf die Fortsetzung der Großen Koalition etwa bis 1973 einzurichten beginnen.

(Beifall)

In diesem Punkte sollte der Parteitag keinen Zweifel aufkommen lassen.

Die zweite Konsequenz ist meine Bitte an die Antragskommission, in dem Punkt 20 ein Wort einzufügen, in dem die Rolle der parlamentarischen Opposition gewürdigt wird.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Damit kommen wir zur Ziffer 20. Hier liegen uns folgende Änderungsanträge vor: D 2, D 3, D 26 und D 27. Wird das Wort zur Begründung gewünscht für D 2?

(Zuruf: Für D 3!)

Herr Dr. Witten, Hamburg!

Dr. Witten: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Höhenflug meines Freundes Kohl und den von mir sehr begrüßten Worten von Herrn Müller-Hermann als jemand, der 11 Jahre lang in Opposition steht, kann ich das sehr wohl verstehen, die Probleme der Opposition zu unterstützen. Wie wollen wir das aber formulieren, Herr Müller-Hermann? Im Grunde kann ich nur sagen, ich wünschte jedem Landesverband, daß er einmal eine Zeitlang in der Opposition wäre, weil er dann lernt, wie intensiv man arbeiten muß und wie kameradschaftlich man zusammenstehen muß in der Opposition.

(Beifall)

Ich habe immer empfunden, meine Damen und Herren, daß einmal in der Opposition zu sein, der CDU ausgezeichnet bekommt. Aber damit will ich nicht sagen, daß ich das für die Bundesebene gelten lassen möchte.

(Lebhafte Unruhe)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nach diesem Höhenflug einige sehr nüchterne Worte sagen zu der Ziffer 20. Wir haben im Antrag D 3 den Wunsch ausgedrückt, den zweiten Absatz der Ziffer 20 zu verdeutlichen. Was bedeutet ein Satz, wie er hier niedergeschrieben ist, „Die Bürger müssen von übermäßigen Anforderungen der Verwaltung entlastet werden“? Was sagt

das? Ich meine, gar nichts! Wir schlagen in unserem Antrag D 3 vor, das ein wenig verbal zu verbessern.

Wir schlagen dann in unserem zweiten Teil des Antrages vor, etwas einzufügen, wovon ich meine, daß das besonders wichtig ist, weil es absolut fehlt in dem Programm, das uns vorgelegt worden ist, nämlich die Frage der politischen Bildung. Gerade wir, die wir in der Opposition stehen, haben ein eminentes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß unsere Staatsbürger politisch gebildet werden. Wir legen den größten Wert darauf, daß das auch in der Resolution und im Aktionsprogramm der CDU erscheint. Wir fordern also in unserem zweiten Antrag, daß die Demokratie auch den politisch gebildeten Staatsbürger braucht. Deshalb muß die inner- und außerschulische Bildung verstärkt werden. Dabei ist die Fähigkeit zum politischen Denken zu fördern, der Bezug zur politischen Praxis herzustellen; das heißt, meine Damen und Herren, wir fordern eine wesentlich verstärkte Bildung der Bürger in unserem Vaterland. Ich gebe mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie alle mit mir der Meinung sind, daß das eine wesentliche Aufgabe ist, die auch in diesem Aktionsprogramm enthalten sein muß.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wird der Antrag D 26 begründet? — Es wird darauf verzichtet. Wird der Antrag D 27 begründet? — Herr Kissel, Südbaden!

Kissel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Gründe haben uns bewogen, die Streichung des ersten Satzes in Ziffer 20 zu beantragen. Der erste Grund ist der, daß wir der Auffassung sind, daß die im Aktionsprogramm gebrauchte Formulierung kein Programmpunkt, sondern eine Feststellung ist. Der zweite Grund: es kann uns sicher nicht schaden, wenn wir uns selbst in Frage stellen und wenn wir zugeben, daß unsere Demokratie, der freiheitliche und soziale Rechtsstaat, noch verbesserungsfähig ist. Wir bitten Sie deshalb sehr herzlich, dieser Streichung zuzustimmen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Nun bitte ich für die Antragskommission Frau Dr. Schwarzhaupt um ihre Stellungnahme.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem am weitesten gehenden Antrag D 27, den ersten Satz von Ziffer 20 ganz zu streichen, berichte ich, daß die Antragskommission vorschlägt, diesen ersten Satz so zu erhalten, wie er ist.

(Beifall)

In dem ganzen Abschnitt ist genug davon die Rede, daß unsere Demokratie einer Reform bedarf. Ich glaube, der Satz kann nicht so verstanden werden, wie ihn der letzte Antragsteller versteht, nämlich als eine übertrieben selbstsichere Aussage.

Zweitens enthält dieser Satz einen Hinweis auf die Deutschen, die nicht in einem freien, sozialen Rechtsstaat leben, und ich glaube, dieser Hinweis sollte erhalten bleiben.

Deshalb schlägt die Antragskommission vor, die Anträge D 2 und D 27 abzulehnen.

(Beifall)

Zu dem Antrag D 2 Abs. 2 ist die Antragskommission ebenfalls der Meinung, daß dieser Vorschlag abgelehnt werden sollte, da der ganze Abschnitt von diesem Gedanken durchzogen ist. Einen Appell an die Parteien für ihre eigene interne Praxis, also auch einen Appell an die CDU selbst, enthält das Programm auch sonst nicht. Wir sollten ihn auch hier nicht übernehmen.

Zu dem Antrag D 3 schlägt die Antragskommission ebenfalls eine Ablehnung vor, soweit es sich um den ersten Absatz handelt. Die Formulierung des Bundesvorstandes ist kürzer. Der Antrag enthält mehr eine Erläuterung, also etwas inhaltlich Neues. Deshalb gibt die Antragskommission der kürzeren Fassung den Vorzug.

Dem Abs. 2 des Antrages D 3 stimmt sie zu und schlägt vor, diesen Absatz als Abs. 3 in Ziffer 20 zu übernehmen.

Der Antrag D 26 geht in seinem Satz 1 über ein Aktionsprogramm hinaus. Das gleiche gilt auch von der Aufforderung an die Bürger zur Mitarbeit. Was hier an politischer Aktivität zu entfalten ist, kommt in dem Absatz D 3 über die politische Bildung zum Ausdruck. Deshalb meinen wir, daß auch dieser Antrag abgelehnt werden sollte.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr, gnädige Frau! – Zur Aussprache zu Ziffer 20 hat zunächst Herr Simon das Wort.

Simon, RCDS: Meine Damen und Herren! In Ziffer 20 des Aktionsprogramms steht: Die Parteien sind ein Forum der Aussprache. Das ist sehr zu begrüßen; denn im Aktionsprogramm versuchen wir zum erstenmal, in dieser Partei eine wirkliche Diskussion von unten nach oben durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir aber doch auch klar sehen, daß die Institutionen in unserem Staat nur dann eine Chance haben, stärker zu werden und mehr Resonanz zu finden, wenn eine größere Teilhabe der Mitglieder im Entscheidungsprozeß der Partei auch tatsächlich durchgesetzt wird, und daß darüber hinaus die Transparenz des Willensbildungsprozesses in dieser Partei größer wird. Um so unverständlicher ist mir, meine Damen und Herren, daß Sie gestern morgen gleich zu Anfang des Parteitages das Werk des Aktionsprogramms insofern in Frage gestellt haben, als Sie sich in einer elementaren Frage, die die Partei auf diesem Parteitag entscheiden könnte, und zwar mit einem Gremium, das dazu legitimiert ist und das dazu die Kompetenz hat, dafür ausgesprochen haben, die Entscheidung schon wieder auf ein nicht legitimiertes bzw. nicht gewähltes Gremium zu übertragen, nämlich in der Frage der Bundespräsidentenschaftswahl.

(Beifall)

Ich würde deshalb sehr herzlich darum bitten, daß man sich im Kreise der Delegierten noch einmal Gedanken darüber macht, ob das nicht vielleicht ein praktisches Beispiel dafür wäre, daß ein neuer Geist in diese Partei eingezo- gen ist, und ob wir nicht den Präsidentschaftskandidaten dieser Partei in der augenblicklichen Situation noch auf diesem Parteitag wählen und bestimmen sollten.

(Beifall)

Zweitens, meine Damen und Herren, steht in Ziffer 20 des Aktionsprogramms auch: Die Parteien müssen die politische Führungskraft in diesem Staate ha- ben. Das müßte auch konkret aufgezeigt werden. Ich meine, daß das gestrige Referat unseres Parteivorsitzenden ein sehr schlechtes Beispiel dafür war, was Führungskraft dieser Partei bedeutet, wenn wir uns damit zufriedengeben sol- len, daß die Partei im Wahlkampf ehrenvoll abschneidet.

(Beifall)

Wenn der Parteivorsitzende nicht einmal in der Lage ist, uns aufzufordern, mit allen unseren Mitteln die absolute Mehrheit zu gewinnen, dann weiß ich nicht, wie man Führungskraft eigentlich in dieser Partei noch anders anbringen will.

(Erneuter Beifall)

Ich meine also, wir sollten das – und das hat Herr Kohl auch schon gesagt – noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen. Ich würde den Herrn Partei- vorsitzenden dringend bitten, daß er das in einem Schlußwort noch einmal wesentlich stärker und wesentlich härter, auch gerade gegenüber der SPD, artikuliert.

(Beifall)

Und ein dritter Punkt, meine Damen und Herren: die Frage des Wahlrechts, die hier angeschnitten ist. Wir wollen ein neues Wahlrecht. Das ist jetzt hier so oft gesagt worden. Aber ich verstehe nicht, warum die Bundestagsfraktion der CDU/CSU nicht schon längst einen Gesetzentwurf im Bundestag ein- gebracht hat, um die SPD zu zwingen, hier klare Fronten zu beziehen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir es uns bieten lassen, daß die SPD uns in der Mitbestimmungsfrage mit einem Gesetzentwurf unter Druck setzt, den sie heute schon ankündigt, dann sollten wir wenigstens versuchen, mit den gleichen Mitteln in einem Punkt, wo die SPD oder die Führung der SPD schon zugestimmt hat, zurückzu- schlagen. Das ist die Aufgabe auch der Fraktion, und ich meine, daß auch hier der Parteitag eine klare Entscheidung in dieser Richtung fällen sollte. Nur so können wir beweisen, daß die CDU weiterhin die Führungskraft in diesem Staate sein will und sein wird.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich darf nur zwei Bemerkungen einfügen. Die eine ist die: Wir hatten uns ja darauf geeinigt, daß es möglich sein soll, bei den einschlägigen Programmabschnitten auch einige über die reine Ziffer des Aktionsprogramms hinausgehende Bemerkungen vorzutragen. Nach diesem Gesichtspunkt verfährt das Präsidium auch.

(Beifall)

Was allerdings die Anregung hinsichtlich der Wahl eines Präsidenschaftskandidaten angeht, darf ich darauf verweisen, daß dieser Parteitag, soweit ich mich entsinne, einstimmig

(Widerspruch)

– gegen vier Stimmen, richtig! – sich für die Einsetzung des Gremiums entschieden hat, was ja schon deswegen notwendig ist, weil wir mit der Christlich Sozialen Union einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten müssen.

(Beifall)

Wir setzen nun die Aussprache zu Ziffer 20 fort. Wenn dazu in der Generalaussprache keine Wortmeldungen mehr da sind, rufe ich jetzt die einzelnen Anträge auf.

Zunächst der Antrag D 27. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Der Antrag D 27 geht dahin, die Ziffer 1 zu streichen. Die Antragskommission empfiehlt, abzulehnen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den Antrag D 27 abzulehnen, den bitte ich, seine Delegiertenkarte zu heben. –

(Zurufe)

Danke! Wer ist dagegen? – Damit ist der Antrag D 27 abgelehnt.

Wir kommen nun –

(Zuruf: Handhabung!)

– Zur Geschäftsordnung!

(Zuruf: Wir haben gestern beschlossen, daß über die Anträge der Kreis- und Landesverbände und nicht über die Vorschläge der Antragskommission abzustimmen ist!)

– Wir haben nichts beschlossen, sondern der Präsident hat gestern entschieden, daß er in bestimmten Fällen so entscheiden wird, in anderen nicht. In diesem Fall habe ich so entschieden, aber ich bin gern bereit, dem Beispiel des Kollegen Lorenz zu folgen, und in Zukunft, wo immer es möglich ist, so zu verfahren.

Wir kommen nun zum Antrag D 2. Wird dazu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Ich lasse über den Antrag selber abstimmen. Wer für den Antrag D 2 ist, den bitte ich um das Heben seiner Delegiertenkarte. – Danke sehr! Wer ist dagegen? – Mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 3. Hier empfiehlt die Antragskommission, den ersten Absatz abzulehnen und dem zweiten Absatz zuzustimmen. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir getrennt abstimmen, wenn Sie damit einverstanden sind. Wünscht jemand dazu noch das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann kämen wir zur Abstimmung über den ersten Absatz des Antrages D 3. Hier empfiehlt die Antragskommission, abzulehnen. Wer dem ersten Absatz zustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben seiner Delegiertenkarte. Danke sehr! Wer tritt für Ablehnung ein? – Das letztere war die große Mehrheit. Der erste Absatz ist abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Absatz. Hier empfiehlt die Antragskommission Zustimmung. Wer für den zweiten Absatz des Antrages D 3 ist, den bitte ich um das Heben seiner Delegiertenkarte. Danke sehr! Wer ist dagegen? – Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen nun Antrag D 26. Diesen empfiehlt die Antragskommission abzulehnen. Wünscht jemand dazu das Wort? – Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag D 26 ist, den bitte ich um das Zeichen. – Wer ist dagegen? – Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag D 26 ist abgelehnt.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über Ziffer 20 in der geänderten Fassung auf der Grundlage der Vorstandsvorlage. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 21. Hierzu liegen die Anträge D 4, D 5, D 6 und D 28 vor. Wünscht jemand zur Begründung von D 4 das Wort? – Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand zur Begründung von D 5 das Wort? – Das Wort hat Herr Maurer.

Maurer, LV Württemberg-Hohenzollern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im ersten Satz von Ziffer 21 heißt es: „Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat.“ Analog dazu müßte es dann im Satz 2 heißen, daß dies Verpflichtung nicht nur für Bund, Länder und Gemeinden ist, sondern, daß dies Verpflichtung auch für die Gesellschaft ist. Wenn ich im Satz 2 die Verpflichtung für Bund, Länder und Gemeinden als staatliche Institutionen vermerke, muß ich auch die Verpflichtung der Gesellschaft dafür vermerken. Deswegen schlagen wir Ihnen für den Satz 2 folgende Formulierung vor:

Das verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden als staatliche Organe und die Gesellschaft in gleicher Weise.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wünscht jemand das Wort zur Begründung des Antrags D 6? — Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand das Wort zur Begründung des Antrags D 28? — Das ist auch nicht der Fall.

Dann gebe ich das Wort Frau Dr. Schwarzhaupt für die Antragskommission.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Die Antragskommission schlägt gegenüber dem Antrag D 6 vor, die Ziffer 21 in diesem Zusammenhang — Reform der Demokratie — insoweit unverändert zu belassen. Die Familie ist auch eine Grundlage unseres Gesellschaftsaufbaues — das sollte damit zum Ausdruck gebracht werden —, und die Familienpolitik wurde bewußt nicht allein als eine Regelung sozialer Leistungen für die Familie angesehen. Wir schlagen deshalb vor, den Antrag D 6 abzulehnen.

Den Anträgen D 4 und D 28 stimmt die Antragskommission zu, denn es ist tatsächlich ein Gebot der Gerechtigkeit, auch die vielen Alleinstehenden in unserer Bevölkerung zu nennen.

Dem Gedanken des Antrags D 5 stimmt die Antragskommission zu. Sie schlägt eine etwas veränderte Fassung vor, und zwar folgendermaßen: „Das verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden sowie die Gesellschaft in gleicher Weise.“

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wünscht jemand das Wort zur Generalaussprache? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zunächst zu dem Antrag D 6. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wünscht jemand dazu das Wort? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag D 6 zustimmt, den bitte ich um das Heben der Delegiertenkarte. — Wer ist dagegen? — Das letztere war die große Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu den Anträgen D 4 und D 28, über die ich zusammen abstimmen lassen möchte, da sie im Inhalt identisch sind. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für Annahme der Anträge D 4 und D 28 ist, den bitte ich um das Zeichen. — Wer ist dagegen? — Gegen eine Stimme angenommen.

Wir kommen zum Antrag D 5. Hier hat die Antragskommission einen eigenen Formulierungsvorschlag gemacht, den ich noch einmal mitteilen darf. Der Satz 2 soll danach lauten: „Das verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden sowie die Gesellschaft in gleicher Weise.“ Diese Formulierung soll an die Stelle des Textes von D 5 treten. Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Wer ist dagegen? — Mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag D 5 ist damit materiell erledigt.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über Ziffer 21. Wer dieser Ziffer mit den beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. — Wer ist dagegen? — Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 22. Hierzu liegen die Anträge D 7, D 8, D 10 und D 29 vor. Bei D 9 handelt es sich um einen Irrtum beim Druck; wie Sie bei näherem Zusehen feststellen werden, sind D 9 und D 10 identisch.

Das Wort zur Begründung des Antrags D 7 hat der Abgeordnete Rollmann.

Rollmann, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine bekannte Tatsache, daß wir seit Jahrzehnten unter einer starken Zersplitterung des Bildungswesens in der Bundesrepublik leiden. Von einer annähernden Gleichheit der Bildungsverhältnisse in den verschiedenen Bundesländern kann überhaupt keine Rede sein. Die Mobilität weiter Kreise der Bevölkerung durch den Umzug von einem Bundesland in ein anderes ist gefährdet oder muß zumindest durch das Zurückbleiben der Kinder in den schulischen Leistungen erkauft werden.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Kultusministerkonferenz der Länder darum bemüht, hier eine gewisse Abhilfe zu schaffen. Man muß sagen, daß die Kultusministerkonferenz ein wertvolles Gremium der Beratung und des Erfahrungsaustauschs ist. Eine auch nur annähernde Koordinierung und Vereinheitlichung des Bildungswesens hat die Kultusministerkonferenz in den vergangenen Jahren nicht zustande bringen können, und ich meine, daß auch keinerlei Aussichten dafür bestehen, daß die Kultusministerkonferenz in der Zukunft effektiver als bisher arbeiten wird.

Wir stehen wohl sogar noch vor einer weiteren Zerspitterung des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. Im Augenblick wird nahezu in allen Bundesländern an einer Schulreform gearbeitet. Einige Bundesländer wollen unser herkömmliches Schulsystem nur verbessern. Andere Bundesländer wollen ein völlig neues Schulsystem in der Gestalt der sogenannten Gesamtschule einführen.

In den 11 Bundesländern wird an Hochschulreformen gearbeitet. In jedem Bundesland sind die Vorstellungen, wie die Hochschulreform aussehen soll, wieder weitgehend unterschiedlich gegenüber dem, was im Nachbarland an Hochschulreform geplant wird. Bisher haben wir in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen noch ein einheitliches Hochschulsystem gehabt. Wenn wir jetzt in den 11 Bundesländern eine Hochschulreform nach verschiedenen Modellen vornehmen, dann wird in höchstem Maße die Mobilität der Studenten und auch der Dozenten von der Universität eines Bundeslandes an die Universität eines anderen Bundeslandes behindert.

Das alles wird uns in der Einheitlichkeit des Bildungs- und Hochschulwesens in der Bundesrepublik Deutschland in Zustände zurückwerfen, die nicht einmal 19. Jahrhundert sind; denn im 19. Jahrhundert hat man trotz der Kleinstaaten, die es damals in Deutschland gab, immerhin doch eine einheitliche Konzeption gehabt. Wenn das Wirklichkeit wird, was sich gegenwärtig in unserem Lande abzeichnet, dann werden wir in der Zersplitterung des deutschen Bildungswesens wieder die Zustände des 18. Jahrhunderts bekommen.

Dieses Problem habe ich neulich einmal in der Fragestunde des Deutschen Bundestages aufgeworfen, wo ich den Bundesminister für wissenschaftliche Forschung gefragt habe, ob nicht die Gefahr besteht, daß durch die verschiedenen Modelle einer Schul- und Hochschulreform das Bildungs- und Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland noch weiter zersplittert wird. Herr Minister Stoltenberg hat geantwortet, daß diese Gefahr zweifellos besteht, daß die Bundesregierung aber bei ihren Aktionen von der Zuständigkeitsregelung des Grundgesetzes ausgehen müsse.

Diese Erklärung des Herrn Bundesministers Dr. Stoltenberg war einer der Gründe dafür, warum wir beantragt haben, daß wir auf dem Sektor des Schul- und Hochschulwesens endlich im Sinne einer stärkeren Vereinheitlichung voranschreiten müssen. Dieses Land braucht endlich einen Bundeskultusminister, braucht endlich eine Rahmenkompetenz des Bundes auf dem Sektor des Bildungswesens.

(Beifall)

Es wird immer wieder behauptet, daß durch einen Bundeskultusminister und durch eine Rahmenkompetenz des Bundes auf dem Sektor des Bildungswesens die Hoheit der Länder, der Bundesstaat, die Eigenstaatlichkeit der Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland ausgehöhlt werden würde. Ich glaube, daß letzten Endes nichts den Föderalismus, das Ansehen des Bundesstaates, das Ansehen der Bundesländer in den vergangenen Jahren mehr ausgehöhlt hat als das offenkundige Unvermögen, hier in der Bundesrepublik Deutschland ein gewisses Mindestmaß an einheitlichem Schul- und Hochschulwesen herbeizuführen.

(Beifall)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie dem Hamburger Antrag auf Errichtung eines Bundeskultusministeriums und einer Rahmenkompetenz des Bundes Ihre Zustimmung geben würden.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich rufe den Antrag D 8 auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? — Bitte sehr!

Krämer: (Rheinland) Liebe Parteifreunde! Wir beantragen, in der Ziffer 22 die verstärkte Zusammenarbeit nicht nur von Bund und Ländern, sondern von Bund, Ländern und Gemeinden zu wünschen. Dieser Vorschlag ist weniger im Hinblick auf die ersten zwei Zeilen der Ziffer 22 zu verstehen, als vielmehr im Hinblick auf den gesamten Text. Hier ist die Rede von einer Finanzverfassungsreform, die meines Erachtens — vertikal verstanden — die Gemeinden mit einbeziehen muß. Hier ist die Rede von Verwaltungsverfahren zwischen den öffentlichen Instanzen. Dazu gehören selbstverständlich die Gemeinden. Hier ist die Rede von der Förderung des Bildungswesens. Die Gemeinden und Städte sind weitgehend Träger des Schulwesens. Dann ist die Rede von

der Planung bei Verkehrs- und Raumordnung. Die Gemeinden sind in den meisten Bundesländern Träger der Planung, haben die Planungshoheit. Schließlich ist auch von der Sicherung der Gesundheit die Rede. Die Städte, Gemeinden und Kreise sind Träger der Gesundheitsämter.

Dadurch dürfte bewiesen sein, daß die Gemeinden in die Ziffer 22 unabdingbar hineinmüssen, und zwar an der vorgeschlagenen Stelle, weil es hier um die Anpassung der bundesstaatlichen Ordnung geht. Ich darf Sie darum bitten, die Bedeutung der Gemeinden – unter Berücksichtigung der kommunalpolitischen Interessen – hier zu verankern.

Präsident Dr. Klepsch: Wird der Antrag D 10 begründet? – Das ist nicht der Fall.

Wird der Antrag D 29 begründet? – Das ist nicht der Fall.

Dann hat für die Antragskommission Herr Dr. Kohl das Wort.

Dr. Kohl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf ganz kurz für die Antragskommission zu dem vorliegenden Antrag Stellung nehmen. Gleichzeitig bitte ich darum, Herr Präsident, auch als Delegierter in der Generalaussprache das Wort zu dem gleichen Thema zu erhalten.

Die Antragskommission ist der Auffassung, daß der Antrag D 8 offensichtlich nicht an passender Stelle gestellt ist. In Ziffer 22 geht es um die bundesstaatliche Ordnung. Der Antrag D 8 gehört in den Bereich der Selbstverwaltung. Wir empfehlen, ihn bei dieser Gelegenheit noch einmal zu diskutieren.

Zum Antrag Hamburg war die Antragskommission der Auffassung, Ablehnung zu empfehlen. Wir glauben, daß Begründung und vorgetragener Text nicht schlüssig sind; durch die Errichtung eines Bundeskultusministeriums und eine Rahmenkompetenz wird die entscheidende Verbesserung, die bewirkt werden soll, nicht erreicht werden.

Wir sind sehr wohl der Auffassung, daß der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland entschieden verbesserungsbedürftig ist. Wir sind auch der Auffassung, daß etwa ein Antrag, wie ihn 40 Abgeordnete der CDU/CSU im Bundestag eingebracht haben, eine Diskussionsgrundlage für die Partei darstellt. Wir müssen hier auch weiterkommen. Wir glauben jedoch, daß der vorliegende Antrag abgelehnt werden sollte, weil er nicht schlüssig ist.

Darf ich gleich als Delegierter sprechen?

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr. Herr Kohl hat darum gebeten, nach Abgabe des Votums der Antragskommission auch als Delegierter zum Antrag D 7 sprechen zu dürfen, damit er sich ersparen kann, noch einmal auf das Podium heraufzugehen. Es ist auch die erste Wortmeldung, die ich vorliegen habe. Darum gebe ich das Wort an den Delegierten Dr. Kohl zum Antrag D 7.

Sie müssen aber vorher sagen, ob Sie dafür oder dagegen sprechen wollen. Das wollen wir jetzt einführen, weil wir zahlreiche Wortmeldungen haben.

Dr. Kohl: Ich möchte gegen den Antrag sprechen.

Meine Damen und Herren, es ist wesentlich einfacher, zu dem Antrag zu sprechen, wenn man nicht Berichterstatter ist. Es ist sicher reizvoll, in dieser Frage die Klängen zu kreuzen.

Zunächst, verehrter Herr Kollege Rollmann, bin ich mit Ihnen der Meinung, daß wir zu viele Kultusminister in der Bundesrepublik haben. Aber das hängt damit zusammen, daß wir zu viele Bundesländer haben.

(Beifall)

Ich bin schon der Meinung, daß wir ernsthaft darüber nachsinnen sollten, im Laufe der Geltungsdauer dieses Aktionsprogramms, d. h. also im Laufe der 70er Jahre, die Zahl der Bundesländer zu verringern.

(Beifall)

Ich bin allerdings ziemlich sicher, meine Damen und Herren, daß nicht nur mein eigenes Heimatland Rheinland-Pfalz betroffen ist, sondern — verehrter Herr Kollege Rollmann, ich glaube, wir sind einig — auch die alte Freie Hansestadt Hamburg gehört in den Bereich dieser Überlegungen.

(Beifall und Buh-Rufe)

Ich habe etwas dagegen, daß in bestimmten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit — und auch in der CDU — die Kultusministerkonferenz und die Ministerpräsidentenkonferenz zu einer Art Buhmann für ein Nichtfunktionieren in bestimmten Fragen aufgebaut werden.

(Beifall)

Die Fragen sind ungewöhnlich schwierig; weil es ungewöhnlich schwierig ist, in einer bundesstaatlichen Ordnung zu leben.

Aber: es ist kein Zufall, daß in anderen Ländern mit einer straffen zentralen Ordnung — ich erinnere an das Beispiel Frankreich —, ganz eindeutig eine Bewegung eingesetzt hat, die diese zentrale Ordnung zugunsten einer föderalen Entwicklung auflockert.

Ich gebe auch gerne zu, daß manches, was heute in der Bundesrepublik als Föderalismus dargetan wird, nicht Föderalismus, sondern duodezfürstliches Denken ist.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, auch wenn wir Mißstände beobachten können – und das können wir in vielen Bereichen der Politik –, ist es nicht fair, die Bildungssituation in der Bundesrepublik – wie es soeben hier gesagt worden ist – in den Bereich des 18. Jahrhunderts einzustufen.

Verehrter Herr Kollege Rollmann, ich habe ein bißchen den Eindruck, daß bei dieser Diskussion schon eine Rolle spielt, aus welchem Bundesland und aus welcher Situation – Regierung oder Opposition – solche Argumente kommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das muß hier doch einmal gesagt werden: Unsere Freunde, die diese Arbeit leisten – die Ministerpräsidenten und die Kultusminister –, geben sich nicht nur redlich Mühe, sie haben auch beachtliche Erfolge auf dem Wege einer Verbesserung des Systems und einer Integration des Systems der bundesstaatlichen Ordnung erreicht.

(Beifall und Zischen)

– Meine Damen und Herren, natürlich kann man zischen. Ich finde nur, das ist nicht unbedingt ein Argument. Man soll dann das Gegenargument hier vortragen.

(Erneutes Zischen)

– Ich bin noch immer der Meinung, daß man die Argumente mit dem Kopf vortragen sollte, nicht mit dem Kehlkopf.

(Heiterkeit)

Ich will also noch einmal sagen: Wir haben im Augenblick eine Stimmung, die diejenigen, die für die föderale Ordnung eintreten, sozusagen als antiquiert abqualifizieren möchte. Meine Damen und Herren, wer den Weg der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren kennt, wer ihn miterlebt und mitgestaltet hat, der weiß, daß ein Erfolg der inneren Ausgewogenheit unseres innerstaatlichen Systems nicht zuletzt auf das System des Föderalismus zurückgeht.

(Beifall)

Daß der Föderalismus reformbedürftig ist, soll ausgesprochen werden. Aber, meine Damen und Herren, es erscheint nicht möglich, eine absolute Gleichheit der Bildungsverhältnisse in der Bundesrepublik zu erreichen. Das ist praktisch nicht möglich. In einer Großstadt werden stets andere Verhältnisse sein, als in verdünnten Zonen auf dem flachen Lande in der Eifel, im Westerwald oder sonstwo bei uns in der Bundesrepublik. Was wir aber erreichen müssen, ist die Schaffung annähernd gleicher Verhältnisse überall in der Bundesrepublik.

Ich glaube, wir kommen in der Sache selbst nicht weiter, wenn wir bei jeder nur denkbaren Gelegenheit Probleme so zu lösen versuchen, indem wir automatisch eine Bundesinstanz einschalten wollen. Damit wird es nicht besser, denn wenn wir unter diesem Gesichtspunkt die Arbeit mancher Ressorts der Bundesregierung betrachten, dann sehen wir doch, daß sie in ihrer Arbeitsweise mindestens ebenso verbesserungsbedürftig sind wie etwa die Arbeiten der Länderministerien. Das läßt sich aus vielen Beispielen ablesen.

(Lebhafter Beifall)

Dazu kommt ein anderes: Wir haben in der Partei einen Wirrwarr von Kompetenzen auf diesem Gebiet. Die CDU spricht in kulturpolitischen Fragen nicht mit einer Stimme, und da liegt das Hauptübel. Das ist aber nicht eine Frage der Verfassungsordnung, sondern vor allem eine solche des innerparteilichen Zustands der CDU. Wenn Sie wissen, wieviele Gremien sich in der Partei mit kulturpolitischen Fragen beschäftigen, dann haben Sie damit auch schon den Schlüssel für die vielen verschiedenen Meinungen, die unentwegt produziert werden. Es handelt sich also zunächst um Führungsstil und Führungskraft der Partei und nicht um eine Frage der verfassungsmäßigen Ordnung. Meine Damen und Herren, manch einer von denen, die im Jahre 1968 sagen, diese föderale Ordnung im Bereich der Kulturpolitik habe nur Nachteile gebracht, sollte zuvor darüber nachdenken, ob die Mehrheitsverhältnisse im zentralen deutschen Parlament nicht ganz anderen Belastungen ausgesetzt gewesen wären, wenn bestimmte Fragen der Schulpolitik in Bonn und nicht in den Landesparlamenten entschieden worden wären.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Wer erlebt hat, was es bedeutet, einen Schulkompromiß durchsetzen zu müssen, der weiß, daß es in der innerparteilichen Diskussion unserer CDU in den letzten zwanzig Jahren eine ungeheure Belastung bedeutet hätte, wenn wir diese Frage als Ganzes hätten durchstehen müssen. Wer die Auseinandersetzungen in den einzelnen Bundesländern um die Frage der Konfessionsschule durchgestanden hat, der weiß, daß es besser war, sie in den einzelnen Landtagen, in Düsseldorf, in Mainz, Stuttgart, in Saarbrücken, in Hannover und in München, zu führen. Mancher Wahlerfolg der CDU/CSU — lassen Sie mich das bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen — wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht auch unsere Kultusminister und Ministerpräsidenten draußen dafür den Kopf hingehalten hätten. Ich hätte manchem führenden Kulturpolitiker der CDU, der auf Kongressen elegant über diese Frage spricht, einmal gewünscht, in Konferenzen von Dekanen, in Auseinandersetzungen mit kirchlichen Stellen, mit Landeselternbeiräten usw. den Kopf für diese Politik, die in die Zukunft weist, hinhalten zu müssen.

(Lebhafter Beifall)

Es wäre manche Äußerung so apodiktisch nicht erfolgt, denn natürlich ist entfernt vom Podium eines großen Forums sehr viel leichter über diese Dinge

zu sprechen, als dort, wo Einzelentscheidungen durchgestanden werden müssen.

Wer eine solche Reform hat durchkämpfen müssen — und es sitzen viele hier in diesem Saal, die dafür Zeugnis geben können —, der weiß, daß der deutsche Föderalismus auch für die Zukunft der Schulentwicklung in unserem Lande eine Schlacht gewonnen hat. Das geht allerdings nicht über Nacht. Man kann nicht in hundert Jahren gewachsene Dinge über Nacht ändern, sondern es ist wichtig und psychologisch notwendig, das im verständigen Miteinander zu machen.

Der durchaus verständliche Vorschlag unserer Freunde aus Hamburg scheint mir nur sinnvoll, wenn er mit einer völligen Veränderung der bundesstaatlichen Ordnung gekoppelt ist, und — Herr Rollmann — dazu gehört für mich nicht nur der Mut, zu sagen, die Bundesländer sollen mehr Kompetenzen abgeben, sondern dann muß man auch fordern, daß die bundesstaatliche Ordnung insgesamt untersucht wird. Für mich — ich sage dies noch einmal — gehört dazu eine wesentliche Reduzierung der Zahl der Bundesländer.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Zu diesem Punkt liegen viele Wortmeldungen vor, die mittlerweile hier eingegangen sind. Ich darf an die Ziffer 3 unserer Verfahrensordnung erinnern, wonach jeder Redner gebeten ist, zunächst mitzuteilen, ob er für oder gegen den betreffenden Antrag zu sprechen wünscht. Es handelt sich dabei immer um den Antrag D 7 des Landesverbandes Hamburg. Wir wollen zunächst nicht daran denken, eine Begrenzung der Redezeit oder der Zahl der Redner vorzusehen, wie das nach unserer Verfahrensordnung möglich wäre. Mir liegen also sieben weitere Wortmeldungen vor. Wenn es dabei bleibt, werden wir keine zeitlichen Einschränkungen vornehmen müssen.

Als nächster hat das Wort Herr Dr. Vogel. Ich bitte ihn, uns mitzuteilen, ob er für oder gegen den Antrag spricht.

(Lebhafte Heiterkeit)

Dr. Vogel: Überwiegend gegen! —

(Heiterkeit)

Kultusminister Dr. Vogel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein amtierender Kultusminister zu dieser Frage spricht, könnte zunächst befürchtet werden, er spräche aus Berufsinteresse. Ich hoffe aber, daß diese Gefahr bei mir gemildert ist. Ich habe durchaus die Möglichkeit, notfalls auch noch einen anderen Beruf zu ergreifen.

(Heiterkeit)

Zunächst hatte ich die Absicht, dem Antrag von Herrn Kollegen Rollmann einen Antrag D 36 entgegenzustellen, nämlich die Auflösung des Bundeslandes Hamburg zu beantragen und damit seinen Schwierigkeiten abzu- helfen.

(Heiterkeit und Belfall)

Ich möchte aber davon absehen, meine Damen und Herren, weil der Antrag von Herrn Rollmann unter der Überschrift steht: „Reform der Demokratie“ und eigentlich in den Diskussionszusammenhang des Föderalismus und in den Zusammenhang mit der Frage gehört, wie wir die Macht in Deutschland zwischen Bundesstaat und den einzelnen Ländern aufteilen wollen, wie wir sichern wollen, daß eine föderalistische Kulturlandschaft in Deutschland wenigstens in dem Maße erhalten bleibt, wie zur Zeit in Frankreich und Italien versucht wird, sie unter großen Mühen wieder zu errichten.

Ich glaube, daß auch die Aussage von Herrn Rollmann, das Bildungswesen sei noch nie so einheitlich gewesen wie heute – entschuldigen Sie, verehrter Freund Rollmann –, ganz einfach und schlicht falsch ist.

Wir stehen doch gar nicht so sehr vor dem Problem der Ländergrenzen als vielmehr vor dem Problem, einerseits in unserem Schulsystem von Flensburg bis Zweibrücken einheitlich sein zu sollen und andererseits stärker nach Begabungen zu differenzieren, stärker als jemals zuvor. Diese beiden Forderungen widersprechen sich und führen immer wieder zu Schwierigkeiten bei der tatsächlichen Verwirklichung.

Wenn hier vom Kollegen Rollmann gefordert worden ist, endlich ein Bundeskulturministerium zu schaffen, dann steht hinter dieser Forderung bis zu einem gewissen Grade der Glaube, daß dann alle Gesetze plötzlich gut, alle Finanzmittel plötzlich vorhanden wären und daß dann die Zuständigkeit der Christlich Demokratischen Union für diesen Bereich auf alle Zukunft gesichert wäre. Gerade das aber ist in allen drei Punkten in keiner Weise selbstverständlich. Ich möchte nicht einfach sagen, daß wir diesen Antrag Rollmann ablehnen müssen, sondern wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Antrag Rollmann die Konsequenz daraus ist, daß wir in der Christlich Demokratischen Union noch nicht in hinreichendem Maße zu einem gemeinsamen kulturpolitischen Grundkonzept gefunden haben,

(Belfall)

und daß dieser Antrag Rollmann eine Mahnung ist, auch in diesem Bereich zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der fast unüberschaubaren Zahl von Gremien, die sich hier koordinierend betätigen, zu kommen, ebenso aber auch zu einer gemeinsamen Grundaussage für die Bereiche von Bildung, Hochschule und Kulturpolitik insgesamt.

(Lebhafter Belfall)

Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir, wenn wir dann unter dem Abschnitt E über die bildungspolitischen Fragen diskutieren, bereits auf diese Schwierigkeiten stoßen, und ich meine, daß wir uns dieser Aufgabe gerade jetzt, wo endlich die Kulturpolitik zu einem entscheidenden Punkt der Gesellschaftspolitik geworden ist, stärker bewußt werden müssen. Allerdings muß auch zugegeben und offen gesagt werden, daß weder wir Kultusminister noch unsere kulturpolitischen Sprecher in den Landtagsfraktionen hinreichend wirkungsvolle Methoden der Zusammenarbeit gefunden haben und daß wir durch diesen Antrag — mit dieser Bemerkung möchte ich schließen — darauf hingewiesen sind, daß, wenn wir nicht von kirchturmpolitischen Gesichtspunkten weg zu freiwilligen Gemeinsamkeiten kommen, eine Wiederholung des für den Föderalismus gefährlichen Antrags von Herrn Rollmann droht.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke sehr. — Als nächster hat das Wort unser Freund Dr. Stoltenberg. Spricht er für oder gegen den Antrag?

(Dr. Stoltenberg: Teil - teils! - Lebhaftige Heiterkeit)

— Das ist an und für sich unzulässig,

(Heiterkeit)

aber wir wollen einmal abwarten.

Bundesminister Dr. Stoltenberg: Meine Damen und Herren! Herr Rollmann hat mich als Kronzeugen für seinen Antrag zitiert. Deshalb fühle ich mich verpflichtet, dazu etwas zu sagen. Meine Bemerkung „teil - teils“ bedeutet, um das gleich zu präzisieren, folgendes: Ich bin nicht dafür, daß wir hier in das Programm der CDU die Forderung nach einem Bundeskultusministerium aufnehmen. Ich bin aber dafür, daß wir beim nächsten Kapitel den hessischen Antrag E 33 bejahen, in dem eine Rahmenkompetenz des Bundes für die Hochschulgesetzgebung gefordert wird.

(Lebhafter Beifall)

Insofern nehme ich einen Teil des Antrags des Kollegen Rollmann, nämlich die Rahmenkompetenz, allerdings eingegrenzt auf die Hochschulgesetzgebung, auf. Das ist, Herr Präsident, die Erklärung für meine Antwort.

Zur Sache selbst möchte ich in der gebotenen Kürze folgendes sagen:

Wir sollten uns nicht darüber täuschen, daß es in dieser Frage eine wachsende Unruhe und eine wachsende Besorgnis in unserem Lande gibt, die die Öffentlichkeit, die Eltern, die Bürger vielleicht stärker ergreift als uns, die wir selbst im politischen Geschäft sind und damit auch die Komplexität und die Differenziertheit der Probleme natürlich deutlicher erkennen.

Es geht auch nicht darum, das möchte ich zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Kohl sagen, hier einer Stimmung Vorschub zu leisten, die etwa die Kultusminister oder die Ministerpräsidenten zu Buhmännern macht. Wir sind gegen solche Stimmung, unabhängig, ob sie sich gelegentlich im Lande oder auch in Landtagen gegen Bonn richten oder in Bonn gegen die Länder. Wir müssen unsere Politik freimachen von solchen Emotionen gegeneinander. Aber es geht um die institutionellen Fragen. Es ist nicht eine Frage der Qualität einzelner Personen oder einzelner Ministerien, sondern es ist die Frage, ob man mit einem System der Einstimmigkeit bei elf Ländern, in dem jedes Land ein „liberum veto“ hat wie der polnische Reichstag im 17. Jahrhundert, noch in der Lage ist, diese Fragen institutionell zu lösen.

(Beifall)

Hier kann ich nur darauf verweisen, daß zumindest für den Bereich der Hochschulgesetzgebung auch profilierte Kulturpolitiker aus unseren eigenen Reihen, wie unser Freund Professor Hahn, der Kultusminister von Baden-Württemberg, in zunehmendem Maße Zweifel daran geäußert haben, ob die gegenwärtigen Institutionen ausreichen. Ich muß Ihnen in aller Deutlichkeit aus den Erfahrungen meines Amtes sagen, daß ich diese Zweifel teile und daß dieser Wille nach vorne an einer anderen Stelle, allerdings auch in unserem Programm, seinen Ausdruck finden muß.

Wir bekommen jetzt die Finanzverfassungsreform. Es ist der erste Schritt nach vorne. Aufbau und Neubau von Hochschulen ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir müssen uns gegen einen gewissen bürokratischen Widerstand in einzelnen Ländern noch durchsetzen, wo Beamte versuchen, das zu torpedieren, was die Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung vereinbart haben. Diese Finanzverfassungsreform muß effektiv werden auch in einer wirkungsvollen gemeinsamen Rahmenplanung, weil wir sonst die notwendige Schwerpunktentscheidung in unserem Hochschulsystem nicht erzielen können. Wir brauchen aber darüber hinaus – diese Meinung habe ich mir nicht leicht gebildet in der Abwägung des Für und Wider nach meiner Überzeugung – in der Tat auch in den nächsten Jahren; so wie es Hessen hier vorgeschlagen hat, eine Rahmenkompetenz des Bundes für die Hochschulgesetzgebung. Ich glaube nicht, daß das deprimierende Bild der gegenwärtigen Desintegration dieser Gesetzgebung durch die Initiative von 44 Landtagsfraktionen und 11 Bundesländern ausreicht, um diese Lebensfragen der Zukunft unserer Hochschule zu lösen. Und ich sehe unter dem Eindruck der jüngsten Initiativen der hessischen Landesregierung, auch des Berliner Senats, die in eine falsche Richtung führen, keine Chance, durch Konsensus von 11 Kultusministern oder 11 Ministerpräsidenten alle Fragen mit dem Mindestmaß an Einheitlichkeit zu klären. Ich spreche mich deshalb klar für diesen hessischen Antrag aus.

(Beifall)

Ich darf nun darauf verweisen, daß allerdings nicht nach meiner Überzeugung die sachlichen und politischen Voraussetzungen vorliegen, schon eine

weitergehende Gesetzgebung des Bundes für das Bildungs- und Schulwesen zu fordern. Ich glaube, daß der Bund nicht darauf eingerichtet ist und daß diese Frage auch nicht genügend ausdiskutiert ist im Für und Wider, um dem umfassenderen Antrag von Hamburg zu folgen.

Ich möchte darauf verweisen, daß die Antragskommission die Absicht hat, Ihnen beim Kapitel E zu Ziffer 30 eine Formulierung vorzulegen, die nicht eine Bundeskompetenz für das Schulwesen fordert, nicht ein Bundeskultusministerium, wohl aber ein Instrumentarium wesentlich wirkungsvollerer Planung und Koordinierung in den Sach- und Finanzfragen. Ich glaube, daß wir diesen Versuch einer wirkungsvollen Koordinierung der Länder mit einer angemessenen Beteiligung des Bundes in seinem Verantwortungsbereich auf Grund der gegenwärtigen Verfassungsregelung und -ordnung im Bildungs- und Schulwesen, noch einmal unternehmen müssen. Es mag sein, meine Damen und Herren, daß dies die letzte Bewährungsprobe des Föderalismus ist und daß bei einem erneuten Nichtmeistern dieser Aufgabe in einigen Jahren der Ruf nach einer umfassenderen Kompetenz des Bundes so laut und unaufhaltbar wird, daß wir uns ihm nicht entziehen können. Ich glaube aber in der Tat – und hierin stimme ich meinen beiden Vorrednern zu –, daß unser System der Dezentralisation und der regionalen Verantwortung gegenüber dem System des Einheitsstaates doch andererseits so große Vorzüge im Bildungs- und Schulwesen hat, daß wir noch einmal diesen Versuch machen müssen mit einem wirkungsvolleren Instrumentarium. Mit dieser Begründung möchte ich vorschlagen, nicht dem Antrag von Hamburg zu folgen, wohl aber den Anträgen, die bei dem Kapitel E gestellt worden sind, für eine Verstärkung der Möglichkeiten des Bundes, vor allem durch eine Bundesrahmenkompetenz für die Hochschulgesetzgebung.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich sagen, daß das Präsidium sich darüber einig ist, daß wir in Zukunft nur noch schriftliche Wortmeldungen entgegennehmen, da wir sonst die Bestimmungen der Verfahrensordnung nur schwer einhalten können.

Zweitens bitte ich die Redner, die sich gemeldet haben, Herr Dr. Meyers und Herr Dr. Heydebreck, uns schriftlich mitzuteilen, ob sie für oder gegen den Antrag sprechen wollen.

Als nächster spricht Herr Dr. Martin teils für, teils gegen den Antrag, weil er aus zwei Teilen besteht.

Dr. Martin: Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil die ganze Diskussion noch nicht im richtigen Gleis ist. Es geht nicht um Föderalismus oder Zentralismus, sondern es geht um die Koordinierung im Bundesstaat. Kein Mensch will den Föderalismus abbauen, weil das einfach gar nicht geht. Die Kulturhoheit der Länder ist ein Verfassungstatbestand, den keine Mehrheit ändern kann gemäß Artikel 74. Wenn man diesen Weg

gehen will, geht man sofort in die Irre und liefert anderen Leuten das Material. Ich glaube aber, es geht um etwas anderes, meine Damen und Herren. Herr Kohl hat ja zweifellos richtig diskutiert. Das eine ist das Verhalten der Partei in bildungspolitischen Fragen. Wir haben im letzten Jahr erlebt und gesehen, daß die Hochschulfragen nicht ohne Reform des sekundären und tertiären Bildungswesens zu reformieren sind, das heißt auf gut Deutsch, meine Damen und Herren, daß die CDU auf allen Ebenen im Bund, Ländern und Gemeinden eine gemeinsame Entscheidung vertreten muß. Im nächsten Wahljahr wird uns kein Mensch etwa Einzelbemerkungen zur Hochschule mehr abnehmen, sondern wir werden danach gefragt, ob wir eine ausreichende Vorstellung über die Zukunft und den Ausbau des Bildungswesens in Deutschland haben oder nicht. Das ist die Grundfrage. Darauf müssen wir uns zunächst einmal einigen. Das hat mit Föderalismus gar nichts zu tun; das heißt mit anderen Worten, wir brauchen einen Gesamtplan für das Schul- und Hochschulwesen in Deutschland, der von der CDU vertreten wird.

Zweitens, meine Damen und Herren, wenn das so ist, wenn wir vor einer größeren Reform des Bildungswesens stehen, dann ist es klar, daß das nicht auf der Basis eines einzelnen Landes geschehen kann, weil durch einschneidende Reformmaßnahmen sofort die Freizügigkeit – das hat Rollmann richtig gesagt – und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Frage gestellt werden; das heißt die Rahmenkompetenz, auf die wir zustreben, muß 1. die funktionelle Einheitlichkeit der Schule und der Hochschulsysteme der Länder garantieren, zweitens die Gewährleistung der Gleichartigkeit der Eingangsvoraussetzungen auf allen Stufen des Bildungssystems und die Gleichartigkeit der Übergangsvoraussetzung. Drittens müssen die Leistungsanforderungen in den Bildungssystemen gleichwertig oder mindestens vergleichbar sein.

Meine Damen und Herren! Wenn das so ist, dann muß man jetzt einmal auf das eingehen, was Herr Vogel mit Recht gesagt hat. Er hat zugegeben, möchte ich sagen, daß die Koordination in dem System, wie wir es jetzt haben, nicht mehr funktioniert. Herr Vogel, das haben Sie doch gesehen in der vorigen Woche, als ein großes Problem auf Sie zukam, nämlich die Frage der Fachhochschulen, wo die Sache eine politische Dimension angenommen hat, die die Ministerpräsidenten dazu zwang, das Problem an sich zu ziehen. Dieses System der Koordinierung funktioniert doch nur, wenn hinterher die Länderparlamente ratifizieren. Die Länderparlamente werden auch in Zukunft, wenn es um wirklich entscheidende Fragen geht, um Gesamtschule oder gegliederte Schulsysteme, nicht einfach den Beschlüssen der Landesregierung folgen, sondern dann kommt das Problem der Koordinierung erneut auf, und es ist klar, daß das, wie es heute ist, nicht mehr zu machen ist; das heißt mit anderen Worten, es geht hier nicht um den Föderalismus oder Zentralismus, sondern es geht um die Funktionsfähigkeit des Föderalismus. Um diese zu erreichen und zu erhalten, brauchen wir eine Rahmenkompetenz des Bundes a) für Bildungs-

planung und b) für die Hochschulen. Ich werde später bei den hessischen Anträgen erneut in die Debatte eintreten. Für heute nur soviel zu diesem Thema!

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich bitte die Redner, daran zu denken, daß wir nicht versuchen wollen, einen Aufriß der künftigen Kulturpolitik zu geben, sondern daß wir uns mit dem Antrag Nr. 7 nachdrücklich und präzise auseinandersetzen wollen.

Als nächster hat das Wort Herr Dr. Wagner aus Hessen, der für den Antrag spricht.

Dr. Wagner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Bemerkungen machen, um mich der Aufforderung des Tagungspräsidenten zu fügen. Ich meine, man sollte einen solchen Antrag, wie er von Hamburg gestellt worden ist, nicht damit abzuqualifizieren versuchen, daß man den Eindruck zu erwecken versucht, als ob es einfacher sei, einen solchen Antrag zu stellen und zu befürworten, je nachdem, ob man sich in einem Lande der Opposition befindet oder in der Landesregierung. So einfach sollte es sich ein Parteitag nicht machen. Es ist auch gar nicht so einfach. Es ist auch gar nicht so zu sehen, als ob Kulturpolitik der CDU und CSU nur in den Ländern gemacht werde, in denen sich die CDU oder CSU in der Führung befindet.

Meine Damen und Herren! Das Geschäft, das wir in den Oppositionsländern der CDU betreiben, ist wahrhaftig nicht einfach, und die Partei hat es uns bisher auch nicht gerade einfach gemacht, dort als Opposition in der Kulturpolitik zu bestehen.

(Beifall)

Man mag über die endgültige Formulierung des Antrags des Kollegen Rollmann, also des Landesverbandes Hamburg, durchaus verschiedener Meinung sein. Einiges von dem, was ich sagen wollte, ist schon gesagt. Aber lassen Sie mich noch zwei Dinge dazu sagen. Einmal: Es geht nicht darum, Herr Kultusminister Vogel, daß dann, wenn der Bund eine Zuständigkeit habe, alles gut und alles klar sei. Das ist wohl diesem Antrag und den Befürwortern nicht zu unterstellen. Andererseits müssen Sie aber doch erkennen, daß die Entwicklung einfach auf einem Stande angelangt ist, wo wir entweder ja oder nein sagen müssen. Deswegen habe ich wenig Verständnis dafür, wenn Herr Minister Stoltenberg erneut versuchen will, ein neues, ein drittes Instrumentarium, wie er es nannte, zur Koordinierung in bildungspolitischen Fragen zu finden. Meine Damen und Herren, wir sind hier als Partei gefordert. Ich gebe Herrn Martin vollkommen recht: im nächsten Frühjahr beginnend, wird uns die SPD in diesen bildungspolitischen Problemen in der Diskussion im Hinblick auf die Bundestagswahl ganz klar fordern, und da wird uns kein Hinweis auf die verschiedenen Zu-

ständigkeiten helfen; wir als CDU und CSU werden in der Debatte gestellt werden, gleichgültig, ob wir in dem betreffenden Lande in der Regierung oder in der Opposition sind. Sicher, im einzelnen wird voraussichtlich morgen mehr bei den Anträgen zu Punkt E darüber zu reden sein. Aber, meine Damen und Herren, politisch gesehen ist diese Entscheidung dieses Parteitages von einer ganz eminenten Bedeutung, und wir können uns um sie auf keinen Fall herumdrücken.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Als nächster hat das Wort der Delegierte Meyers, der teils dafür, teils dagegen sprechen wird.

Dr. Franz Meyers (LV Rheinland): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Diskussion geht es wirklich nicht um den Föderalismus oder den Zentralismus, sondern es geht um die richtige Verteilung der Staatsgewalt innerhalb eines Bundesstaates. Das ist das Problem. Ist der vorhergehende Staat sehr mächtig gewesen, dann pflegt das Pendel gewöhnlich zur Gegenseite auszuschlagen, und diesen Niederschlag haben wir im Grundgesetz. Nach gewisser Zeit pflegen sich dann Mängel herauszustellen, und dann schlägt das Pendel wieder zurück. In diesem Augenblick sind wir jetzt. Jetzt gilt es wirklich, für die siebziger Jahre die rechte Ordnung zu finden.

Ich gerate nicht in den Verdacht, gegen den Föderalismus zu sein. Aber in 12 ½ Jahren Regierungsarbeit habe ich die mühselige Arbeit kennengelernt, die damit verbunden ist, daß wir in Ministerpräsidenten-Konferenzen, in Kultusministerkonferenzen, aber auch in anderen Ministerkonferenzen das Prinzip der Einstimmigkeit haben. Daran ist manches Gute gescheitert. Und nun sagen Sie nicht, ich sei müde geworden. Ich habe vielmehr den Eindruck, ich habe meine Erkenntnisse durch diese praktische Erfahrung bereichert. Deswegen sage ich Ihnen: Wir kommen ohne eine grundsätzliche Rahmenkompetenz des Bundes gar nicht aus.

(Beifall)

Das ist auch nicht Zentralismus in dem Sinne, daß dann in diesen Rahmen überall die gleiche Fotografie hineinkommt, sondern dann kann jede Landschaft ihr Gemälde innerhalb dieses Rahmens unterbringen, das auf diese Landschaft paßt. Daß das in der Großstadt anders sein wird als auf dem flachen Lande, ist klar. Dazu brauche ich nichts zu sagen.

Im übrigen kann ich mich an das anschließen, was Herr Bundesminister Stoltenberg gesagt hat, damit ich Ihre Zeit nicht unnötig lange in Anspruch nehme. Ich bin also dafür, die Rahmenkompetenz des Bundes zu schaffen. Ich bin aber der Ansicht: dazu braucht man keine neue Instanz; denn wir haben das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, wir können diesem Ministerium diese Kompetenz ruhig geben. Ob es dann den Namen behält oder ändert – die Firma macht es nicht, sondern das, was in dieser Firma

geleistet wird. Und das wird auch erst seine Zeit brauchen. Denn Herr Bundesminister Stoltenberg hat recht: für Volksschule und Mittelschule ist das Bundesministerium überhaupt noch nicht eingerichtet. Das wird eben seine Zeit brauchen.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Als nächster hat das Wort Herr von Heydebreck, der gegen den Antrag spricht.

Dr. von Heydebreck (LV Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine verehrten Parteifreunde! Es war gar nicht so einfach, den Zettel auszufüllen hinsichtlich der Frage, ob man für oder gegen den Antrag sprechen wolle. Denn ich komme aus einem Land, ich komme aus einem Landesverband, der sich grundsätzlich dazu bekennt, daß alles das, was ein einzelnes Land nicht allein zu leisten vermag, einer Bundeskompetenz unterworfen sein soll. Deshalb meine ich, daß man über eine Rahmenkompetenz mindestens im Hochschulbereich durchaus miteinander reden kann. Aber ich möchte dazu sagen, daß man sich dann erst einmal darüber einig sein muß, was Rahmenkompetenz bedeutet.

Ich habe Herrn Kollegen Rollmann, glaube ich, in einem Punkte zu widersprechen. Er hat darauf hingewiesen, daß sich im deutschen Schulwesen zwei Richtungen jetzt gegenüberstehen, die eine, die das bestehende Schulwesen fortentwickeln will, und die andere, die es von Grund auf umstürzen will in Richtung auf eine Gesamtschule. Ich will jetzt nicht auf das Problem selbst eingehen, weil es hier unter dem Thema „Reform der Demokratie“ erörtert werden muß. Auch das föderale Prinzip ist eine Form der Gewaltenteilung. Es soll nämlich verhindern, daß in Fragen, in denen eine einheitliche Lösung nicht erforderlich ist, eine Minderheit durch eine Mehrheit vergewaltigt wird. Und solche Fragen gibt es eben gerade im Bildungswesen und im Schulwesen.

Das Wort ist schon gefallen, daß die Frage der Organisation, der Struktur des Schulwesens in einem Stadtstaat völlig anders aussehen kann als in einem Flächenstaat. Lassen Sie mich wieder das Beispiel von der Gesamtschule aufgreifen. Natürlich kann man so etwas in einem Stadtstaat oder in einer Großstadt sehr viel leichter tun als in einem Flächenstaat. Gerade deshalb meine ich, daß man eine Rahmenkompetenz begründet, die sehr deutlich das zum Ausdruck bringen muß, was Herr Dr. Meyers vorhin schon gesagt hat. Dann muß man sich auch darüber einig sein, daß in dem gesetzten Rahmen eben der Eigenart des einzelnen Landes und seiner Struktur Rechnung getragen wird.

Ich wollte mich abschließend nur dagegen wenden, daß man das Wort „Rahmenkompetenz“ als eines der Zauberworte ansieht, mit denen plötzlich alles gelöst wäre. Meine Damen und Herren, der Bund hat eine Rahmenkompetenz auf dem Besoldungsgebiet und hat sie bisher nicht ausfüllen können. Das ist gerade für den Bildungsbereich wichtig, weil es so sehr mit der Lehrerbildung zusammenhängt; ich meine die Frage der Lehrerbildung.

Aber wir haben ja auch ein hitlerisches Beispiel. Wir haben in der Weimarer Verfassung eine Reichskompetenz gehabt. Die Weimarer Republik hätte diese Kompetenz ausfüllen können. Das einzige, was sie zustande gebracht hat in der ganzen Zeit ihres Bestehens, ist die vierjährige Grundschule. Alles andere ist im Deutschen Reichstag gescheitert, weil er eben größere und wichtigere Aufgaben hatte, als sich um die Schulprobleme in einzelnen Bundesstaaten zu bemühen. Auch das sollten wir nicht vergessen. Wenn ich also gesagt habe, ich spreche gegen den Antrag, dann meine ich damit, daß der Begriff „Rahmenkompetenz“ noch nicht hinreichend ausgefüllt ist, daß es – damit greife ich ein Wort meines Kollegen Dr. Vogel auf – viel wichtiger wäre, in der CDU selbst zu einer einheitlichen Bildungskonzeption zu gelangen.

(Beifall)

Wenn uns das gelingt, können wir auch über die Rahmenkompetenz sprechen.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Das Wort hat Herr Kollege Dichgans, der für den Antrag spricht.

Dr. Dichgans, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Martin hat eben völlig mit Recht darauf hingewiesen, daß wir eine gute Bildungsreform nur dann bekommen können, wenn wir ein bundeseinheitliches Bild nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Gymnasien schaffen. Wie will man sich über Fachhochschulen und Universitäten unterhalten, wenn man nicht weiß, wie die Ausbildung aussehen soll, die die Schüler, die Studenten zur Universität mitbringen!

Herr Martin meint, das sollte durch eine Verständigung innerhalb der CDU des Bundes und der Länder gelöst werden. Das ist gewiß sehr notwendig. Aber ich bezweifle, ob das die Probleme löst. Zunächst ist es nicht ganz einfach, wie wir wissen, zu dieser einheitlichen Auffassung innerhalb der CDU/CSU zu kommen. Aber selbst wenn das gelänge – was machen wir denn eigentlich mit dieser unserer einheitlichen Auffassung in dem gegenwärtigen föderalistischen System, wo ja doch ein einziges Land, ein Land, in dem die CDU nicht regiert, durch sein Veto die Möglichkeit hat, jede Entwicklung zu verhindern, jede Entwicklung insbesondere auch im Bereich der Schule.

Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir, glaube ich, eine Bundesrahmenkonferenz nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für die Schulen, für die Bildungsplanung überhaupt. Herr Minister Stoltenberg hat dazu eben gesagt, man müsse dem Föderalismus noch einmal eine Chance geben. Ich bin durchaus damit einverstanden. Ich höre das nur seit vier Jahren ständig, und ich sehe relativ wenig davon, daß der Föderalismus diese Chance nutzt.

(Beifall)

Ich möchte mich für den Antrag Rollmann insbesondere deshalb aussprechen, weil ich hoffe, daß der Föderalismus sich dann so verhält, daß wir hinterher von der Bundeskompetenz keinen Gebrauch zu machen brauchen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Bundeskultusministerium ist in der Tat problematisch. Es birgt die Gefahr in sich, daß die Kräfte der Kultusministerien der Länder, die wir dringend für eine sachliche Bildungsreform brauchen, nunmehr alle abgezogen werden, um gegen das Bundeskultusministerium zu kämpfen. Aus diesem Grunde habe ich auch bisher ein Bundeskultusministerium nicht befürwortet.

Aber ich habe meine Meinung geändert. Wenn wir eine Rahmenkompetenz des Bundes haben, brauchen wir auch einen Minister, der diese Rahmenkompetenz verwaltet. Das hat ja auch Ministerpräsident Meyers eben gesagt. Ich glaube, das sollten wir tun, indem wir dem vorhandenen Ministerium dann auch den Titel „Bundeskultusministerium“ geben. Das ist noch nicht das Ende des Föderalismus. Wir haben ein Bundesinnenministerium und haben Länderinnenministerien, und aus der Tatsache, daß es ein Bundesinnenministerium gibt, wird doch niemand die Konsequenz ableiten, daß wir damit eine Absage an den Föderalismus geben.

(Beifall)

Deshalb meine ich, wir sollten auf diesem Bundesparteitag eine mutige Entscheidung fassen und uns dem Antrag von Herrn Rollmann anschließen.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke Herrn Dichgans.

Das Präsidium muß sich leider entschließen, im Hinblick darauf, daß laufend weitere Wortmeldungen eingehen, die Beratung dieses Punktes jetzt zu unterbrechen, da ja beschlossen ist, daß der Bericht der Bundestagsfraktion heute vormittag gegeben wird. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir an dieser Stelle die Beratung der Ziffer 22, Antrag D 7, bis heute nachmittag unterbrechen, zumal hier auch eine Änderung von seiten des Antragstellers eingegangen ist, die ich bekanntgeben kann und auf die sich alle einstellen können. Antragsteller ist der Landesverband Hamburg, und er möchte in seinem Antrag das Wort „Kultus“ gestrichen haben, so daß es dann heißt: „ein Bundesministerium mit einer Rahmenkompetenz des Bundes“. Es sollen also außerdem die Worte „mit einer Rahmenkompetenz des Bundes“ eingefügt werden.

(Beifall)

Ich bitte alle, das zur Kenntnis zu nehmen und in der Diskussion heute nachmittag zu berücksichtigen.

Ich habe die große Ehre, zwei weitere Gäste des Parteitages zu begrüßen. Zunächst möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Frau Ingrid Sundberg zu uns gekommen ist. Sie ist für die Konservative Partei Schwedens unter uns.

(Beifall)

Ferner möchte ich in unserer Mitte sehr herzlich begrüßen – er ist gerade rechtzeitig gekommen, um den Bericht des Fraktionsvorsitzenden zu hören – unseren Freund Richard Stücklen, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Ich heiße ihn willkommen.

(Beifall)

Unser Freund Stücklen ist uns ja durch seine gleichzeitige Aufgabe als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders eng verbunden.

Wir kommen nunmehr also zum **Bericht der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.**

Ich habe die Ehre, das Wort an den Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, unseren Freund Dr. Rainer Barzel zu geben.

(Beifall)

Dr. Barzel: Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Der schriftliche Bericht der Fraktion liegt Ihnen vor. Sie werden daraus entnommen haben, daß wir zügig in der Richtung arbeiten, auf die wir uns in den letzten Parteitag festgelegt hatten.

Ihre Bundestagsfraktion ist um ein Drittel verjüngt, durch Diskussion integriert und durch kontinuierliches Handeln konsolidiert. Sie ist die stärkste politische Kraft in Deutschland.

Die Gemeinsamkeit von CDU und CSU ist festgefügt, sie ist die Quelle unserer Kraft, und ich bin froh, daß mein Freund Richard Stücklen dem heute auch sichtbaren Ausdruck gibt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanzler und der Fraktion, zwischen der Fraktion und der Partei, zwischen der Bundestags- und den Landtagsfraktionen ist gut und vorzüglich.

In ihrer Bundestagsfraktion – und dies kann ich heute eigentlich zum *erstenmal* sagen, seit ich vor einem Parteitag auch mündlich zu berichten habe – gibt es nicht nur, wie auch früher, lebendige Diskussionen und, wie auch früher, unterschiedliche Begabungen und Temperamente, sondern es gibt dort vor allem keinen personellen und keinen sachlichen Streit. Unser erster Mann ist der Kanzler.

Wir glauben also, daß wir gut in Form sind, und wir würden gern diese gute Kondition voll ins Spiel bringen. Auch wir würden lieber an die Stelle

des durch Koalitionszwänge bewirkten „Vielleicht“ wieder das klare Ja und Nein, die klare Führung durch klare Mehrheit und das normale Spannungsverhältnis zwischen den großen Parteien treten lassen.

(Beifall)

Das Plus und Minus der Großen Koalition werden wir im nächsten Jahr bilanzieren. Es ist, so meinen wir, zu früh für Wahlkampf und noch viel zu tun, und es ist, so glauben wir, auch kein Platz – und dies wollen wir hier sagen, um uns festzulegen – für Wahlgeschenke, auch nicht für solche durch Versprechungen zu Lasten Dritter oder durch Gesetzentwürfe, die man einbringt, ohne sie noch verabschieden zu können.

(Beifall)

Zu der Debatte von heute morgen, vor allem zu dem Diskussionsbeitrag meines Freundes Kohl, möchte ich folgendes sagen, und ich tue dies so kurz und präzise wie möglich:

1. Die Große Koalition ist bis 1969 verabredet.
2. Die Präsidentenwahl wünscht Ihre Fraktion so vorzunehmen, daß dabei in keiner Weise irgendeine koalitionspolitische Vorwegentscheidung getroffen wird.

(Beifall)

3. Für alle künftigen Abreden ist der Zeitpunkt erst nach der Entscheidung des Wählers gekommen. Dies ist unsere Position. Mehr ist dazu zur Stunde nicht zu sagen.

Weiter: Ein neues Wahlrecht sollte – und wir wollen dies noch einmal sagen, nicht wahr, Paul Lücke, – im Interesse unseres Staates und nicht einer Partei – die Mitwirkung der Bürger an der politischen Entscheidung verbessern.

Es sollte die parlamentarische Vorgänge jedermann durchschaubar machen.

Es sollte klare Verhältnisse schaffen und so die demokratische Stabilität bewirken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat das verabredete Wahlrecht bis zur Stunde verweigert. Wir stehen zum Wort.

(Beifall)

Da dies so ist und wohl kaum bis zu den nächsten Wahlen geändert wird, sollten wir, glaube ich, im nächsten Jahr die Wähler bitten, selbst, durch den Stimmzettel, für den Schluß mit Koalitionszwängen und für klare Führung durch klare Mehrheit zu sorgen. Dies ist unser Ziel.

(Beifall)

Wir wären blind und taub zugleich – und dies gehört hier hinein –, wenn wir nicht wahrnähmen, daß starke Kräfte in der SPD und in der FDP im nächsten Jahr eine Regierung ohne die Union bilden möchten.

(Zuruf: Dann werden wir was erleben!)

Im Herbst 1966 scheiterte das an wenigen Stimmen. Es sind zu viele unter uns, die dies schon vergessen haben.

(Beifall)

Und wieder ist doch, z. B. wegen der Neuwahl des Bundespräsidenten – nun, wie soll ich sagen –, einiges in Bewegung gekommen. Nur wenn wir allein stark genug sind, so daß es keinen Weg ohne uns und gegen uns gibt, nur dann wird unsere Politik auch morgen festgesetzt werden. Hierzu gibt es keine Alternative.

(Beifall)

Dies, meine Freunde, ist die erste Mitteilung zur Lage, wie die Fraktion sie sieht, und die erste Konsequenz daraus.

Drei Ereignisse dieses Jahres wirken fort. Sie verlangen Konsequenzen, und ich hoffe, daß sie uns allen unter die Haut gegangen sind und lange Zeit in uns nachwirken:

die Osterunruhen in Deutschland,
die Beinaherevolution in Frankreich,
die Okkupation der Tschechoslowakei.

Wer es nicht vorher ahnte oder wußte, ist nun zu der Erkenntnis gezwungen, daß Ordnungen wanken, die eben noch festgefügt schienen, daß eine neue Zeit Signale voraussendet und daß Konturen einer anderen Wirklichkeit sichtbar werden. Lassen Sie mich diese drei Punkte zu den Leitlinien dieses Referats machen.

Die Okkupation der Tschechoslowakei zwingt a) zu vermehrter politischer Solidarität der freien Welt und stellt b) die Frage nach dem künftigen Kurs der Ostpolitik.

Wir müssen in Europa weiterkommen, in ganz Europa.

Wir müssen die neuen Sicherheitsfragen neu beantworten. Wir haben erste Konsequenzen gezogen, und weitere Entscheidungen stehen bevor.

Wir müssen den Rang des Bündnisses und den des weltpolitischen Dialogs der Supermächte klären. Dies ist eine sehr wesentliche Frage an den neuen Präsidenten der USA.

Ein Teil der Philosophie – möchte ich sagen –, die im Zusammenhang mit Nonproliferation und ähnlichem verbreitet wurde, ist zusammengebrochen, nämlich die philosophische Aussage, daß offenbar alle Gefahr dieser Welt von den Kleinen ausgehe.

(Beifall)

Ich hoffe auch, daß deutlich geworden ist, daß nicht vermutliche Absichten, sondern reale Möglichkeiten anderer das Bild bestimmen, und ich hoffe schließlich, daß keiner übersehen hat, wie es aussieht, wenn eine Nuklearmacht nur konventionell Gewalt anwendet, und daß dies für den Betroffenen kaum zu unterscheiden ist.

(Beifall)

Es ist beschämend – ich sage bewußt: beschämend –, daß selbst nach dem 21. August kein neuer europäischer Aufbruch die festgefahrene Dämme überwandt.

(Beifall)

Ein angesehenener und sehr sachkundiger Journalist schrieb dieser Tage, wegen der europäischen Versäumnisse der heute Verantwortlichen würde später „wohl wieder einmal eine Generation ihre Väter verfluchen“.

Es ist für uns dabei kein Trost, daß das vor uns haltmachen muß, weil es – wie die Fakten zeigen – nicht an uns liegt. Aber auch wir sind davon betroffen, wir zuerst, wenn es mit diesem Europa nicht weitergeht, wenn hier nicht eine Bewegung entsteht.

(Beifall)

An unserem Ziel – wir sprechen ja hier von ganz Europa – und an unserer Entschlossenheit, es zu erreichen, kann kein Zweifel sein. Es heißt seit dem Mai 1950: „In den Beziehungen zwischen den europäischen Nationen an die Stelle des Vormachtstrebens die Gestaltung ihrer Einheit setzen.“ Gibt es für die Ost- und für die Westpolitik, gibt es für die Europapolitik insgesamt eine bessere Aussage als die: an die Stelle des Vormachtstrebens die Gestaltung ihrer Einheit setzen? Dies ist unsere Aussage seit Mai 1950.

Europa muß den konzipierten Weg zu Ende gehen, oder es bleibt Objekt der Weltpolitik. Keiner hat dies besser beschrieben, gesagt und gemahnt als unser Freund Walter Hallstein.

Wir müssen die europäischen Gemeinschaften und ihre Institutionen kräftigen. Wenn große Schritte nicht möglich sind, müssen wir kleine tun, denn das ist besser, als gar nichts zu tun. Wir müssen natürlich auch sehen, ob man auf bilaterale Weise und in anderer Form die europäischen Realitäten stärken kann, den Neutralen das wirtschaftliche Leben erleichtern und Blocksituationen im freien Europa überwinden kann.

Es gelte – so lautet eine gängige Aussage zur Europapolitik – nun Fragen durch europäische Institutionen zur beantworten, die nicht von den Römischen Verträgen umfaßt seien, und dies müsse man notfalls ohne Frankreich tun. Als solche Fragen werden Politik, Sicherheit, Technologie und Rüstung genannt.

Wir weichen keiner Debatte aus.

Aber bevor irgendwer neue Institutionen vorschlägt, muß er schon sagen, was er ganz konkret will, welches der gesamteuropäische Nutzen solcher Vorhaben ist und wie sich das Neue zum Bestehenden verhält. Ich glaube, daß es vordringlich nicht neuer Institutionen, sondern eines neuen Willens bedarf. Die NATO, die WEU, Euratom und die EWG sind doch da. Sie müssen weiterentwickelt werden. Wir brauchen alle Kraft für den Weg, der verabredet, der konzipiert ist, um ihn zu Ende zu gehen.

(Beifall)

Das in der Debatte befindliche Problem eines europäischen NATO-Kerns kann man konstruktiv diskutieren. Aber auch da wollen wir doch erst einmal hören; 1. was außer Worten von anderen dort real eingebracht wird – auch z. B. von unseren britischen Freunden –, und 2. wie die neue Administration in Washington dazu steht

Was nützt, ist:

die Gemeinschaft ausbauen,

den Beitrittswilligen Zutritt geben,

den USA und der Welt gegenüber zu versuchen, mit einer Stimme zu sprechen – der Kanzler hat davon gut und zutreffend gesprochen – und

nach Osten offen sein.

Gelingt dies nicht, so werden eines Tages alle Europäer aufhören, Handelnde zu sein; sie werden stattdessen alle Behandelte werden. Mir scheint, daß auch die europäischen Atomkräfte inzwischen gesehen haben, was ein Rangabzeichen und was weltpolitischer Rang ist.

Die Depression aller Auswärtigen Ämter in Europa – und es hat keinen Zweck, das zu leugnen – hat ihren Grund in der Lähmung, die alle Staaten Europas befällt, solange wir nicht Bewegung zu neuen Ufern bewirken.

Von allein entsteht dieser Wille nicht. Ich hoffe, daß es in Haag gelingt, neuen Willen aller Europäer bei dieser Konferenz zu bewirken. Ich bin glücklich, daß es nicht zuletzt mit unserer Unterstützung gelang, zu erreichen, daß die

politischen Parteien Großbritanniens nun Mitglied im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa werden, dem bisher nur die Sechs angehören.

(Beifall)

Die zweite Frage, die sich hier stellt, ist die nach dem künftigen Kurs unserer Ostpolitik. Der Bundeskanzler hat sie zutreffend beantwortet. Aber weil die Diskussion unter uns im Gange ist, möchte ich doch noch einen anderen Akzent hinzufügen.

Seit geraumer Zeit, vor allem nach den Karlsbader Beschlüssen der Kommunisten haben wir unsere Besorgnis begründet, wir stünden vor einer Phase besonderer kommunistischer Pression gegen das freie Deutschland und vor einem kommunistischen Anspruch, auf die politische Entscheidung in der Bundesrepublik Deutschland einzuwirken.

Seit dem 21. August weiß jedermann, daß unsere Mahnungen berechtigt waren. Inzwischen hat die Sowjetunion selbst diese verschärfte Deutschlandpolitik — anders kann man es nicht formulieren — weltweit sichtbar gemacht.

Wir sollen isoliert, eingeschüchtert und gefügig gemacht werden, unsere Positionen zu räumen.

Die politische Strategie der Sowjetunion ist unverkennbar; sie kehrt zurück zu Gewaltanwendung und zu politischem Druck, sie führt einen ideologischen Angriff auf Mitteleuropa, und sie verbindet das mit einer politischen Einschüchterungskampagne vor dem Hintergrund ihrer konventionellen und nuklearen Militärmacht.

Die Sowjetunion übt Pressionen auf skandinavische Länder aus, betrachtet die Ostsee als ein rotes Meer. Sie durchdringt das Mittelmeer und setzt sich an den nordafrikanischen Küsten fest. Die Sowjetunion versucht — und das alles geht uns an — die politische und militärische Solidarität des Westens zu sprengen und dem freien Deutschland durch Isolation eine andere weltpolitische Zuordnung zu geben.

Damit sind wir gegen unseren Willen konfrontiert, und das ist hart.

Das alles wird erfolglos bleiben, solange wir an unsere Sache glauben, solange unsere Bündnispartner diese Herausforderung als an alle gerichtet begreifen und auch politisch solidarisch handeln.

Dabei stehen wir vor einer komplexen Situation und in einem Dilemma. Die Politik des Bundeskanzlers, die wir unterstützen und die nun in weiten Teilen auch in dem Aktionsprogramm der CDU Ausdruck gefunden hat, will Frieden und Verständigung. Diese Politik der ausgestreckten Hand wird von den Verantwortlichen in Moskau, in Warschau, aber auch in Ostberlin als besonders „perfide Methode des Revanchismus“ und als „feindselige Aggression“ bekämpft. Das alles sollten wir nicht nur als Phrasen werten.

Würden wir davor kapitulieren, indem wir uns rückwärts in falsche Startlöcher bewegten, so handelten wir im Interesse der Moskauer Imperialisten und gegen unsere Meinung wie gegen unsere Interessen.

Setzen wir andererseits unsere Politik der ausgestreckten Hand fort, so müssen wir einrechnen, daß man in Moskau und in Ostberlin eben dies „friedensgefährdende Aggression“ nennt. Aus diesem Dilemma gibt es keine Ausflucht. Da gibt es auch keine billigen Patentrezepte. Es gibt nur die Antwort, die unsere Prinzipien und unsere Interessen uns nahelegen; sie heißt: Unseren fortdauernden Entschluß, Konfrontation durch Kooperation zu überwinden.

(Beifall)

Dies meinen wir. Und nichts anderem sollten wir trotz aller Unterstellungen, aller Drohungen Vorrang geben. Und diese Wahrheit wird Überhand gewinnen. Dann wird eines Tages eine zum Miteinander offene politische Landschaft in Europa entstehen.

Warum?

Die Kommunisten halten – so meinen sie offenbar – die Koexistenz noch nicht aus.

Sie bauten die erbärmliche Mauer durch diese Stadt und den Todesstreifen durch unser Land, um die Deutschen zu hindern „mit den Füßen“ für das freie Deutschland abzustimmen. Sie unterdrückten alle ähnliche Gesinnung mit Gewalt, die Prager Reformen, als sie befürchteten, Gedankenfreiheit werde dort Raum gewinnen.

Welch ein Zeichen Innerer Schwäche für ein System, das auf den automatischen Weltsieg zu rechnen vorgibt.

Nun erklären die Moskauer Führer die Kooperation zur Feindseligkeit. Ulbricht spricht von „sozialistischer Gewalt“, von mehr „Ideologischem Kampf“, von mehr „Klassenkampf“. Wir alle wissen, daß er die Lösung der deutschen Frage als eine „Klassenfrage“ begreift.

Uns stehen keine heiteren Zeiten bevor.

Wer meinen sollte, er könne diese harte Konfrontation abwenden, indem er „halt nachgibt“, indem er die kommunistischen Verzichtwünsche erfüllt und unsere Positionen annulliert, wer so handeln wollte, lüde nur zu neuen Forderungen ein.

(Lebhafter Beifall)

Die kommunistischen Ziele sind klar und öffentlich formuliert. Der Artikel 8 der Verfassung drüben bezeichnet eine kommunistische Ordnung für das ganze Deutschland als Ziel.

Gäben wir nach, so legten wir alle die kommunistischen Kräfte frei für weitere politische Offensiven, die jetzt noch für Defensive und Ringen um Anerkennung verbraucht werden.

Wer das nicht glaubt, sehe auf diese Stadt und ihr hartes Geschick. Berlin ist rechtlich eine Einheit nach alliierter Norm. Wir alle kennen und erleben die rechtswidrige bittere Realität.

Am 1. März 1968 teilte die Bundesregierung der Sowjetunion mit, sie wünsche „keine Zuspitzung der Lage in Berlin und keine neuen Komplikationen zwischen unseren Ländern“; es sei nicht ihre Absicht, den Zustand Berlins „unter Umgehung alliierter Beschlüsse zu verändern“.

Trotzdem gibt es nun mehr Druck auf den Status quo. Wir müssen auch diese Erfahrung als Tatsache einrechnen. Deshalb sage ich: Wer heute am politischen Zusammenhang zwischen Berlin und Bonn rüttelt, darf sich nicht wundern, morgen allen Druck auf die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen gerichtet zu sehen.

(Zurufe: Sehr gut! und Beifall)

Wenn Moskau Konfrontation will und übt, obwohl wir Kooperation anbieten, dann wird dies von uns die Antwort verlangen, daß wir höchst undramatisch und nicht zurückkehrend in falsche Parolen uns in ganz selbstverständlichem Selbstbewußtsein entschließen, das einfach auszuhalten.

(Zustimmung)

Wir können dies, weil unsere Freunde solidarisch sind, weil das Bündnis funktioniert und weil die freiheitliche Ordnung – ich komme darauf zurück – überlegen ist.

Auch wenn also Kommunisten unsere Politik der ausgestreckten Hand als Aggression mißdeuten, sollten wir keine Faust machen, sondern weiter, freilich in gesicherter Freiheit und geduldig, die Hand hinhalten. Warum dies? – Wir wollen Frieden, Frieden auf Dauer. Und was heißt das: Frieden? – Frieden heißt, Ordnung haben und Ordnung halten durch Herrschaft des Rechts, durch Rücksicht auf den anderen, durch Verzicht auf Gewalt.

Europäische Friedensordnung heißt also, an die Stelle der Konfrontation der Macht die Herrschaft des Rechts, an die Stelle der Hegemonien die Zusammenarbeit, an die Stelle der Rivalität die gemeinsame Institution setzen. Recht erhält Kraft und Rang und Geltung allein durch Zustimmung der Beteiligten, und wer Recht aufgibt, ohne dazu berechtigt zu sein, zerstört Autorität, gerade demokratische Autorität und Ordnung; denn der Wert des Rechts ist nicht sein „Verkaufswert“, sondern seine Ordnungsfunktion.

(Lebhafter Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, ist – und ich denke, Sie spüren, daß damit auf eine ganze Reihe konkreter Fragen die Antwort gegeben ist – unsere Konzeption.

In ihr ist Platz für friedliche Regelung aller Streitfragen durch neues Recht. In ihr ist kein Platz für Aufgabe geltenden Rechts ins Leere, ohne die Gestaltung des neuen Rechts.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang brauche ich nicht mehr zu betonen, daß wir bereit sind – das haben wir gestern hier beschlossen –, mit den Verantwortlichen in Ostberlin im Interesse des Zusammenhaltes der Nation und um das Leben erträglicher zu machen, auch zu Abreden zu kommen. Dies freilich darf nicht geschehen, daß wir die Teilung des Landes legalisieren, daß wir 'Ja' sagen zur deutschen Spaltung.

Ich möchte nur noch einen Gedanken hinzufügen. Wir müssen uns einmal von all diesen statischen Betrachtungen lösen und das dynamisch sehen. Dann aber heißt die politische Frage:

Soll die Zukunft Deutschlands der Demokratie oder der linken Diktatur gehören? – Soll eine kommunistische Minderheit oder eine demokratische Mehrheit regieren? – Wer so sieht, der wird erkennen, daß wir uns aus dem Kampf der Kommunisten um Deutschland nicht herausziehen können. Und das, was mancher „Anerkennung“ nennt, würde doch diesen Kampf nicht beenden,

(Beifall)

sondern ihn eher auf ein neues, schlechteres Feld für uns führen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Übersetzen wir also für uns einmal „DDR“ mit SED plus Rote Armee, dann werden wir nicht nur ganz unverkrampft Realitäten ganz richtig bezeichnen und sehen, sondern auch unverkrampft im Interesse der Menschen in ganz Deutschland das tun können, was für mehr Menschlichkeit möglich ist.

Die Kommunisten werden – so wage ich zu behaupten – diese Runde erneuter Konfrontation nicht aushalten. Warum wird, so meine ich, eines Tages die von uns in kooperativer Absicht ausgestreckte Hand nicht mehr als aggressiv zurückgewiesen werden?

1. Der Moskauer Imperialismus gründet sich auf Gewalt, nicht auf Konsens und Überzeugung, und „auf Gedanken kann man nicht schießen“, wie die tschechoslowakischen Schriftsteller, solange sie sagen konnten, was sie wollten, erklärten.

Die Moskauer Versuche, einer Welt, die nun viele Kommunismen kennt, einen Kommunismus aufzuzwingen. Soweit sich die Moskauer Führer in ihrem Einflußbereich damit und allein mit Gewalt durchsetzen, sie also russischen Imperialismus praktizieren, solange werden sie Einfluß auf die vielen Kommunismen außerhalb ihres Gewaltbereichs zunehmend verlieren und so anderen, zum Beispiel den Chinesen, immer mehr überlassen. Das schwächt.

2. Die materielle Basis auch der kommunistischen Möglichkeiten liegt in der Produktivität der Arbeit. Diese läßt sich nicht erzwingen. Sie setzt die Anerkennung der menschlichen Würde des Arbeiters und sein eigenes Interesse an der Arbeit ebenso voraus wie die geistige Freiheit.

Die ökonomischen Möglichkeiten des Sowjet-Imperialismus bleiben jetzt schon hinter den Ansprüchen der Politik zurück. Ohne mehr Arbeitsproduktivität wird diese Disproportion wachsen, und ohne mehr Raum für eigenständige Entscheidung der Menschen, ohne weniger Gewalt, ohne mehr Humanität, ohne mehr privaten Lebensstandard gibt es auch drüben kein Mehr an Produktivität!

Die Bedingungen in der modernen Industriegesellschaft sind zu kompliziert, als daß die Primitivität des Zwanges dort Erfolg haben könnte.

(Lebhafter Beifall)

Darauf können wir ein ganzes Stück Prognose gründen.

3. Auch da, wo Kommunisten an der Macht sind, bleiben wider ihr Wollen die Familie, die Nation und die Religion starke, auch politisch wirksame Faktoren. Sie wirken nicht zugunsten der kommunistischen Ideologie, und sie führen nicht zur inneren Konsolidierung des mühsam mit Zwang zusammengehaltenen Imperiums.

4. Meine Freunde: Die Völker Europas sind vom Geist der Gemeinsamkeit und des friedlichen Mit- und Nebeneinander erfüllt. Sie wollen nicht gegeneinander gestellt werden; sie wollen miteinander leben: ohne Gewalt, ohne Rivalität, ohne Konfrontation der Ideologien und der Mächte. Sie wollen nicht erst in einer ungewissen Zukunft ihrer Enkel, sondern jetzt und heute für sich selbst eine lebenswürdige Alltagswirklichkeit.

(Lebhafter Beifall)

Dies alles geht der Konfrontationspolitik gleichfalls entgegen.

Wenn also die kommunistischen Führer erneut gegen den Zeitgeist und gegen ihre eigenen Notwendigkeiten und auch gegen unseren Willen Konfrontation

wollen, so werden sie bestenfalls den Lauf der Geschichte bremsen; aufhalten kann ihn niemand.

Wir freilich müssen:

unsere Sicherheit gewährleisten,
Konfrontation aushalten,
Kooperation anbieten.

Wir müssen dies, um so auch unsere Frage lösbar zu machen: die Einheit Deutschlands durch Selbstbestimmung.

Die Herausforderungen des außenpolitischen Bereiches sind vital. In gleicher Weise vital ist der unüberhörbare Protest junger Menschen auch in unserem Lande.

Die Vorgänge der Osterunruhen in Deutschland sind bekannt wie ihre Ursachen und die Entwicklungen dahin. Dieser Weg war – und das sollten wir sagen – nicht nur gefördert von Leuten, die Umsturz wollen, sondern auch begleitet von Versäumnissen und Mißverständnissen Verantwortlicher. Was aufbrach, ist mehr als das übliche Generationenproblem. Und am Werke sind nicht nur Rädelsführer, Umstürzler und Phantasten.

Wer es so sieht, muß sich fragen, ob wahr ist, was mancher uns sagt:

– daß wir zu sehr als Leute erscheinen, die mühsam vom einen Tag den anderen gewinnen, und nicht als solche, deren Tagewerk Schritt für Schritt große Ziele erreicht und wichtige Reformen bewirkt,

– ob es wahr ist, daß wir zu zaghaft sind gegenüber großen Konzeptionen, zu scheu vor weitgespannten Zielen und zu unfruchtbar für die Phantasie,

– ob es wahr ist, daß der politische Entscheidungsprozeß zu sehr eingeengt ist auf die Lösung der materiellen Dinge?

– ob es wahr ist, daß Idee und Wirklichkeit der Demokratie sich zu weit voneinander entfernt haben,

– ob es wahr ist, daß die unmittelbare Mitwirkung der Bürger an der politischen Willensbildung wirkungsvoller sein könnte?

Dieses und vieles mehr wird uns gesagt. Also müssen wir fragen, auch uns selbst kritisch fragen, ob das zu Recht geschieht oder ob sich hier eine Irrige Meinung verbreitet.

(Lebhafter Belfall)

Wir haben – keiner von uns hat eine Patentordnung zur Hand – doch manche Erklärung. Auch deshalb hat Ihre Fraktion eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die

Hearings mit verantwortlichen Sprechern junger Menschen durchführt. Wir haben die Bundesregierung um einen neuen Jugendbericht gebeten, und wir haben – und ich nehme an dieser Stelle den bildungspolitischen Punkt auf – auch bildungspolitische Anträge gestellt.

Unser Verantwortungsbereich im Bund ist groß genug. Wir sind nicht lüstern auf Kulturkompetenzen der Länder. Zugleich begreifen wir unsere Verantwortung für die Zukunft des gesamten freiheitlichen Rechtsstaates so, daß wir, wo nötig, auf Entscheidungen drängen und erforderliche Zusammenordnungen fördern.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben immer wieder – und nicht nur gegenüber den Ingenieurschülern – betont, daß unsere Politik, die wir als Aufstieg durch Bildung formuliert haben, mehr sieht und mehr sehen muß als den Bereich der Universität. Auch das ist eben in der Debatte – ich glaube, durch Berthold Martin – zum Ausdruck gekommen; denn mehr als 80 % unserer jungen Mitbürger besuchen nur die Volksschule. Auch deshalb legen wir so großen Wert auf die gesetzliche Regelung der Ausbildungsförderung, auf die baldige Verabschiedung des Arbeitsförderungs- und des Berufsausbildungsgesetzes,

(Lebhafter Beifall)

moderne Dinge einer modernen Gesellschaft.

(Lebhafter Beifall)

Aber hier geht es nicht nur um Gesetze, und hier geht es auch nicht nur mit Gesetzen.

Der Stil unserer Demokratie, die Argumentation der Politiker, die unmanipulierte Information sind für die Zukunft unseres freiheitlichen Sozialrechtsstaates entscheidend.

Information kann nur nutzen, werten und ein Urteil darauf gründen, wer durch politische Bildung dazu imstande ist.

Nur wo der Reifegrad politischer Bildung bei der ganz großen Mehrheit erreicht ist, schwinden die Chancen der Manipulatoren ebenso wie die der Extremisten und Volksverführer. Dies ist eine positive Antwort auf manche Randprobleme, die hier schon eine Rolle gespielt haben.

Für uns sollte dies heißen, daß wir, die Union, unser gelungenes Werk des Wiederaufbaues begreifen als die Basis für weitere Neuordnung. Was wir geschaffen haben, scheut keinen Vergleich. Es lohnt, daß wir es mit aller Kraft verteidigen! Dies geschieht am wirkungsvollsten, indem wir es weiter entwickeln.

(Starker Beifall)

Nicht weil wir da sind, nicht weil wir durch demokratisches Mandat staatspolitische Positionen innehaben, erwarten wir Autorität oder nehmen wir sie in Anspruch.

Wir begrüßen es als demokratischen Fortschritt in Deutschland, daß sich ein kritisches Bewußtsein ausbreitet und folglich Autorität nicht unreflektiert, nicht der Position wegen zuwächst, sondern allein dadurch, wie und wozu sie ausgeübt wird. Dazu sollten wir 'Ja' sagen.

(Lebhafter Beifall)

Die Ausübung von Rechten ist moralisch und politisch nur legitimiert, wenn die entsprechenden Pflichten ebenso ernsthaft übernommen werden.

Wer „Diskussion“ fordert, aber, wenn sie dann stattfindet, nur Verleumdungen anderer von sich gibt, – wer „repressive Toleranz“ beklagt, selbst aber aggressive Intoleranz übt, – wer Meinungskampf durch Stinkbomben, Sprechchöre und andere Störmanöver führt, – wer Argumente durch Gewalt ersetzt, – der ist kein Demokrat, der mißbraucht Rechte, weil er die dazugehörigen Pflichten annulliert.

(Lebhafter Beifall)

Wir sagen das nicht, um in billiger Weise nach dem Staat und nach der Ordnung zu rufen, o nein, wir wissen, was der Rang der Gesetzmäßigkeit ist. Wir wissen, daß die Unruhe eine Frage an die Politik ist, so weit sie eben nicht mit Gewalt ausgeübt wird. Mit administrativen Mitteln kann und muß Gesetzmäßigkeit garantiert werden.

Protest und Unruhe selbst aber sind Fragen an die Politik.

Ich meine, daß wir erneut und stärker auch die Theorie unserer Politik pflegen sollten; denn wer die geistige Führung verliert, wird die politische nicht behalten.

(Starker Beifall)

Es ist doch eine Herausforderung an uns, wenn Thesen von Karl Marx in der Diskussion der politischen Theorie auch in unserem Lande nun wieder häufiger herangezogen werden und dies, obwohl unsere Wirklichkeit ganz anders aussieht, als er vorhersagte; obwohl, wie die Geschichte lehrt – die Jünger des Karl Marx weder Demokratie noch Humanität noch Herrschaft der Arbeiter bewirken, sondern eine autoritäre Gewaltstruktur zur Herrschaft über die Arbeiter.

Ich wünschte deshalb, daß alles dies mehr reflektiert wird, auch unter uns wieder mehr reflektiert wird, und daß dann am Schluß auch so mancher – wenn ich sagen darf – soziologisierende Theologe mit Günter Grass einig ist: „Karl Marx ist kein unfehlbarer Kirchenvater“. –

(Lebhafter Beifall)

Und unsere eigene Theorie? Wir haben nichts zu tun mit Ideologien und nichts mit Traditionalismus. Unsere Theorie ist das christliche Bild vom Menschen, von seiner Würde, von seiner Freiheit, von seinen vorgegebenen Rechten. Alles andere folgt daraus.

Von daher gibt es aber auch Maximen für unsere politischen Methoden; Realitätssinn, Wahrhaftigkeit, Nuancieren, kritische Distanz zum eigenen Werk und das Bewußtsein, weder in einer fertigen Welt zu leben noch sie je schaffen zu können. Politik ist Dienst am Menschen und Treue zum kleinen Mann.

Politische Arbeit kann immer nur Wirklichkeiten erreichen, die heute besser sind, als sie gestern waren, die morgen offen für Besseres sein und bleiben werden und die folglich Raum lassen für andere Ideen, für junge Menschen und anderes Engagement.

Wir müssen uns selbst immer wieder sagen: Diese Union ist nicht angetreten, bloß, um etwas zu bewahren oder um etwas abzuwehren. Diese Union ist angetreten für eine neue bessere Ordnung.

Wir übernahmen Hitlers Erbe, und daran war nichts zu bewahren. Es gelang, eine neue demokratische und soziale Ordnung zu schaffen, und wir werden sie mit aller Kraft verteidigen. Aber dies wird nur gelingen:

wenn wir selbst nicht dem Beharren, sondern dem Fortschreiten die Priorität geben,

(Starker Beifall)

wenn wir die Initiative zu Reformen behalten,

wenn wir bereit und fähig bleiben, das erreichte Gute durch das mögliche Bessere selbst in Frage zu stellen und den Weg dorthin nicht nur zu weisen, sondern praktisch zu gehen.

Die Union ist als reformerische Partei angetreten! Sie hat Erfolg gehabt. Wir werden ihn behalten in dem Ausmaß, in dem wir weiter Mut haben zur Neuordnung.

(Starker Beifall)

Aber gut neuordnen kann, wie seit 1945 bewiesen ist, am besten der, der nicht nur weiß, was der Neuordnung und der Reform dient, sondern der ebenso weiß, was um jeden Preis an ewigen Worten und festen Prinzipien durch die Zeiten verteidigt werden muß.

(Starker Beifall)

Im Mai fragten viele, ob die gesteigerte Form und das Ausmaß der Unruhen in Frankreich zu uns herüberspringen werde, zumal wir uns mitten in der

Notstandsdebatte befanden. Ich hoffe, keiner hat vergessen, was er damals empfand. Damals erkannten wir als selbstverständlich: Die soziale Basis ist zugleich die Basis der Zukunft der Demokratie.

Die innere Kräftigung unseres freiheitlichen sozialen Rechtsstaates, das ist unsere Aufgabe für die siebziger Jahre. Wir sind nicht am Ziel unserer Sozialreform.

Demokratie und offene Gesellschaft sind nicht starre Formen, nicht nur Prinzipien, sondern auch Methoden stetiger gewaltloser Evolutionen.

Aufstieg durch Bildung, Fortschritt durch Arbeit, Anerkennung durch Leistung bestimmen die Wirklichkeit unserer Gesellschaft. Privilegien haben in ihr immer weniger Platz.

Auf dem Düsseldorfer Parteitag (1965) haben wir davon gesprochen, daß unser nationaler Ehrgeiz allein in Werken des Friedens liegt. Unsere Politik entspricht dem.

Wir müssen heute hinzufügen: Die Zeit, in der militärische Stärke plus wirtschaftliche Kapazität allein den Rang der Nationen bestimmten, ist dahin. Immer mehr werden Arbeitskraft plus soziale Gerechtigkeit plus Bildung und Wissenschaft plus wirtschaftliche Dynamik die entscheidenden Faktoren für den Rang einer Nation.

Ich möchte zunächst eine Frage aufwerfen, die mich – und dies sage ich für mich allein – nicht zur Ruhe kommen läßt.

Wenn die Prager Reformer ihren Weg hätten gehen können, wäre zu den vielen Kommunismen unserer Zeit ein spezifisch europäischer getreten, ein kommunistisches Modell, entworfen für ein wirtschaftlich entwickeltes Land, ein Versuch – so empfanden es viele –, Elemente des Humanismus mit Elementen des Kommunismus zu verbinden und das Bild einer sozialistischen Gesellschaft bei weitgehendem Verzicht auf Zwang.

Wenn die Prager Reformer ungestört an diesen Zielen hätten arbeiten können, hätte das Faszination auf viele und attraktive Kraft über die Grenzen der Tschechoslowakei hinaus ausgeübt. Es wäre geraume Zeit vergangen, bis das Widersprüchliche der Prager Ansätze sich in einer weniger faszinierenden Wirklichkeit bemerkbar für alle ausgedrückt hätte.

Warum ist auch das eine Herausforderung, wo es doch gerade beendet wurde und täglich beendet wird?

Nun, wie ich meine, aus drei Gründen:

Einmal wird irgendwann in der Zukunft irgendwo ein solches Modell wirklicher werden.

Zum anderen können wir schlecht die Moskauer Gewaltaktion als gegen den Zeitgeist gerichtet verurteilen, das vom Zeitgeist mitumfaßte Prager Experiment dabei übersehen.

Und schließlich ist es nicht für immer von der Hand zu weisen, daß eines Tages eine der um Deutschland ringenden Parteien, nämlich die SED, zu Denkansätzen kommen könnte, die denen der Prager Reformer ähnlich sind.

Wir müssen deshalb, so meine ich, auch diese Herausforderung sehen in der Erkenntnis, daß die soziale Basis die Basis der Zukunft des freiheitlichen Rechtsstaats gerade hier in Mitteleuropa ist.

(Beifall)

Was heißt also – soweit das hier behandelt werden kann – innere Kräftigung unseres freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates? Das heißt

1. Die Arbeitskraft als Quelle aller Möglichkeiten begreifen und ihr diesen Rang geben.

Ohne Produktivitätssteigerung gibt es kein Wachstum. Ohne wirtschaftliches Wachstum schwindet die materielle Basis unserer Innen- und Außenpolitik. Produktivität aber ist nicht nur eine Sache des Kapitaleinsatzes, der Maschinen, der Technik, der Organisation. Produktivität läßt sich auch, wie die Kommunisten spüren, nicht erzwingen. Produktivität ist zuerst eine Frage an den Menschen!

(Beifall)

Und das heißt: Es ist zwar auch eine Frage der Organisation der Arbeit, des Lohnes und der sozialen Sicherheit; aber es ist zugleich eine Frage des Betriebsklimas, der Freizeit, der Bildung, – vor allem eine Frage nach Freiheit und gesellschaftlichem Rang des Arbeiters.

(Beifall)

Hier, genau hier, muß der Kommunismus versagen oder – aufhören, er selbst zu sein.

Hier, genau hier, liegt unsere bleibende Chance der Überlegenheit.

Von diesem Ansatz her ist zwar festzuhalten, daß wir in Fragen Mitbestimmung, Eigentum, soziale Sicherheit usw. schon viel weiter sind als andere, aber wohl doch noch nicht so weit, wie wir kommen wollen.

(Beifall)

Aufstieg durch Bildung, mehr Eigentum, mehr Urlaub, gleicher Lohn für Frauenarbeit, Rücksicht auf ältere Arbeitnehmer – das sind einige Bereiche, in denen nun Fortschritt ansteht.

Aber das Motiv unseres Handelns liegt tiefer. Vielleicht ist es leichter zu fassen, um was es wirklich geht, wenn wir einen Schritt zurücktreten, um besser Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einen Blick zu bekommen, und wenn wir einen Mann zu uns sprechen lassen, dessen Rang in diesen Fragen unbestreitbar ist, unseren unvergeßlichen Freund Karl Arnold. Er sagte in den Gründungstagen der Union:

Die Stellung und der Standort des Arbeiters im Ordnungsbild von gestern wird von diesem als nicht stimmend, als unwahr empfunden. Er sieht sich seit dem vorigen Jahrhundert zurückgestoßen in seiner Ehre und Würde, in seinem Leben und in seiner Freiheit, in seinem Wert und in seinem Menschsein; er fühlt sich als Ware verkauft und als solche behandelt. Er sah sich abgeriegelt vom geistigen Lebenslauf der Gesellschaft und Kultur. Und diese von ihm sich abgesonderte Umwelt nannte sich „Ordnung – gesetzliche Ordnung . . .“ In dieser gesellschaftlichen Vereinsamung hat sich in jahrzehntelanger Bedrängnis die Arbeiterpsyche gebildet.

Dies war der Rückblick. Und dann forderte Arnold für die Union, gestützt auf diese Analyse – ich zitiere weiter –:

Wir erstreben eine Wirtschaftsordnung, die die Würde des Menschen respektiert, die frei ist vom Mißbrauch menschlicher Arbeitskraft und die nur das eine Ziel kennt: in gegenseitiger Achtung und durch eine große Gemeinschaftsleistung für alle die materiellen Lebensvoraussetzungen zu schaffen. . . Es muß Luft und Raum geschaffen werden, damit der Mensch zurückfindet zu seinem geistigen Urbild. . . . und daß er sich von hier aus neu bildet zu einer Persönlichkeit. . . . Wir wissen, daß das soziale Problem nicht mehr eine Frage der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung, sondern inzwischen zu der Frage der geistig-sittlichen Erneuerung der lebenden Generation geworden ist.

Ich hoffe, meine Freunde, daß dieses Zitat uns allen ein bißchen mehr Verständnis für manche Fragen gibt. Ich möchte deshalb noch einmal Karl Arnold zitieren, und das auch mit dem Blick vielleicht auf manches, was den einen oder anderen in der Partei in der Diskussion belastet hat. Karl Arnold hat damals gesagt: „Die wichtigste Aufgabe, die sich uns stellt, ist eine bessere Gestaltung von Mensch zu Mensch in der Wirtschaft.“

(Beifall)

Wir sind angetreten als eine Partei, die soziale Partnerschaft gesagt und in vielen Gesetzen praktiziert hat. Es geht nicht darum, Mitbestimmung erstmalig einzuführen. Sie ist da. Einige wollen sie ausweiten. Darüber wird hier diskutiert und entschieden werden. Ich sage für mich – und ich bin bereit, mich an der Debatte konkret zu beteiligen – ich bin für eine funktionsgerechte Mitbestimmung.

(Beifall, Heiterkeit und Zurufe)

2. Innere Kräftigung heißt: Unsere Wirtschaftskraft – konkret: die produktiven Kräfte – stärken.

Täten wir dies nicht, ruhten wir etwa aus auf den Lorbeeren der Wiederaufbauphase, verlören wir unsere Dynamik, so hätten wir schon bald weder Vollbeschäftigung noch soziale Sicherheit noch mehr Bildung noch mehr Rang in der Welt.

Wir haben das Parteitag auf Parteitag betont, und die internationalen Prognosen und Statistiken zeigen, daß das eher noch dringlicher wird.

Wir brauchen nicht nur die Sicht für den Rang der Arbeit und der Arbeitnehmer. Wir brauchen ebenso Können und Kühnheit moderner Unternehmer. Da sie Risiko tragen, müssen sie selbst entscheiden und Gewinn haben können, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Der Staat kann hier helfen, indem er zur Risikofreude ermuntert und die Entscheidungsfreudigkeit fördert. Und wir müssen noch einmal den Satz sagen, weil das inzwischen bei manchen vergessen wird: Unsere Politik bleibt soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Es ist gut, unter dem Gesichtspunkt Stärkung der Wirtschaftskraft, daß die Haushaltsansätze für Wissenschaft und Forschung, für Verkehr und Agrarstruktur überdurchschnittlich steigen. Es ist gut, daß der investive Teil der Bundesausgaben zunimmt, daß die technologische Zusammenarbeit über die Grenzen hinausgreift, daß Unternehmungen kooperieren und bessere Betriebsgrößen in der Wirtschaft entstehen.

Wir müssen noch mehr tun:

Die technologische Lücke zu den USA verringern – das ist eine europäische Frage –,

(Beifall)

eine ausgeglichene Lizenzbilanz anstreben, ein „management-gap“ vermeiden, die Kosten im Zaum halten, die Kapitalbildung fördern und auch bei der Steuerpolitik daran denken, daß, wenn ich so sagen darf, die Kuh morgen mehr Milch geben kann. Wir müssen dynamisch bleiben, und nur die beste Technik ist für uns gut genug. Dazu gehört natürlich auch die Kernenergie.

Wir müssen sehen, wie sich die wirtschaftlichen Gewichte in der Welt verschieben. Wo bleibt Europa? Wir brauchen dringend eine neue Runde zur Stärkung unserer Wirtschaftskraft. Hierzu gehört auch mit dem Blick nach

vorne und auf unsere Struktur der Gesellschaft, daß wir die Kraft, die in Deutschland Mittelstand und Landwirtschaft darstellen, stärken.

(Beifall)

Ich verweise auf den schriftlichen Bericht, wo Sie die Einzelheiten finden. Ich verweise auf die Mehrwertsteuer und auf unseren Gesetzentwurf über unlauteren Wettbewerb.

Für die Landwirtschaft hat Ihre Fraktion hier in Berlin im März ein modernes Agrarprogramm beschlossen, das dann zur Basis der entsprechenden Beschlüsse des Bundestages und der Bundesregierung wurde. Wir sind dabei, es zu verwirklichen. Uns leitet auch dabei der Blick auf unsere Prinzipien und der auf die Fakten. Aus beiden Gründen wissen wir, welchen Rang auch der Nebenerwerbstrieb hat und wie völlig unmöglich es ist, am grünen Tisch eine theoretische Rechnung über die optimale landwirtschaftliche Betriebsgröße zu machen.

(Beifall)

Es gibt sie nicht. Das Problem ist viel differenzierter, und wer deshalb von einem solchen falschen, unmöglichen Denkansatz aus glaubt, munter drauflos prognostizieren zu können, darf sich dann über Kritik nicht wundern.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang der Stärkung unserer Wirtschaftskraft gehören noch zwei andere Dinge. Wir wollen dankbar feststellen, daß in Deutschland anders als anderswo die deutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften dem technischen Fortschritt nicht hinderlich im Wege stehen,

(Beifall)

auch nicht bei der Automation und auch nicht bei der Datenverarbeitung.

(Erneuter Beifall)

Und das andere: Wir müssen unsere Sozialpolitik unter uns nuancieren, d. h. wahrheitsgerechter betrachten. Es ist schlichtweg falsch, alle Sozialausgaben in einen Topf zu werfen, ihre Höhe zu beklagen und das Ganze – liberalistisch – als Konsum abzubuchen.

(Beifall)

Wer den Wert der Arbeit und ihren Rang so sieht, wie das hier geschehen ist, der wird das Gefühl und die Wirklichkeit sozialer Sicherheit, das die Sozialgesetze dem Arbeitenden geben, hoch und mindestens als mittelbare Förderung anrechnen. Niemand sollte übersehen, daß unter den Sozial-

ausgaben auch direkt investive Leistungen erscheinen. Ich nenne die Rehabilitation, die Ausbildung, die Fortbildung, um Beispiele anzuführen.

Aus dieser Sicht sollten wir auch Familienpolitik neu durchdenken und fortentwickeln.

3. Innere Kräftigung verlangt, daß wir Entscheidungen treffen über Subventionen und über Steuervorteile. Der Bericht liegt vor.

Ich glaube, man sollte diese Koalition nicht überfordern, indem man die Konsequenzen daraus zieht. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die uns die Konsequenzen vorschlagen wird.

4. Innere Kräftigung heißt Fortgang der Sozialreform.

Ich glaube, daß im Gesundheitsbereich nun wirklich neu geordnet werden muß. Die Lage der Krankenversicherungen und der Krankenhäuser fordert Reformgesetze, und weitere Themen meines Kalenders „mittelfristig zu verwirklichende Reformen“ sind Familienpolitik, Eigentumspolitik und mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

5. Innere Kräftigung heißt bessere Struktur.

Wir haben auf dem Parteitag in Braunschweig aus Gründen unserer wirtschaftlichen Zukunft und mit dem Blick auf die Subventionsbelastung des Bundeshaushalts von Strukturfragen gesprochen. Die Probleme der Kohle und der Bahn sind angepackt. Auch dort bleibt weiteres zu tun.

Aber heute müssen wir weitergehen. Wir haben festzustellen,

a) daß wir viel Kraft in wirtschaftlichen Bereichen binden, die künftig kaum noch Wachstum versprechen, und

b) daß wir Regionen haben, die wirtschaftlich strukturell schwach sind.

Allgemeine Durchschnittszahlen der Produktivität und der Konjunktur haben die Wirkung einer rosaroten Brille. Sie geben das richtige Gesamtbild, unterschlagen aber in vielem die nötige Genauigkeit. Sie überdecken die Schwächen der Struktur und die Schwächen der Branchen wie der Regionen.

(Beifall)

Ich brauche nicht zu sagen, wo überall und in welchen Bereichen in Deutschland der Aufschwung später oder schwächer oder gar nicht eingetreten ist, und dies ohne die Gewißheit einer automatisch ausgleichenden Gerechtigkeit, daß ein möglicher Abschwung später dafür entweder gar nicht oder später oder in geringerem Ausmaß käme. Wir haben starke neben schwachen, schrumpfende neben wachsenden Bereichen.

Lassen Sie mich die Frage hypothetisch stellen: Wie die Beschäftigungsdaten und die Wohndichte in Deutschland aussähen, wenn es plötzlich nur noch Arbeit am Ort geben dürfte und das Pendeln nicht mehr stattfinden könnte, heißt eine Frage stellen, die, glaube ich, für morgen wichtig ist. Insgesamt bleibt unsere Volkswirtschaft hinter der möglichen Leistung zurück, weil nicht alle Kräfte überall und immer voll ausgenutzt werden können. In Ballungsgebieten ist der Ausnutzungsgrad der produktiven Kräfte größer, die Arbeitslosigkeit in Rezessionen, im Winter geringer und so fort. Wer einen Beweis braucht, der sehe sich die Arbeitslosenstatistik an.

Als die Konjunktur absank und Kredite zur beschleunigten Behebung gegeben wurden, haben wir als Fraktion nachdrücklich und mit einem gewissen Erfolg darauf bestanden, daß nicht nur aus globaler Konjunkturerkenntnis, sondern auch aus differenzierter Strukturansicht gehandelt wird. Nun verdeckt der erfreuliche Aufschwung wieder hinter Globalzahlen die Schwächen der Struktur. Bitte, geben wir dem nicht nach! Wann sonst sollten wir je Strukturprobleme lösen?

(Beifall)

Die Finanzverfassungsreform: Ihre Fraktion hat ihre Beschlüsse dazu gefaßt. Von uns aus kann sie in der ersten Dezemberwoche im Bundestag verabschiedet werden. Unser Agrarprogramm und unser Gesetzentwurf zu den Fragen der regionalen Strukturpolitik werden uns noch mehr instandsetzen, die Probleme zu lösen.

Aber, wer eine gesunde Struktur für alle deutschen Landschaften will, der darf nicht einfach Industrieansiedlung sagen, der darf auch nicht nur Wachstumsindustrien ansiedeln, sondern der muß die Standortvorteile schaffen, die einer Region durch ihren Verkehrswert, durch ihren Bildungswert, durch ihren Wohnwert, ihren Freizeit- und Dienstleistungswert doch überhaupt erst zuwachsen.

(Beifall)

6. Innere Kräftigung heißt vor allem etwas, was ich einmal formulieren möchte in den Worten des russischen Atomforschers Sacharew aus dem Juni. Er schrieb in seinem bedeutenden Memorandum folgendes:

„Freiheit, Informationen zu erhalten und zu verbreiten, Freiheit zu offener und furchtloser Debatte und Freiheit vom Druck durch Obrigkeit und Vorurteile. Nur die so gewonnene Denkfreiheit bietet die Garantie gegen die Infektion der Menschen durch Massenlegenden, die in der Hand verlogener Heuchler und Demagogen zu blutiger Diktatur werden können.

Gedankenfreiheit ist die einzige Garantie für die Tauglichkeit eines wissenschaftlich-demokratischen Zugangs zu Politik, Wirtschaft und Kultur.“

Dieses Zitat bedarf keiner Erläuterung. Aber es verlangt, daß wir kritisch und mit der Bereitschaft zur Konsequenz die Ordnung der Presse, des Fernsehens und des Rundfunks in unserem Lande unter die Lupe nehmen. Wir sind dabei.

(Beifall)

7. Innere Kräftigung heißt noch mehr. Ich glaube — und das spreche ich hier ganz bewußt, vielleicht auf die Gefahr von Mißverständnissen bei Freunden von südlich der Mainlinie und woanders, hier im ehemals preußischen Berlin aus —, daß es zur inneren Kräftigung gehört, daß wir manche Werte wieder höher achten müssen:

(Beifall)

die Staats- und die Menschenwürde, die Arbeit, die Sparsamkeit, die Pflichterfüllung, die Unbestechlichkeit, die selbstlose Hingabe und — ich gebrauche bewußt das Wort — den Dienst am Gemeinwohl.

(Lebhafter Beifall — Zuruf: auch südlich der Mainlinie!)

Ich glaube, daß gerade in unserer Lage diese Tugenden unentbehrlich sind, und ich meine, daß diese Konstante in unserer Politik unverzichtbar ist.

Nicht nur jugendlicher Protest und nicht nur europäische Stagnation und Moskauer Unberechenbarkeit lasten auf uns. Wir sind uns des atomaren Horizonts unserer Zeit und unserer Sicherheit ebenso bewußt wie der Flexibilität der Bedingungen des Weltfriedens. Wir leiden unter der grausamen Wirklichkeit — und das kann in keinem Bericht durchkommen, weil es dafür keinen Punkt soundso gibt —, der grausamen Wirklichkeit des Hungers, des Krieges, der Ungerechtigkeit und der Ungewissenheit an vielen Orten der Welt. Wir tun dagegen, was wir können, auch in Fragen Biafra.

Gleichwohl — und dies macht uns zu schaffen — spüren wir die starke Spannung zwischen den objektiven Möglichkeiten und den weit dahinter zurückbleibenden Realitäten der Weltpolitik. Frieden ist nämlich ebenso möglich wie das Freisein aller von Knechtschaft, Hunger, Armut, Unwissenheit. Die Realität ist gegen unseren Willen anders.

Dies geht uns alle an, weil in unserer Welt jeder jedermanns Nachbar geworden ist. Wen das alles nicht erregt, der beweist damit nicht Gelassenheit, sondern sein Eingekegeltsein in vorgestrigen Provinzialismus, dem fehlt Herz und Verstand.

(Beifall)

Wer wollte etwa als ein christlicher Demokrat junge Menschen tadeln, deren Unruhemotiv Hunger und Ungerechtigkeit in der Welt sind?!

(Beifall)

Wir dürfen uns deshalb nicht begnügen mit politischen Perspektiven, die nur dem eigenen Lebensbereich gerecht werden. Schon mit dem Blick auf Sicherheit und auch mit dem auf unser Drängen nach Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes wären solche Perspektiven unzureichend, sie wären zu eng und zu provinziell, und das wäre kein Schönheitsfehler, sondern gefährlich. Wir sind vielfach herausgefordert: von anderen Parteien, von auswärtigen Mächten, von einem kritischen Bewußtsein, von Veränderungen unserer Gesellschaft und der Welt, mehr noch von geistigen Entwicklungen. Ob wir es bisher richtig gemacht haben, interessiert immer weniger.

Wir sind gefragt, ob das, was wir heute für morgen entscheiden und planen, alles von einer Erkenntnis, von einer Basis aus geschieht, welche den fundamentalen Herausforderungen unserer Zeit zumindest gewachsen ist.

Unsere Pflicht heißt politisch handeln, freilich handeln nach Reflexion. Weder die Reflexion allein noch das Handeln allein genügen.

Aber auch im Alltag der praktischen Politik muß durchscheinen, daß wir und wie wir durch Analyse die Lage erkannt und durch Information und Diskussion unsere Politik begründet haben.

Gelänge uns das nicht, so hätten wir bereits die intellektuelle Herausforderung verloren, so entspräche unser Tun nicht den gestiegenen Erwartungen des kritischen Bewußtseins unserer Zeit, so blieben wir zurück hinter den anwachsenden Ansprüchen, die heute an uns alle mit Recht gestellt werden. Und ich sage noch einmal: Wer die geistige Führung verliert, wird die politische nicht behalten.

Der Weltkirchenrat in Upsala hat das Wort gegeben: „All unser Mühen muß sich auf Wandel ohne Gewalt richten.“ Ein gutes Wort! Das gilt auch gegen die Teilung Deutschlands und gegen die Abschnürung des freien Berlin.

Das gilt auch gegen die Mauer. Allzu viele sind — so spüren wir doch — im Herzen stumpf geworden — stumpf wie die Steine dort.

Nur solange wir Unrecht Unrecht, Gewalt Gewalt und Unfreiheit Unfreiheit nennen, nur ebenso lange keimt die Hoffnung auf das ganze Deutschland und das ganze Europa,

(lebhafter Beifall)

nur so lange, ebenso lange werden wir selbst Freiheit haben und Freiheit sagen können.

Wir wollen als Deutsche miteinander und mit allen Europäern in Frieden zusammenleben. Frieden, das ist — wie der Mexikaner Benito Juarez sagte — „die Rücksicht auf das Recht des anderen“.

Die politischen Bedingungen unserer Existenz sind hart und rauh. Viel Gefahr ist um uns. Kleine Fehler können große Wirkungen haben. Nichts von alledem wird uns bezwingen, wenn wir es nicht zulassen. Wir sind gefordert.

Ob wir bestehen und ob wir die Widrigkeiten überwinden oder sie über uns Herr werden, das ist die Frage, die uns gestellt ist. Die Fragestellung ist erbarmungslos nüchtern und hart. Unser Volk fragt, ob wir der Herausforderung gewachsen sind, die die Geschichte jetzt an uns stellt. Ich meine, wir sollten sagen: Ja!

(Langanhaltender lebhafter Beifall. – Bravo-Rufe)

Präsident Dr. Klepsch: Lieber Freund Barzel! Die Aufmerksamkeit und die Zustimmung des Parteitag, die Ihnen in so sichtbarer Weise von allen Seiten entgegengebracht worden sind, mögen mehr aussagen, als der Präsident es könnte, auf wie fruchtbaren Boden Ihre Ausführungen gefallen sind und mit wie großem Interesse wir dem breiten Spektrum des Berichtes gefolgt sind, der uns allen deutlich sichtbar machte, welche Aufgaben unserer Bundestagsfraktion bevorstehen und welche Aufgaben unsere Bundestagsfraktion zu bewältigen hat.

Ich möchte an dieser Stelle Ihnen auch ausführlich für die Arbeit danken, die Sie als Fraktionsvorsitzender geleistet haben. Unserer Fraktion möchte ich für die Geschlossenheit danken, mit der sie diese Arbeit in schwierigen Situationen unterstützt hat. Ich möchte Ihnen besonders im Hinblick darauf danken, daß die Arbeit mit dem Koalitionspartner, der uns in der Berichtszeit gegenüberstand, nicht leicht war. Sie hatten die schwere Aufgabe, das Maximum des für uns in dieser Koalition Erreichbaren herauszuholen. Dafür gebührt Ihnen ein Wort des Dankes und der Anerkennung.

(Lebhafter Beifall)

Die Herausforderung, die sie an diesen Parteitag gerichtet haben, mögen die Delegierten vielleicht dahingehend verstehen, daß sie durch ihre Beratungen in den folgenden Tagen der Bundestagsfraktion Anregungen und Impulse für ihre künftige Arbeit geben. Wir sollten also nicht nur von der Fraktion einen Blick auf verschiedene Probleme der Zukunft vermittelt bekommen haben, sondern in der Diskussion sollten auch Gedanken zurückgegeben werden. – Herzlichen Dank, Freund Barzel.

Wir können nun unsere Vormittagssitzung beschließen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für die Mitarbeit.

Der Parteitag tritt um 15 Uhr wieder zusammen.

(Schluß der Sitzung: 13.07 Uhr.)

4. Plenarsitzung, Dienstag, 15.12 Uhr

Präsident Dr. Klepsch: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Nachmittagsitzung mit einer geringfügigen Verspätung. Ich rufe erneut auf die Fortsetzung der Diskussion zum Antrag D 7 Ziffer 22. Ich möchte ihnen vorab, soweit Sie noch nicht im Besitz der blaubedruckten Änderungen sind, die Neuformulierung des Antrages D 7, die von mehr als 30 Delegierten unterzeichnet worden ist, vorlesen. Der Antrag D 7 hat jetzt folgenden Wortlaut: Auf dem Gebiete des Bildungswesens ist zur Förderung und Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen der Länder ein Bundesministerium zu errichten und dem Bund eine Rahmenkompetenz zu übertragen.

Als nächster hat das Wort der Delegierte Scherer, der gegen den Antrag sprechen wird.

Kultusminister Scherer: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Parteifreunde! Nachdem zum Abschluß der vormittäglichen Beratungen Herr Dr. Barzel ein so breites Spektrum der uns bedrängenden Fragen gezeichnet hat, ist es etwas schwer, nun zu einem, wenn auch wichtigen Detailproblem, das zudem mit dem Odium der Kompetenzkonflikte belastet ist, zurückzukehren. Wenn ich es trotzdem unternehme, mich gegen den Antrag von Hamburg auszusprechen, so nicht etwa nur, um als derzeitiger Präsident der KMK aus Gründen der Solidarität mit meinen Kollegen eine Pflichtübung zu absolvieren, sondern weil ich die vom Herrn Kollegen Rollmann vorgetragene Begründung für diesen Antrag für nicht tragfähig halte und überdies der Auffassung bin, daß die mit dem Antrag verbundenen Erwartungen von falschen Voraussetzungen ausgehen. Sicherlich ist es so, daß ein weitverbreitetes Unbehagen über die Bildungspolitik spürbar geworden ist. Aber wir erinnern uns der nach meinem Dafürhalten berechtigten Forderung an die Kulturpolitiker, daß sie den Versuch unternehmen sollten, dynamisch unsere Schul- und Bildungspolitik an die veränderten Voraussetzungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft anzupassen. Diese dynamische Anpassung, die zu einem geradezu turbulenten Umwandlungsprozeß führte, hat, wie in vielen Bereichen unserer Politik, so ungeheuer vieles in Frage gestellt und deshalb auch berechnete Beunruhigung ausgelöst.

Aber ich bin der Meinung, daß es einer gefährlichen Simplifizierung des Problems gleichkäme, die dabei auch freigelegte Reibungsfläche in der föderalistischen Struktur als die Ursache dieser Unruhe anzusehen.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz selbstverständlich, daß mit einem solchen Umwandlungsprozeß, wie wir ihn in der Schulpolitik erleben, auch ein Aufbruch sehr kontroverser Meinungen einher geht. Aber wer sorgfältig die Situation analysiert, der weiß auch, daß der Grenzverlauf dieser Meinungsunterschiede nicht etwa identisch ist mit dem Grenzverlauf der einzelnen Bundesländer.

Wir haben uns sehr darum bemüht, in diesem Umwandlungsprozeß Leitlinien für eine möglichst einheitliche Ausgestaltung des Bildungswesens zu

fixieren. Das ist uns auch in der Tat gelungen mit dem sehr entscheidenden Schritt zum Abschluß der Hamburger Vereinbarung zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des deutschen Schulwesens. Unsere Ministerpräsidenten haben in diesen Tagen eine einheitliche Regelung zur Fachhochschule beschlossen. Wir haben eine einheitliche Regelung zur Hochschulreform; aber, meine Damen und Herren, es wird doch eines deutlich: daß man sich über den Rahmen verständlicherweise recht schnell einigen kann. Aber wie in vielen Dingen steckt auch hier der Teufel im Detail. Man kann sich darüber einigen, daß die Studenten funktionsgerecht zu beteiligen sind, aber in welcher Größenordnung diese Beteiligung sich zu bewegen hat, darüber gibt es auch in Zukunft von Land zu Land sehr unterschiedliche Vorstellungen.

Das sei nur als ein Beispiel dafür genannt, um deutlich zu machen, daß innerhalb des gemeinsamen Rahmens, der relativ einfach zu zimmern ist, es aus Gründen der Sachgerechtigkeit notwendig ist, die Entscheidungsgremien möglichst in Frontnähe anzusiedeln, um eine Realität zur Kenntnis zu nehmen: daß nämlich innerhalb der deutschen Schul- und Kulturlandschaft sich historisch sehr unterschiedlich gewachsene Räume herausgebildet haben, die man im Rahmen eines Strukturmodells nur schrittweise aneinander heranführen kann. Hier ist es eine nach meinem Dafürhalten wesentliche Aufgabe der CDU, einmal zunächst selbst eine gemeinsame Konzeption dafür zu erarbeiten. Ich halte es für notwendig, daß die vielen Gremien, die sich in unserer Partei mit einem lobenswerten Engagement in der Kulturpolitik betätigen, durch eines ersetzt werden, das in der Lage ist, wie es heute morgen hier anklang, in der Tat eine gemeinsame Konzeption der CDU von der vorschulischen Erziehung bis zur Hochschule auszuarbeiten.

Ich glaube, das ist notwendiger, als eine neue Institution schaffen zu wollen, die nicht in der Lage wäre, in der notwendigen Frontnähe die Entwicklung der regionalen Schulpolitik auf die Erfordernisse des Bundes auszurichten.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Als nächster hat das Wort der Delegierte Hilf von Rheinland-Pfalz. Er spricht gegen den Antrag.

Hilf: Meine lieben Parteifreunde! Es ist heute morgen mit Recht von einem gewissen Unbehagen in der Kulturpolitik gesprochen worden, aber ich glaube, das Unbehagen besteht nicht nur auf diesem Gebiet, sondern es besteht beispielsweise auch in der Finanzverfassung, im Finanzausgleich, im öffentlichen Dienstrecht, aber in den beiden letzten Gebieten hat der Bund eine Rahmenkompetenz. Trotzdem sind diese Probleme nicht gelöst worden; trotzdem bleibt ein großes Unbehagen.

(Beifall)

Man kann es auch nicht einfach so abtun, als sei das keine Frage, und zwar die Rahmenkompetenz und das Bundeskulturministerium hinsichtlich der

bundesstaatlichen Ordnung; denn in der Tat ist doch die Zuständigkeit in der Kulturpolitik noch fast die einzige, die den Ländern geblieben ist. Wenn man sie nun noch bis zu einem Rest abbaut, was bleibt dann noch von der Staatlichkeit der Länder? Man muß doch die Gefahr sehen, daß dann die Länder zu Verwaltungsprovinzen und die Landtage zu Regionalparlamenten herabqualifiziert werden, die dann nur noch die Aufgabe haben, Ausführungsgesetze zu verabschieden.

Heute morgen hat mit Recht Herr Dr. Barzel das mächtige Paket der Aufgaben für den Bundestag aufgezeichnet. Womit wollen Sie sich noch belasten, meine Herren Bundestagskollegen? Eines sollte man doch sehen: wenn auch noch die Kulturpolitik in die Rahmenkompetenz des Bundestages oder eines Bundesministeriums kommt, dann hat sie im Bundestag zu konkurrieren mit Außenpolitik, mit Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Und ich frage, welchen Rangwert dann die Kulturpolitik, die wir als das Kernstück unserer Gesellschaftspolitik bezeichnen, noch behalten wird.

In den Ländern ist die Kulturpolitik die Priorität Nummer 1. Alle Länderhaushalte weisen 25 bis 30 % ihrer Ausgaben für die Kulturpolitik aus. Es ist auch tatsächlich zu fragen: Ist es denn ein Schaden, wenn nicht alles, etwa die Hochschulen oder auch die Schulen, nach einem Modell gezimmert ist? Soll etwa das Frankfurter Hochschulmodell dasjenige für die Bundesrepublik werden? Ich glaube, auch die einklassige Bekenntnisschule sollte es nicht sein. Hier zeigt sich doch das Problem, daß die Konkurrenz der Länder ja gerade die Dynamik in die Kulturpolitik gebracht hat. Sie würde beseitigt, wenn sie in der Rahmenkompetenz des Bundes wäre.

Heute morgen ist mit Recht auch der Vergleich aus der Weimarer Reichsverfassung, die eine Rahmenkompetenz hatte, und der Vergleich mit der französischen Entwicklung aufgezeigt worden, der deutlich zeigt, daß hier der Weg nicht zu einer zentralistischen Regelung, sondern zu einer föderalistischen geht. Es gibt durchaus ein Instrumentarium, das es der CDU erlauben würde, auch hier etwas mehr Einheitlichkeit zu beweisen. Meines Erachtens sollte man unseren Kultusministern den Rat geben, häufiger zusammenzukommen. Man sollte auch die Partei ermuntern, endlich ihre Kulturpolitik zu koordinieren.

Lassen Sie mich noch ein Letztes sagen, was meines Erachtens gegen den Antrag von Hamburg spricht. Sicherlich haben hier als letztes Motiv mitgespielt – und es ist interessant, daß Hamburg und Hessen dafür sprechen – die Hoffnungen einer Fraktion, die in der Opposition steht, daß ein CDU-Bundesminister und eine Bundestagsmehrheit der CDU die Richtlinien der Kulturpolitik besser bestimmen könnten. Ich frage mich nur, wie lange dauert dieser Zustand möglicherweise an. Wie ist es, wenn dieses Ministerium von der SPD besetzt ist und eine SPD-Mehrheit der Kulturpolitik ihren Stempel aufdrückt?

(Beifall)

Ich glaube, wir wären froh, wenn es dann Länder gäbe, in denen noch die CDU Kulturpolitik machen kann.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich habe noch drei Wortmeldungen vorliegen und möchte damit eigentlich die Rednerliste schließen. Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe dann als nächsten Redner auf den Delegierten Professor Dr. Mikat aus dem Rheinland. Er spricht für den Antrag.

Prof. Dr. Mikat: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich zu diesem Thema nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht in der Diskussion jetzt zwei Bereiche durcheinandergekommen wären, nämlich der Bereich der Gesetzgebung, und zwar im Sinne der Rahmengesetzgebung, und der Bereich der Verwaltung und der Ausführung einer möglichen Bundesgesetzgebung durch die Landesgesetze.

(Beifall)

Es ist doch merkwürdig: In Art. 74 GG hat der Verfassungsgesetzgeber dem Bunde eine umfassende konkurrierende Kompetenz zugewiesen, u. a. auch die Kompetenz des Art. 74 Nr. 13 zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Wenn man fragt: warum hat der Bund bisher von Art. 74 Nr. 13 im Wege der Gesetzgebung keinen Gebrauch gemacht, muß man antworten: doch nicht deshalb, weil etwa der Bundesforschungsminister oder weil die Damen und Herren der Bundestagsfraktionen am Materienbereich uninteressiert seien, sondern weil es einen innigen Zusammenhang im Bereich der Gesetzgebung zwischen möglicher Forschungsgesetzgebung, möglicher Hochschulgesetzgebung, möglicher Schulgesetzgebung gibt, der als Sachzusammenhang zu sehen ist.

(Beifall)

Es redet hier doch kein Mensch davon, der sich für diesen Antrag einsetzt — ich werde gleich zum Antrag selber noch ein ganz kritisches Wort sagen — die Schulen von Flensburg bis Mittenwald von Helmstedt bis Aachen sollen nach demselben Lehrplan gestaltet werden.

(Zustimmung)

Es geht doch gar nicht darum, daß wir einem öden, nivellierenden, sagen wir einmal „Zentralismus“ hier das Wort reden wollten. Wer den Föderalismus stärken will, muß ihn aber als dynamischen Föderalismus begreifen und muß diese Bundesrepublik doch zumindest hineinstellen wollen in ein europäisches Bildungsgefüge.

(Beifall)

Und um diese Angleichungsmöglichkeit geht es.

Lieber Herr Scherer, ich bin ja selber fünf Jahre lang in der Kultusministerkonferenz gewesen. Infolgedessen spreche ich aus leidvoller Erfahrung. Es ist ja doch so: Sie müssen im Wege einer Rahmenkompetenz – und nicht mehr soll hier erreicht werden – einige für den Gesamtbereich des Bundes wichtige Grundentscheidungen treffen können. Es muß z. B. eine Entscheidung darüber fallen, ob wir für den Bereich der Gesamtschulzeitdauer 12 oder 13 Jahre brauchen.

(Beifall)

Das ist eine Entscheidung, die Sie letzten Endes nicht nur mit bildungspolitischen, sprich: spezifisch pädagogischen Argumenten fällen können, sondern letzten Endes hat hier eine gesamtpolitische Entscheidung zu stehen. Erst wenn Sie einen solchen Bezugspunkt haben, können Sie andere Reformprobleme daraufhin abstimmen.

Zweitens: Wir müssen die Möglichkeit haben, ähnlich wie bei Medizinern, Pharmazeuten und Tiermedizinern eine Rahmenvorschrift für das Prüfungswesen auch auf anderen Gebieten zu erlassen, die dann der Ausfüllung durch die einzelne Landesgesetzgebung bedarf. Um mit dem Staatsrechtslehrer Rudolf zu sprechen: es ist in der Tat nicht einzusehen, warum ausgerechnet auf dem so bedeutungsvollen Gebiete des Bildungswesens, das wir eben heute nicht mehr als isoliertes Gebiet begreifen, sondern in seinen gesamtgesellschaftlichen Bezügen verstehen, warum hier ein Mitwirkungsrecht des Bundes durch eine Rahmenkompetenz ausgeschlossen wird.

(Beifall)

So sehr ich meine im übrigen in dieser Partei seit 1963 erhobene Forderung hier wiederhole, dem Bunde zu geben, was er im Hinblick sowohl auf die Angleichung der europäischen und internationalen Entwicklungstendenzen wie auch zur Sicherung einer auf die Gesamtheit des Bundes bezogenen fortschrittlichen Innenentwicklung braucht, so sehr, sage ich, sollte davon die Frage eines Ministeriums abgespalten werden. In diesem Punkte lehne ich den Antrag ab.

(Sehr gut!)

Das sollte man hier heute gar nicht zur Diskussion stellen.

Die Rahmenkompetenz des Bundes bedeutet keine Herstellung eines Zentralismus, sondern sie wäre ein Mittel, um wiederum den Gedanken der Föderation, den Gedanken des Föderalismus in unserem Lande virulent zu machen.

(Beifall)

Natürlich können Sie sagen: Hat man denn dafür genug Zeit? Das ist die Frage, die Herr Hilf von Rheinland-Pfalz eben gestellt hat. Was will der Bundestag noch alles machen! Wir sollten ihm zumindest die Chance geben,

innerhalb seiner verfassungsrechtlichen Zuständigkeit dann arbeiten zu können. Denn nichts ist schlimmer, meine Damen und Herren, als etwa den Bundesforschungsminister oder den Bundesinnenminister in die Situation zu versetzen, tätig werden zu müssen ohne Zuständigkeit oder mit jenen gewagten verfassungsrechtlichen Interpretationskunststücken, mit denen man glaubt, durch eine möglichst extensive Interpretation der Verfassung ihr eben noch gerecht zu werden. Verfassungen gehören nicht extensiv, sondern eng ausgelegt. Aber gerade darum sollten wir hier dem Bunde die Möglichkeit einer verfassungskonformen Mitwirkung im Sinne einer Rahmengesetzgebung, die sich in den Katalog des Art. 74 GG einfügt, geben. Um mehr geht es hier heute eigentlich nicht.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke sehr. Als nächster hat das Wort der Delegierte Dr. Filbinger. Er spricht gegen den Antrag.

Ministerpräsident Dr. Filbinger (Baden-Württemberg): Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Glauben Sie nun nicht, daß ich als ein Verteidiger des Föderalismus und seiner Rechte hier in Erscheinung trete. Ich teile genauso wie Sie alle die Unzufriedenheit mit den Unzulänglichkeiten unseres Bildungswesens. Im Gegenteil, es ist gerade ein großer Teil der Arbeit, die wir in den Ländern in den zurückliegenden 10 oder 15 Jahren geleistet haben, der Beseitigung der Unzulänglichkeiten gewidmet gewesen, die in Erscheinung getreten sind.

Aber ich möchte davor warnen, anzunehmen, daß die Schwierigkeiten aus der Zuständigkeit der Länder resultieren und daß es besser ginge, wenn man nun eine umfassende Kompetenz des Bundes für alle diese neuralgischen Gebiete schaffen würde. Dabei wird doch meines Erachtens etwas sehr Entscheidendes verkannt, nämlich die Tatsache, daß wir uns im Zustande der Umbildung – wenn Sie wollen, kann man sogar das anspruchsvolle Wort der Bildungsrevolution nennen – befinden und daß dieser Zustand eben zwangsläufig zu Schwierigkeiten führt, deren Bewältigung einer langen Zeit bedarf.

Es wäre falsch, wenn man annähme, dadurch, daß man zentrale Kompetenzen schaffe, werde man innerhalb kürzerer Zeit mit all den differenzierten Neubildungen etwa im Bereich der Hochschulen, der Universitäten, im Bereich der Fachhochschulen, im Bereich der differenzierten Gesamtschule und vielem anderen fertig werden. In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Natur dieses Umbildungsprozesses Schwierigkeiten hervorruft, die der Bund genauso bewältigen müßte. Und er bräuchte ganz bestimmt eine nicht geringere Zeit, als sie von den Ländern benötigt wird.

Mit Recht ist vorhin darauf hingewiesen worden, daß der Bund ja jetzt schon Rahmenkompetenzen besitzt, daß wir aber auf Gebieten, wo diese Rahmenkompetenzen existieren, nicht etwa sagen können, daß wir mit dem jetzigen Zustand zufrieden sind.

Es ist heute früh beteuert worden, daß der Antrag Hamburgs keinen Angriff gegen den Föderalismus bedeute; es bleibe ja alles beim alten, und Rahmenkompetenzen für den Bund würden nicht das geringste an der Qualität der Länder ändern. Es ist darauf hingewiesen worden, daß das Bundesinnenministerium auch die Qualität der Länder nicht beseitige. Meine Damen und Herren, ich glaube, hier ist gerade ein entscheidendes Exempel dafür gesetzt, daß man hier nicht mit ganz richtigen Maßstäben mißt. Denn die Polizei, die der Bundesinnenminister hinsichtlich des Grenzschutzes verwaltet und die die Landesinnenminister in eigener Kompetenz als Landespolizei zu verwalten haben, ist doch nur ein kleiner Teil der Länderkompetenz, während es zu den Königsrechten der Länder gehört, ihre kulturelle Eigenart, ihre Tradition, die Vielfalt der deutschen Stämme und Landschaften in ihrer Kulturpolitik und ihren Institutionen zur Anschauung und zur Entfaltung zu bringen.

Und, meine Damen und Herren, was ist denn geschehen? Ist es nicht wahr, daß die Länder seit vielen Jahren aus eigenen Kräften heraus neue Reformuniversitäten gegründet haben, bevor der Ruf vom SDS und von der APO nach Universitätsreform geäußert worden ist? In dem Lande, aus dem ich komme, ist vor acht Jahren die Gründung der Universität Konstanz beschlossen worden, und darauf ist Ulm gefolgt, und in Bayern und in Nordrhein-Westfalen, sogar in Bremen sind ähnliche Gründungen auf bestem Wege. Das ist aus der Kraft und aus der Kompetenz der Länder gekommen, und keiner kann sagen, daß diese Gründungen etwa nicht adäquate Lösungen der jeweils gestellten Probleme seien.

Die Länder haben ihre finanzielle Kraft bis an den Rand, ja, über den Rand hinaus ausgenutzt. Sie haben für die Kultur alles eingesetzt. Das gilt für sämtliche Länder quer durch das Bundesgebiet. Wir werden das, ebenso wie es auf einer Reihe von Gebieten in der zurückliegenden Zeit erfolgreich geschehen ist, auch in Zukunft tun können. Ich nenne beispielsweise den Beschluß über die Richtlinien für Hochschulgesetze, den die Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche verabschiedet haben.

In Baden-Württemberg existiert ein solches. Im Bundesgebiet wird nun nach Richtlinien, die gefunden sind, einheitlich eine Hochschulgesetzgebung über die Bühne gehen. Das gleiche Gremium hat Richtlinien für eine einheitliche Ingenieurausbildung in den Fachhochschulen des ganzen Bundesgebiets gefunden, und auch dieses Gebiet wird nun aus der Kraft und Kompetenz der Länder gelöst werden.

Es trifft doch nicht zu, daß etwa unsere Volksschulen keinen einheitlichen Typ darstellen. Allerdings, bei der Reform im Sinne einer Anhebung in bezug auf das 9. und 10. Schuljahr sind neue Impulse vorhanden. Aber die Kultusministerkonferenz war meines Erachtens bisher in der Lage, dieses Problem zu lösen, und ihre Vorschläge sind auf dem Wege in die Realisierung. Aber auch das geht nicht von heute auf morgen, dazu braucht man Zeit.

Deshalb glaube ich nicht, daß man den hier aus der Kritik an den Unvollkommenheiten unseres Bildungswesens entstandenen Impuls gegen Institutio-

nen richten sollte, sondern man sollte ihn richten auf eine Bildungspolitik dem materiellen Gehalte nach. Wenn wir uns als Christlich Demokratische Union dazu durchringen, unsere bildungspolitischen Konzeptionen in die Tat umzusetzen, dann werden wir in den Ländern die Wege finden, zusammen und in Kooperation mit dem Bund, so wie bisher auch. Wir haben unbestreitbar kooperiert. Wir haben den Weg gefunden, daß die Neugründung und der Ausbau von Universitäten als gemeinsame Aufgabe mit dem Bund bewältigt werden soll; das ist ein Modellfall.

Wer wollte meinen, daß es, wenn wir nun eine Rahmenkompetenz oder sogar ein gemeinsames Ministerium schaffen, besser möglich wäre, diese Aufgaben zu bewältigen, als das bisher der Fall ist?

Meine Meinung ist also: Impulse – ja! Aber Impuls nicht gerichtet gegen die Institution, sondern gerichtet auf praktische Politik, die die Länder gemeinsam mit dem Bund in die Welt setzen können! Und da sage ich Ihnen: zunächst einmal Ausschöpfung der Kooperationsmöglichkeiten, die vorhanden sind, Ausschöpfung der Rahmenkompetenzen, die der Art. 74 GG bisher gibt! Im übrigen: wer hindert uns, so, wie das in Ziffer 22 steht, die Rahmenkompetenz des Bundes auf einer Reihe von Gebieten, darunter auch dem Bildungsgebiet, zu verbessern? Das wollen wir, und das werden wir ohnedies tun. Aber wir brauchen dazu kein Bundeskultusministerium oder ein anders geartetes eigenes gründendes Bundesministerium.

(Beifall und Zischen)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Als letzter Redner hat das Wort der Delegierte Rollmann. Ohne von meinem Recht, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen, Gebrauch zu machen, möchte ich den Delegierten bitten, sich daran zu halten.

Rollmann, MdB, Hamburg: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gegen den Hamburger Antrag hat hier eben eine stattliche Reihe von amtierenden, ehemaligen, designierten Ministerpräsidenten und Kultusministern gesprochen, und sie haben außerordentlich interessante Argumente vorgetragen.

Ich möchte mich dagegen wehren, daß hier der Teufel des Zentralismus an die Wand gemalt wird. Wenn wir in unserem Antrag auf dem Gebiet des Bildungswesens zur Förderung und Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen der Länder eine Rahmenkompetenz des Bundes fordern, dann berechtigt das niemanden, zu sagen, daß wir eine zentralistische Lösung des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland wünschen.

(Beifall)

Es ist gesprochen worden von der großen Mühe, die sich die Ministerpräsidenten und die Kultusminister in den vergangenen Jahren auf diesem Sektor

gemacht haben. Niemand bestreitet die große Mühe unserer Freunde in den Ämtern der Ministerpräsidenten und der Kultusminister. Aber die Ergebnisse stehen nicht in dem richtigen Verhältnis zu der Mühe,

(Beifall)

die die Ministerpräsidenten und die Kultusminister in den vergangenen Jahren aufgewandt haben.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht bei diesem unserem Antrag auch nicht darum, eine Gleichmacherei auf dem Sektor des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zu betreiben und dafür zu sorgen, daß in der Klasse 3 in Flensburg genauso unterrichtet wird wie in der Klasse 3 in Konstanz, sondern es geht darum, daß die Bildungsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in etwas größerem Umfang einander angenähert werden, als es in den vergangenen Jahren der Fall war, eben durch eine Rahmenkompetenz des Bundes.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einmal einen Gesichtspunkt hervorheben. Wir stehen vor umfangreichen Schulreformen in den einzelnen Bundesländern: hier eine Reform des bisherigen Schulsystems durch die Einführung der sogenannten Gesamtschule, in jenem Lande eine Hochschulreform nach dieser Konzeption, in einem anderen Lande eine Hochschulreform nach jener Konzeption. Allein darum geht es in unserem Antrag: eine weitere Zersplitterung des Schul- und Hochschulwesens in unserem Lande zu verhindern.

(Beifall)

Man hat gesagt, man brauche kein Bundeskultusministerium. Der Hamburger Landesverband ist ein sehr flexibler Landesverband.

(Zurufe)

Aus diesem Grunde haben wir in der Änderung auf Umdruck 37 erklärt, da sich einige Damen und Herren besonders an der Formulierung „Kultusministerium“ stören, daß es nur noch heißen soll „Bundesministerium“, um anzuzeigen, daß wir wünschen, daß dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung die Rahmenkompetenz im Bereich des Bildungswesens zugeordnet wird.

Ich beantrage getrennte Abstimmung über die Frage eines Bundesministeriums einerseits und der Rahmenkompetenz für den Bund auf dem Sektor des Bildungswesens andererseits. Ich bin nur der Meinung, daß wir auf ein Bundesministerium nicht verzichten können, und sei es nur auf dem Wege

eines Ausbaus des Ministeriums für wissenschaftliche Forschung. Denn wenn im Bundestag und im Bundesrat eine Initiative auf dem Sektor der Rahmenkompetenz ergriffen werden soll, muß doch ein verantwortliches Ministerium in der Bundesregierung da sein, das eine solche Initiative gesetzgeberisch vorbereitet. Einige Redner haben hier verlangt, nur die Rahmenkompetenz für den Bund vorzusehen, aber nicht ein Ministerium in der Bundesregierung. Das ist im Grunde nur die Verhinderung der faktischen Ausfüllung der Rahmenkompetenz, die hier verlangt wird.

(Beifall)

Denn die Rahmenkompetenz des Bundes auf dem Sektor des Bildungswesens, wie wir sie wollen, wird niemals ausgefüllt werden, wenn es nicht ein entsprechendes Haus in der Bundesregierung gibt, das dafür zuständig und verantwortlich ist.

Ich wehre mich auch gegen den Gedanken, eine Rahmenkompetenz nur auf dem Sektor des Hochschulwesens vorzusehen. Auch für das allgemeinbildende Schulwesen ist die Rahmenkompetenz notwendig. Der Vertreter der Antragskommission, Herr Dr. Kohl, wird gleich beantragen, daß jetzt erst einmal die Anträge E 9 und E 33 behandelt und zur Abstimmung gestellt werden. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich darauf bitte nicht ein!

(Heiterkeit und Beifall)

In E 9 wird nicht mehr verlangt als eine Rahmenkompetenz des Bundes für die Bildungsplanung. Das ist nicht ausreichend. In E 33 wird eine Kompetenz des Bundes auf dem Sektor des Hochschulwesens gefordert. Wir brauchen aber die Gesamtkompetenz des Bundes auf dem Sektor des Bildungswesens, wenigstens in der Form der Rahmenkompetenz. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem hamburgischen Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Dr. Lemke.

Ministerpräsident Dr. Lemke: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich befürworte die Rahmenkompetenz. Nur steht in Ziffer 22:

Die Rahmenkompetenzen des Bundes müssen erweitert werden. Und der nächste Satz lautet: Das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens . . .

Das ist allumfassend. Ich schließe mich diesem Antrag an.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Zur Geschäftsordnung Dr. Kohl!

Dr. Kohl, Rheinland-Pfalz: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Unser Freund Rollmann hat es freundlicherweise übernommen, meine Einlassung hier schon vorher zu interpretieren. Wir waren uns bei unseren Vorbesprechungen – ich glaube, wie viele auf diesem Parteitag – darüber einig,

daß in dem kulturpolitischen Teil ein wesentlicher Beitrag enthalten sein muß in Richtung auf eine Einheit des schulpolitischen Geschehens in der Bundesrepublik.

Der Antrag E 9 lautet:

Durch eine Rahmenkompetenz des Bundes für Bildungsplanung muß dafür gesorgt werden, daß die schulpolitische Entwicklung in den einzelnen Bundesländern gemeinsame Wege geht.

Der weitere Antrag des Landesverbandes Hessen, der Antrag E 33, lautet:

Zu Ziffer 41 wird folgende Ergänzung vorgeschlagen:

Um das zu erreichen, ist eine Rahmenkompetenz des Bundes für Hochschulfragen erforderlich.

Wir in unserem Landesverband waren und sind der Meinung, daß diese beiden Anträge genau das sind, was wir brauchen, um unseren gemeinsamen Wunsch in der Zukunft weiter zu befördern.

Wenn gesagt wird, dazu brauche man ein weiteres, zusätzliches Ressort, kann ich nur mit Verwunderung fragen: warum? Wenn hier überhaupt ein Ressort zuständig ist, so kann das nur das unseres Freundes Stoltenberg sein.

Man braucht also darauf nicht in einem eigenen Antrag einzugehen. Deswegen darf ich vorweg formell beantragen, obwohl die Gruppe E noch nicht in der Debatte ist, daß wir die beiden Anträge, die die Freunde aus Hessen eingebracht haben und für die wir auch eintreten und immer eintraten, weil sie in einem engen Sachzusammenhang zu dem stehen, was Herr Rollmann vorgetragen hat, in die Abstimmung zu diesem Punkt miteinbeziehen.

(Zischen – Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Meine Damen und Herren, ich habe zur Geschäftsordnung diesen Antrag gestellt. Das muß doch möglich sein. Ich verstehe nicht, warum Sie dabei unruhig werden. Das ist doch ein enger Sachzusammenhang, auch wenn das in einem anderen Kapitel steht. Dieser Parteitag hat doch Autorität über seine eigene Geschäftsordnung. Worum ich jetzt bitte, ist doch nur um Ihren Beschluß, daß Sie jetzt an dieser Stelle auch diesen Punkt mitentscheiden, weil er sich einfach von dem anderen Punkt nicht trennen läßt. Jeder, der sich um diese Sache etwas kümmert, muß mir das doch zugeben.

(Zuruf: Dann begründen Sie formell und nicht materiell – Beifall)

Ich habe den Zwischenruf hier nicht verstanden.

(Erneuter Zuruf: Sie sollen formell begründen! – Weitere Zurufe)

Präsident Dr. Klepsch: Ich würde vorschlagen, die Zurufe einzustellen. Ich nahm an, daß der Delegierte Kohl am Ende seiner Ausführungen sei.

(Beifall)

Dr. Kohl: Nein, Herr Vorsitzender. Ich möchte jetzt noch eine Bemerkung machen. Nachdem Herr Rollmann unser Tun und unseren Vorschlag bereits vorher interpretiert hat, muß ich noch eine kurze Bemerkung auch dazu machen.

Meine Damen und Herren, wem es darum geht, daß wir ein größeres und erwünschtes Maß von Einheitlichkeit in diesen bildungspolitischen Fragen gewinnen, der muß diesen Weg zu mehr Kompetenz für den Bund beschreiten.

(Zischen)

Wem es darum geht, jetzt in dieser Frage eine grundsätzliche Veränderung des föderativen Staates der Bundesrepublik einzuführen, von dem erwarte ich nichts anderes, als daß er schlicht und einfach sagt, daß er das will. Wir können natürlich auch darüber sprechen. Dies ist, meine Damen und Herren, keine heilige Kuh, die auf einem CDU-Parteitag nicht diskutiert werden kann.

(Lachen)

Ich würde nur bitten, daß wir auch offen aussprechen, was wir meinen. Wenn wir über Bildungsplanung und Einheitlichkeit in der Bildungspolitik sprechen, dann sind wir dabei und sind dafür. Dann soll man das offen aussprechen.

(Zurufe)

Das ist das Ziel, das sich die hessischen Freunde mit ihrem Antrag gestellt haben. Wenn man etwas anderes will – wie es Herr Rollmann soeben dargestellt hat – dann soll man das auch sagen. Dann muß man sich mit dem auseinandersetzen. Ich muß nur sagen: dann ist das nicht nur eine Frage der Bildungspolitik; dann ist das eine Frage der föderativen Struktur insgesamt. Dazu gehört auch selbstverständlich, daß wir über weitere notwendige Anträge in diesem Zusammenhang sprechen. Dann müssen wir verständlicherweise auch das Tableau der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland verändern.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich lasse zuerst über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen – weil das eine Frage ist, die der Parteitag entscheiden muß – ob wir die beiden Anträge aus dem Kapitel E hier mit zur Beratung und Abstimmung stellen. Ich bitte diejenigen Delegierten, die für den Antrag sind, die beiden E-Anträge, die soeben angesprochen worden sind, hier in die Beratung und Abstimmung einzubeziehen, um das Heben ihrer roten Delegiertenkarte. – Danke sehr. Die Gegenprobe! – Das letzte war die Mehrheit.

(Widerspruch und Zischen)

Es wird bezweifelt. Nach Meinung des Präsidiums war das letzte die Mehrheit. Wir lassen auszählen.

(Zurufe)

Gut, wir wiederholen noch einmal. Vielleicht gewinnen wir so einen besseren Eindruck. Ich darf diejenigen, die dafür sind, die beiden E-Anträge in die Beratung und Beschlußfassung einzubeziehen, bitten, ihre roten Delegiertenkarten zu heben. Danke. Die Gegenprobe! Wir müssen auszählen. Wir nehmen zwar jetzt an, daß das erste die Mehrheit war.

(Zurufe)

Es ist unübersichtlich. Ich darf bitten auszuzählen. Diejenigen, die für die Hereinnahme der beiden E-Anträge sind, bitte ich, ihre Delegiertenkarte zu heben und oben zu lassen, bis die Ordner gezählt haben. Ist die Auszählung abgeschlossen? Dann darf ich diejenigen bitten, ihre Stimmkarte zu heben, die gegen die Hereinnahme der beiden E-Anträge sind. Ich bitte, auszuzählen. Ich darf bitten – um jedes Mißverständnis zu vermeiden – in Zukunft ausschließlich die rote Delegiertenkarte bei Abstimmungen zu verwenden. Die Ordner werden andere Karten nicht zählen, auch erhobene Arme nicht.

Das Ergebnis lautet wie folgt: Die Hereinnahme von Antrag E 9 und E 33 ist mit 195 gegen 182 beschlossen worden.

(Vereinzelter Beifall)

Wir treten nun in die Abstimmung ein. Der weitestgehende Antrag ist zweifellos der Antrag D 7. Es ist getrennte Abstimmung über die beiden Teile von Antrag D 7 beantragt worden; wir folgen dem.

Ich darf bitten, daß zunächst diejenigen, die dem Antrag D 7 auf Errichtung eines Bundesministeriums zustimmen, ihre rote Stimmkarte heben.

(Zuruf)

Der Antragsteller hat das selber beantragt. Danke sehr. Die Gegenprobe! Das Präsidium ist sich uneinig; es scheint so, als ob das erste die Mehrheit gewesen sei. Wir bitten, die Abstimmung nochmals zu wiederholen.

Diejenigen, die für das Bundesministerium sind, bitte ich, ihre Delegiertenkarte zu erheben. Ich danke sehr. Nun die Gegenprobe.

(Zurufe: Auszählen!)

Wir lassen auszählen. Ich darf Ihnen auch sagen, warum die Meinung des Präsidiums nicht einheitlich ist. Es liegt an den beiden großen Scheinwerfern, die es uns sehr schwer machen.

(Erneute Zurufe: Auszählen!)

Wir lassen daher auszählen, damit nachher kein Streit entsteht. Ich bitte diejenigen, die für das Bundesministerium sind, ihre Stimmkarte zu erheben, außerdem bitte ich, auszuzählen.

(Zuruf: Wozu haben wir Stimmzettel?)

Diese zu verwenden, hat niemand beantragt.

(Es erfolgt Auszählung der Stimmen)

Ich bitte Sie nun, die Karten wieder zu senken; die Auszählung ist abgeschlossen.

Nunmehr bitte ich diejenigen, die gegen das Bundesministerium sind, ihre Stimmkarte zu erheben. – Ich bitte, auszuzählen.

(Es erfolgt Auszählung der Stimmen)

Der erste Teil des Antrags D 37 als Neufassung des Antrags D 7 ist mit 203 Stimmen bei 195 Gegenstimmen angenommen worden.

(Bravo-Rufe – lebhafter Beifall)

Wir stimmen jetzt über Teil 2 des neuformulierten Antrags D 7 in der Fassung des Antrags D 37 ab, dem Bund eine Rahmenkompetenz zu übertragen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, seine rote Stimmkarte zu heben. – Ich danke sehr. Die Gegenprobe. – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Stimmenenthaltungen ist der zweite Teil angenommen worden.

(Beifall)

Es wird nun das Wort zur Geschäftsordnung erbeten. Da wir die Abstimmungen beendet haben, erteile ich das Wort zur Geschäftsordnung.

Lange: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir hatten zu Beginn einen Antrag zur Geschäftsordnung vorliegen, die Nummern von Abschnitt E aufzunehmen. Wir haben uns dann alle mit dem Auszählen der Stimmkarten begnügt und ebenfalls mit dem Ergebnis. Die Frage, die anschließend gestellt wurde, ob das Bundesministerium in unser Aktionsprogramm hineingenommen werden soll, ist aber von grundsätzlicher Bedeutung. Das Abstimmungsergebnis war 203 Stimmen gegen 195. Ich bin der Meinung, daß angesichts der Unsicherheit – das gilt auch hier für das Auszählen – diese Wahl angezweifelt werden muß. Ich bitte deshalb um schriftliche Abstimmung.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich darf darauf hinweisen, daß nach Auffassung des Präsidiums ein solches Verfahren nicht möglich ist. Darüber ist sich das Präsidium einig.

(Unruhe und Widerspruch)

Wir fahren in unserer Tagesordnung fort. Die Anträge zum Abschnitt E, die wir hier übernommen haben, sehe ich als erledigt an, und zwar auf Grund der Annahme der weitergehenden Fassung, die in dem Antrag D 37, also dem neugefaßten Antrag D 7; enthalten ist.

Wir kommen damit zum Antrag D 8. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag D 8 ist, den bitte ich, seine rote Stimmkarte zu erheben.

(Zurufe: Wortmeldungen!)

Es sind keine Wortmeldungen hier eingegangen. – Ich danke sehr. Wer ist dagegen? – Das letztere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag D 8 abgelehnt.

Zu den Wortmeldungen darf ich nochmals darauf hinweisen – Ich sagte das bereits heute vormittag – daß wir nur noch schriftliche Wortmeldungen akzeptieren können, es sei denn, daß sich eine Wortmeldung aus der Situation heraus ergibt. Es war Zeit genug, Wortmeldungen zum Antrag D 8 abzugeben.

Wir kommen zur Entscheidung über den Antrag D 10. Wer für den Antrag D 10, den die Antragskommission abzulehnen vorschlägt, ist, den bitte ich, seine rote Stimmkarte zu erheben. – Ich danke sehr. Wer ist dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen damit zum Antrag D 29. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrags, und zwar im Zusammenhang mit dem Antrag D 39, den die Antragskommission auch anzunehmen bittet. Wer also für den Antrag D 29 ist, den bitte ich um das Heben der roten Stimmkarte. – Ich danke sehr. Wer ist dagegen? – Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag D 29 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 22 in der Fassung, die sich nunmehr ergeben hat. Wer der Ziffer 22 in der jetzigen Fassung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. – Ich danke sehr. Wer ist dagegen? – Ich danke sehr. Bei wenigen Gegenstimmen ist die Ziffer 22 in der Fassung, die sich nunmehr ergeben hat, angenommen.

Wir gehen über zur Ziffer 23. Hierzu liegen uns die Anträge D 11, D 12, D 13, D 14, D 16, D 30 und D 31 vor. Der Antrag D 15 ist zurückgezogen worden, weil die Antragsteller davon ausgehen, daß der Antrag D 30 ihrem Anliegen voll entspricht. Wird zur Begründung des Antrages D 11 das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wird das Wort zur Begründung des Antrags D 12 gewünscht?

(Zuruf: Ja!)

Bittel

Dr. Riesebrodt: Herr Parteitagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, bei Ihnen um die Annahme des Antrags des Kreisverbandes Steglitz zu werben. Es handelt sich darum, daß die jungen Staatsbürger bereits mit 23 Jahren das passive Wahlrecht erhalten. Es ist mir klar, daß die Problematik, um die es hier geht, Ihnen weitgehend bekannt ist. Ich könnte dem Antrag dadurch schaden, daß ich ihn zu eingehend begründete.

Es ist mir ferner klar, daß ein allein richtiges Alter von Gesetzes wegen nicht festgelegt werden kann. Deshalb kann man diese Frage nur unter den Gesichtspunkten entscheiden, ob es einmal richtig und im Sinne der Christlich Demokratischen Union ist, wenn die jungen Staatsbürger möglichst früh wählen, und ob es zum anderen, wenn man sich auf ein bestimmtes Alter geeinigt hat, irgendwie schädlich sein könnte.

Daß wir die jungen Staatsbürger recht früh heranziehen wollen, ist hier bis zum Überdruß bereits betont worden. Ich meine, an diesem Wort wollen wir festhalten. Nun wird der eine oder andere möglicherweise sagen, so ein Mensch von 23 Jahren ist im allgemeinen in seinem Beruf noch gar nicht gefestigt und deswegen nicht in der Lage, in wirklicher Unabhängigkeit ein Volksvertreter zu sein. Das mag statistisch überwiegend richtig sein, aber mit dieser überwiegenden Zahl beschäftigen wir uns nicht, sondern wir wollen gerade denen, bei denen das etwa nicht so ist, und da gibt es sicherlich einige, die Möglichkeit eröffnen, zu beweisen, daß sie der Statistik zuwider sehr wohl ordentliche Volksvertreter sein können.

Wir haben uns auf das 23. Lebensjahr festgelegt, weil wir der Meinung sind, daß es richtig ist, wenn der Staatsbürger sich fünf Jahre darin übt, seine Volksvertreter auszuwählen und sie zu kontrollieren. Wenn er das fünf Jahre lang mit Erfolg getan hat, dann wird er in der Lage sein, sich selbst um einen solchen Posten zu bewerben. Fürchten Sie nicht, daß nun eines Tages nur 23jährige in den Parlamenten sitzen werden. Fürchten Sie viel eher, daß eines Tages vielleicht über 65jährige drinsitzen werden.

Wenn Sie Bedenken haben, meine Damen und Herren, dann verwenden Sie Ihren Eifer und Ihren Scharfsinn nicht darauf, den jungen Menschen – es werden immer nur wenige sein können – die Tür zuzuschlagen, sondern verwenden Sie Eifer und Scharfsinn darauf, denen, die die Tür passieren wollen, sehr genau auf die Finger zu sehen. Dann werden Sie feststellen, daß in der deutschen Jugend doch noch einige da sind, die man mit 23 Jahren bereits wählen und denen man ein Mandat übertragen kann.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wünscht jemand das Wort zur Begründung von D 13? Herr Jäger!

Jäger (Württemberg-Hohenzollern): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte für den Antrag D 13 nicht deswegen etwas sagen, weil ich hier Vertreter der Frauenvereinigung bin,

(Heiterkeit)

sondern deswegen, weil eine Dame aus unserem Landesverband, die sehr energisch hinter diesem Antrag steht, die aber heute nicht hier sein kann, mich darum gebeten hat, an ihrer Stelle heute die Gedanken zum Ausdruck zu bringen, die diesem Antrag zugrunde liegen, und weil ich sachlich der gleichen Auffassung bin wie dieser Antrag der Frauenvereinigung, halte ich mich veranlaßt, das hier zu sagen.

Ich bin der Auffassung, daß wir durch die Fassung „Mehrheitswahlrecht“ in dieser Frage das, was wir sagen wollen und was wir politisch durchsetzen möchten, zu eng fassen. Wir wollen ein Wahlrecht, das auf alle Fälle nach der Wahl die Mehrheit einer politischen Partei im Parlament sicherstellt. Darüber sind sich, soweit ich sehe, alle diejenigen, die für das Wort „Mehrheitswahlrecht“ eintreten, mit all denjenigen einig, die für das Wort „mehrheitsbildendes Wahlrecht“ eintreten.

Aber die Diskussion über die Wahlrechtsfrage hat sich in den letzten Monaten entwickelt und entfaltet, und es hat sich herausgestellt, daß es bestimmte Formen des Wahlrechts gibt, die von verschiedenen Gruppen, auch innerhalb unserer eigenen Partei, vertreten werden. Es ist nicht sicher, ob alle Formen, die wir hier für politisch realisierbar halten, auch mit dem Begriff „Mehrheitswahlrecht“ noch erfaßt werden können.

Es ist zum Beispiel fraglich, ob die Form des Mehrheitswahlrechts, die die Junge Union mit ihrem „harmonisierenden Wahlrecht“ in die Diskussion gebracht hat, noch unter den engen Begriff des Mehrheitswahlrechtes, wie er sich im Sprachgebrauch herausgebildet hat, zu erfassen ist. Ich bin auch nicht so sicher, daß etwa das Gruppenwahlrecht in Drei- oder Vier-Mann-Wahlkreisen, das von den Sozialdemokraten in die Debatte gebracht wird und von uns jedenfalls von vornherein nicht abgelehnt worden ist, sondern auch für uns nach wie vor noch in der Diskussion ist, ebenfalls unter den Begriff des reinen Mehrheitswahlrechtes zu bringen ist.

Mir scheint dagegen das, was in einem späteren Antrag — ich glaube, von unseren Hamburger Freunden — gesagt wird, daß überhaupt auf den Begriff „mehrheitsbildend“ verzichtet wird, wiederum nicht mehr weitgehend genug zu sein, sondern das, was wir sagen wollen, scheint mir mit dem Begriff „mehrheitsbildend“ am besten ausgedrückt. Ich glaube, der Begriff ist auch nicht ganz ohne Grund in die Formulierungen der Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers übernommen worden; denn wir haben nur die Chance, ein Mehrheitswahlrecht durchzusetzen im weiteren Sinne, wenn wir eine Form wählen, mit der wir auch effektiv die Mehrheit unseres Parlamentes hinter uns bekommen. Wenn wir uns da von vornherein auf eine zu enge Formulierung

in unserem Programm einlassen, dann können wir unter Umständen nachher in eine Situation kommen, ein Wahlrecht gegen den Text unseres eigenen Berliner Programms mitbeschließen zu müssen. Nur davor möchte ich mit der Unterstützung des Antrages der Frauenvereinigung die CDU bewahren, wenn wir hier eine etwas flexiblere Fassung wählen. Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie dem Antrag der Frauenvereinigung zustimmen.

Präsident Dr. Klepsch: Zum Antrag D 14 hat das Wort der Herr Abgeordnete Damm.

Damm (Hamburg): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das, was neu ist in dem Antrag D 14, ist der Vorschlag, für die Kandidatenaufstellung Urwahlen in den Wahlkreisen einzuführen. Das ist ein Vorschlag, den der Landesverband Hamburg Ihnen macht.

Meine Damen und Herren! Sie haben eben einem Hamburger Vorschlag bereits Ihre Zustimmung gegeben, offenbar deshalb, weil Sie erkannt haben, daß dieser Vorschlag Substanz hat. Überlegen Sie, ob nicht diese Partei einen Vorschlag in das Bundestagswahlgesetz hineinbringen sollte, der uns ausweist als eine sehr fortschrittliche Partei gegenüber den anderen, indem wir den Einfluß unserer Mitglieder auf die Aufstellung der Kandidaten in einem Maße festlegen, wie er größer gar nicht sein kann, nämlich dergestalt, daß wir die Kandidaten für die Bundestagswahl von den Mitgliedern in den Wahlkreisen selbst bestimmen lassen. Ich weiß natürlich, daß das auch jetzt schon nach dem Wahlgesetz möglich ist, ich meine aber, es sollte obligatorisch gemacht werden. Es stünde, so finde ich, unserer Partei gut an, zu demonstrieren, wie absolut groß der Einfluß unserer Mitglieder ist, und zwar da, wo es wirklich von Entscheidung ist für die Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahl. Ich bitte Sie, den Antrag D 14 anzunehmen.

Präsident Dr. Klepsch: Wünscht jemand das Wort zur Begründung für D 16? Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine Begründung von D 30? Herr Emmerich vom Rheinland!

Dr. Emmerich: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade die gestrigen Vorkommnisse in Berlin haben gezeigt, daß wir in Deutschland stabile politische Verhältnisse brauchen; demokratische Stabilität hat es Herr Dr. Barzel heute morgen genannt. Das Mehrheitswahlrecht sorgt für stabile politische Verhältnisse. Bereits seit 1953 hat die CDU das Mehrheitswahlrecht gefordert. Der letzte rheinische Landesparteitag hat sich einstimmig für die von uns im Antrag D 30 vorgelegte Fassung ausgesprochen.

Die Frage des Mehrheitswahlrechts ist seit langem entscheidungsreif. Es ist deshalb wichtig, daß diese Frage noch einmal mit aller Deutlichkeit in unserem Sinne vorgetragen und in das Programm aufgenommen wird, damit das deutsche Volk sieht, daß wir nicht nur Erklärungen abgeben, sondern auch Beschlüsse zum Mehrheitswahlrecht fassen. Und da unser erstes Anliegen ist, daß demokratisch stabile Verhältnisse sind, sollten wir das auch in der Formulierung als erstes zum Ausdruck bringen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wünscht jemand den Antrag D 31 zu begründen? – Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich das Wort Herrn Köppler für die Antragskommission.

Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen — und ich hoffe, es so kurz wie möglich zu machen — die Vorschläge der Antragskommission zu der Ziffer 23 vorzutragen. Zunächst geht es um den Antrag Nr. 12, nämlich um die Frage der Herabsetzung des Wahlalters für das passive Wahlrecht. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen, und zwar einfach aus dem Grunde, weil die Frage zwar des aktiven Wahlrechts und des Wahlalters für das aktive Wahlrecht in einer langen Diskussion zur Entscheidung herangereift ist, während die Problematik der Grenze, die hier beredt bei der Begründung des Antrages dargelegt worden ist, vielleicht doch noch eines längeren Studiums bedarf, ehe darüber verbindlich für die Partei entschieden werden sollte.

Zu den anderen Anträgen empfiehlt Ihnen die Antragskommission, bei der Formulierung der Vorstandsfassung zu bleiben. Zunächst gilt das gegenüber dem Antrag der Frauenvereinigung, der hier ausführlich begründet worden ist. Dieser Begründung muß entgegengehalten werden, daß hier ein Mehrheitswahlrecht steht, und das heißt nicht: das relative Mehrheitswahlrecht, sondern ein Mehrheitswahlrecht, worunter selbstverständlich auch die Variationen von Mehrheitswahlrechten fallen, die im Rahmen der verfassungsmäßigen Gültigkeit als Mehrheitswahlrecht anzusehen sind. Auch die Beispiele, die hier in der Begründung des Antrages genannt worden sind, würden ohne weiteres von der Formulierung der Vorstandsvorlage gedeckt. Im übrigen hält es die Antragskommission für richtig, den Begriff „Mehrheitswahlrecht“ als einen in der Partei seit 1953 eingeführten und gebräuchlichen Begriff jetzt nicht aus dem Aktionsprogramm der Partei zu entfernen.

Für die Frage der Urwahl, die im nächsten Antrag D 14 vom Landesverband Hamburg vorgeschlagen worden ist, gilt das, was ich zum Antrag 12 gesagt habe. Auch hier bittet die Antragskommission, diese Erweiterung der Vorlage des Vorstandes nicht aufzunehmen. Es ist mit Recht vom Herrn Kollegen Damm darauf hingewiesen worden, daß die Urwahl auch jetzt möglich ist. Sie verpflichtend im Bundeswahlgesetz vorzuschreiben, hält die Antragskommission vor einer eingehenden Prüfung nicht für zweckmäßig.

Bei D 16 geht es auch um das „mehrheitsbildende Wahlrecht“ statt „das Mehrheitswahlrecht“. Ich beziehe mich auf die Begründung zu D 13. Schließlich ist zu dem Antrag D 30 zu sagen, daß er sich voll inhaltlich deckt mit der Vorlage, die der Vorstand Ihnen vorgelegt hat, daß allerdings für die Vorlage des Vorstandes spricht, daß sie noch lapidarer und noch kürzer im Text abgefaßt ist.

Der Antrag D 31 würde sich bei Annahme der Vorschläge der Antragskommission im positiven Sinne erledigen. Der Antrag enthält nur das Petitum, den Begriff „Mehrheitswahlrecht“ im Aktionsprogramm zu verankern.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! — In der Aussprache hat zunächst das Wort der Delegierte Benda zu den Anträgen, die das Wahlrecht angehen.

Bundesinnenminister Benda: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Was die vorliegenden Anträge, soweit sie die Frage des Wahlsystems anlangen, betrifft, könnte ich mich auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Köppler beziehen. Ich stimme mit ihm und der Antragskommission darin überein, daß man es bei der vom Vorstand vorgelegten Formulierung belassen sollte.

Die einzige zusätzliche Bemerkung, die ich insoweit machen möchte, ist die, daß ich in der Tat meine, daß wir mit der Entscheidung nicht für ein mehrheitsbildendes, sondern für ein Mehrheitswahlrecht aus dem Stadium der unverbindlichen Diskussion doch etwas mehr in das Stadium der konkreten Willensbildung des Parteitages mit hineintreten sollten. Wir bestätigen, wie Herr Kollege Köppler gesagt hat, frühere Entscheidungen von Bundesparteitagen der CDU, und wir sollten daran unter allen Umständen festhalten. Ich glaube, daß der vage Begriff des mehrheitsbildenden Wahlrechts den gegenwärtigen Stand der Meinungsbildung in unserer Partei schon nicht mehr hinreichend wiedergibt.

Meine Damen und Herren, die Diskussion über die Anträge gibt mir — mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten — eine willkommene Gelegenheit, ganz kurz auf Ausführungen einzugehen, die der Herr Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Wischnewski, seinerseits gemacht hat, und zwar im Anschluß an die Ausführungen, die der Herr Bundeskanzler und der Generalsekretär der CDU gestern hier zur Frage des Wahlrechts gemacht haben. Herr Wischnewski hat — und ich zitiere nach dpa — darauf hingewiesen, daß das Ersuchen der SPD an die Bundesregierung vom 12. Juli 1968 um ein Gutachten zum sogenannten Dreier-Wahlrecht vom Bundesinnenministerium noch immer nicht beantwortet worden sei; die interne Diskussion in der SPD über diese Frage könne noch gar nicht abgeschlossen sein; das habe auch die Parteiratssitzung am vergangenen Wochenende in Berlin gezeigt. Nun möchte ich unerörtert lassen, wie weit diese Erklärungen in Einklang zu bringen sind mit Äußerungen etwa des Parteivorsitzenden der SPD, des Herrn Brandt, auch vom Wochenende, in denen er gesagt hat: Es geht nicht mehr für diese Wahlperiode. Ich freue mich, daß dies offenbar nicht die einheitliche Meinung innerhalb der SPD ist. Aus den Ausführungen des Herrn Wischnewski entnehme ich vielmehr die Hoffnung, daß wir vielleicht doch weiterkommen können, und insoweit möchte ich bei dieser Gelegenheit der SPD ein konkretes Angebot machen.

Herr Wischnewski hat also gerügt, das Gutachten zum sogenannten Dreier-Wahlrecht sei vom Bundesinnenministerium noch immer nicht beantwortet worden. Ich bin versucht, Herrn Hennis zu zitieren, der in einem Leserbrief an die „Welt“ vor etwa 14 Tagen diese oder ähnliche Formulierungen als reine Anmaßung bezeichnet hat, weil aus ihnen die Meinung hervorzugehen scheint — ich zitiere immer noch Herrn Hennis — daß das Bundesinnenmini-

sterium als eine staatliche Stelle verpflichtet sei, Ersuchen einer Parteistelle um Anfertigung von Gutachten nachzukommen.

Ich habe in diesem Gespräch am 12. Juli, das ich mit dem Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Schäfer vom Bundesratsministerium führte, der natürlich als Vertreter der SPD bei mir war, auf die Bitte des Herrn Kollegen Schäfer, ein solches Gutachten oder mehrere solcher Gutachten anfertigen zu lassen, mich sofort dazu bereit erklärt, weil es selbstverständlich auch ein allgemeines, auch ein staatliches Interesse daran gibt, daß die noch offenen verfassungsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem sogenannten Dreier-Wahlrecht so geklärt werden, daß man zu einer Willensbildung kommen kann.

Herr Wischnewski weiß oder müßte wissen – und das ist ja in den letzten Wochen schon mehrfach hin und her erörtert worden; aber ich muß es wiederholen, nachdem das nun wieder losgeht mit der alten Mühle – daß die von Herrn Schäfer vorgeschlagenen vier Gutachter – sie sind von Herrn Schäfer, nicht von mir vorgeschlagen worden – sämtlich aus Gründen der zeitlichen Überlastung oder aus ähnlichen Gründen die Übernahme des Gutachtens abgelehnt haben. Es hat natürlich eine gewisse Zeit gekostet, diese Meinung kennenzulernen. Nachdem das geschehen ist, habe ich mich erneut im Einverständnis mit Herrn Schäfer mit anderen Professoren in Verbindung gesetzt. Wir haben diese Professoren auch gefunden. Und jetzt kommt also mein Angebot. Die Gutachten dieser beiden Herren liegen mir seit dem gestrigen Tage vor. Sie liegen auf dem Tisch. Ich habe veranlaßt, daß sie sofort der SPD zugeleitet werden. Wenn diese Ausführungen von Herrn Wischnewski von gestern so zu verstehen sind, wie ich sie hier dem dpa-Zitat entnehme, dann sind damit die SPD-Fraktion und die SPD als Partei in die Lage versetzt, sich diese Gutachten anzusehen, sich hierüber eine Meinung zu bilden und insbesondere dann, wenn sie sich dieser Meinung anzuschließen vermögen, alsbald, d. h. noch rechtzeitig innerhalb der Zeit bis zu den Bundestagswahlen 1969, einen Willen zu finden. Wo ein Wille ist, kann man heute sagen, ist auch ein Weg. Der Wille muß allerdings gefunden werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist die Situation. Wir sollten das Unsrige tun. Ich glaube, wir tun das Unsrige, wenn wir den Vorschlägen des Vorstandes zu Ziffer 23 folgen. Damit zeigen wir unseren Willen. Dann werden wir auch unseren Weg finden.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Als nächster hat das Wort der Delegierte Gocht von der Exil-CDU. Er spricht gegen die Herabsetzung des Wahlalters.

Gocht: Meine Damen und Herren! Ich bin sicher eine späte Stimme zur Frage des Wahlalters. Aber man soll einem Bundesparteitag der CDU nicht nachsagen können, daß er an dieser Stelle wie selbstverständlich über Schwierigkeiten hinweggegangen sei, die er hätte sehen sollen. Ich lese im Vorschlag

des Vorstandes und in allen Zusatzanträgen den Gedanken der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, und ich lese, weil das gedanklich ja gar nicht voneinander zu trennen ist, daß auch so nebenbei die Volljährigkeit mit 18 Jahren beginnen soll.

Meine verehrten Freunde, ich bin Richter und habe manchmal auch mit Jugend zu tun. Ich weiß, daß in unserer Jugendgerichtsbarkeit das sogenannte jugendliche Alter, das bei 18 Jahren aufhören sollte, in praxi weitgehend immer bis zu 20 und 21 Jahren heraufgesetzt wird, weil die Delinquenten zufolge ihres Lebensalters nicht voll verantwortlich seien.

Meine verehrten Freunde, ich kann unter keinen Umständen meine persönliche Zustimmung — auch auf die Gefahr, mich bei der ganzen Jugend Deutschlands völlig unpopulär zu machen — dem Gedanken geben, dem 18jährigen — ich habe vier Kinder und habe sie aufwachsen sehen; ich habe ein wenig Erfahrung in dieser Sache — die Volljährigkeit und damit die volle Verfügung über sein persönliches Schicksal und mit dem Wahlrecht über das Schicksal der Allgemeinheit zu geben. Das sollte hier wenigstens gesagt werden.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Da keine weiteren Wortmeldungen hierzu vorliegen, treten wir in die Abstimmung ein. Wir kommen zum Antrag D 11. Wird zum Antrag D 11 noch das Wort gewünscht? — Nein. Wer für den Antrag D 11 ist, den die Antragskommission abzulehnen vorschlägt, den bitte ich um das Heben der Delegiertenkarte. — Danke sehr! Wer ist dagegen? — Das letztere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag D 11 abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 12. Wünscht jemand zum Antrag D 12 zu sprechen? — Der Delegierte Riesenhuber.

Riesenhuber (Hessen): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir sind soeben zu dem Punkt gekommen, daß wir uns in der Diskussion der vergangenen Monate eigentlich entschlossen haben, das aktive Wahlrecht auf 18 Monate herabzusetzen.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte hiermit einräumen, daß diese Forderung selbst für die Junge Union etwas extrem wäre. Ich bin bereit, mich auf 18 Jahre zu korrigieren.

Meine Damen und Herren, wenn wir allerdings bereit sein sollten, das Wahlalter auf 18 Jahre herabzusetzen, dann möchte ich doch sehr herzlich zu bedenken geben, ob es nicht sinnvoll und konsequent wäre, auch das passive Wahlrecht auf 23 Jahre herabzusetzen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es sprechen einige Gründe dafür, die ich nur andeuten möchte.

Erstens. Wenn jemand mit 18 Jahren aktiv am politischen Geschehen teilnehmen kann, dann ist der Abstand zu dem Zeitpunkt, zu dem er zum erstenmal die Chance hat, in ein Parlament einzuziehen, also der Abstand bis zu 25 Jahren, sehr groß; das sind sieben Jahre. Was wir wollen, ist die frühe und aktive und engagierte Arbeit dieser Jugend Deutschlands in der Politik.

Meine Damen und Herren, hier wurde gesagt, die Sache sei nicht ausreichend diskutiert. Ich möchte doch meinen, daß diese Diskussion in der CDU und auch in der Jungen Union schon seit langer Zeit geht. Jetzt in dem Moment, wo die SPD, nachdem wir schon viel weiter sind, sich wieder einmal dazu entschließt, auf unsere Vorschläge einzugehen, unseren eigenen Vorschlag zurückzuziehen, das hielte ich für wenig elegant. Ich meine, wir sollten zu dieser fortschrittlichen und klaren Haltung, die wir eingenommen haben, ja sagen.

Ich möchte noch einen dritten Punkt bringen. In den Gesprächen heute, in der Rede unseres verehrten Fraktionsvorsitzenden und in der Rede unseres Bundeskanzlers war darauf hingewiesen worden, daß eine der entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren die sein wird, die Jugend in diesen demokratischen Prozeß einzubeziehen. Wenn es uns gelingt, die Jugend für diese Demokratie zu gewinnen, und zwar nicht in einem hilflosen Protest, der sich irgendwo auf der Straße verliert, sondern in der engagierten Mitarbeit, dann steht diese Demokratie.

Ich meine, es besteht doch offensichtlich ein enger Zusammenhang zwischen der Chance, ein Mandat zu übernehmen, und der engagierten und aktiven Mitarbeit in einer Partei.

Der CDU steht es gut an – und das hat sich in den letzten Wahlkämpfen immer wieder gezeigt – die Jugend heranzuziehen, nicht weil die Jugend selbst eine Qualität ist, sondern weil auch bei der Jugend Qualitäten sind, die wir brauchen können.

(Beifall)

Wir sollten hier vor der ganzen deutschen Jugend klar zu erkennen geben: wer bereit ist, in dieser deutschen Demokratie Verantwortung für die Arbeit an der deutschen Gesellschaft zu übernehmen, der kann bei uns mitarbeiten, mit allen Rechten, mit aller Verantwortung, mit allen Möglichkeiten, Seite an Seite mit allen Generationen, die in der CDU diese deutsche Gesellschaft gestaltet haben und gestalten werden.

Ich bitte Sie, für 23 Jahre zu stimmen.

(Beifall)

















Präsident Dr. Klepsch: Das Wort hat der Delegierte Gölter.

Dr. Gölter, Rheinland-Pfalz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst etwas zu der viel schwerwiegenderen und schwierigeren Entscheidung sagen; das ist die Frage der Herabsetzung auf 18 Jahre. Ich würde es nun für sehr schlecht halten, wenn auf diesem Parteitag kein eindeutiges Votum in dieser Frage zustande käme. Ich glaube, es besteht Anlaß, so etwas zu befürchten. Es ist notwendig, wie ich meine, daß die CDU hier klipp und klar sagt, wie sie über diese Frage denkt, und daß sich der Parteitag mit einer eindeutigen Mehrheit für 18 Jahre ausspricht.

Die Frage der Grenze von 23 Jahren für das passive Wahlrecht ist viel weniger schwierig und viel weniger problematisch. Ich meine: geben Sie für die wenigen Fälle, wo das einmal in Frage kommt, die Chance, daß so etwas in Deutschland auch einmal geschehen kann, wenn Sie sich schon entschließen, beim aktiven Wahlrecht auf 18 Jahre herabzugehen!

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Damit ist die Rednerliste hierzu erschöpft.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag D 12, den die Antragskommission abzulehnen empfiehlt. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte.

(Unruhe. — Zurufe: Zur Geschäftsordnung! — Glocke des Präsidenten!)

Wir sind in der Abstimmung. Wer ist dagegen?

(Große Unruhe)

Entschuldigung, ich habe mich versprochen. Ich sehe ein, daß ich gerade gefragt hatte, wer gegen den Antrag ist. Ich möchte also die Frage so stellen: Wer ist für den Antrag, den die Antragskommission abzulehnen empfiehlt, D 12? — Ich bitte um das Heben der roten Stimmkarte.

(Erneute Unruhe)

Danke sehr! Wer ist gegen den Antrag D 12? — Danke sehr! Es ist für das Präsidium leider unübersichtlich.

(Zurufe)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, woran das liegt. Vielleicht könnten mal für eine Sekunde die Scheinwerfer abgeschaltet werden.

(Zuruf: Richtig fragen! — Weitere Zurufe)

Sie haben es doch da liegen, D 12! Das können Sie doch lesen, und Sie können sich entscheiden, ob Sie für oder gegen D 12 sind! Wir haben das bis jetzt bei keinem Antrag gemacht.

(Zurufe: Wenn Sie richtig fragen! — Sie haben anders gefragt!)

Sie wissen doch ganz genau, worum es sich dreht. Wenn das Präsidium jedesmal erklären soll, worüber Sie abstimmen – das geht nicht!

(Unruhe – Zischen)

Die Lage ist für uns unübersichtlich.

(Lachen)

Um alles ganz einfach zu klären, bitten wir Sie, den Stimmzettel Nr. 1 zu nehmen. Dann ist der Streit zu Ende und wir sparen Zeit. Wir haben ja gestern viel mehr Ziffern in viel weniger Stunden erledigen können. Wir wollen doch das Aktionsprogramm in Berlin verabschieden.

Wir bitten Sie also, den Stimmzettel Nr. 1 zu nehmen. Diejenigen, die für den Antrag D 12 sind, mögen „Ja“ ankreuzen, diejenigen, die dem Vorschlag der Kommission folgen wollen, ihn abzulehnen, mögen „Nein“ ankreuzen, und dann bitte ich die Stimmzettel einzusammeln. Es werden nur die Stimmzettel Nr. 1 gewertet. Beim Abgeben der Stimmzettel bitte ich nach Möglichkeit die rote Stimmkarte vorzuzeigen.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Ist die Abstimmung abgeschlossen?

(Widerspruch. Das Einsammeln der Stimmzettel wird fortgesetzt)

Das Einsammeln der Stimmzettel ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird später bekanntgegeben.

Wir kommen nun gemäß dem Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung über die Vorstandsfassung in den restlichen Punkten. Sofern die Vorstandsfassung angenommen wird, sind damit alle anderen Anträge erledigt. Ich bitte diejenigen, die der Vorstandsfassung des restlichen Teils der Nr. 23 zustimmen, um das Heben ihrer roten Delegiertenkarte. Wer ist dagegen? – Das erste war die große Mehrheit. Damit ist die Ziffer 23 insoweit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 24. Hierzu liegen die Anträge D 17 und D 18 vor. Wird zu D 17 das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wird zu D 18 das Wort zur Begründung gewünscht? – Herr Echternach, Hamburg!

Echternach, Hamburg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die vorliegende Formulierung der Ziffer 24 ist uns zu unpräzise und nicht genügend umfassend. Wir meinen, daß eine Reformbedürftigkeit nicht nur hinsichtlich der Arbeitsweise der Parlamente, sondern hinsichtlich unserer politischen Institutionen insgesamt gegeben ist.

Herr Dr. Barzel hat heute vormittag mit Recht gesagt, daß wir einmal als die Partei der Reform angetreten sind. Wenn wir uns weiter an der politischen Spitze in Deutschland halten wollen, dann müssen wir die Reformen, die heute in dieser Gesellschaft anstehen, ebenfalls aufgreifen. Ich meine, daß wir allzu leicht in die Gefahr geraten, wohlgefällig das Geschaffene zu betrachten, während es darum geht, die Notwendigkeiten in der Reform zu erkennen, wobei es sich nicht nur um eine einmalige Aktion handelt, sondern um eine permanente Aufgabe. Notwendig ist dabei die ständige Anpassung an die sich ändernden Gegebenheiten in unserer Gesellschaft. Das wollen wir mit dem ersten Satz unseres Antrags D 18 zum Ausdruck bringen.

Auch die Aussagen zur Parlamentsreform sind mindestens ergänzungsbedürftig. Der Bundestag sollte sich nicht nur als Gesetzgebungsmaschine betrachten, sondern in erster Linie als das Forum der Nation, als das Forum also, wo die Fragen diskutiert werden, die unser Volk in erster Linie beschäftigen. Im Vergleich zum englischen Unterhaus, zum amerikanischen Kongreß stellt sich der Deutsche Bundestag viel zu wenig der Öffentlichkeit.

Wir meinen, er sollte sich häufiger mit den anstehenden politischen Fragen beschäftigen und die politische Frage in den Vordergrund rücken.

Auch die Fragen der Unvereinbarkeit zwischen einem Mandat im öffentlichen Dienst und einem parlamentarischen Mandat sind sehr unklar in dem Entwurf formuliert. Wir schlagen nicht nur vor, daß hier eine gesetzliche Regelung erfolgen soll, sondern wir sagen auch, wie diese gesetzliche Regelung aussehen soll, nämlich dahingehend, daß in Zukunft die Ausübung von Hoheitsbefugnissen nicht mit der Ausübung eines parlamentarischen Mandats zu vereinbaren ist. Wir bitten Sie, unserem Antrag zu folgen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Liegen Wortmeldungen zu Antrag D 17 vor? – Zunächst hat die Antragskommission das Wort, unser Freund Eyrich.

Dr. Eyrich: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Ziffer 24 liegen zwei Anträge vor.

Die Antragskommission ist der Auffassung, daß der Antrag D 18, den gerade Herr Echternach begründet hat, bedingt angenommen werden sollte. Es sollte eine Änderung vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, daß die Aussage im ersten Teil des Antrages D 18 sich bereits in Ziffer 20 findet, wo von der verstärkten Beteiligung an der politischen Meinungsbildung die Rede ist. Der Satz: „Durch eine Differenzierung und Vereinfachung des Gesetzgebungsverfahrens muß mehr Raum für die politische Debatte geschaffen werden“ sollte eingefügt werden. Das, was unser Freund Echternach gefordert hat, nämlich die Sichtbarmachung der Repräsentation, würde dadurch gegeben sein, daß wir mehr Raum für die politische Debatte schaffen. Wir sind deshalb der Auffassung, daß in Ziffer 24 nach dem ersten Satz eingefügt werden sollte: „Durch eine Differenzierung und Vereinfachung des Gesetzgebungsverfahrens

muß mehr Raum für die politische Debatte geschaffen werden." Im übrigen bitten wir, den Antrag D 18 abzulehnen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 17 abzulehnen. Der Antrag ist hier nicht begründet worden. Die Ablehnung wird deshalb empfohlen, weil die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zu Bundestag und Landtag bereits geregelt ist und weil wir glauben, daß man die Frage der Unvereinbarkeit nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Häufung der Mandate und der damit oftmals verbundenen notwendigen negativen Folgen sehen sollte. Man sollte das vielmehr auch unter dem Gesichtspunkt der Repräsentation sehen, die in dem einen und dem anderen Gremium sowohl dem einen als auch dem anderen Gremium Impulse geben kann. Wir bitten daher, den Antrag D 17 abzulehnen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wortmeldungen liegen mir hier nicht vor.

(Zurufe)

Doch; bitte den Namen!

Dr. Riesebrodt, Berlin: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kreisverband Steglitz, der den Antrag gestellt hat, ist der Auffassung, daß der Parteitag ihm zustimmen sollte, und zwar aus folgenden Erwägungen heraus, die Sie teilen oder ablehnen mögen. Wir sind der Meinung, Sie sollten sie teilen.

Das Amt des Volksvertreters ist ein Ehrenamt. Wer Zeit hat, eine Häufung von Ehrenämtern auszuüben — nach dem Grundsatz: Viel Amt, viel Ehr' — muß sich in den Verdacht versetzt fühlen, daß er diese Möglichkeit darauf gründet, doch nicht ganz so unabhängig zu sein, und daß er sich um das einzelne Mandat nicht wird kümmern können. Wir sind der Auffassung, daß derjenige, der ein Mandat redlich ausübt, genug zu tun hat, wenn er im übrigen das ist, was wir von einem Volksvertreter verlangen, nämlich ein freier Bürger, der sich die Grundlagen seiner Existenz in der Zeit, die ihm dann noch bleibt, selbst erarbeitet.

(Beifall)

Das scheint ein nicht geringes Kennzeichen für einen wirklich zuverlässigen Volksvertreter zu sein. Wir wollen mit anderen Worten keine Manager des Parlamentarismus, sondern wir wollen echte Volksvertreter haben.

(Beifall)

Die Koordinierung, von der bei dem Vorschlag, den Antrag abzulehnen, die Rede war, kann sicherlich nicht in den Parlamenten erfolgen; das sind ja ganz verschiedene Gremien. Sie erfolgt allemal in den Parteigremien. Und da können sich zwei sicherlich besser koordinieren als einer; einer kann sich nicht koordinieren.

Deswegen bitten wir, dieser Ämterhäufung, die uns zu überkommen droht, entgegenzuwirken und den Antrag D 17 anzunehmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag D 17, den die Antragskommission abzulehnen empfiehlt, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Das zweite war die Mehrheit. Der Antrag D 17 ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag D 18. Wer dem Antrag D 18 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. Obwohl die Antragskommission einen Satz daraus zu übernehmen wünscht, stimmen wir über die Fassung des Antrags D 18 ab. Wer also für den Antrag D 18 ist, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. — Danke sehr. Wer für die Fassung der Antragskommission — d. h. für die Hereinnahme des einen Satzes ist, den bitte ich um das Heben der Delegiertenkarte. Das letztere ist die große Mehrheit. Damit ist der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Wir stimmen nun über die Ziffer 24 im Ganzen ab.

(Zurufe)

Es tut mir leid. Es waren nur ganz wenige. Das andere war fast der gesamte Parteitag, soweit wir das von hier überblicken konnten.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über Ziffer 24. Wer der Ziffer 24 in der jetzigen Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. — Wer ist dagegen? — Mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 25. Hier liegt der Änderungsantrag D 19 vor. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? — Der Delegierte Meyers.

Dr. Meyers (NRW): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In dieser Ziffer steckt viel mehr, als der schlichte Wortlaut ausdrücken kann. Wenn ich Ihnen sagen darf, daß in einem Lande wie Nordrhein-Westfalen in wenigen Jahren die fixen Kosten und die Ausgaben für Besoldung die freie Spitze des Landes innerhalb des Etats völlig auffressen werden, dann sehen Sie, wie wichtig es ist, daß wir eine neue Art der Verwaltung durchführen. Diese neue Art der Verwaltung wird aber insbesondere bei den mittleren Kräften neue Ausbildungen erfordern, und zwar mit Kräften, die jetzt vorhanden sind bei der Datenverarbeitung, bei sonstigen modernen Mitteln der Verwaltung.

Deshalb regen wir an — ohne daß wir das Anliegen des jetzigen Antrages irgendwie antasten wollen — nur die Einschränkung „vor allem der leitenden Kräfte“ wegzunehmen, damit wir die Chance haben, dort, wo für moderne

Mittel der Verwaltung moderne Ausbildungsmethoden erforderlich sind, für die unsere Verwaltungsbeamten nicht eingerichtet sind, diese einführen zu können.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Das Wort hat die Antragskommission, Herr Köppler.

Parl. Staatssekretär Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure es außerordentlich, in die Lage versetzt zu sein, meinem verehrten Parteifreund Dr. Meyers entgentreten zu müssen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag nicht anzunehmen, und zwar aus folgendem Grunde: Bei der Hervorhebung der leitenden Kräfte handelt es sich nicht, wie Herr Meyers gesagt hat, um eine Einschränkung, sondern um die Betonung eines besonders wichtigen Sachbereiches. Die Weiterbildung muß selbstverständlich für alle Sparten des öffentlichen Dienstes verstärkt weiterentwickelt und durchgesetzt werden.

Der Pfiff in dieser Ziffer 25 — wenn ich so sagen darf — besteht darin, daß hier auch neue Akademieeinrichtungen für die Weiterbildung der Führungsschicht im öffentlichen Dienst in der Verwaltung gefordert werden. Wenn Sie dem Antrag folgen, der wünscht, die Worte „vor allem der leitenden Kräfte“ zu streichen, dann ist diese sehr konkrete Forderung aus dem Aktionsprogramm verschwunden.

Deshalb empfiehlt Ihnen die Antragskommission, es bei der Vorlage des Vorstandes zu belassen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr. Zur Aussprache hat der Delegierte Brück das Wort.

Brück (Rheinland): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich mich für den Antrag von Mönchen-Gladbach mit Nachdruck einsetze.

(Beifall)

Allerorts wird von Verwaltungsvereinfachung und von Rationalisierung gesprochen. Wir stellen aber fest, daß viele von uns immer wieder mit neuen Wünschen kommen, die irgendwo verwaltungsmäßig behandelt und bearbeitet werden müssen. Wenn ich nun Rationalisierung und Vereinfachung haben will, dann muß ich unter allen Umständen die Fortbildung in sehr starkem Maße betreiben. Das kann ich aber nicht nur, wenn ich leitende Verwaltungsleute fortbilde. Ich darf Ihnen dazu ein Beispiel anführen: In einer der größten Verwaltungen des Bundes sind von etwa 240 000 Beamten des einfachen, mittleren und höheren Dienstes rund 1 % Angehörige des höheren Dienstes. Das sind also etwa 2 000. Von diesen rund 2 000 Angehörigen des höheren Dienstes sind aber, wenn es sich nur um leitende Leute handelt — das wären also

jene vom Ministerialrat beziehungsweise Abteilungspräsidenten an aufwärts — etwa 150. Wenn man nur diese 150 nach modernen Gesichtspunkten fortbilden würde, wären das meines Erachtens zu wenig. Ich habe draußen im Lande bei der Diskussion um dieses Aktionsprogramm gerade auch aus den Schichten des mittleren und gehobenen Dienstes nachhaltig den Wunsch vorgetragen bekommen, daß man diese Fort- und Weiterbildung unter gar keinen Umständen lediglich auf die Leitung beziehen sollte; denn es ist ganz klar, daß in manchen Verwaltungen eben der leitende Mann nicht der ist, der hier etwa in Aussicht genommen ist. Ich bitte Sie deshalb herzlich, dem Antrag des Kreisverbandes Mönchen-Gladbach im Interesse unserer Gesamtverwaltung Ihre Zustimmung zu geben.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke sehr. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 19 abzulehnen. Wer für den Antrag D 19 ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Ich danke sehr. Wer ist dagegen? — Das erste war die Mehrheit. Der Antrag D 19 ist angenommen.

Ich gebe weiter das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag D 12 bekannt. Der Antrag D 12 ist mit 244 Ja-Stimmen und 168 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen worden.

(Beifall)

Wir kommen zur Ziffer 26. Hierzu liegt nur der Antrag D 32 vor. Auf Begründung wird verzichtet. Das Wort dazu hat die Antragskommission. Bitte, Herr Dr. Eyrich!

Dr. Eyrich: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrags D 32.

Präsident Dr. Klepsch: Wir kommen zur Abstimmung, da keine weiteren Wortmeldungen mehr dazu vorliegen. Wer dem Antrag D 32, dem die Antragskommission zuzustimmen bittet, zustimmen möchte, den bitte ich, die rote Delegiertenkarte zu erheben. — Wer ist dagegen? — Der Antrag ist, soweit ich es übersehen kann, einstimmig angenommen.

Ich habe verabsäumt, zu dem Antrag D 25 in der geänderten Fassung eine Schlußabstimmung vorzunehmen. Ich bitte Sie deshalb um Entschuldigung.

Außerdem hatte sich dazu, wie wir feststellen, ein Delegierter gemeldet, der nicht das Wort erhalten konnte. Leider ist der Antrag sachlich bereits erledigt. Ich muß mich deshalb bei dem betreffenden Delegierten entschuldigen. Ich muß aber noch die Schlußabstimmung nachholen. Wir geben diesem Delegierten deshalb noch für zwei Minuten das Wort vor der Schlußabstimmung.

Dr. Wieler (Exil-CDU): Meine Damen und Herren! In der Ziffer D 25 ist nach dem eben sehr lange diskutierten Satz festgelegt, daß häufiger als bisher Kräfte zwischen Wirtschaft und Verwaltung ausgetauscht werden sollen. Ich sehe, daß hier eine sehr wichtige Frage angesprochen wird, nämlich die, wirtschaftliches Denken in der Verwaltung zu stärken. Ich bezweifle aber, ob diesem Wunsch mit dem erteilten Ratschlag im Aktionsprogramm Rechnung getragen werden kann. Wir sollten uns vor leeren Deklamationen hüten, die nicht oder nur sehr schwer mit Inhalt gefüllt werden können. Die Anziehungskraft, in der Wirtschaft tätig zu sein, ist sicherlich viel stärker für Kräfte der Verwaltung als in umgekehrter Richtung. Wenn hier aber jetzt gefordert wird, daß qualifizierte Kräfte häufiger als bisher wechselseitig eingesetzt werden sollen, sehe ich darin kaum eine Möglichkeit, dem Anliegen gerecht zu werden, wirtschaftliches Denken in der Verwaltung zu stärken. Diesem Erfordernis wird der Satz 1 eigentlich schon gerecht. Es ist der Satz, den wir eben sehr lange diskutiert haben. Ich halte die Aufforderung zum gegenseitigen wechselseitigen Einsatz in diesem Antrag für durchaus entbehrlich.

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke sehr. Wir kommen nun zur Schlußabstimmung über die Ziffer D 25. Wer der Ziffer 25 mit der Änderung, die sie durch Annahme des Antrags D 19 erfahren hat, zuzustimmen wünscht, den bitte ich, die rote Delegiertenkarte zu heben. — Ich danke sehr. Wer ist dagegen? — Ich stelle Annahme mit sehr großer Mehrheit fest.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über Ziffer 26 in der durch die Annahme des Antrags D 32 geänderten Fassung. Wer die Ziffer 26 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. — Ich danke sehr. Wer ist dagegen? — Das erste war die sehr große Mehrheit.

Wir kommen nun zu Ziffer 27. Hierzu liegen uns die Anträge D 20, D 21, D 33 und D 34 vor. Ich darf fragen, ob zu dem Antrag D 33 das Wort zur Begründung gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall. Zu D 20? — Auch das ist nicht der Fall. Zu D 21? — Bitte sehr!

Teufel (LV Württemberg-Hohenzollern): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Württemberg-Hohenzollern stellt den Antrag, den ersten Satz des Absatzes 2: „Die Unabhängigkeit des Richters ist zu stärken“ zu ersetzen durch den Satz: „Die Unabhängigkeit des Richters darf von niemand angetastet werden“.

(Zuruf: Von niemandem!)

Zur Begründung möchte ich sagen: Wir sind der Meinung, daß die Richter in unserem Staat unabhängig sind. Der Richter ist bei der Rechtsprechung nur an das Gesetz gebunden. Er kann bei der Anwendung des Gesetzes oder der gesetzesgleichen Norm im konkreten Fall weder von Organen der Gesetzgebung noch von Organen der Verwaltung zu einem anderen Urteilspruch verpflichtet werden als zu dem, den er nach seinem richterlichen Ermessen für normentsprechend hält.

Die richterliche Unabhängigkeit beinhaltet die Unabhängigkeit des Richters von jeder Weisung, welche die richterliche Entscheidung betrifft. Sie beinhaltet die Unabsetzbarkeit und die Unversetzbarkeit des Richters.

Die Unabhängigkeit des Richters braucht deshalb nach Auffassung unseres Landesvorstandes nicht gestärkt zu werden, sondern sie muß heute erhalten und gegen Leute geschützt und verteidigt werden, die sie gerade in diesen Tagen beeinflussen wollen.

(Beifall)

Man wird mir möglicherweise entgegenhalten, die richterliche Unabhängigkeit sei deshalb nicht voll befriedigend gelöst, weil Berufungen, Ernennungen und Beförderungen der Richter durch Organe der Verwaltung vorgenommen werden.

Andere Lösungen werden versucht: im Bund durch Richterwahlausschüsse und in einigen Ländern durch Richterräte, ohne deren Zustimmung keine Personalentscheidungen getroffen werden können.

Die Praxis hat aber gezeigt – und ich möchte mich gelinde ausdrücken – daß dadurch keineswegs die sachfremden Einflüsse auf Personalentscheidungen geringer geworden sind. Verschiedene Vorschläge aus der Richterschaft, wie Abschaffung der Amtsbezeichnungen, stärkere Konzentration der richterlichen Tätigkeit auf die Entscheidungsaufgabe, Einführung des umlaufenden Vorsitzes bei den Kollegialgerichten, mögen zwar ganz gute Vorschläge zur Justizreform sein, sie sind aber zur Unabhängigkeit des Richters sicher nicht wesensnotwendig. Zum Wesen der richterlichen Unabhängigkeit gehört, daß der Richter in seiner Urteilsfindung nur dem Gesetz unterworfen und weisungsfrei ist. – Das ist gegeben. Wir sollten deshalb nicht denjenigen Kräften der außerparlamentarischen Opposition, die behaupten, daß der Richter in Deutschland nicht unabhängig sei, dadurch teilweise recht geben, daß wir in unser Aktionsprogramm schreiben: Die richterliche Unabhängigkeit ist zu stärken.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke sehr. Wünscht jemand zur Begründung des Antrags D 34 das Wort? – Das ist nicht der Fall. Zur Aussprache zu diesen Anträgen hat sich nur ein Delegierter gemeldet; es ist der Delegierte Gocht, der nach dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Dr. Eyrich, das Wort erhält.

Dr. Eyrich: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, um mit dem Antrag D 34 zu beginnen, dessen Ablehnung. Wir halten diesen Antrag für zu unklar und auch für zu weitgehend. Er ist nicht auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt. Wir glauben, wenn er in dieser Fassung in unser Aktionsprogramm hereinkäme, könnten sich Bedenken ergeben, daß

damit eine Ausdehnung der Gesetzgebung möglich wäre, die wir hier nicht wünschen können. Wir sind der Meinung, daß der Satz, den wir in Absatz 3 der Ziffer 27 haben, wonach die Gebote der Sittlichkeit das einzelne Gewissen verpflichten, aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes bedürfen, ausreichend ist. Eine Erweiterung und insbesondere eine unklare Erweiterung dieses Satzes ist nicht angängig. Der Antrag D 21, der soeben von unserem Freund Teufel begründet worden ist, soll nach Empfehlung der Antragskommission in der Fassung angenommen werden: „Die Unabhängigkeit des Richters darf nicht angetastet werden.“

Zum Antrag D 20, meine Damen und Herren! Was in D 20 gefordert wird vom Kreisverband Steglitz, ist im wesentlichen das, was bereits in der Ziffer 27 steht. Eine weitere Spezifizierung der einzelnen Maßnahmen, die erforderlich sind zur Wiedereingliederung des Täters, halten wir in dieser Breite nicht für notwendig. Es ist selbstverständlich, daß durch andere Mittel eine Wiedereingliederung nicht erreicht werden kann. Wir glauben aber, daß auf eine Spezifizierung verzichtet werden kann. Das gilt auch für den letzten Satz dieses Antrags D 20, der beginnt: Mit dem modernen Strafvollzug unter besonderer Berücksichtigung . . . Auch hier glauben wir, daß diese Gedanken bereits in Ziffer 27, wenn auch nicht so breit, enthalten sind.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! Nun hat das Wort der Delegierte Gocht.

Gocht (Exil-CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ziffer 27, die vom Vorstand vorgelegt wird, enthält sehr viele verschiedene Elemente, die in ihrer Zusammenfügung einen Strauß bilden, der im Meinungsaustausch durchaus verschieden beurteilt werden könnte. Ich wäre persönlich dankbar, wenn über die Absätze 1, 2, und 3 bis 5 getrennt abgestimmt werden könnte. Ich sage das aus Erfahrung; denn ich diene der Justiz, und ich weiß, daß die Absätze 1 und 2 weitgehend echte politische Forderungen sind, nicht aber die Absätze 3 bis 5, die sind eigentlich Allgemeingut.

Ich habe aber das Wort ergriffen zu Absatz 1, um Sie darauf hinzuweisen, auch die Entwerfer dieser Ziffer, daß hier ein gedanklicher Widerspruch ist. Wer da sagt: Eine umfassende Justizreform muß für alle ordentlichen Gerichte den dreistufigen Aufbau durchführen, die Verfahren straffen und ihren beschleunigten Abschluß gewährleisten, der kennt die Justiz nicht. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit gesagt haben. Die Dreistufigkeit des Verfahrens strafft das Verfahren nicht, sondern verlängert es.

Wir sind im allgemeinen gewöhnt, und zwar aus Gründen der Rechtssicherheit, daß unsere obersten Gerichte zwei bis drei Jahre brauchen, um eine ihnen vorgelegte Revisionssache zu entscheiden. Wer also sagt: Ich will in allen Verfahren die Dreistufigkeit haben, der verlängert ganz notwendig jedes Verfahren; er soll nicht mehr von sich sagen, daß er es straffen will.

Die Zweistufigkeit des Verfahrens hat sich auf vielen Gebieten des Rechtslebens außerordentlich bewährt. Ich halte es für bedenklich, unter allen Umständen bei allen Rechtswegen die Dreistufigkeit anzustreben. Ich würde Sie

bitten, diesen Satz entweder zu ändern oder abzulehnen; denn wir würden damit unserem eigentlichen Anliegen, die Rechtspflege straffen zu wollen, entgegenwirken. Um diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, wiederhole ich meine Bitte an das Präsidium, getrennt über Absatz 1, Absatz 2 und Absätze 3 bis 5 abstimmen zu lassen.

Präsident Dr. Klepsch: Ich danke sehr. Das Präsidium bedauert allerdings, daß dieser Beitrag nicht in der Form eines Antrages substantiiert ist, es wäre natürlich möglich gewesen, jetzt noch mit 30 Unterschriften diesen Antrag einzubringen. So ist er bisher nur ein Diskussionsbeitrag geblieben.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt, dem Antrag D 33 zuzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag D 33 abstimmen. Wer für den Antrag D 33 ist, den bitte ich um Erhebung der roten Delegiertenkarte. Danke sehr!

Zweitens empfiehlt die Antragskommission, die neue Fassung, wie sie durch den Antrag D 33 entsteht, als Vorlage anzunehmen, und zwar sind damit gleichzeitig die Anträge D 20, D 21 und D 34 erledigt. Ich stelle das zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, in der geänderten Fassung die Ziffer 27 anzunehmen, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. — Wer ist dagegen? — Das ist mit sehr großer Mehrheit angenommen. Es gab bei den vorliegenden Anträgen keine Möglichkeit für das Präsidium, dem Anliegen des Delegierten Gocht zu entsprechen.

Wir kommen nun zur Ziffer 28. Hier liegen uns die Änderungsanträge D 22, D 23, D 24, D 35 und D 36 vor. Zur Begründung liegt eine Wortmeldung nicht vor. Ich bitte noch einmal darum, auch die Wortmeldungen zur Begründung hier abzugeben. Herr Dr. Krämer, Rheinland, wird den Antrag D 24 begründen. Für die anderen sind Wortmeldungen nicht abgegeben worden.

Dr. Krämer (Rheinland): Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, darf ich zu beiden Anträgen zu 28 die Begründung geben. Der rheinisch-bergische Kreisverband schlägt Ihnen vor, in der Ziffer 28 folgende Veränderungen vorzunehmen: nicht davon zu sprechen, daß ein Bundespressegesetz die Rechte und Pflichten der Redakteure festzulegen habe; denn die Rechte und Pflichten der Redakteure, der Journalisten, sind in Tarifverträgen, Manteltarifverträgen und in persönlichen Anstellungsverträgen hinreichend geklärt. Das Problem, das wir hier sicherlich ansprechen wollen, ist nicht das Problem der Rechte und Pflichten, die sich für einen Redakteur aus seinen Anstellungsmodalitäten ergeben, sondern wir wollen doch ganz gewiß sehr viel tieferliegende und weitergehende Probleme der Verantwortung des Publizisten hier ansprechen. Darum meinen wir, daß dieses Problem deutlicher durch das Begriffspaar „Freiheit und Verantwortung“ und nicht durch das Begriffspaar „Rechte und Pflichten“ angesprochen werden kann. Wenn wir davon ausgehen, daß die Freiheit unteilbar ist und nicht eingegrenzt werden kann, wenn wir andererseits davon ausgehen, daß wir keine unbegrenzte Freiheit, die Anarchismus bedeuten könnte, wollen, dann läßt sich unsere Aus-

sage eigentlich nur sinnvoll mit dem Begriff „Freiheit und Verantwortung des Publizisten“ umschreiben.

Ich darf Sie deshalb recht herzlich bitten, dieser nicht nur redaktionellen, sondern auch sachlichen Verbesserung zuzustimmen.

Der zweite Antrag meines Kreisverbandes bezieht sich auf das Problem der Schaffung der Möglichkeit für ein privatwirtschaftlich getragenes Fernsehen. Meine lieben Parteifreunde! In der über zehnjährigen Diskussion dieses Problems sind wir wohl alle zu Experten in dieser Frage geworden. Sie ist eine der meist diskutierten Fragen im publizistischen Bereich der Vergangenheit gewesen. Ich darf mich darum mit der Begründung des Antrages hier nur auf einige Stichworte beschränken, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vielleicht ergeben sich auch noch in der Begründung anderer Anträge zum gleichen Punkt entsprechende Überlegungen.

Meine lieben Parteifreunde! In einer Zeit – und wir blicken auf die siebziger Jahre – in der die technische Entwicklung es ohne weiteres ermöglicht, daß irgendein Staat – wir müssen nicht unbedingt immer von der Sowjetunion sprechen – mit der Hilfe von Satelliten in der Lage ist, auf unsere Fernsehgeräte jedes von ihm gewünschte Programm auszustrahlen, mutet es geradezu als ein Anachronismus an, wenn wir bestimmten Kräften unserer Gesellschaft verwehren wollen, die Möglichkeiten eines Fernsehens für ihre Zwecke einzusetzen. Ich glaube, wir würden ziemlich lächerlich dastehen, wenn wir in sehr baldiger Zeit jedes Rundfunkprogramm eines anderen Staates empfangen können, wir aber bestimmte Kräfte unserer Gesellschaft einfach daran hindern wollten mit dieser Absichtserklärung, selber Fernsehprogramme zu produzieren und auszustrahlen.

Als einen von vielen Gesichtspunkten möchte ich auf die Interessen der katholischen Kirche wie der evangelischen Kirche verweisen. Das zweite Vatikanische Konzil hat in seinem Dekret über die Massenmedien unter anderem gefordert, das natürliche Recht anzuerkennen, die Instrumente der sozialen Kommunikation nicht nur zu benutzen, sondern auch zu besitzen. Das heißt nun keineswegs, daß die katholische Kirche in Deutschland interessiert wäre, ab morgen ein eigenes Fernsehprogramm zu gestalten und auszustrahlen. Es geht ja hier um Rechtsgrundlagen, das heißt, es geht um einen möglichen Konflikt mit der katholischen Kirche, die hier ein Recht beansprucht, dieses Recht grundsätzlich zu verwehren. Ich meine, daß dieser Gesichtspunkt mitberücksichtigt werden sollte. Eine entsprechende Lehräußerung liegt seitens der evangelischen Kirche nicht vor; aber aus der Tatsache, daß die evangelische Kirche in anderen Bereichen – ich denke an Radio Addis Abeba – selber eigene Rundfunk- und Fernsehstationen trägt, könnte zumindest daraus geschlossen werden, daß sie sich dieses grundsätzliche Recht für Deutschland auch vorbehalten wissen möchte.

Drittens und letztlich möchte ich verweisen auf den Urteilstenor des hinlänglich bekannten Fernsehurteils vom 22. März 1961, in dem ausdrücklich die

Möglichkeit vorgesehen ist, daß private Veranstalter unter öffentlicher Kontrolle selbstverständlich das Recht haben können, eigene Fernsehprogramme zu produzieren und auszustrahlen.

Ich bitte Sie deshalb, der ursprünglichen Intention der Autoren des ersten Entwurfs unseres Aktionsprogramms zuzustimmen, die im ersten Entwurf wie folgt formulierten:

Sobald die technische und wirtschaftliche Entwicklung die Veranstaltungen weiterer Fernsehprogramme nahelegt, können unter öffentlicher Kontrolle private Veranstalter berücksichtigt werden.

Aus diesen und den vorhergenannten Gründen bitte ich Sie um Wiederherstellung der ursprünglichen Ziffer 113 Abs. 2 des ersten Entwurfs im Rahmen der Ziffer 28 des zweiten Entwurfs.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! – Es lagen keine weiteren Wortmeldungen zu den Begründungen vor.

(Dr. Kliesing: Doch!)

Welche Ziffer?

(Dr. Kliesing: Zum ersten Teil dieses Antrags!)

Das ist Aussprache. Zunächst Herr Dr. Kohl für die Antragskommission zu den Anträgen D 22 bis D 36 zu Ziffer 28.

Dr. Kohl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst zu der wichtigeren Frage, die hier angesprochen ist, – das ist praktisch das private Fernsehen – für die Antragskommission einen Kompromißvorschlag einbringen. Ich hoffe, daß damit die ansonsten gestellten Anträge – ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen – erledigt sind.

Ich darf für die Antragskommission vorschlagen, daß wir den Antrag von 30 Delegierten der CDU des Rheinlandes zu Ziffer 28 im letzten Satz übernehmen. Es heißt hier:

Die Ausstrahlung weiterer Fernsehprogramme durch andere Veranstalter soll unter öffentlicher Aufsicht und unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte möglich sein.

Wir schlagen vor, daß wir diesen Satz an den letzten Satz des zweiten Absatzes anschließen, der im Sinne des Antrages von Mönchengladbach, den wir bejahen, dann mit den Worten „und zu verwirklichen“ enden würde. Es würde dann also heißen:

Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks soll die Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland bleiben; rationellere Organisationsformen sind anzustreben und zu verwirklichen.

Es geht dann weiter:

Die Ausstrahlung weiterer Fernsehprogramme durch andere Veranstalter soll unter öffentlicher Aufsicht und unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte möglich sein.

Ich glaube, daß damit alle Anträge, die in diesem Zusammenhang gestellt wurden, erledigt sind, und ich bitte um Annahme dieses Kompromißvorschlages.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! – Das Wort zur Aussprache hat als einziger Delegierter Herr Dr. Kliesing gewünscht. Bitte sehr!

Dr. Kliesing (MdB): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich gegen den ersten Absatz in dem Antrag D 24 aussprechen. Ich teile zwar die Auffassung, die hier bei der Begründung dargelegt wurde. Aber ich finde, es handelt sich hier um eine Materie, die nach Möglichkeit in partner-schaftlicher Vereinbarung und nicht durch den Zwang eines Bundespressegesetzes geregelt werden sollte. Die Situation ist nach den vorliegenden Informationen zur Zeit so, daß Verhandlungen zwischen Verlegern und Journalistenverbänden im Gange sind, die berechnete Aussicht auf einen Erfolg in sich bergen. Es wäre deshalb doch wohl falsch, wenn wir hier nun den Zwang eines Bundespressegesetzes zum Teil eines Aktionsprogramms machen würden. Ein Bundespressegesetz in diesen Fragen sollte doch wohl nur die ultima ratio sein und nur dann in Frage kommen, wenn beide Partner keine Einigung erzielen können. Da aber eine Einigung in Sicht ist, sollten wir es vermeiden, das hier ins Aktionsprogramm zu schreiben. Ich bitte es daher bei der ursprünglichen Fassung der Ziffer 28 zu belassen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! – Wir haben einen Antrag der Antragskommission vorliegen, der die Anträge D 22 und D 36 in sich aufgenommen hat. Nach unserer Vereinbarung geht dieser Antrag allen anderen vor. Die Antragskommission beantragt ausdrücklich, alle Anträge damit für erledigt zu erklären. Damit Sie alle wissen, worüber Sie abstimmen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß nach dem Antrag von Mönchengladbach, der übernommen wird, in Ziffer 28 Abs. 2 am Schluß hinzugefügt werden soll: „und zu verwirklichen“. Dann soll angefügt werden:

Die Ausstrahlung weiterer Fernsehprogramme durch andere Veranstalter soll unter öffentlicher Aufsicht und unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte möglich sein.

Der übrige Text der Ziffer 28 bleibt erhalten. Dies ist der Antrag der Antragskommission, den ich zur Abstimmung stelle. Wer ihm zustimmt, möge bitte

seine rote Delegiertenkarte heben. — Danke sehr! Wer ist dagegen? — Mit sehr großer Mehrheit angenommen. Damit sind alle anderen Anträge dazu erledigt.

(Zurufe)

Nein, die Antragskommission hatte ausdrücklich vorgeschlagen, alle anderen Anträge zu Ziffer 28 für erledigt zu erklären. Damit sind sie auch erledigt.

Wir kommen zu Ziffer 29. Hier liegt uns der Antrag D 25 vor. Dazu spricht der Delegierte Honig von Westfalen zur Begründung.

Honig: Meine Damen und Herren! Zu dem der Bundesgeschäftsstelle telegrafisch übermittelten Antrag meines Kreisverbandes habe ich zunächst zwei redaktionelle Änderungen vorzutragen, die in dem Telegramm falsch gewesen sind. Einmal muß es heißen, daß in der Ziffer 29 der zweite und der dritte Satz gestrichen werden sollen, und zum anderen muß es in der fünften Zeile heißen: „Jugend und Erwachsene“. Das Wort „Jugend“ ist da hinzuzusetzen.

Zur Begründung! Zur Einbeziehung der sonstigen freien Zusammenschlüsse der Gesellschaft ist folgendes zu sagen. Eine Beschränkung der Aussage auf Kirchen und Religionsgemeinschaften engt die Förderung freier Trägerschaften auf den kirchlichen Bereich ein. Andere freie Zusammenschlüsse der Gesellschaft einschließlich sämtlicher Wohlfahrtsverbände und Berufsverbände sollten jedoch bei gleichartigen Initiativen eine entsprechende Förderung erfahren. Es geht doch darum, bewußte Mitverantwortung und freiwilligen Einsatz für den Mitmenschen in unserer Gesellschaft auf möglichst breiter Basis wirksam werden zu lassen.

Zur Aufzählung der Einzelaufgaben möchte ich folgendes sagen. Die Ergänzung des Textes durch die Einfügung der Kranken-, Alten- und Behindertenhilfe ist eine notwendige Klarstellung, weil diese Bereiche noch nicht ohne weiteres mit der Formulierung „Hilfe für in Not Geratene“ erfaßt werden. Vielmehr soll durch die Hilfen für Kranke, Alte und Behinderte gerade verhindert werden, daß sie überhaupt in Not geraten.

Und zum Vorrang der freien Träger folgendes. Die Forderung, den Initiativen der freien Träger vor entsprechenden Maßnahmen der öffentlichen Hand den Vorzug zu geben, soll den Grundsatz der Subsidiarität auch auf diesem Gebiet als Wegweiser in die Zukunft bestätigen, und zwar ungeachtet der Notwendigkeit, laufend den Katalog der Aufgaben freier Träger den Erfordernissen des Fortschritts, der Bedarfsbefriedigung und der Wirtschaftlichkeit anzupassen.

Zwar wird in Nr. 20 Abs. 2 des Programmentwurfs die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit als subsidiäre Aufgabe des Staates gesehen. Diese Aussage reicht jedoch nicht aus, um auch die Bereitstellung sozialer Einrichtungen als lediglich subsidiäre Staatspflicht herauszustellen. Es genügt auch nicht,

daß die Subsidiarität für einen Teilbereich im Bundessozialhilfegesetz verankert ist; denn ein Aktionsprogramm will die künftige Zielsetzung verdeutlichen, die gegebenenfalls zu Gesetzesänderungen führt. Die Forderung, den Initiativen der freien Träger den Vorzug zu geben, ist daher das Herzstück unseres Änderungsantrages. Sie soll ein klares Bekenntnis der CDU zum Vorrang der freien, persönlichkeitsprägenden Mitverantwortung vor der bloßen Erfüllung staatlich verordneter Pflichtaufgaben herbeiführen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! — Nun hat Herr Köppler das Wort für die Antragskommission.

Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, diesem Antrag nicht zu folgen und es bei der Fassung der Vorstandsvorlage zu belassen, und zwar aus folgenden Gründen. In der bisherigen Fassung des Entwurfs eines Aktionsprogramms ist die Ziffer, die wir zur Zeit behandeln, der Aufgabe und der Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Demokratie, in unserem demokratischen Staat gewidmet. Wenn wir dem Antrag von Münster folgen, wird daraus ein erweitertes Kapitel zum Thema Sozialhilfe, Jugendhilfe und noch einigem mehr.

Der Gesichtspunkt der Subsidiarität in diesem Bereich, die überragende Rolle, die freien Organisationen und freien Verbänden auf vielen Gebieten unseres öffentlichen Lebens zukommt, ist in der Ziffer 20 des gleichen Kapitels nach Meinung der Antragskommission ausreichend gewürdigt. Hier ist sowohl die Bedeutung der freien Organisationen hervorgehoben als auch der Grundsatz der Subsidiarität gegenüber staatlichem Handeln. Wir meinen, daß es bei dieser Formulierung in Ziffer 20 bleiben sollte und daß der ursprüngliche Auftrag in der Ziffer, die sich mit den Kirchen beschäftigt, nicht durch die Annahme des Antrags des Kreisverbandes Münster verwischt werden sollte. Eine klare Aussage der Partei zu ihrer Auffassung von Rolle und Aufgabe der Kirche in der Demokratie halten wir in dieser Form der Vorstandsvorlage für notwendig. Die Antragskommission bittet Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Präsident Dr. Klepsch: Danke sehr! — Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Aber auf Wunsch von Delegierten trage ich, weil der gedruckte Text des Antrags D 25 zwei sachliche Fehler aufweist, diese Fehler noch einmal nach. Es muß also heißen: „Es sind der zweite und dritte Satz zu streichen“, und es muß korrekterweise heißen: „Ihre Bestrebungen, den Familien beizustehen, Jugend und Erwachsene zu bilden . . .“. Das Wort „Jugend“ fehlt im gedruckten Text.

Damit ist Ihnen alles bekannt. Wir kommen zur Abstimmung, da keine Wortmeldungen dazu vorlagen. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 25 auch in dieser so überarbeiteten Fassung abzulehnen. Wer für die Annahme

des Antrags D 25 ist, den die Antragskommission abzulehnen empfiehlt, den bitte ich um das Heben der roten Delegiertenkarte. – Danke sehr! Wer ist dagegen? – Damit ist der Antrag D 25 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem Antrag D 38, der in Ihrem Besitz sein müßte. Der Antrag D 38 ist von der erforderlichen Anzahl von Delegierten unterzeichnet. Er schlägt vor, in Abschnitt D zwischen den Ziffern 20 und 21 eine neue Ziffer einzufügen. Die Antragsteller verzichten auf Begründung. Ich erteile deshalb sogleich dem Sprecher der Antragskommission das Wort.

Dr. Kohl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission begrüßt diesen Antrag in seiner Essenz und in seinem Grundinhalt. Wir schlagen jedoch eine etwas veränderte Formulierung und eine andere Einfügung in das Programm vor. Wir schlagen vor, an den ersten Absatz der Ziffer 20 einen entsprechenden Satz anzufügen, Bisher endet dieser Absatz mit den Worten „... und das gemeinsame Wohl fördern und schützen.“ Hier sollen nun folgende Sätze angefügt werden: „Das kritische Engagement, insbesondere der jungen Generation, ist ein notwendiger Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Demokratie. Dieses Engagement muß sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung entfalten.“

Wir würden es für sehr gut halten, wenn der Parteitag sich entschließen könnte, diese Aussage in das Programm einzufügen, gerade im Blick auf die junge Generation, auf die studentische Generation, natürlich mit der Einschränkung auf die verfassungsmäßige Ordnung und den sich hieraus ergebenden selbstverständlichen Folgerungen.

(Beifall)

Präsident Dr. Klepsch: Das Wort dazu wird nicht gewünscht. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag so, wie es der Vertreter der Antragskommission geschildert hat, in geänderter Fassung anzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der roten Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Dann haben wir als letzte die Schlußabstimmung über die Ziffer 29 vorzunehmen, nachdem wir eben über den Antrag Münster abgestimmt haben. Wer der vorliegenden Fassung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Heben der Delegiertenkarte. – Wer ist dagegen? – Einstimmig angenommen.

Der Abschnitt D ist damit abgeschlossen. Ich bedanke mich.

Präsident Amrehn: Meine Freunde, an dieser Stelle möchte ich einen kleinen Einschnitt machen und mit Ihnen die Geschäftslage besprechen.

Wir haben in mehr als der Hälfte der für die Diskussion zur Verfügung stehenden Zeit von 9 Kapiteln bis jetzt drei behandelt. Das Präsidium hat bisher von der Möglichkeit, Redezeiten einzugrenzen oder Rednerlisten zu schließen,

praktisch keinen Gebrauch gemacht, und wir haben auch diese Absicht nicht, weil die Redner sich in der Länge ihrer Ausführungen im großen und ganzen an relativ kurze Zeiten gehalten haben. Aber es läßt sich schon jetzt übersehen, daß wir nicht bis Donnerstagmittag fertig werden, wenn es uns nicht gelingt, den Ablauf der Beratungen etwas zu beschleunigen. Wir müssen in Aussicht nehmen — ich muß Ihnen das jetzt ankündigen — daß wir morgen abend vielleicht sehr lange, bis spät, tagen müssen.

Heute müssen wir allerdings in etwa 50 Minuten Schluß machen, weil Sie alle gebeten sind, um 19 Uhr in das Schloß Charlottenburg zu kommen zum Empfang des Regierenden Bürgermeisters. Wir können nicht fehlen, wenn unseretwegen ein Empfang gegeben wird. So haben wir also vor, heute gegen 18.30 Uhr zu schließen.

Es ist nun zu überlegen, wie wir am besten vorankommen. Wenn wir auch die Möglichkeit der Ausdehnung morgen abend haben und uns innerlich schon darauf einstellen sollten, so darf doch eines nicht passieren, nämlich daß ganz wichtige Kapitel und Schwerpunkte unseres Aktionsprogramms in der Diskussion unter Zeitdruck geraten. Wir sind ja doch alle gespannt, wie das dann im übernächsten Kapitel bei der Nr. 60, die doch jeder inhaltlich versteht, laufen soll. Wir hatten vor, vorzuschlagen, es heute noch zu beginnen, aber dafür ist die Zeit nunmehr zu kurz. Wir möchten Ihnen vorschlagen, daß wir dann aber morgen früh um 9 Uhr aus dem Kapitel Wirtschaft und Finanzen den Punkt 60 behandeln, um sicherzustellen, daß sich in der Frage der Mitbestimmung niemand unter Zeitdruck oder irgend einer anderen Beengung fühlt. Ich möchte jetzt nur Ihre Zustimmung dazu, daß wir morgen früh mit diesem vorgezogenen Punkt beginnen und heute entsprechend der Reihenfolge noch mit dem Kapitel E anfangen, also mit dem Kapitel Bildung, Jugend, Kunst, Forschung. Dann können wir die Beratung an einem bestimmten Punkt nach einer Ziffer unterbrechen und ohne Schaden morgen nach Behandlung des Punktes 60, der möglicherweise auch gar nicht im ersten Anlauf abgeschlossen werden kann, neu beginnen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann würden wir jetzt so verfahren, und ich würde Frau Dr. Walz bitten, daß sie die Leitung für das Kapitel E, Bildung, Jugend, Kunst, Forschung, übernimmt.

Ich möchte Ihnen für die morgige Debatte — und Widerspruch kommt nicht, so daß ich davon ausgehen kann — jetzt schon ankündigen, daß bereits 16 Wortmeldungen vorweg vorliegen und wir Mühe haben werden, die Begründungen zu den verschiedenen Anträgen zu ordnen. Aber die Antragskommission hat sich, ohne sich zur Sache äußern zu wollen, Gedanken gemacht, wie wir verfahrenstechnisch besser, einfacher und dabei vielleicht auch schneller vorankommen. Das werden wir jedoch morgen früh besprechen. Ich wollte Ihnen nur ankündigen, daß wir uns darüber auch schon Gedanken gemacht haben und Ihnen dann entsprechende Vorschläge unterbreiten werden. Ich gehe davon aus, daß Sie hiermit einverstanden sind.

Ich bitte nun Frau Dr. Walz, daß sie das Kapitel E noch beginnt und um 18.30 Uhr die Sitzung schließt, damit wir alle einigermaßen pünktlich ins

Schloß Charlottenburg gehen können. Es wird noch mitgeteilt, daß die Teilnehmer an dem Empfang im Charlottenburger Schloß zwischen 18.30 und 18.45 Uhr Sonderbusse hier vor der Tür besteigen können, die direkt zum Schloß Charlottenburg fahren. Gegen 20 Uhr wird der Empfang beendet sein. Dann fahren die Busse vom Schloß Charlottenburg direkt zum Bahnhof Zoo.

Bitte, Frau Dr. Walz!

Präsidentin Frau Dr. Walz: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden das Kapitel „Bildung, Jugend, Kunst, Forschung“ in zwei Abschnitten behandeln. Ich hoffe, daß hierdurch keine zu arge Zweiteilung zustande kommt.

Einen Beweis dafür, welchen Rang die Kulturpolitik in der CDU heute hat, können Sie daraus ersehen, daß zu diesem Teil des Aktionsprogramms 49 Abänderungsanträge eingegangen sind.

Wir fangen jetzt mit dem Kapitel „Bildung, Jugend, Kunst, Forschung“ an und müssen dabei, wie gesagt, zweiteilen. Morgen kommt, wie Sie gehört haben, die Ziffer 60 dazwischen. Wir werden versuchen, heute so weit wie möglich zu kommen, obwohl der Bedeutung von Bildung, Jugend, Kunst und Forschung entsprechend allein zu diesem Abschnitt 49 Abänderungsanträge eingegangen sind. Wir werden uns deshalb in der Diskussion sehr konzentrieren müssen, und ich bitte jeden Redner, daran zu denken.

Als erster Redner hat sich zu einem Geschäftsordnungsantrag Herr Dr. Lenz, Rheinland, gemeldet.

Dr. Lenz, Rheinland: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Sprecher der 10 Landtagsfraktionen der CDU haben sich gestern mittag während der Mittagspause mit dem Kapitel, das wir hier beraten sollen, befaßt und überlegt, wie es möglich wäre, das zu tun, was ja von der Sache her eigentlich notwendig ist: Die Vorbereitungen dafür zu treffen, daß die CDU endlich zu einem gemeinsamen bildungspolitischen Konzept kommt.

Die Debatte, die wir heute über das Thema Föderalismus, Bundeskulturministerium und Bundesrahmengesetzgebungskompetenz hatten, zeigt doch deutlich, in welchem Dilemma wir uns befinden. Anstatt diese Debatte zu führen, hätten wir lieber über Elemente für ein einheitliches bildungspolitisches Konzept debattieren sollen.

Die Sprecher der zehn Landtagsfraktionen sind deshalb der Meinung – ich habe den Auftrag, Ihnen das in Form eines Antrags vorzutragen – daß der Entwurf, der Ihnen vorliegt, von Ihnen akzeptiert, d. h. bejaht und verabschiedet wird, vielleicht nach der Entscheidung über den Antrag E 68 der Antragskommission, der uns gestern noch nicht vorlag. Im übrigen sollte die gesamte Fülle der Anträge an den Bundesvorstand mit dem Auftrag überwiesen werden, aus dem ohnehin vorgesehenen Kulturpolitischen Kongreß im Frühjahr

nächsten Jahres einen Bildungspolitischen Kongreß zu machen. Dieser Kongreß sollte dann den Auftrag erhalten, ein bildungspolitisches Konzept der Union zu entwickeln und dabei die vorliegenden Änderungsanträge dem Inhalt und der Bedeutung nach zu würdigen.

Meine Damen und Herren, es kommt uns darauf an, daß wir endlich eine Plattform für eine gemeinsame bildungspolitische Arbeit der Union im Bundestag, in der Bundespartei und in den Landtagen und in den Landesparteien bekommen. Wenn wir so verfahren, dann würden wir auch die Grundlage dafür legen, daß wir sowohl im hochschulpolitischen als auch im schulpolitischen Bereich endlich mindestens zu einem Minimum an Gemeinsamkeit kommen.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Walz: Da das ein sehr überraschender Antrag ist, der einen Großteil unseres Aktionsprogramms an einen Kongreß verweisen würde, bitte ich nunmehr jemand von der Antragskommission, dazu das Wort zu nehmen. Das Wort hat Herr Minister Dr. Stoltenberg.

Bundesminister Dr. Stoltenberg: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lenz hat uns freundlicherweise gestern nachmittag von diesem bevorstehenden Antrag informiert. Die Antragskommission konnte deshalb diesen Vorschlag gestern behandeln. Ich darf Ihnen folgendes vortragen.

Wir glauben, nachdem wir die etwa 50 Anträge durchgearbeitet haben, daß dieses Verfahren, das hier vorgeschlagen wird, im wesentlichen richtig und akzeptabel ist.

(Beifall)

In den Anträgen gibt es eine Fülle von Vorschlägen, die entweder Vorschläge zur Formulierung und insoweit mehr eine Darstellungsfrage sind, oder die weitergehende Fragen so behandeln, daß sie in der Darstellung zum Teil die Proportion des Aktionsprogramms sprengen. Wenn wir in die Beratung aller 50 Anträge eintreten würden, würden wir sie nicht nur unter sachlichen Gesichtspunkten, sondern zum Teil auch unter dem Gesichtspunkt behandeln müssen, daß sachlich an sich durchaus richtige oder diskutabile Ergänzungen über die Darstellungsmöglichkeit des Aktionsprogramms hinausgehen.

Deshalb möchte ich Ihnen für die Antragskommission mit der einen Einschränkung, die ich erläutern werde, die Annahme des Antrags des Kollegen Lenz empfehlen.

Die Einschränkung ist folgende. Ich würde auch – Herr Lenz hat darauf schon hingewiesen – auf Grund eines Vorgesprächs vorschlagen, daß wir die Ziffer 30 hier materiell behandeln. Die Ziffer 30 ist doch eine programmatisch we-

sentliche Aussage zu Grundlagen unserer Bildungspolitik. In den vorgelegten etwa 15 Anträgen ist einiges enthalten, was nach Auffassung der Antragskommission substantiell berücksichtigt werden sollte. Deshalb haben wir Ihnen mit dem schon erwähnten Antrag D 68 eine neue Fassung vorgeschlagen. Wenn wir diese behandeln, müssen wir natürlich, soweit es gewünscht wird, auch die ursprünglichen Anträge zum Programm selbst behandeln. Mit dieser einen Maßgabe einer Behandlung der Anträge zu Antrag E 68 und des Vorschlages der Antragskommission zu Ziffer 30 empfehle ich Ihnen, dem Antrag des Herrn Kollegen Lenz zuzustimmen.

Präsidentin Dr. Walz: Wir müssen zunächst über die beiden Vorschläge diskutieren. Wer möchte dazu etwas sagen? — Herr Mikat bitte!

Prof. Dr. Mikat: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte Sie bitten, den Argumenten, die hier von Herrn Lenz und von Herrn Kollegen Stoltenberg vorgetragen worden sind, zu folgen, und zwar nicht zuletzt im Interesse der Sache selber. Es geht nicht nur um die Frage der Schwereichtigkeit, die dieses wichtige Problem „Bildung und Forschung“ in unserem Programm beansprucht. Es geht auch darum, daß wir uns genügend Zeit lassen müssen, um über die einzelnen Materien zu sprechen. Ich würde es sehr bedauern, wenn wir mit diesem Kapitel jetzt in einen allgemeinen Zeitdruck kämen. Unser Parteiprogramm, dessen Entwurf der Bundesvorstand und das Präsidium uns vorgelegt haben, wird ja die Ausgangsbasis darstellen, von der aus die einzelnen Maßnahmen abzuleiten sind, von denen auch Herr Stoltenberg sprach.

Die Problematik der Ziffer 30, die uns vorgelegt wird, ist folgende. Auch hinter der Ziffer 30 steht, den gemeinsamen Kultur- und Bildungswillen von Bund und Ländern zusammenzufassen, um damit eine Plattform zu bekommen. Ich halte das gerade im Hinblick auf die Finanzreform und die Finanzplanung, die in Ziffer 30 angesprochen ist, für ganz entscheidend. Wir dienen jetzt nicht diesem wichtigen Anliegen, wenn wir gleichsam hier versuchen würden, im Schnellverfahren Antrag für Antrag zu behandeln. Im wesentlichen handelt es sich bei den rund 50 Anträgen, die wir vorliegen haben, um Nuancierungen. In allen Anträgen ist ein gemeinsamer Grundtenor enthalten. Wir dienen der Sache nicht, wenn wir das mechanisch abrollen lassen.

Der Vorschlag, der hier gemacht worden ist, ist durchaus akzeptabel. Er gibt uns vor allem die nötige Handlungsfreiheit, die wir brauchen, um sehr bald zu jenem von Herrn Stoltenberg und Herrn Lenz geforderten, auch für die Gesamtpartei dann verbindlichen bildungspolitischen Konzept zu kommen. Wir haben viele Konzepte. Es ist nicht so — und das sollte auch einmal klar gestellt werden — als ob die CDU jetzt erst unter Druck und seit jüngster Zeit zur Bildung fände.

(Beifall)

Das ist eine der Legenden, die es zu zerstören gilt. Wir wollen darum auch nicht heute hier den Eindruck erwecken, als ob es notwendig sei, nun hier

noch schnell diese oder jene Aussage zu machen. Das Aktionsprogramm enthält, wie ich glaube, wie in einem Brennpunkt den kulturpolitischen Willen dieser Partei. Wir haben mit dem Antrag, den wir heute nachmittag verabschiedet haben, eine sehr wichtige Entscheidung hinsichtlich eines echten Kooperationsverhältnisses gefällt. Wir sollten nun durch die Annahme dieses von Herrn Stoltenberg begründeten Antrages uns gleichzeitig die zweite Ebene schaffen, um jetzt finanzplanungsmäßig auf dem nächsten Kulturkongreß zu weiteren Schritten zu kommen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, so zu verfahren, wie Herr Lenz und Herr Stoltenberg es vorgeschlagen haben.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Walz: Meine Damen und Herren, ich darf zur Geschäftsordnung eine Bemerkung machen. Herr Lenz wollte praktisch das ganze kulturpolitische Programm abgesetzt und einem Kulturkongreß überwiesen haben. Herr Stoltenberg hatte einen Vermittlungsvorschlag, der sagte, daß man bündeln sollte, daß es aber vollkommen unmöglich wäre, die ganze Kulturpolitik hier sozusagen aus dem Parteitag auszuklammern, da wir sonst durch das Aktionsprogramm schon vordisponiert sind und später auf unserem Kulturkongreß gar keine Änderungen mehr treffen können. Ich würde deshalb sagen, daß wir zunächst den Antrag Lenz zur Abstimmung stellen und dann den Antrag Stoltenberg. — Bitte!

Dr. Lenz (Rheinland): Frau Vorsitzende! Hier liegt ein Mißverständnis vor. Ich habe für die Landtagsfraktionsvorsitzenden bzw. -sprecher nicht beantragt, den Teil abzusetzen, sondern ich habe in deren Auftrag beantragt, den Entwurf so, wie er ist, mit der Einschränkung anzunehmen, daß der von Herrn Stoltenberg genannte Antrag E 68 vorher behandelt und darüber entschieden wird. Es besteht also kein Dissens zwischen den Aussagen des Herrn Bundesministers Stoltenberg und meiner Aussage.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Walz: Dann stimmen wir zunächst über den Vorschlag Lenz ab. Darf ich bitten, die Stimmkarte zu heben, wer mit dem Vorschlag Lenz einverstanden ist.

(Zurufe)

Bitte sehr.

Bundesminister Dr. Stoltenberg: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verstehe offen gesagt den Widerspruch nicht. Herr Lenz hat einen Geschäftsordnungsantrag gestellt. Ich halte es deshalb für richtig — wie es die Frau Präsidentin vorgesehen hat — darüber abzustimmen. Dieser Geschäftsordnungsantrag bedeutet, daß bei Ziffer 30 auf Grund der Vorlage der An-

tragskommission gearbeitet und diskutiert werden kann und im übrigen über die Vorlage des Vorstandes abgestimmt wird. So habe ich Herrn Lenz verstanden. Ich wäre dankbar, wenn wir über diesen Geschäftsordnungsantrag jetzt abstimmen könnten. Insofern war der Vorschlag völlig korrekt.

Präsidentin Dr. Walz: Ich bitte also diejenigen, die für diesen Antrag sind, die rote Stimmkarte zu erheben. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Der Antrag Stoltenberg/Lenz ist angenommen.

Darf ich Sie jetzt bitten, den Antrag der Antragskommission vorzubringen, da dieser mehrere erledigt und wir dann nur auf die restlichen einzugehen haben.

Bundesminister Dr. Stoltenberg: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben versucht, in der Neufassung von Ziffer 30, die Ihnen im Antrag E 68 vorliegt, einige Gesichtspunkte aus den 15 Anträgen zu dieser Frage aufzunehmen, die uns besonders wichtig erschienen. In der Erweiterung gegenüber der Vorstandsfassung ist das der Gedanke einer umfassenden Finanzplanung für das Bildungswesen in der Abstimmung von Bund und Ländern. Das ist ein Gedanke, der sich schon in dem ersten Antrag E 1 des Landesverbandes Schleswig-Holstein mit der Formulierung „ein nationaler Bildungshaushalt“ findet. Wir haben es aus Gründen der begrifflichen Klarheit und der nach unserer Verfassung unterschiedlichen Zuständigkeit vorgezogen, den Ausdruck „einer umfassenden Finanzplanung für das Bildungswesen in der Abstimmung von Bund und Ländern“ zu wählen.

Es ist im Grunde aber das gleiche gemeint, was unter dem Begriff „nationaler Bildungshaushalt“ in der bildungspolitischen Diskussion — meines Erachtens mit Recht — mehr und mehr in den Vordergrund tritt.

Wir haben zweitens sehr stark auf Grund der verschiedenen Anträge den Gedanken und die Notwendigkeit betont, daß die hochschul- und schulpolitische Entwicklung in den Bundesländern die Freizügigkeit sichern muß und damit den Wechsel ohne Nachteile ermöglicht. Das ist ein Gesichtspunkt, der ja die Diskussion heute morgen im Für und Wider bestimmt hat und der keiner näheren Begründung bedarf, insbesondere angesichts der gefährlichen Entwicklung in einigen sozialdemokratisch regierten Ländern wie Hessen, die im Begriff stehen, das Maß an Einheitlichkeit, das wir haben oder noch haben, zu zerstören.

Wir haben drittens schließlich auch aus einem Antrag heraus den Satz aufgenommen: „Abschlußzeugnisse müssen europäische Anerkennung finden.“ Das ist eine Frage, die natürlich jetzt in der Fachhochschul- und Hochschuldiskussion eine eminente Bedeutung hat.

Auf Grund zweier Anträge haben wir dann noch für den Begriff Privatschule den Ausdruck „Schule in freier Trägerschaft“ gewählt und den Begriff der

Mitverantwortung auch auf Grund eines Antrags hier nicht nur auf die Schüler, sondern auch auf die Eltern bezogen.

Das ist der Versuch, eine Reihe von, wie ich glaube, wichtigen Vorschlägen aus den Anträgen aufzunehmen und dennoch in einer konzentrierten, auch im Umfang nicht zu sehr ausgedehnten Weise Kernsätze eines bildungspolitischen Programms zu formulieren. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Vorschlages.

(Beifall)

Präsidentin Walz: Wer möchte zu diesem Vorschlag von Herrn Stoltenberg das Wort nehmen? – Bitte, Herr Dr. Weimar!

Dr. Weimar (Schleswig-Holstein): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Im Namen des Landesverbands Schleswig-Holstein möchte ich erklären, daß wir unseren Antrag E 1 zu Ziffer 30 aus drei Gründen eingebracht haben. Wir wollten drei Forderungen deutlich machen. Es ist einmal die Forderung, über die wir heute morgen schon lange gesprochen haben, nach einem Mindestmaß an Gemeinsamkeit in der Schulpolitik innerhalb der Bundesrepublik. Wir waren der Meinung, an dieser Stelle, an der es um Finanzplanung geht, besser darüber sprechen zu können als bei der Frage eines Bundeskultusministers. Wir sehen ebenso, wie es Herr Stoltenberg eben zum Ausdruck brachte, eine große Gefahr für die Freizügigkeit in unserem Lande in der gesetzlichen Einführung der Gesamtschule.

Die zweite Forderung ist die nach einer engeren Gesamtplanung der bildungspolitischen Aufgaben, die der engen Verzahnung aller Beteiligten entspricht.

Die dritte Forderung geht dahin, einen starken Akzent auf die Bedeutung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Volkes zu setzen.

Alle diese drei Forderungen, so meinen wir, sind in dem von der Antragskommission zusammengestellten Antrag soweit enthalten, daß wir unsererseits auf den ursprünglich gestellten Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein verzichten können.

Im übrigen – und das möchte ich noch anfügen – gilt die Forderung nach Gemeinsamkeit nicht zuletzt gerade auch für die bildungspolitische Arbeit in unserer Partei, und ich bin sehr dankbar dafür, daß in den letzten Beiträgen immer wieder auf diese nunmehr bevorstehende gemeinsame bildungspolitische Aussage unserer CDU und CSU hingewiesen wurde.

(Beifall)

Präsidentin Walz: Schönen Dank! – Eine weitere Wortmeldung! Darf ich Sie aber bitten, hier vorn einen Zettel abzulegen und darauf zu bemerken, ob Sie dafür oder dagegen sprechen wollen. – Bitte, Herr Dr. Worms vom Landesverband Rheinland.

Dr. Worms: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Im Namen des Landesverbandes Rheinland bitte ich Sie, dem Antrag der Antragskommission zu folgen. Wir vom Landesverband Rheinland ziehen unseren Änderungsantrag E 56 zurück, weil wir der Meinung sind, daß die Neuformulierung der Antragskommission voll inhaltlich das abdeckt, was wir mit dem Antrag E 56 bezwecken wollten. Wir bitten Sie also, dem Antrag der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Präsidentin Walz: Schönen Dank! — Als nächste Rednerin hat nun das Wort Frau Dr. Jakobi.

Frau Jakobi (Westfalen): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muß Sie allerdings erst korrigieren. Ich habe keinen Dokortitel.

(Heiterkeit)

Die Bundesfrauenvereinigung hatte gebeten, einen Absatz über eine verstärkte staatsbürgerliche Bildung aufzunehmen. Ich halte es gerade an dieser Stelle für angebracht, das einzufügen, obwohl wir in dem vorausgehenden Kapitel bereits kurz davon gesprochen haben. Meines Erachtens gehört eine solche Bestimmung hier in die Systematik herein. Nach den Erfolgen, die wir bisher auf diesem Gebiet verzeichnen konnten, dürfte es vielleicht nichts schaden, wenn wir diesem Anliegen eine verstärkte Beachtung schenken. Sie haben gerade vor einer Stunde beschlossen, das Wahlalter auf 18 Jahre und das passive Wahlrecht auf 23 Jahre herabzusetzen. Unter diesem Gesichtspunkt scheint es mir noch mehr angebracht, auf die staatsbürgerliche Bildung hinzuweisen und sie mit einer gewissen Systematik — wir haben es so ausgedrückt: in verschiedenen Alters- und Erziehungsstufen sachgerecht . . . — zu betreiben.

Ich bitte, den Antrag, den wir zu Ziffer 30 gestellt haben, anzunehmen. Diese Bitte trage ich für die Bundesfrauenvereinigung vor.

Präsidentin Walz: Schönen Dank, Frau Jakobi! — Dazu möchte sich das Mitglied der Antragskommission, Herr Stoltenberg, äußern.

Bundesminister Dr. Stoltenberg: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Bundesfrauenvereinigung ist, glaube ich, in der Sache völlig unbestritten und richtig. Er sagt: In allen Stufen des Erziehungs- und Bildungswesens ist die Erziehung und Bildung zum politisch urteilsfähigen Staatsbürger miteinzubeziehen.

Wenn die Antragskommission diesen Antrag nicht befürwortend aufgenommen hat, dann deshalb, weil wir soeben beim Abschnitt D III einen Ergänzungsantrag angenommen haben, der folgendermaßen lautet:

„Die Demokratie braucht den politisch gebildeten Staatsbürger. Deshalb muß die inner- und außerschulische politische Bildung verstärkt werden. Dabei ist

die Fähigkeit zum politischen Denken zu fördern und der Bezug zur politischen Praxis herzustellen.“

Nachdem wir das in den Abschnitt D III aufgenommen haben, würde ich darin für die Antragskommission in der Tat eine Wiederholung sehen, die man doch in einem systematisch gegliederten Programm vermeiden sollte, selbst bei einer wichtigen und richtigen Sache.

(Beifall)

Präsidentin Walz: Schönen Dank, Herr Dr. Stoltenberg! – Liegen noch weitere Wortmeldungen zu der Empfehlung der Antragskommission im Blick auf Ziffer 30 vor? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Ziffer 30 so, wie die Antragskommission vorschlägt.

(Zurufe)

Ja, wir stimmen zunächst über den Antrag von Frau Jakobi ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte hochzuheben. – Wer ist gegen den Antrag? – Das ist die überwältigende Mehrheit. Da keine weiteren Wortmeldungen zu Ziffer 30 entsprechend der Empfehlung der Antragskommission vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Erheben der roten Stimmkarte. – Damit ist die Ziffer 30 entsprechend der Empfehlung der Antragskommission angenommen, und damit sind die Anträge E 1, E 3, E 7, E 8, E 10, E 11 und E 12 – der Antrag E 56 sowieso – erledigt.

(Zuruf: Gegenstimmen!)

Ich darf jetzt um die Gegenstimmen bitten. Wer ist gegen die Empfehlung der Antragskommission? – Bitte, heben Sie die roten Stimmkarten hoch, damit man das von hier oben besser sehen kann. – Es ist keine Gegenstimme da.

(Zuruf: Doch!)

Wo? – Ich darf Sie jetzt bitten, die roten Stimmkarten hochzuheben. Das ist von hier oben in diesem Licht sehr schwer zu sehen. Wer ist also dagegen?

(Zuruf: Keine Gegenstimme!)

Es ist keine Gegenstimme festzustellen. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission einstimmig angenommen worden.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Meine Damen und Herren! Sie haben dem Antrag von Herrn Dr. Lenz zugestimmt, jetzt nur noch über die Ziffern in der vom Vorstand vorgeschlagenen Fassung abzustimmen. Wir kommen jetzt zu Ziffer 31. Liegen hierzu Wortmeldungen vor?

(Unruhe und Widerspruch)

Meine Damen und Herren! Wir haben über Ziffer 30 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung abgestimmt. Es erhob sich dagegen kein Widerspruch. Sie haben außerdem dem Antrag von Herrn Lenz zugestimmt, alle anderen Anträge dem Bundesvorstand zuzuweisen. Jetzt müssen wir lediglich noch über die einzelnen Ziffern abstimmen.

(Zurufe: En bloc abstimmen!)

Wollen Sie darüber en bloc abstimmen?

(Lebhafte Zustimmung)

Das sind aber immerhin die Ziffern von 31 bis 50. Wollen Sie darüber en bloc abstimmen?

(Zustimmung)

Ist das ein ernsthafter Vorschlag Ihrerseits?

(Zurufe: Ja, natürlich! — Heiterkeit)

Dann darf ich fragen,

(Zuruf vom Vorstandstisch: Dann muß aber vorher eine En-bloc-Diskussion stattfinden!)

Darf ich fragen, ob jemand gegen diesen etwas ungewöhnlichen En-bloc-Vorschlag ist? — Wer dagegen ist, den bitte ich, sich zum Rednerpult zu begeben. Ist jemand dagegen? —

(Zurufe: Nein! — Heiterkeit)

Dann darf ich jetzt die Abstimmung über die Ziffern 31 bis 50 entsprechend der Vorlage des Vorstandes vornehmen. Wer für die Annahme der Ziffern in der vom Vorstand vorgeschlagenen Fassung ist, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Schönen Dank! Wer ist gegen Annahme dieser Ziffern 31 bis 50 in der vom Vorstand vorgeschlagenen Fassung? — Das sind zwei Gegenstimmen.

(Zuruf: Vier!)

Gut, also, wir stellen fest: mehrere Gegenstimmen; im übrigen sind diese Ziffern mit großer Mehrheit angenommen worden.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Abschnitt E — Bildung, Jugend, Kunst, Forschung — mit großer Mehrheit angenommen. Ich danke Ihnen für die Abstimmung.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde! Wir sind auf jede Situation eingerichtet. Es ist keineswegs Schluß. Wir verschenken auch keine Zeit.

(Beifall)

Wir sind auch noch lange nicht an 60 heran, sondern fahren bei 51 jetzt fort. Ich glaube, es bestehen gar keine Schwierigkeiten, daß wir das noch einmal von neuem erledigen können. Wir stehen also jetzt bei dem Punkt 51, dem Kapitel Wirtschaft und Finanzen, dazu liegt ein Änderungsantrag vor. Ich bitte, daß unser Freund Dufhues gleich das Wort dazu ergreift, allerdings müssen wir uns zunächst mit dem Antrag F 1 beschäftigen, der sich mit der Überschrift befaßt. Will der Kreisverband Mönchengladbach den Antrag begründen? Ich sehe keine Wortmeldung. Unser Freund Dufhues wird gebeten, zu dem Punkt Antrag F 1 Stellung zu nehmen namens der Antragskommission.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Die Unterkommission „Wirtschaft und Finanzen“ ist der Auffassung, daß die vom Vorstand vorgeschlagen Gliederung durchaus den Gesetzen der Logik entspricht. Sie empfiehlt Ihnen deshalb, es bei der bisherigen Überschrift zu belassen.

Präsident Amrehn: Wer dafür ist, daß die bisherige Überschrift beibehalten wird, den bitte ich um das Zeichen der Stimmkarte! – Die Gegenprobe! Gegen einige Stimmen bleibt es bei der alten Überschrift.

Nunmehr ist die eigentliche Nummer 51 an der Reihe. Dazu haben wir mehrere Anträge: F 2, F 3 und F 41. Wird eine Begründung dazu gewünscht?

(Zuruf: Ich beantrage, festzustellen, ob hier eine Änderung . . . – Lebhaftige Unruhe)

Sie hatten gar nicht das Wort dazu. Ich hatte gefragt, ob für die Anträge F 2, F 3 und F 41 eine Begründung erfolgt. Das ist offenbar nicht der Fall. Dann würde ich bitten, daß unser Freund Dufhues hierzu Stellung nimmt oder wenigstens sagt, welches seine Ansicht jetzt dazu ist. —

Meine Freunde, es wird der Einwand gebracht, daß diejenigen, die vorhin noch anwesend waren und darauf vertraut haben, daß das Kapitel jetzt nicht mehr an die Reihe käme, zu einem Teil weggegangen sind. Ich gebe zu, daß die Betreffenden damit auch nicht rechnen konnten. Auf der anderen Seite ist damit noch niemand vom Parteitag befreit.

(Beifall)

Um so mehr ich es begrüße, daß wir in dem Kapitel flott vorangekommen sind, können wir doch nicht voraussehen, ob wir es nun schnell hinbekommen. Bei der Begrenzung der Zeit, unter der wir jetzt schon zu leiden haben, sollten wir eine Reihe von Punkten, die nicht sonderlich kontrovers sind, behandeln. Deswegen meine ich, sollten wir jetzt fortfahren.

(Beifall)

Zum Antrag F 2 wird nicht gesprochen. Darf ich Hessen noch fragen, ob gesprochen wird? Herr Roth!

Roth: Die Begründung zum Antrag F 2 des Landesverbandes Hessen enthält in knapper Form im Ergebnis den Vorschlag zur Ziffer 51. Wir sind der Auffassung, daß der Text in der Vorlage des Bundesvorstandes, namentlich im Hinblick auf die Darstellung der Grundsätze der Politik der sozialen Marktwirtschaft, einer näheren Spezifizierung bedarf, daß die soziale Marktwirtschaft in diesem Antrag in ihrer Struktur noch einmal deutlich hervorgehoben werden sollte. Das ist im wesentlichen der Inhalt. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Präsident Amrehn: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Schäfer.

Dr. Schäfer: Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, bei der Vorlage des Vorstandes zu bleiben. Der Antrag F 2 von Hessen enthält eine ganze Reihe von Spezifizierungen. Aber die Antragskommission war der Auffassung, daß unklare Begriffe, wie etwa „unbedingt erforderlichen Umfangs“, die interpretationsfähig sind, vermieden werden sollten. Die Antragskommission bittet Sie also, bei der Vorlage des Bundesvorstandes zu bleiben.

Präsident Amrehn: Weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab über die Nummer 51, wie sie vorliegt. Wer der Nummer 51 zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der roten Stimmkarte.

(Zuruf: Da ist ein Änderungsantrag!)

Ich danke Ihnen für den Hinweis. Da ist ein Änderungsantrag, der hier vorliegt, den habe ich nicht bedacht. Wir müssen zunächst abstimmen über den Änderungsantrag nach dem Verfahren, das wir gestern beschlossen haben. Ich stelle also die Frage erneut in der Form: Wer dem Änderungsantrag F 2 die Zustimmung geben will, den bitte ich um Erhebung der Stimmkarte. Ich bitte um die Gegenprobe. – Das ist ganz klar die Mehrheit.

Damit ist der Antrag F 2 abgelehnt. Damit entfallen auch F 3 und F 41 nach dem Inhalt, wie ihn die Antragskommission geprüft und festgestellt hat. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß, wenn nicht ein besonderer Wunsch geäußert wird, die Nummer dann jeweils mit der Ablehnung eines Änderungsantrages akzeptiert ist. Ich glaube, das vereinfacht das Abstimmungsverfahren. Ich stelle ausdrücklich fest, die Nummer 51 ist mit der Ablehnung der Änderungsanträge nunmehr beschlossen. Besteht Einverständnis?

(Zustimmung)

Dann kommen wir zu Nummer 52. Dazu liegen vor die Anträge F 4, F 5, F 6, F 7, F 42 und F 43. Wird zur Begründung der Änderungsanträge das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Dr. Schäfer, sich für die Antragskommission zu äußern.

Dr. Schäfer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, an der Vorlage des Bundesvorstandes festzuhalten und die Änderungsanträge F 4 und F 5 abzulehnen, weil sie der Meinung ist, daß die Formulierung der Vorstandsvorlage ausgewogener ist. Die Änderungsanträge F 42 und F 43, die hier mitzubehandeln sind, sollen ebenfalls abgelehnt werden, weil inzwischen über diese Materie ein Gesetzentwurf vorliegt. Die Anträge F 6 und F 7 sollen nach Meinung der Antragskommission angenommen werden.

Präsident Amrhein: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann behandeln wir zunächst den Änderungsantrag F 4. Wir stimmen darüber ab. Wer dem Änderungsantrag F 4 zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der Stimmkarte! – Die Gegenprobe! – Das war die Mehrheit. Antrag F 4 ist abgelehnt. Wir kommen zum Änderungsantrag F 5. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Die Gegenprobe! – Der Antrag F 5 ist einstimmig abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen F 42 und F 43. Hier wird von der Antragskommission ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich darf die Abstimmung über diese beiden Anträge verbinden. Wer diesen beiden Anträgen F 42 und F 43 zustimmen will, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Die Gegenprobe! – Das ist eindeutig die Mehrheit. Damit sind F 42 und F 43 abgelehnt.

Nunmehr stehen die Anträge F 6 und F 7 zur Erörterung. Hier hat die Antragskommission die Annahme empfohlen. Darf ich um das Zeichen durch Erheben der roten Stimmkarte bitten, wenn Sie den Anträgen F 6 und F 7 zustimmen möchten. – Die Gegenprobe! – Damit sind F 6 und F 7 ohne Gegenstimme angenommen. Damit ist Punkt 52 in der Fassung, wie sie die Vorlage enthält, unter der Ergänzung und Änderung der Anträge F 6 und F 7 gebilligt.

Ich rufe auf die Nummer 53. Hierzu sind die Anträge F 8 und F 9 eingegangen. Wird zur Begründung das Wort gewünscht?

(Zuruf: Ist schon eingereicht!)

Das Wort hat Herr Dr. Wagner, Rheinland Pfalz.

Dr. Wagner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag F 8 beruht auf der Erwägung, daß die Formulierung des Entwurfs des Bundesvorstandes, betreffend die Entwicklung bisher strukturschwacher Gebiete, nicht ausführlich und nicht klar den Tatbestand zum Ausdruck bringt, daß es hier um ein Problem geht, das in unserer Wirtschaftspolitik einen zunehmenden Rang bekommt und daß hier eine Aufgabe vorliegt, die mehr und mehr in die obere Gruppe der wirtschaftspolitischen Prioritäten eingereiht werden muß.

Ich erinnere daran, daß unser Fraktionsvorsitzender Dr. Barzel in seinem Referat heute morgen darauf hingewiesen hat, daß Aussagen über die rein glo-

bale Entwicklung der Wirtschaft und der Produktivität entscheidende Unterschiede vernachlässigen.

Solche entscheidenden Unterschiede bestehen vor allem in der regionalen Strukturentwicklung. Wir halten dieses Problem für so entscheidend, daß wir meinen, es sollte in drei oder vier etwas differenzierteren Sätzen eine präzisere Aussage erfolgen. Die Aussage, wie sie im Entwurf vorliegt, erscheint uns nicht ausreichend.

Wir halten es auch für erforderlich, zu sagen, daß die Förderung traditionell schwacher Gebiete gleichen Rang haben sollte wie die Förderung in alten Industriegebieten, die in einer Krise sind. Wir sind als Angehörige eines Landes, das viele traditionell schwache Wirtschaftsgebiete hat, dafür, daß in den alten Industriegebieten, die Krisenerscheinungen kennen, die Fördermaßnahmen wirtschaftspolitischer Natur einsetzen. Wir haben dafür Verständnis, wir befürworten das, wir tragen das mit. Wir wären aber unseren Freunden sehr dankbar, wenn sie ihrerseits dafür Verständnis hätten, daß die Lösung der Probleme in den von jeher schwachen Gebieten ebenso wichtig ist und den gleichen Rang haben muß.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Zum Änderungsantrag F 9 habe ich keine Wortmeldungen. Dann darf ich die Antragskommission bitten, gleich zu den Anträgen 8 und 9 Stellung zu nehmen. — Mir wird eben zugerufen, daß sie Ablehnung empfiehlt. Darf ich das als richtig feststellen: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung der Anträge F 8 und F 9. — Dann wird darüber abgestimmt.

Wer dem Änderungsantrag F 8 die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Dann ist dieser Antrag F 8 angenommen.

(Beifall)

Damit ist zugleich der letzte Satz des Antrags F 9 erledigt.

Wir haben aber noch über den ersten Teil des Antrags F 9 abzustimmen. Darf ich diejenigen, die diesem ersten Teil des Änderungsantrages F 9 zustimmen wollen, bitten, die Stimmkarte zu heben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Danke! Dann ist dieser Teil des Antrags F 9 abgelehnt, und mit den eben beschlossenen Änderungen ist damit die Ziffer 53 vom Parteitag gebilligt.

Zur Ziffer 54 liegen drei Anträge vor, F 10, F 44 und F 45. Werden dazu Begründungen gegeben? — Keine Begründung. Die Antragskommission nimmt dazu Stellung. Bitte, Herr Schwarz-Schilling!

Dr. Schwarz-Schilling: Die Antragskommission begründet ihre Ablehnung des ersten Absatzes des Antrags F 10 sowie des Antrages F 45 damit, daß das

Wort „Verständigung“ zu einem Hochspielen der „Konzertierten Aktion“ führen würde. Wir sind daher weiterhin für den Ausdruck „unterrichten“.

(Beifall)

Die Begründung für die Annahme des Antrags F 10 zweiter Absatz liegt darin, daß der Ausdruck „notwendige öffentliche Investitionen“ besser ist als steigende öffentliche Investitionen und den Tatsachen mehr entspricht. Deswegen wird der zweite Absatz des Antrags F 10 zur Annahme empfohlen.

Haben Sie F 44 auch schon aufgerufen, Herr Präsident?

Präsident Amrehn: Ja, die sind verbunden.

Dr. Schwarz-Schilling: Zur Begründung der Ablehnung des Antrags F 44 ist zu sagen, daß das, was er besagt, im letzten Absatz in der Fassung der Vorlage bereits in gestraffter Form ausgedrückt worden ist, so daß hier eine besondere Formulierung nicht notwendig erscheint.

Präsident Amrehn: Danke vielmals! – Wird dazu weiter das Wort gewünscht? – Bitte, Freund Müller!

Müller (Rheinland): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie um Entschuldigung, wenn ich Sie zu so spä er Stunde noch einmal bitte, den letzten Satz der Ziffer 54 in der Fassung der Vorlage des Vorstands mit der Fassung des Antrags F 44 zu vergleichen. Wenn Sie dem Antrag der Antragskommission folgen und den Antrag F 44 ablehnen, sieht das so aus, als ob bei Strukturanpassungen das Freisetzen von Arbeitskräften naturnotwendig wäre. Der Antrag des Landesverbandes Rheinland sieht nun vor, zu sagen: Sofern bei Strukturanpassungen die Freisetzung von Arbeitskräften unvermeidbar ist“. Das ist das erste. Wir meinen, daß wir damit dem Anliegen der Arbeitnehmer wesentlich besser folgen können und daß dann neben den Sozialplänen auch die verstärkte berufliche und regionale Mobilität als ein Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik angegeben wird. Wir halten jedenfalls diese Änderung für sinnvoll.

Präsident Amrehn: Wird weiter das Wort gewünscht? – Ja.

Vogt (LV Rheinland): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, der Empfehlung der Antragskommission, den Antrag F 10 im ersten Teil abzulehnen, nicht zu folgen. Ich glaube, daß es bei den steigenden Anforderungen der öffentlichen Haushalte, aber auch der gesellschaftlichen Gruppen an das Sozialprodukt, darauf ankommt, daß sich diese Beteiligten nicht nur unterrichten, sondern daß sie sich auch über ihr gemeinsames Handeln verständigen.

Präsident Amrehn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann ist die Aussprache geschlossen.

Wir stimmen jetzt in Teilen ab. Es ist vorgeschlagen worden, beim Antrag F 10 zwischen Abs. 1 und Abs. 2 zu trennen. Beim ersten Absatz hatte die Antragskommission die Ablehnung empfohlen. Wir stimmen jetzt nur über diesen ersten Absatz des Antrags F 10 ab. Wer ihm die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich bin im Zweifel. Können wir es noch einmal machen und blockweise zählen? Ich stelle also zunächst die Frage: Wer dem ersten Absatz des Änderungsantrages F 10 zustimmen will, den bitte ich, noch einmal die Karte zu heben. — Ich bitte jetzt um die Gegenprobe. — Für die Annahme des Antrages haben 90 Delegierte gestimmt, dagegen 110. Damit ist der erste Absatz des Antrages F 10 abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den zweiten Absatz des Antrages F 10. Hier hatte die Antragskommission die Annahme empfohlen. Darf ich feststellen, daß der Parteitag dieser Empfehlung folgt? — Danke schön. Das ist der Fall.

Dann kommen wir noch zum Antrag F 44. Hier hatte die Antragskommission Ablehnung empfohlen. Ich schlage vor, daß wir darüber jetzt abstimmen. Wer der in dem Antrag F 44 vorgeschlagenen Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit. Dann ist der Antrag F 44 abgelehnt.

(Lebhafter Widerspruch)

Ich bitte sehr um Entschuldigung; es ist Unklarheit entstanden. F 44 stand zur Abstimmung, und das erste war die Mehrheit.

(Zurufe)

Nein?

(Zurufe: Wiederholen!)

Es war abgestimmt. Es mag sein, daß ich das Ergebnis der Abstimmung nicht richtig dargestellt habe. Ich bitte um Ihr Einverständnis — da es das einfachste Verfahren ist — daß ich jetzt noch einmal die Frage stelle und daß daraufhin noch einmal die Karten erhoben werden.

Zur Abstimmung steht der Antrag F 44. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Das habe ich auch richtig gesagt. Wer dem Antrag F 44 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Der Antrag F 44 ist angenommen.

(Beifall)

Dann ist Nr. 54 in der Fassung des Vorstands mit den eben beschlossenen Änderungen angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Nr. 55. Hier gibt es nur den Antrag des Bundesvorstands, und es will wohl niemand jetzt dazu noch einen Änderungsantrag einbringen. – Ich stelle also fest, daß Nr. 55 vom Parteitag gebilligt ist.

Damit haben wir heute abend noch ein gutes Stück geleistet. Ich danke Ihnen, daß Sie so lange ausgeharrt haben. Auf diese Weise kommen wir morgen früh noch schneller voran.

Wir beginnen morgen ganz pünktlich um 9 Uhr.

Ich danke Ihnen. Auf Wiedersehen im Schloß!

(Schluß der Sitzung: 18.39 Uhr.)

Mittwoch, 6. November 1968

5. Plenarsitzung, Beginn: 9.02 Uhr

Präsident Amrehn: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Darf ich Ihnen zunächst davon Kenntnis geben, daß wir die Absicht haben, im Laufe des Vormittags je nach Eingang weiterer Meldungen aus Amerika Ihnen jeweils über den Stand der Auszählung der Stimmen für die Präsidentschaftswahlen Mitteilung zu machen.

(Beifall)

Sie können also davon ausgehen, daß Ihnen die neuesten Meldungen immer bekanntgegeben werden und Sie nicht draußen ausdrücklich nachzufragen brauchen.

Darf ich dann eine zweite Mitteilung machen. Erfreulicherweise geht es dem Herrn Bundeskanzler ein ganzes Stück besser. Nach der gestrigen Bettruhe rechnen wir damit, daß er heute die Erlaubnis bekommt, aufzustehen, und daß er aufstehen wird. In jedem Falle hat er vor, heute abend auf der Großkundgebung der CDU in der Hasenheide zu sprechen.

(Beifall)

Dann schlage ich vor, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir die Beratung über das Kapitel „Wirtschaft und Finanzen“ jetzt an der Stelle fortsetzen, wo wir gestern die Beratungen abgebrochen haben. Wir werden die bis zur Ziffer 60 dieses Kapitels noch übriggebliebenen Punkte erledigen. In der Zwischenzeit wird sich der Saal dann so weit gefüllt haben, daß die Beratung der Mitbestimmung in voller Präsenz des Bundesparteitages begonnen werden kann.

Ich muß aber, ehe ich die Ziffer 56 aufrufe, noch einmal auf die Ziffer 53 aus folgendem Grunde zurückkommen. Der Landesverband Rheinland-Pfalz hat

zu der Ziffer 53 den Antrag F 8 eingereicht. Erst hinterher hat sich bei dem Landesverband herausgestellt, daß der Antrag so, wie er in unserem Antragsheft abgedruckt ist, nicht vollständig abgedruckt war. Durch die Annahme des Antrages F 8 ist ein Satz weggefallen, den niemand wegfallen lassen wollte. Er soll nun durch eine redaktionelle Berichtigung wieder hineingenommen werden. Um klarzumachen, um welchen Satz es sich handelt, darf ich Sie auf den letzten Satz der Ziffer 53 hinweisen, der lautet: „Das Beteiligungssparen und die Beteiligungsfinanzierung aller Unternehmensformen sind öffentlich zu fördern und steuerrechtlich zu erleichtern. In dem Änderungsantrag F 8 heißt es in der ersten Zeile: „Bei Ziffer 53 wird gestrichen ab . . . schwache oder einseitig strukturierte . . . bis zum Schluß von Ziffer 53.“ Gemeint war aber nur bis zum Schluß des Satzes, der mit den Worten endet: „entwickelt werden“. Diese Berichtigung ist nach Schluß der Sitzung vom Landesverband hier mitgeteilt worden. Ich würde empfehlen, diese Änderung als redaktionelle Berichtigung in das Protokoll aufzunehmen. Gibt es hiergegen Widerspruch? – Wird sonst das Wort hierzu gewünscht! – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß in der Ziffer 53 der in der ursprünglichen Vorlage enthalten gewesene letzte Satz wiederhergestellt ist, weil er nach Meinung keiner der Antragsteller wegfallen sollte und nur durch den falschen Abdruck des Antrages irrtümlich weggefallen war.

Ich rufe nun die Ziffer 56 auf. Dazu haben wir die Änderungsanträge F 11 und F 12 vorliegen. Sollen sie begründet werden? – Jawohl, das Wort hat unser Freund Gewandt.

Gewandt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Mittelstandskreis hat zu der Ziffer 56 aus folgendem Grunde einen Änderungsantrag gestellt. In der Ziffer 56 des Entwurfs des Parteivorstandes heißt es, man solle die Steuerpolitik nach den gesellschaftspolitischen Vorstellungen unserer Zeit betreiben. Wir meinen, man sollte sie nach den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der CDU betreiben. Deshalb haben wir eine Formulierung vorgelegt, in der die Eigentumpolitik etwas breiter berührt wird. Dabei gehen wir davon aus, daß Eigentum in jeder Form – bei den Arbeitnehmern, aber auch im Betrieb – gebildet werden soll. Wir haben also auch hier das Thema der Kapitalausstattung der Wirtschaft – natürlich auch der mittelständischen Wirtschaft – berührt. Materiell besteht kein großer Unterschied. Wir glauben nur, daß unsere Fassung präziser ist, und bitten deshalb um Annahme dieses Vorschlages.

Präsident Amrehn: Wird weiter das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um die Stellungnahme der Antragskommission. Herr Professor Burgbacher hat das Wort.

Prof. Burgbacher: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Ablehnung des Antrages F 11. – Herr Präsident, kann ich auch gleich zu Antrag F 12 sprechen?

Präsident Amrehn: Im Augenblick behandeln wir nur Antrag F 11. Wenn Sie aber wollen, können Sie zu Antrag F 12 ebenfalls gleich sprechen, da zur Begründung das Wort nicht weiter gewünscht wurde.

Prof. Burgbacher: Dann kann ich das gleich miteinbeziehen. Die Kommission empfiehlt Ihnen, an der Vorstandsvorlage festzuhalten und die Anträge F 11 und F 12 abzulehnen. Sie empfiehlt Ihnen den Passus von F 11: „das Sparen im eigenen Betrieb nicht zu benachteiligen“ in die Ziffer 91 einzufügen.

Zur Begründung der Ablehnung darf ich folgendes sagen. Erstens: der Passus des Antrages F 11, der sich auf die bessere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen und das Beteiligungssparen bezieht, ist bereits in Ziffer 53 enthalten. Zweitens: der Gedanke des Sparens im eigenen Betrieb wird im Kapitel „Soziale Sicherung in der Ziffer 91 aufgegriffen bzw. eingeführt. Drittens: der Inhalt des Antrages F 12 – die Erwähnung der Steuerbelastungsgrenze – ist in dem Kapitel „Soziale Sicherung“ in Ziffer 83 enthalten. Danke sehr.

(Unruhe)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, es ist für die Beratungen im Saal entschieden zu laut. Wenn Gespräche geführt werden sollen, bitte ich darum, den Saal zu verlassen. Unten ist eine große Halle. Wir können auch nicht hier oben den Gang zur Wandelhalle machen.

(Beifall)

Ich bitte dringend darum, auf die Plätze zu gehen und darauf zu verzichten, sich hier zu Gesprächen zu verabreden.

Wir haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ja bitte, Freund Gewandt!

Gewandt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Antragskommission mit dem Inhalt des Antrages und mit dem, was wir wünschen, einverstanden ist, dann sollte das unserer Meinung nach der Klarheit wegen hier verankert werden. Ich möchte noch einmal betonen, daß es nicht sehr günstig ist, wenn die CDU in einem Programmpunkt sagt, man solle die gesellschaftspolitischen Vorstellungen unserer Zeit verwirklichen. Wir meinen, wir sollten sagen, welches unsere Vorstellungen sind. Da wir in der Sache einig sind, sollte unser Antrag hier die Zustimmung finden.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Die Delegierten sind sich darüber klar, um welche Entscheidung es geht. Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Dann wird der Änderungsantrag F 11 des Mittelstandskreises zur Abstimmung gestellt. Wer diesem Änderungsantrag die Zustimmung geben will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war eindeutig die Mehrheit. Der Antrag F 11 ist damit angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zu dem Antrag F 12. Wird dazu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann hatte die Antragskommission empfohlen, den

letzten Halbsatz zur Ziffer 91 zu nehmen und an dieser Stelle zu beraten, ohne daß wir jetzt die Ziffer 91 bereits endgültig abschließen. Ich empfehle, den Halbsatz „und das Sparen im eigenen Betrieb nicht zu benachteiligen“ zur weiteren Beratung bei Ziffer 91 vorzubehalten. Bestehen dagegen Bedenken? — Die Antragskommission meint, daß das inhaltlich dort besser hingehört. Es bestehen also keine Bedenken dagegen. Wir haben das zunächst zurückgestellt auf Empfehlung der Antragskommission. Ein erneuter Aufruf erfolgt dann bei Ziffer 91.

Dann steht im übrigen der Antrag F 12 zur Entscheidung. Ich frage, wer diesem Änderungsantrag F 12 seine Zustimmung geben will. — Ich sehe keine zustimmenden Stimmen. Dann darf ich wohl davon ausgehen, daß Ablehnung gemeint ist. Damit ist Ziffer 56 in der Fassung, wie sie in der ursprünglichen Vorlage gedruckt steht, geändert durch den Änderungsantrag F 11, mit der Einschränkung bezüglich des letzten Halbsatzes, vom Parteitag gebilligt.

Wir kommen zur Ziffer 57. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß der Parteitag die Ziffer 57 gebilligt hat.

Wir kommen zu Ziffer 58. Dazu liegen uns zwei Änderungsanträge mit den Nummern F 13 und F 46 vor. Sollen sie begründet werden? — Bitte, Freund Gewandt!

Gewandt: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesverband Hamburg hat Ihnen einen Änderungsvorschlag unterbreitet. Wir meinen, daß sich die Christlich Demokratische Union die Führerschaft im Ringen um ein vereintes Europa nicht streitig machen lassen sollte. Wir sind der Meinung, daß neue Akzente gesetzt werden müssen. Das kann man nach unserer Auffassung aber nicht so gut in der sehr diplomatischen Sprache, die hier vom Parteivorstand gewählt worden ist, indem davon gesprochen wird, daß die Hemmnisse beseitigt und die Bemühungen verstärkt werden müssen. Wir sagen demgegenüber hier ganz konkret, was wir wollen, welche Hemmnisse zu beseitigen sind und auf welchen Gebieten wir zu einer Zusammenarbeit kommen müssen, wenn wir über die reine Wirtschaftsunion hinausgehen wollen. Wir führen hier an — und ich glaube, das ist sehr entscheidend — das gemeinsame Unternehmensrecht und eine gemeinsame Wissenschafts- und Forschungspolitik.

Wir glauben, daß unser Antrag konkreter ist und stärkere Impulse für die praktische Arbeit bedeutet, und bitten deshalb um Annahme.

Präsident Amrehn: Erfolgen weitere Wortmeldungen dazu? — Die Stellungnahme der Antragskommission teilt unser Freund Schwarz-Schilling mit. Bitte sehr!

Dr. Schwarz-Schilling: Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung der Anträge F 13 und F 46. Der Antrag F 13 ist inhaltsmäßig durch die Annahme des hessischen Antrags C 21 abgedeckt worden. Das gleiche trifft für den

Antrag F 46 zu. Dort ist die Abdeckung durch die Vorlage des Vorstands mit dem Satz „Die EWG muß für den weltweiten Waren- und Leistungsaustausch offen bleiben“ erfolgt.

Präsident Amrehn: Wird in der Aussprache das Wort gewünscht? – Das Wort hat unser Freund Gewandt.

Gewandt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn im Aktionsprogramm ein Punkt EWG aufgeführt ist, dann kann man nicht umhin, alles das hier auszusagen, was nach unserer Auffassung getan werden muß, um ein schnelleres wirtschaftliches Zusammenwachsen Europas zu gewährleisten. Das hat nach unserer Meinung hier zu geschehen. Im übrigen gibt es hier eine Reihe zusätzlicher Formulierungen – ich habe sie bereits genannt – die nicht durch andere Anträge abgedeckt sind. Wir glauben also, daß wir im Interesse der Akzentsetzung in der Europapolitik diese klarere, präzisere und umfassendere Formulierung annehmen sollten, zumal wir ja in der Sache nicht kontrovers sind.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Wird dazu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag F 13. Ich bitte um das Erheben der roten Stimmkarte, wenn Sie dem Änderungsantrag F 13 Ihre Zustimmung geben wollen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag F 13 angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zum Änderungsantrag F 46, über den wir jetzt abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag F 46 zustimmen will, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Ich kann keine Zustimmung feststellen und darf deshalb davon ausgehen, daß der Parteitag diesen Änderungsantrag ablehnt. Damit ist die Ziffer 58 in der ursprünglichen Vorlage, ergänzt durch den Änderungsantrag F 13, vom Parteitag gebilligt.

Ich rufe auf die Ziffer 59. Hierzu liegen wiederum zwei Änderungsanträge – es sind die Anträge F 14 und F 15 – vor. Die Begründung hierzu gibt Freund Gewandt.

Gewandt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In dem Kapitel, das wir jetzt behandeln, werden unsere Maximen zur Energiepolitik aufgezeigt. Wir in Hamburg sind mit dem, was hier dargestellt ist, einverstanden, aber wir glauben, daß man diesem Passus das Ziel unserer Energiepolitik voranstellen sollte, und wir meinen, daß das oberste Ziel der Energiepolitik die optimale preisgünstigste Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Energie ist. Deshalb plädieren wir dafür, diese Zielsetzung zunächst zu nennen und anschließend einiges über die Methode zu sagen. In der Methode sind wir uns

einig. Wir glauben, daß auch dies der Klarheit Rechnung trägt, und bitten deshalb um Annahme dieses Satzes, den wir nur vorangestellt sehen möchten.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Wollen Sie — das diene der Vereinfachung — nicht auch gleich den Antrag F 15 mit begründen? — Bitte!

Gewandt: Zur Vereinfachung des Verfahrens darf ich auch gleich den anderen Antrag begründen, bei dem es sich um einen Antrag des Mittelstandskreises handelt. Hier geht es lediglich darum, daß wir bei der Gründung leistungsstarker Unternehmenseinheiten von den Energieträgern sprechen. Nach unserer Meinung ist es nicht nötig, den Montanbereich gesondert zu erwähnen, weil das so aussehen könnte, als würde hier eine Sonderregelung vorgesehen. Ich glaube, wir sollten darauf verzichten und uns darauf beschränken, für alle Energieträger leistungsstarke Unternehmenseinheiten zu fordern. — Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Amrehn: Zur Stellungnahme der Antragskommission erhält das Wort Professor Burgbacher.

Prof. Burgbacher: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Ablehnung der Anträge F 14 und F 15. Sie empfiehlt demgegenüber, an der Vorstandsvorlage festzuhalten. Die Begründung dafür ist folgende: Die Aussage zu F 14, die Aussage zur optimalen preisgünstigen Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Energie, ist lediglich eine allgemeine Feststellung, und die Streichung der Montanindustrie bei der Bildung von leistungsfähigen Unternehmenseinheiten, wie das im Antrag F 15 vorgesehen ist, bedeutet eine Beschränkung nur für den Bereich der Energiewirtschaft, was uns sachlich nicht gerechtfertigt erscheint. — Ich danke Ihnen.

Präsident Amrehn: In der Aussprache hat das Wort unser Freund Gewandt.

Gewandt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach meiner Meinung sollten wir daran festhalten, daß das oberste Ziel der Energiepolitik die optimale preisgünstige Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Energie ist. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Wir sollten es deshalb tun, damit wir uns keinesfalls dem Verdacht aussetzen, wir betrieben in bestimmten Bereichen eine Energiepolitik, die anderen Schritten oder gar der Erhaltung überholter Strukturen dienen sollte.

(Beifall)

Um uns also diesem Verdacht nicht auszusetzen, sollten wir nach meiner Meinung hier ein klares Wort sprechen. Ich bitte Sie also, meinem sehr verehrten Kollegen Professor Burgbacher nicht zu folgen, sondern mir.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich danke schön.

Präsident Amrehn: Wird in der Aussprache das Wort weiter gewünscht? – Es erfolgt keine Wortmeldung. Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst wird über den Antrag F 13 abgestimmt.

(Zurufe: F 14!)

Ja, Entschuldigung. Zunächst wird also über den Antrag F 14 abgestimmt. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag F 14 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag F 15. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Bitte, die Gegenprobe. – Das Präsidium hat keine Klarheit über das Ergebnis der Abstimmung. Wir wollen aber dennoch versuchen, noch einmal durch Erheben der Stimmkarten den Stimmvorgang abzuwickeln. Ich frage also zunächst erneut. Wer dem Änderungsantrag F 15 die Zustimmung geben will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben, aber bitte, recht deutlich.

Die Gegenprobe! – Jetzt war es ganz deutlich die Mehrheit zu Anfang. Damit ist auch der Änderungsantrag F 15 angenommen. Damit ist die Nummer 59 mit den Änderungsanträgen F 14 und F 15 vom Parteitag gebilligt. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit bis hierher. Ich hoffe, sie bleibt uns auch bei der Behandlung der folgenden Punkte erhalten. Wir haben schon eine sehr große Zahl von Anmeldungen zum Wort und zur Begründung, aber wie Sie wissen, ist schon das Verfahren, den Punkt 60 abzuwickeln, eine große Schwierigkeit, weil es mindestens 24, zum Teil sehr umfangreiche Änderungsanträge dazu gibt. Es ist auch wohl unsere Pflicht, auch den Delegierten, die nicht mit der Materie von innen her auf das genaueste vertraut sind, zunächst einmal eine Übersicht zu geben, welche Anträge wenigstens inhaltlich, wenn auch nicht immer im Wortlaut, zu der einen Gruppe, zu der anderen oder zu einer dritten Gruppe gehören. Ich möchte jetzt schon die Bitte daran knüpfen, zu prüfen, ob alle Antragsteller einer Gruppe von Anträgen sämtlich ihre Anträge begründen müssen, wenn schon eine Begründung für diese Gruppe von Anträgen gegeben ist. Wir kommen vielleicht um so eher zur vollen Aussprache, wenn die Begründungen in dem Rahmen gehalten werden, der nötig ist, um sie der Versammlung inhaltlich und nach ihrer Zielrichtung verständlich zu machen.

Die Antragskommission hat sich die Mühe gemacht, alle diese Anträge zu ordnen. Ich bitte nun unseren Freund Dufhues, zunächst einmal nur zur Vereinfachung des Verfahrens ohne jede Äußerung einer Stellungnahme zum Inhalt dem Parteitag vorzutragen, um welche Gruppen von Anträgen es sich handelt. Ich nehme an, der Parteitag ist damit einverstanden. Unser Freund Dufhues hat das Wort.

Dufhues: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Anregung des Herrn Tagungspräsidenten komme ich gerne

nach. Ich hoffe, daß die Diskussion dieses sicherlich sehr umstrittenen Themas dadurch erleichtert wird. Zu Ziffer 60 sind, wie der Herr Präsident bereits erwähnte, insgesamt 24 Anträge gestellt worden. Davon finden Sie 23 Anträge in der Anlage zu der Vorlage des Bundesvorstandes. Ein Antrag ist während dieser Tagung durch mehr als 30 Delegierte eingereicht worden. *Dieser zusätzliche Antrag liegt Ihnen als Antrag F 50 vor. Wenn das nicht der Fall sein sollte, dann bitte ich, lieber Herr Kraske, zu veranlassen, daß der Antrag F 50 möglichst unverzüglich verteilt wird.*

(Präsident Amrehn: Das Präsidium wird sich darum kümmern. Ich bitte, das zu veranlassen!)

Die Untersuchungskommission enthält sich einer Stellungnahme zu diesen Änderungsanträgen. Sie hat, wie der Herr Präsident bereits erwähnte, ihre Aufgabe darin gesehen, die zahlreichen und sehr umfassenden Änderungsanträge *übersichtlich zusammenzufassen und dadurch die Begründung der Änderungsanträge und die Diskussion des Gesamtproblems zu erleichtern.* Dazu hat sie den von Ihnen, meine Damen und Herren, hoffentlich gebilligten Versuch unternommen, die Anträge in Typengruppen zusammenzufassen.

Diese Typisierung orientiert sich jeweils daran, in welchen wesentlichen Punkten sich die Änderungsanträge von der Vorlage des Bundesvorstandes unterscheiden. Wir haben in der Gruppe I die Anträge zusammengefaßt, die sich gegen die Ausdehnung der Mitbestimmung in der Montanindustrie auf andere Wirtschaftszweige aussprechen. Dabei handelt es sich um die Anträge – jetzt erwähne ich diese Anträge langsam, damit Sie sie vielleicht notieren können, um die hier gegebenen Anregungen aufgreifen zu können – F 16, F 17, F 19, F 22, F 23, F 24, F 29 und F 30.

Die Änderungsanträge der Gruppe II lehnen eine Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung ab. Sie sprechen sich für ein Stimmrecht aus Eigentum aus. Zu dieser Gruppe gehören die Änderungsanträge F 18 und F 29.

Ich komme zur Gruppe III. Die in dieser Gruppe zusammengefaßten Anträge wenden sich *dagegen, Vorschläge zur Einführung oder Neuordnung eines Unternehmensrechts und einer Unternehmensverfassung in das Aktionsprogramm der CDU zu übernehmen.* Sie sprechen sich für eine Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts und der Betriebsverfassung aus. Hierzu verweise ich auf die Anträge F 34, F 36 und den nachgereichten Antrag F 50.

Ich komme damit zu der Gruppe IV. Die Anträge dieser Gruppe sprechen sich für eine Weiterentwicklung der Betriebsverfassung und des Betriebsverfassungsrechts aus. Sie fordern, daß bei der Ausgestaltung der Mitbestimmung die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt werden. Hier handelt es sich um die Anträge F 20, F 21 und F 31.

Die Anträge der Gruppe V sprechen sich für eine Ausweitung des geltenden Mitbestimmungsrechts durch eine Unternehmensverfassung aus, die Anteils-

eigner, Arbeitnehmer und Vertreter des öffentlichen Interesses bei der Zusammensetzung der Unternehmensorgane berücksichtigt wissen will. Diese Auffassung vertreten die Anträge F 35 und F 48.

Schließlich haben wir uns entschlossen, eine Gruppe VI zu bilden. In dieser Gruppe sind Einzelanträge zusammengefaßt, die in die von mir bereits erwähnten Typengruppen nicht oder nur unter den größten Schwierigkeiten einzuordnen sind. Ich erwähne einmal mehrere Anträge, die die in der Vorlage des Bundesvorstandes angeregte Prüfung der Frage, ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen sinnvoll ist, ersetzt wissen wollen durch die Fassung, wie eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen sinnvoll gestaltet werden kann. Der Unterschied beider Auffassungen ist eindeutig. Diese Auffassung vertreten die Anträge F 25 und F 33.

Schließlich haben wir hier zu erwähnen den Antrag eines Kreisverbandes, der die vom letzten Deutschlandtag der Jungen Union verabschiedeten zehn Leitsätze zur Mitbestimmung übernimmt. Es handelt sich um den Antrag F 47.

Sicherlich ist hierbei der eine oder andere Antrag nicht erwähnt worden. Wie ich sagte, haben wir den Versuch unternommen, Typengruppen zu bilden. Dabei war es nicht möglich, jedem einzelnen Antrag in seiner Subtilität und Differenziertheit gerecht zu werden.

Gestatten Sie mir noch einige wenige Bemerkungen zur Ziffer 61 der Vorlage des Bundesvorstandes. Zu dieser Vorlage, die sich mit der Bildung von Arbeitnehmerkammern befaßt, sind insgesamt 8 Änderungsanträge gestellt worden. Diese Anträge lassen sich wie folgt aufgliedern: 6 Antragsteller beantragen, die erwähnte Ziffer 61 des Aktionsprogrammes ersatzlos zu streichen. Es handelt sich um die Anträge F 16, F 23, F 29, F 37, F 38 und F 39.

Mit den Anträgen F 47 und F 49 – und das ist die zweite Gruppe – wird zusätzlich zu dem Vorschlag Ziffer 61, Bildung von Arbeitnehmerkammern, die Bildung eines Wirtschafts- und Sozialrates beantragt.

Damit habe ich dem mir von der Unterkommission erteilten und durch den Herrn Tagungspräsidenten aufgegriffenen Auftrag entsprochen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß die Unterkommission sich auf diese Hinweise beschränkt.

Präsident Amrehn: Vielen Dank, Freund Dufhues! Das hat uns die Arbeit zunächst in der Einteilung und Behandlung der Materie erleichtert. Das Wort wird nunmehr erteilt zu den Begründungen der Anträge.

Als erster hat das Wort, und zwar zu einem Antrag der Gruppe 1, die genannt war und die die meisten Anträge umfaßt, unser Freund Dr. Lömke.

Ministerpräsident Dr. Lömke (Schleswig-Holstein): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich sagen, daß ich den Antrag F 16 zurück-

ziehe, weil ich mich entschlossen habe, mit anderen Freunden vom Parteitag den Antrag F 50 einzureichen. Ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick über die Gründe geben.

Wir stehen – ich darf vielleicht diesen allgemeinen Satz voranstellen, weil ich als erster dazu spreche – mit dieser Debatte um die Mitbestimmungsfrage, ich möchte nicht sagen: in einem, sondern in dem zentralen Problem des Parteitages heute. Wir erleben hier ein seltenes Phänomen. Würde nämlich die Mitbestimmungsfrage frei von allen taktischen, emotionalen, gruppenbezogenen Gefühlen und sonstigen Vorbehalten zur Abstimmung stehen, ergäben sich sicherlich große Mehrheiten in drei Fragen, und zwar erstens in der Bejahung der Ausschöpfung und des Ausbaus des Betriebsverfassungsgesetzes, zweitens in der Verneinung der Ausweitung des Montanmodells und drittens in der Ablehnung riskanter Versuche mit unklaren Begriffen hinsichtlich der Unternehmensverfassung und jedenfalls in diesem Zusammenhang auch des Unternehmensrechts.

Wenn man die zahlreichen Änderungsanträge zu Ziffer 60 zugrunde legt, ergibt sich das gleiche Bild.

Nun aber droht wegen der Überfülle der verschiedenen Formulierungen genau diese Klarheit in den drei Fragen, die ich eben herausgestellt habe, ins Gegenteil umzuschlagen. Obwohl die generelle Stimmung für eine klare Entscheidung der Mitbestimmungsfrage ist, herrscht bislang die Tendenz zu Kompromissen oder gar die Taktik des Vertagens der Entscheidung vor. Das ist eben dieses Phänomen, von dem ich eben sprach.

Um dennoch der generellen Grundstimmung auch abstimmungsmäßig zum Durchbruch zu verhelfen, haben der Mittelstandskreis und eine Reihe von Landesverbänden ihr Herz oder, besser gesagt, ihren landesegoistischen Stolz auf gute Formulierungen über die Hürde geworfen. Sie haben in einer Kommission den vorliegenden Antrag F 50 erarbeitet. Ich muß der Deutlichkeit wegen betonen, daß es sich nicht um einen völlig neu formulierten Antrag handelt. Der Antrag stellt allein und ausschließlich die stilistische Zusammenfassung verschieden formulierter, aber in der grundsätzlichen Aussage einheitlicher Einzelanträge dar. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen: kein Kompromißantrag, keine nagelneue Formulierung, sondern ausschließlich eine stilistisch bereinigte Zusammenfassung der Einzelanträge folgender Gruppen. Es waren der Landesverband Nordwürttemberg, der Landesverband Bremen, der Landesverband Hamburg, die drei Landesverbände Niedersachsen, der Landesverband Schleswig-Holstein und der Mittelstandskreis. Den Antrag haben auch viele Delegierte aus den nicht genannten Landesverbänden unterschrieben und darüber hinaus Mitglieder der Sozialausschüsse.

Meine Damen und Herren, mit Ihrer Zustimmung zu diesem Antrag würden Sie die wahren Meinungen und die echten Mehrheiten in demokratischer Weise zum Ausdruck bringen. Die CDU brauchte sich dann nicht mehr vor-

halten zu lassen, keinen Mut zu überzeugenden Bekenntnissen und zu klaren Entscheidungen zu haben. Die CDU bleibt aber den echten Arbeitnehmeranliegen mehr als bisher aufgeschlossen. Der technische Fortschritt und die gesellschaftliche Entwicklung arbeiten so schnell fort, daß Mitbestimmung morgen anders aussehen muß als Mitbestimmung heute. Die CDU sollte diese Entwicklung nicht treiben lassen und die Augen nicht vor notwendigen Konsequenzen verschließen. Sie sollte vielmehr die Entwicklung in den Griff nehmen und daran mitwirken, daß sie zum Guten gestaltet wird. Mitbestimmung muß dem Arbeitnehmer dort zugute kommen, wo die sozialen Spannungen ihn unmittelbar betreffen. Wir müssen und wollen die soziale Befriedigung dort lösen, wo der soziale Konflikt seinen Ansatzpunkt hat, nämlich am Arbeitsplatz und im Betrieb, übrigens auch durch die Einführung von Gruppenentscheidungen. Wir wollen auch Eigentum und breitgestreutes Vermögen für den Arbeitnehmer, der ja auch Mitunternehmer werden kann und soll.

Ich darf Sie daher bitten, diesem Antrag F 50 zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Wir sind noch bei den Begründungen. Ministerpräsident Lemke hat mitgeteilt, daß der Antrag F 50 eine Art Sammelantrag einer ganzen Reihe von Landesverbänden sein soll. Ich wäre sehr dankbar, wenn die betreffenden Landesverbände, die sich den Antrag F 50 zu eigen machen, uns mitteilen, welche ihrer früheren Anträge damit als erledigt erklärt werden können.

(Beifall)

Denn dann hätten wir, glaube ich, schon eine ganze Menge weniger Arbeitsunterlagen. Ich bitte also um Mitteilung, welche Anträge in dem Antrag F 50 aufgehen sollen.

Als nächster Begründungsredner, formell zu Antrag F 17, in der Sache zur selben Gruppe gehörig, hat der Freund Hasselmann, Hannover.

Hasselmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Christlich Demokratische Union will sich mit dem Aktionsprogramm eine Leitlinie für die Lösung der Anforderungen der siebziger Jahre geben, und dazu gehört auch, daß wir uns konkret zur Fortentwicklung der Mitbestimmung äußern. Ich spreche zum Antrag F 17 des Landesverbandes Hannover, den ich nach Vorlage des Antrages F 50 modifiziert wissen möchte; deshalb kommen wir zur Unterstützung des Antrags F 50.

Es handelt sich bei diesem Antrag nicht um ein Ja oder Nein zur Mitbestimmung, wie das von Kräften außerhalb unserer Partei, so auch in einer offenbar gezielten Pressenachricht der „Morgenpost“ von gestern behauptet wird. Dort findet sich unter der Überschrift „Für Mitbestimmung“ folgende Bemerkung:

Für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb sind 71 Prozent der westdeutschen Bevölkerung. Das ergab eine Umfrage des Bad Godesberger Institutes für angewandte Sozialwissenschaft (Ifas). Nur elf Prozent sprachen sich dafür aus, dem Unternehmer oder seinem Beauftragten die volle Verfügungsgewalt zu überlassen.

Meine Damen und Herren, wir sind alle für Mitbestimmung. Wer also darüber reden will, ob er für oder gegen Mitbestimmung ist, ist nach meiner Auffassung hier auf diesem Parteitag nicht am richtigen Ort. Es handelt sich also nicht um das Ob, das wir schon durch das von unserer Partei eingebrachte Betriebsverfassungsgesetz bewiesen haben, es handelt sich ausschließlich um das Wie. Wesentlich für das Wie ist nun den Antragstellern, daß wir uns hier auf dem Parteitag darüber klar entscheiden, ob wir im Prinzip der Linie des Gewerkschaftsbundes folgen oder ob wir sie als ungeeignet für die Lösung der uns von der Zeit gestellten Aufgaben kennzeichnen wollen.

Die Antragsteller und ihre Freunde sind der Auffassung, daß die vom Gewerkschaftsbund mit erstaunlichen Mitteln propagierte Ausdehnung des Montanmodells auf die übrige Wirtschaft – denn darum geht es – obwohl bisher offenbar aus taktischen Gründen nur von 400 Unternehmen geredet wird – nicht empfohlen werden kann und daß dies in unserem Aktionsprogramm ausgesprochen werden sollte.

Meine Damen und Herren, ausdrücklich aber möchte ich, um Mißverständnisse gar nicht aufkommen zu lassen, betonen, daß damit nichts gegen Gewerkschaften gesagt ist. Wir wissen alle um die Leistungen und die Verdienste der Gewerkschaften.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier einige Hauptgründe nennen, die uns veranlassen, Ihnen zu empfehlen, diese vom Gewerkschaftsbund propagierte Lösung nicht in unsere Zukunftspläne einzubeziehen. Die Ausdehnung des Montanmodells führt erstens nicht zur Verwirklichung der Partnerschaft im Betrieb; sie schließt sie sogar aus. Sie führt zweitens nicht zur Förderung der zunehmend erwünschten verantwortlichen Mitwirkung der Mitarbeiter in den Betrieben an der Entscheidungsbildung, sondern monopolisiert und syndikalisiert zumindest eine Vetoherrschaft eines zentral organisierten wirtschaftlichen und zugleich auch – lassen Sie uns das offen auf den Tisch legen – politischen Interesses. Die Ausdehnung des Montanmodells auf die übrige Wirtschaft führt nicht zur verbesserten Unternehmensführung, dem dringenden Gebot der Stunde, wenn wir uns der amerikanischen Herausforderung und der östlichen Entwicklung erfolgreich stellen wollen.

Dazu darf an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß der Montanbereich nicht zu den Bereichen unserer Wirtschaft gehört, meine Damen und Herren, die bewiesen haben oder vielleicht beweisen könnten, daß das Mitbe-

stimmungsmodell dem Wettbewerb, dem unverzichtbaren Grundelement unserer sozialen Marktwirtschaft, gewachsen ist. Hier so laut von Bewährung zu sprechen, scheint uns zumindest voreilig. Denn für die Kohle z. B. hat die Zukunft des Wettbewerbs doch wohl kaum begonnen. Dabei darf vielleicht noch angemerkt werden, daß das Montanmodell zur Zeit nur für 4 % der gesamten Industriebeschäftigten und 3 bis 4 % des gesamten Industrieumsatzes gilt.

Wer kann da den Mut haben, zu sagen: was auf dieser Mitbestimmungsinsel – angeblich – gut ist, soll auch für die ganze übrige Wirtschaft die beste Lösung sein!

Das Modell der Montan-Mitbestimmung führt auch nicht zu mehr Vertrauen zwischen den Sozialpartnern, also zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, und eben nicht zu der Art von Partnerschaft, die unsere Partei immer als ein Essential angesehen hat und, so hoffen wir, auch in Zukunft ansehen wird.

Die CDU hat u. a. mit großen sozialpolitischen Leistungen den Klassenkampfgedanken überwunden. Die Ausdehnung des Montanmodells auf die übrige Wirtschaft wäre aber unseres Erachtens geeignet, – und dies nicht nur durch die menschlich, meinen wir, unmögliche Stellung des Arbeitsdirektors im Vorstand der montanmitbestimmenden Unternehmen – das Vertrauen im Betrieb permanent zu gefährden.

Kurzum, die Antragsteller wollen, in voller Zustimmung zu einem Satz des gestrigen Referats des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel, daß die soziale Basis des freiheitlichen Rechtsstaates, ihre Breite und Tiefe, entscheidend für die Zukunft unseres Gemeinwesens sind und daß Rücksicht auf das Recht des anderen gebotene Leitlinie der Freiheit ist, mit allen unseren Parteifreunden an der Fortentwicklung der Mitbestimmung arbeiten und für gute und bessere Lösungen und ihre Erörterung offenbleiben. Darum wollen sie die monopolisierende Fremdmitbestimmung des Montan-Modells als für den gemeinsamen Weg in die Zukunft nicht geeignet gekennzeichnet und dies in das Aktionsprogramm aufgenommen wissen. Aber denken wir insbesondere auch an die Lage vor der Regierungsbildung am Abend der Bundestagswahl 1969!

(Beifall)

Präsident Amrehn: Als nächster Redner hat das Wort der Freund Dr. Schwarz-Schilling. Er begründet den Antrag F 21, der zu der vierten Antragsgruppe gehört.

Dr. Schwarz-Schilling, Hessen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jeder, der die Mitbestimmungsdiskussion näher kennt, weiß, daß es hier nicht um ein Pro oder Kontra geht, sondern daß es um vertretbare und nicht vertretbare Forderungen in diesem Bereich geht. Das Kriterium der Vertretbarkeit liegt in der Funktionsfähigkeit dieser Forderungen.

Wenn Sie unter diesem Gesichtspunkt die Vorlage des Bundesvorstandes betrachten, so muß man sagen, daß diese Vorlage äußerst unklar und vage geblieben ist.

(Beifall)

Wir können uns mit einer solchen Vorlage unter gar keinen Umständen einverstanden erklären. Lassen Sie mich das kurz begründen, denn darauf geht unser Antrag zurück.

Der Einführung des Begriffs „Unternehmensverfassung“ ist mit erheblichen Bedenken entgegenzusehen, denn es fehlt bisher jede juristische Definition dieses Begriffes. Soweit ich sehe, ist dieser Begriff in der politischen Auseinandersetzung zum erstenmal im Godesberger Programm geprägt worden, und in denjenigen Kreisen, in denen dieser Begriff als Modellvorstellung ausgeprägt worden ist, hat er eine recht einseitige Tendenz erhalten, die auch nicht dadurch beseitigt werden kann, daß man in diesem Zusammenhang gelegentlich von Depotstimmrecht oder Publizität spricht.

Was den Begriff der „Betriebsverfassung“ in der Bundesvorlage anbetrifft, so steht dort nur der lapidare Satz, daß sie weiter ausgebaut werden sollte. Ich glaube, daß die Möglichkeiten auf dem Sektor der Betriebsverfassung, gerade auch in bezug auf eine einheitliche Stellungnahme, sehr viel größer sind, als es dieser eine Satz beinhaltet. Wir halten also auch diese Aussage in der Bundesvorlage für außerordentlich dürtig.

Dann kommen wir bei der Bundesvorlage zu Formulierungen wie etwa: „Ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden.“ Der hessische Landesverband ist der Auffassung, daß solche Formulierungen nicht in ein Aktionsprogramm der CDU gehören.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Letztes zu der Bundesvorlage sagen. Es wird dort unterschieden zwischen Wirtschaft und Großunternehmen, eine Einteilung und Kategorisierung, die wir für höchst bedenklich halten. Damit werden Weichenstellungen gegeben, die weit über diese Formulierung hinausgehen, ohne daß man sich die Mühe gemacht hat, ein Kriterium für diese Unterscheidung mit in die Vorlage hineinzunehmen. Wie schwer es ist, hier ein entsprechendes Kriterium zu finden, das sehen Sie aus den verschiedenen Wandlungen, die z. B. auch die Gewerkschaften bei der Abgrenzung von Großunternehmen zu anderen Unternehmen vorgenommen haben. Es bliebe also hierbei alles offen, aber wir hätten mit dieser Bundesvorlage die Unterscheidung von Großunternehmen und übriger Wirtschaft als Prinzip zementiert.

Wir haben im Landesverband Hessen den Versuch unternommen, den Ausgangspunkt für unsere Vorlage in dem derzeitigen Stand der Diskussion zu finden. Alle, die sich mit dieser Materie beschäftigen, wissen, daß diese Diskussion nicht einfach ist. Wir haben deswegen an den Anfang gesetzt,

daß der Grundsatz der Partnerschaft für unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und für die weitere Ausgestaltung des hier in Rede stehenden Gebiets für alle Seiten zu akzeptieren ist.

Wir sind dann weitergegangen zu der näheren Beschreibung der Ausgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes, das unserer Auffassung nach ein hervorragendes Ergebnis dieser Partnerschaft ist. Daß wir dieses Betriebsverfassungsgesetz weiter ausgestalten können, dagegen besteht wohl von keiner Seite irgendein ernsthaftes Bedenken.

Wir haben aber auch hereingenommen, daß wir durchaus für die Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes eintreten können, frei von bestimmten Modellen, unbelastet von Begriffen wie „Unternehmensverfassung“, ganz nach den Erfahrungen, wie wir sie heute in der Wirtschaft überall antreffen können, und mit den bestimmten Auflagen, die wir dann auch in der Bundesvorlage wiederfinden.

Wir haben weiterhin gegenüber der Bundesvorlage abgegrenzt, daß die sozialen und personellen Belange auf Vorstandsebene bearbeitet werden sollen, denn wir haben ja nicht die Unterscheidung zwischen Großunternehmen und der übrigen Wirtschaft eingeführt und können daher unter keinen Umständen diese Bearbeitung auf eine bestimmte Person delegieren; denn in den Führungsgremien mittlerer, größerer und kleinerer Unternehmen ist das nicht möglich. Aber was gemeint ist, nämlich daß die personellen und sozialen Fragen auf der Vorstandsebene bearbeitet werden sollen, das haben wir gesagt. Wir haben daher davon abgesehen, die Einteilung in die Kategorien Großunternehmen und übrige Wirtschaft einzuführen.

Lassen Sie mich zum Schluß zu unserem Antrag folgendes sagen. Es handelt sich hier um eine sehr nüchterne Sachaussage. Wir haben uns bemüht, und zwar in nächtelangen Diskussionen mit allen Gruppen, in unsere Vorlage nicht durch unklare Begriffe unterschwellige Tendenzen hineinzubringen. Dort, wo die Begriffe klar sind, haben wir eine entsprechende weitergehende Formulierung gefunden. Dort, wo wir keine klaren Begriffe hatten, haben wir auch nicht neue Begriffe eingeführt, um bestehende Diskrepanzen zu überdecken. Wir treten weiter für die Offenheit der Diskussion ein und wollen diese Diskussion unter keinen Umständen abstoppen. Das ist ein Gesichtspunkt, der unserem Antrag ganz besonders zugrunde gelegen hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie mögen ihn nun betrachten, wie Sie wollen; wir haben uns bemüht, keine extremen Aussagen zu machen, und sind uns darüber klar, daß wir daher auch keinen Beifall irgendeiner extremen Gruppe bekommen. Wir meinen, wir müssen uns auf eine nüchterne Sachaussage beschränken. Aber ich glaube, daß es hier vielleicht angebracht ist, eine nüchterne und bescheidenere Aussage zu machen, um dem Sachverhalt, wie er heute vorliegt, zu entsprechen.

Das sollte auch die politische, die sachliche und die funktionsgerechte Verantwortung dieses Parteitages sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: In der Reihe der Begründungen hat jetzt der Freund Dr. Mahler aus Nordwürttemberg zu dem Antrag F 18 aus der Gruppe 2 das Wort.

Dr. Mahler: Herr Präsident! Meine Parteifreunde! Ich habe den Antrag F 18 meines Landesverbandes Nordwürttemberg zu begründen und darf vorausschicken, daß wir in Nordwürttemberg eine Einheit auch mit unseren Sozialausschüssen sind. Wir sind gegen die schillernde Formulierung „Unternehmensverfassung“. Wie Herr Schwarz-Schilling bereits ausgeführt hat, ist diese Formulierung zum erstenmal im Bad Godesberger Programm der SPD aufgetaucht, und zwar als Anfang für eine Neuordnung für die Großwirtschaft. Meine Parteifreunde, wir haben nicht die Geschäfte der SPD zu besorgen, und wir haben auch nicht die Formulierungen der SPD zu übernehmen.

(Beifall)

Wir sind für eine Diskussion dieser Frage; sie muß ständig neu diskutiert werden. Es muß eine Anpassung an den technischen Fortschritt erfolgen. Wir sind aber gegen diese kompromißlerische Formulierung in der Vorlage des Bundesvorstandes, zu prüfen, ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen sinnvoll ist. Meine Parteifreunde, weder die Prüfung ist sinnvoll, noch die paritätische Mitbestimmung. Die CDU muß sich heute und hier entscheiden.

Die paritätische Mitbestimmung bringt keine Vorteile für die Verbraucher! Nach allgemeiner Lebenserfahrung und nach einem Gutachten von Professor Vogt, der auch der Biedenkopf-Kommission angehört und ein großes Buch über die Mitbestimmung geschrieben hat, ist es in der Regel so, daß in den Aufsichtsräten die Arbeitnehmervertreter für eine Erhöhung der Preise stimmen, wenn sie glauben, damit die Löhne und soziale Leistungen erhöhen zu können. Das ist nicht von Vorteil für die Verbraucher.

Die paritätische Mitbestimmung bringt auch keine Vorteile und keinen zusätzlichen Nutzen für die Arbeitnehmer selber. Sie mögen durch die paritätische Mitbestimmung kurzfristig Lohnerhöhungen erhalten, mittelfristig wird das aber infolge sinkender Rentabilität auch die Löhne beeinträchtigen. Die Folgen haben das Unternehmen und die Arbeitnehmer zusammen zu tragen. Vorteile aus der paritätischen Mitbestimmung werden allein für die SPD- und für die DGB-Funktionäre gezogen.

(Beifall – Pfui-Rufe und Zischen)

Schließlich: Die paritätische Mitbestimmung verstößt gegen eines der Grundprinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft, nämlich gegen das Privateigen-

tum und die sich daraus ergebende Unternehmerinitiative und das Unternehmerrisiko der selbständigen Unternehmer und der beauftragten Unternehmer. Die Unternehmermacht, die es gibt, wird beschränkt durch Wettbewerb, durch das Grundgesetz, durch das Betriebsverfassungsgesetz, durch die Arbeitsschutzgesetze und auch durch die private Gegenmacht der DGB-Gewerkschaften. Die Kontrolle des Marktes ist viel erbarmungsloser als jegliche formale Kontrolle.

Meine Parteifreunde! Die Bundesrepublik ist keine Weltmacht. Unsere einzige Stärke sind unsere Wirtschaftskraft und unsere Forschung. Unsere Wirtschaftskraft beruht nicht auf Bodenschätzen. Wir haben kein Erdöl, wir haben kein Uran. Unsere Wirtschaftskraft beruht allein auf der Leistung unserer Ingenieure, auf dem technischen Fortschritt. Deshalb müssen die Unternehmensleitungen in der Zukunft mehr denn je elastisch sein. Die paritätische Mitbestimmung hemmt diese Elastizität.

Schließlich eine taktische und psychologische Seite: Wenn die CDU sich heute nicht entscheidet, was soll sie der SPD antworten, die unter Bruch des Koalitionsabkommens noch in diesem Jahre oder Anfang nächsten Jahres ihre Gesetzesinitiative einbringt? Was sagen wir den Wählern im nächsten Jahr? Sie wissen alle, daß die Meinungsbildung für die Bundestagswahl bereits jetzt begonnen hat.

(Beifall)

Wollen Sie, daß wir durch eine weitere Prüfung und eine weitere Verzögerung der Entscheidung an der absoluten Mehrheit vorbeigehen?

(Lachen bei einem Teil der Delegierten – Zuruf: wer wählt denn CDU?)

Schließlich noch ein Argument, das die ganze CDU betrifft, besonders aber uns in Württemberg. Wir können nicht gut in Ellwangen und in Wangen im Allgäu etwas anderes vertreten als die CSU in Kempten und Dinkelsbühl. Wir sind für den Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes. Wir sind für die Mitbestimmung durch Leistung, z. B. durch weitgehende Dezentralisierung von Leitungsbefugnissen und durch Verbesserung der Bildung und Ausbildung der Arbeitnehmer. Wir sind für einen verstärkten Minderheitenschutz.

Aus diesen Gründen sind wir, Herr Parteitagpräsident, grundsätzlich bereit, unseren Antrag zugunsten des Antrages F 50 zurückzuziehen.

(Beifall)

Unser besonderes Anliegen, das wir in Nordwürttemberg vertreten, das Stimmrecht aus Eigentum, die Mitbestimmung aus Eigentum – dazu werden noch weitere Freunde Stellung nehmen – haben wir in einem besonderen Antrag zu Ziffer 91 niedergelegt. Wir wollen nach der Erhardschen Formel verfahren: Wohstand für alle, Eigentum für jeden über Beteiligungsgesell-

schaften. Wir sind auch bereit, über das Depotstimmrecht zu sprechen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Freund Mahler, Sie sagten, Sie seien grundsätzlich bereit, zurückzuziehen. Haben Sie zurückgezogen oder halten Sie es sich noch offen?

(Dr. Mahler: Ich halte es noch offen. – Lachen)

Es ist also noch offen.

Meine Freunde, darf ich Ihnen zwischendurch einen kleinen Bericht über den Stand der Auszählung der Stimmen für die Präsidentschaftskandidaten geben. Es sind bisher 70 % der Stimmen ausgezählt. An Stimmen haben erhalten – Sie wissen, daß das nicht ausschlaggebend ist, aber die Zahlen sind bemerkenswert, und deswegen will ich sie nennen: Humphrey 22,043 Millionen, Nixon 22,012 Millionen. An Wahlmännern haben bisher: Nixon 175, Humphrey 172 und Wallace 45. Der Ausgang der Wahlen bleibt also völlig ungewiß. Wir müssen damit rechnen, daß die Feststellung des endgültigen Ergebnisses noch eine ganze Reihe von Stunden dauern kann. Wir werden Sie weiter auf dem laufenden halten.

(Beifall)

Ich erteile jetzt das Wort zu dem Antrag F 26 dem Freund Vos. Es handelt sich um einen Einzelantrag, der in keine der von Herrn Dufhues aufgezählten Kategorien paßt.

Vos: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Beckum stimmt grundsätzlich der Formulierung der Ziffer 60 der Vorlage des Bundesvorstandes zu, macht allerdings die Einschränkungen, die sich aus unserem Antrag ergeben. Wir sind der Meinung, daß durch die Ersetzung des Wortes „wirtschaftliche“ in Satz 2 durch das Wort „betriebliche“ die Forderung nach mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz mit der unabdingbaren unternehmerischen Initiative und Verantwortlichkeit verbunden werden kann. Im übrigen nehme ich Bezug auf die sehr ausführliche Begründung, die unsere Freunde aus Nordwürttemberg schriftlich vorgelegt haben.

Im Satz 2 des zweiten Absatzes sollten die Worte „bei Großunternehmen“ gestrichen werden. Wir sind der Meinung, daß die Worte in diesem Zusammenhang gesellschaftspolitisch vielleicht sinnvoll sind; sie sind aber von der ideologischen Begründung der Erweiterung der Mitbestimmung her nicht zu halten.

Mündigkeit, Personenwürde, Selbstverantwortung des Arbeitnehmers – diese Chancen gehören nach unserer Meinung nicht nur dem Arbeitnehmer in Betrieben, die zwei von drei bestimmten Kriterien erfüllen, sondern allen

Arbeitnehmern. Wenn wir uns schon entschließen, zu sagen, wir wollen auch prüfen, ob eine Erweiterung sinnvoll ist, dann sollten wir uns auch die Möglichkeit offenhalten, zu prüfen, ob die Erweiterung – und gegebenenfalls in welchem Rahmen – auch bei Betrieben sinnvoll ist, die nicht zu den Großunternehmen zu rechnen sind.

Ich bitte daher, dem Antrag des Kreisverbandes Beckum zuzustimmen.

(Große Unruhe)

Präsident Amrehn: Ich erneuere die Bitte, keine Gespräche im Saal zu führen, die nicht unbedingt hier geführt werden müssen, und insbesondere den Wandelgang dort oben nicht als Wandelhalle für Gespräche zu benutzen, sondern hinauszugehen.

(Beifall)

Ich bitte jetzt auch die Ordner, die im Wandelgang stehen, die Freunde, die da Gespräche führen, zu bitten, die Treppe hinunterzugehen. Das stört doch zu sehr. Auch wenn ein solcher Einzelantrag begründet wird, hat der Sprecher Anspruch darauf, daß der Saal ihn hört.

Das Wort hat jetzt Freund Löher zum Änderungsantrag 48. Auch dieser Antrag gehört in keine der genannten Gruppen.

Löher: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns mit dem Antrag des Kreisverbandes Dortmund zu Wort gemeldet haben, so deshalb, weil die Fassung der Ziffer 60 von der Mehrheit des Parteitages – so scheint es mir wenigstens – zu Grabe getragen werden soll, und das sicherlich – so meinen wir – zum Schaden für unsere Partei. Gegen diese Beerdigung erster Klasse werden wir als Arbeitnehmer uns mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln wehren.

Dem Antrag des Kreisverbandes Dortmund, der die Nummer F 48 trägt, liegt die Grundkonzeption zugrunde, die von einer zum Thema Mitbestimmung eingesetzten Kommission des Bundesvorstandes und der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft erarbeitet wurde.

Dieser zur Beratung stehende Dortmunder Antrag, meine Damen und Herren, bringt bereits einige Korrekturen gegenüber dem Entwurf der Kommission der Sozialausschüsse; denn er zeigt – das ist deutlich – eine Kompromißbereitschaft.

Wenn Sie nochmals die Ziffer 28 des ersten Entwurfs des Aktionsprogramms zur Hand nehmen oder sich diese wenigstens nochmals gedanklich vergegenwärtigen, so werden Sie feststellen, daß, abgesehen von der Erwähnung des Begriffes Montan-Mitbestimmung, keine weiteren Aussagen der Ziffer 28

in diesem Antrag F 48 zu finden sind. Trotzdem wären wir als Kreisverband Dortmund bereit gewesen, im Interesse unserer Partei, meine Damen und Herren, die Fassung der Ziffer 28 zu billigen. Dann kam der zweite und überarbeitete Entwurf des Aktionsprogramms, der uns jetzt nunmehr zur Beratung vorliegt und der wiederum weitere Einschränkungen im Hinblick auf die Grundkonzeption der Sozialausschüsse brachte, nämlich die berühmte Ziffer 60.

Meine lieben Parteifreunde! Obwohl in dieser Ziffer deutlich zu spüren ist, daß man hier fast nur die Vorstellungen des sogenannten Wirtschaftsrates der CDU bei der Umformulierung berücksichtigt hat,

(Lebhafter Widerspruch und Beifall)

obwohl diese jetzige Formulierung der Ziffer 60 für alle offenkundig macht, daß man nicht bereit ist, auch nur annähernd auf die Anträge der christlich-demokratischen Arbeitnehmer einzugehen, sind wir wiederum bereit, im Interesse unserer Partei nochmals weitere Schritte zurückzugehen, und zwar bis an die äußerste Grenze.

Wir sind also bereit, dieser Ziffer 60 unsere Zustimmung zu geben. Wir wollen doch unsere Partei, weil wir sie als Volkspartei betrachten, nicht zu einer Zerreißprobe führen. Jetzt aber, meine Damen und Herren, in dieser — so scheint es mir wenigstens — ausweglosen Situation kann man von mir nicht erwarten, daß ich den Antrag F 48 zurückziehe, weil ich hier spüre, daß offensichtlich eine Brüskierung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft sich zumindest anbahnt.

(Lebhafter Beifall)

Ich stelle deshalb, meine Damen und Herren, den Antrag weiterhin zur Diskussion und bitte, auch über den Antrag F 48 abstimmen zu lassen. Die Folgen allerdings, die sich aus dieser Abstimmung ergeben, meine Damen und Herren, haben diejenigen zu verantworten,

(Lebhafter Widerspruch — Zurufe: Pfui!)

Ich wiederhole: Die Folgen allerdings, die sich aus dieser Abstimmung ergeben, haben diejenigen zu verantworten,

(Lebhafter Widerspruch)

die eben nicht bereit und willens sind, sich auch nur annähernd kompromißbereit zu zeigen, wie wir es als Sozialausschüsse sehr oft waren, sind und sein müssen.

Wir Arbeitnehmer, meine lieben Freunde, faßten den Kompromiß nicht negativ auf, als ein Zeichen des Zurücksteckens der gewünschten oder angestrebten

Ziele, sondern vielmehr positiv als eine Möglichkeit, viele Interessen bei der Lösung schwerwiegender Fragen berücksichtigen zu können. Aber, meine lieben Freunde, zu einem Kompromiß gehören wenigstens zwei, und wenn der eine nicht will, ist die Kompromißbereitschaft des anderen bestimmt gegenstandslos geworden.

Mit dem nochmaligen Hinweis, meine lieben Freunde, daß die mittelständische Industrie in keiner Weise von unserem Antrag berührt wird, möchte ich Sie herzlich und eindringlich bitten, ja, ich möchte Sie geradezu beschwören, dem Antrag F 48 Ihre Zustimmung zu geben.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Als weiterer und letzter Redner in der Reihe der Begründungen hat der Freund Emmerich das Wort zu Antrag F 25 der Änderungsanträge.

Emmerich, Moers: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Wenn an dieser Stelle gesagt worden ist, daß die CDU sicherlich für die Ausweitung der Mitbestimmung ist, daß es also nur die Frage ist, wie sie geschehen soll, dann werden Sie sicherlich keine Schwierigkeiten haben, dem Antrag des Kreisverbandes Moers Ihre Zustimmung zu geben, der sich vollinhaltlich dem Vorschlag des Bundesvorstandes anschließt, wie er in der Ziffer 60 enthalten ist, allerdings mit einer ganz geringfügigen Änderung. Es ist hier von mehreren Rednern bereits bezweifelt worden, ob es richtig ist, in einem Aktionsprogramm das Wörtchen „ob“ zu verwenden. Wir sollten meines Erachtens nicht darum streiten, ob wir eine Mitbestimmung, eine erweiterte Mitbestimmung wollen. Hier ist oft genug bekräftigt worden, daß wir dafür sind. Dann aber sollten wir das auch zum Ausdruck bringen. Was jedoch kontrovers und schwierig ist, ist die Frage, wie diese weitergehende Mitbestimmung erfolgen soll. Wenn wir hier das Wörtchen „ob“ durch das Wort „wie“ ersetzen, dann wird dem Rechnung getragen. Es sollte also dann heißen: „Wie eine weitergehende Mitbestimmung . . .“, muß sorgfältig geprüft werden . . .“ usw.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich dem Antrag des Landkreises Moers der CDU anschließen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, es hat keinen Schluß der Rednerliste für die Begründungen gegeben. Es hat sich jetzt noch jemand gemeldet. Ich will selbstverständlich auch Herrn Gewandt das Wort zur Begründung geben, worum er jetzt gebeten hat. Ich darf dann aber feststellen, daß damit die Liste der Redner für die Begründungen abgeschlossen ist, oder wünscht noch jemand, sich dazu zu melden? – Das ist nicht der Fall. – Dann hat das Wort Freund Gewandt.

Gewandt (MdB): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann die leidenschaftliche Erregung meines Kollegen verstehen, der hier vor mir gesprochen hat. Ich glaube aber, daß eine Partei Meinungsverschiedenheiten ertragen muß und daß man diese in aller Offenheit und im Geiste der Union hier darlegen kann.

(Lebhafter Beifall)

Eine Entscheidung, wie immer sie auch ausfallen mag, ist für mich als Mitglied einer demokratischen Partei niemals das Ende eines Dialogs.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben hier nun eine Reihe von Anträgen zu begründen. Ich tue das jetzt für den Antrag Hamburg und gleichzeitig, weil dieser damit in der Tendenz übereinstimmt, für den des Mittelstandskreises.

Warum haben wir eine Fülle von Änderungsanträgen erhalten? – Es ist hier schon gesagt worden. Wir haben sie deshalb erhalten, weil die Vorlage des Vorstandes eine Reihe von unklaren Begriffen beinhaltet, die – wie die Diskussion hier gezeigt hat – von jedem anders interpretiert werden. Was aber einer Partei schadet, ist Unklarheit.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Auch unsere Partei kann der Gretchenfrage nicht ausweichen, die da lautet: Wie hältst du es mit der paritätischen Mitbestimmung?

Wir wissen alle, daß es nicht um die Mitbestimmung geht. Wir haben uns alle zur Mitbestimmung bekannt. Wir haben sie seit 1952, und alle Redner haben eine Ausweitung, also eine Prüfung der Möglichkeit einer Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes anerkannt. Aber wir müssen eine klare Stellung zu dem Problem der paritätischen Mitbestimmung beziehen. Deshalb muß man noch einmal die Frage stellen: Warum wird diese paritätische Mitbestimmung in die Diskussion geworfen, und warum hat sie Fürsprecher? – Die Gründe sind die angebliche Harmonisierung des sozialen Konflikts, das Gemeinwohl und die Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn wir zu einer paritätischen Mitbestimmung kämen, dann würden wir in unserem Lande auch zu einem anderen Verständnis der Rolle der Gewerkschaften kommen müssen. Goetz Briefs hat gesagt: Die polare Spannung zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband ist die Garantie der Freiheit für den arbeitenden Menschen. Im Namen der Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen verliert jemand das Recht, zu sprechen, der dieses aufgibt.

Wir sollten uns meines Erachtens fragen, warum große Gewerkschaften in den angelsächsischen Ländern nicht den Wunsch haben, hier den Weg des Syndikalismus zu gehen.

Wenn wir hier nicht zu einer klaren Entscheidung kommen, dann wird sich das Problem der traditionellen Gewaltenteilung, ein Fundament des demokratischen Staates, bei uns nur noch als eine Randerscheinung ergeben. Dann möchte ich lieber der Vorsitzende einer mächtigen Gewerkschaft sein als Bundeswirtschaftsminister.

(Lebhafter Beifall)

Die Frage, meine Damen und Herren, ist nun die: Dient nun wirklich diese Zusammenarbeit dem Gemeinwohl? Ich behaupte, daß eine Zusammenarbeit zwischen der Unternehmerschaft und mächtigen Gewerkschaften in einem Schlüsselindustriebereich immer zu Lasten des Gemeinwohls geht.

(Beifall)

Das Gemeinwohl ist eine Frage der Politik. Vollbeschäftigung, Eigentums- politik, Konjunkturpolitik – das sind Aufgaben der Politik, und es sind nicht betriebliche Aufgaben. Zur Kontrolle der Macht: Wir als Christliche Demokraten haben die großen Bereiche durch Enquêtes untersuchen lassen. Wir haben ein Kartellgesetz; wir sind für die Fortentwicklung dieses Kartellgesetzes, weil wir keine Machtkonzentration haben wollen, sondern ein freies Spiel der Kräfte. Deshalb muß, so meine ich, hier ganz klar gesagt werden, was wir nicht wollen.

Wo ist nun der Ansatzpunkt für einen Dialog? Der Herr Fraktionsvorsitzende hat in seiner hervorragenden Rede gestern wieder einmal gezeigt, welch ein Gespür er für die politisch relevanten Fragen hat. Er hat davon gesprochen, daß man über ein funktionales Mitbestimmungsrecht reden sollte, und wenn man sorgfältig liest, was in der Tagung der katholischen Sozialwissenschaftler gesagt worden ist, dann treffen wir bei Professor Feucht die Aussage an, daß er für den Abbau von Herrschaftsunterschieden einzutreten bereit ist, von Herrschaftsunterschieden, die nicht funktional bedingt sind. Hier sehe ich die Möglichkeit eines Ansatzpunktes, nicht aber in der paritätischen Mitbestimmung.

Nun aber, meine Damen und Herren, möchte ich noch etwas sagen: Wir haben uns stets zu einer Politik des Eigentums bekannt. Wir wollen die Eigentumsbildung fördern und ausbauen, und deshalb darf sich nach meiner Auffassung auch nicht in unsere Diskussion der Verdacht einschleichen, daß wir vielleicht bereit wären, heute auch das Eigentum nur als einen technischen Machtbegriff aufzufassen und jede Form des Eigentums nur noch als ein Instrument im Gegensatz zur menschlichen Arbeit anzusehen.

Ich glaube, man sollte auch hier – ich komme nochmals auf die Tagung der katholischen Sozialwissenschaftler zurück – sagen, daß man an die Stelle einer sittlichen Rechtsbefugnis, die mit dem Eigentum verbunden ist, nicht einen technischen Machtbegriff setzen darf.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist klargelegt von den meisten Rednern, daß die Vorlage des Vorstandes uns nicht weiterhilft und nicht in den Stand versetzt, in der öffentlichen Diskussion mit einer klaren Linie aufzutreten. Wir müssen uns zu den entscheidenden Fragen äußern. Wir müssen Ja sagen zu einem fortschrittlichen Betriebsverfassungsgesetz, dessen Möglichkeiten auszuschöpfen sind. Wir müssen Ja sagen zu einem Dialog in der Richtung, wie ich ihn hier skizziert habe. Aber wir müssen Nein sagen zur paritätischen Mitbestimmung. Wir müssen Nein sagen zu einer Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft – das möchte ich abschließend sagen – steht wieder einmal in einer Phase der Bewährung. Wir haben dafür zu sorgen, daß nicht andere, die im Augenblick in diesem Bereich mitentscheiden, hier andere Weichen stellen. Wir sollten uns einer Tatsache erinnern, daß diese Partei, aber auch dieses Land ihr hohes Niveau der sozialen Leistungen nur einem Umstand verdankt: der Sozialen Marktwirtschaft. Die darf nicht ausgehöhlt werden, sondern die muß erhalten bleiben. Und das müssen wir klarlegen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde! Der Punkt 60 der Vorlage des Vorstandes und alle dazu genannten Änderungsanträge stehen nunmehr zur allgemeinen Aussprache. Als erster in der Aussprache hat das Wort unser Freund Katzer.

Bundesminister Katzer: (mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, mich jeder Polemik zu enthalten;

(Lebhafter Beifall)

denn mit Polemik schaffen wir dieses Problem nicht aus der Welt!

(Erneuter Beifall)

Herr Schwarz-Schilling hat den Antrag von Hessen begründet. In der Begründung zu diesem Antrag steht folgender Satz:

Es erscheint politisch unzweckmäßig, sich an das geltende Mitbestimmungsrecht zu binden. Die Entwicklung bleibt nicht stehen, und es ist keineswegs abwegig anzunehmen, daß in den nächsten Jahren Formen der Mitbestimmung gefunden werden, die die Montanmitbestimmung überholt erscheinen lassen.

Ich würde sagen: „Überholt erscheinen lassen können“. Das räume ich ein. Damit glaube ich, daß die Begründung – ich komme zu einem anderen Ergebnis – in der Tat die Situation, in der wir uns befinden, ziemlich genau zu treffen scheint. Denn die rasante naturwissenschaftliche technische Entwick-

lung läßt in immer rascheren Zeitabständen völlig neue Strukturen entstehen. Damals, 1951, als wir die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl einführten, dachten wir, jetzt ist das Problem gelöst, heute stehen wir mit der Einheitsgesellschaft im Steinkohlebergbau vor einer ganz neuen Unternehmungsstruktur für einen ganzen Wirtschaftsbereich. Hier sitzen Damen und Herren, Parteifreunde, die sagen, daß der Begriff „Wirtschaftsstruktur“ neu sei, die aber sehr wohl mitarbeiten und aktiv mitwirken bei dieser neuen Struktur, die sich bei der Einheitsgesellschaft im Steinkohlenbergbau entwickelt.

Ich meine, an diesem einen Beispiel zeigt sich schon: Es gibt keine einfachen Lösungen, und es gibt vor allen Dingen hier nicht die Frage: Wir schieben das vom Tisch! — Das muß heute endgültig entschieden werden! Meine Freunde, ich sage Ihnen dies: Bei der Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, geht es nicht um eine Entscheidung für diese oder gegen diese Form der Mitbestimmung, sondern es geht ausschließlich darum, ob wir unter Berücksichtigung der modernen Entwicklung technologischer Strukturen uns selbst die weitere Diskussion für morgen unmöglich machen, oder ob wir offenbleiben für das Gespräch, das wir brauchen, ob wir offenbleiben für die Diskussion!

(Starker Beifall)

Meine Freunde! Die Union würde sich keinen Gefallen tun, wenn wir diese Offenheit nicht hätten. Deshalb plädiere ich nachdrücklich für die Offenheit der Diskussion. Ich höre, wie Sie wissen, dem Bundesvorstand nicht an. Bis jetzt hat der Bundesvorstand noch nicht ausgiebig seine eigene Vorlage vertreten. Ich bin gewiß, daß das nachher geschehen wird; denn einer muß ja das verabschiedet haben, was uns hier vorgelegt worden ist.

(Starker Beifall)

Meine Freunde! Die Union hat — das kam in der einen oder anderen Einbringungsrede vorhin zum Ausdruck — in der Vergangenheit bewiesen, daß sie ein eigenes — und rückschauend auf 1945 und 1949 können wir sagen — daß sie ein modernes Bild der Gesellschaft geprägt hat, das bis heute Gültigkeit hat. Sie hat es geprägt mit unserer Eigentumspolitik, mit unserer Familienpolitik, mit unserer Politik der sozialen Sicherung.

Inbesondere, meine Freunde, haben wir die Idee der Partnerschaft damals in den Mittelpunkt unserer Überlegung gestellt. Das spricht sich heute leicht aus, doch damals, als wir in der ersten Stunde der Union als Partei neuen Stils vor die Wähler traten, da traten wir mit diesem Gedanken der Partnerschaft der Idee des Klassenkampfes gegenüber, die die Sozialdemokratische Partei damals noch auf ihre Fahne geschrieben hatte. Hinter dieser Idee stand damals auch die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Uns ist es gelungen, eine überzeugende Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Die Schlußfolgerungen, die wir daraus zu ziehen haben, sollten heißen: Wir müssen in der Verwirklichung dieser Idee der Partnerschaft und des Partner-

schaftsgedankens auch heute auf diesem Parteitag wieder neue Anstrengungen unternehmen; denn wir erleben doch täglich auf nahezu allen Gebieten, daß sich dieser Gedanke mehr und mehr durchsetzt. Das ist doch wohl auch der geistige Hintergrund, der gemeint ist, wenn wir heute sprechen von Dialog, von teamwork und, wenn Sie wollen, von Begriffen wie konzertierter Aktion, welche Formen man auch immer hier nennen mag.

Lassen Sie mich, meine Freunde, drei Bemerkungen zum Thema machen:

1. Die Frage der Mitbestimmung kann nicht in einer Reihe gesehen werden mit anderen sozialen und gesellschaftlichen Gesetzeswerken. Man kann nicht sagen, heute schaffen wir die Krankenversicherung, Verbesserungen in der Familienpolitik oder was immer; Mitbestimmung – und das ist der entscheidende Unterschied – ist eine langfristige Aufgabe zur freiheitlichen und verantwortlichen Gestaltung unserer Gesellschaft. Das muß doch gerade hier in Berlin gesehen, ich möchte fast sagen, gefühlt werden. Wir stehen in einer Situation, die nicht vergleichbar ist mit der Situation anderer Völker. Unsere ganzen Anstrengungen müssen doch darauf gerichtet sein, den inneren sozialen Zusammenhang unseres Volkes und unserer Nation zu erhalten.

(Starker Beifall)

Und wo könnte das besser geschehen als in der Gesellschaftspolitik, meine Freunde. Das müssen wir hier in Berlin deutlich machen!

(Erneuter starker Beifall)

Hier in der Gesellschaftspolitik liegt ein entscheidender Handlungsspielraum.

2. Meine Freunde! Wir sollten uns ohne Vorbehalt mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit konfrontieren. Diese Wirklichkeit sieht doch so aus, daß in immer weiteren Kreisen unseres Volkes — wir können doch hier nicht so tun, als ob es das nicht gäbe — die Sorge wächst, ob und wie es gelingen soll, den Menschen in seiner Individualität, in seiner Würde zu stärken, zu stärken in einer Gesellschaft, deren Kennzeichen ein wachsender Prozeß der Konzentration und der Kollektivierung, die immer stärkere Herausbildung neuer geschlossener Entscheidungsgruppen und gesellschaftlicher Großgebilde ist.

Wenn wir von der Erhaltung menschlicher Freiheit in diesem Prozeß sprechen, dann gilt es nicht mehr, die Restfreiheiten am Rande der Industriegesellschaft als Gegengewicht zu verteidigen, es geht um viel mehr. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, in dieser unaufhaltsam heranwachsenden Technostruktur neue Räume der Selbstverantwortung und der Mitgestaltung zu sichern, wenn wir uns nicht — und das würde der geistigen Tradition unserer Union völlig zuwiderlaufen — mit einem technischen und sozialen Automatismus abfinden wollen, der den einzelnen dahin treibt, zu resignieren, weil er die immer differenzierter werdenden Prozesse einfach nicht mehr

durchschaut. Hier scheint der geistige Kern der Mitbestimmungsforderung überhaupt zu liegen. Lassen Sie uns da nicht streiten um diese und jene Form. Das ist ja nachher alles zu machen. Lassen Sie uns nur erkennen: Dieser geistige Kern der Mitbestimmungsforderung heißt: Selbstbestimmungsrecht. Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, daß er sich behaupten kann in einer für ihn immer schwerer durchschaubar werdenden Welt.

(Lebhafter Beifall)

Es geht hier letzten Endes, meine Freunde, um ein gesellschaftliches Modell des Zusammenlebens, der Partnerschaft, der Kooperation; Modelle, in denen nicht die Hierarchie, der Befehl von oben, und die Dienstvorschrift die bewegenden Kräfte sind, sondern der Dialog, die Überzeugung, die Mitverantwortung und die Mitentscheidung. Und warum? Damit die bestmögliche Entscheidung getroffen wird, eine solide und fundierte, zu der alle Beteiligten auch stehen.

Ich sagte: die gesellschaftliche Wirklichkeit. Blicken wir auf die Universitäten, auf die Pädagogischen Hochschulen, die politischen Parteien, und blicken wir nicht zuletzt auf die Vorgänge in den Kirchen! Überall spüren wir den Drang zur aktiven Mitverantwortung, zum Mitdenken. Überall ist man dabei, neue Formen zu entwickeln, Formen beispielsweise in den Kirchen, von denen wir uns in unseren Jugendtagen doch nie etwas hätten träumen lassen. Man ist dabei, überkommene Strukturen zu ersetzen. Das müssen wir sehen und erkennen. Wir sollten uns in diesem Prozeß nicht hinterdreinschauend bewegen, sondern wir sollten uns an die Spitze dieser Entwicklung stellen.

(Beifall)

Wenn etwa, meine Freunde, hier – und darüber kann man und muß man ja diskutieren – der Einwand erhoben wird, daß solche neuen Entscheidungsstrukturen die Unternehmensentscheidung verzögern und damit die Wirtschaft entscheidend treffen könnten, dann muß man doch darüber sprechen. Das sind doch Einwände, die Ernst genommen werden müssen. Es besteht hin und wieder der Eindruck, als wenn die Arbeitnehmerschaft mit ihrer Forderung nach Mitbestimmung nichts anderes im Sinn hätte, als die Wirtschaft zu ruinieren, von der sie selbst weiß, daß sie von ihr lebt. Das kann doch nicht der Sinn sein, so dürfen wir doch nicht miteinander diskutieren.

(Lebhafter Beifall)

Jeder meiner Freunde, der einigermaßen mit der Praxis der Leitung eines Unternehmens vertraut ist, weiß, daß die Geschäftspolitik und die Führung dieser Unternehmungen heute viel komplexer ist, daß sie sich orientiert an der Gesamtwirtschaft – und da liegt unser Problem –, daß Unternehmens-, Finanz-, Investitionsplanung und die Marktforschung im Vormarsch sind, der weiß, in welchem Maße diese Großunternehmen versuchen, volkswirtschaft-

liche Abteilungen, eigene Strategien der Expansion, der Umstellung, der Kooperation und der Zusammenschlüsse zu entwickeln, die das öffentliche und gesellschaftliche Interesse immer stärker berühren. Und diese Aufgaben werden nicht gelöst in einsamen Beschlüssen, wie man hin und wieder in der Diskussion um die Mitbestimmung vielleicht noch meint, sondern sie werden gelöst in einem gestaffelten Entscheidungsprozeß, der sich in jeder Stufe kooperativ vollzieht und zu dem viele Einflüsse beitragen, wie Wissenschaft und Forschung, wie Finanz- und Kreditpolitik. Ich bin nicht der Meinung, daß sich in diesen neuen Entscheidungsprozeß nicht auch der Sachverstand der Arbeitnehmer reibungslos einordnen ließe.

(Beifall)

Lassen Sie mich eine dritte Bemerkung machen. In der Diskussion ist auch heute wieder die Frage gestellt worden, ob nicht im Eigentum die Alternative zur Mitbestimmung gesehen werden müsse. Ich meine, meine Freunde, jeder hier im Saale, der mich kennt, weiß, daß ich mich in der Eigentumspolitik weiß Gott seit zwölf Jahren im Parlament bemüht habe. Es gibt kaum eine Vorlage, die ich hier nicht mit dem Freunde Burgbacher gemeinsam vorangebracht hätte. Die Union hat hier richtig gesehen, welche umfassende Bedeutung einer breiten Vermögensbildung zukommt: ihrer Bedeutung für die soziale Stellung des einzelnen, ihrer Bedeutung für Stabilität und Wachstum. Wir brauchen für das Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre in hohem Maße die Ersparnisse aus dem Masseneinkommen. Wir brauchen deshalb vermehrte Anstrengungen. Die Union hat aber keine Veranlassung, sich in der Eigentumspolitik die Initiative nehmen zu lassen.

Lassen Sie mich jetzt hier ohne Groll und ohne Bitterkeit einen Satz sagen. Gestern hat Freund Rainer Barzel gesprochen und an Karl Arnold erinnert. Er hat ein anderes Zitat gewählt als das, welches ich jetzt aus dem Gedächtnis von unserem Karlsruher Parteitag 1951 hier ansprechen darf. Damals rief Karl Arnold auf zu Maßnahmen der Eigentumsbildung, der Vermögensbildung. Und was war das Echo? Es geschah nichts. Und dann haben wir das 312-Mark-Gesetz eingebracht, Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen. Das Echo war: Das ist halber Sozialismus. Es ist nichts geschehen. Und heute sagen uns dieselben Leute: Nun, jetzt macht mal Tarifverträge.

(Beifall)

Meine Freunde, wir dürfen doch nicht dauernd hinter Entwicklungen herlaufen, sondern wir müssen sie nach vorne gestalten und dürfen nicht rückwärts gehen.

(Anhaltender Beifall)

Nun lassen Sie mich, meine Freunde, folgendes sagen; denn auch das sollte sauber ausgesprochen werden. Der Begriff „Unternehmensverfassung“ ist kritisch betrachtet worden. Ich habe mit Freund Kohl darüber gesprochen. Beide

Begriffe sind nicht klar definiert; das ist mir eindeutig dargelegt worden. Ich werde den Vorschlag des Vorstandes so, wie er jetzt ist, deshalb mit der einen Einschränkung, die ich gerade gemacht habe, nachdrücklich unterstützen.

Nun, hier ist weiter gesagt worden: Schafft uns nicht neue Begriffe! Freund Barzel hat gestern von einer „funktionsgerechten Mitbestimmung“ gesprochen. Das ist auch ein neuer Begriff. Ich bin gar nicht traurig über neue Begriffe. Der Bundeskanzler sprach von Mitbestimmung bei der NATO, wir sprachen von Mitbestimmung bei Europa. Nun sollen wir nicht auch bei den Unternehmungen von Mitbestimmung reden? Sollen wir das ausdrücklich ausschließen, sollen wir das auslassen?

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, dem müssen wir uns stellen.

Lassen Sie mich hier eine Bemerkung einfügen mit dem Blick auf die Verhältnisse an Rhein, Ruhr und Saar. Es ist natürlich, daß die Situation für unsere saarländischen Freunde etwas anders ist als in anderen Verbänden, wo man die Strukturprobleme im Zusammenhang mit der Kohle nicht in diesem Maße kennt. Aber, meine Freunde, lassen Sie mich hier in aller Ruhe und aller Freundschaft mit Bezug auf Untertöne negativer Art, die an die Adresse der Gewerkschaften gewandt sind, sagen: Das überlassen Sie, glaube ich, am besten den Freunden in den Gewerkschaften, die da unseren Standpunkt zu vertreten haben. Da ist manches in Ordnung zu bringen. Daran braucht uns keiner zu erinnern und hier braucht uns keiner zu mahnen.

Aber, meine Freunde, das soll und muß auf einem Parteitag der Christlichen Demokraten doch auch einmal gesagt werden: daß die deutschen Gewerkschaften einen sehr modernen Weg gehen. Vorhin ist gesagt worden: Seht euch mal die amerikanischen Gewerkschaften an, die wollen keine Mitbestimmung! – Nein, die wollen keine Mitbestimmung, sondern die warten, bis der Kuchen gebacken ist, um sich dann einen möglichst großen Teil herauszuschneiden, und das Ende ist eine hohe Streikziffer! Das ist das Ergebnis dieser Politik, die ich nicht für richtig halte.

(Lebhafter Beifall)

Man kann, meine Freunde, sich doch nicht aus jedem gesellschaftlichen Ordnungsmodell – und deren gibt es viele – immer nur die schönen Punkte heraussuchen, also amerikanische Gewerkschaften ohne Mitbestimmung und deutsche Gewerkschaften ohne Streik.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Ich glaube, das geht nicht, meine Freunde.

Ich glaube, die deutschen Gewerkschaften gehen einen modernen, wenn auch zugegebenermaßen hin und wieder einen unbequemen Weg. Aber ich glaube

– und ich sage das hier auf diesem Parteitag in Berlin –, die Union hat allen Anlaß, den deutschen Gewerkschaften – und ich meine alle und nehme keine aus – Dank und Anerkennung für ihre Haltung auszusprechen;

(Beifall)

denn die Gewerkschaften haben sich in ihrer praktischen Arbeit nicht auf den Weg des Klassenkampfes, sondern auf den Weg der Partnerschaft begeben und haben hier mitgewirkt.

(Lebhafter Beifall)

Und dieser Weg ist doch von uns durch unsere Politik vorgezeichnet worden.

Und lassen Sie mich ein Letztes sagen, was mich bewegt, was mich innerlich bewegt, weil ich einfach selbst noch nicht mit der Frage fertig geworden bin, was mich bewegt, wo ich selbst noch keine Lösung habe. Es ist hier in den Rängen kolportiert worden: Wenn ihr das macht, was die bösen Sozialausschüsse da im Schilde führen, ist es – also wieder einmal – der Ruin der ganzen deutschen Wirtschaft; das dürft ihr unter gar keinen Umständen. 40 - 40 - 20, 45 - 45 - 10, das bedeute, der Eigentümer geht völlig über Bord. Ich sage Ihnen folgendes: Über die Vorstellungen der Sozialausschüsse gibt es keine Beschlüsse, sondern einen Diskussionsentwurf, und ich möchte, daß dieser Parteitag die Diskussion über diese Frage nicht einengt, sondern ich möchte vielmehr, daß diese Diskussion weitergeführt wird.

Vielleicht gibt es viel bessere Formen. Ich sage ehrlich und bekenne es: ich persönlich glaube auch noch nicht, daß das der richtige und letzte Weg ist. Deshalb sollten wir miteinander ringen und nach neuen Formen suchen. Nur eines weiß ich: es geht doch auf die Dauer nicht an, daß immer dann, wenn die Unternehmen in der Gewinnzone stehen, sich der Staat nicht um sie kümmern darf, daß dieselben Unternehmen, wenn sie in die Verlustzone geraten, von eben diesem Staat aber erwarten, daß er ihnen hilft. Dafür gibt es viele Beispiele.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Ich will keine Namen nennen; denn ich möchte nicht verhärten, sondern ich möchte den Weg nach vorne offenhalten.

Meine Freunde, ich möchte mich in diesem Zeitpunkt auf diese Bemerkung jetzt beschränken. Ich bekomme einen Zettel, daß ich schon 25 Minuten rede. Ich bitte tausendmal um Entschuldigung. Ich werde also jetzt abkürzen. Aber ich glaube, es war meine Pflicht, von mir aus einmal zu versuchen, das Spektrum klarzulegen, um das es in obiger Frage der Mitbestimmung geht, damit wir uns nicht einengen lassen, und eindringen lassen in falsche Geleise.

(Lebhafter Beifall)

Man darf ja zweimal zehn Minuten sprechen; das kommt dann auch auf 25 Minuten heraus.

(Heiterkeit)

Ich werde also hier jetzt abkürzen und vielleicht ergibt sich die Chance, noch einmal zu dem einen oder anderen Thema, das ich jetzt habe auslassen müssen, eine Bemerkung zu machen.

Meine Freunde, ich habe die herzliche Bitte an diesen Parteitag: Die Ziffer 60, wie sie vorliegt, halte ich auch nicht für die allerbeste; aber ich halte sie von allem, was hier insgesamt an Lösungen vorgeschlagen ist, für die optimale, die wir finden können. Deshalb möchte ich Sie nachdrücklich und leidenschaftlich bitten, sich für diese Ziffer 60 einzusetzen, mit dem einzigen Ziel, daß das Gespräch offen bleibt, mit dem Ziel, daß damit die Union für neue Strukturen offen bleibt.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, wenn ich einen Zettel auf das Rednerpult geschickt habe, so diene er nur der Information, keineswegs der Begrenzung.

(Heiterkeit)

Ich möchte feststellen, daß das Präsidium bis auf weiteres der Meinung ist, in dieser wichtigen Frage keine Redezeitbeschränkung vorzunehmen.

(Beifall)

Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß wir insgesamt zu diesem Punkt schon etwa 50 Wortmeldungen haben und daß weitere Wortmeldungen, die jetzt noch abgegeben werden, vielleicht nicht mehr berücksichtigt werden können. Aber viele haben sich vielleicht auch nur gemeldet, um noch etwas zu sagen, was von Nummer 1 bis 40 noch nicht gesagt war, und sollte es doch gesagt worden sein, so könnte ja am Ende vielleicht auch jemand wieder verzichten.

(Beifall)

Ich wollte Sie auch nur darüber informiert haben, damit Sie ungefähr wissen, wie die Geschäftslage zu diesem Punkt aussieht. Wir haben uns gestern ja vorgenommen, wenn es unbedingt notwendig wird, heute auch sehr lange, bis spät, zu tagen, wenn auch die Kundgebung in der Hasenheide dann daneben herlaufen muß; darauf sind wir alle vorbereitet.

Nun bekommt das Wort in der Aussprache unser Freund Häussler, Nord-Württemberg.

Meine Damen und Herren, zwischendurch eine Meldung: Das Rennen in Amerika steht 43:43% für beide Reiter.

Hüssler, Nord-Württemberg: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Bei der jetzigen Diskussion geht es nach meiner Meinung um eine verhältnismäßig schmale Bandbreite unterschiedlicher Auffassungen.

Wie stellt sich uns die Situation dar? Seit Jahrzehnten sind in der CDU gesellschaftspolitische Grundströmungen zu beobachten, über die wir weithin beglückt sein dürfen, von denen wir aber auch wissen, daß sie noch nicht in das letzte Bett geleitet werden konnten. Es geht also um die Konzeption der Christlich Demokratischen Union zu den Fragen im Bereich der Produktionsmittel und die Bestimmungsrechte der Eigentümer darüber sowie um die Bestimmungsrechte und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer. Bei diesen Fragen muß man im Grunde fünf Stufen der Mitbestimmung unterscheiden:

Erstens, mehr Mitbestimmungsrechte für den einzelnen Arbeitnehmer bei der Gestaltung und der Arbeitsweise an seinem Arbeitsplatz.

Zweitens, die Verbesserung der bereits bestehenden Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, z. B. in personellen und sozialen Angelegenheiten, in den Fragen der Wirtschaftsausschüsse usw., also die Erweiterung der Rechte des Arbeitnehmers im Betrieb. Ich glaube, ich kann hier feststellen, daß moderne Unternehmen heute ohne ein bestimmtes Maß den Betriebsablauf glättender *Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft nicht mehr betriebsfähig* und infolge innerbetrieblicher Reibungsverluste letztlich nicht mehr wettbewerbsfähig wären. Eine Volkswirtschaft etwa, die im Jahre nur eine Stunde Streikausfall zu verzeichnen hat, hätte einen unbestreitbaren Wettbewerbsvorteil vor einer anderen Volkswirtschaft, die im Jahre zwei bis drei Wochen vom Streik heimgesucht wird. Daß nun die Arbeitnehmer in voller Vertragsfreiheit ihre Arbeitsleistungen hinzufügen, um bei voller Wahrung ihrer Menschenwürde durch den Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes, durch Ausbau des Arbeitsrechtes, der Gewerbeaufsicht, des Frauen- und Jugendarbeitsschutzes mehr als bisher gesichert zu sein — ich glaube, hierin ist sich der Bundesparteitag einig. — Das ist die zweite Form.

Die dritte Form ist die der überbetrieblichen Mitbestimmung, z. B. in Gestalt von Arbeitnehmerkammern oder paritätischer Besetzung der Kammern überhaupt, wie sie in anderen Ländern und auch bei uns in der Bundesrepublik praktiziert wird. Das ist eben ein Punkt, der zu der Mitbestimmung hinzuzunehmen ist.

Ich komme nun zu dem von mir einleitend angedeuteten neuralgischen Punkt, den ich als die vierte Form der Mitbestimmung bezeichnen möchte, nämlich die paritätische Mitbestimmung — die Forderung nach einer gleichberechtigten Mitbestimmung von Kapital und Arbeit — künftigt auch über die volkswirtschaftlich-unternehmerischen Entscheidungen im Betrieb, also auch über jenen Entscheidungsbereich, der nach derzeitigem Recht bisher ausschließlich den Kapitaleigentümern bzw. deren Beauftragten zusteht. In bezug auf diese vierte Mitbestimmungsform — wenn ich sie so kennzeichnen darf — muß sich der Parteitag klar werden, in welcher Weise er die Dinge entscheidet, oder aber,

wie es Kollege Katzer dartun konnte, wie die Diskussion in der Zukunft weitergeführt werden sollte. Ich bin durchaus für eine offene und natürlich auch zukunftssträchtige Diskussion. Erlauben Sie mir, daß ich deswegen zu diesem speziellen Punkt einige Ausführungen mache: Diese vierte Mitbestimmungsform greift nach meiner Überzeugung bereits in den Kern des Eigentums ein, und so ist auch unsere Stellungnahme zu verstehen. Wir haben zu der Ziffer 91 einen unseres Erachtens gleichrangigen Vorschlag eingereicht.

Damit komme ich zu einer fünften Form der Mitbestimmung, nämlich zu dem bereits zitierten Stimmrecht aus Eigentum als persönliches Aktionärsstimmrecht des einzelnen, kapitalbesitzenden Arbeitnehmers. Dieses Kapital muß dieser zunächst einmal erwerben. Er muß und wird dabei aber künftig weit stärker als bisher gefördert werden. Insofern sehe ich einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Kapital und Arbeit, zwischen der Vertretung der Rechte, die dem Arbeitnehmer zukommen sollten aus der Vertretung des Faktors Arbeit, und den Rechten der Kapitaleigner. Es sollten aber dem Arbeitnehmer künftig auch Rechte aus der Vertretung des Faktors Kapital entstehen.

So meine ich, daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft und die Frage der Kapitaleigentumsbildung des Arbeitnehmers in einem untrennbaren inneren Zusammenhang stehen.

(Beifall)

Beide Fragen können nur im Zusammenhang behandelt und auch nur im Zusammenhang gelöst werden. Denn die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerschaft wie auch die Bestimmungsrechte des einzelnen Arbeitnehmers in seiner Eigenschaft als Kapitalanteilsigner richten sich ja auf das gleiche Objekt, das Unternehmen. Beide erheben den Anspruch, von ihrer Seite her dieselben Unternehmensentscheidungen zu bestimmen. Wir werden uns sicher darin einig sein, daß die Bestimmungsrechte des Eigentümers über sein Eigentum eines jener Teilrechte bilden, das zusammen mit den anderen Teilrechten — z. B. dem Recht auf Vertragsabschluß, dem Recht auf freie Veräußerung, dem Recht auf Vererbung, Beleihung usw. — jenes Bündel von Rechten bildet, das den Gesamtbegriff des Eigentums an einer Sache ausmacht. Dies gilt also gleichermaßen für das Unternehmenskapitaleigentum wie für Eigenheime oder sonstiges Gebrauchsgüter Eigentum, und das gilt unabhängig davon, ob der Eigentümer ein Unternehmer oder ein Arbeitnehmer ist.

Lassen Sie mich deshalb den Bundesparteitag inständigst mahnen, daß die Frage der Mitbestimmung nicht ohne das Stimmrecht aus Eigentum gesehen werden darf. Ich bin der Überzeugung, daß diese Fragen nicht kollidieren und daß sie nicht gewissermaßen in ein gesellschaftspolitisches Niemandsland hineingeraten dürfen.

Wenn es so weit käme, daß künftig die wirtschaftlichen unternehmerischen Stimmrechte im Unternehmen bereits zu 50% an eine Mitbestimmung von

Miteigentümern vergeben wären, bliebe dem künftig zu bildenden Arbeitnehmerkapitaleigentum nur noch eine stimmrechtslose Beteiligungsmöglichkeit als stimmrechtsloser — ich möchte fast übertrieben sagen — Hintersasse, denn dasselbe Stimmrecht kann nicht zweimal vergeben werden. Ein sogenannter Volkskapitalismus würde deshalb nach meiner Überzeugung wenig interessant sein.

Der Arbeitnehmer kann auf dem Wege Kapitalanteile erwerben, den die CDU vorgezeichnet hat und zu dem der Bundesparteitag heute oder morgen noch einiges hinzufügen wird. Ich erinnere an die Frage des Beteiligungslohnes und andere Dinge. So, meine ich, müßten wir darauf drängen, das Gesellschaftsrecht praktikabler und sinnvoller zu gestalten, als es bis jetzt ist.

Nun will ich zugeben — ich gebe auch meiner Freude darüber Ausdruck — daß ohne die Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung — das möchte ich ausdrücklich hervorheben — es sehr schwierig gewesen wäre, die Zustimmung der sogenannten Wirtschaftskreise in den anderen Bereichen der Mitbestimmung und vor allem auch in der Frage der Eigentumsbildung zu erlangen. Ich will versuchen, einen Aspekt herauszukehren, um dazu meine Stellung und die Stellungnahme meiner Freunde herauszustellen. Hier sollte man sich um eine zukunftssträchtige Lösung bemühen. Man darf der Überzeugung sein, daß das der Weg ist, wo wir die künftige Kapitalausweitung der Wirtschaft und die künftigen Mitbestimmungsrechte des sogenannten kleinen Mannes harmonisieren können. Darauf müssen wir Wert legen, und darauf wird auch die CDU bei künftigen Beratungen ihr Augenmerk richten müssen.

Deswegen ist es auch so beglückend zu sehen, daß der Berliner Parteitag der Christlich Demokratischen Union einen guten Schritt vorwärts gemacht hat. Auf diesem Wege — das ist daran schon zu sehen — werden wir zu einem sozial ausgewogenen und einem gerechten Zusammenwirken von Kapital und Arbeit — also einer funktionsgerechten Mitbestimmung, wie das hier schon genannt wurde — gelangen können.

Ich möchte aber nun die Diskussion um den Bereich der Ziffer 60 nicht in der Form anheizen, daß ich dem Parteitag zumute, Dinge, die ebenfalls noch der Klärung zugeführt werden müssen, nun hier gewissermaßen als Kampfobjekt aufzunehmen. Ich meine, daß der Teil aus dem Antrag von Nordwürttemberg herausoperiert werden sollte, der Ihnen als Antrag J 95 vorliegt. Er sollte der Ziffer 91 hinzugefügt werden und dort seinen Niederschlag finden. Wenn wir diesen Weg gehen, dann würden wir auch bei Ziffer 60 viel eher zu einer Verständigung kommen. Ich möchte hoffen, daß wir in diesem Sinne heute noch zu einer für uns alle befriedigenden Lösung gelangen können.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, wir haben zwei Anträge nicht mehr zu behandeln — die Anträge F 23 und F 36 — die zurückgezogen worden sind. Ich hatte aber den Eindruck, daß der Antrag F 50 noch sehr viel mehr Anträge er-

ledigen könnte. Ich bitte noch einmal zu prüfen, welche Anträge von den Landesverbänden, die vorhin von Herrn Dr. Lemke aufgezählt worden sind, zurückgezogen werden können.

Für den weiteren Verlauf der Diskussion möchte ich nur sagen, daß ich die Bitte habe, falls jemand von den Diskussionsrednern ein Manuskript besitzt, es auf dem Platz zu lassen.

(Beifall)

Auch auf dem Parteitag gilt in der Aussprache, daß frei zu reden ist. Ich möchte das noch einmal vorsorglich sagen,

(Beifall)

was nicht heißt, daß man keinen Merkzettel mitbringen darf.

Ich habe nun die große Freude, in unserer Mitte Herrn Minister Folchi aus Italien zu begrüßen, der uns heute hier besucht. Er war bei der Eröffnung nicht dabei; ich hatte ihn angekündigt.

(Beifall)

Herzlich willkommen. Wir freuen uns, daß Sie heute hier bei uns sind und damit bekunden, in welcher inneren Verbundenheit Sie und Ihre Partei zu uns stehen und mit uns arbeiten. Herzlichen Dank und willkommen in Berlin.

(Beifall)

Nun hat unser Freund Grundmann das Wort. Danach folgt der Freund Scheufelen.

Grundmann, Rheinland: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Auch wenn Landesverbände keine Anträge gestellt haben, so wollen sie doch ihren Standpunkt zu dieser Frage darlegen.

Ich will zunächst sagen, daß wir alle darüber glücklich sein sollten, daß im Verlauf der Diskussion bereits erkennbar geworden ist, daß alle diejenigen, die etwa spekulieren, wir würden uns hier auseinandermanövrieren, enttäuscht sein müssen.

(Beifall)

Das sollten wir mit aller Deutlichkeit sagen. Es ist natürlich leichter, den Versuch zu machen, eine einhellige Meinung und eine einhellige Festlegung auf einem Parteitag oder in einem Parteivorstand herbeizuführen, als in einer Volkspartei miteinander darum zu ringen, wie der beste Weg miteinander gegangen werden kann. Das ist das, was wir in diesem Augenblick miteinander versuchen.

Wir sind uns darüber klar, daß es sich um eine erste Phase der Diskussion und der Auseinandersetzung des Weges zu dem Ziel einer gemeinsamen Überlegung handelt. Dabei würde ich unterstreichen, was hier gesagt worden ist: daß wir keine Denkmotive anderer übernehmen sollten. Das gilt — auch das sage ich — für die Denkmotive der Gewerkschaften, das gilt aber auch für Modelle, die von irgendwelchen Aktionsgemeinschaften vorgelegt werden. Wir müssen das deswegen sagen, damit wir uns in dieser Diskussion nicht mißverstehen. Wir sprechen hier als Teile dieser Volkspartei und wollen ihr und damit unserem Volk dienen.

Nun habe ich für meine Landespartei zu sagen, was wir wollen. Zunächst einmal glaube ich, daß es falsch war, wenn jemand erklärte, daß Ziffer 60 der Vorstandsfassung eine Aussage des Wirtschaftsrates sei. Die Ziffer 60 — Herr Katzer hat das bereits gesagt; ich unterstreiche es — ist eine Überlegung des Vorstandes, wie die Diskussion geöffnet weitergeführt werden kann. Das ist ein Element, das wir im übrigen auch bei anderen Vorschlägen erkennen, die heute morgen gemacht worden sind, und das die Diskussion leichter macht. Die CDU des Rheinlandes ist der Meinung, daß die Ziffer 60 in der Fassung des Vorstandes die richtige Grundlage der Beschlußfassung zum Aktionsprogramm ist.

(Beifall)

Wir sagen nicht, daß damit die Diskussion über diese oder jene Einzelformulierung ausgeschlossen wird. Wir sind aber der Meinung, daß es falsch ist, wenn immer wieder erklärt wird, diese Formulierung sei ein Kompromiß ohne rechten Inhalt.

Ich bin der Meinung, daß in fünf entscheidenden Punkten eine sehr klare Aussage zu dem gemacht wird, was Rahmen und Inhalt unserer weiterzuführenden Diskussion sein könnte. Ich will nicht auf jeden Punkt eingehen, aber zu einer Frage doch etwas sagen.

Man kann natürlich darüber sprechen, ob es richtig ist, jetzt schon hinsichtlich der Entwicklung der Mitbestimmung ein Zeichen zu setzen, das den Weg einengt und die Möglichkeiten der Diskussion nicht mehr in der Breite zuläßt, von der ich glaube, daß sie notwendig ist. Es handelt sich um die Überlegung, ob man zu dem Schicksal der paritätischen Mitbestimmung hier und heute Endgültiges und Verbindliches aussagen wollte.

Ich glaube, daß das letzte kein guter Weg wäre. Auch wir sind der Meinung, daß eine Gutachterkommission der Bundesregierung uns nicht die Arbeit und die Verantwortung abnehmen kann.

(Beifall)

Aber Freundschaft und Verbundenheit — Herr Dr. Barzel, ich übernehme Ihre Formulierung — mit unserer Bundestagsfraktion, mit der von uns geführten

Bundesregierung sollten dennoch für uns Anlaß sein, das zu übernehmen, was in Regierungserklärungen und in wiederholten Aussagen festgelegt wurde, nämlich daß man als ein Element der Weiterentwicklung der Frage der Mitbestimmung auch die Aussage der von uns gewählten Gutachterkommission benötige.

(Beifall)

Wenn wir darüber hinaus — und damit bejahe ich dieses Anliegen für meine Landespartei — die Überlegung anstellen, eine eigene Kommission der Bundespartei gleichzeitig Beratungen aufnehmen zu lassen mit dem Ziel einer eigenen Konzeption der Union — Ich unterstreiche das: mit dem Ziel einer eigenen Konzeption — dann widerspricht das meines Erachtens nicht dieser Aussage. Es gibt in dieser Frage, meine Damen und Herren und meine lieben Parteifreunde, keine perfekte Endlösung. Die Diskussion ist nirgendwo und an keiner Stelle soweit, daß bereits Endgültiges ausgesagt werden sollte.

Ich teile die Meinung des Herrn Bundeskanzlers. Wir sollten uns von niemandem unter Zeitdruck setzen lassen, weil das Geschäft mit unserer Zeitnot uns selbst schlecht bekommen könnte. Ich glaube vielmehr, daß wir sehr wohl auch in der Öffentlichkeit die Diskussion über diese schwierige und wichtige, aber nicht allein dastehende Frage bestehen können, wenn wir einen Teil des Ringens untereinander sichtbar werden lassen, was uns um des Volkes willen zwar mühsam, aber beständig vernünftig erscheint.

Ich erkläre hier also, meine Damen und Herren, für meine Landespartei, daß wir der vom Vorstand gewählten Fassung zustimmen werden. Wir sind selbstverständlich bereit, auch auf diesem Parteitag unseren Beitrag zu der endgültigen Formulierung zu leisten.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Damen und Herren! Inzwischen ist der Antrag Nr. 18 zurückgezogen worden, der zur Gruppe II gehörte. Es „läppert sich“ nur sehr langsam.

(Helterkeit)

Der Sammelantrag war ja ein solcher für die gesamte Gruppe I, und da stehen immer noch sieben offen. Ich mache nur darauf aufmerksam. — Das Wort hat nun Freund Scheufelen, danach Freund Benda.

Dr. Scheufelen, Nordwürttemberg: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur wenig ausführen, weil in der Zwischenzeit vieles durch meine Vorredner behandelt worden ist. Wir haben auf diesem Parteitag über Europa und über die europäische Weiterentwicklung gesprochen.

Daneben ist aber auch angesprochen worden, daß nationale Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollten. Eines aber glaube ich, hier noch aussprechen zu dürfen: daß die Wirtschaft und die Wirtschaftsstrukturen keine geeigneten

Gegenstände für nationale Gesichtspunkte sind. Wir leben vielmehr in einer Welt — das hat Herr Katzer bereits ausgeführt — die sich fast ständig verändert und die immer größere und andere Formen notwendig macht. Wir müssen zunächst einmal von der deutschen Gesellschaft her in bestimmten Bereichen in europäische Größen hineinwachsen, um überhaupt gegenüber anderen und übermächtigen Ländern in bezug auf den technischen Fortschritt konkurrenzfähig zu bleiben oder es überhaupt erst wieder zu werden.

Unsere gegenwärtige Situation gegenüber Amerika ist infolge des Vietnam-Krieges nicht ganz die, wie sie sein wird, wenn dieser Krieg hoffentlich einmal vorbei sein wird. Infolgedessen können wir, meine Damen und Herren, keine wesentlich anderen Wege bei unseren Gesellschaftsformen gehen, als es das übrige Europa tut. Die Form in unserem Gesellschaftsrecht, also bei unseren Gesellschaften, muß dem entsprechen. Sie wissen genau, zu welchen Schwierigkeiten das in Brüssel bereits geführt hat. Ich bin aber der Ansicht, daß die Vorlage des Bundesvorstandes, gegen die ich im übrigen im Bundesvorstand gestimmt habe, doch Richtungen anzeigt, die es in Zukunft noch schwerer machen werden als bisher, die europäische Gesellschaft zu schaffen. Sie werden vielleicht auch zu der Entwicklung führen, daß sich diese europäischen Gesellschaften eben nicht mehr innerhalb unserer Bundesrepublik gründen werden.

Ich möchte darauf hinweisen, daß für das Mitbestimmen und Bestimmen — es gibt hier ja die verschiedensten Formen — auch jetzt einmal von der nationalen Seite im europäischen Bereich die Lage von entscheidender Bedeutung ist.

Ich bin der Auffassung, daß der Antrag F 50, dem sich der Landesverband Nordwürttemberg angeschlossen hat, nachdem sein Teil über Stimmrecht aus Miteigentum in einen weiteren Antrag zu Ziffer 91 aufgenommen worden ist, auf der einen Seite die Möglichkeit der Diskussion auf Grund der Weiterentwicklung für Vorschläge offen läßt, daß er uns aber auf der anderen Seite nicht in die Gefahr bringt, uns in der Planung der europäischen Gesellschaft, in der Betrachtung der Bundesrepublik in der Landkarte Europas, zu isolieren. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde! Inzwischen sind noch die Anträge F 16 und F 28 zurückgezogen worden.

Meine Freunde, Ehrenvorsitzende haben nicht nur Ehren, sondern auch Privilegien. Unser Ehrenvorsitzender hat den Wunsch, nach dem nächsten Redner das Wort zu ergreifen. Ich kündige ihn hiermit an.

(Lebhafter Beifall)

Dann rufe ich jetzt unseren Freund Benda auf, das Wort zu nehmen.

Bundesminister Benda: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mit dem Kollegen Katzer habe ich den Umstand gemeinsam, nicht dem Bundesvorstand anzugehören. Dennoch erlaube ich mir, für die Vorlage des Bundesvorstandes zu sprechen.

(Beifall)

Ich kann dies nur in Geschäftsführung ohne Auftrag tun und weiß nicht, ob meine Argumente und Beweggründe, die ich so kurz wie möglich vortragen möchte, mit den Motiven des Bundesvorstandes übereinstimmen. Vielleicht darf ich mir dieses Risiko aber dennoch erlauben, weil ich die Ehre hatte und teilweise – so darf ich sagen – auch das Vergnügen, die Mitbestimmungskommission, die der Bundesvorstand vor einiger Zeit eingesetzt hat, zu leiten, in der wir die Fragen, die uns heute bewegen, alle bereits einmal diskutiert haben, indem wir den sehr schwierigen Versuch unternommen haben, zu einer Klärung und zu einer möglichen Einheitlichkeit der Meinungen zu kommen. Das Ergebnis auch dieser Arbeiten ist im Grunde das, was der Bundesvorstand in der Vorlage insbesondere zu Ziffer 60 hier vorgelegt hat.

Auch ich würde sagen, daß diese Vorlage Nr. 60 selbstverständlich alle Mängel einer Formulierung aufweist, die versuchen muß, die doch offenbar sehr unterschiedlichen Meinungen, soweit es eben geht, zusammenzubringen. Sie muß wahrscheinlich in diesem Stadium der Diskussion dann eine Reihe von Fragen offen lassen. Ich darf Herrn Schwarz-Schilling sagen, daß ich für meine Person von der Formulierung der Freunde aus Hessen beeindruckt bin und eigentlich auch sagen möchte, daß es hier in der Sachaussage einen vernünftigen Ansatz gibt. Ich habe sehr viel Sympathie für ihre Auffassung. Ich meine allerdings, insbesondere die Parteifreunde, die hinter dem Umdruck F 50 stehen, darauf hinweisen zu müssen, daß man eigentlich nicht zugleich für F 50 und den Antrag Hessen sein kann. Beide stehen ja wohl in einem gewissen sachlichen Gegensatz zueinander, wobei meine Position sehr viel eher bei dem Standpunkt der Freunde aus Hessen als bei dem Umdruck F 50 ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine Vorbemerkung: Ich glaube, daß die Zukunft unserer Partei wesentlich mit vom Gang und Ergebnis dieser Diskussion abhängt. Meines Erachtens hat es gute Ansätze gegeben. Ich meine das, ohne einzelne davon hervorheben zu wollen. Aber ich möchte doch den Kollegen Katzer und – wenn ich das darf – auch den Kollegen Gewandt nennen, die für mein Empfinden in einer sehr sachlichen Weise und zugleich leidenschaftlich engagiert von ihrem Standpunkt aus zu den schwierigen und komplizierten Sachfragen Stellung genommen haben.

Auch bei uns, meine Damen und Herren, geht es darum, daß wir das partnerschaftliche Verhältnis, das in einer Volkspartei bestehen muß, miteinander – auch mit allen Unbequemlichkeiten, die das mit sich bringt – fortsetzen. Ich bin der Meinung, daß wir diese Diskussion nicht mit einer verwaschenen

Standpunktlosigkeit führen sollten, sondern im Gegenteil mit klarer Hervorhebung des eigenen Standpunktes, zugleich aber mit der Bereitschaft, den Standpunkt des anderen – ich sage: den Standpunkt unseres Partners in dieser unserer Volkspartei – mit zu hören und auch gebührend zu berücksichtigen.

Ein kurzes Wort zu der Klärung des Begriffs: Es hat vorhin in einigen Diskussionsbeiträgen der Begriff der Unternehmensverfassung eine Rolle gespielt. Herr Katzer hat gesagt – ich lege aber keinen Wert darauf, an sich diese Sachdiskussion zu diesem Punkt hier intensiv fortzusetzen – gut, dann sagen wir eben nicht Unternehmensverfassungsrecht, sondern Unternehmensrecht. Das ändert zwar nach meinem Empfinden in der Sache nicht viel. Man kann das jedoch auch von mir aus gesehen tun. Ich möchte aber doch gerne die Gelegenheit benutzen, um, veranlaßt durch die Ausführungen von Herrn Dr. Schwarz-Schilling und von Herrn Dr. Mahler – es taucht, glaube ich, auch in dem Antrag von Nordwürttemberg und in dem zwar zurückgenommenen Antrag des Kreisverbandes Bielefeld, das ist der Antrag F 36, auf – dazu etwas zu sagen. Es geht nämlich um die Aussage, dieser Begriff der Unternehmensverfassung stamme ursprünglich aus dem Godesberger Programm. Das, meine lieben Freunde, ist nicht so. Wir sollten uns meines Erachtens darüber im klaren sein. Es hat über die Formulierung, die eingangs im Antrag des Bundesvorstandes zu Ziffer 60 steht – das ist wörtlich fast die gleiche Formulierung –, auf dem 39. Deutschen Juristentag um die Jahreswende 1950/51, also, bevor durch die Gesetzgebung zum Betriebsverfassungsrecht dieser Begriff, zu dem wir alle stehen, in die Diskussion eingeführt wurde – eine Diskussion gegeben, eine Diskussion über die Notwendigkeit eines modernen Unternehmensverfassungsrechts, in der dieser Begriff verwendet wurde.

Da ist vieles Beachtliches zu unserem heutigen Thema gesagt worden von bedeutenden Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wissenschaft. Ich nenne Niekisch von der Seite der Arbeitsrechtswissenschaft, ich nenne Reinhard, der insbesondere auch zu dem, was an berechtigten unternehmerischen Belangen zu sagen ist, höchst beachtenswerte Argumente gebracht hat, von denen ich meine, daß sie es wert wären – ich bedaure, daß die Zeit es einfach nicht erlaubt, das hier im einzelnen zu zitieren –, in die Diskussion unserer Partei weiter eingeführt zu werden.

Wir sollten uns also durch die nicht zutreffende Behauptung, es handele sich um einen von Godesberg abbeschriebenen Begriff, nicht irre machen lassen; denn dies trifft nicht zu. Wir sollten zugleich sehen, daß es natürlich auf dem Gebiete des Unternehmensverfassungsrechts bedeutende Arbeiten gegeben hat. Wir haben die Große Aktienrechtsreform vor kurzer Zeit gehabt, die einen ganz bedeutenden Schritt voran geleistet hat. Wir haben das schwierige und umstrittene Problem der Publizität der Großunternehmen in der aktuellen Diskussion. Wir werden auch auf dem Gebiet der Neugestaltung des GmbH-Rechtes eine Reihe von Fragen haben. Es bleiben also eine Reihe von Sachfragen, die in der Sache zu diskutieren jetzt völlig unmöglich ist.

Aber dies allein zeigt, daß es hier ein Thema gibt, das man zwar im Zusammenhang mit der Mitbestimmung sehen kann, aber an sich nicht notwendig sehen muß. Auch wenn es das Thema „Mitbestimmung“ nicht gäbe, würde es eine Reihe von Diskussionspunkten geben. Lieber Freund Katzer, auch ich bin kein Anhänger der Vorstellung der Sozialausschüsse, zu denen Sie hier interpretierend einiges gesagt haben mit den 40:40:20 oder wie immer. Ich glaube, daß diese Vorschläge recht problematisch sind, ohne auch das durchdiskutieren zu wollen. Natürlich bedeutet die Annahme eines Begriffes wie der der Unternehmensverfassung keine Stellungnahme zu dem Inhalt, sondern über den muß dann eben erst gesprochen werden.

(Beifall)

Die für mein Empfinden gar nicht durchführbaren Einzelvorschläge, wie die ganz unzweckmäßige Vertretung des sogenannten öffentlichen Interesses, möchte ich erwähnen. Was ist das eigentlich? Wer repräsentiert das? In einem Unternehmen kann man mitdiskutieren. Ich bin dafür, auch dieses im Verlauf unserer weiteren Diskussion innerhalb der Partei zu beraten. Man soll nicht an den Begriffen versuchen, bereits die Sachfragen dort zu klären, wo das nicht möglich ist.

Herr Ministerpräsident Lemke hat als erster Redner von einer generellen Grundstimmung der Partei gesprochen, die er dahin charakterisiert hat, daß man über die Ablehnung der Montanmitbestimmung sich im Grunde einig sei. Nun hat es bisher kein eindeutiges Bekenntnis für eine Ausweitung der Montanmitbestimmung gegeben, aber es hat eine Reihe von beachtlichen Beiträgen gegeben, die gesagt haben, man kann das doch aus der Diskussion nicht ausschließen, sondern man muß sich mit den Sachfragen auseinandersetzen.

Darf ich ganz offen sagen, meine Damen und Herren, daß ich in diesem Bereich auch meine ganz erheblichen Vorbehalte gegenüber den Vorstellungen insbesondere des Deutschen Gewerkschaftsbundes habe, von denen auch ich glaube, daß sie in gar keiner Weise das letzte Wort sein können. Ich glaube dennoch, daß in diesem Bereich auch die Diskussionen in der Wissenschaft zwar wichtige Fragen angesprochen, aber, wie ich meine, den Kern der Sachfragen noch gar nicht hinreichend erfaßt haben. Es gibt überall Fragen, die sich natürlich stellen. Herr Scheufelen hat eben eine wichtige Frage angesprochen, was ist eigentlich in dem Bereich, der unter dem Stichwort „Europäische Handelsgesellschaft“ läuft, zu verstehen. Selbstverständlich muß man das beachten. Man muß das Argument prüfen und wägen nach seinem Wert, ob eine eventuelle Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung nicht zu einer Verringerung der Investitionsneigung führen würde. Es handelt sich um alle diese Fragen, die ich jetzt nur in Stichworten anführen kann. Aber über diese Fragen hinaus gibt es doch eine verfassungspolitische Grundfrage ersten Ranges, die man zunächst einmal erkennen muß, die in der öffentlichen Diskussion noch gar nicht hinreichend behandelt ist. Herr Gewandt hat sie in einer interessanten und, wie ich glaube, richtigen Weise ange-

sprochen. Es geht im Kern auch um die Frage des Verhältnisses der demokratischen Gewerkschaften zu diesem unserem demokratischen Staat. Das ist nicht so leicht hingesagt, das wirft sofort eine Serie von schwierigen Problemen auf. Wenn man meint, daß man hier ernsthaft weiter überlegen muß, dann taucht natürlich sofort die Frage auf, die ich in Gesprächen mit bedeutenden Vertretern der Gewerkschaften einmal angesprochen habe: Natürlich muß man prüfen und klären, wie denn das Schicksal der Tarifautonomie ist. Die kann natürlich nicht so bleiben, wie sie gegenwärtig ist, und zwar unabhängig von unserem eigenen Willen. Sie wird zwangsläufig natürlich beeinflußt durch die eventuelle Verwirklichung solcher Modelle. Man muß das sehen in seinen Konsequenzen. Auch derjenige, der auf Amerika hinweist, und sagt, da will man die Mitbestimmung nicht, der muß zugleich natürlich auch sehen, daß das Tarifvertragssystem in den USA, in den Gewerkschaften, ganz andere und viel massivere Einwirkungsmöglichkeiten auf das einzelne Unternehmen gibt. Das mag man wollen oder nicht, aber man muß es als Problem sehen.

Meine Damen und Herren! Nun kommt der letzte politische Punkt, den ich ansprechen will. Einer meiner Vorredner hat darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung, folgend unserer Bundestagsfraktion der CDU/CSU, eine Mitbestimmungskommission unter Vorsitz von Professor Biedenkopf eingesetzt hat. Ich erwähne ihn insbesondere deshalb, weil er zu dem Thema, das ich eben nur angedeutet habe, wie ich glaube, als bisher einziger im Bereich der Wissenschaft ganz wichtige Dinge gesagt hat. Es ist die Frage, was also die Einwirkung einer Mitbestimmungskonzeption auf die Tarifautonomie und umgekehrt hat. Vorhin hat Herr Dr. Mahler gesagt, die SPD hat das Koalitionsabkommen gebrochen. Das ist richtig zu diesem Punkt. Die SPD hat mit ihrer Ankündigung, sie werde demnächst einen Antrag zur Frage der Mitbestimmung dem Deutschen Bundestag vorlegen, zu erkennen gegeben, daß sie gar nicht bereit ist, weiterhin den Beschluß der Regierung der Großen Koalition zu tragen, in dieser Kommission unabhängiger Sachverständiger die relevanten und wichtigen Sachfragen klären zu lassen.

Meine Damen und Herren! Vor diesem Parteitag steht die Frage, ob wir uns demselben Vorwurf aussetzen sollen.

(Beifall)

Die SPD sagt: Gleichgültig, was dieses Gremium der Sachverständigen machen wird, wir wollen, daß Mitbestimmung eingeführt wird. — Wollen wir dann sagen: Ganz gleichgültig, was die Kommission sagen wird, wir werden es unter keinen Umständen machen? — Das können wir doch nicht tun!

(Beifall)

Wir müssen doch bereit sein, eine Entscheidung zu treffen. In der Unabhängigkeit der eigenen Meinung lassen wir uns unsere Auffassung von keinem

noch so beachtlichen Vertreter der Wissenschaft vorschreiben. Selbstverständlich liegt es in der Verantwortung der Politiker, die Entscheidungen zu treffen. Aber wenn ein solcher Schritt gegangen worden ist — ich halte ihn für einen richtigen Schritt, weil es eine Fülle von wichtigen Sachfragen gibt, die auch im Bereich der Wissenschaft bisher völlig ungeklärt sind —, dann frage ich mich, was man eigentlich erwarten soll, wie eine solche Kommission dann reagiert, wenn die die Große Koalition tragenden Koalitionspartner zwar mit unterschiedlichen Positionen kommen, aber im Ergebnis übereinstimmen und öffentlich erklären: Was bei dieser Kommission herauskommt, interessiert uns gar nicht, wir machen es anders.

Meine Damen und Herren! Ich finde, derjenige, der in einer solchen Kommission ist, kann dann in der Fortführung seiner Arbeit keinen rechten Sinn mehr finden. Ich würde jedenfalls verstehen, wenn jemand so reagieren würde. Ich bin der Meinung, daß wir so verfahren sollten, wie Herr Schwarz-Schilling vorgeschlagen hat, unbelastet von bestimmten Modellen. Aber ich sage genauso, Herr Schwarz-Schilling, offen für alle der Diskussion zugänglichen Punkte, über die es eine Menge noch von Für und Wider zu sagen gibt. Der bisherige Verlauf zeigt ja, daß es unmöglich sein wird, die Sachfragen auch nur annähernd heute durchzudiskutieren, das heißt, das wir offen sagen — ich finde, daß es einer Partei wie der CDU sehr gut ansteht —, wir sehen die Problematik. Die Nummer 60 gibt eine ganze Reihe konkreter Hinweise, die ich bereit bin, in der Sache mitzutragen, weil ich sie für zutreffend halte. Wir werden diese Diskussion in unserem Kreise fortsetzen. Wir werden auch die Ergebnisse der Sachverständigen-Kommission und anderer beachtlicher Meinungen berücksichtigen. Wir werden uns unsere Meinung bilden. Wir sind füreinander und miteinander offen zur weiteren Diskussion.

Meine Damen und Herren! Das kann für mein Empfinden nur bedeuten die Annahme des Antrages Nr. 60, den der Bundesvorstand vorgelegt hat.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde! Die amerikanische Präsidentenwahl ist bestimmt kein Toto, aber es ist wirklich spannend. Die letzte Auszählung der Stimmen vor etwa 20 Minuten hat fast wieder Gleichstand ergeben. Aber inzwischen stellt sich heraus, daß die Zahl der Wahlmänner, die ja den Ausschlag geben, für den einen Kandidaten wächst. Nach einer zweiten Meldung, die ich eben bekomme, wächst sie sogar schnell. Inzwischen hat Nixon 217 Wahlmänner hinter sich, Humphrey 171.

(Beifall)

Die Gesamtzahl der Wahlmänner beträgt 538. Wenn ich richtig rechne, muß dann also ein Kandidat 270 Wahlmänner für sich haben, um das Präsidentenamt übertragen zu erhalten. Soweit diese Nachricht!

Es hat nun das Wort unser Freund Erhard.

Professor Dr. Erhard: (mit lebhaftem Beifall begrüßt) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sie werden gewiß Verständnis dafür haben, wenn ich mich zu Worte melde; denn hier geht es um gesellschaftspolitische Fragen, zu denen ich immerhin mit der Sozialen Marktwirtschaft einen Beitrag geleistet habe.

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die bereits erreichte Klarheit; denn es steht ja nicht zur Diskussion, ob wir die Mitbestimmung bejahen oder erweitern wollen. Das alles ist positiv beurteilt worden, sondern es geht allein um die eine Frage, ob die spezifische Form der paritätischen Mitbestimmung den Notwendigkeiten und der weiteren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gerecht wird.

Ich bin auch der Meinung, daß wir eine Frage aus der Diskussion ausscheiden sollten, nämlich eine Spaltung 40 – 40 – 20. Das ist überhaupt kein brauchbares Modell – und das nicht nur vom rechtlichen Standpunkt aus. Tatsächlich würde das bedeuten, daß je nach dem Standort eines Unternehmens Entwicklungen denkbar sind, die zu einer wirklichen Spaltung, zu einer Aufspaltung der Wirtschaft und ihrer inneren Ordnung führen müßten. Es ist sicher, daß wir uns über diesen Gegenstand weiter unterhalten werden. Aber ich bin nicht der Meinung, daß wir von dem Augenblick an, in dem die SPD ihren Initiativantrag eingebracht haben wird, noch sehr lange schweigen und glauben können, das Problem bis zu den Bundestagswahlen hinschweilen lassen zu dürfen.

(Beifall)

Wir werden nämlich alle einzeln vorgeführt werden – das ist ganz sicher – und vor allen Dingen werden, wenn einmal ein Modellvorschlag vorliegt, schon die Presse und die öffentliche Meinung sich damit befassen und uns geradezu herausfordern, möglichst schnell eine hoffentlich uns alle befriedigende Antwort zu finden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch etwas zur Sozialen Marktwirtschaft sagen. Die Soziale Marktwirtschaft hat ja nicht nur einen gesellschaftspolitischen Aspekt, sondern sie hat, wie ich glaube, auch eine neue und moderne Sozialordnung mitbegründet. Wenn ich an den Hamburger Parteitag denke, der unter dem Motto stand „Wohlstand für alle, Eigentum für jeden“, geprägt von Karl Arnold, so ist damit ein Kurs, eine Richtung aufgezeigt worden, wie wir uns die weitere Entwicklung vorstellen. Niemand wird leugnen können, daß wir trotz mancher Rückschläge auf diesem Wege konsequent weitergeschritten sind.

Meine Damen und Herren, Ich stehe hier nicht als Interessenvertreter, und ich identifiziere mich keineswegs mit den Wertungen aus der Unternehmungswirtschaft – z. B. zu dem 312-Mark-Gesetz, zu der Tariffähigkeit usw. – Nein,

ich denke gar nicht daran. Und wenn Kollege Katzer hier davon sprach, daß man die Gewerkschaften richtig würdigen solle — ich habe das immer getan. Ich habe mit manchen Gruppen der gewerblichen Wirtschaft härtere, viel härtere Auseinandersetzungen gehabt als mit den Gewerkschaften selbst. Auch fühle ich mich hier insofern nicht angesprochen; denn ich gehöre keinem Aufsichtsrat einer deutschen Gesellschaft an. Ich habe also auch keine kollektiven Interessen zu vertreten.

(Beifall)

Aber ich spüre doch ganz deutlich, daß Bewegungen im Gange sind, den inneren Wert, den Ordnungswert im gesellschafts- und sozialpolitischen Sinne der Sozialen Marktwirtschaft herabzumindern. Sie wird heute allenthalben als „naive“ Marktwirtschaft gekennzeichnet.

Nun, meine Damen und Herren, wer sich die Verhältnisse im Jahre 1948 wieder einmal vor Augen führt und den ganzen Wiederaufbau berücksichtigt, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern im gesellschaftlichen, im öffentlichen Leben überhaupt, der muß doch sagen: Hier hat diese „naive“ Marktwirtschaft doch wahrlich ihren Dienst am deutschen Volke geleistet.

(Beifall)

Wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen und uns nicht die Butter vom Brot nehmen lassen.

(Heiterkeit)

Aber noch etwas anderes. Die Größenordnung der Betriebe spielt ja bei dieser Diskussion eine Rolle. Lassen Sie mich Ihnen sagen: ich habe manchmal das Gefühl, daß wir in Deutschland einem Größenwahn huldigen, einem Größenwahn in dem Sinne, daß wir das Größere, das Mammuthafte unter allen Umständen mit einem höheren Wert versehen als das Mittlere und das Kleinere,

(Beifall)

und daß wir uns allzu leicht der Auffassung hingeben, das sei die selbstverständliche Entwicklung, der wir nicht ausweichen könnten, daß unsere Wirtschaft immer mehr zu Großformen hintreibe. Meine Damen und Herren, an dieser Tendenz kann vielleicht im einzelnen nicht gezweifelt werden. Aber grundsätzlich schon zu kapitulieren und zu sagen: Unsere Zukunft liegt nur im Bereich der Großwirtschaft— das möchte ich mit aller Entschiedenheit ablehnen.

(Beifall)

Denn, meine Damen und Herren, wenn ein solcher Prozeß konsequent zu Ende gedacht würde, müßte sich unsere Gesellschafts- und unsere Sozialordnung wesentlich wandeln. Das zu dieser Sache.

Wenn dem aber so ist, dann frage ich mich: Wie soll denn dann die Mitbestimmung geartet sein? Dann ist automatisch der Gedanke zu prüfen – und der ist ja vor allen Dingen auch durch Vorschläge der SPD mit ins Gespräch gekommen –: wie denn dann eine Unterscheidung zwischen großen Unternehmungen, größeren Wirtschaftseinheiten, mittleren und kleineren zu treffen ist. Das, meine Damen und Herren, wirft Probleme auf, die zu lösen wahrscheinlich schwer ist. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Aber ich bin glücklich, daß Kollege Katzer nicht auf dem Begriff Unternehmensverfassung bestehen möchte; denn der ist schwimmend. Aber auch der Begriff des Unternehmensrechts erfordert natürlich noch eine nähere Auslegung. Ich möchte aber glauben, daß der Begriff Unternehmensverfassung nicht zufällig gewählt ist. Denn es ist richtig – was auch schon gesagt wurde – daß dieser Begriff das erstmal im Godesberger Programm verzeichnet steht.

(Unruhe)

Man kann wohl von Betriebsverfassung sprechen, aber nicht schlechtweg von Unternehmensverfassung, und ich glaube, hier ist auch einmal eine größere Klarheit vonnöten.

(Beifall)

Zwischen Betrieb und Unternehmen besteht ein gravierender Unterschied.

(Beifall)

Der Betrieb ist eine technische Einheit, er ist nach innen gerichtet in den Bereich, in dem die Arbeitnehmer tätig sind. Unternehmen ist etwas anderes. Unternehmen ist nach außen gerichtet, auf den Markt, und zwar nicht nur auf den deutschen, sondern auf den internationalen Markt. Es ist damit verbunden die Frage der Unternehmensstrategie, der Marktstrategie, der Investition, der Kapitalverflechtungen, der Kapitalaufnahme und Verschuldung, der Sortimentsgestaltung und vor allen Dingen auch der Fusionen nicht nur im nationalen Bereich, sondern auf internationaler Ebene.

Meine Damen und Herren, das sind Probleme besonderer Art, die fernab von innerbetrieblichen Vorgängen liegen, an denen der Arbeitnehmer mit Recht einen echten Mitspracheanspruch geltend machen kann.

Wenn also gestern auch unser Kollege Barzel von der Funktion, von der funktionsgerechten Mitbestimmung gesprochen hat, dann möchte ich das so aufgefaßt wissen, daß eben aus der Funktion des wirtschaftlichen Geschehens – hier Betrieb und dort Unternehmen – sich automatisch Differenzierungen und auch Anrechte, moralische Anrechte, ableiten lassen.

Aber ich darf eine andere Frage stellen, und ich stelle sie wirklich als Frage: Warum stehen wir eigentlich, und zwar nicht nur gegenüber den Vereinigten

Staaten, sondern überhaupt allein in der Vertretung bzw. Vorstellung eines paritätischen Mitbestimmungsrechts? Meine Damen und Herren, kein Land z. B., auch der EWG denkt daran, die paritätische Mitbestimmung allgemein einzuführen. Aber wir wollen doch ein einheitliches Gesellschaftsrecht schaffen. Das hat eben auch Kollege Benda deutlich gemacht. Ich glaube, wir kommen in die größten Schwierigkeiten, wenn wir hier ein doppeltes Recht setzen. Meine Damen und Herren, warum sind wir denn allein? Gewerkschaften außerhalb unseres Landes, mit denen zu sprechen ich Gelegenheit habe, begründen es damit, daß sie sagen: Wir können nicht an beiden Seiten des Tisches zu gleicher Zeit sitzen.

(Beifall)

Wir können nicht mit uns selbst kontrahieren. – Und so bedeutet die paritätische Mitbestimmung in gewisser Hinsicht nach deren Auffassung, der ich mich weitgehend anschließe, eine Neutralisierung der Tätigkeit der Gewerkschaften, eine Schwächung des Einflusses. Denn, wie gesagt, wenn man mit sich selbst nicht kontrahieren kann, dann kann man auch in der Vertretung der Ansprüche der Arbeitnehmer nicht eine doppelte Sprache führen, einmal am Tisch der Unternehmungen und einmal auf gewerkschaftlicher Seite in der Vertretung ihrer Interessen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, was mir aber bei dieser Diskussion, nicht hier im Saale, sondern in der Öffentlichkeit, besonderen Kummer bereitet, ist, daß sie meiner Ansicht nach mit falschen Sentimentalitäten beladen ist. In manchen Anzeigen und Äußerungen wird die Mitbestimmungsfrage, aber immerhin im Hinblick auf die paritätische Mitbestimmung, mit der Vorstellung verbunden, als ob es sich hier um die Würde, um die Ehre, um die soziale Geltung des Arbeitnehmers handelte. Meine Damen und Herren, wenn wir uns auf dieser Ebene bewegen, ja, dann frage ich mich: Gibt es eigentlich dann zwischen den Arbeitnehmern der verschiedenen Länder eine unterschiedliche Würde, gibt es da eine unterschiedliche Ehre? Ich möchte nicht glauben, daß das der Fall ist, und ich bin überzeugt, die so angesprochenen Länder würden das auch mit aller Entschiedenheit ablehnen.

(Beifall)

Hier spielt wieder die Frage der Größenordnung eine Rolle. Nicht wir haben es erfunden, aber es steht doch im Raume, daß eine Beschäftigtenzahl von 2000 Arbeitern und Angestellten, daß eine bestimmte Kapitalsumme oder eine bestimmte Umsatzsumme bestimmend dafür sein soll, ob eine paritätische Mitbestimmung eingeführt werden soll oder nicht.

Abgesehen davon ist es völlig unmöglich, für alle Bereiche der deutschen Wirtschaft eine gemeinsame Norm aufzuzeigen, denn bei jedem Wirtschaftszweig ist der Begriff der Größe an ganz unterschiedliche Kriterien und Größenordnungen gebunden!

Wenn das aber der Fall ist, dann stelle ich einmal die Frage, auch für den deutschen Arbeiter, ganz gleich, wo man die Zäsur machen würde: Hat etwa der Arbeiter, der in einem Betrieb mit 1000 Beschäftigten arbeitet, weniger Würde, weniger Anspruch auf Einfluß und Mitspracherecht als ein Arbeiter in einem Betrieb mit 5000 Leuten – mit welcher Logik?!

(Beifall)

Das wäre doch logisch überhaupt nicht mehr zu begründen. Und soll etwa die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters in einem kleinen oder mittleren Betrieb eine andere sein als die eines Arbeiters in einem Großbetrieb?

Ich bin deshalb der Meinung, daß diese Willkür viel zu groß ist, als daß man sie bei dieser Frage vernachlässigen könnte. Wenn Sie aber den Begriff des Großunternehmens fallenlassen, so daß die paritätische Mitbestimmung automatisch für alle Arbeitnehmer gelten würde, ganz gleich welche Größe und welche Betriebsform ein Unternehmen hat, dann hebt sich die paritätische Mitbestimmung von selbst auf, denn dann ist die nicht mehr zu praktizieren. Wir müssen also den Begriff der Größe herausnehmen, weil es kein unterschiedliches Recht, keine gespaltene Moral geben darf, – weder für den Unternehmer noch für den Arbeitnehmer. Der Begriff der Größe ist völlig unbrauchbar. Wenn wir gerecht sind, dann müssen wir sagen, daß alle ein gleiches Recht, alle eine gleiche Würde, alle eine gleiche Ehre und alle einen gleichen Geltungsanspruch haben.

(Beifall)

Aber wenn Sie auch irgendwo eine Grenze für die Größe setzen würden: Meine Damen und Herren, ich habe schon gesagt, daß ich gegen eine Resignation bin, so als ob wir nur noch in Großformen der Wirtschaft leben könnten, als ob die Entwicklung automatisch dahin treiben würde. Sie sprechen von Strukturveränderung, Kollege Katzer; aber ich hoffe nicht, daß Sie die Einheitsgesellschaft bei der Kohle als das Modell der Wirtschaftsstruktur von morgen ansehen.

(Heiterkeit und Beifall)

So komme ich zu dem Schluß: Wenn die Tendenz absolut richtig wäre, daß wir immer mehr zu Großformen der Wirtschaft hinkommen, dann heißt das, daß neben den 400 Unternehmen, die jetzt der paritätischen Mitbestimmung unterliegen, morgen und übermorgen und jeden Tag eine neue Firma einbezogen würde. Damit würde sich natürlich unsere Gesellschaftsstruktur völlig wandeln. Dann frage ich mich aber: wer verdient dann eigentlich mehr Schutz, die Arbeitnehmer in den Betrieben, die dann – nach mancher Auffassung – der paritätischen Mitbestimmung unterliegen sollen, oder die Arbeitnehmer, die in gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben arbeiten? Denn die hätten dann nicht den gleichen Anspruch auf Mitsprache wie die in den Großbetrieben, obwohl sie sie besonders benötigen; denn bei einer solchen Entwicklung würden

vor allem deren Arbeitsplätze und deren soziales Schicksal entscheidend betroffen sein.

(Beifall)

Ich bin dafür, daß das Betriebsverfassungsgesetz neu überdacht und auch ausgewertet wird. Hier liegt zweifellos noch sehr viel drin. Ich stimme Ihnen auch wieder zu, Kollege Katzer, wenn Sie sagten, hier haben viele Unternehmer versagt, weil sie das Betriebsverfassungsgesetz unzureichend oder überhaupt nicht angewandt haben.

(Beifall)

Das ist natürlich keine Ordnung, und hier für Ordnung und gleichmäßige Behandlung und Anerkennung zu sorgen, ist meiner Ansicht nach unsere Aufgabe.

Aber Sie können die sozialen Fragen, die damit verbunden sind, die wirklich mit der Würde des Arbeiters in Zusammenhang stehen, nicht losgelöst von der Frage des Eigentums und der breiten Vermögensschichtung behandeln. Hier stimme ich dem Kollegen Häussler durchaus zu: das ist der eigentliche Punkt. Wenn ich die Millionen von Arbeitnehmern fragte, woran ihnen mehr gelegen ist, auf leichtere Weise zu einem Mitbesitz am Produktivkapital der Volkswirtschaft zu gelangen oder sich in der paritätischen Mitbestimmung vertreten zu lassen, dann bin ich sicher, welche Antwort ich da bekommen würde.

(Beifall)

So komme ich im ganzen zu dem Schluß – und ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube; gestern ist ausdrücklich Gedankenfreiheit gefordert worden –: Ich kann mit der Fassung der Ziffer 60 in dieser Form nichts anfangen, weil sie mir zu unbestimmt ist. Ich trete für den Antrag F 50 ein.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat jetzt der Freund Stehle. Danach spricht der Freund Meyers für den Bundesvorstand.

Stehle, Nord-Württemberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Ehre hat, nach einem Mann wie Professor Erhard zu sprechen, dann hat man es schwer und leicht. Professor Erhard hat es mir leicht gemacht; er hat nämlich eine ganze Menge von dem vorweggenommen, was ich auch aus meiner Sicht sagen könnte.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf Ihnen aus der Sicht des Arbeitnehmers, eines Arbeitnehmers aus dem Südwesten, darlegen, warum wir Sozialausschüsse für Nord-Württem-

berg uns in dem Antrag, der Ihnen vorliegt, für die Ablehnung der Forderung nach einer paritätischen Mitbestimmung aussprechen.

(Beifall)

Es macht für Sie vielleicht einen etwas merkwürdigen Eindruck, wenn die Sozialausschüsse hier mit verschiedenen Auffassungen auftreten. Aber wir stellen zu unserer Freude immer wieder fest, daß die Unternehmer sich auch nicht immer einig sind. Das gleicht sich dann wieder aus.

(Heiterkeit)

Wir sehen jedenfalls auf Grund der Struktur, die wir im Südwesten haben, die Dinge anders. Wir haben eine große Zahl von mittleren und kleineren Unternehmen. Wir haben nicht sehr viel von dem, was hier an großen Rezepten und Vorschlägen kommt, die auf die Großunternehmensverhältnisse an Rhein und Ruhr zugeschnitten sind.

Der Entschluß, diese paritätische Mitbestimmung abzulehnen, ist uns Sozialausschüssen in Nord-Württemberg dadurch erleichtert worden, daß sich in den letzten Monaten einige Dinge abgezeichnet haben, daß Zugeständnisse gemacht wurden und gemacht werden, Zusicherungen gemacht wurden, auf die wir in den vergangenen Jahren nicht zu hoffen gewagt hätten.

Freund Häussler hat Ihnen schon die fünf Formen und Stufen der Mitbestimmung dargelegt. Stufe eins: Verbesserung der Mitbestimmungsrechte des einzelnen Kollegen an seinem Arbeitsplatz, dort, wo sich nämlich der soziale Konflikt täglich neu entzündet. Hier ist noch viel offen, und an diesen offenen Stellen reibt sich der soziale Konflikt täglich neu wund. Das müssen wir schließen, und das ist uns zugesichert.

Das Zweite: die Verbesserung der Rechte der Betriebs- und Personalräte. Auch hier ist uns etwas zugesagt worden, worum wir lange vergebens gekämpft haben. Daß uns auf dem Gebiet der dritten Form der Mitbestimmung, der überbetrieblichen Mitbestimmung, Zugeständnisse gemacht wurden, hat uns ebenfalls den Entschluß erleichtert, auf die vierte Form, nämlich die paritätische Mitbestimmung, zu verzichten. Sie bringt uns keineswegs das ein – vor allem nicht uns im Südwesten, und wir sind nicht irgendeine Randprovinz – was es uns an Nachteilen einbringen würde, wenn wir diese ideologiebeladene Formel von der paritätischen Mitbestimmung übernehmen.

Wir haben uns also nach Abwägung dessen, was neu hinzukommt, entschlossen, unsere Zustimmung zu einer paritätischen Ausweitung der Mitbestimmung über die wirtschaftlich-unternehmerischen Entscheidungen nicht zu geben. Das lehnen wir mit gutem Grunde ab, und zwar aus der Sicht der Arbeitnehmer. Herr Professor Erhard hat schon einige Argumente dargelegt; die brauche ich nicht zu wiederholen.

Ich möchte nur eines sagen: Wir in der Südwestecke der Bundesrepublik haben ein sehr hochindustrialisiertes Land, wir haben die höchste Industriedichte im ganzen Bundesgebiet mit bis zu 335 Industriebeschäftigten auf 1000 Einwohner, und zwar breit gestreut in vielen kleineren Unternehmungen, wo wir sinnvollerweise keine Mitbestimmungsrechte erlangen könnten. Zum Vergleich: Im Ruhrgebiet beträgt die Industriedichte heute etwa 170 bis 180 auf 1000. Für uns sieht das also anders aus. Für uns ist nicht soviel drin, daß es sich lohnen würde, deswegen die Union, der auch wir als Arbeitnehmer soviel verdanken, vor eine Zerreißprobe zu drängen, die wir im Hinblick auf die Bundestagswahl 1969, die wieder über alles entscheidet, weiß Gott nicht brauchen können.

(Beifall)

Ein letzter Punkt, der es uns leicht gemacht hat, ist die neuere Entwicklung auf dem Gebiet der Eigentumspolitik. Sie wissen, daß das in den vergangenen Jahren reichlich stagniert hat. Die Privatisierung ging nicht weiter, das 312-Mark-Gesetz blieb immer noch eine bescheidene Angelegenheit. Das Aktienrecht blieb auf halbem Wege liegen und das Depotstimmrecht wurde immer wieder weggeschoben. In der Zwischenzeit hat sich auch hier das Bild positiv gewandelt. Für uns neigt sich damit die Waagschale endgültig zugunsten einer Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung. Warum ist das so? Weil durch die Gesetzgebungsvorschläge, die jetzt im Gespräch sind – wir hoffen, daß sie in dieser Legislaturperiode noch durchkommen – die Voraussetzungen geschaffen werden, daß der Arbeitnehmer über die fünfte Form der Mitbestimmung, über die zukunftsträchtigste, nämlich die über Stimmrecht aus Eigentum, weit besser zum Ziel kommt und ein weit besseres und weit gewichtigeres Mitspracherecht bekommt, als es ihm jemals von irgendeinem Oberfunktionär vermittelt werden könnte.

(Beifall)

Drei Punkte: Das 312-Mark-Gesetz wird erweitert. Sie kennen die Sache mit dem gesetzlichen Beteiligungslohn; man kann auch Investivlohn sagen. Wir kämpfen schon seit 15 Jahren darum. Wir stehen heute vor seiner Verwirklichung. Über die 0,5 % kann man noch nicht reden; das ist der Anfang. Aber um diesen Preis können wir auf die paritätische Mitbestimmung verzichten.

Nehmen wir noch das Wertpapiersparen des wirklich kleinen Mannes unter 12000 DM Jahreseinkommen hinzu. Hier soll noch eine 40 %ige Zusatzsparprämie hinzugeschlagen werden. Wenn man hinzunimmt, daß die Doppelbesteuerung des Kapitalertrages auch des kleinsten Mannes – ich weise hier auf Herrn Professor Stützel hin – ernsthaft beseitigt wird, dann ist das ein weiterer Punkt. Es ist doch ein gesellschaftspolitischer Widersinn erster Ordnung, daß der Kleinaktionär deswegen, weil er an einer Kapitalgesellschaft beteiligt ist, die ein Millionenvermögen hat, ebenfalls mit seinem Ertrag mit 51 % vorweg an der Quelle besteuert wird. Er wird hier so besteuert, als wenn er selber Millionär wäre. Denn ein Steuersatz von 53 % ist die Spitze. Wenn ein kleiner

Arbeitnehmer so einfältig ist, sich eine Aktie zu kaufen, dann zahlt die Aktiengesellschaft von dem Ertrag, der mit seinem Risiko, mit seinem Kapitaleinsatz erzielt wird, vorweg 51 % Körperschaftsteuer. Dann ist es nur logisch, wenn man darauf hingewiesen wird: was wollen Sie denn mit Aktionären? Denen wird doch der ganze Ertrag schon vorweg vom Fiskus abgesaugt. Ich glaube, hier muß man ein ernstes Wort auch mit dem Finanzminister sprechen.

(Beifall)

Das ist auch im Gange.

Ich fasse zusammen. Die Wege für eine mögliche Kapitalvermögensbildung des Arbeitnehmers und für ein effektives praktikables Stimmrecht und eine gute Möglichkeit, das auszuüben, sind geöffnet. Ich glaube, es sollte Aufgabe dieses Parteitages sein, dieser besseren und weit zukunftsreicheren Form, der des Stimmrechts aus Eigentum, für die künftige Legislaturperiode den Weg zu öffnen. Wir bekommen dann wieder eine Gesellschaftsstruktur, in der wir nicht mehr wie Hund und Katz als Arbeitnehmer und Unternehmer nebeneinander und gegeneinander stehen, sondern miteinander. Unser Volk hat es wahrhaftig nötig, daß wir die Gräben einebnen; es kommt nämlich allerhand auf uns zu. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Für den Vorstand hat das Wort der Freund Meyers. Es folgt ihm der Freund Mick.

Inzwischen sind die Anträge 17, 19, 22 und 29 zurückgenommen worden.

(Beifall)

Dr. Meyers, Rheinland: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich hier für den Vorstand spreche, dann tue ich das — um mich Herrn Benda anzuschließen — teilweise ohne Vertretungsbefugnis. Ich habe nur mit einigen Freunden aus dem Vorstand sprechen können.

Dem Vorstand ist heute im wesentlichen ein Doppeltes angelastet worden, nämlich einmal, daß er seine Vorlage nicht vertreten habe. Das hat sehr viel Beifall gefunden. Das war ein sehr netter Gag von Herrn Katzer, hatte nur die sachliche Unrichtigkeit, daß der Vorstand bisher überhaupt keine Vorlage zu diesem Entwurf des Aktionsprogramms vertreten hat. Seine Meinung liegt Ihnen hier gedruckt vor. Das ist die Ansicht des Vorstandes.

Nun ist die zweite, in der Sache schon gewichtigere Anmerkung gemacht worden, daß der Vorstand hier etwas vorgelegt habe, was nicht konkret genug sei, was nicht die letzte Lösung bringe; deswegen lasse es irgendwie Zweifelsfragen offen. Dazu möchte ich, der ich aus einem Lande komme, in dem diese Frage der Mitbestimmung eine außerordentlich große Rolle

spielt – das ist ja in den deutschen Ländern unterschiedlich – Ihnen sagen: diese Frage der Mitbestimmung wird, wenn man das Wort hört, sofort auf den wirtschaftlichen Bereich projiziert. Dabei ist das nur eine einzige Auswirkung. Denn die Mitbestimmung wird heute in allen möglichen Bereichen unseres Volkes verlangt.

(Beifall)

Das ist einfach ein Ausdruck der fortschreitenden Demokratisierung unseres Volkes.

(Erneuter Beifall)

Insofern sollten wir sie begrüßen.

Wir sollten noch ein weiteres tun. Wir sollten die Diskussion begrüßen, die in unserer Partei stattgefunden hat. Sie war für denjenigen, der sie an der Front miterlebt hat, teilweise besorgniserregend, weil man annehmen konnte, hier würde etwas auseinanderbrechen. Sie wurde nämlich so leidenschaftlich geführt. Aber die heutige Diskussion zeigt uns: bei aller Leidenschaft, die jeder für seinen Standpunkt hat, sind wir doch bereit – was wären wir für eine Union, wenn wir das nicht wären – den Standpunkt des anderen anzuhören und – das habe ich in unzähligen Diskussionen ausführen müssen – dem anderen zuzubilligen, daß er das Beste will. Bis zum Beweis des Gegenteils muß ich von jedem Mitglied der Union annehmen, daß er mit seinen Vorschlägen das Beste für das Ganze will.

(Beifall)

Von dieser Grundlage müssen wir ausgehen und weiter das hinzunehmen, was mein Freund Grundmann soeben gesagt hatte; ich habe mich gewundert, daß das bei der Diskussion bisher noch nicht zur Sprache kam. Der Kanzler hat doch in der Regierungserklärung die Prüfung dieser Frage zugesagt. Es wurde doch eine Kommission berufen. Die Ergebnisse dieser Kommission müssen wir abwarten. Wenn die Sozialdemokraten sich wie beim Wahlrecht auch in der Frage der Mitbestimmung nicht an Koalitionsabsprachen halten, dann ist das für uns kein Grund, das, was wir in der Regierungserklärung gesagt haben, nicht einzuhalten.

(Beifall)

Wir sollten es uns abgewöhnen, wie das Kaninchen gebannt auf die Schlange – auf die Sozialdemokraten – zu starren. Was die tun oder nicht tun, was sie lassen oder nicht lassen, das werden wir mit ihnen im Wahlkampf abzurechnen haben. Aber jetzt haben wir keinen Wahlkampf. Wir haben hier vielmehr eine wichtige Frage des zukünftigen Geschehens in unserer Wirtschaft vor uns. Diese Frage ist in keinem Bereich entscheidungsfähig.

Deswegen hat der Vorstand gesagt: Wir legen mit der Ziffer 60 eine faire Formulierung vor, die keine Seite präjudiziert, die alle Fragen offen läßt, die aber dafür sorgt, daß die Fragen sorgfältig geprüft werden.

Der Antrag meines Kreisverbandes Mönchengladbach ging davon aus, daß Freunde kamen und sagten: Prüfen heiße, daß zum Sanktnimmerleinstag vertagt werde. Deshalb hat mein Kreisverband beantragt, daß vordringlich geprüft und entschieden werden müsse. Nun sehe ich schon unseren Freund vom RCDS wieder augurenhaft lächeln und sagen: Ja, ja, da ist die Sache wieder; jetzt wird eine Kommission eingesetzt, und dann ist der Parteitag wieder um seine Rechte – sagen wir es doch ganz offen – betrogen. Keineswegs!

In einem Entschließungsantrag 5 sehen Sie, was der Vorstand am Sonntag beschlossen hat: Wenn das Ergebnis der Beratungen dieser Kommission vorliegt, dann soll über diese Frage – und das ist demokratisch, und es kann nicht anders in unserer Union gehandelt werden – ein Parteitag entscheiden.

(Beifall)

Sie, meine Damen und Herren, sollen das Schicksal dieser wichtigen Frage in die Hand nehmen.

Wir wollen uns weder vor irgend etwas drücken, noch wollen wir irgend etwas manipulieren. Nur eins wollen wir: verhüten, daß durch eine vorschnelle Schließung von Türen die Möglichkeit nicht mehr gegeben ist, jeden möglichen Weg zu nehmen.

(Lebhafter Beifall)

Nun könnte einer sagen: da steht das doch mit dem überbetrieblichen Einflußmonopol, und das ist doch eine eindeutige Stellungnahme. Ja, das ist eine eindeutige Stellungnahme gegenüber allen überbetrieblichen Einflußmonopolen, sowohl von der einen Seite wie von der anderen Seite.

(Beifall)

So etwas wollen wir allerdings nicht. Deshalb hat der Vorstand diese Formulierung in seinen Vorschlag hineingenommen. Wenn wir ihn so betrachten, scheint er gar nicht so schlecht zu sein; ich meine nicht den Vorstand, sondern den Vorschlag.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Mick, danach Freund Dr. Stark.

Mick, Rheinland: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im Verlaufe der Diskussion war wiederholt die Rede

davon, daß wir den Klassenkampf überwunden hätten. Auch ich bin dieser Meinung. Ich möchte nur einmal auf folgendes hinweisen. Ich habe das bereits an einer anderen Stelle getan. Ich tue es deshalb, weil mir der Hinweis auf diesen Punkt auf einem CDU-Parteitag vielleicht den Eindruck erwecken könnte, als wenn liebe Parteifreunde damit angesprochen werden könnten.

Mein Großvater war Gründer des Christlichen Textilarbeiterverbandes im Aachener Revier. Er mußte das Aachener Revier verlassen, weil er nicht in der roten Gewerkschaft war. Er mußte das Aachener Revier zu demselben Zeitpunkt verlassen, als der damalige Zentrumsabgeordnete des Wahlkreises Aachen im Berliner Reichstag gegen die Aufhebung der Kinderarbeit in der Textilwirtschaft protestierte, weil, wie er meinte, damit die Textilwirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Mein Großvater ist dann nach Wuppertal gegangen. Er war Weber.

In Wuppertal war mein Großvater ein Piusbruder, der mit den Unternehmern hielt, der nicht bereit war, auf die Fahne des Klassenkampfes zu setzen, sondern der Meinung war, daß die soziale Frage nur evolutionär in Zusammenarbeit aller Kräfte gelöst werden könnte.

Mein Vater, meine Damen und Herren, war Gewerkschaftssekretär, der Zentralkassierer bei Adam Stegerwald, der erste Arbeiterstadtverordnete unter dem Dreiklassenwahlrecht in der damals noch mit C geschriebenen Stadt Cöln.

Und nun, meine Damen und Herren, stehe ich heute hier.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie werden es mir, meine Damen und Herren, nicht verübeln, wenn ich etwas allergisch reagiere, wenn das Wort „Klassenkampf“ zu vordergründig gebraucht wird, wenn es unter Umständen an die Adresse von Leuten gerichtet wird, die in diesem Punkt eine stolze Ahnenreihe nachweisen können.

(Beifall)

Ich bin auch dagegen etwas allergisch – das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich in aller Offenheit – wenn man hier, wo wir es mit der Ziffer 60 des CDU-Bundesvorstandes zu tun haben, diese in die Nachbarschaft zur SPD rückt. Auch dagegen bin ich allergisch.

(Beifall)

Das hat nämlich mit der Nachbarschaft zur SPD gar nichts zu tun. Das ist vielmehr eine Auseinandersetzung, die wir in Offenheit führen müssen. Aber ich gestehe uns allen – und auch mir, das werden Sie mir verzeihen – mildernde Umstände zu; denn über uns schwebt immer noch die große Gestalt Konrad Adenauers, die uns sehr oft das Diskutieren abgenommen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Professor Erhard hat sehr viele Fragen gestellt, und ich bin ihm wirklich dankbar dafür. Auch ich habe sehr viele Fragen zu stellen, die ich allerdings hier und jetzt nicht stellen kann. Solange Fragen von hervorragenden Leuten gestellt werden, können wir nicht sagen: Der Fall ist erledigt; wir sind dagegen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ist viel von unbestimmten Begriffen die Rede gewesen. Das ist ein Zeichen dafür – denn das ist mit Recht hier gesagt worden –, wie wenig diskutiert diese unbekanntenen Begriffe bei uns sind; sonst wären es nämlich bekannte Begriffe, und dann könnten wir zu Beschlußfassungen kommen.

Mir scheint – lassen Sie mich auch das in aller Offenheit sagen – daß einige Redner hier aufgetreten sind, die von dem Papieraufwand der Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage gesprochen haben, aber nach meiner Meinung ist bereits allzuviel Papier beschrieben worden, ehe wir den Dialog in dieser Frage begonnen haben.

(Zurufe: Sehr gut – Beifall)

Lassen Sie mich aber auch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich mit dem Papier, das mir von lieben Parteifreunden in der Mitbestimmungsfrage zugeschickt worden ist, ein sehr langes Brett im Regal meines Bücherschranks füllen kann. Ich sage Ihnen ganz offen, daß es mir leid um all das gute Geld tut,

(Heiterkeit)

das keinen Beitrag zur sachlichen Lösung geleistet hat, sondern das – wie mir scheint – vielmehr zu einer Verhärtung der Fronten geführt hat.

Es wurden hier sehr oft die Gewerkschaften zitiert, und für mich ist ganz klar, daß die Gewerkschaften bei einer solchen Diskussion ihre Rolle spielen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist nicht zu Ohren gekommen, daß einer der Anwesenden hier die gewerkschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben gefordert hätte, ganz im Gegenteil. Es herrscht absolute Einigkeit darüber, daß ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses nicht zugelassen werden darf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns meines Erachtens auch darüber verständigen, daß es überbetriebliche Einflußmonopole nicht nur bei den Gewerkschaften gibt, sondern daß wir auch an anderen Stellen mindestens – wenn ich die kleine Zahl einmal als flexibel ansehe – ebenso gefährliche außerbetriebliche Einflußmonopole beobachten müssen wie bei den Gewerkschaften. Ich sage Ihnen aber ganz deutlich meine Meinung, wie ich sie auch in jeder Versammlung und – so möchte ich fast sagen – bei jedem Kegelklub sage, nämlich die, daß die Gewerkschaften nicht auf der Kommandobrücke

der Mitbestimmung zu stehen haben. Sie können allenfalls dienendes Organ – ich wiederhole dienendes Organ – und nichts anderes sein.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einen Antrag von Schleswig-Holstein angenommen, wonach wir eine fortschrittliche Volkspartei sind. Ich habe nicht dafür gestimmt, weil mir das selbstverständlich erschien und weil ich mir – Sie werden hier meinen Lokalstolz verstehen – als Rheinländer nicht aus dem kalten Norden etwas über Fortschritt sagen lassen will.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall)

Aber mir scheint, meine verehrten Damen und Herren, daß dieser Fortschritt bei manchem unserer Parteifreunde darin besteht, das mitzumachen, was man mit aller Gewalt nicht mehr verhindern kann, und daß wir – Gott sei es geklagt – sehr oft zu spät kommen.

Ich warne vor einem Weiteren, meine Damen und Herren: Machen Sie Europa, wenn Sie es wollen, nicht zum Kinderschreck.

(Beifall)

Machen Sie es nicht zum Schrecken für die breiten Schichten der Arbeitnehmer. Wir wissen, daß in der sozialen und gesellschaftlichen Harmonisierung dieses Europas noch nichts, aber auch noch gar nichts getan worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Sie nicht mit mir dieser Meinung: Wenn wir diese Dinge nicht anfassen, werden wir allenfalls ein Europa der Marktordnungen und so weiter bis hin zum nächsten Kündigungstermin bekommen, ohne daß es in den breitesten Schichten aller europäischen Völker verankert ist.

Ich muß, meine Damen und Herren, auch davor warnen, die Diskussion über die Mitbestimmung von daher zu führen, daß diese Frage in keinem europäischen Land akut ist. Erstens stimmt das nicht, und zweitens sind die Argumente schlecht gewählt. In Frankreich beispielsweise hat kein geringerer als der Herr de Gaulle die Frage der Mitbestimmung in die Diskussion geworfen, nicht aber deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil er besonders fortschrittlich sein will, sondern weil er Schlimmeres verhüten möchte, und das Schlimmere haben wir ja in Frankreich zur Genüge erlebt.

(Beifall)

Anerkennen Sie, daß man der Solidarisierung der Arbeitnehmer mit den Kräften, die auch bei uns gerne das inszenieren möchten, was in Frankreich – ich fürchte, nicht zum letzten Mal – in Szene gesetzt worden ist, wider-

standen hat und auch weiter widersteht. Ich werte das auch – ich sage das in aller Offenheit – als ein Verdienst der deutschen Unternehmer, die ebenfalls in manchen Bereichen hier ihren Anteil haben. Wir müssen offen und ehrlich miteinander reden. Man sollte uns aber von Hamburg aus, verehrter Freund, nicht die katholischen Sozialwissenschaftler „um die Ohren hauen“.

(Lebhafte Heiterkeit)

Man kann nicht sagen: Kommst du mit deinem Rauscher, dann komme ich mit meinem Nell-Breuning. Kommst du mit dem, dann komme ich mit meinem Pater Wallraff usw.

(Heiterkeit und Beifall)

Weder katholische Sozialethik oder katholische Soziallehre – ich wäre glücklich, wenn wir wüßten, welchen Stand sie zur Zeit hat und welche unbestrittene Meinung sie im Augenblick vertritt –

(Lebhafter Beifall)

noch evangelische Sozialethik werden uns der politischen Entscheidung entheben.

(Beifall)

Das aber weiß ich, meine Damen und Herren: Wenn die Kräfte insbesondere aus der Arbeitnehmerschaft nicht mehr zu uns stoßen, die von daher ihr Bild von den Dingen, ihre Meinung haben, dann ist es mit der CDU-Volkspartei nicht zum besten bestellt;

(Zurufe: Sehr richtig!)

denn wir sind nicht aus wirtschaftlichen oder ähnlichen Überlegungen zur CDU gestoßen, sondern wir sind aus Überlegungen zur CDU gestoßen, die nicht zuletzt, wenn auch nicht nur, so doch nicht zuletzt in unserer Weitanschauung begründet lagen.

(Lebhafter Beifall)

Wir wissen, wie fließend diese Fragen heute geworden sind, wie fließend diese Grenzen geworden sind. Hier wurde 40:40:20 usw. angesprochen. Über allem, was von der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft kam, stand als oberste Zeile: Diskussionsbeitrag. Ich bin dankbar – ich sage das in aller Offenheit – all denen, die hier Einwände erhoben haben, die mich zum Nachdenken gezwungen haben; auch Herr Professor Erhard hat mich eben an diesem Punkt erneut zum Nachdenken gezwungen. Aber ich bin gram denen, die eine Diskussion beenden wollen für ein Programm, welches für die siebziger Jahre Geltung haben und nicht ein sich schnell verflüchtigt.

gendes Wahlkampfprogramm sein soll. Und wer, meine verehrten Freunde, hier Eigentum in Kontraststellung zu unserer Auffassung zur Mitbestimmung setzt, der tut beiden einen schlechten Dienst; denn wir alle wissen, nicht zuletzt auch die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, daß wir doch in der Eigentumsfrage gewiß Lob erwarten können, soweit es schon lange hinter uns liegende Jahre angeht, aber wenn Sie einmal Statistiken zur Hand nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann haben wir doch sehr wohl „mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa“ zu sagen.

Ein letztes Wort möchte ich noch sagen. Hier ist oft die Montanmitbestimmung angesprochen worden. Ich werde die Montanmitbestimmung nicht rühmen, ich werde die Montanmitbestimmung nicht stärken. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bessere ist des Guten Feind. Lösen wir die Mitbestimmung so, daß wir die Montanmitbestimmung entbehren können.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Der Antrag 30 ist zurückgezogen. Um Ihnen eine Vorstellung über den weiteren Ablauf der Sitzung zu geben, möchte ich Ihnen ankündigen, daß wir vorhaben, etwa kurz vor 1.00 Uhr die Aussprache zu unterbrechen und uns dann um 3.00 Uhr, wie im gedruckten Programm vorgesehen ist, wieder zu treffen. Wir halten es für besser, nicht durchzutagen, wie teilweise angeregt worden ist, sondern eine richtige Mittagspause einzulegen,

(Beifall)

damit wir hier keine ständige Wanderung im Saal haben.

Das Wort hat Freund Dr. Stark, Nordwürttemberg. Anschließend folgt Freund Müller, Remscheid.

Dr. Stark, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fühle mich in einer Situation wie vor wenigen Jahren, als ich als junger Assessor und Sozialreferent einen Sozialgerichtsprozeß vor einem Landessozialgericht zu führen hatte, wo es darum ging, ob eine Tätigkeit eines älteren Mannes für die bei ihm aufgetretene Lähmung ursächlich war. Es wurden dabei Gutachten von allen deutschen Universitäten, von Professoren usw. erstellt. So kommt es mir heute vor. Wir haben so viele als Gutachter und als Sachverständige gehört, daß ich nur noch sagen kann, wie ich damals gesagt habe, meine lieben Parteifreunde, denken Sie das mal alles weg, lassen Sie alle Ideologie weg, lassen Sie alle Standorte weg, ob man nun von der Wirtschaft herkommt oder als Arbeitnehmer, und versuchen Sie, die Frage rein pragmatisch aus der Erfahrung heraus zu beantworten. Da stellt sich für uns die Frage nach unserer Politik, dient es dem Menschen, dient es dem Arbeitnehmer.

Dieser Gedanke zog sich durch diesen ganzen Parteitag. Wenn ich die Frage stelle – nur darum geht es, und nur darüber spreche ich – dient die

paritätische wirtschaftliche Mitbestimmung im unternehmerischen Bereich den Investitionen usw., dient sie dem einzelnen Arbeitnehmer, dann muß ich diese Frage verneinen. Man muß konkret fragen, stimmt ein Arbeitnehmer in einem nicht mitbestimmten Betrieb, wie zum Beispiel Daimler-Benz, weniger mit als in einem mitbestimmten Betrieb, wie Rhestahl oder Krupp. Das ist für mich die entscheidende Frage.

Die zweite Frage ist, fühlt er sich menschlicher, fühlt er sich integrierter in einem Mitbestimmungsbetrieb wie in einem nicht mitbestimmten Betrieb. Ich möchte diese Frage nach den bisherigen Erfahrungen eindeutig verneinen. Dann kommen die Fragen auf: Dient die paritätische Mitbestimmung einer produktiveren Wirtschaft? Dient sie dazu, die Strukturwandlungen besser zu meistern? Dient sie dazu, produktiver zu arbeiten und Steuern zu erarbeiten, um die soziale Sicherung, um die Investitionen im Bereich des Verkehrs, des Krankenhauswesens usw. zu investieren? Da komme ich nach meiner bisherigen Erfahrung – ich lasse mich gern von einer anderen Meinung überzeugen – zu der Meinung, daß ich diese Frage eindeutig mit Nein beantworten muß.

Wenn man unterstellt, daß es richtig ist, daß die paritätische wirtschaftliche Mitbestimmung dem einzelnen Arbeitnehmer nicht dient, daß sie auch langfristig meines Erachtens auch den Gewerkschaften nicht dient, dann muß man folgendes überlegen: Sicher würden die Gewerkschaften durch die Einführung der paritätischen Mitbestimmung zunächst ein Plus an Einfluß und Macht gewinnen; langfristig glaube ich, daß sie sich selbst korrumpieren würden, wenn sie zum Teil Unternehmer, zum Teil Arbeitnehmervertreter spielen müßten. Das scheint mir eine ganz entscheidende Frage zu sein.

Die deutschen Gewerkschaften sollten sich das wohl überlegen. Nur in diesem Zusammenhang sehe ich mich um in den übrigen Ländern. Ich glaube, daß aus diesen Gründen – nicht aus anderen – die übrigen Gewerkschaften in der EWG oder in Amerika nicht nach der Mitbestimmung streben.

Drittens: Ich glaube, durch die Soziale Marktwirtschaft hat sich ein Gleichgewicht, das man beinahe mit einer Gewaltenteilung vergleichen könnte, zwischen Gewerkschaften und Unternehmen herausgespielt, das sich bewährt hat und das gesund ist, das meines Erachtens durch eine paritätische Mitbestimmung entscheidend verlagert und gestört würde.

Alles zusammen genommen: Wenn man wirklich unideologisch ohne Standort einmal versucht, hier heranzukommen, dann glaube ich, daß die paritätische Mitbestimmung so weit ausdiskutiert ist, daß ich meine, sie ist kein erstrebenswertes Ziel, wenn man vom Arbeitnehmer ausgeht.

Von den Argumenten, die die Wirtschaft dagegen hat, will ich gar nicht sprechen. Ich fühle mich in diesem Sinne als Arbeitnehmer. Als Bundestagsabgeordneter muß man sowieso alles selber machen. Deshalb sind wir Arbeitnehmer.

(Beifall)

Wenn hier immer wieder gesagt wird, die Bundesregierung hat eine Kommission beschlossen, die Bundestagsfraktion hat das und das beschlossen, so möchte ich dazu erklären, wir sind doch hier auf dem Parteitag der CDU, der die Richtlinien oder mindestens Empfehlungen für die Bundesregierung und für die Bundestagsfraktion gibt. Wir sind nicht an Beschlüsse der Bundesregierung oder der Fraktion hier auf diesem Parteitag gebunden. Der Parteitag kann zwar den Bundestag nicht binden, aber er kann klar seine Meinung sagen.

Ich bin der Meinung, diese Frage ist soweit ausdiskutiert, daß mir die paritätische Mitbestimmung so weit geklärt scheint, daß sie nicht der richtige Weg für das ist, was wir als Christlich Demokratische Union wollen.

(Beifall)

Wenn man immer wieder sagt, wir wollen zunächst einmal prüfen, dann kann ich aus der Erfahrung des Bundestages Ihnen sagen, meine Damen und Herren, daß das eine Schwäche unserer Partei ist, daß wir alle schwierigen Probleme immer wieder prüfen wollen, anstatt sie zu entscheiden.

(Lebhafter Beifall)

Vor jeder schwierigen Frage machen wir Gutachten oder fordern Berichte an. Wir haben sie dann auf dem Schreibtisch liegen und sehen uns vor lauter Gutachten nicht mehr in der Lage, zu entscheiden.

Ich bin nicht der Meinung, daß der Antrag Nummer 60 der Weisheit letzter Schluß ist. Es gibt sicher Formulierungen, die das, was wir wollen, noch besser, fortschrittlicher und in die Zukunft weisend sagen als dieser Antrag.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat der Freund Müller, Remscheid. Ihm schließt sich an der Freund Mikat.

Müller, MdB, Remscheid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manchmal muß man Selbstverständlichkeiten aussprechen. Ich glaube, an der heutigen Diskussion gespürt zu haben, eine Feststellung hier aussprechen zu sollen, daß nämlich die Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch eine alte christlich-soziale Forderung ist, und zwar aus einer sozial-ethischen Begründung heraus nach den Prinzipien von Freiheit und Ordnung. Dabei brauche ich vor diesem Kreis keine Ausführungen darüber zu machen, was im Sinne der christlichen Soziallehre Freiheit heißt, nämlich nicht zum zügellosen Gebrauch, sondern in einer recht verstandenen Bindung und Verantwortung. Wir sehen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer als eine Ordnungskonzeption innerhalb der Wirtschaft. Wir sehen diese gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Mitbestimmung. Herr Kollege Gewandt, ein Wort noch an Sie wegen der Frage der katholischen Soziallehre. Ich

bin gerne bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, dann müssen wir aber auch wissen, daß in der Enzyklika Mater et Magistra steht, daß die Arbeit Vorrang hat vor dem Eigentum, daß die menschliche Leistung Vorrang hat.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird sehr viel von der wirtschaftlichen Macht und von ihrem Mißbrauch gesprochen. Wie kann sich eine solche wirtschaftliche Macht in der Politik darstellen? Ich glaube, in der Finanzierung von politischen Parteien oder von Gruppen in politischen Parteien kann das der Fall sein. Ich will gar nicht in die Vergangenheit vor 1933 hineingehen, sondern ich will einmal die Frage aufwerfen, ob diese Union nicht in eine sehr schwierige Situation durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gekommen ist. Ich glaube, Sie wissen, was ich damit andeuten will, daß sich nämlich manche hier zu einem Kampf gegen die Mitbestimmung zusammengeschlossen haben, daß das aber weiß Gott den Dialog innerhalb der CDU nicht fördert.

Ein weiteres Argument! Unternehmensrisiko ist nicht nur Vermögensrisiko. Das Marktrisiko der Arbeitnehmerschaft ist größer. Wer hat denn eigentlich das Risiko bei Krupp getragen? Waren das nicht wir alle, nämlich die Steuerzahler? Wie wird das Risiko beispielsweise des Arbeitnehmers bei der Strukturkrise im Revier getragen?

Nur zwei Zahlen will ich Ihnen sagen. In Nordrhein-Westfalen sind zwei Drittel aller Arbeitslosen im Revier zu Hause, davon zwei Drittel arbeitslose männliche Arbeitnehmer über 55 Jahre. Glauben Sie, die seien zu faul zum Arbeiten? Ich glaube nicht. Aber sie haben das Marktrisiko dieser Strukturveränderung getragen, und das dürfen Sie bei alledem nicht vergessen.

Ich wollte etwas zur aktuellen Situation sagen, weil ich als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit da im Wort stehe. Sie kennen die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger aus dem Dezember 1966.

(Dr. Barzel: Sehr wahr!)

Dann kam das Mitbestimmungssicherungsgesetz für die Holding, und ich habe dabei für die gesamte Koalition, und zwar für die Große Koalition, erklärt, daß eine weitere Prüfung der Mitbestimmungsfrage in der Koalition erst dann vorgenommen wird, wenn die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ihr Gutachten vorgelegt hat. Dazu stehen wir im Wort.

(Beifall)

Diese Ziffer 60, die der Vorstand nun vorlegt, berücksichtigt, glaube ich, diese Situation. Und das eine will ich Ihnen sagen: für mich und meine Freunde ist dieses ein sehr weitgehender, ich möchte fast sagen, der äußerste

















Kompromiß, und es kann doch hier nicht zu einem Kompromiß des Kompromisses kommen.

Ich möchte eine Frage an Herrn Scheufelen richten und dabei auch gleich eine andere Frage aufwerfen. Herr Scheufelen ist Mitglied des Vorstandes. Herr Scheufelen hat hier erklärt, er habe dagegen gestimmt, und aus dem Grunde hat er sich hier auch gegen die Ziffer 60 ausgesprochen. Meine Damen und Herren, wie würden Sie eine Situation beurteilen, wenn hier ein Beschluß gegen die jetzige Ziffer 60 des Vorstandes gefaßt wird? Wer soll sich dann daran gebunden fühlen? Ist es nicht, wenn eine Mehrheitsentscheidung in einem Gremium getroffen ist, so, daß man diese Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren hat, oder hat uns Herr Scheufelen ein Beispiel gegeben?

(Beifall)

Herr Scheufelen hat etwas zur Erschwerung in Europa gesagt. Meine Damen und Herren, hier ist schon das Beispiel Frankreich geschildert worden. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß die Industrie dahingeht, wo sie am meisten verdient – das ist ihr legitimes Recht – und wo am wenigsten gestreikt wird? Glauben Sie nicht, daß die Industrie, wenn sie beispielsweise wegen des dort noch fehlenden Mitbestimmungsrechts nach Frankreich gegangen wäre, dann in die Schwierigkeiten gekommen wäre, wie sie im Mai dieses Jahres in Frankreich gewesen sind?

Herr Kollege Mick hat eben etwas angedeutet. Was ich hier heute eigentlich in der Diskussion vermißt habe – mit Ausnahme des Kollegen Katzer, der es gesagt hat – ist folgendes. Was meinen Sie, was geschehen wäre, wenn es in Frankreich zu einer Solidarisierung der linksstudentischen Kräfte mit der Arbeiterschaft gekommen wäre, als es im Frühjahr auch bei uns unruhig wurde?! Sehen Sie doch einmal die staatsbejahende Haltung der deutschen Arbeitnehmer und auch der deutschen Gewerkschaften!

(Beifall)

Die Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung sind ja draußen – hier Gott sei Dank nicht, aber draußen – zum Teil geschmacklos geworden. Sehen Sie sich nur diese Karikatur im „Industrie-Kurier“ und in der „Welt“ an, wo die Mitbestimmung auf einem Baldachin getragen wird und wo dann darunter steht: „Der neue Götze“. Ich weiß nicht, ob das jemand einmal geprüft hat. Da ist die Fronleichnamsprozession dargestellt worden. Wenn also Mitbestimmung der neue Götze ist, war denn das, was am Fronleichnamstag durch die Straßen unserer Städte zieht, ein Götze? Meine Damen und Herren, ich glaube, das muß man einmal überprüfen.

(Beifall)

Wir haben hier in dem Aktionsprogramm eine besondere Ziffer zu Europa beschlossen. Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich Sie auf die Schluß-

entschließung des Europäischen Kongresses der christlich-demokratischen Parteien vom 13. bis 15. September 1968 in Venedig hinweisen. Da heißt es nämlich zu Europa in einer letzten Ziffer:

„Getreu ihrer Tradition und ihrem Geist müssen die christlich-demokratischen Parteien nach besten Kräften zur Erneuerung der wirtschaftlichen Strukturen sowohl hinsichtlich der Größenordnung wie ihrer Funktionen beitragen, damit durch die Inangasetzung eines Programmierungsprozesses eine echte wirtschaftliche Demokratie geschaffen wird, die eine ausgewogene Befriedigung des Bedarfs der Gesellschaft ermöglicht. Es erscheint ferner notwendig, die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen im Rahmen der Unternehmen zu fördern.“

Meine Damen und Herren, wenn wir Europa sagen und wenn wir an solchen Entschlüssen in Europa mitwirken, dann sollten wir das auch in unserer Diskussion berücksichtigen.

Nun noch ein Letztes. Heute morgen ist Karl Arnold genannt worden, und es steht mir vielleicht als Arbeitnehmer gut an, auch einmal einen unserer Freunde von der Arbeitgeberseite zu zitieren zur Frage der Mitbestimmung. Ich meine Herrn Dr. h. c. Abs. Er hat 1954 auf dem 5. Parteitag der CDU in Köln gesagt – ich darf zitieren, Herr Präsident:

„Lassen Sie mich hier eines Beitrages der Bundesrepublik auf dem Gebiete des sozialen Fortschritts gedenken. Ich meine die Regelung der Mitbestimmung. Auf Grund der bisher mit ihr gemachten Erfahrungen möchte ich in ihr einen echten Erfolg sehen. Sie wird sich, so glaube ich, auch in Zukunft bewähren, sofern sich nur die Sozialpartner wie bisher um eine loyale Zusammenarbeit bemühen und jeder bereit ist, dem anderen zu geben, was ihm gebührt.“

Und Herr Dr. Abs hat 1965 bei der Hauptversammlung der Dortmunder Hütten-Union sein Ja zum Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften wiederholt. Er hat gesagt:

„Ich habe die ersten Nachkriegsjahre und den Aufbau der Montanindustrie nicht vergessen. Daraus haben sich Verpflichtungen ergeben, die zur Mitbestimmung geführt haben.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, das sollte man auch bei uns in unseren Diskussionen nicht vergessen.

In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wollen wir den Arbeitnehmer als politisch, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigten Staatsbürger anerkennen. Das hat die CDU immer auf ihre Fahnen geschrieben, und ich meine, die Mitbestimmung kann dazu entscheidend beitragen, daß die freiheitlich-demokratischen Prinzipien unserer Verfassung auch zu unverrückbaren Elementen der geistigen Haltung der demokratischen Gesellschaft werden.

Dazu dient auch diese Ziffer 60, die wir sehr herzlich anzunehmen bitten.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, ich glaube, es steht dem Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands weder an noch zu, Beifall oder Mißfallen bei der Mitteilung über Zahlen hinsichtlich der Wahlergebnisse in Amerika zu bekunden.

(Beifall)

Nachdem ich dies gesagt habe mit der Bitte, es zu berücksichtigen, teile ich Ihnen mit, daß sich die Zahlen der Wahlmänner im Augenblick wie folgt verteilen: Humphrey 203, Nixon 295. Es liegt aber noch keine offizielle Bestätigung dafür vor, daß diese Zahl bereits ausreicht, um die endgültige Wahl festzustellen. Ich möchte Sie aber wenigstens unterrichtet haben. Wallace hat 45 Wahlmänner hinter sich gebracht.

Wir fahren jetzt in der Aussprache fort. Das Wort hat Freund Mikat, Rheinland.

Prof. Dr. Mikat: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Soweit die Vorlage, die der Bundesvorstand uns gegeben hat, bisher hier diskutiert wurde, ist Übereinstimmung darin festzustellen, den in der Tat nicht glücklichen Begriff „Unternehmensverfassung“ in Absatz 1 durch den Begriff „Unternehmensrecht“ zu ersetzen. Aber wir wissen auch, daß damit lediglich ein, wenngleich ich glaube, bedeutungsvolles Problem angesprochen wird.

Diskussionen wie diese um die Mitbestimmung sind ja nicht Diskussionen, bei denen es etwa nur um die Frage einer wirtschaftlichen oder betrieblich gut funktionierenden Regelung geht, sondern sie müssen gesehen werden als Ausdruck der gesellschaftlichen Lagen.

Für mich war bemerkenswert – und ich bin sehr dankbar dafür – daß Herr Bundeskanzler Erhard in seinem Beitrag von der hohen Bedeutung der von ihm repräsentierten Sozialen Marktwirtschaft im Hinblick auf ein neues Gesellschaftsverständnis gesprochen hat. Ich muß aber in diesem Zusammenhang auch daran erinnern: Als wir uns zu dieser Sozialen Marktwirtschaft unter Ludwig Erhard bekannt haben, haben wir auch nicht zunächst die Frage gestellt, ob diese Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verständnisses nun gleichzeitig auch bereits voll von entsprechenden internationalen Entwicklungstendenzen gedeckt war oder nicht.

(Beifall)

Die geschichtliche Leistung von Ludwig Erhard sehe ich gerade darin, daß er unabhängig von außerdeutschen Lösungen dieses Modell vorangestellt und damit gesamtgeschichtliche Bedeutung erworben hat.

(Erneuter Beifall)

Das heißt nicht, die Fragen, die hier von Herrn Scheufelen oder von Herrn Benda aufgeworfen worden sind, zu ignorieren, sondern das bedeutet zunächst nur Ausräumung des möglichen Einwandes:

Ihr schlägt hier unter Umständen Wirtschaftsverfassungsmodelle vor, die es etwa in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien oder in den skandinavischen Ländern nicht gibt.

Wer die Frage der Mitbestimmung als Frage nach der gesellschaftlichen Situation versteht und wer zugibt – und das haben alle Diskussionsredner heute getan – daß wir, wenn wir ein Aktionsprogramm für die 70er Jahre erstellen, dann natürlich auch die Progressivität der gesellschaftlichen Entwicklung einfangen müssen, der kann – und auch das ist als erfreuliches Ergebnis der heutigen Diskussion festzuhalten – überhaupt nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie sprechen, d. h., wie muß eine Mitbestimmung verwirklicht werden, die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht.

(Beifall)

Dabei warne ich davor, in diesem Zusammenhang etwa zu sagen, es handle sich beim Problem der Mitbestimmung um Übernahme parlamentarisch-demokratischer Verhaltensweisen, Gerade das wäre im Grunde genommen nichts anderes als ein öder Demokratismus, der der Demokratie schaden würde. Man kann nicht schematisch parlamentarische Strukturformen ohne weiteres für die Wirtschaftsverfassung übernehmen. Hier geht es vielmehr darum, daß das neue Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft nunmehr im wirtschaftlichen Bereich wie im kulturellen Bereich gesellschaftlich und wirtschaftlich verantwortungsvoll eingefangen wird.

(Beifall)

So wie die Soziale Marktwirtschaft die Absage der CDU an die paläoliberalen Vorstellung von einer sich selbst überlassenen Wirtschaft und Ausdruck der Mündigkeit des Staatsbürgers war und ist, so muß es – das liegt im Zuge der geschichtlichen Entwicklung – auch eine Weiterbildung sowohl der Betriebs- wie auch der Wirtschaftsstrukturen geben. Das heißt, wir können hier nicht etwa sagen: Betriebsverfassungsgesetz voll ausnutzen – ja!, aber sonst nichts!, sondern es gibt in der Tat ein neues gesellschaftliches Engagement am Gesamtprozeß der Wirtschaft, das in der Mitbestimmungsforderung seinen Ausdruck findet.

Mitbestimmung als solche verstößt im Prinzip weder gegen das Eigentum noch im Prinzip gegen die Unternehmerinitiative, wiewohl gerade das Verhältnis von Mitbestimmung und Unternehmerinitiative das Kernstück der Mitbestimmungsdiskussion darstellt.

(Beifall)

Kein Mensch kann doch sagen – bei allem, was man vielleicht kritisch gegen diese oder jene Äußerung der Gewerkschaften sagen kann; ich gehöre ihnen ja schließlich nicht an – die Gewerkschaften hätten nicht in sehr hohem Maße durch ihr Verhalten nach dem Kriege auch die Eigentümerpositionen ge-

schützt. Sie haben doch in allen Fällen, in denen sie in Auseinandersetzungen mit Firmen standen, gleichzeitig immer Rücksicht auf die Eigentümerposition genommen. Es ist aber zu berücksichtigen, daß Eigentum und Unternehmensführung in weiten Bereichen der Wirtschaft schon lange nicht mehr deckungsgleich sind. Daraus folgt, daß die eigentliche Aufgabe der Gesetzgebung darin bestehen muß, das Verhältnis von Eigentum, Unternehmensführung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

Ich bin dankbar, daß hier — vornehmlich von den Sprechern von Baden-Württemberg — der Gedanke der Eigentumbildung im Zusammenhang mit unserer künftigen Mitbestimmungsentwicklung gesehen worden ist. Aber ich würde davor warnen, den Gedanken einer von uns erst noch voll zu entfaltenden Eigentumbildungspolitik gewissermaßen als Alibi zu benutzen, um die Frage der Mitbestimmung als Cura posterior hinzustellen. Das wäre gesellschaftlich nicht vertretbar.

(Beifall)

Auch der Begriff der Partnerschaft, den wir so gerne verwenden, ist zunächst eine — Sie verstehen das Wort jetzt hoffentlich nicht falsch — Leerformel mit positiver Tendenz, die es inhaltlich auszufüllen gilt.

(Beifall)

Wirtschaftsrechtlich, arbeitsrechtlich, habe ich mit dem Begriff des partnerschaftlichen Verhaltens überhaupt noch nichts ausgesagt, sondern dieser Begriff bedarf der Konkretisierung. Wenn Sie nun daran denken, daß die Ziffer 60 gar nicht über die Frage der paritätischen Mitbestimmung handelt, sondern lediglich von einer weitergehenden Mitbestimmung spricht und auch diese weitergehende Mitbestimmung noch von einer Prüfung abhängig gemacht wird, dann sehen Sie, daß die Intention der Ziffer 60 in dem Offensein für verschiedene Mitbestimmungsmodelle liegt. Uns sind solche Modelle heute hier im einzelnen noch gar nicht dargelegt worden. Ich kann doch hier nicht generell Ablehnungsentscheidungen treffen, wenn ich über die einzelnen Modelle noch nicht Bescheid weiß!

(Beifall)

Hier ist eben gesagt worden, wir sollten nicht solange auf Gutachten und Stellungnahmen warten, wir sollten hart entscheiden. Natürlich, am Ende eines Meinungsbildungsprozesses muß die Entscheidung stehen, und keine Partei und kein Parlament ist überhaupt auch nur berechtigt, seine Entscheidung Professoren oder einem Gremium von Sachverständigen zu übertragen. Wir deponieren unseren Verstand nicht dort, aber wir holen zunächst einmal Gründe und Motive für die Meinungsbildung ein. Das entspricht der CDU und zeigt, wie sehr wir sachgerecht orientiert sind.

(Beifall)

Falls man so nicht verfahren will, dann, liebe Parteifreunde, müssen wir hier in der Tat eine sehr lange Diskussion führen. Dann müssen wir nämlich die einzelnen Modelle durchdiskutieren. Dann können wir nicht nur einfach sagen: Mitbestimmung in erweiterter Form gefährdet unter Umständen unsere Wettbewerbschancen, sondern dann muß hier doch dargetan werden, warum sie gefährdet. Wenn es natürlicherweise divergierende Interessenperspektiven in Betrieben gibt – denn die Arbeitgeberfunktion ist mit der Arbeitnehmerfunktion von der Interessenlage her nicht beliebig austauschbar – dann kann die hohe Funktion der Mitbestimmung nur darin liegen, die extremen Positionen abzubauen. So würde ich als Funktion einer von mir bejahten Mitbestimmung wesentlich auch die Integrationsfunktion sehen. Dann stellt sich aber die Frage: Wie muß ein Mitbestimmungsmodell aussehen, das diese Integrationsfunktion erfüllt? Und es stellt sich zweitens die im wissenschaftlichen Schrifttum bereits vielfach erörterte Problematik: Wie verhalten sich dann Tarifautonomie und Mitbestimmung?

Auch hier muß man allerdings mit dem leicht vorgetragenen Satz aufräumen: Wer Mitbestimmung – etwa im Sinne der Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes will, – die ich damit gar nicht global teile – lehnt damit die Tarifautonomie ab. Denn es gibt sehr wohl Modelle von „Mitbestimmung plus Tarifautonomie“. Jene These stimmt doch gar nicht, das sind doch zunächst einmal Behauptungen, die der Untersuchung bedürfen. Denn kein Mensch wird sagen, daß bei der bisherigen Form der Montan-Mitbestimmung das Hauptproblem dieser Montan-Mitbestimmung in der Schwierigkeit des Ausgleichs zwischen Tarifautonomie und Mitbestimmung gelegen hätte. Darin hat es nicht gelegen, und Sie werden mir wohl keinen deutschen Unternehmer herbeizaubern können, der etwa behauptet, die Schwierigkeit der Montan-Mitbestimmung hätte darin gelegen, daß wir auch hier Tarifautonomie gehabt hätten. Das heißt nicht: also schematische Übernahme des Modells Montan-Mitbestimmung sondern nur: Mitbestimmung schließt weder Eigentum noch Tarifautonomie aus. Aber die Regelung der Mitbestimmung beinhaltet die Berücksichtigung der Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Tarifautonomie und die Berücksichtigung der Eigentumsposition. Genau das meint die Ziffer 60.

Hier ist eben – ich glaube, von meinen Parteifreunden Meyers und Grundmann – zutreffend gesagt worden: Die Ziffer 60 sagt ein sehr klares Nein gegenüber allen Bestrebungen überbetrieblicher Einflußmonopole. Diese überbetrieblichen Einflußmonopole können in zweifacher Hinsicht bestehen. Sie können einmal auf Seiten der Gewerkschaften liegen, also des organisierten Arbeitnehmerinteresses. Zum anderen können sie liegen – ich bin wirklich erstaunt, daß heute kein Mensch den Begriff in den Mund genommen hat, aber er soll in den Mund genommen werden – bei den Banken.

(Beifall)

Meine Hochachtung vor den deutschen Banken ist so groß, daß ich mich nicht scheue, den Begriff in den Mund zu nehmen; das ist doch ein ehrenwerter Begriff!

(Heiterkeit)

Die Schwierigkeit liegt nur darin – und das muß offen zugegeben werden –, daß die Entwicklung des Depotstimmrechts heute einen Grad erreicht hat, wo wir uns in der Diskussion um die Mitbestimmung wahrscheinlich auch der gesetzlichen Neuordnung dieses Komplexes wenden müssen. Natürlich kann ich hier rein formal sagen: hier wird ja Eigentum wahrgenommen, hier werden ja Eigentumsinteressen vertreten! Wenn Sie die Sache so formalisieren und nicht mehr an der tatsächlichen Wirklichkeit messen, dann geht es einem gar nicht mehr um die gesellschaftliche Sache als solche, sondern lediglich nur noch um die Abgrenzung formaler Standpunkte. Das kann aber nicht Sache der CDU sein.

Wenn also Ziffer 60 genau diese Monopolstellungen nicht nur ablehnt, sondern, wenn sie dieses Nein als die unübersteigbare Schranke bezeichnet, dann hat sie damit gleichzeitig den Rahmen gesetzt, in dem – unabhängig vom Ergebnis der Gutachterkommission – unsere Entscheidung fallen muß.

Das heißt: Über diesen Punkt dürfte es dann keine Diskussion geben. Das wäre – und alle haben das schon bekräftigt – die eigentliche politische Entscheidung, die hier zu fällen ist und die dann den Rahmen gibt. Für alles andere brauchen wir nun die einzelnen konkreten Modellvorstellungen.

Ich kann jetzt nicht hingehen – und damit möchte ich schließen – und sagen: wir lehnen damit auch bestimmte extreme Forderungen schon generell ab. Ich weiß nämlich nicht, wie die Auswirkungen solcher Forderungen in den einzelnen Bereichen sind. Ich bin Herrn Kollegen Benda sehr dankbar, daß er hier aus den Erfahrungen, die er als ein auf diesem Gebiet sehr kundiger Jurist hat, uns die Rechtsproblematik dargelegt hat.

Ich glaube, da wir die einzelnen Probleme hier nicht regeln können, da wir sie aus Zeitgründen auch nicht sachkundig im einzelnen diskutieren können – wiewohl es mich persönlich reizen würde, zu dieser oder jener von den Unternehmern vorgetragenen Auffassung Stellung zu nehmen – daß wir die Ziffer 60 bejahen sollten. Mir ist der Antrag 50 zu wenig beweglich. Denn wie immer man es beurteilen mag, im Deutschen Bundestag werden nun unsere Freunde die Arbeit zu leisten haben. Wenn wir nun, wie es vom Bundesvorstand uns vorgeschlagen worden ist, nach Vorliegen des Gutachtens erneut zusammentreffen, werden wir viel faktenreicher und auch weniger emotional darüber diskutieren.

Wer aber eine Nase für gesellschaftliche Entwicklungen hat – und hier gilt nichts anderes als in der leidigen Schulpolitik: Ich verstehe unter „Nase für Entwicklungen“ niemals Rücksicht auf Wahlen – der wird die Zukunft im Auge haben. Glauben Sie mir, ich habe ein gutes Gespür für Wahlen. Aber wir können solche Entscheidungen nicht determinieren im Hinblick auf Wahlen. Dann brauchen wir hier kein Aktionsprogramm für die 70er Jahre zu machen.

(Beifall)

Ich verstehe das im Hinblick auf die Frage, welche geistige Kraft wir wirklich haben, ob wir noch in der Lage sind, jetzt in der Diskussion aus den Grundprinzipien heraus neue Modelle zu setzen. Die müssen hier auf diesem Felde erst noch entwickelt werden. Darüber werden wir diskutieren.

Aber gerade weil wir in der Sozialen Marktwirtschaft mit Ludwig Erhard die geschichtliche Leistung besonders auch gegenüber dem Osten gesetzt haben, die der Würde des Menschen angemessen war, sollten wir diese Leistung in einem neuen Verständnis von Staat und Gesellschaft fortsetzen, das nicht die Interessenperspektiven aufhebt, aber dem Verhältnis von Kapital und Arbeit Rechnung trägt. Wir gefährden nicht das Eigentum, wir gefährden nicht die Würde des einzelnen. Wir geben ihnen vielmehr einen neuen Sinn und ein neues Maß, denn weder Eigentum noch Partnerschaft sind außergeschichtliche Begriffe. Sie sind Begriffe, die der konkreten Ausfüllung in geschichtlichen Situationen stets neu bedürfen.

Wer das spürt, sollte offen bleiben und der Vorlage des Bundesvorstandes darum seine Zustimmung geben.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, ich glaube, daß der Vormittag mit der Aussprache sehr ausgefüllt war und daß in knapp vier Stunden doch wahrscheinlich schon der größte Teil dessen gesagt worden ist, was für die Entscheidung wichtig werden kann. Trotzdem haben wir noch 44 Wortmeldungen.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung. Ich bitte aber schon jetzt um Ihr Einverständnis dazu, daß wir nach der Mittagspause jedem Redner eine Grenze von 5 Minuten setzen.

Ich danke Ihnen. Wir treffen uns pünktlich um 15 Uhr wieder.

(Schluß der Sitzung: 13.08 Uhr.)

6. Plenarsitzung, Beginn 15 Uhr

Präsident Amrehn: Meine Freunde, die Sitzung ist wiedereröffnet; denn es ist Punkt 15.00 Uhr.

(Beifall)

Sie werden in der Zwischenzeit gehört haben, daß das hier vorhin vorläufig und mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß es nicht bestätigt sei, mitgeteilte

Wahlergebnis von Amerika auch jetzt noch keineswegs ganz eindeutig ist, sondern daß nach den letzten Hochrechnungen Nixon noch einige Wahlmänner fehlen. Ich möchte Ihnen auch dies mitgeteilt haben.

Nun bin ich davon unterrichtet worden, daß es sich einige Freunde in der Mittagspause nicht leicht gemacht, sondern sich zusammengesetzt haben, um nach Verständigungsmöglichkeiten zu suchen.

(Beifall)

Ich hoffe, sie kommen zu guten Erfolgen dabei. Wir werden also vielleicht in Aussicht nehmen, unsere Beratungen zu einer gegebenen Zeit einmal zu unterbrechen, um der Antragskommission die Möglichkeit zu tagen zu geben. Ich halte das alles für möglich und möchte es zunächst auch nur angekündigt haben für den Fall, daß sich ein Kompromiß abzeichnen sollte. Ich halte es aber für richtig, solange diese Dinge nicht feststehen, hier in der Reihenfolge der Redner fortzufahren. Als nächster hat nun der Freund Schetter das Wort und nach ihm der Freund Dr. Blüm.

Schetter, Nordwürttemberg: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich bin also der Landesvorsitzende, von dem heute morgen bei der Begründung des Antrags 50 gesagt wurde, daß er mit unterzeichnet habe.

Wir haben die Vorlage des Bundesvorstandes der CDU in unseren Gremien der Partei in Nordwürttemberg beraten und kamen mit der Partei und den Sozialausschüssen überein, daß diese uns vom Bundesvorstand zugesandte Vorlage unseren Vorstellungen nicht ganz entspricht. Wir haben deshalb eine neue Vorlage ausgearbeitet. Diese Vorlage befindet sich in der Antragsammlung unter F 18. Wir haben in den letzten Tagen und auch gestern noch darüber beraten und einen neuen Antrag, den Antrag F 50, mit unterstützt, aus dem das Stimmrecht aus Eigentum herausgenommen und auf die Ziffer 91 mit übertragen worden ist.

Meine lieben Parteifreunde, wir stehen voll und ganz hinter diesem Antrag, und ich möchte auch begründen, warum. Der Unterschied zwischen diesen beiden Anträgen, das heißt, zwischen dem Antrag F 50 und der Ziffer 60 der Vorlage, liegt eigentlich nur noch in der paritätischen Mitbestimmung. Die Ausdehnung der Mitbestimmung nach Montan ist der einzige Streitpunkt, der meines Erachtens noch darin liegt. Alle anderen Punkte decken sich ziemlich.

Wir sind der Auffassung, daß die paritätische Mitbestimmung nach Montan einfach nicht auf die anderen Industriebetriebe übernommen werden kann. Heute vormittag haben wir bei allen Diskussionsrednern festgestellt, daß sich keiner lobend über die paritätische Mitbestimmung nach Montan ausgesprochen hat. Ich habe mich sehr gefreut, daß unser Freund Mick nicht nur in der paritätischen Mitbestimmung das allein Richtige sieht, sondern daß er auch einräumt, daß es noch andere Möglichkeiten gibt. Wir fragen uns aber dann:

Warum können wir nicht klar und eindeutig in einem Aktionsprogramm festlegen, daß wir die paritätische Mitbestimmung nach Montan beziehungsweise ihre Übernahme auf andere Industrien rundweg ablehnen?

(Beifall)

Meines Erachtens sind wir verpflichtet, unseren Wählern in der politischen Auseinandersetzung vor der Bundestagswahl 1969 klare Antworten zu geben. Wir können es auch nicht ausschließlich einer Kommission überlassen, die eingesetzt werden soll.

(Beifall)

Nach meiner Meinung ist der Parteitag hier beschlußfähig und auch mündig, um entscheiden zu können.

Wenn uns vorgehalten wird, wir seien gegen eine Mitbestimmung, dann ist das völlig falsch. Wir sind für eine arbeitsplatznahe Mitbestimmung, und das im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes. Ein Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes heißt: eine arbeitsplatznahe Mitbestimmung in Sozial- und in Personalfragen sowie ein erweitertes Recht für den Betriebsrat. Wir sind aber auch dafür, die wirtschaftliche Mitbestimmung zu fördern, und zwar über die Wirtschaftsausschüsse, die ja im Betriebsverfassungsgesetz verankert sind. Man muß dem Wirtschaftsausschuß größere Rechte einräumen. Dann sind klare Verhältnisse geschaffen.

In der Frage der überbetrieblichen Mitbestimmung, mit der sich die Ziffer 61 befaßt, sind wir der Auffassung, daß nicht die Arbeitnehmerkammern das Richtige sind, sondern daß die paritätisch besetzten Kammern – Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer – in der überbetrieblichen Mitbestimmung unserer Sache wesentlich mehr dienen würden.

Meine lieben Parteifreunde, wir haben gehört, daß die Kommission darüber berät. Dazu darf ich eines sagen: Wir sollten der Kommission eine Richtschnur mit auf den Weg geben und nicht etwa warten, bis ein Bundesparteitag 1969 über die Mitbestimmung entscheidet.

(Beifall)

Wir sollten heute klipp und klar festlegen, was wir wollen, und wir sollten der Beratungskommission mitgeben, daß eine Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung nach Montan auf die anderen Industriebetriebe abgelehnt werden muß.

(Beifall)

Ich bin Gewerkschaftler und möchte Ihnen daher eines sagen: Wir sollten in der Frage der Mitbestimmung meines Erachtens so verfahren, daß nicht die Aufgaben der Gewerkschaften verfälscht werden. Wir sollten klar sehen, daß

es nicht unsere Aufgabe ist, Unternehmereigenschaften zu entwickeln, sondern die Interessen der Arbeitnehmerschaft richtig zu vertreten.

(Beifall)

Ich darf Sie bitten, dem Antrag F 50, wenn er zur Abstimmung kommt, Ihre Zustimmung zu geben, damit wir, wenn wir nach Hause zurückkehren, im Wahlkampf unseren Delegierten sagen können, daß es sich um einen Beschluß handelt, an den wir uns halten können. Wir können sagen, daß uns das von den Delegierten des Parteitages mitgegeben worden ist. Dann können wir diesen Beschluß des Parteitages auch vor der Öffentlichkeit vertreten. — Ich danke schön.

Präsident Amrehn: Der Freund Schetter ist ein ganz vorbildlicher Redner; er hat sich haargenau an fünf Minuten Redezeit gehalten.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich erteile nun das Wort unserem Freund Blüm. Nach ihm kommt Freund Vogt an die Reihe.

Dr. Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Tribut, den eine Volkspartei an ihre organisatorische Größe zu zahlen hat, besteht meines Erachtens darin, daß sie die Entscheidungen dem Fegefeuer der Diskussion aussetzen muß. Wer die besseren Argumente vorzutragen hat oder wer des Glaubens ist, daß er sie habe, kann dieser Diskussion beruhigt entgegensehen. Wir hoffen, daß das Schmirgelpapier der Diskussion den Rest entfernt, nämlich den Rest der Ideologien. Insofern haben wir seitens der Sozialausschüsse keine Bedenken gegen ein solches Vorhaben. Allerdings, so will ich hoffen, müßte sich in dieser Diskussion nicht die Quantität der Propaganda, sondern die Qualität der Argumente durchsetzen.

(Beifall)

Wir sollten darauf achten, daß nicht ein Bombenteppich von Broschüren und Propagandamaterial uns den Weg verstellt, die Sache zu erkennen, um die es geht. Im übrigen wären die Ausgangspunkte für diesen Bombenteppich sehr unterschiedlich. Die Ausgangspunkte wären dann für die Sozialausschüsse allerdings etwas schlechtere als die auf den anderen Seiten.

Wir haben jedenfalls heute morgen deutlich gemacht, um was es uns geht. Es geht uns um die Diskussion neuer Führungsstrukturen in der Wirtschaft, Führungsstrukturen, die einer selbstbewußten Gesellschaft entsprechen. Es gibt das Lieschen Müller nicht mehr, jenes brave Arbeitnehmerbild ist abgestorben. Ich würde sagen, Gott sei Dank ist etwas mehr Selbstbewußtsein in der Arbeitnehmerschaft groß geworden. Man wird diese Arbeitnehmerschaft nicht allein mit Wohlstand abspesen können, obwohl auch das sehr ver-

dienstvoll ist. Hier steht zur Diskussion Gesellschaftsordnung, und das ist mehr als nur materielle Zuwendung. Auch darüber, so glaube ich, sind wir uns in dieser Partei einig.

Wir sollten uns deshalb in keiner Weise ein Nein an die Füße dieser Partei hängen lassen. Ein, wie auch immer geartetes, Nein zur Mitbestimmung könnte für uns sicherlich hinderlich sein, um dem Tempo der Entwicklung zu folgen. Wir sollten offen bleiben. Wir als Sozialausschüsse halten deshalb die in der Ziffer 60 der Bundesvorstandsvorlage gefundene Kompromißformel als Basis, auf der die weitere Diskussion erfolgen kann. Ich muß dazu sagen, daß wir den Kompromiß keineswegs als eine Degenerationserscheinung einer modernen Demokratie bezeichnen, sondern als humanes Verständigungsmittel in der Politik.

Aber, meine Damen und Herren, Sie dürfen nicht glauben, Sie könnten dieses Verständigungsmittel durch eine Inflation von Kompromissen entwerten. Sie dürfen es jedenfalls nicht. Sie dürfen den Kompromiß auch nicht mit einer Salami-Taktik verwechseln, auch nicht nach dem Motto, jetzt haben wir mal einen Kompromiß, vielleicht gehen die Sozialausschüsse noch ein Stückchen zurück, vielleicht können wir sie in der Montanbestimmung auch festnageln. Das verstehen wir nicht unter Kompromiß. Die Diskussion muß in jeder Hinsicht offen bleiben. Zu jedem Modell muß eine Prüfung möglich sein.

Ein zweites! Auch das sollte ins Gewicht fallen: Ein Kompromiß, der vom Bundesvorstand vorgelegt wird, ist nicht ein unverbindliches Angebot, sondern, wie ich meine, doch mit einiger Autorität ausgestattet, von der ich hoffe, daß der Bundesvorstand sie auch ins Spiel bringen wird.

Lassen Sie mich noch einige Fragen zur Diskussion von heute morgen stellen. Die Frage Nummer 1 wäre die, ich hatte den Eindruck, als würden einige Diskussionsredner die Sorge um das Gemeinwohl für die Anteilseigner reservieren, während der Gruppenegoismus den Arbeitnehmern vorbehalten bleibt. Das wäre doch eine etwas merkwürdige Vorstellung vom Gemeinwohl.

(Beifall)

Wenn wir Partnerschaft sagen, dann meinen wir, daß dieses Gemeinwohl der gemeinsamen Verantwortung der Partner entspringen muß, dem gemeinsamen Ringen um dieses Gemeinwohl.

Auch ein zweites ist mir nicht ganz deutlich geworden. Soll hier bei der Unterscheidung von kleinen und Großbetrieben behauptet werden, Eigentum sei Eigentum? Mit der Größe des Eigentums wächst doch auch sein sozial-ethisches Gewicht. Sie können einen Regenschirm nicht mit einer Atombombe vergleichen.

(Heiterkeit)

Diese Größe des Eigentums setzt auch andere rechtliche Formen voraus. Ich glaube, das ist doch wohl unbestritten.

(Präsident Amrehn: Ich bitte Sie, nun zum Schluß zu kommen!)

Ich darf noch zwei Dinge klarstellen. Sie hätten uns mißverstanden, wenn Sie meinen würden, wir würden Mitbestimmung der Gewerkschaften fordern. Aber wir fordern Mitbestimmung unter Beteiligung der Gewerkschaften. Das scheint uns ganz wichtig zu sein. Wer hier alte Ressentiments gegen die Gewerkschaften aufzurütteln versucht, dem muß ich sagen, der sägt an einem Ast, auf dem auch die Parteien sitzen, nämlich freie Repräsentation in einer freien Gesellschaft.

Noch ein weiteres!

(Präsident Amrehn: Ich möchte Sie nun wirklich bitten, zu den letzten Sätzen zu kommen. Wir müssen hier streng verfahren.)

(Beifall)

Ich bin einverstanden. Die Würde des Menschen — auch hier stimme ich mit dem verehrten Altbundeskanzler Erhard überein — ist überall gleich als Anspruch, aber sie ist verschieden realisiert. Wir möchten mit unseren Vorschlägen dafür kämpfen, daß im Wettbewerb der gesellschaftlichen Systeme unser Land ein Angebot zur Verfügung stellen kann.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Bitte Freund Vogt!

Vogt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorlage des Bundesvorstandes ist ein Kompromiß, der unter anderem im Landesverband Rheinland auch mit Vertretern der Wirtschaft und der Wirtschaftsvereinigung ausgehandelt worden ist. Die Vorlage F 50 ist dagegen kein Kompromiß, weil dort der Gedanke, daß Arbeitnehmervertreter an den Aufsichtsorganen von Unternehmen beteiligt werden können, nicht mehr enthalten ist. Man kann aber nicht Mitbestimmung des Arbeitnehmers im Betrieb, man kann nicht Betriebsverfassung, man kann nicht überbetriebliche Mitbestimmung fordern und dann glauben, den Bereich des Unternehmens aus der Mitbestimmung ausschalten zu können.

Die Mitbestimmung auf der Unternehmensebene ist das Kernproblem. Dabei geht es um das Abwägen der Rechte der Anteilseigner und der Rechte der Belegschaft. Deshalb muß ich der Meinung von Herrn Gewandt, die er heute morgen geäußert hat, widersprechen. Eine solchgeartete Beteiligung der Arbeitnehmer an den Aufsichtsorganen eines Unternehmens bedeutet nicht Syndikalismus; denn Syndikalismus wäre Alleinbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Darum geht es gar nicht, bei keinem Vorschlag,

der innerhalb der Christlich Demokratischen Union zur Diskussion steht. Darum geht es auch nicht bei dem Vorschlag, den die Deutschen Gewerkschaften zur Diskussion gestellt haben. Wenn es um das Abwägen der Rechte zwischen Anteilseignern und Arbeitnehmern geht, dann ist es auch nicht möglich, wenn das Unternehmen eine soziale Größe ist, dem Weg von Nordwürttemberg zu folgen und zu sagen: Wir machen Mitbestimmung über Eigentum.

Meine Damen und Herren! Es ist gesagt worden, daß die Mitbestimmung in der Form der gleichgewichtigen Beteiligung der Arbeitnehmer an den Aufsichtsorganen eines Unternehmens ein unterschiedliches Recht, eine doppelte Moral praktizieren würde. Verehrter Herr Bundeskanzler Erhard! Ich glaube, daß es auf unterschiedliche Fälle auch durchaus unterschiedliche Antworten geben muß. Schauen wir uns das Betriebsverfassungsgesetz an. Auch da haben wir zwischen unterschiedlichen Betriebsgrößen differenziert. Ich darf daran erinnern, daß die Institution des Wirtschaftsausschusses erst vorgesehen ist für Unternehmen ab einer bestimmten Größe, nämlich 100 ständig beschäftigten Arbeitnehmern. Denken wir an die Regelung, die wir gefunden haben hinsichtlich der Publizität von Unternehmen. Auch da stellen wir auf unterschiedliche Fälle unterschiedlich ab. Wir geben unterschiedliche Antworten. Auch das wollen wir im Rahmen der Mitbestimmung tun.

Der Gedanke, daß die Forderung nach Mitbestimmung nur eine Angelegenheit der deutschen Arbeitnehmer sei, stimmt nicht. Ich darf es einmal so formulieren: Können Sie von den europäischen Gewerkschaften, die linkssozialistisch und marxistisch orientiert sind, erwarten, daß sie der Idee der Partnerschaft, ausgeprägt in der Form der Mitbestimmung, zustimmen? Das kann doch nicht sein.

(Beifall)

Die freiheitlich demokratischen Gewerkschaften Europas treten für Mitbestimmung ein. Die Diskussion in Europa über die Mitbestimmung wird weitergehen, auch jenseits des Beschlusses, den dieser Parteitag fassen wird. Deshalb ist es meines Erachtens notwendig, in den umstrittenen Sachfragen die Diskussion offenzulassen. Wir können doch auch nicht als Christlich Demokratische Union die Frage der Mitbestimmung aus der Debatte herausnehmen, wenn etwa die evangelische Kirche in einer Denkschrift dieses Problem aufwirft.

Ich glaube also, daß es notwendig ist, hier die Debatte offenzulassen. Ich plädiere deshalb für die Zustimmung zur Vorlage des Bundesvorstandes, auch aus einem parteitaktischen Grunde.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben es alle sicherlich mit Genuß praktiziert, die SPD in Ihrer mißlichen Situation in der Frage des Wahlrechts attackieren zu können. Es war sicherlich immer ein Genuß, ihr vorzuhalten, in welcher schwieriger Situation sie sich befindet. Wenn wir heute die

Vorlage des Bundesvorstandes ablehnen und eine Vorlage annehmen, die unterhalb dieses Niveaus liegt, dann entstände in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck: Die SPD ist für Mitbestimmung, die CDU ist dagegen. Dann befinden wir uns in dieser Frage in derselben Situation, in der sich die SPD in der Wahlrechtsfrage befindet. Deshalb wäre es politisch klug und sachlich gerechtfertigt, der Vorlage des Bundesvorstandes zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat jetzt der Freund Nickels, Westfalen.

Darf ich den Diskussionsrednern sagen, daß ich beim Beginn der fünften Minute die letzte Runde einläute mit einem Lichtzeichen, das lautet: Noch eine Minute! Ich bitte zu prüfen, ob die Technik auch funktioniert. Sieht man das?

(Zuruf: Nein!)

Das habe ich schon bei den anderen Rednern gemerkt. Ich bitte die Technik, sich um die Ankündigung „noch eine Minute“ zu kümmern, damit der Redner weiß, daß er zum Ende kommen muß. Bitte sehr, Freund Nickels!

(Lebhafte Unruhe)

Präsident Amrehn: Für die Technik: Bitte jetzt wieder dem Mikrophon am Rednerpult Strom geben. Hat der Redner jetzt Strom?

(Lebhafte Heiterkeit – Zuruf: Er hat jetzt Strom! – Erneute Heiterkeit)

Nickels: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen hat sich fast jeder Delegierte ein neues Bücherbrett anschaffen müssen, um all das zu verstauen, was an Broschüren auf ihn zugekommen ist. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe es anders gemacht, ich habe sie gleich im Kesselhaus abgegeben. Aber warum habe ich mich eigentlich heute noch zu Wort gemeldet? Nur deshalb, um Ihnen einmal zu zeigen, wie denn so ein leibhaftiges Ungeheuer aussieht, das in der Montanmitbestimmung eine Funktion hat.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich das bitte einmal mit aller Offenheit sagen: Wir haben in den letzten Monaten soviel über die Montanmitbestimmung geredet, und zwar bis in die höchsten Gremien hinein. Und wenn ich dann einmal gefragt habe, wie setzt sich ein Aufsichtsrat nach dem Montanmitbestimmungsgesetz zusammen, dann hat man oft rote Köpfe gesehen, aber man konnte darauf keine Antwort geben. Das ist ein ganz böses Zeichen.

Lassen Sie mich noch eins sagen. Ich bin nun acht Jahre in einem montanbestimmten Aufsichtsrat tätig, davon sechs Jahre als Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

Lassen Sie mich eines sagen: in diesen acht Jahren haben die so macht-hungrigen Gewerkschaften noch nicht ein einziges Mal die stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden zusammengerufen, um ihre Macht größer zu machen. Und ich darf Ihnen sagen – glauben Sie mir das bitte – ich bin in den acht Jahren – da können Sie ruhig lachen, aber Sie können es prüfen – in denen ich da nun tätig bin, noch nicht ein einziges Mal mit dem Gefühl der Macht in eine Sitzung gegangen; aber ich bin schon oft herausgekommen in dem Bewußtsein, vielen Menschen geholfen zu haben.

Und lassen Sie mich ein zweites sagen. Wir haben in den letzten zehn Jahren im Ruhrgebiet allein über 300 000 Bergleute umsetzen müssen. Wenn man dazu ihre Familien und die Randbevölkerung rechnet, die auch betroffen ist, dann sind das fast soviele Menschen, wie Schleswig-Holstein Einwohner hat. Und das haben wir erreicht, ohne eine soziale Explosion zu haben. In anderen Ländern, auch in westlichen Demokratien, wo man es mit viel kleineren Umsetzungen zu tun hatte, haben wir soziale Explosionen gehabt, die sogar Blut gekostet haben. So schlecht kann das Modell doch gar nicht sein. Und wenn die rheinische Partei und auch die westfälische Partei sich in ihrem Parteivorstand zusammensetzen und sagen: Wir stellen keinen Änderungsantrag zu Ziffer 60, dann müssen sie doch gute Gründe dafür haben.

Ich bin mit dem Kompromiß auch nicht zufrieden. Mir tut es z. B. weh, daß da steht: „ob die Mitbestimmung erweitert werden soll“. Das „Ob“ müßte eigentlich gelaufen sein. Ich hätte auch viel lieber gelesen: „wie“. Aber weil wir eine Union von rechts bis links sind, wenn Sie so wollen, glaube ich, daß jeder den Pflock ein wenig zurückstecken muß, um zu einem vernünftigen Kompromiß zu kommen. Nur um die Union weiter diskutieren zu lassen, sagen auch wir organisierte Arbeitnehmer ja zu Ziffer 60. Ich bitte Sie ganz herzlich: Lassen Sie uns nicht nach Hause gehen in dem Gefühl, daß eine Gruppe nun unterlegen ist!

(Beifall)

Präsident Amrehn: Ein besonderes Lob, weil die Redezeit nicht einmal ausgefüllt worden ist. Es spricht jetzt Frau Tübler, Schleswig-Holstein, anschließend der Freund Soenius.

Frau Tübler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Verlauf der bisherigen Diskussion hatte ich allerdings das Gefühl, daß die Frage der Mitbestimmung nur eine Angelegenheit unserer Parteifreunde war und nicht genauso für die Frauen interessant ist. Warum stehe ich hier oben, meine Damen und Herren? Als echte Arbeitnehmerin und ich hoffe – heute morgen ist hier der kalte Norden angesprochen worden – mit einem klaren Menschenverstand, den mir der frische Wind im kalten Norden mitgegeben hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn ich die Diskussion bisher verfolgt habe, meine Damen und Herren, habe ich allerdings manchmal das Gefühl, daß wir hier nicht um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, sondern um das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften ringen.

(Beifall)

Ich selbst bin seit langen Jahren gewerkschaftlich tätig, und ich sagte vorhin schon: als Arbeitnehmerin. Und darum, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich hier einiges zu der Vorlage des Bundesvorstandes vortrage.

Ich meine, hier auf diesem Bundesparteitag haben wir die Pflicht, eine klare Aussage zur Mitbestimmung zu machen. Und diese enthält nach meiner Meinung die Ziffer 60 in der Fassung der Vorlage des Bundesvorstandes nicht. Wir müssen hier eine klare Aussage machen, ob wir zur paritätischen Mitbestimmung stehen oder nicht. Wir müssen eine Aussage dazu machen, ob der vom DGB eingebrachte Entwurf zur paritätischen Mitbestimmung nicht doch aussagt, daß er eine Entmündigung der Arbeitnehmer ist, und nicht, meine Damen und Herren, wie es hier teilweise vorgetragen wird, die Rechte der Arbeitnehmer stärkt.

(Beifall)

Ich meine, wir tun gut daran, wenn wir uns auf diesen Antrag F 50 einigten, und zwar aus dem einfachen Grund, weil meiner Meinung nach das Betriebsverfassungsgesetz noch lange nicht voll ausgenutzt ist. Ich würde jederzeit dafür eintreten, daß das Betriebsverfassungsgesetz novelliert wird und den Arbeitnehmern mehr Rechte zugestanden werden.

(Beifall)

Ich meine aber auch — und das ist bisher noch nicht beachtet worden — daß der Minderheitenschutz noch nicht so zum Tragen gekommen ist, wie wir es uns alle erhofft haben.

(Beifall)

Da ich aus dem öffentlichen Dienst stamme, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich dazu sage: ich meine, auch für das Personalvertretungsgesetz soll die Mitbestimmung der Arbeitnehmer noch etwas mehr ausgebaut werden.

(Beifall)

Ich bitte Sie daher als Frau und als Sprecherin der Frauen, die auch Arbeitnehmerinnen sind und für die Gleichheit noch lange nicht immer da ist, auch wenn es immer wieder zugesagt wird, den Antrag F 50 anzunehmen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Soenius. Es folgt dann der Freund Orgass.

Soenius: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich für die Vorlage des Bundesvorstandes eintrete, kann ich beim gegenwärtigen Stand der Diskussion auf meine Wortmeldung verzichten.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Vielen Dank! Ich nehme an, es wird noch mehrere solcher Mitteilungen geben. Das Wort hat jetzt Freund Orgass. Es folgt dann der Freund Gehrich.

Orgass, MdB: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich eigentlich von meinem Kollegen Heinz Soenius nicht beschämen lassen und will auf vieles verzichten, was ich sagen wollte und was, wie ich meine, Herr Professor Mikal auch bereits viel besser zum Ausdruck gebracht hat, als wir es vermögen.

(Beifall)

Ich möchte nur noch einmal auf einen Einwand eingehen, der hier insbesondere von Nordwürttemberg und auch von anderen Sprechern gekommen ist, die erklärt haben: Wir müssen zur paritätischen Mitbestimmung eine Alternative in Gestalt der Mitbestimmung aus Eigentum setzen. Das bedeutet nicht, daß wir diese Mitbestimmung aus Eigentum und vor allem eine breitere Streuung der Mitbestimmung nicht auch wünschen. Aber das ist keine Alternative; denn es ist nicht möglich. Ich verweise auf ein Papier, welches die Unterschrift des Altbundeskanzlers Erhard trägt, nämlich die Konzentrationsenquôte aus dem Jahre 1964. Vielleicht wäre es sehr gut, wenn bei der künftigen Prüfung um das Problem der Mitbestimmung auch auf diese Aussagen der Konzentrationsenquôte mit zurückgegriffen würde, weil es zur Versachlichung der Standpunkte wohl mit beitragen kann. Seinerzeit ergab sich, daß im Jahre 1954 bereits 50 Unternehmen über 17 % des industriellen Umsatzes hatten und daß es im Jahre 1960 bereits über 22 % waren. Wir wissen alle, wie der Konzentrationseffekt weitergegangen ist.

Aber wir wissen auch aus der Konzentrationsenquôte eine bisher amtlich unbekannte Tatsache, daß es in 318 untersuchten Aktiengesellschaften 1722 Aufsichtsratsmandate — ohne die Arbeitnehmermandate — gab. Von diesen 1722 waren ganze 573, d. h. über ein Drittel, Aufsichtsratsmandate durch Bankenvertreter. Und interessanter noch ist die Aussage darüber, woher sie kommen. Dann stellt man nämlich fest, daß mit Hilfe des Austausches von Depotstimmen und anderen Manipulationen allein 297, also wiederum über die Hälfte dieser Bankenaufsichtsratsmandate, von drei deutschen Großbanken gestellt wurden, und davon stellten sie 85 Aufsichtsratsvorsitzende, 72 stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und 140 Aufsichtsratsmitglieder.

Aber das alles wäre ja noch zu ertragen, wenn sich nicht aus dem gleichen Konzentrationsbericht die bisher amtlich unbekannte Tatsache ergäbe, daß von 57 Vorstandsmitgliedern von 47 Aktiengesellschaften die Mehrheit der 96 Aufsichtsratsmandate die drei Großbanken stellen. Andererseits aber sitzen diese Vorstandsmitglieder wieder in den Aufsichtsräten von 37 dieser Aktiengesellschaften. Das bedeutet also, daß der Kern der deutschen Wirtschaft im Kollektiv nur sich selbst verantwortlich ist und daß auch von dort her bestimmt wird, wer in den Kreis der Kontrolleure der Macht hineinkommt. Da hat die Zeitschrift „Christ und Welt“ wohl vollkommen recht, die einmal bei einer Untersuchung dieses Problems schrieb:

„Wir stehen damit vor dem Phänomen der Bildung einer Herrensicht wie zu Beginn des Patriziertums in den Handelsstädten.“

Denn hier zeigt sich, daß die Frage des Eigentums als Kontrolle und als Legitimationsfunktion weitgehend nur noch als Tarnung benutzt wird.

Ich glaube, wir sollten auf diese Aspekte sehr deutlich mit acht geben, um nicht einem Irrtum zu verfallen, daß eine Alternative in der Mitbestimmung über breitgestreutes Eigentum möglich wäre. Wir können ja sogar erkennen, daß in den Unternehmen, in denen das Eigentum sehr breit gestreut ist, die Möglichkeit des Vorstandes, zu teilen und zu herrschen, um so eher gegeben ist. Ich glaube, auch dieser Aspekt gehört mit hinein, wenn über die Frage der Mitbestimmung entschieden wird.

Darum bitte ich Sie sehr herzlich, dem Kompromiß der Ziffer 60, der, wie hier schon oft gesagt worden ist, ein Kompromiß ist, der letztlich keinen voll befriedigt, der aber die Diskussion über die sachlichen Gesichtspunkte offen läßt, von diesem Parteitag aus zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Gerich, Schleswig-Holstein, danach der Freund Alfons Müller, Rheinland.

Gerlsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin gegen die Fassung der Ziffer 60 des Entwurfs. Ich bin vor allem deshalb dagegen, weil wir damit nur eine Entscheidung vor uns herschieben, die meines Erachtens unerläßlich ist.

Die Diskussion, die wir heute schon den ganzen Tag über haben, macht doch deutlich, daß die Ziffer 60 einer der Kernpunkte unseres Programms ist. Deshalb können wir einer Entscheidung in dieser wichtigen Frage nicht ausweichen.

(Beifall)

Wir können auch dann nicht dieser Frage ausweichen, wenn die Bundesregierung eine besondere Kommission eingesetzt hat. Denn hier handelt es

sich nicht darum, daß wir nach Taktik hin und her entscheiden, sondern darum, daß von diesem Parteitag ein Votum ausgeht. Wir treffen hier eine politische Entscheidung, wie wir uns zu den einzelnen Fragen der Mitbestimmung stellen wollen.

Zur Sache selbst: Ich bin gegen eine paritätische Mitbestimmung. Auf diesen Punkt sollten wir uns konzentrieren. Wir sind doch nicht gegen eine Mitbestimmung ganz allgemein, sondern nur gegen eine bestimmte Form der Mitbestimmung, nämlich gegen die, die wir bisher im Montanbereich haben. Diese Mitbestimmung wollen wir allerdings nicht haben. Das müssen wir hier auch klipp und klar sagen, sonst reden wir an der Sache vorbei, und damit tun wir uns und unserer Partei keinen Gefallen.

(Beifall)

Wenn wir in dieser Frage eine klare Aussage machen, dann verschütten wir damit keinen Graben, sondern wir lassen die Diskussion durchaus für die anderen Fragen offen. Es mag sein, wie von verschiedenen Vorrednern ausgesprochen worden ist, auch vom Freund Katzer, daß es ganz andere Denkmodelle gibt. Der Auffassung sind auch wir, Herr Katzer. Aber diese Formen kennen wir bisher nicht. Wir sagen nur: die paritätische Mitbestimmung, wie sie uns bisher bekannt ist, die wollen wir ablehnen; dazu sagen wir ganz klar Nein. Die paritätische Mitbestimmung kann doch schließlich kein Selbstzweck sein, sondern die paritätische Mitbestimmung – das hat auch Herr Katzer gesagt – soll in erster Linie der Menschenwürde dienen.

Aber worin kommt nun diese Menschenwürde zum Ausdruck? Ich meine, wir stellen sie zumindest in einem Teil dadurch dar, daß wir zunächst einmal all unseren Menschen ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit und persönlicher Freiheit geben. Das sind doch entscheidende Marksteine, die unerläßlich sind, um die Menschenwürde mit Inhalt zu erfüllen.

Ich meine, diese soziale Sicherheit erreichen wir am besten dadurch, daß wir unsere Wirtschaft intakt halten. Insoweit glaube ich, daß das nicht geschieht, wenn wir Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfunktionen miteinander mischen, wie es in der paritätischen Mitbestimmung doch der Fall ist.

Ich glaube vielmehr, daß es richtiger ist, unsere bewährte Sozial- und Wirtschaftspolitik fortzusetzen, aber nicht nur fortzusetzen, sondern fortzuentwickeln. Daß wir unsere Gesellschaftsordnung ständig den sich wandelnden Verhältnissen anpassen müssen, darüber sind wir uns doch wohl voll einig, und es gehört sich auch für die CDU, daß sie dafür offen ist. Ich glaube aber, das erreichen wir am besten dadurch, daß wir zu einer echten Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen – einer Partnerschaft, die nach allen Seiten frei von Furcht ist, aber auch von Furcht vor wirtschaftlicher Not.

Dieses Ziel erreichen wir am besten dadurch, daß wir dem Antrag, der von Dr. Lemke und anderen eingebracht ist, dem Antrag F 50, zustimmen, und

indem wir unser geltendes Betriebsverfassungsrecht ausbauen und so weit verbessern, wie das überhaupt möglich ist.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag F 50 zuzustimmen. Damit treffen wir eine fortschrittliche Entscheidung, eine Entscheidung, die unserer Zeit angemessen ist.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat der Freund Alfons Müller.

Alfons Müller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat uns zur Mitbestimmungsfrage in Ziffer 60 einen, so meine ich, gut ausgewogenen Kompromiß vorgelegt. Die hier gefundenen Formulierungen werden dem derzeitigen Stand der Diskussion über die Mitbestimmungsfrage in unserer Partei am besten gerecht, denn sie lassen in der Tat noch alles offen.

Es gibt verschiedene Lösungen, und ich meine, wir müssen in dieser Frage weiter miteinander im Gespräch bleiben können. Alle anderen Vorschläge lassen bei den Arbeitnehmern das Gefühl aufkommen, man wolle in unserer Partei über dieses Thema nicht ernsthaft genug mehr reden. Das aber kann sich die Union nicht leisten. Nachdem der Bundesvorstand dieses Problem Mitbestimmung in Ziffer 60 so formuliert hat, muß auch der Änderungsantrag F 50 als eine Verschlechterung angesehen werden.

Es wird oft gesagt, die Arbeitnehmer selbst seien gar nicht so sehr an der Mitbestimmung interessiert. Nun, das ist ein schwerwiegender Irrtum. Ich kann Ihnen aus meiner Tätigkeit als Verbandssekretär der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands nur sagen, daß die Arbeitnehmerschaft sehr wohl ein Interesse an diesen Fragen hat, ein sehr großes Interesse sogar. Ich meine, es kommt gar nicht so sehr darauf an zu fragen, was denn der einzelne Arbeitnehmer schon von der Mitbestimmung hat, sondern darauf, dem arbeitenden Menschen das Gefühl zu geben, daß seine Schicht auch an wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen beteiligt ist.

Deshalb darf dieses Problem nicht vom Tisch und darf in seiner Bedeutung nicht unterschätzt und heruntergespielt werden. Wir sollten nicht die Tatsache unterschätzen, daß Millionen Arbeitnehmer geradezu gespannt darauf sind, wie unser Parteitag sich in der Behandlung dieser Frage verhält. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß sich viele Arbeitnehmer und besonders die christlich-sozial-orientierte Arbeitnehmerschaft deshalb zur CDU bekannt haben, weil sie Vertrauen zu uns hatten, weil sie die CDU für soziale Mündigkeit, für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit stets in vorderster Front sahen.

Die CDU war bislang für diese Schichten der Arbeitnehmerschaft die politische Heimat, weil unsere Partei nach 1945 für den sozialen Rechtsstaat überzeugend eingetreten ist. Mit der CDU haben wir den Klassenkampf über-

wunden und sind für das Prinzip der Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Erfolg eingetreten. Das sollten wir auch in der Zukunft weiter so tun.

Die CDU muß daher eine Gesellschaftspolitik entwickeln, die sich nachhaltig darum bemüht, den Menschen in eine vernünftige Ordnung einzugliedern. Darum halten wir die Fortsetzung der Mitbestimmungsdiskussion ohne jeden Abstrich für dringend erforderlich, und zwar nach allen Seiten hin. Täuschen wir uns nicht: selbst wenn dieser Parteitag zu einem anderen Ergebnis kommen würde, sollten wir doch nicht glauben, daß dann die Diskussion über dieses Problem beendet sein würde; dann geht es doch erst richtig los!

Dieser Parteitag darf keine neuen Barrieren aufbauen, sondern er sollte eine Brücke schlagen zur Fortentwicklung begonnener Gespräche zwischen allen beteiligten und interessierten Gruppen innerhalb unserer Partei, und ich bin da zuversichtlich, daß wir eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung finden, da wir uns in den Grundsätzen wohl viel stärker einig sind, als das viele wahrhaben wollen. Nur sollten wir nicht so sehr übereinander, sondern stärker miteinander reden. Wir respektieren und verstehen die Vorbehalte; wir möchten aber auch, daß man unsere Anliegen respektiert und versteht. Aus diesem Grunde bitte ich Sie sehr eindringlich, dem in Ziffer 60 vom Bundesvorstand formulierten Kompromiß Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Saur, Nordbaden.

Saur: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Frage der Ausdehnung der Mitbestimmung hinsichtlich der Mitbestimmung des einzelnen Arbeitnehmers an seinem Arbeitsplatz und der Erweiterung der Rechte des Betriebsrats muß unser oberster Grundsatz sein: Es geht um die Erfüllung des Grundgesetzes, das uns die Achtung vor dem Menschen und den Schutz der Menschenwürde als oberstes Ziel jeder staatlichen Betätigung auferlegt hat. Dieses Wertesystem muß seinen Mittelpunkt in der innerhalb der sozialen Gemeinschaft sich frei entfaltenden Persönlichkeit und deren Würde finden.

Dazu gehört, wenn man von der Analyse unserer Gesellschaft durch Professor Herbert Marcuse ausgeht, daß dem einzelnen Arbeitnehmer nur der unbedingt erforderliche Freiheitsentzug zugemutet wird, daß er nicht nur Arbeitsklave ist, sondern an der Gestaltung seines Arbeitsplatzes und seiner Umwelt mitbestimmen kann. Wir wollen keine eindimensionalen Menschen, sondern den innerhalb der sozialen Gemeinschaft sich frei entfaltenden Menschen, der nicht nur Objekt unserer Bemühungen sein darf, sondern der als eigenständiger Mensch in Mitverantwortung mitgestalten soll. Nur mit diesem Wollen werden wir die Zukunft meistern können, das Vertrauen des Volkes, dem wir verpflichtet sind, in den nächsten Jahren erhalten können. Deshalb müssen wir einem weiteren Ausbau des Betriebsverfassungsgesetzes

hinsichtlich der Erweiterung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers und auch des Betriebsrats zustimmen.

Das Problem der paritätischen, pluralen, integrierten, funktionalen Mitbestimmung und die Änderung der Unternehmensverfassung müssen wir selbstverständlich auch von der Eigentumsfrage her sehen. Denn Eigentum darf nicht nur Macht bedeuten, sondern man muß auch die Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit und gegenüber dem einzelnen sehen. Der Eigentumsbegriff ist im Grundgesetz nicht definiert. Er ergibt sich aus Tradition, Gesetz und Rechtsprechung. Deshalb ist der Eigentumsbegriff auch einem Wandel unterlegen, wie dies bisher schon im geschichtlichen Verlauf der Fall war, und wie es vorhin von Herrn Mikat kurz angedeutet wurde.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Gebhard Müller, unser Parteifreund, hat in seiner Analyse des Eigentums in unserer Zeit, veröffentlicht in der Beilage Nr. 1 1968 des Industrie- und Handelsblattes, ausgeführt, daß das Eigentumsbild unserer Verfassungsordnung weniger ein statisches als mehr ein dynamisches den verschiedenartigen Einflüssen ausgesetztes Konzept ist. Ich hoffe, daß dies die Herren des Wirtschaftsrates auch gelesen haben.

(Beifall)

Wir, die CDU, als moderne und fortschrittliche Volkspartei, müssen klar sehen, daß in der heutigen evolutionären Industriegesellschaft der Eigentumsbegriff sich den sich wandelnden Gegebenheiten anpassen muß. Das Grundgesetz hat uns dazu in Artikel 14 Absatz 2 einen unabänderlichen Auftrag gegeben mit den Worten: „Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dies bedeutet, daß das Eigentum einer sozialen Bindung unterliegt. Das Bundesverfassungsgericht hat das wie folgt formuliert: „Das Grundgesetz hat die Spannung: Individuum-Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsverbundenheit der Person entschieden. Das Eigentum ist deshalb immer als sozial gebundenes Eigentum zu sehen. Soziale Rechtsstaatlichkeit ist um der Gleichheit und der Gerechtigkeit willen da.“

Warum sollen wir in Erfüllung dieses Auftrages nicht zu einer funktionsgerechten und integrierten Mitbestimmung und einer neuen Unternehmensverfassung kommen können? Es muß nicht sein, daß wir dazu kommen. Aber die Möglichkeit dazu ist offen, und ich meine, sogar sehr wahrscheinlich.

Meine Damen und Herren, wir werden uns dem Auftrag des Grundgesetzes und den Erfordernissen unserer Zeit nicht entziehen können, wenn wir die Glaubwürdigkeit und die Werbewirksamkeit der CDU erhalten wollen. Mit negativen Formulierungen, wie sie der Antrag 50 hinsichtlich der paritätischen Mitbestimmung enthält, werden wir dies nicht können. Ich bitte Sie deshalb, der Ziffer 60 der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, wir haben uns heute schon einmal darauf verständigt, daß Diskussionsbeiträge frei gehalten werden müssen.

(Lebhafter Beifall)

Ich wollte nur in den beiden letzten Fällen nicht unterbrechen, weil wir ja die Begrenzung auf fünf Minuten vorgenommen haben.

Aber das schafft mir vielleicht die Möglichkeit, an dieser Stelle doch einen Vorschlag zu machen. Ich sehe, wir haben insgesamt 59 Wortmeldungen, davon sind jetzt 27 erledigt. Ich hatte als nächsten Redner schon den Freund Kuhn aufgerufen; er soll jetzt das Wort bekommen. Ich habe aber den Eindruck, daß sich im Laufe der nun schon fünf Stunden dauernden Diskussion die Gesichtspunkte im wesentlichen auf ganz wenige entscheidende Unterschiede verdichtet haben.

(Beifall)

Wir haben die Vorstandsvorlage – Ziffer 60 – und den Sammeländerungsantrag F 50. Es ist für den einen dafür und dagegen und für den anderen dafür und dagegen gesprochen worden. Ich bin der Meinung: Wenn der Freund Kuhn gesprochen hat, sollten wir uns doch einmal überlegen, ob es nicht gelingen könnte, hier im Plenarsaal die Antragskommission zu bitten, mit den beteiligten Wortführern, die hier in Betracht kommen, noch einmal den Versuch einer Verbesserung von Ziffer 60 zu machen; darf ich mich mal so ausdrücken?

Ich hatte den Eindruck, als ob die Versammlung in ihrer großen Mehrheit es gerne sehen würde, wenn es gelänge, nach einer solchen Diskussion zu gewissen weiteren Verständigungen zu kommen.

(Beifall)

Niemand kann uns den Vorwurf machen, bei der CDU würde nicht ernsthaft genug darüber diskutiert. Ich glaube, was wir hier heute geleistet haben, war nicht eine Diskussion des Augenblicks, sondern schon die Frucht wochen- und monatelanger Erörterungen. Es sollte bei gutem Willen vielleicht möglich sein – ich wünsche es, ich hoffe es – daß wir in einer Beratung der Antragskommission noch einmal einen Versuch der Verständigung und der Verbesserung machen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich nach den Ausführungen des Freundes Kuhn die Beratung dieses Punktes unterbrechen und die Antragskommission einberufen, damit ein solcher Versuch gemacht wird. Ich bitte, sich das bis dahin zu überlegen.

Das Wort hat jetzt Freund Kuhn, Hamburg.

Kuhn: Herr Präsident, Sie waren heute morgen so freundlich, in bezug auf die Präsidentschaftswahlen der USA einen Vorschlag zu machen, den Sie für angemessen hielten. Erlauben Sie mir bitte, einen Vorschlag zu machen, der, wie mir scheint, nicht nur angemessen ist, sondern auch der Situation und der Würde dieses Hauses und der Verpflichtung entspricht, nämlich unserem Parteivorsitzenden einen Blumengruß und recht schöne Genesungswünsche zu schicken.

(Beifall und Pfiffe)

Es scheint in der Öffentlichkeit der Eindruck zu bestehen, daß durch den Schnupfen des Bundeskanzlers die Partei den Husten bekommen könnte. Dem sollten wir einen Riegel vorschieben. Ich bitte, diesen Vorschlag zu prüfen, darüber zu entscheiden und mir das nicht auf die Redezeit anzurechnen.

Präsident Amrehn: Es tut mir leid, daß ich soeben nicht habe zuhören können. War ein Blumengruß für den Kanzler gemeint?

Kuhn: Für unseren Parteivorsitzenden einen Blumengruß und Genesungswünsche.

Präsident Amrehn: Wir werden den in die Hasenheide mitnehmen. Ich habe angekündigt, daß er dort sprechen wird. Das ist der Blumengruß, den er uns schickt.

(Heiterkeit und Beifall)

Kuhn: Um so besser. Nun haben wir also erfahren, was geschieht. Ich danke Ihnen. — Es wird mir nicht auf die Redezeit angerechnet.

Von den Blumen zur dornenvollen Behandlung der Ziffer 60! Meine Damen und Herren! In der Europapolitik erleben wir Fortschritte eigentlich nur dann, wenn uns ein sowjetisches Bajonett am Kehlkopf kitzelt. Wird es zurückgezogen, erlahmen die Kräfte. Wollen wir es in der Mitbestimmung ähnlich halten? Warum haben wir uns als Partei nicht so entschlossen z. B. der NPD gegenüber verhalten, wie die Gewerkschaften es getan haben? Die Deutsche Angestelltengewerkschaft hat vor zwei Jahren einen Beschluß gefaßt, wonach eine Mitgliedschaft für Funktionäre in Führungsgremien dieser Partei nicht standhaft ist. Die anderen Gewerkschaften haben sich angeschlossen. Und wie wird es, wenn erst die Deutsche Kommunistische Partei, die sich wieder etabliert hat, an Zuspruch gewinnt, und wie werden wir uns verhalten?

(Zurufe: Zur Sache!)

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht den Druck von der Straße, sondern wir wollen Entscheidungen haben, die diesem Parteitag angemessen sind und die der politischen Reife dieser Delegierten entsprechen.

Die Sozialausschüsse haben ein großes Einfühlungsvermögen in das Bedürfnis der Partei und in das Bedürfnis der Politik bewiesen, indem sie nicht auf einen Antrag eingestiegen sind, wie ihn Dortmund eingebracht hat und wie er unter der Nummer F 48 vorliegt. Die Sozialausschüsse haben sich vielmehr nach reiflicher Überlegung zu dem Vorschlag des Parteivorstandes positiv geäußert, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Diskussion weiterzuführen und um hier allen Menschen die Chance zu bieten, zu diskutieren, was wir wollen und wohin wir wollen.

Wir müssen uns so verhalten, und die Sozialausschüsse verhalten sich so, daß man Herrn Dr. Barzel zitieren kann, der sagte: unsere ausgestreckte Hand wird als Provokation zurückgewiesen. Aber das sollte doch hier nicht der Fall sein. Der erste Schritt der Sozialausschüsse weg von den Darstellungen in der Offenburger Erklärung und hin zu dem, was der Parteivorstand sagte, sollte doch die Anerkennung von vielen hier finden und nicht dahingehend abgetan werden, daß nun noch einmal eine Scheibe, und zwar ein ganzer Zipfel, abgeschnitten werden müsse.

Herr Dr. Barzel hat in seiner Rede von der technischen Voraussetzung der modernen Arbeitswelt, die immer komplizierter wird, gesprochen, und die Primitivität des Zwanges nicht mehr zulasse. Wir erleben ein Ausbreiten des Wissens, das Bedürfnis der Wirtschaft, wissende Mitarbeiter zu bekommen, sie zu schulen. Wir haben heute an anderer Stelle gehört, wie man innerhalb der Marktwirtschaft diesen Ingenieuren, den Technikern, den Angestellten, den disziplinierten Arbeitern Lob zollt. Glauben Sie, daß diese Menschen, je mehr die Bildung wächst und je mehr die Einsicht in die Wirtschaft wächst, von der Diskussion um ihr betriebliches Schicksal ausgeschaltet werden können? Man kann es nicht. Darum müssen wir offen bleiben.

Darum müssen wir sagen: wir prüfen die verschiedenen Vorstellungen. Wir haben hier in Berlin noch keine Möglichkeit gefunden. Aber wir sagen nicht: man kann darüber nicht reden.

Wenn wir uns ansehen, was die Ziffer 60 bietet – wozu die Sozialausschüsse en bloc in großem Maße ja gesagt haben – so ist das doch schon sehr vorsichtig. Was heißt denn: „wir bekennen uns zu einer modernen fortschrittlichen Unternehmensverfassung?“ Worin besteht der Fortschritt? Wir sagen: „Das wirtschaftliche Geschehen ist partnerschaftlich zu gestalten.“ Das ist eine Aussage, die lange besteht und die nicht faßbar, nicht konkret ist. Wir sagen: „Das Betriebsverfassungsgesetz müsse voll ausgenutzt werden.“ Das ist ein moralischer Appell, dem wir doch durch eine Fassung nur Nachdruck verleihen sollten. Deshalb müssen wir auch unsere Bundestagsfraktion auffordern, in der Frage der Minderheiten aktiv zu werden, so wie sie das mit Ihrer Absicht der Novellierung bereits getan hat. Es heißt dann weiter: „ein überbetriebliches Einflußmonopol dürfe nicht zugelassen werden.“ Das ist eine Bremse. Weiter heißt es: „der internationale Wettbewerb dürfe nicht be-

einträchtigt werden. Wer in Betrieben oder Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, muß von der Belegschaft getragen werden. Das ist ein Schaumlöcher, den wir jederzeit benutzen können.

Der letzte Absatz: „Durch gesetzliche Vorschriften muß sichergestellt werden, daß in Großunternehmen jemand für die Personalfragen da ist.“ Da erinnere ich mich an Freddy Quinn, der singt: Junge, komm bald wieder!

Das ist also das, was wir nicht glauben, annehmen zu können, weil es zu weitgehend ist. Wenn uns so die Hände gebunden werden, wenn man also sagt, wir sind nicht mehr in der Lage, zu diskutieren, wie es weitergehen soll, weil man die Modelle – und das hat Professor Mikat brillant und logisch dargestellt – nicht mehr auf der Tagesordnung findet, dann werden wir auch nach der Tagesordnung der Diskussion entsprechen, und glauben Sie mir, meine Damen und Herren: 71 % der befragten Bevölkerung, nicht der Gewerkschaftsmitglieder, haben gesagt: Man soll uns beteiligen im Gespräch im Betrieb. Hier setzt sich etwas durch, was wir nicht haben wollen. Wir wollen nicht emotional diskutieren, aber in der Politik sind Emotionen Fakten, Realitäten, und wenn sich diese gegen uns wenden, dann werden sie uns auch wegwischen. Darum scheint es nicht unbillig zu sein, daß von allen Seiten und von allen Vertretern dieses Parteitages die Formel bejaht wird mit der Ziffer 60: in die siebziger Jahre. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, ich hatte Ihnen einen Vorschlag gemacht, den ich jetzt nochmals konkretisieren möchte. Ich möchte anregen, daß wir die Antragskommission bitten, zusammenzutreten und zu prüfen, ob zwischen dem Vorstandsantrag in Ziffer 60 und dem Änderungsantrag F 50 noch ein Weg gefunden werden kann, der uns zu einer stärkeren Dichte der Stimmabgabe führen könnte. Ich bin der Meinung, daß sich an den Beratungen der Antragskommission beteiligen sollten Freund Lemke, Freund Gewandt, Freund Meyers, und es war dann noch ein vierter Herr. Das dürfte wohl Freund Katzer sein.

Ich glaube, wenn die Antragskommission mit diesen vier Exponenten hier vortragener Meinungen jetzt zusammentreten soll, dann sollten wir sie mit unseren guten Wünschen auf den Weg schicken. Ich frage, ob Sie damit einverstanden sind. Darf ich Sie um das Heben Ihrer Stimmkarten bitten?

(Zuruf: Freund Scheufelen noch dazunehmen! – Widerspruch)

Darf ich um die Gegenprobe bitten? – Es wird der Vorschlag gemacht, daß Dr. Scheufelen noch benannt werden soll.

(Widerspruch)

Dazu möchte ich sagen, in der Antragskommission sitzt der Vorsitzende des Wirtschaftsrates mit drin. Darf ich also Ihre Stimmabgabe, da ich auch keine

Gegenstimme gesehen habe, so verstehen, daß das, was ich vorgeschlagen habe, beschlossen ist?

(Beifall)

Ich möchte meinen, wir sollten die Antragskommission solange in eine Konklave schicken, bis sie mit einem geeigneten Vorschlag in die Versammlung zurückkehrt.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann unterbrechen wir jetzt nicht die Sitzung, sondern lediglich die Beratung der Ziffern 60 und 61, die ich in der Antragskommission nochmals mitzuberaten bitte.

Wir fahren dann fort mit dem Punkt Wahl, der auf der Tagesordnung des heutigen Tages steht. Auf der Tagesordnung steht:

Wahl

a) des Bundesschatzmeisters für die restliche Amtszeit des auf dem 15. Bundesparteitag gewählten Vorstandes

b) der Mitglieder des Bundesparteigerichts und ihrer Stellvertreter

Wir sind nach den Statuten und nach dem Parteigesetz verpflichtet, die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes in geheimer Wahl vorzunehmen. Der Bundesschatzmeister ist Ihnen in seiner Person – es ist unser kranker Freund Schmücker – bekannt, und der Vorschlag liegt Ihnen vor. Ich muß Sie dennoch bitten – eine Gegenkandidatur gibt es anscheinend nicht; mir liegt bisher weder eine Wortmeldung noch ein anderer Vorschlag vor – den Stimmzettel Nr. 2 abzugeben und darauf entweder den Namen „Schmücker“ zu schreiben oder das Ja anzukreuzen, und wenn Sie dagegen sind, das Nein und die Enthaltung entsprechend. Der Wahlvorgang ist eröffnet.

Sind inzwischen alle Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Ich bitte, bei der Abgabe des Stimmzettels jeweils die Stimmkarte mit vorzuzeigen. Sind nunmehr die Stimmzettel abgegeben?

(Zustimmung)

Damit ist die Abstimmung geschlossen. Die Stimmen werden ausgezählt. Wir fahren aber in unserer Tagesordnung fort.

Meine Freunde, auf der Tagesordnung – wie ich bereits aufgerufen habe – haben wir auch die Wahl der Mitglieder des Bundesparteigerichts und ihrer

Stellvertreter stehen. In Ihrer Mappe befindet sich die Vorlage des Bundesvorstandes hierzu. Ich darf sie nochmals verlesen:

Auf dem Bundesparteitag ist das Bundesparteigericht nach Ablauf seiner vierjährigen Amtsperiode neu zu wählen. Für die Wahl werden folgende Damen und Herren vorgeschlagen:

Vorsitzender: Staatssekretär Dr. Heinrich Barth
Beisitzer: Generalbundesanwalt a. D. Dr. Max Güde, MdB
Rechtsanwalt Karl-Heinz Schmitz, MdA
Ministerialdirektor Josef Seibach
Landrat Heinz Wolf, MdL

Für diese fünf Mitglieder werden fünf Stellvertreter vorgeschlagen, und zwar:

Rechtsanwältin Dr. Ilse Becker-Döring
Rechtsanwalt Dr. Johann Tönjes Cassens, MdBBü
Regierungsrat Hans-Jörg Häfele, MdB
Rechtsanwalt Friedrich Wilhelm Siebeke
Rechtsanwalt und Notar Dr. Karl Kanka.

Diese Wahl kann offen vorgenommen werden. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, mit offener Abstimmung einverstanden zu sein und die Stimmkarte zu erheben, wenn Sie zustimmen wollen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Dieser Vorschlag des Bundesvorstandes für die Wahl zum Bundesparteigericht ist ohne Gegenstimme angenommen. Ich danke Ihnen.

Wir haben nun noch die Wahl

c) der Rechnungsprüfer

vorzunehmen. Sie sind aus Ihrem Kreis zu bestellen. Die bisherigen Rechnungsprüfer waren die Freunde Blumenfeld und Burgbacher. Sie sind beide damit einverstanden, dieses Amt auch in der Zukunft wahrzunehmen.

(Zwischenbemerkungen vom Vorstandstisch)

Das sei nicht richtig, wird mir soeben gesagt. Das ist jetzt alles improvisiert, weil es unerwartet kommt. Darf ich fragen, warum es nicht stimmt?

Meine Freunde, diese Vorschläge sind offenbar noch nicht ganz ausgereift. Ich darf einen Augenblick unterbrechen. Wir können das aber auch nach Abwicklung des weiteren Tagesordnungspunktes, der jetzt an die Reihe käme, tun. Jetzt käme die Landwirtschaft an die Reihe; das wäre der Abschnitt VI, und zwar die Ziffer 62 ff. Zu Ziffer 62 gibt es auch Änderungsanträge. Das ist jetzt der grüne Teil der Änderungsanträge. Da beginnt es gleich mit der Überschrift. Wird zu dem entsprechenden Antrag, die Überschrift zu ändern, das

Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um die Stellungnahme der Antragskommission. Dazu hat das Wort Freund Niermann, Westfalen.

Niermann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission ist nach eingehender Beratung zu der Überzeugung gekommen, daß die Überschrift für das Kapitel VI des Aktionsprogramms allein unserer Landwirtschaft gewidmet werden soll. Die sachliche Gliederung der Vorlage des Bundesvorstandes bezieht sich auf die Erzeugung und die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, aber auch auf die Besserstellung des Menschen im ländlichen Raum.

Das Ziel und die Verwirklichung der im Aktionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen dient selbstverständlich der Verbesserung der Landwirtschaft und dient damit dem Verbraucher dadurch, daß diesem ermöglicht wird, ein breites Angebot von deutschen Qualitätsprodukten ständig frisch zu bekommen. Grundsätzlich werden außerdem, meine Damen und Herren – Ich darf darauf aufmerksam machen – die Belange der Verbraucher im Abschnitt „Wirtschaft und Finanzen“ angesprochen.

Ich bitte deshalb den Parteitag, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen und den Antrag G 1 abzulehnen; denn wenn dem Hamburger Antrag stattgegeben würde, müßte das gesamte Kapitel „Landwirtschaft“ in seiner Aussage und Gedankenführung überarbeitet werden.

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen über den Änderungsantrag G 1 „Überschrift“ des Landesverbandes Hamburg. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um die Erhebung der Karte. Wer ist gegen diesen Antrag? Das ist die ganz große Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme dann zum Antrag G 2 des Landesverbandes Hamburg. Soll dieser Antrag begründet werden? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um die Stellungnahme der Antragskommission.

Niermann: Meine lieben Parteifreunde! Die in dem Hamburger Antrag aufgeführte gedankliche Erweiterung ist nach Ansicht der Antragskommission deshalb nicht notwendig, weil es eine Selbstverständlichkeit ist, daß sich die landwirtschaftliche Produktion dem Verbrauchermarkt anpassen muß. Der Wettbewerb innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der damit verbundene Kampf um Kunden ist in Anbetracht der reichlichen Versorgung der Märkte so hart geworden, daß sämtliche Anbieter bemüht sind, den Wünschen der Verbraucher gerecht zu werden.

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen. Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Antrag G 2? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer dem Antrag G 2 zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der Karte. Wer

ist gegen diesen Antrag? Das ist die überwiegende Mehrheit. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich darf jetzt kurz unterbrechen und das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekanntgeben. Mit Ja haben gestimmt 363 Delegierte, mit Nein sind 20 Karten abgegeben worden. Ungültig sind 11, Enthaltungen 3. Damit ist unser Freund Schmücker mit überwältigender Mehrheit zum Schatzmeister gewählt. Wir dürfen ihm gratulieren.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf dann gleich nachholen, was vorhin nicht zu Ende geführt wurde, nämlich die Wahl der Rechnungsprüfer. Vorgeschlagen sind die Herren Blumenfeld und Burgbacher. Sind sonst Vorschläge zu machen? – Es erfolgen keine Vorschläge. Dann bitte ich diejenigen, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Karte zu erheben. – Die Gegenstimmen! – Enthaltungen! – Bei ganz wenigen Enthaltungen sind die Herren Blumenfeld und Burgbacher zu Rechnungsprüfern gewählt.

Wir gehen weiter in der Behandlung der Ziffer 62. Es liegt hier vor der Antrag G 3 des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern. Soll dieser Antrag begründet werden? Unser Freund Schöttle hat das Wort!

Schöttle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Präsident, gestatten Sie mir als aktivem Landwirt, der aus einer Gegend kommt, von der Mansholt kürzlich gesagt hat, in 20 Jahren würde dort nicht mehr Landwirtschaft betrieben, einige Worte vorauszusagen. Unser Bundeskanzler hat gestern zu verstehen gegeben, daß man den Lebens- und Schaffensmut der Bauern nicht lähmen sollte. Aber ich kann in aller Deutlichkeit sagen, daß dies zur Zeit der Fall ist. Ich glaube, daß wir daran sind, unsere bisherige Agrarpolitik ablösen zu lassen vom Sozialismus. Wenn wir wissen, daß Mansholt und Schiller in einer Richtung sprechen, und wenn wir der Meinung sind, daß das so richtig ist, dann wird in Zukunft nicht mehr CDU-Agrarpolitik betrieben werden können, sondern dann sind die anderen dran.

Meine lieben Parteifreunde! Bisher war es doch so, daß die deutsche Landwirtschaft ihren Hort und ihre politische Heimat in unserer Partei hatte. Wir wissen alle, daß gerade in dieser Zeit besonders in der jungen Generation nicht so sehr das Preisproblem und nicht so sehr die Betriebsgröße zur Diskussion stehen, sondern grundsätzlich die Sorge um die Zukunft. Deshalb glaube ich, sollte auch dieser Parteitag einen Weg finden, diese Sorge etwas zu erleichtern, und der Generation in der Landwirtschaft, die nachwächst, die Möglichkeit zu geben, wieder Hoffnung zu finden. Ich bin auch der Meinung, man soll nicht leichtsinnigerweise Tausende von Existenzen in Frage stellen, wo der Begriff „Eigentum“ heute nun schon fünf Stunden lang diskutiert wurde.

Meine lieben Parteifreunde! Wir aus der Landwirtschaft sind den Existenzkampf gewohnt. Wir verzichten auf Mitleid. Wir wollen Anerkennung, und wir hoffen, daß wir, wie bisher, auch in Zukunft in der Christlich Demokratischen

Union diese Anerkennung und diese Bereitschaft zur Hilfe finden können. Wir sagen auch Ja zur EWG, trotz der Härten, die wir zu spüren bekommen. Wir sagen Ja zu dieser Politik, weil wir sie als eine Notwendigkeit ansehen.

Ich glaube, daß wir auch in Zukunft versuchen müssen, dieser Landwirtschaft, die wohl weiß, daß eine Umstrukturierung notwendig ist, die auch wohl weiß – vor allem die junge Generation versteht es – daß man eine Änderung erleben wird, daß man versuchen muß, dieser Landwirtschaft zu helfen. Man bereitet sich darauf vor, aber momentan fehlt einfach eine Hoffnung für die Zukunft. Unsere jungen Menschen wissen heute nicht, ob sie mit Überzeugung ihren angestammten elterlichen Beruf noch ausüben können.

Um nun einen Beitrag in dieser Richtung zu leisten, hat mein Landesverband versucht, diese Punkte über die Landwirtschaft, die im Aktionsprogramm ausgesagt werden sollen, zu verdeutlichen. Sind Sie bitte so gut, sehr verehrte Delegierte, meinem Vorschlag zu folgen. Es ist ein ganzes Paket. Wir haben versucht, die einzelnen Punkte in eine vernünftige Relation zueinander zu bringen. Wir haben versucht, klare Aussprachen zu finden. Inhaltlich weichen unsere Vorschläge, die sich nicht in den einzelnen Punkten erschöpfen können, kaum ab von den Vorschlägen der Antragskommission.

Wir sind aber der Meinung, daß unsere Vorschläge klarer zueinander geordnet sind, daß unsere Vorschläge etwas deutlicher sind. Wir würden uns freuen, wenn unsere Vorschläge hier eine Möglichkeit fänden, angenommen zu werden. Die Zuordnung ist, so glaube ich, logischer, als dies im weißen Papier vorgeschlagen worden ist. Von meinem Landesverband aus darf ich die Bitte aussprechen, unterstützen Sie unsere Anträge!

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen, Freund Schöttle. Ich darf dann Herrn Niermann von der Antragskommission bitten.

Niermann: Herr Kollege Schöttle, es tut mir furchtbar leid, aber die Antragskommission plädiert deshalb für die Ablehnung dieses Antrages, weil er nach ihrer Ansicht längst nicht so präzise ist, wie es in unserer Vorstandsvorlage zum Ausdruck gebracht wird. Sie möchten lediglich das Wort „modern“ eingeflochten wissen. Die Antragskommission ist der Meinung, verehrter Herr Schöttle, daß wir unsere Wirtschaft und unsere Landwirtschaft absolut als modern bezeichnen können. Ich bitte deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Präsident Dr. Stecker: Wird zur Aussprache das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich den Antrag G 3 zur Abstimmung. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um Erhebung der Stimmkarte. – Die Gegenprobe? – Das ist die überwiegende Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit sind also die beiden Änderungsanträge zur Ziffer 62 abgelehnt. Wir stimmen jetzt über die Ziffer 62 im ganzen ab. Wer für die Ziffer 62 in der Form der Vorlage des Vorstandes ist, den bitte ich um Erhebung der Stimm-

karte. — Die Gegenprobe? — Bei wenigen Gegenstimmen ist die Ziffer 62 angenommen.

Wir kommen dann zur Ziffer 63. Dazu liegen die Anträge G 4 und G 5 vor. Zunächst möchte ich den Antrag G 5 behandeln, weil er insbesondere auch eine Umgliederung des ganzen Systems des Kapitels „Landwirtschaft“ vorsieht.

Denn das, was da vorgeschlagen wird, ist, soviel ich sehe, bisher unter Ziffer 66 behandelt worden. Ich würde deswegen vorschlagen, daß zunächst der Antrag G 5 behandelt wird, und ich bitte um Begründung. Bitte, Freund Schöttle!

Schöttle: Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich mich nochmals kurz zu Wort melden muß. Wir sind etwas im Nachteil mit unseren Plänen, und zwar in folgender Weise. Wir waren der Meinung, daß dieses Landwirtschaftsproblem en bloc behandelt wird. Dann wäre eine viel realere Möglichkeit dagewesen. Ich will nun nicht bei jedem Punkt, zu dem Südwürttemberg eine Änderung beantragt hat, nochmals eine Wortmeldung für mich in Anspruch nehmen. Ich bin nämlich der Meinung, wenn es uns nicht gelingt, unser gesamtes Werk, alle diese Punkte zusammenfassend zum Durchbruch zu bringen, so werden wir jedesmal mit Glanz untergehen. Also ich glaube: wenn für diesen Antrag G 5 keine Mehrheit zu erreichen ist, daß wahrscheinlich das Programm der Antragskommission durchgehen wird. Ich will also nicht noch sechsmal hier ans Rednerpult kommen und meine Wünsche begründen.

Präsident Dr. Stecker: Danke, Freund Schöttle! Ich möchte dann aber doch die Antragskommission um ihre Stellungnahme bitten. Freund Niermann, ich glaube, Sie wollten noch zu diesem Punkt sprechen.

Niermann: Meine Damen und Herren, die Antragskommission bittet Sie, den Antrag abzulehnen. Nach ihrer Ansicht ist es notwendig, daß als eine der Möglichkeiten der Existenzsicherung für unsere bäuerliche Bevölkerung auch nichtlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Es wäre eine soziale Ungerechtigkeit, wenn beispielsweise ein Landwirt mit einem zu kleinen Betrieb sein Einkommen nicht zusätzlich auch außerhalb der Landwirtschaft aufbessern könnte. Zudem, so meine ich, versuchen wir gerade mit unserer regionalen Raumordnungspolitik gewerbliche Unternehmen auf dem Lande ansässig zu machen, um eine Entvölkerung dieser Räume zu verhindern. Ich darf Sie bitten, es bei der Vorstandsvorlage zu belassen.

Präsident Dr. Stecker: Wird weiterhin das Wort zur Diskussion gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt über den Antrag G 5 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Heben seiner Stimmkarte. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist die ganz große Mehrheit; damit ist der Antrag G 5 abgelehnt.

Wir kämen nun also noch zu dem Antrag G 4, der offensichtlich nicht begründet werden soll. Ich bitte aber die Antragskommission um ihre Stellungnahme dazu.

Niemann: Meine lieben Parteifreunde, die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages, weil sie der Meinung ist, daß sich zunächst überbetriebliche Kooperationen in der Landwirtschaft bilden müssen, um zu überregionalen Zusammenschlüssen zu kommen.

Präsident Dr. Stecker: Also die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Dann darf ich über diesen Antrag G 4 abstimmen lassen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen; damit ist der Antrag angenommen.

Damit haben wir die Anträge zu Ziffer 63 behandelt, und wir können über diese Ziffer im ganzen abstimmen. Ich bitte diejenigen, die der Ziffer 63 der Vorlage in der durch die Annahme des Antrages G 4 geänderten Fassung zustimmen wollen, die Karte zu heben. — Bitte die Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen. Damit ist die Ziffer 63 in der durch die Annahme des Antrages G 4 geänderten Form angenommen.

Wir kommen jetzt zur Ziffer 64. Zu ihr liegen die Anträge G 6, G 7, G 8, G 9 und G 11 vor. Zuerst wäre aus praktischen Erwägungen der Antrag G 7 zu behandeln. Auch das ist ein Antrag Nordwürttembergs. Wird zur Begründung das Wort gewünscht?

(Zuruf)

Er soll offensichtlich nicht begründet werden. Dann bitte ich die Antragskommission um ihre Stellungnahme.

Niemann: Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag G 7 anzunehmen, weil er eine sinnvolle Ergänzung und Konkretisierung der Vorlage darstellt. Damit würden dann auch die Anträge G 6, G 8, G 9 und G 11 erledigt sein.

Präsident Dr. Stecker: Das ist ja eine erfreuliche Aussicht. Wird zur Aussprache noch das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung über den Änderungsantrag G 7 des Landesverbandes Nordwürttembergs. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Bitte die Gegenprobe! — Das ist, soweit ich sehe, einstimmig angenommen.

Damit sind alle Anträge zu Ziffer 64 erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 64 insgesamt. Wer dieser Ziffer in der geänderten Form zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 65. Hierzu liegen die Anträge G 10 und G 11 vor. Der Antrag G 11 ist bereits erledigt. Wird zur Begründung des Antrages G 10

das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Antragskommission um ihre Meinungsäußerung.

Niermann: Die Antragskommission ist der Ansicht, daß der Antrag Württemberg-Hohenzollern abgelehnt werden kann, weil er durch die Verabschiedung der Ziffer 63 mit praktisch gleichem Wortlaut schon erledigt ist. Der zweite Teil des Antrags entspricht wortwörtlich der Ziffer 65 der Vorstandsvorlage und hier empfiehlt die Antragskommission Annahme der Vorstandsvorlage.

Präsident Dr. Stecker: Es ist also, wenn ich richtig sehe, so, daß dieser Antrag praktisch durch die Annahme der Ziffer 63 erledigt bzw. durch die Ziffer 65 voll gedeckt ist.

(Zustimmung)

Kein Irrtum. Dann kommen wir also zur Abstimmung über die Ziffer 65 insgesamt. Ich bitte diejenigen, die dieser Ziffer zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte! – Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich komme dann zur Ziffer 66. Hier liegen die Anträge G 12, G 13 und G 14 vor. Der Antrag G 13 ist erledigt durch die Abstimmung über Ziffer 64. Es wäre also jetzt der Antrag G 12 aufzurufen. Hier liegt uns eine Wortmeldung von Herrn Gündig aus Hamburg vor. Ich nehme an, zur Begründung.

Gündig: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute fünf Stunden über ein Problem der gewerblichen Wirtschaft, die Mitbestimmung, unterhalten. Ich könnte mir denken, daß wir uns in einigen Jahren ebenfalls fünf oder noch mehr Stunden über Fragen des Strukturwandels in der Landwirtschaft unterhalten müssen. Die Probleme, die in der gewerblichen Wirtschaft auftreten, der Wandel in der gewerblichen Wirtschaft werden meiner Beobachtung nach, auch meiner Beobachtung aus der Großstadt nach, in den Schatten gestellt durch den Wandlungsprozeß in unserer Landwirtschaft. Das hat der Vorstand bei der Abfassung des Entwurfs des Aktionsprogramms durchaus erkannt. Er hat in Ziffer 66 davon gesprochen, daß die Agrar-, aber auch die Wirtschafts- und die Raumordnungspolitik den heute in der Landwirtschaft Tätigen eine sichere Existenz ermöglichen soll, aber gleichzeitig erkannt, daß diese sichere Existenz in der Zukunft nicht immer und ausschließlich nur in der Landwirtschaft gefunden werden kann, sondern gesagt, das könne auch außerhalb der Landwirtschaft geschehen.

Damit ist das überaus heiße und drängende Problem der Umstrukturierung der Landwirtschaft, der Konzentration der Landwirtschaft, vielleicht schärfer gesagt: der Schrumpfung der Landwirtschaft und damit der Freisetzung von Kräften der Landwirtschaft angesprochen.

Einige Hamburger Anträge, die aus unserer großstädtischen Sicht heraus Verbrauchergesichtspunkte betrafen, haben leider mangels Begründung vielleicht nicht die Zustimmung dieser Delegiertenversammlung gefunden. Mit

dem Antrag, den wir Ihnen hier vorlegen und den zu begründen ich die Ehre habe, wollen wir dieses spezielle Anliegen der Landwirtschaft auch aus der Großstadt heraus schärfer anvisieren. Wenn wir wissen, daß die Landwirtschaft der Zahl nach kleiner wird, daß Kräfte frei werden, wie es der Vorstand offensichtlich erkannt hat, dann müssen wir schärfere Maßnahmen vorsehen, die diesem Umwandlungsprozeß Rechnung tragen.

Deshalb schlägt Ihnen der Landesverband Hamburg den detaillierenden Zusatz vor, daß nunmehr die staatliche Förderung für die berufliche Umschulung derjenigen, die aus der Landwirtschaft möglicherweise herausgehen, verstärkt wird und daß Ersatz durch eine Industrieansiedlungs-Förderungspolitik in denjenigen Bezirken geschaffen wird, die den in der Landwirtschaft Tätigen nicht mehr die volle Existenzsicherung geben können. Ich meine, wenn wir zu diesem sicherlich drängenden Problem der siebziger Jahre so detailliert Stellung nehmen, würde es unserer Partei in Stadt und Land gut anstehen.

Ich bitte Sie deshalb, den Hamburger Änderungsantrag anzunehmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich bitte jetzt den Kollegen Müller-Hermann, Bremen, für die Antragskommission zu sprechen.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren, die Antragskommission stimmt zwar inhaltlich dem Antrag G 12 zu, meint allerdings, daß die dort gemachten Vorschläge in anderen Teilen des Programms bereits zum Ausdruck gebracht worden sind. Das gilt sowohl für das Thema der beruflichen Mobilität als auch für die Fragen der Raumordnung und der Industrieansiedlung. Die Antragskommission empfiehlt daher, den Antrag abzulehnen.

Präsident Dr. Stecker: Wird zur Aussprache das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die für den Abänderungsantrag des Landesverbandes Hamburg sind, die Stimmkarte zu heben. — Die Gegenprobe! — Das ist eine große Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit ist auch der Antrag G 14 wohl erledigt.

Dann sind alle Anträge zu Ziffer 66 erledigt, und ich komme zur Abstimmung über Ziffer 66. Wer der Ziffer 66 zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe! — Das erstere war die große Mehrheit. Damit ist die Ziffer 66 angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 67. Hierzu liegen die Anträge G 14 und G 16 vor. Außerdem ist der Antrag G 23 nachgereicht worden, und zwar auf einem grünen Blatt. Ich nehme an, daß die Delegierten im Besitz dieses Antrags sind.

Soll der Antrag G 16 begründet werden? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Antragskommission um ihre Stellungnahme.

(Dr. Müller-Hermann: Zustimmung!)

Die Antragskommission schlägt Zustimmung vor. Wer dem Änderungsantrag G 16 zustimmen will, möge die Karte erheben. – Gegenprobe! – Einstimmig angenommen.

Damit ist auch der Antrag G 15 erledigt.

Zur Begründung des Antrags G 23 hat Herr Dr. Steuer das Wort.

Dr. Steuer, Nord-Württemberg: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ziffer 67 Satz 2 sollte klarer formuliert werden. Nach der vorgeschlagenen Fassung entsteht der Eindruck, daß sowohl das Bildungswesen auf dem Lande als auch die landwirtschaftliche Beratung ausgebaut und praxisnäher gestaltet werden sollten. Das ist aber sicher nicht gewollt. Das Bildungswesen auf dem Lande, wozu nicht nur die landwirtschaftlichen Fachschulen gehören, sondern auch Volksschulen, Hauptschulen, Realschulen, Berufsschulen und Gymnasien, muß ausgebaut und verbessert werden. Das Kriterium „praxisnah“ braucht hier nicht besonders betont zu werden. Das Bildungswesen auf dem Lande muß genauso viel und genauso wenig praxisnah sein wie das Bildungswesen in der Stadt. Dagegen sollte aber die landwirtschaftliche Beratung praxisnäher sein, und dazu bedarf es keines Ausbaues der landwirtschaftlichen Beratung, sondern einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Beratung. Die Beratung sollte sich mehr auf den Markt und nicht nur auf die Erzeugung ausrichten. Ich glaube, es verträgt sich schlecht mit den auch von der CDU immer wieder vorgetragenen Wünschen nach Verwaltungsvereinfachung, wenn draußen auf dem Lande die Bauern weniger werden, dagegen die Beamten auf den Landwirtschaftsämtern mehr. Deshalb schlage ich folgende klarere Formulierung vor:

Das Bildungswesen auf dem Land muß ausgebaut, die landwirtschaftliche Beratung praxisnäher gestaltet werden.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich bitte die Antragskommission um Stellungnahme.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren, die Fassung des Antrags und die des Aktionsprogramms unterscheiden sich dadurch, daß im Aktionsprogramm das Wort „praxisnahe“ und hier das Wort „praxisnäher“ gewünscht wird.

(Widerspruch. – Zuruf: Nein, bezieht sich auf beides!)

Das bezieht sich auf beides? Es ist beides auch gedeckt durch das Aktionsprogramm, und die Kommission empfiehlt Ablehnung des Antrags.

(Zischen)

Präsident Dr. Stecker: Wird zur Aussprache das Wort gewünscht? – Bitte!

Späth, Nord-Württemberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht den Verdacht äußern, die Antragskommission habe sich angesichts des Zeitdrucks mit diesem Antrag nicht mehr richtig befassen können. Aber es war doch ganz klar, was unser Freund Dr. Steuer sagte, nämlich worin sich die Fassung des Vorstands und die unseres Antrags unterscheiden. Die Antragskommission ist darüber hinweggegangen, indem sie an den Worten „nahe“ und „näher“ herumoperiert hat. Sie hat sich aber nicht mit der Grundsatzfrage befaßt, daß es nämlich ein Unterschied ist, ob ich nur das Bildungswesen oder auch die Beratungsstellen ausbauen will. Wir wollen das Bildungswesen auf dem Lande ausbauen und das Beratungswesen praxisnäher gestalten. Das ist eben ein Unterschied, den offensichtlich die Antragskommission nicht ganz richtig erkannt hat.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich darf die Antragskommission um Stellungnahme bitten. – Wird nicht gewünscht.

(Lachen)

Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall.

Dann darf ich diejenigen, die dem Antrag G 23 zustimmen, um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist der Antrag angenommen.

(Heiterkeit)

Dann sind alle Anträge zu Ziffer 67 erledigt. Wer der Ziffer 67 in der geänderten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig angenommen.

Ich komme zu Ziffer 68. Hierzu liegen die Anträge G 17 bis G 22 vor. Der Antrag G 17 ist erledigt, nachdem wir über die Ziffer 67 abgestimmt haben.

Sollen die Anträge G 18 und G 19 begründet werden? – Ich sehe keine Wortmeldung. Dann bitte ich um Stellungnahme der Antragskommission.

Niemann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sorgfältig geprüft,

(Heiterkeit)

ob der Antrag G 18 des Rheinisch-Bergischen Kreises und der Antrag G 19 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz angenommen werden sollten und ist zu der Überzeugung gekommen, sie sollte dem Plenum in beiden Fällen Ablehnung empfehlen.

In beiden Anträgen wird die Wiederaufnahme des Begriffs „Familienbetrieb“ in die Vorlage des Vorstands gewünscht. Wir sind der Meinung, daß die Bezeichnung „landwirtschaftlicher Betrieb“ mit Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb völlig ausreichend ist. Es ist für uns als CDU selbstverständlich, eben weil wir eine eigentumserhaltende und -fördernde Partei sind, daß die Familie und der Mensch im Mittelpunkt unserer Aussage stehen. Wir sollten uns aber bei der Betrachtung des landwirtschaftlichen Betriebs mehr denn je von Emotionen befreien, von denen der Berufsstand schon lange nicht mehr spricht. Denn selbst die Leitsätze des Deutschen Bauernverbandes zur Strukturpolitik verwenden in ihrer Nomenklatur nur noch die Begriffe Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb. Der Deutsche Bauernverband geht bei der Neuordnung der Strukturpolitik davon aus, daß den Betriebsleitern, ihren Familienangehörigen und den Landarbeitern eine sichere Existenz im ländlichen Raum ermöglicht werden muß.

Ich bin der Meinung, daß wir mit allen agrarpolitischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dahin wirken sollten, die Existenzangst von diesen Menschen zu nehmen. Es bleibt dabei unerheblich, wie die Betriebsform bezeichnet wird, in der sie ihr Arbeitseinkommen, ihr Einkommen schlechthin, erwirtschaften. Die Antragskommission empfiehlt deshalb, die zu Ziffer 68 eingebrachten Anträge abzulehnen und die Ziffer 68 in der Fassung des Vorstands anzunehmen.

Präsident Dr. Stecker: Wird zu den Anträgen G 18 und 19 das Wort gewünscht? – Bittel

Wagner, Rheinland-Pfalz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach der Erklärung der Antragskommission glaube ich im Namen der Parteifreunde aus Rheinland-Pfalz den Antrag von Rheinland-Pfalz zurückziehen zu können. Wir entnehmen der Erklärung der Antragskommission, daß das Anliegen, das mit dem Antrag von Rheinland-Pfalz verfolgt wurde, von der Antragskommission geteilt wird. Weiter entnehmen wir aus den Ausführungen, daß der Begriff „Vollerwerbsbetrieb“, der in der Vorlage des Bundesvorstandes erscheint, auch den Begriff des Familienbetriebs mit deckt. Wir halten es daher für überflüssig, über diese Frage abzustimmen, und ziehen unseren Antrag zurück.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen. Dann bleibt aber noch der Antrag G 18 des Rheinisch-Bergischen Kreises.

(Zuruf: Wir schließen uns an!)

Sie schließen sich an, nehmen also den Antrag G 18 auch zurück. Damit sind die beiden Änderungsanträge erledigt.

Ich komme zum Antrag G 20. Das Wort zur Begründung hat Parteifreund Susset.

Susset, Nord-Württemberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Satz in Ziffer 68: „Die Grundlage der deutschen Landwirtschaft ist der Voll-erwerbsbetrieb“ ist für uns in Baden-Württemberg und wohl auch für andere Bundesländer, die ähnliche Strukturen wie wir haben, bei der Vielzahl von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben doch beinahe so zu verstehen, als ob die CDU die sozialistischen Vorstellungen von Herrn Mansholt und Herrn Schiller, die ja dem Zu- und dem Nebenerwerbsbetrieb keine Chance mehr geben, übernehmen wollte.

Wir haben gleich am ersten Tag dieses Parteitages von unserem Bundeskanzler einen Hinweis auf die auch in Zukunft mögliche Form der Nebenerwerbsbetriebe gehört. Gestern sagte der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion: „Uns leitet der Blick auf unsere Prinzipien und die Fakten“. Ich meine, wir sollten uns von den Prinzipien her von sozialistischen Vorstellungen rundweg unterscheiden. Von den Fakten her ist es so, daß die Zahl der Zu- und Nebenerwerbsbetriebe in Zukunft zunehmen wird. Hier vorne sitzt unser Ministerpräsident. Wenn er oder unser Landwirtschaftsminister auf landwirtschaftlichen Veranstaltungen sprechen, erklären sie immer wieder, daß in der Zukunft eine große Zahl von Betrieben aus der Landwirtschaft nicht mehr ihr volles Einkommen erhalten können. Sie werden durch nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit dazuverdienen müssen.

Dazu müssen wir auch in diesem Schlußabsatz etwas sagen. Die Aussage geht nicht dahin – wie das von verschiedenen Seiten gemeint wird –, als ob diese Betriebe weiterhin durch Investitionen gefördert werden sollten. Das steht wieder auf einem ganz anderen Blatt. Die CDU sollte aber zu dieser Frage etwas aussagen. Das ist besonders deshalb wichtig, weil es doch zur Zeit um eine grundlegende Umstrukturierung der ländlichen Räume geht. Dieser Umstrukturierungsprozeß geht vor allem über die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe. Aus diesen Gründen möchte ich bitten, den vom Landesverband Nord-Württemberg vorgeschlagenen Zusatz anzunehmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen und bitte um die Stellungnahme der Antragskommission.

Niermann: Die Antragskommission ist der Meinung, daß die soeben diskutierten Fragen durch die Ziffer 68 erledigt sind. In dieser Ziffer sind die Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe ganz deutlich herausgestellt.

Ich meine, verehrter Herr Kollege, wir sollten in einem Aktionsprogramm nicht eine Empfehlung an unsere Betriebsleiter aussprechen. Ich persönlich glaube, daß unsere Betriebsleiter heute modern eingestellt und nach dieser Richtung hin orientiert sind, so daß sie selbst wissen, wie sie ihre Betriebsform gestalten müssen.

Die Antragskommission bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.

Präsident Dr. Stecker: Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrag G 20 ihre Zustimmung geben wollen, die Karte zu heben. – Gegenprobe! – Das letzte ist die große Mehrheit. Damit ist der Antrag G 20 abgelehnt.

Ich rufe den Antrag G 21 auf. – Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich bitte um die Stellungnahme der Antragskommission.

(Niermann: Ablehnung!)

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

Wir kommen – wenn das Wort nicht weiter gewünscht wird – zur Abstimmung. Wer dem Antrag G 21 zustimmen will, den bitte ich, die Karte zu heben. – Gegenprobe! – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag G 22. – Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Antrag G 22 zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. – Gegenprobe! – Das letztere ist die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

Damit sind alle Änderungsanträge zu Ziffer 68 behandelt. Wir kommen zur Schlußabstimmung über die Ziffer 68. Wer der Ziffer 68 in der vorliegenden Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Einstimmig angenommen. Damit ist die Ziffer 68 und das Kapitel „Landwirtschaft“ erledigt.

Da die Antragskommission noch nicht zurück ist, werden wir in der Beratung fortfahren. Ich muß aber darauf hinweisen, daß das Kommissionsmitglied, das für das Kapitel Raumordnung, Wohnungsbau und Verkehr zuständig ist, nicht anwesend ist.

Ich werde mir aber Mühe geben, daß wir auch so durchkommen. – Zur Geschäftsordnung hat Herr Soenius, Rheinland, das Wort.

Soenius: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kommt eine Flut von zusätzlichen Anträgen auf die Delegierten zu. Sie enthalten alle den Klammervermerk, daß der Antrag von der erforderlichen Zahl von Delegierten unterzeichnet sei. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es sollte aber zumindest der Listenführer oder einige der Mitunterzeichner angeführt sein, damit man weiß, wer den Antrag stellt. Ich würde bitten, das in Zukunft entsprechend zu tun.

Präsident Dr. Stecker: Soweit ich das verfolgt habe, ist bisher in gleicher Weise verfahren worden. Die Anregung scheint mir aber sinnvoll zu sein. Ich

würde die Geschäftsstelle bitten, entsprechend zu verfahren. Das ist nicht unbeachtlich.

Wir kommen zu Ziffer 69. Hierzu liegen die Anträge H 1, H 32 und H 39 vor. Zunächst werden wir die Anträge H 1 und H 32 behandeln. Hier hat sich zur Begründung Herr Teufel gemeldet.

(Heiterkeit)

Unser Freund Teufel aus Württemberg-Hohenzollern.

(Erneute Heiterkeit)

Teufel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ziffer 69 des Entwurfs zum Aktionsprogramm nennt als Ziele der Raumordnung eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft, gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und eine leistungsfähige Volkswirtschaft. Alle die drei genannten Grundaufgaben der Raumordnung dienen nach unserer Auffassung dem einen Ziel: der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft. Darum hat der Landesverband Württemberg-Hohenzollern den Antrag gestellt, Ziffer 69 so zu fassen, daß als Ziel der Raumordnung die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft herausgestellt wird.

Zur Begründung darf ich außerdem sagen, daß § 1 des Raumordnungsgesetzes vom 8. April 1965 als Ziel der Raumordnung ausdrücklich nennt, daß das Bundesgebiet in seiner allgemeinen räumlichen Struktur einer Entwicklung zuzuführen ist, die der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft am besten dient. Dieses Bundesraumordnungsgesetz ist von CDU-Politikern und vom langjährigen Bundesinnenminister Lücke gemacht worden. Wenn schon der Bundesgesetzgeber in einem Gesetz als Ziel der Raumordnung den Dienst an der Persönlichkeit – einer Persönlichkeit, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß – nennt, dann darf doch die CDU in ihrem Aktionsprogramm nicht hinter dieser gesetzlichen Definition zurückbleiben.

Wir meinen also, daß das, was im Entwurf des Aktionsprogramms als Ziel genannt ist, nur Teilziel ist. Das sind wichtige Aufgaben der Raumordnung, die nur dem einen Ziel dienen sollen, nämlich der freien Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft. Wir bitten Sie deshalb, dem Änderungsantrag H 1 des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Soll der Antrag H 32 begründet werden? – Herr Dr. Fuchs, Süd-Baden.

Dr. Fuchs: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Raumordnung in der Bundesrepublik steht an ihrem Anfang. Sie hat erste Gehversuche hinter sich und man hat nur vereinzelte Erfahrungen. Die Bun-

desrepublik steht damit nicht allein. Auch andere europäische Länder – nicht nur westeuropäische sondern auch osteuropäische Länder – ziehen hier gleich. Selbst in Frankreich, wo in der Pariser Zentrale 32 000 Experten an diesen Themen arbeiten, ist man noch nicht viel weitergekommen.

Das liegt nun nicht daran, daß maßgebliche Leute und Persönlichkeiten die Notwendigkeit der Raumordnung nicht erkannt hätten. Der ehemalige Herr Bundesinnenminister Lücke hat, soweit ich weiß, bereits 1956/1958 dem damaligen Bundeskanzler Adenauer die Notwendigkeit dieses Aufgabenbereiches aufgezeigt. Der Herr Bundeskanzler Adenauer sagte zu Herrn Lücke, daß er ihm voll zustimme, daß es aber an den Fachleuten fehle, die solche Maßnahmen durchführen könnten.

Diese Situation hat sich inzwischen wesentlich geändert. Wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe junger, guter Fachkräfte auf diesem Fachgebiet bekommen, und – und das ist für uns insbesondere wichtig – es hat sich in den Fachinstitutionen und an unseren Universitäten eine sehr intensive Fachdiskussion entfaltet, meine Damen und Herren, in der zu einem großen Teil laut wird, die Fragen der Raumordnung seien in erster Linie eine Sache von Experten, eine Sache von Technokraten, und man befürchtet, die Politik könnte sich in diese Angelegenheit allzusehr einmischen. Ja, man meint sogar, daß die Raumordnung nur am Rande eine Angelegenheit der Politik sei. Das ist der entscheidende Punkt. Wir können doch nicht der Meinung sein, daß die Frage der Raumordnung, also etwa die Frage, wie wir den uns zur Verfügung stehenden Raum nutzen und gebrauchen, wie in diesem Raum die verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zu einem Ausgleich kommen, eine Angelegenheit von Fachleuten und Experten sei; denn das ist doch auch im ganz wesentlichen Sinne eine politische Angelegenheit.

Wir haben heute sehr lange und ausführlich über die Fragen der Mitbestimmung diskutiert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe heute morgen erfahren können, daß Diskussionen in dem Augenblick, in dem sie in den großen politischen Raum gehoben werden, von einzelnen Sachbereichen auf die anderen übergreifen. Wir wollen doch für die Arbeitnehmer und überhaupt für die Menschen mehr Entfaltungsmöglichkeit. Wir haben heute lange darüber diskutiert, daß die Mitbestimmung, also die Entfaltung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz, ausgeweitet werden soll.

Meine Damen und Herren, müssen wir nicht das, was wir hier am Arbeitsplatz geben, dem Arbeiter oder dem Angestellten nicht auch geben, wenn er den Betrieb verläßt? Müssen wir nicht dafür sorgen, daß dieser Arbeiter oder dieser Angestellte in seiner Freizeit auch die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit hat? Das ist doch das eigentliche politische Anliegen, das der Raumordnung verknüpft ist. Das ist nicht in erster Linie eine Planungsfrage; die Planung ist nur ein Instrument der Raumordnung. Deshalb haben wir in unserem Antrag Nummer 69 als Ziel der Raumordnung – ähnlich, wie das mein Vorredner begründet hat – die Entwicklung des Einzelnen in der

Gesellschaft aufgeführt. Wir sagen, daß es sich zunächst einmal, soweit der Bund aktiv werden soll, nur um Raumordnungsregeln handeln darf oder soll.

Mitbestimmung und Mitwirkung des Bürgers an der Gestaltung seiner Umwelt sind nicht möglich, wenn die Fragen der räumlichen Gestaltung zu ausschließlich an den Zentralen vorgenommen werden. Wir empfehlen, in dieses Aktionsprogramm nicht hineinzuschreiben, daß auf Bundesebene eine Raumordnungskonzeption ausgearbeitet wird, sondern Raumordnungsregeln. Ähnlich, wie wir Verkehrsregeln haben, sollten wir auch Regeln für den Verbrauch und Gebrauch unseres Raumes entwickeln.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich etwas kürzer fassen würden.

Dr. Fuchs: Ja, gern! Ich möchte damit schließen. Die weiteren Einzelheiten kann man dann besser bei den einzelnen Anträgen begründen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Jetzt darf ich für die Antragskommission Herrn Dr. Müller-Hermann bitten, das Wort zu nehmen.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren! Die Probleme der Raumordnung sind zu einem Politikum erster Ordnung geworden. Das bringt das Aktionsprogramm auch zum Ausdruck, und wir müssen, glaube ich, insbesondere unserem Freund Lücke dafür dankbar sein, daß er schon sehr frühzeitig auf diesen Punkt hingewiesen hat.

Die hier vorliegenden Ergänzungsanträge H 1 und H 32 empfiehlt die Antragskommission, so sehr sie auch mit dem Inhalt übereinstimmt, abzulehnen, weil der Gedanke der freien Entfaltung der Persönlichkeit sowohl in der Präambel als auch speziell nochmals in der Ziffer 30 bereits zum Ausdruck gebracht worden ist und die Raumordnung sich natürlich auch in diese Überlegungen einzufügen hat. Deshalb geht die Empfehlung der Antragskommission dahin, die Anträge H 1 und H 32 abzulehnen; der Inhalt ist bereits gedeckt.

Präsident Dr. Stecker: Zur Aussprache hat sich Herr Dr. Borgard vom Landesverband Saar gemeldet.

(Dr. Borgard: Nein, zum Antrag H 39, zum nächsten Antrag!)

Es kann aber über diese Anträge schon abgestimmt worden sein. Ist es möglich, daß dieser Antrag H 39 schon erledigt ist?

(Zurufe: Nein!)

Dann wird das Wort zur Aussprache gewünscht. Bitte, Freund Teuffel

Teufel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann die Auffassung des Berichterstatters der Antragskommission zum Antrag H 1 nicht teilen. Wenn selbst das Bundesraumordnungsgesetz in der Legaldefinition, und zwar auf Vorschlag eines CDU-Politikers, unseres Freundes Lücke, sagt, daß die Raumordnung das Ziel hat, die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft zu gewährleisten, dann kann die CDU hinter dieser Legaldefinition nicht zurückbleiben;

(Beifall – Zurufe: Sehr gut!)

denn die Raumordnungspolitik war und ist eine Domäne der CDU, der Raumordnungspolitiker der CDU. Unsere Raumordnungspolitiker haben immer darauf hingewiesen, warum wir Raumordnung betreiben sollen, und zwar Raumordnung auf allen Ebenen, um eben die freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft zu gewährleisten. Deshalb kann doch die CDU jetzt in ihrem Aktionsprogramm nicht eine Reihe von Teilzielen nennen, aber, was die Antragskommission will, ist auch im Antrag des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern enthalten. Wir bitten Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen. Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Dr. Müller-Hermann!

Dr. Müller-Hermann: Meine Parteifreunde, ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Punkt dieses Aktionsprogramms nicht der freien Entfaltung der Persönlichkeit dient. Das müßte dann also überall verankert werden, und das ist auch der Grund, aus dem die Antragskommission empfiehlt, das nicht nochmals in diesem speziellen Punkt zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Ich danke schön. Das Wort wird weiter von Herrn Dr. Fuchs gewünscht. Bitte sehr!

Dr. Fuchs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich ja bei dem Antrag H 32 nicht nur um diesen ersten Satz.

(Zuruf: Genau)

Es wird zum Beispiel in der Vorlage des Vorstandes von einer Wiederherstellung des Naturhaushaltes gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist naturwissenschaftlich völlig ausgeschlossen. Sie können einen einmal gestörten Naturhaushalt nicht wiederherstellen, ganz davon abgesehen, daß das wohl ein Preis ist, den wir für unsere Zivilisation zahlen müssen, für die wir diesen Naturhaushalt selbstverständlich laufend in Anspruch nehmen. Wir haben deshalb in unserem Antrag H 32 geschrieben, daß die schädlichen Auswirkungen soweit als möglich abzubauen sind. Das ist das eine.

Dann muß ich nochmals auf die Überlegungen bezüglich der Raumordnungsregeln hinweisen. Meine Damen und Herren, ich kann nur nochmals wiederholen: Wir wollen die Konkretisierung der Raumordnung auf der regionalen Ebene vornehmen. Das werden Sie nachher in dem Antrag H 33 noch genauer sehen. Um aber eine Koordination zu erreichen, brauchen wir auf Bundesebene verbindliche Regeln. So, wie wir Verkehrsregeln haben, sollten wir auch Raumordnungsregeln haben. Das Wort Raumordnungskonzeption, das in der Vorlage des Vorstandes gebraucht wird, ist hier etwas mißverständlich. Man könnte nämlich annehmen, wir strebten an, auf Bundesebene zu einem Raumordnungsprogramm zu kommen, zu einem Raumordnungsplan. Das aber wollen wir doch überhaupt nicht. Wir wollen, daß die Grundsätze festgelegt werden – und mehr nicht – und die Konkretisierung soll nach dem Subsidiaritätsprinzip unten geschehen.

Ich wollte nur darauf hinweisen, daß das viel wesentlichere Gesichtspunkte des Antrags H 32 sind, und ich möchte Sie bitten, auf Grund dieser Überlegungen dem Änderungsantrag H 32 zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Wenn zur Diskussion das Wort nicht weiter gewünscht wird, darf ich wohl zur Abstimmung über die Anträge H 1 und H 32 kommen, die wir sicher zusammenfassen können.

(Widerspruch)

Gut, dann stimmen wir zunächst über den Antrag H 1 ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, die Karte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. –

(Unruhe und Widerspruch)

Ich bitte nochmals um Wiederholung. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die Karte zu erheben. – Die Gegenprobe. – Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag H 1 abgelehnt.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag H 32. Wer diesem Änderungsantrag H 32 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. –

(Unruhe und Widerspruch)

Ich bitte nochmals um Wiederholung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen, – Das ist von hier aus sehr schlecht zu sehen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag H 32 angenommen.

Wir kommen dann zur Behandlung des Antrags H 39. Zur Begründung dieses Antrags liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Bungarts vor. Das Wort hat Herr Dr. Borgard vom Landesverband Saar.

Dr. Borgards: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag fußt auf der Vorlage des Bundesvorstandes. Er ist aber genausogut in die angenommene Fassung entsprechend dem Antrag H 32 einzuarbeiten. Wir beabsichtigen damit eine sinnvolle Konkretisierung und Ergänzung der Vorlage. Ich möchte damit Herrn Dr. Müller-Hermann aus einem anderen Vortrag zitieren.

Die Begründung des Antrags H 39 ist Ihnen beigegeben. In der ursprünglichen Fassung werden nur die allgemeinen Ziele der Politik genannt. Herr Dr. Müller-Hermann hat vorhin gesagt, das seien die Ziele, die auch in vielen anderen Ziffern des Aktionsprogramms bereits vertreten sind, beispielsweise bei der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik usw.

Das unmittelbare Ziel der Raumordnungspolitik ist jedoch die Gestaltung der Siedlungs- und Infrastruktur. Meines Erachtens darf die Nennung dieses Zieles in diesem Satz nicht fehlen.

Unser Antrag ist sinngemäß in die jetzt genehmigte Fassung des Antrages H 32 einzuarbeiten.

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen für die Begründung. Zunächst hat das Wort Herr Müller-Hermann von der Antragskommission.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren! Ich würde empfehlen, den Antrag H39 anzunehmen. Ich glaube aber, darauf hinweisen zu müssen, daß durch die Annahme des letzten Antrages H 32, aus dem Aktionsprogramm ein Punkt entfernt worden ist, an dem mir sehr viel liegt, nämlich die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik. Ich empfehle deshalb, diese Ergänzung in die oben angenommene neue Fassung einzufügen.

Präsident Dr. Stecker: Ich bitte Sie, das möglichst schriftlich zu formulieren.

Müller-Hermann: Ich darf es dann gleich formulieren. Der Antrag H 32 müßte etwa folgende Fassung haben:

Ziel der Raumordnung ist die Entwicklungsmöglichkeit des einzelnen in der Gesellschaft und eine wachstumsfähige Volkswirtschaft und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.“

Präsident Dr. Stecker: Gibt es dazu Wortmeldungen? — Herr Orgass!

Orgass, MdB: In der Fassung, die Herr Müller-Hermann vorgetragen hat, ist unser Antrag, den er zur Annahme empfohlen hat, nicht enthalten gewesen. Die Fassung würde also so lauten:

„Ziel der Raumordnung ist eine Siedlungs- und Infrastruktur, die die Entwicklungsmöglichkeit des einzelnen in der Gesellschaft, eine wachstumsfähige Volkswirtschaft und gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewährleistet.“

Präsident Dr. Stecker: Ich habe es wohl richtig verstanden, daß damit der Antrag H 39 gleichzeitig einbezogen wäre, so daß man also über den Antrag H 39 und über die Ergänzung H 32 abstimmen lassen könnte. Dann geschieht das hiermit.

Wer dem Antrag H 39 in der modifizierten Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen ist es so angenommen.

Damit sind alle acht Änderungsanträge zur Ziffer 69 erledigt. Ich komme dann zur Schlußabstimmung über die Ziffer 69. Wer ihr in der jetzt abgeänderten Formulierung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das ist einstimmig angenommen.

Dann komme ich zur Ziffer 70. Hier liegen die Anträge H 2, H 3 und H 33 vor. Zunächst soll der Antrag H 2 behandelt werden. Ich bitte wieder unseren Freund Teufel um Begründung dieses Antrages.

Teufel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband Württemberg-Hohenzollern schlägt Ihnen eine Neufassung der Nr. 70 aus drei Gründen vor. Einmal soll klarer gefaßt werden, daß die Erneuerung unserer Städte und Dörfer allen Gemeinden, allen Strukturen und Ebenen dienen soll. Zweitens soll klar definiert werden, daß vor allem die Verdichtungskerne in den Großstädten funktionsfähig zu erhalten sind. Drittens soll festgestellt werden, daß als zentrale Orte alle diejenigen öffentlichen Einrichtungen, auch für den Bürger des Umlandes, zur Verfügung stehen sollen, die die einzelnen Gemeinden – nicht, wie hier vorgeschlagen ist, das einzelne Dorf – nicht zur Verfügung stellen können. Denn sehr wohl könnten es auch Städte sein, die nicht alle öffentliche Einrichtungen für ihre Bürger bereithalten können. Der Begriff „Gemeinde“ ist umfassend und geht von der kleinen Gemeinde bis zur Großstadt. In allen diesen drei Punkten ist der Vorschlag des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern nach unserer Auffassung wesentlich klarer als der Vorschlag des Entwurfs zum Aktionsprogramm. Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung.

(Beifall)

Präsident Dr. Stecker: Soll auch der Antrag H 3 begründet werden? – Das ist nicht der Fall. Zur Begründung von H 33 hat sich Herr Dr. Fuchs gemeldet.

Dr. Fuchs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben hier eine Ergänzung. Es wird hier von der Sanierung der Städte und Dörfer gesprochen. Ich stimme hier dem Vorredner zu, daß man einfach von Gemeinden sprechen sollte. Uns war hier eines wichtig: Sanierung unter Aufrechterhaltung wertvoller Substanzen einer praktikablen sozialen und funktionalen Mischung. Wir wollen hier einem Punkt entgegenreten, der sich in letzter Zeit sehr breit macht, daß man radikal einfach ganze Stadtteile abreißt und wieder völlig neu aufbaut. Deswegen dieser Hinweis!

Natürlich müssen wir wahrscheinlich bei der Stadtsanierung Teile abreißen. Der CDU stünde es gut an, hier darauf hinzuweisen, daß dieses Beseitigen gewachsener Wohnviertel und gewachsener Stadtteile nicht einfach radikal vorgenommen werden soll, sondern mit dem Versuch, soweit wie möglich Substanz zu erhalten, und vor allen Dingen beim Neuaufbau ein mögliches Maß an sozialer und funktionaler Mischung zu erreichen.

Wichtig sind in dem Antrag H 33 die beiden letzten Absätze. Ich habe vorhin schon in meiner Einleitung versucht, das vorzubereiten. Wenn wir eine wirk-same Raumordnung betreiben wollen, und zwar die Konkretisierung auf der unteren Ebene, dann müssen wir von einem allzu egozentrischen Denken unserer Gemeinden herunterkommen. Deswegen haben wir eine Formulierung vorgeschlagen, die lautet:

„Die Raumordnung muß rechtliche Voraussetzungen schaffen, daß alle raum-wirksamen Maßnahmen einzelner Gemeinden nicht mehr im Alleingang, son-derm nur noch auf der Grundlage einer gesamtplanerischen Koordination zwi-schen den Gemeinden erfolgen.“

Meine Damen und Herren! Unsere Bürger haben kein Verständnis dafür, wenn die eine Gemeinde meint, sie müsse nun, weil die andere diese oder jene Maßnahme ergriffen hat, damit nachziehen. Der Bürger hat auch kein Ver-ständnis dafür, daß Gemeinde für Gemeinde Land verbaut, ohne daß das miteinander abgestimmt wird. Deswegen diese Begründung!

Im letzten Absatz des Änderungsantrages H 33 sollte „die Aufstellung kon-kreter Raumordnungskonzepte auf der Basis der raumordnungspolitischen und planerischen Ziele“ als Selbstverwaltungsaufgabe an die Regionen dele-giert werden. Das ist praktisch die andere Säule unserer Vorstellung, auf der einen Seite die Raumordnungsregel, auf der anderen Seite die Konkretisierung der Raumordnungspläne auf der unteren Ebene, also delegieren an die Regio-nen, so ähnlich wie es in Rheinland-Pfalz im Ansatz praktiziert wird.

Das Modell schwebt uns dabei eigentlich deswegen vor, weil wir glauben, daß die Beteiligung der Bevölkerung an diesen Fragen der Gestaltung ihrer Um-welt nur zu erreichen ist, wenn die Konkretisierung der Raumordnungspläne an die Regionen delegiert wird.

Präsident Dr. Stecker: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Fuchs. Dann darf ich die Antragskommission bitten, zu H 2 und H 3 ihre Meinung vorzutragen.

Dr. Müller-Hermann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich bei dieser Gelegenheit darum bitten, daß wir uns um eine Straffung des Ak-tionsprogrammes bemühen. Die Antragskommission übernimmt zunächst ein-mal aus dem Antrag H 2 im dritten Absatz der Ziffer 70 die Ersetzung der Worte „das einzelne Dorf“ mit der Formulierung „die einzelne Gemeinde“. Im übrigen sind zu H 2, wo vorgeschlagen wird „Die Verdichtungskerne in den Großstädten sind funktionsfähig zu erhalten“ folgende Bemerkungen zu

machen. In der Formulierung des Aktionsprogrammes sind die Großstädte besonders erwähnt worden. Wenn wir diese Formulierung aus H 2 übernehmen „Die Verdichtungskerne in den Großstädten sind funktionsfähig zu erhalten“, dann kann meines Erachtens auch leicht gegenargumentiert werden; wenn ungesunde Verdichtung vorliegt, kann eine Auflockerung solcher Verdichtung durchaus notwendig sein.

Bei den Empfehlungen des Antrages H 33 verweise ich zunächst einmal darauf, daß wir im Punkt 69 ohnehin schon davon gesprochen haben, daß Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam eine verbindliche Konzeption für die Raumordnung vorlegen müssen. Der Gedanke, an die Regionen die Zuständigkeit zu delegieren, hat natürlich etwas Verlockendes für sich, bloß was ist eine Region als Verwaltungseinheit? Da haben wir leider keinen Anknüpfungspunkt. Deshalb meine ich, als Vertreter der Antragskommission empfehlen zu müssen, außer dieser Formulierung „Die einzelne Gemeinde“, die Anträge H 2, H 3 und H 33 abzulehnen und es bei der ursprünglichen Fassung zu belassen.

Präsident Dr. Stecker: Wird sonst zur Aussprache das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann liegt ein Antrag der Kommission vor, nämlich die Vorlage des Vorstandes mit der Ergänzung „die einzelne Gemeinde“, wie es Herr Müller-Hermann vorgetragen hat.

Ich lasse zunächst über diesen Antrag abstimmen, weil er, wenn er angenommen würde, alle anderen Anträge erledigen würde. Ich bitte also, über diesen Antrag der Antragskommission abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Mit großer Mehrheit angenommen! Damit sind die Anträge H 2, H 3 und H 33 erledigt, damit auch alle Anträge zur Ziffer 70.

Ich lasse dann abstimmen über die Ziffer 70 insgesamt. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen, und zwar mit den Änderungen, die wir vorgesehen haben. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Damit ist die Ziffer 70 angenommen.

Ich rufe die Ziffer 71 auf. Dazu liegen die Anträge H 4, H 34 und H 37 vor. Zunächst rufe ich die Anträge H 34 und H 37 auf. Zur Begründung hat Herr Dr. Fuchs das Wort erbeten.

(Dr. Fuchs: Der Antrag H 34 wird zugunsten des Antrags H 40 der Antragskommission zurückgezogen!)

Ja, es liegt ein Antrag H 40 der Antragskommission vor. Wird zur Begründung des Antrags H 37 noch das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann dürfte es zweckmäßig sein, jetzt die Antragskommission zu ihrem Antrag H 40 zu hören, der eine Änderung der Vorstandsvorlage bedeutet.

Dr. Müller-Hermann: Die Antragskommission hat die verschiedenen Anregungen zu der Ziffer 71 aufgegriffen und mit dem Antrag H 40 eine neue Formulierung vorgelegt, deren Annahme ich empfehle.

(Dietrich Rollmann übernimmt das Präsidium).

Präsident Rollmann: Wird dazu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag H 40 abstimmen. Wer für die Annahme des Antrages H 40 ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Gegen wenige Stimmen angenommen.

Damit kommen wir zur Schlußabstimmung über Ziffer 71. Wer Ziffer 71 in der so geänderten Fassung annimmt, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Gegen wenige Stimmen angenommen.

Wir kommen nun zu Ziffer 72. Hier liegen die Anträge H 5, H 6, H 7 und H 38 vor. Zunächst ist der Antrag H 5 zu behandeln. Die Antragskommission wird daraus die Streichung des in Klammern gesetzten Wortes „Bodenfonds“ übernehmen. Darf ich darum bitten, daß von seiten der Antragskommission das Wort genommen wird.

(Dr. Müller-Hermann: Ich verzichte!)

Es wird verzichtet. Wird eine Begründung für den Antrag H 6 gewünscht? – Herr Orgass, Hamburg!

Orgass, MdB: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ein Wort über die Bedeutung der Raumordnung zu sagen, wird sich nach dem, was hier bereits vorangegangen ist, erübrigen. Es wäre sicherlich sehr reizvoll, aber die Tagesordnung läßt es nicht zu, hier noch Ausführungen zu machen.

Nur eines wissen wir, daß wir, wenn wir unsere Gesellschaft in der Zukunft funktionsfähig halten wollen, den Begriff der Mobilität in einer ganz anderen Zuordnung sehen müssen als in der Vergangenheit. Wir wissen sehr genau, daß wir zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung den strukturellen Wandel ständig nötig haben. Das bedeutet eine Mobilität aller Produktionsfaktoren zueinander und nicht nur der Faktoren Kapital und Arbeit. In diese Dynamik muß vielmehr der Boden miteinbezogen werden.

Aus diesem Grunde ist bei der ganzen Frage der Raumordnung die Frage der Neuordnung des Bodenrechtes zu einem der zentralen Punkte geworden. Die Sozialausschüsse haben Ihnen einen Änderungsantrag vorgelegt, der auf das *i-Tüpfelchen genau der Vorlage des ersten Entwurfs des Aktionsprogramms* entspricht. Damit sind wir also nicht eigenwillige Wege gegangen, sondern, ich möchte sagen, wir sind zu den Quellen des Ursprungs zurückgekehrt.

Im Inhalt sind wir dabei nicht auseinander, sondern es dreht sich bei diesem Änderungsantrag um eine Klarstellung dessen, was wir insgesamt wollen. Wir haben dazu nicht nur – wie es in dem bisherigen Antrag heißt – gesagt, daß ein neues Bodenrecht unerläßlich ist, was ja übrigens durch einen Antrag in der Begründung bestritten wird – aber dazu kann ich hier nicht Stellung nehmen – sondern wir haben hier noch klarer zum Ausdruck gebracht, daß eine wirksame Raumordnung nicht möglich ist ohne eine neue Bodenordnung, etwas, worüber sich die Fachleute insgesamt einig sind.

Und wir haben die Wege, die dazu zu beschreiten sind, nach beiden Seiten klarer aufgezeigt, indem wir einmal sehr klar an unserem Postulat festhalten: „Die CDU hält daran fest, daß das Privateigentum die Grundlage der Bodenordnung bleibt.“ Dies ist klarer ausgesprochen. Auf der anderen Seite ist aber auch klarer ausgesprochen, daß Eigentum am Grund und Boden einer besonderen Sozialbindung unterliegt.

Ich glaube, das sind die wesentlichen Dinge. Wir sind auch in der Frage der Planungs- oder der Spekulationsgewinne aus Gründen der Planung deutlicher geworden, so wie es in der ersten Fassung steht. Wir glauben, daß es notwendig ist, diese Richtlinien dem Gesetzgeber mit auf den Weg zu geben. Deswegen bitten wir Sie sehr herzlich um Annahme des Änderungsantrages H 6.

Präsident Rollmann: Wird das Wort zur Begründung des Antrages H 7 gewünscht? – Bitte schön! Bitte, kommen Sie nach vorn!

(Zuruf: Das ist schnell gesagt! Der Vorschlag ist in H 6 enthalten! Bei Annahme von H 6 würde sich H 7 erübrigen!)

Wird zurückgezogen.

(Zuruf: Aber erst, wenn der Antrag H 6 angenommen ist!)

Gut. Wird zur Begründung des Antrages H 8 das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Das Wort zur Begründung des Antrages H 38 hat Herr Dr. Siemer, Oldenburg.

Dr. Siemer, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Wir meinen, daß die Ziffer 72 des Aktionsprogramms in der Fassung des Bundesvorstandes, die uns vorliegt, nicht angenommen werden kann. Hier muß ich im Namen der Landwirtschaft entschieden dagegen Einspruch erheben, daß wir etwa der Auffassung sind, wir brauchten ein neues Bodenrecht. Mein Vorredner hat gesagt: eine neue Bodenordnung. Damit könnte ich mich einverstanden erklären, nicht aber damit, daß wir ein neues Bodenrecht brauchten. Ich bitte, zur Begründung folgendes entgegenzunehmen:

Einmal haben wir das Bodenrecht im Grundgesetz ganz eindeutig geordnet, und wir haben in der Verfassung ausdrücklich die sogenannte Bindung des Grund und Bodens als dienende Funktion für die Gemeinschaft anerkannt.

Auch die Rechtsprechung sagt in dieser Hinsicht ganz klar und deutlich, daß das Bodenrecht nicht Selbstzweck ist, sondern daß das Eigentum am Boden der Gemeinschaft dienen muß.

Wollen Sie aber diesen Satz: „Ein neues Bodenrecht ist unerläßlich“ bestehen lassen, dann bringen Sie zumindest zur Zeit in die heute sowieso ge-

quälte Landwirtschaft einen neuen Unruheherd. Ich bin der Meinung, daß wir – um es einfach zu sagen – heute sowohl durch das Bundesbaugesetz als auch durch das eingebrachte Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz, welches jetzt in der Beratung ist, alle Voraussetzungen schaffen, um die Bodenneuordnung zu bewerkstelligen, ohne den Satz aufrechtzuerhalten: Wir wünschen ein neues Bodenrecht.

Weiter darf ich sagen, daß die Erfahrung doch bisher schon gelehrt und bewiesen hat, daß rein gesetzliche Regelungen, die mit Stopp-Preisen und mit Bodenpreisen arbeiten, die verwaltungsmäßig festgelegt werden, nicht den Effekt erzielen, Angebot von Grund und Boden zu bekommen, sondern höchstens den grauen Bodenmarkt wieder auf den Plan rufen.

Daneben möchte ich sagen, daß im Grundgesetz die Selbstverständlichkeit verfassungsrechtlich verankert ist, daß Eigentum – und selbstverständlich auch das Eigentum an Grund und Boden – verpflichtet. Die besondere Sozialbindung, die ich hier noch einmal herausstreichen möchte, muß also nicht etwa dadurch betont werden, daß ich sage: ich will ein neues Bodenrecht.

Spekulationsgewinne lehnen auch wir ab. Spekulationsgewinne kann der Landwirt nicht machen.

(Zuruf: Na, na!)

Er kann selbstverständlich – und das werden Sie mir wahrscheinlich auch nicht abstreiten wollen – für seinen Grund und Boden – das ist sein einziges Eigentum – einen höheren Verkaufspreis erzielen, einen Gewinn machen. Würden aber – das ist meine Überzeugung und die Überzeugung meiner Freunde – seitens des Landwirts mit dem Boden Spekulationsgewinne gemacht werden sollen, dann haben Sie durch § 23 des Einkommensteuergesetzes durchaus die Möglichkeit, solche Spekulationsgewinne zu unterbinden. Wir sind nicht der Meinung – und das habe ich auch in dem Antrag H 38, den wir vorgelegt haben, klar zum Ausdruck gebracht – daß Spekulationsgewinne etwa nicht unterbunden werden sollen. Wir wollen den Antrag so bestehen lassen. Nur bitte ich Sie im Interesse der Betroffenen, den ersten Passus zu streichen.

Präsident Rollmann: Jetzt hat Herr Müller-Hermann das Wort für die Antragskommission.

Dr. Müller-Hermann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Diskussion in den Parteigremien ist die Ziffer 72 offensichtlich ganz besonders intensiv behandelt worden. Jedenfalls liegen der Parteiführung eine Fülle von Änderungsanträgen vor, und gerade das ist der Grund, aus dem ich Sie bitte, meine Damen und Herren, es bei der sehr aus- und abgewogenen Formulierung der Ziffer 72 zu belassen.

(Beifall)

Die Bitte richtet sich sowohl an die Sozialausschüsse als auch an unsere Freunde aus der Landwirtschaft. Denn ich glaube tatsächlich – und notfalls muß Kollege Lücke dazu noch etwas sagen – eine Raumordnung nach unseren Vorstellungen ohne eine Modifizierung des Bodenrechts ist wahrscheinlich undurchführbar.

Ich bitte Sie daher, der Fassung der Ziffer 72 in der alten Vorlage zu folgen mit der einzigen Ausnahme, die Sie schon verabschiedet haben, in der letzten Zeile das Wort „Bodenfonds“ zu streichen.

Präsident Rollmann: Jetzt hat das Wort Herr Sauer, Nordbaden, zur Begründung des Punktes H 6.

Sauer, Nord-Baden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen empfehlen, den Antrag H 6, der von den Sozialausschüssen eingereicht wurde, anzunehmen. Beide Formulierungen der Ziffer 72, sowohl die in der Fassung der Vorlage des Vorstands als auch die nach dem Antrag H 6, haben denselben Inhalt, nur ist die Fassung nach dem Antrag H 6 etwas ausführlicher. Die Unterschiede sind nicht so groß, daß man zu einer Ablehnung des Antrags H 6 kommen müßte. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag H 6 anzunehmen.

Präsident Rollmann: Wird sonst das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß der Antrag H 6 in der geänderten Fassung der Antragskommission angenommen wird, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. – Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wer für die Annahme des Antrags H 6 ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. – Gegenprobe! – Das erste ist die Mehrheit.

(Widerspruch)

Wir wiederholen die Abstimmung. Wer für die Annahme von H 6 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das Präsidium ist sich nicht einig; wir müssen auszählen lassen. Wer für die Annahme von H 6 ist, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen – und ich bitte die Mitarbeiter, die Stimmen auszuzählen.

Ist ausgezählt worden? – Dann bitte ich um die Gegenprobe!

Ist die Auszählung abgeschlossen? – Dann müssen wir einen Augenblick warten, bis das Ergebnis errechnet ist.

Meine Damen und Herren, der Antrag H 6 ist mit 127 gegen 107 Stimmen abgelehnt worden.

Wer für die Annahme des Antrags H 7 ist, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Das letzte ist die Mehrheit; der Antrag H 7 ist abgelehnt.

Wer für die Annahme des Antrags H 8 ist, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Das letztere ist die Mehrheit; der Antrag H 8 ist abgelehnt.

Wer für die Annahme des Antrags H 38 ist, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Das letztere ist die Mehrheit; der Antrag H 38 ist abgelehnt.

Damit kommen wir zur Schlußabstimmung über Ziffer 72 in der Fassung der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um das Heben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Ziffer 72 ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 73 auf. Hierzu liegen die Anträge H 9 bis H 15 vor. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Herr Dr. Müller-Hermann!

Dr. Müller-Hermann: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat versucht, die vielen Anregungen in den eben vom Vorsitzenden angeführten Anträgen zu verarbeiten, und Ihnen unter Antrag H 41 einen neuen Formulierungsvorschlag zu der Ziffer 73 unterbreitet, der praktisch alles aufsaugt, was an zusätzlichen Anregungen gegeben worden ist, und dessen Annahme ich empfehle.

Präsident Rollmann: Herr Dr. Müller-Hermann hat eben den Antrag der Antragskommission H 41 begründet. – Zur Begründung des Antrags H 9 hat Herr Dr. Czaja das Wort.

Dr. Czaja, Nord-Württemberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu der ursprünglichen Fassung der Ziffer 73 ist eine Fülle von Änderungsvorschlägen eingegangen, und ich danke der Antragskommission, daß sie versucht hat, die weithin unzulängliche Fassung auf Grund der eingegangenen Anträge zu verbessern.

Ich kann aber nicht verschweigen, daß sich gerade bei der Ziffer 73, zum Teil aber auch bei den vorhergehenden Ziffern, etwas gezeigt hat, was wir nicht in das Jahr 1970 hineinnehmen sollten, nämlich ein Erlahmen des Führungsanspruchs der Christlich Demokratischen Union in der Profilierung und in der Gestaltung der Wohnungsbaugesetzgebung und der Wohnungsbauzielsetzung.

(Beifall)

Die Ungenauigkeiten und die falschen Akzente, die uns in dem ursprünglichen gedruckten Entwurf vorliegen, sollten nicht unkritisiert bleiben.

Der letzte Satz von Abs. 1 dieser Ziffer in der ursprünglichen Fassung besagt – und hier handelt es sich um eine erhebliche Ungenauigkeit – daß Eigenheime zu angemessenen Preisen auch dann veräußert werden sollen, wenn sie bereits in der Hand natürlicher Personen sind. Das kann wohl nicht gemeint sein.

Noch schlimmer ist es, daß in Satz 2 verlangt wird, daß die Eigentumsbildung neben dem sozialen Wohnungsbau, also unter Ausschluß der Personen, die in die Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus fallen, gefördert werden soll.

Das ist eine Regelung, die weit hinter der bestehenden Gesetzgebung und hinter der etwas düsteren Wohnungsbaupolitik eines SPD-Wohnungsbauministeriums zurückbleibt. Das kann doch nicht ernstlich die Meinung der CDU sein.

Wenn ich das hier anführe, so deshalb, um zu sagen, warum die Landesverbände Nordwürttemberg und Bremen, aber auch die Kreisverbände Oberhausen und Mönchengladbach, zum Teil auch Hamburg und die Sozialausschüsse erhebliche eigene Änderungsanträge einbringen mußten. Die Antragskommission hat versucht, diese Dinge aufzufangen.

Ich meine, daß wir mit einer profilierten Wohnungsbauzielsetzung in die Zukunft gehen sollten. Diese profilierte Wohnungsbauzielsetzung muß wie bisher, aber in der Zeit der Stadt- und Dorferneuerung noch verstärkt dahingehen, Eigentum in der Hand natürlicher Personen – Eigentum an Wohnung, Eigentum an Boden, Eigentum an Häusern – zu schaffen. Ich glaube, von dieser Zielsetzung dürfen wir uns auch durch eine große Koalition nicht abbringen lassen.

(Beifall)

Hier muß sich die CDU profilieren. Wir können hier nicht hinter Erörterungen zurückbleiben, die vielleicht im Kreißbronner Kreis gepflogen werden, der ja Kompromisse machen soll. Wir müssen hier eine klare profilierte Zielsetzung haben.

Da die Antragskommission versucht hat, das meiste zu verwirklichen, würden wir von Nordwürttemberg unseren Antrag zugunsten des Antrags der Antragskommission zurückziehen, wenn dieser angenommen wird. Wird der Antrag der Antragskommission nicht angenommen, dann bleibt unser Antrag bestehen. Dabei ist in unserem Antrag der Versuch unternommen worden, das anzusprechen, was in einer Reihe anderer Anträge ebenfalls berührt ist: Die Grunderwerbsteuer, die Beseitigung steuerlicher Ungleichheit bei der Eigentumsbildung usw.

Ich stelle den nachfolgenden Rednern anheim, auf diesen letzten Vorschlag zurückzukommen. Jedenfalls bitten wir um eine klare Profilierung der Wohnungsbauzielsetzung für die nächsten Jahre.

(Beifall)

Präsident Rollmann: Danke schön. Wird das Wort zur Begründung von H 10 gewünscht? – Das ist nicht der Fall. H 11? – Das ist nicht der Fall. Zur Begründung des Antrags H 12 hat Herr Soenius das Wort.

Soenlus: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir geraten zwar jetzt in die Gefahr, daß sich hier die Profis tummeln. Das ist aber zweifellos auch bei dem vorherigen Abschnitt der Fall gewesen. Darum darf ich doch einige Anmerkungen zu der Vorlage machen.

Der Antrag H 12 sah eine Veränderung eines Vorschlages vor, der mittlerweile untergegangen ist. Ich nehme doch an, daß durch die Vorlage der Antragskommission die Vorstandsvorlage mittlerweile untergegangen ist.

In dem Vorschlag der Antragskommission sind einige Vorschläge aus dem Antrag H 12 verwirklicht. Ich glaube aber doch, daß die Fassung des Antrags H 12 in einigen Positionen besser ist. Das gilt insbesondere auch für die Aussagen, die sich auf den Wohnungsmarkt beziehen. Der Antrag H 12 enthält den Vorschlag, daß den Wohnungsbaugesellschaften bei der Bereitstellung öffentlicher Mittel auferlegt werden soll, Wohnungen und Eigenheime zu angemessenen Preisen als Privateigentum anzubieten. Die Antragskommission sagt schlicht und ergreifend, Wohnungsunternehmen soll auferlegt werden, Wohnungen in Einzeleigentum zu überführen.

Der Begriff „Wohnungsunternehmen“ umfaßt sowohl Gesellschaften als auch Genossenschaften. Da Genossenschaften nach dem bestehenden Recht eine Überführung überhaupt nicht möglich ist, kann es sich nur um eine Aufforderung an den Gesetzgeber zu einer Regelung bei den Wohnungsgesellschaften handeln.

Ich darf vor einer solchen Formulierung aber auch aus folgendem Grunde warnen. Wir konstruieren leider Gottes immer wieder einen Gegensatz zwischen Wohnungsgesellschaften und dem Eigentum in privater Hand. Ich habe nichts gegen das Eigentum in privater Hand, sofern es sich um Eigenheime, Familienheime und Eigentumswohnungen handelt. Im Gegenteil, ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger davon.

Mancher Private unterscheidet sich von einem Wohnungsunternehmen höchstens noch durch die härteren Bedingungen, die er seinen Mietern stellt. In bezug auf die Größe gibt es aber Privatpersonen, die durchaus mit angesehenen Unternehmen konkurrieren können. Insofern sehe ich nicht ein, warum wir hier einen Gegensatz bilden.

Im übrigen gibt es Untersuchungen, gerade aus Großstädten — ich könnte das mit Zahlen belegen — die beweisen, daß die Mieter — und wir wollen ja etwas von der Nachfrage her für die Verbraucher tun — sehr viel lieber bei einem anonymen Wohnungsunternehmen, insbesondere bei Genossenschaften, Wohnung nehmen als bei einem privaten Bauherrn.

Es geht auch im Zuge der Bemühungen, die Mobilität der einzelnen Bundesbürger zu erhöhen — siehe Arbeitsförderungsgesetz — nicht darum, die Wohnungen als solche zu privatisieren. Ich würde sehr viel mehr begrüßen, wenn

wir uns darum bemühen würden, die Wohnungsunternehmen zu privatisieren, insbesondere die Gesellschaften.

(Beifall)

Ich meine, da könnte der Bund – insofern ist auch die Bundestagsfraktion wie insbesondere die Bundesregierung angesprochen – ein leuchtendes Beispiel geben. Wenn Sie einmal den Besitz der Wohnungsgesellschaften der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn zusammenaddieren, so ergibt sich, daß sie sicherlich das größte Wohnungsunternehmen darstellen, was in Deutschland existiert. Da könnte ja der Bund von sich aus den ersten Schritt tun und eine Privatisierung dieses Unternehmens anbieten. Wir können dann an dem Erfolg, der vielleicht zutage tritt, die weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen ausrichten.

Mir geht es aber noch um den letzten Satz des ersten Absatzes von Antrag H 12. Wir müssen irgendeine Regelung finden, den Markt für Eigenheime und Eigentumswohnungen flexibler zu gestalten. Hier muß überhaupt erst einmal ein Markt entstehen. Die Befreiung von der Grunderwerbsteuer wäre ein Schritt zur größeren Flexibilität und zur stärkeren Mobilisierung dieses Marktes. Das würde auch zu einer stärkeren Mobilisierung der Arbeitnehmer führen. Ich glaube, daß eine regionale Mobilität auch erhebliche soziale Härten abwenden könnte. Beispiele aus den letzten Jahren sind Ihnen so gut wie mir bekannt.

Ich würde also doch bitten, dem Antrag H 12 die Zustimmung zu geben. Ich gebe zu, daß wesentliche Passagen in die Vorlage der Antragskommission eingegangen sind. Aber ich glaube, daß wir Ihnen hier eine größere Präzisierung zur Abstimmung anbieten.

(Beifall)

Präsident Rollmann: Wird das Wort zur Begründung der Anträge H 13, H 14 und H 15 gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission noch einmal das Wort? – Herr Müller-Hermann!

Dr. Müller-Hermann: Ich möchte noch ein paar Worte zu dem Antrag H 12 sagen. Zunächst empfehle ich, den fettgedruckten Satz „Eigenheime und Eigentumswohnungen im Werte bis zu 150 000 DM sollen von der Grunderwerbsteuer befreit werden“ in die Form einer Entschließung zu fassen, die der Parteitag verabschieden kann. Wir waren dagegen, so exakte Zahlen in das Aktionsprogramm aufzunehmen.

(Beifall)

In übrigen empfehle ich, daß wir in dem Antrag der Antragskommission H 41 in der drittletzten Zeile die Worte „in Einzeleigentum zu überführen“ durch die Worte „als Privateigentum anzubieten“ ersetzen, um damit den Antragstellern von H 12 entgegenzukommen.

(Zuruf: Einverstanden!)

Präsident Rollmann: Jetzt eröffne ich die Aussprache zu Antrag H 41. Das Wort hat Herr Kiep.

Kiep, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte der Antragskommission eine Bitte unterbreiten, die ich Herrn Dr. Müller-Hermann schon vorher angekündigt habe. Mir scheint im Zusammenhang mit Antrag H 41 ein Gesichtspunkt nicht berücksichtigt zu sein, dem besondere Bedeutung zukommt: das ist die Frage der Fehlbesetzung des staatlich geförderten Wohnungsbaues. Ich meine, daß ein Wort darüber in diesen Zusammenhang hineingehört. Meine Bitte an die Antragskommission und insbesondere an Herrn Dr. Müller-Hermann geht dahin, in Antrag H 41 nach den Worten „zu überführen“ anzufügen: „und die Fehlbesetzung von öffentlich geförderten Wohnungen durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen“.

(Beifall)

Präsident Rollmann: Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? – Herr Müller-Hermann hat keine Bedenken. Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Herr Soenius!

Soenius: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat Ihnen vorgeschlagen, das Wort „Wohnungsunternehmen“ durch „Wohnungsgesellschaften“ zu ersetzen. Ebenfalls hat sie eine Veränderung der drittletzten Zeile empfohlen. Damit wären wesentliche Positionen des Antrags 12 erfüllt. Deshalb ziehe ich den Antrag H 12 zurück und kündige einen Entschließungsantrag zur Frage der Grundsteuerbefreiung an.

Präsident Rollmann: Herr Gerisch hat das Wort.

Gerisch, Schleswig-Holstein: Ich schließe mich dem Antrag an, das Wort „Wohnungsbauunternehmen“ durch „Wohnungsbaugesellschaften“ zu ersetzen.

Dann möchte ich doch einiges gegen den Antrag von Herrn Kiep sagen. Ich bin durchaus der Meinung, daß es schon seit Jahren ein Anliegen ist, diejenigen aus Sozialwohnungen herauszubringen, die inzwischen sehr viel mehr verdienen. Dabei tauchen aber auch andere Probleme auf. In Portugal gibt es z. B. schon seit vielen Jahren ein Gesetz, das solche Möglichkeiten vorsieht.

Ich darf Ihnen aber sagen, daß es in der Praxis nicht durchgeführt worden ist, weil die damit zusammenhängenden Maßnahmen einfach zu schwierig sind.

Der zweite Punkt ist der, daß wir bei den bereits gebauten Sozialwohnungen ohnehin keine Möglichkeit haben, das durchzusetzen.

(Zuruf: Genau!)

In den Schuldurkunden ist nämlich etwas Derartiges nicht verankert, und Sie können nicht nachträglich in bestehendes Recht eingreifen.

Drittens möchte ich auch aus grundsätzlichen Überlegungen davor warnen, es gesetzlich zu regeln, daß diejenigen, die mehr verdienen, aus diesen Wohnungen hinaus müssen. Täten wir das nämlich, meine Damen und Herren, dann kämen wir dazu, daß sogenannte Ghettos entstehen, in denen eben nur Leute wohnen, die bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze verdienen. Das aber sollten wir unter allen Umständen vermeiden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Erfahrungen in Amerika haben doch gezeigt, daß die sozial geförderten Wohnungen durchweg Wohnungen minderer Qualität sind, in die man normalerweise nicht hineinzieht. Wir sollten hier bei uns insoweit fortschrittlich bleiben, daß wir eine breite Streuung und Mischung in der Bevölkerung haben, daß wir dabei aber auch die Probleme, die auftauchen, durch andere Maßnahmen zu lösen versuchen, nämlich dadurch, meine Damen und Herren, daß wir versuchen, diese Wohnungen mit einer höheren Miete zu belegen. Das wäre eine ganz andere Frage. Wir sollten aber nicht versuchen, diese Menschen aus den Wohnungen herauszubringen, weil das eine zu starke Ghattobildung förderte.

(Beifall)

Präsident Rollmann: Bitte, Herr Kiep! — Ich möchte aber bemerken, Herr Gehrish, daß mir ein schriftlicher Antrag mit 30 Unterschriften nicht vorliegt.

(Zuruf: Von Herrn Kiep aber auch nicht!)

Ja, auch nicht!

(Heiterkeit)

Kiep: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, daß mich die Ausführungen von Herrn Gehrish sehr entmutigt haben; denn wenn in einem so straff geführten Staatswesen wie in Portugal mit einem vorhandenen Gesetz dieser Effekt nicht erzielt werden kann, sehe ich allerdings für die Bundesrepublik Deutschland mit meinem Antrag sehr schwarz. Ich möchte aber doch zur Klärung folgendes sagen: Es ging mir nicht darum, mit den gesetzlichen Maßnahmen, die ich empfohlen habe, etwa eine Ausweisung einsetzen zu lassen, sondern mit den „geeigneten gesetzlichen Maßnahmen“ kam es mir darauf an, alle Maßnahmen in Betracht zu ziehen und insbesondere auch daran zu denken, durch geeignete finanzielle Maßnahmen — Umschuldung, Mieterhöhung usw. — zu einem Ergebnis zu kommen, damit die Fehlbesetzungen dieser Wohnungen entweder durch Auszug oder durch Zahlung einer angemessenen Miete beendet werden. Alle diese Maßnahmen, die

im einzelnen erwogen werden müssen, meinte ich in meinen Petitem an den Herrn Vorsitzenden mit der Formulierung „geeignete gesetzliche Maßnahmen“. — Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Rollmann: Meine Damen und Herren! Wir stimmen jetzt zunächst als erstes über den Antrag H 41 ab, weil sich dadurch alle anderen Anträge erledigen. Herr Dr. Müller-Hermann wird jetzt nochmals vorlesen, wie der Antrag H 41 genau lautet, damit sich jeder darüber im klaren ist, worüber er jetzt abstimmt.

Dr. Müller-Hermann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Antragskommission möchte ich zunächst sagen, daß ich aus dem Antrag H 12 die schon vorhin von mir genannten Änderungen übernehme. Ich lese den so geänderten Antrag H 41 in seinem letzten Teil nochmals vor. Wir müßten dann meines Erachtens über den Zusatzantrag von Herrn Kiep getrennt abstimmen.

(Zuruf: Da liegt keiner vor!)

Es liegt kein schriftlicher Antrag vor. Für die Antragskommission kann ich aber den Antrag so nicht übernehmen; denn ich glaube, der Hinweis darauf, meine Damen und Herren, würde bei den Wohnungsgesellschaften und bei den Wohnungseigentümern eine ganz erhebliche Unruhe auslösen. Darüber müßten wir uns, wenn wir diesen Antrag jetzt in dieser Form ungeprüft übernehmen, im klaren sein.

Für die Antragskommission beschränke ich mich auf die Übernahme von H 12. Die letzten Sätze heißen dann:

„Wohnungsgesellschaften soll auferlegt werden, öffentlich geförderte Wohnungen zu angemessenen Preisen als Privateigentum anzubieten. Instandsetzung und Modernisierung des Althausbesitzes sind zu begünstigen.“

Präsident Rollmann: Ich danke schön. — Wer, meine Damen und Herren, für die Annahme des Antrags H 41 in dieser Form ist, den bitte ich um das Zeichen. — Wer ist dagegen? — Meine Damen und Herren, gegen ganz wenige Stimmen ist der Antrag in dieser Form angenommen. Mit dieser Annahme von H 41 haben sich alle anderen Anträge zu dieser Ziffer erledigt.

Wir kommen dann, meine Damen und Herren, zur Gesamtabstimmung über Ziffer 73 in dieser geänderten Form. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen wenige Stimmen ist die Ziffer 73 in der so geänderten Form angenommen worden.

Wir kommen dann zu Ziffer 74. Hierzu liegen die Anträge H 16, H 17 und H 19 vor. Wird das Wort zum Antrag H 16 gewünscht? — Wer will diesen Antrag begründen?

(Zuruf von Dr. Müller-Hermann)

Zunächst wird, Herr Dr. Müller-Hermann, hier zur Begründung der einzelnen Anträge gesprochen, dann hat die Antragskommission das Wort.

Zur Begründung des Antrags hat zunächst Herr Minister Knudsen das Wort.

Minister Knudsen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abschnitt des Aktionsprogramms, der sich mit Verkehrsfragen befaßt, bedarf einiger Ergänzungen. Ein politisches Konzept muß konkrete Vorschläge enthalten. Über Verkehrsforschung ist in dem Aktionsprogramm kein Sterbenswort gesagt. Der Landesverband Schleswig-Holstein hat den Antrag gestellt, der Ziffer 74 folgende neue Fassung zu geben:

„Die Zeit ist abzusehen, in der der ständig anwachsende Massenverkehr mit den herkömmlichen Verkehrsmitteln nicht mehr zu bewältigen ist. Die CDU setzt sich für eine großzügige und moderne Verkehrsforschung ein, die neue Lösungsmöglichkeiten aufzeichnen soll.“

Man wird uns, wenn wir in dem Programm davon nichts sagen, fragen, wo unsere schöpferischen Ideen für die Zukunft bleiben. Ich halte es für dringend erforderlich, daß die öffentliche Hand die Verkehrsforschung fördert und wir, die CDU, diese verlangen. Es gibt in Amerika, in Frankreich und in Japan die verschiedensten Forschungsaufträge für Luftkissenfahrzeuge, für Vakuumröhrenfahrzeuge, für Blitzgleiter usw. Amerika gibt 20 Millionen DM im Jahr ausschließlich für die Verkehrsforschung in den Stadtkernen aus, und wir sagen darüber nichts.

Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, wir sollten von der Zukunft jedenfalls insofern sprechen, als wir Forschung betreiben wollen. Deshalb stellt der Landesverband Schleswig-Holstein den Antrag, die Ziffer 74, wie sie eben verlesen wurde, voranzustellen, um die Forschung anzusprechen. Die bisherige Ziffer 74 soll als zweiter Absatz belassen werden. Der zwischenzeitlich verteilte Antrag der Antragskommission trifft auf die Ziffer 74 überhaupt nicht zu, sondern allenfalls auf Ziffer 75.

Präsident Rollmann: Ich danke schön. – Wird das Wort zur Begründung der Anträge H 17 und H 18 gewünscht? – Bitte, Herr Krauß vom Landesverband Bremen!

Krauss: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß die Anträge H 17 und H 18 mit der Ziffer 74 nichts zu tun zu haben scheinen. Das scheint aber nur so zu sein. Die Ziffer 74 finden Sie in den Anträgen H 20 und H 21 wieder. Wir haben also nur umgestellt.

Es handelt sich bei diesem Antrag um den Versuch, eine klare Aussage an den Antrag zu stellen, um die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft auch auf den Verkehr anwendbar zu machen. Nur auf der bewährten Basis einer gesunden Wettbewerbswirtschaft kann der Verkehr der Gesamtwirtschaft und dem Menschen optimal dienen. Wir sind, meine Damen und Herren, dankbar

für die Geschmeidigkeit unserer Fraktion, die in der Verkehrspolitik auf Grund der Sachverständigenarbeit von Herrn Dr. Müller-Hermann einen Kompromiß gefunden hat. Lassen Sie uns hier aber den dirigistischen SPD-Vorstellungen eine klare Alternative gegenüberstellen. Ich will selbstverständlich Herrn Dr. Müller-Hermann als Mitglied der Antragskommission nicht die Schau stehlen. Inzwischen ist der Antrag H 42 verteilt worden. Als Sprecher für die Anträge H 17 und H 18 möchte ich aber schon jetzt sagen, daß es dort natürlich noch etwas schöner formuliert worden ist. Ich ziehe deshalb zugunsten des Antrags H 42 die Anträge H 17 und H 18 zurück und bitte um Ihre Zustimmung für Antrag H 42.

(Beifall)

Präsident Rollmann: Ich danke schön. — Ich habe Herrn Knudsen eben so verstanden, daß der Antrag H 19 für Schleswig-Holstein eben begründet worden ist. Damit erhält Herr Dr. Müller-Hermann das Wort für die Antragskommission und zur Begründung des Antrags H 42.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, hier eine Schau abzuziehen, sondern ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß es uns zweckmäßig erschien, in der Ziffer 74 zunächst eine allgemeine Zielsetzung der Verkehrspolitik zu geben und in der Ziffer 75 das, was ursprünglich in Ziffer 74 stand, mit einzubauen.

Der Antrag H 42 spricht meines Erachtens für sich selbst. Ich empfehle seine Annahme. Zu dem, was Herr Knudsen gesagt hat, möchte ich empfehlen, aus dem Antrag H 16 folgenden Teilsatz als dritten Absatz an den Antrag H 42 anzufügen:

„Wir setzen uns für eine großzügige und moderne Verkehrsforschung ein.“

Der Antrag H 42 also als Neuformulierung für die Ziffer 74 und dazu der Satz der Anträge H 16, H 17 und H 18 mit dem Zusatz aus dem Antrag H 16: „Wir setzen uns für eine großzügige und moderne Verkehrsforschung ein.“

Präsident Rollmann: Wird das Wort gewünscht zur Ziffer 74? Herr Vehar, Rheinland!

Vehar: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich für die Annahme des Antrages H 42 aussprechen, vor allem deshalb, weil ich in dieser Formulierung eine Reihe von Aussagen wiederfinde, die die rheinische CDU dem Bundesvorstand ursprünglich zur Annahme empfohlen hatte.

Ich habe mich an dieser Stelle aber hauptsächlich deshalb gemeldet, weil in dem Antrag H 42, wie er uns hier von Herrn Dr. Müller-Hermann vorgebracht worden ist, auch einige Formulierungen enthalten sind, die Inhalt unseres Antrages H 35 zu dem ursprünglichen Artikel 75 gewesen sind.

Ich möchte deswegen jetzt schon vorsorglich darauf hinweisen, daß im Falle der Annahme diese Antrages H 42 sich auch der Antrag der rheinischen CDU unter H 35 erübrigt. Ich bitte um Annahme des Vorschlages H 42 der Antragskommission.

Präsident Rollmann: Danke schön! Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag H 42 in der Fassung, die Herr Dr. Müller-Hermann eben vorgelesen hat. Wer für die Annahme von H 42 ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Gegen wenige Stimmen ist H 42 angenommen worden.

Darf ich fragen, ob Schleswig-Holstein seinen Antrag zu H 16 nach der Übernahme einiger Punkte von Herrn Müller-Hermann noch aufrechterhält? Herr Knudsen?

(Knudsen: Nein, wir werden ihn bei 75 wieder ansprechen!)

Der Antrag H 16 wird an dieser Stelle zurückgezogen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Ziffer 74 in der hier soeben geänderten Form. Wer für die Annahme von Ziffer 74 ist, den bitte ich um das männer auf sich vereinigt hat, damit also um 15 Wahlmänner über der Mehr aus übersehen kann, ist der Antrag angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Das Präsidium hat soeben die Nachricht erreicht, daß der republikanische Präsidentschaftskandidat Richard Nixon 290 Wahlmänner auf sich vereinigt hat, damit also um 15 Wahlmänner über der Mehrheit von 275 liegt und damit gewählt worden ist zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

(Beifall)

Humphrey, der demokratische Präsidentschaftskandidat, hat sich bereits geschlagen erklärt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem weiteren Verlauf sagen: Das Präsidium bittet dringend im Interesse des Fortganges der Beratungen des Aktionsprogrammes, daß alle Delegierten hierbleiben und sich heute abend nicht zur Kundgebung in die Hasenheide begeben. Ich darf Ihnen in Aussicht stellen, daß in absehbarer Zeit die Antragskommission Ihre Fassung zur Frage der Mitbestimmung vorlegen wird, so daß also für jeden Delegierten ein ganz besonderer Anreiz gegeben ist, hier im Saale zu bleiben, um diese wichtige Frage mitzuentscheiden. Ich möchte weiterhin sagen, daß die Parteistatuten heute abend nicht mehr behandelt werden, sondern daß darüber morgen früh beraten und abgestimmt wird.

Meine Damen und Herren! Wir fahren dann fort. Ich rufe auf Ziffer 75. Hier liegen die Anträge H 19, H 20, H 21, H 22 und H 35 vor. Wird das Wort gewünscht zu H 19? Herr Müller-Hermann!

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren! Durch die Annahme der neuen Ziffer 74 sind die Anträge H 22 und H 35 praktisch erledigt. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die gleichlautenden Anträge H 20 und H 21 als neue Ziffer 75 anzunehmen.

Präsident Rollmann: Danke schön! Herr Knudsen zur Begründung des Antrags H 19!

Knudsen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem in der Ziffer 75 davon gesprochen worden war, den Straßenbau der zunehmenden Motorisierung anzupassen, und wir damit zum Ausdruck gebracht haben, nicht hinterherhinken zu wollen, meine ich, daß wir die Bedeutung der bisherigen Ziffer 74, nämlich den Ausbau des Straßennetzes, der Schienen- und Wasserwege, der Flug- und Seehäfen, aufnehmen sollen in 75; denn 75 hat sich zunächst nur mit dem Verkehrsangebot befaßt. Das ist jetzt weitgehend in 74 untergebracht. Die Förderung aber, insbesondere von Flug- und Seehäfen, haben wir unter den Tisch fallen lassen. Ich möchte beantragen, diese in 75 aufzunehmen, um unser Interesse für Flug- und Seehäfen zumindest hier zu bekunden.

Präsident Rollmann: Das Wort hat Herr Müller-Hermann!

Dr. Müller-Hermann: Sehr verehrter Herr Knudsen! Hier liegt offensichtlich ein Mißverständnis vor. Die neue Ziffer 74 macht eine Aussage über unsere gesamtverkehrspolitische Konzeption. Die Ziffer 75 sagt etwas aus über ein ineinander verzahntes Verkehrswegenetz unter Berücksichtigung aller Varianten. Die besonderen Probleme der Seehäfen und der Schifffahrt kommen in einem späteren Punkt zur Sprache unter H 28. Ich empfehle deshalb, daß Sie das zurücknehmen!

(Knudsen: Einverstanden!)

Präsident Rollmann: Wird das Wort gewünscht zu H 20, H 21, H 22 und H 35? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu der Abstimmung in der Form, wie sie die Antragskommission hier durch Herrn Müller-Hermann vorgetragen hat. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Damit ist diese Ziffer ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Wir kommen dann zur Ziffer 76. Hier liegen die Anträge H 23 und H 24 vor. Da die Antragskommission weitgehend Übernahme empfiehlt, erübrigt sich wohl eine besondere Begründung, und ich erteile der Antragskommission das Wort.

Dr. Müller-Hermann: Die Antragskommission empfiehlt, den Punkt 76 in der Fassung der Anträge H 23 und H 24 zu übernehmen, allerdings den letzten Satz zu streichen: „mit der Anpassung an die strukturellen Veränderungen des Marktes“, weil das allgemein schon in mehreren anderen Zusammenhängen gesagt worden ist.

Präsident Rollmann: Wer für die Annahme der Ziffer 76 in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um Erhebung der roten Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Dann ist die Ziffer 76 ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zu Ziffer 77. Hier liegen die Anträge H 25, H 26 und H 27 vor. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Herr von Arnim, Bonn.

von Arnim: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es mag sein, daß die Deutsche Bundespost ein wenig aus dem Blickpunkt der CDU gerückt ist, nachdem sie seit vielen Jahren von CSU-Ministern verwaltet wird.

(Heiterkeit)

Aber wir meinten, daß es vielleicht doch angemessen sei, in der Ziffer, in der über die Bahn gesprochen wird, auch ganz kurz etwas über die Post zu sagen. Es ist ja sicherlich nicht so, daß wir alle der Meinung wären, in diesem ganzen Ressortbereich wäre in den nächsten zehn Jahren nichts zu tun.

Wir haben jedoch hier auf dem Parteitag selbst den Antrag, den wir dazu seitens des Kreisverbandes Bonn gestellt haben, noch einmal gestrafft im Sinne dessen, was wir hier ständig als Mahnung an die Hand bekommen haben. Dieser neue Antrag liegt Ihnen als H 43 vor. Er beschränkt sich auf die kurze Aussage, daß neben der Bundesbahn, die ja im voraus behandelt worden ist, auch die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Deutschen Bundespost weiter verbessert werden sollen. Er beschränkt sich dann darauf hinzuweisen, daß sie so ausgestattet sein muß, daß sie der drängenden Entwicklung auf dem Gebiete der Datenverarbeitung, der Nachrichten-, Fernseh- und Rundfunkübertragungen gerecht werden kann.

Ich glaube, daß diese doch so erheblichen Aufgaben es angezeigt erscheinen lassen – zumal es sich hier um ein Unternehmen handelt, das eines der größten der deutschen Volkswirtschaft ist und das einen wesentlichen Bereich der Daseinsvorsorge abdeckt – daß diese Aussage im Programm gemacht wird. Ich bitte Sie deswegen, dem Antrag H 43 zu folgen. Ich ziehe den Antrag meines Kreisverbandes H 25 zurück.

Präsident Rollmann: H 25 ist damit zurückgezogen. Wird sonst das Wort gewünscht? – Herr Müller-Hermann für die Antragskommission!

Dr. Müller-Hermann: Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Anträge H 26 und H 27 als Ziffer 77 zu übernehmen, lediglich redaktionell im zweiten Satz zu ändern statt „die Bundesbahn“ nunmehr „sie“ und statt „eindeutig“ jetzt „klar“ zu sagen.

Zu dem Antrag unserer Freunde aus Bonn-Stadt sieht man, wie aktiv die Bediensteten des Postministeriums im Kreisverband Bonn-Stadt mitgewirkt ha-

ben. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen aus gewissen optischen Gründen die Annahme dieses Antrages, damit die Bundespost in unserem Aktionsprogramm auch vorkommt.

(Heiterkeit)

Wir müssen dann allerdings, meine Freunde, die Bundespost auch in die Kapitelüberschrift als viertes Stichwort einfügen.

Präsident Rollmann: Danke schön! Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat also die Anträge H 26, H 27 und H 43 in dem Umfang übernommen, wie Herr Müller-Hermann es hier eben vorgetragen hat. Wer für die Annahme der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung ist, den bitte ich um das Heben der roten Karte. — Gegenprobe! — Keine Gegenstimmen. Meine Damen und Herren, damit ist die Ziffer 77 in der Fassung angenommen, wie wir es eben beschlossen haben.

Ich rufe die Ziffer 78 auf. Hier liegen die Anträge H 28, H 29 und H 36 vor. Darf ich fragen, ob das Wort zur Begründung gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Müller-Hermann das Wort für die Antragskommission!

Dr. Müller-Hermann: Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 78 in Übernahme der Anträge H 28 und H 29 wie folgt zu fassen:

„Die Wettbewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt, der Seeschifffahrt, der deutschen Seehäfen und der deutschen Flugunternehmen muß gestärkt werden. Diskriminierungen sind abzuwehren.“

Präsident Rollmann: Wird sonst das Wort in der Aussprache gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer für die Annahme der Ziffer 78 in der Fassung ist, wie sie eben die Antragskommission durch Herr Dr. Müller-Hermann vorgetragen hat, den bitte ich um das Heben der roten Stimmkarte. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zu Ziffer 79. Hierzu liegen die Anträge H 30 und H 31 vor. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Müller-Hermann das Wort für die Antragskommission.

Dr. Müller-Hermann: Meine Damen und Herren, es liegt ein Antrag vor, die Ziffer 79 zu streichen. Die Antragskommission empfiehlt, diesem Streichungsantrag nicht zu folgen; denn es sollte unbedingt etwas über die Verkehrserziehung in dem Aktionsprogramm gesagt werden. Die Antragskommission empfiehlt lediglich eine redaktionelle Änderung. Sie empfiehlt nämlich, im zweiten Absatz zu sagen: „Die technischen Auflagen für die Zulassung von Fahrzeugen zum Verkehr“ statt „für die Zulassung von Kraftfahrzeugen“, weil wir ja auch für den Flugverkehr, für Wasserfahrzeuge usw. die gleichen technischen Auflagen sichergestellt wissen wollen.

Präsident Rollmann: Wer für die Fassung der Ziffer 79 in der Fassung ist, wie Herr Dr. Müller-Hermann sie hier vorgetragen hat, den bitte ich um das Heben der roten Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Gegen zwei Stimmen angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir mit diesem Abschnitt unseres Aktionsprogramms ebenfalls am Ende. Wir kommen jetzt zum Abschnitt K, Gesundheit und Sport, und Herr Dr. Wörner wird das Präsidium übernehmen.

(Dr. Manfred Wörner übernimmt das Präsidium)

Präsident Dr. Wörner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe die Beratung des Kapitels K, Gesundheit und Sport, auf.

Ich darf eine kleine Vorbemerkung vorausschicken. Da die Beratung dieses Kapitels etwas überraschend angesetzt wurde und die Antragskommission erst um die Mittagszeit beieinander war, sind einige der Anträge noch nicht ausgedruckt bzw. noch nicht verteilt. Ich bitte also von vornherein um Entschuldigung, wenn wir vielleicht nicht ganz so zügig abwickeln können, wie wir es an sich vor hatten.

Ich rufe die Beratung der Ziffer 95 auf. Hier liegt nur der Antrag des Bundesvorstandes vor. Ich eröffne die Aussprache. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer für die Ziffer 95 in der Fassung des Bundesvorstandes ist, möge die Stimmkarte erheben. – Danke. Bitte um Gegenprobe. – Die Ziffer 95 ist einstimmig angenommen.

Ich komme zur Ziffer 96. Hier ist der Antrag K 1 zu behandeln. Wird die Begründung dieses Antrages gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Antragskommission, Stellung zu nehmen. – Frau Dr. Schwarzhaupt!

Frau Dr. Schwarzhaupt: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages, allerdings mit der Maßgabe, daß der zweite Halbsatz über die Rehabilitation der Hausfrau erhalten bleibt. Wir hielten es für nötig, diese Gruppe in diesem Zusammenhang besonders zu erwähnen.

Präsident Dr. Wörner: Sie haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört. Wer für die Annahme des Antrages K 1 in der durch die Antragskommission empfohlenen geänderten Fassung ist, möge bitte die Stimmkarte erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Einstimmig angenommen. Damit ist die Ziffer 96 in der durch die Annahme dieses Antrages geänderten Fassung gebilligt.

Ziffer 97. Hier liegt der Antrag K 18 vor. Wird Begründung gewünscht?

(Unruhe)

Ich entnehme Ihrem Zischen oder dem teilweisen Zischen, daß noch nicht alle diesen Antrag K 18 haben.

(Zustimmung)

Ist er bereits verteilt?

(Wird verneint)

Dann darf ich bitten, daß die Antragskommission diesen Antrag K 18 und gleichzeitig ihre Stellungnahme dazu bekanntgibt.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags K 18. Falls noch nicht alle den Text haben, bin ich bereit, ihn zu verlesen. Ist das nötig?

Präsident Dr. Wörner: Ja, ich bitte darum.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Der Text soll nunmehr heißen:

„Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, daß Wasser und Luft sauber gehalten werden. Wir dringen auf eine wirksame Bekämpfung des Lärms. Die gesundheitsschädigenden Auswirkungen des Lärms, der Wasser- und Luftverunreinigungen sowie der Radioaktivität müssen gründlich erforscht werden. Die Gesetzgebung ist dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis ständig anzupassen. Die Vorschriften müssen bundeseinheitlich sein. Entsprechende internationale Vereinbarungen sind anzustreben.“

Die Antragskommission gibt dieser Fassung den Vorzug vor der Vorstandsfassung, weil sie etwas nachdrücklicher für diese sehr notwendigen Maßnahmen eintritt.

Präsident Dr. Wörner: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag nun zur Kenntnis genommen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird Aussprache gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer für den Antrag K 18 ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmige Annahme. Damit ist die Ziffer 97 in dieser Form geändert und gleichzeitig in dieser geänderten Fassung angenommen.

Ich rufe Ziffer 98 auf. Bei dieser Ziffer sind folgende Anträge zu behandeln: K 2, K 3 und K 12. Ich rufe zunächst den Antrag K 12 auf. Wird Begründung dieses Antrages gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um die Stellungnahme der Antragskommission.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Die Antragskommission lehnt diesen Antrag ab, weil sie sich später für eine Formulierung einsetzt, die den Bedenken, die in dem Antrag zum Ausdruck kommen — wie uns scheint — ausreichend Rechnung trägt.

Präsident Dr. Wörner: Ich eröffne die Aussprache über diesen Antrag. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer für den Antrag K 12 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen?

Frau Dr. Schwarzhaupt: Moment! Wir haben über K 2 noch nicht gesprochen.

Präsident Dr. Wörner: Meine Damen und Herren, ich muß um Entschuldigung bitten. Die Vertreterin der Antragskommission war offensichtlich der Meinung, es würde über K 2 und nicht über K 12 gesprochen. In Anbetracht dieser Sachlage bitte ich, die letzten zwei Minuten zu vergessen. Frau Dr. Schwarzhaupt hat erneut das Wort, um das Votum der Antragskommission zum Antrag K 12 abzugeben.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Die Antragskommission stimmt dem Antrag K 12 zu.

(Beifall)

Präsident Dr. Wörner: Meine Damen und Herren, ich bitte um Verständnis dafür. So etwas kann vorkommen. Wir sind in Zeitdruck, und es ist einiges durcheinandergeraten.

Ich eröffne nach diesem geänderten Votum der Antragskommission die Aussprache. – Das Wort wird nicht gewünscht, soweit ich sehe. Ich bitte um Abstimmung. Wer für den Antrag K 12 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte! – Das erste war die überwältigende Mehrheit. Damit ist der Antrag des Landesverbandes Rheinland angenommen.

Mit der Annahme dieses Antrags sind die Anträge K 2 und K 3 erledigt.

(Frau Dr. Schwarzhaupt: Nein!)

Ist das nicht der Fall? – Auch wieder nicht. Dann sind auch hier die Bemerkungen, die mir durch die Antragskommission übermittelt wurden, nicht ganz richtig.

(Frau Dr. Schwarzhaupt: Das tut mir leid!)

– Ich rufe den Antrag K 2 des Mittelstandskreises zu Ziffer 98 auf und frage zunächst, ob Begründung dieses Antrags gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Stellungnahme der Antragskommission.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Der Antrag K 2 ist durch den angenommenen Antrag erledigt. K 3 ist nicht erledigt.

Präsident Dr. Wörner: Ich entnehme aus dem Votum der Antragskommission, daß offensichtlich K 2 doch erledigt ist. Wie steht es denn um die Meinung

der Antragsteller von K 2? – Ist offensichtlich doch erledigt. Eine Abstimmung über einen erledigten Antrag ist wohl als überflüssig anzusehen.

Ich komme zu dem Antrag K 3. Wird Begründung dieses Antrags gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte um Stellungnahme der Antragskommission.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Satz 1 des Antrags K 3 als letzten Satz in Ziffer 98 zu übernehmen, der dann lauten würde:

„Für den medizinischen Arbeitsschutz sollen gesetzliche Normen der Arbeitshygiene in den Betrieben festgesetzt werden.“

Der letzte Satz von K 3 findet nicht die Zustimmung der Antragskommission, weil die Konsequenzen daraus unklar sind und noch einer sehr eingehenden Erörterung bedürfen.

Präsident Dr. Wörner: Sie haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört. Ich würde empfehlen, zunächst einmal über den Antrag der Kommission und damit gleichzeitig über die endgültige Fassung der Ziffer 98 abzustimmen, da es sich um den letzten Antrag handelt. Wer also für die Annahme der Ziffer 98 in der durch die Antragskommission eben vorgeschlagenen Fassung stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Damit erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag K 3. Ziffer 98 ist erledigt.

Wir kommen zu Ziffer 99. Hier liegt nur der Antrag des Bundesvorstands vor. Wer der Ziffer 99 in der vorliegenden Fassung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 100 auf. Hierzu liegen die Anträge K 4 und K 5 und K 16 vor, außerdem, wie ich soeben höre, ein neuer Antrag K 20, der von der Antragskommission stammt. Ich frage zunächst einmal: Ist der Antrag K 16 verteilt?

(Zurufe: Ja!)

– K 20?

(Zurufe: Nein!)

Dann bitte ich das nachzuholen.

Ich rufe zunächst den Antrag K 4 des Kreisverbandes Eßlingen auf? – Wird Begründung dieses Antrags gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Stellungnahme der Antragskommission.

Frau Dr. Schwarzhaupt: Ich darf meine Stellungnahme zusammenfassen. Die Antragskommission lehnt die Anträge ab, und zwar nur deshalb, weil sie

ihren wesentlichen Inhalt in einer neuen Fassung, die unter K 20 vorliegt, zusammengefaßt hat. Vielleicht darf ich zur Beschleunigung des Verfahrens, wenn der Herr Präsident damit einverstanden ist, diese neue Fassung, die unter K 20 beantragt wird, vorlesen:

„Der Krankenhausbau muß öffentlich so gefördert und geplant werden, daß das Angebot überall nach Bettenzahl, medizinisch-technischer Ausstattung und Zweckbestimmung ausreicht, aber Überkapazitäten vermieden werden. Dabei haben Bund, Länder und Gemeinden zusammenzuwirken. Bei der Planung der Finanzierung sind Initiativen der freien Krankenhausträger besonders zu fördern. Der Errichtung und dem weiteren Ausbau von Stationen für Langzeitkranke und für Alterskranke ist besonderes Augenmerk zu widmen. Die Deckung der laufenden Betriebskosten der Krankenhäuser muß erreicht werden.

Dies ist eine Zusammenfassung der anderen Anträge.

Präsident Dr. Wörner: Wenn ich Frau Dr. Schwarzhaupt richtig verstanden habe, dann liegt in K 20 eine Fassung der Antragskommission vor, in der zum großen Teil die Anliegen der Anträge K 4, K 5 und K 16 aufgehen. Ich rufe also, damit wir das Verfahren noch etwas beschleunigen können, auch die Anträge K 5 und K 16 auf und frage, ob dazu Begründung gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zweckmäßigerweise zunächst über den Antrag K 20 abstimmen, in dem diese Anträge ja mehr oder minder ein- bzw. in dem sie untergehen. Wer für die Annahme des Antrags K 20 ist, den bitte ich um Handzeichen. – Gegenprobe! – Das erstere war die überwiegende Mehrheit. Damit ist der Antrag K 20 und gleichzeitig die Ziffer 100 in neuer Fassung angenommen.

Ich rufe die Ziffer 101 auf. Hierzu liegen die Anträge K 13 und K 19 vor. Ich rufe den Antrag K 19 auf. Eine Vorfrage: Ist K 19 verteilt?

(Zurufe: Ja!)

Wird Begründung des Antrags K 19 durch die Antragskommission gewünscht? – Bitte, Frau Dr. Schwarzhaupt!

Frau Dr. Schwarzhaupt: Ich bin wieder in der Lage, den Herrn Präsidenten bitten zu müssen, bei meiner Begründung zugleich zu dem anderen Antrag, in diesem Falle K 13, Stellung nehmen zu dürfen. Denn die Antragskommission hat eine neue Formulierung vor allem deshalb vorgelegt, weil sie auch das Anliegen des Antrags K 13 berücksichtigen wollte. Nach dem Antrag K 19 soll Ziffer 101 wie folgt lauten:

„Alle pflegerischen Berufe verdienen hohe gesellschaftliche Anerkennung. Ihre Arbeitsbedingungen müssen dieser Forderung entsprechen. Die Nachwuchs-

werbung für Pflegeberufe muß verstärkt und die Umschulung aus anderen Berufen gefördert werden. Auch die Teilzeitbeschäftigung in der Krankenpflege ist zu fördern.“

Damit wird der Vorstandsvorschlag und der Antrag K 13 zusammengefaßt. Ich bitte im Namen der Antragskommission, dieser Neufassung zuzustimmen.

Präsident Dr. Wörner: Meine Damen und Herren, wenn mir der Landesverband Rheinland das nachsieht, dann würde ich jetzt Ziffer 101 in der Fassung des Antrags K 19 zur Abstimmung stellen, ohne daß ich K 13 zur Begründung freigegeben habe, weil darin ja das Anliegen von K 13 Eingang gefunden hat. Darf ich so verfahren? – Kein Widerspruch.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrag K 19 der Antragskommission zuzustimmen wünschen, um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist gleichzeitig die Ziffer 101 in der Neufassung angenommen.

Ich rufe die Ziffer 102 auf. Hierzu liegen die Anträge K 7 bis K 11 sowie K 14, K 15, K 17 und K 21 vor. Auch hier wieder eine Vorbemerkung: Mit dem Antrag K 21 versucht die Antragskommission eine Formulierung vorzulegen, in die fast alle Anliegen der vorher genannten Anträge Eingang gefunden haben. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, daß ich zunächst die Antragskommission bitte, die von ihr vorgeschlagene Neufassung zu erläutern, und den Antragstellern dann Gelegenheit gebe, dazu Stellung zu nehmen, sofern sie ihre Anträge nicht als erledigt ansehen.

(Zurufe: Wir haben den Wortlaut nicht!)

Offensichtlich ist der Antrag noch nicht verteilt. Würden Sie dann so freundlich sein, Herr Köppler, den Antrag vorzulesen.

Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem von der Antragskommission vorgelegten Antrag K 21 soll Ziffer 102 wie folgt lauten:

„Die staatliche Förderung der Leibeserziehung und des Sportes muß seiner Bedeutung für Erziehung und Bildung, für Freizeit und Gesundheit entsprechen.

Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen sind in ausreichendem Maße zu erstellen. Die Leibeserziehung ist in den Lehrplänen aller Schulen stärker zu berücksichtigen. Sport muß gleichrangiges Lehr- und Prüfungsfach der Lehrerbildung sein; die Zahl der Lehrstühle für Sport und Leibeserziehung an den Hochschulen ist zu vergrößern.

Die Arbeit der Turn- und Sportvereine und -verbände ist öffentlich zu fördern. Die Freiheit und Selbständigkeit des Sportes müssen unangetastet bleiben.

Für den Leistungssport sind besondere Trainings- und Leistungszentren zu errichten und weitere hauptamtliche Trainer anzustellen. Der Talentsuche und Talentförderung in Schulen und Vereinen kommt erhöhte Bedeutung zu. Auch die Bundeswehr sollte zur Förderung des Sportes beitragen."

Das ist der Vorschlag für die Neufassung der Ziffer 102. Die Antragskommission hat ihrem Vorschlag den Text des Antrages K 9 zugrunde gelegt. Sie hat des weiteren die Anliegen hineingenommen, die in den Anträgen K 11 und K 17 zum Ausdruck gekommen sind. Wir bitten, dieser Formulierung die Zustimmung zu geben und damit die Anträge K 6, K 7, K 8, K 10, K 14 und K 15 für erledigt zu erklären.

Dazu ist jedoch noch ein kurzes Wort zu sagen. Der Antrag K 6 wünscht, in das Aktionsprogramm einige Vorschläge zur Intensivierung der Turn- und Sportarbeit im Schulbereich aufzunehmen. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, diesen Antrag als Material an den Bundesfachausschuß „Sport“ unserer Partei zu geben, der zur Zeit dabei ist, ein intensives Programm der CDU für den Sport zu erarbeiten. Die Antragskommission ist der Meinung, daß derartige Einzelheiten nicht in das Aktionsprogramm aufgenommen werden sollten.

Dem Antrag K 7 ist entsprochen. Der Antrag K 8 ist durch den Vorschlag der Antragskommission in K 21 erledigt.

Die Anträge K 10, K 14 und K 15 wollen eine besondere Hervorhebung der Förderung des Breitensports erreichen. Die Antragskommission ist der Auffassung, daß dieses Petitum bereits in der Formulierung: „Die Arbeit der Turn- und Sportvereine und -verbände ist öffentlich zu fördern“ enthalten ist. Wenn wir nur den Breitensport ausdrücklich hervorheben, laufen wir Gefahr, daß Mißverständnisse entstehen, insbesondere hinsichtlich der Förderung des zweiten Weges und anderer ebenso wichtiger Initiativen der Sportvereine und -verbände.

Zusammenfassend: Die Antragskommission bittet Sie, der Vorlage K 21, die die Fassung der Ziffer 102 ersetzen soll, Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Dr. Wörner: Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört. Ich eröffne nunmehr die Aussprache. Ich bitte die Antragsteller, die angesichts dieses Antrages ihre Anträge aufrechterhalten wollen, um Begründung und Wortmeldung. Mir liegen zwei schriftliche Wortmeldungen vor, und zwar von Herrn Götz aus Württemberg-Hohenzollern und von Herrn Zenne aus Rheinland-Pfalz. Wird an diesen Wortmeldungen festgehalten?

(Zurufe: Nein!)

Dann darf ich davon ausgehen, daß das Wort zur Aussprache nicht gewünscht wird und daß alle Antragsteller ihre Anträge durch diese Neufassung für erledigt halten. — Kein Widerspruch.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Ziffer 102 in der Fassung des Antrages K 21 der Antragskommission. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Bei zwei oder drei Gegenstimmen angenommen. Damit ist das Kapitel „Gesundheit und Sport“ abgeschlossen.

Ich bedanke mich sehr für Ihre Nachsicht und darf nun wieder Herrn Müller bitten.

Präsident Müller (Remscheid): Ich möchte dem Parteitag nun einen Vorschlag machen, wie wir das weitere Programm abwickeln. Es fehlt nunmehr noch im Aktionsprogramm das Kapitel „Soziale Sicherung“. Weil die Antragskommission noch keine Gelegenheit hatte, dazu Stellung zu nehmen — sie war den ganzen Tag über mit der Mitbestimmung beschäftigt — möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir das morgen früh machen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, aus dem Konklave ist der weiße Rauch aufgestiegen;

(Beifall)

wir können also jetzt die Ziffer 60 und 61 noch abschließen. Das möchte ich Ihnen vorschlagen. Herr Amrehn muß zur Kundgebung. Wenn wir heute die Ziffern 60 und 61 noch beendeten, könnten wir das ganze Kapitel „Wirtschaft und Finanzen“ abschließen. Dann hätten wir für heute einen sehr wichtigen Schlußpunkt gesetzt.

(Beifall)

Ich werte Ihren Beifall als Zustimmung. Ich bin davon unterrichtet, daß der Herr Generalsekretär nun das Wort zu Ziffer 60 ergreifen wird. Bitte sehr, Herr Generalsekretär.

Generalsekretär Dr. Heck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen sagen zu können, daß die Antragskommission und die vier Herren, die vom Parteitag der Antragskommission zudelegiert worden sind, Ihnen einen einstimmigen Vorschlag vorlegen.

(Beifall)

Der Vorschlag der Antragskommission hat zur Grundlage eigentlich zwei Fassungen, einmal die Ziffer 60, d. h. also den Vorschlag des Vorstandes, und zum zweiten eine Aufarbeitung, die unser Freund Dufhues nach vielen Gesprächen erarbeitet hatte. Ich muß sagen, die Tatsache, daß es uns gelungen

ist, einen einstimmigen Vorschlag vorlegen zu können, ist in erster Linie dieser Vorarbeit von Herrn Dufhues zu danken.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob Sie die Vorlage haben.

(Zurufe: Nein!)

Dann will ich zunächst einmal kurz berichten, wie wir zu den einzelnen Problemen Stellung genommen haben. Ich gehe von der Fassung der Ziffer 60 in der Vorlage des Vorstandes aus. Der erste Satz in der Vorlage des Vorstandes hieß:

„Wir bekennen uns zu einer modernen und fortschrittlichen Unternehmensverfassung.“

Hier ist der Begriff „Unternehmensverfassung“ durch den Begriff „Unternehmensrecht“ ersetzt worden. Der Satz heißt also jetzt:

„Wir bekennen uns zu einem modernen und fortschrittlichen Unternehmensrecht.“

Der Satz 2:

„Das wirtschaftliche Geschehen ist partnerschaftlich zu gestalten“

ist geblieben.

Der Satz 3 im zweiten Abschnitt: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß voll ausgenutzt und weiter ausgebaut werden“ ist geblieben.

Große Bedenken gab es bei dem nächsten Satz:

„Ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden, insbesondere auf der Grundlage des Berichtes, den die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zu erstatten hat.“

Dieser Satz ist gestrichen und wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Die weitere Gestaltung der Mitbestimmung muß auf der Grundlage des Berichtes, den die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zu erstatten hat, sorgfältig geprüft werden.“

In Satz 5: „Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch

im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden" wurde lediglich der Passus „zugunsten eines organisierten Interesses“ geändert in „zugunsten von organisierten Interessen.“

Dann kommt ein Satz, den Sie in der Vorlage des Vorstandes nicht finden. Er heißt: „Angesichts dieser Zielsetzung kann eine schematische Übertragung des Modells der Montanmitbestimmung nicht befürwortet werden.“

(Beifall)

Der nächste Satz ist übernommen worden: „Wer in Betrieben oder Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, muß von dem Vertrauen der Belegschaft getragen werden.“

Der dritte Abschnitt bzw der letzte Satz hat folgende Neufassung erfahren: „Wir treten dafür ein, daß die sozialen und personellen Belange der Belegschaft verantwortlich auf Vorstandsebene bearbeitet werden, bei großen Unternehmen durch ein dazu bestelltes Vorstandsmitglied.“

Meine Damen und Herren, das ist die Fassung der Ziffer 60, die die Antragskommission zusammen mit den dazu delegierten Herren zur Annahme empfiehlt.

(Beifall)

Präsident Müller (Remscheid): Danke sehr, Herr Generalsekretär.

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal fragen, ob wir über diesen Kompromißvorschlag jetzt noch diskutieren wollen?

(Zurufe: Nein!)

Das ist die einhellige Meinung des Parteitages. Ich stelle das fest.

Dann schlage ich Ihnen vor, daß wir mit der vorgeschlagenen Annahme dieses Antrags alle übrigen zu Ziffer 60 gestellten Anträge als erledigt erklären.

(Beifall)

Herr Generalsekretär Heck erhält nochmals das Wort zu einem Entschließungsantrag, der in Ergänzung der Ziffer 60 formuliert worden ist. Das geschieht am besten noch vor der Abstimmung, damit klar ist, worüber abgestimmt wird. – Bitte sehr, Herr Generalsekretär!

Generalsekretär Dr. Heck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen noch folgenden Entschließungsantrag:

1. Der Bundesvorstand bildet eine Kommission, die der Partei Vorschläge zur gesetzgeberischen Verwirklichung der in der Ziffer 60 des Berliner Programms niedergelegten Grundsätze machen soll.

2. Das Prüfungsergebnis ist dem Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Müller: Ich danke. Meine Damen und Herren, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung . . .

(Das ist noch nicht verteilt! – Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wer wünscht das Wort zur Geschäftsordnung?

(Etzbach, Duisburg: Hier!)

Bitte sehr!

Etzbach: Ich bitte – vielleicht darf ich das gleich vom Platz aus sagen – in diesen Entschließungsantrag lediglich ein Wort einzufügen und in Ziffer 2 zu sagen: Das Prüfungsergebnis ist dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

(Lebhafter Widerspruch)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, daß wir zur Vereinfachung des Verfahrens jetzt über die Vorlage abstimmen, die die Kommission erarbeitet hat.

(Beifall)

Das ist offensichtlich auch die Meinung der Mehrheit des Parteitages. Ich lasse jetzt einmal über den Antrag F 51, also über den Kompromißvorschlag, abstimmen und damit gleichzeitig über die Erledigung aller übrigen Anträge. Ich lasse dazu noch über den von der Kommission erarbeiteten Entschließungsantrag abstimmen, also über die gesamte Vorlage der Kommission. Ist die Vorlage inzwischen verteilt?

(Zurufe: Nein!)

Wird gewünscht, daß sie nochmals verlesen wird?

(Zurufe: Nein!)

Meine Damen und Herren, ich komme dann zur Abstimmung. Wer dieser Vorlage der Kommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich danke. Wer ist dagegen? – Drei Gegenstimmen.

(Lebhafter Beifall)

Der Ordnung halber frage ich noch nach Enthaltungen. Wer enthält sich der Stimme? – Meine Damen und Herren, dann stelle ich formell fest, daß die

Ziffer 60 in der neuen Fassung nunmehr angenommen ist. Ich glaube, daß wir der Kommission dafür zu danken haben, daß sie dieses schwierige Werk vollbracht hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich rufe jetzt noch die Ziffer 61 auf. Dazu erteile ich als dem Sprecher der Antragskommission Herrn Dufhues das Wort.

Dufhues: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen namens der Antragskommission über die Stellungnahme dieser Kommission zu Ziffer 61 der Vorlage des Bundesvorstandes zu berichten. Sie werden sich erinnern, daß die Ziffer 61 die Errichtung von öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmerkammern vorsieht. Dazu sind Anträge eingegangen, die sich — wie ich Ihnen heute morgen mitteilte — in zwei Gruppen zusammenfassen lassen. Die eine Gruppe setzt sich dafür ein, daß die Vorschläge unter Ziffer 61 ersatzlos gestrichen werden. Eine zweite Gruppe von Anträgen sieht die Errichtung eines Wirtschafts- und Sozialrates vor.

Namens der Antragskommission und zugleich namens der Parteifreunde, die an den Beratungen der Antragskommission teilgenommen haben, schlage ich Ihnen vor, sämtliche Abänderungsanträge abzulehnen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, es bei den Vorschlägen zu belassen, die Ihnen der Bundesvorstand unterbreitet hat.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Müller: Ich danke sehr. Wird zu dem Vorschlag der Antragskommission noch das Wort gewünscht? — Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor, und zwar eine von Herrn Neuhaus und die andere von Herrn Kaiser, Nord-Baden. Werden diese aufrechterhalten?

(Neuhaus: Nein! — Kaiser: Ja!)

Bitte sehr, Herr Kaiser!

Kaiser: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Wir haben uns bei Ziffer 60 über die Frage der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, über die Erweiterung des Betriebsräterechts und über die paritätische Mitbestimmung unterhalten. Bei Ziffer 61, geht es, meine Freunde, um eine überbetriebliche Mitbestimmung. Meine Freunde des Sozialausschusses haben mich beauftragt, Ihnen die Annahme der Fassung des Bundesvorstandes unverändert zu empfehlen. Darüber hinaus beantragen wir allerdings: „Das Zusammenwirken der Interessenverbände ist in einem Wirtschafts- und Sozialrat zu institutionalisieren“ zu sagen.

Die Begründung dafür ist folgende: Ein demokratisch-sozialer Rechtsstaat ist nur durch die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an der Verantwortung für das Gemeinwohl zu verwirklichen. Daher sind wir der Meinung, daß

neben der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmungen auch im überbetrieblichen Raum Einrichtungen geschaffen werden, die diesen sozialstaatlichen Erfordernissen entsprechen.

Das bisherige Kammersystem, insbesondere das der Industrie- und Handelskammern, wird diesen Vorstellungen nicht gerecht, weil es nur eine Vereinigung von Unternehmern darstellt.

Es ist auch mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar, daß eine einseitig zusammengesetzte Vereinigung den Rechtscharakter einer öffentlichen Körperschaft besitzt und dadurch befugt ist, Gesamtinteressen wahrzunehmen.

Wir wissen, daß nicht die Absicht besteht, das vorläufige Gesetz über die Industrie- und Handelskammern zu novellieren. Besonders die Wirtschaft legt großen Wert darauf, das bestehende Kammersystem zu erhalten. Nach unserer Auffassung verlangt es die Rechts- und Sozialstaatlichkeit unseres Grundgesetzes, daß entsprechende Kammern der Arbeitnehmer als Vorstufe für eine paritätische Gesamtrepräsentation geschaffen werden. Wir dürfen darauf hinweisen, daß bereits Modelle dieser Arbeiterkammern im Saargebiet, in Bremen und auch in Österreich bestehen. Wir glauben, daß es jetzt an der Zeit ist, in anderen Bundesländern dies zu verwirklichen.

Es liegt ein breites Feld von Aufgaben für diese Kammern vor. Das Zeitalter der Automation, der Technisierung und der Mechanisierung . . .

(Unruhe und Widerspruch)

. . . ich darf darum bitten – ich habe andere auch sprechen lassen – daß ich jetzt reden darf – sowie ganz besonders auch des Strukturwandels – siehe Nordrhein-Westfalen – erfordert eine weitgehende Verplanung.

Wir sind der Meinung, daß gerade diese Kammern zur Beratung der Landesregierungen und der Parlamente notwendig sind. Für die Bildungsarbeit der Arbeitnehmer wären sie ebenso wünschenswert.

Die CDU und ganz besonders die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft haben den Gedanken der Partnerschaft geprägt. Wir wollen auch weiterhin diesem Gedanken treu bleiben. Wir erwarten aber auch von unseren wirtschaftlichen Partnern, daß sie diesen Gedanken ebenfalls aufnehmen und der Arbeitnehmerschaft die Stellung in unserem Staat geben, die ihr gebührt. Daher bitten wir Sie, daß Sie unserem Erweiterungsantrag Ihre Stimme geben.

Sie haben, meine Damen und Herren, deutlich bewiesen, daß die Union partnerschaftlich denkt. Diese Ziffer 60 enthält im wahrsten Sinne des Wortes Unions-Gedanken. Nun, meine Damen und Herren, sorgen Sie bitte auch dafür, daß dieser Passus als Unions-Gedanke herausgestellt wird!

Präsident Müller: Meine Damen und Herren! Ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen, die Ziffer 61 in der Fassung des Vorstandes anzunehmen, und damit die übrigen Anträge, die gestellt sind, abzulehnen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um die Erhebung der Karte. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Das erste war die überwiegende Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur Schlußabstimmung über das Kapitel „Wirtschaft und Finanzen“. Wer in der Schlußabstimmung diesem Kapitel zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? Bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir zum Schluß der heutigen Plenarsitzung des Parteitages gekommen. Ich berufe den Parteitag auf 9.00 Uhr morgen früh wieder ein.

(Schluß der Sitzung: 19.13 Uhr)

Donnerstag, 7. November 1968

7. Plenarsitzung, Beginn: 9.12 Uhr

Präsident Müller (Remscheid): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die 7. Plenarsitzung des Parteitages eröffnen.

Wir haben heute vom Aktionsprogramm noch den Abschnitt Soziale Sicherung, beginnend bei der Ziffer 80, zu behandeln. Ich habe Ihnen einen Vorschlag zur Verfahrensordnung zu machen. Sie wissen, daß wir heute neben der Gesamtverabschiedung des Aktionsprogramms auch noch die Satzung zu verabschieden haben und daß wir in der Zeit insofern gebunden sind, als der Kanzler heute nachmittag in Bonn eine Kabinettsitzung zu leiten hat; außerdem gehen die Flugzeuge, und wir müssen uns in etwa danach richten. Ich bitte Sie also, mit folgendem Vorschlag einverstanden zu sein, daß ich beim Aufruf der Ziffern jeweils gleich alle dazu gestellten Anträge mit aufrufe, daß ich zunächst dem Sprecher der Antragskommission das Wort gebe, damit er darstellt, wie die Antragskommission die betreffende Ziffer bzw. die Anträge dazu behandelt haben will, daß Sie dann Gelegenheit erhalten, darüber zu diskutieren, und daß wir dann zu den einzelnen Abschnitten abstimmen. Darf ich Ihr Einverständnis voraussetzen?

(Zustimmung)

Ich stelle das fest. Dann rufe ich die Ziffer 80 auf. Dazu liegen die Anträge J 1 bis J 7 vor. Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, den Freund Stingl, das Wort zu nehmen.

Stingl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Anträge zu Ziffer 80 sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie die Eigenverantwortung im Rahmen der sozialen Sicherung noch einmal ausdrücklich genannt wissen wollen. Nun ist Ihnen ja aus den Beschlußfassungen bekannt, daß diese Eigenverantwortung schon dadurch angesprochen ist, daß nach der Ziffer 20 unseres Programms die Einführung eines sozialen Rechtsstaats nur subsidiär verstanden werden kann. Die Antragskommission weist außerdem darauf hin,

daß das ganze Programm der CDU darauf abgestellt ist, daß die Freiheit des einzelnen im Vordergrund steht. Sie schlägt deshalb vor, diese Anträge abzulehnen.

Präsident Müller: Ich danke Herrn Kollegen Stingl und darf fragen, ob zu den Anträgen und zu der Darstellung der Antragskommission das Wort gewünscht wird. – Bitte, Herr van de Loo! Ich darf aber bitten, in Zukunft schriftliche Wortmeldungen abzugeben.

van de Loo (LV Hessen): Ich bitte sehr um Entschuldigung; ich werde das gleich noch nachholen.

Ich spreche hier für den Mittelstandskreis und darüber hinaus für den Kreisverband Eßlingen, den Landesverband Hamburg und den Landesverband Nord-Württemberg, wobei ich davon ausgehe, daß der mir gestern erteilte Auftrag auch noch für heute gilt. Die genannten Landesverbände und der Kreisverband Eßlingen haben sich bereitgefunden, ihre Anträge zurückzuziehen und sich dem Antrag des Mittelstandskreises anzuschließen.

Es geht uns darum, daß die Eigenverantwortung hier ausdrücklich angesprochen wird, nicht versteckt, wie es die gegenwärtige Fassung tut. Wir meinen, daß bei dieser prinzipiellen Bestimmung, die für diesen ganzen Abschnitt tragend ist, nicht darauf verzichtet werden kann, die Eigenverantwortung ausdrücklich zu betonen. Wir glauben, daß allein damit der Präambel entsprochen wird, der wir ja in jedem Falle Rechnung tragen müssen. Dazu bedarf es keiner näheren Ausführungen.

(Beifall)

Präsident Müller: Ich danke Herrn van de Loo. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu Ziffer 80 und den dazugehörigen Anträgen vorliegen. Ich schließe die Aussprache.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden erklärt. Wenn ich jetzt über die Vorstandsvorlage abstimmen lasse, wären sämtliche anderen Anträge erledigt. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Vorstandsvorlage und lehnt die dazu gestellten Anträge ab.

(Widerspruch – Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung!

(Zuruf: Es muß zunächst über den weitergehenden Antrag J 2 abgestimmt werden!)

Meine Damen und Herren, so sehr vieles dafür sprechen mag, das in allen Einzelheiten zu diskutieren, so liegt es doch weitgehend bei Ihnen, wie schnell wir damit fertigwerden. Ich hatte es übernommen, die Verhandlung möglichst

rationell abzuwickeln. Aber bitte, wenn Sie meinen, daß zunächst über den Antrag J 2 abgestimmt werden sollte: der Parteitag ist souverän.

(Beifall)

Wir stimmen also zunächst über den Antrag J 2 ab. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung dieses Antrags. Wer dem Antrag J 2, vorgelegt vom Mittelstandskreis, die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Wer ist dagegen? — Es ist sehr schwer festzustellen, welches die Mehrheit ist. Ich wiederhole die Abstimmung. Wer dem Antrag J 2 die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag J 2 angenommen und gleichzeitig Ziffer 80 in einer neuen Fassung beschlossen.

(Beifall)

Ist der Parteitag mit mir der Auffassung, daß damit sämtliche anderen Anträge erledigt sind?

(Zustimmung)

Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 81. Dazu liegen die Anträge J 8 bis J 12 und J 70 vor. Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, das Wort zu nehmen.

Stingl: Herr Präsident, ich darf darauf aufmerksam machen, daß auch noch der Antrag J 7 zu Ziffer 81 gehört. Zu dem Antrag J 7 habe ich zu bemerken, daß wir nicht der Meinung sind, die unvollständige Familie sollte eigens genannt werden. Sie ist Familie und gehört nach unserer Überzeugung ebenso wie auch die vollständige Familie zur Familienpolitik.

Wir sind der Meinung, daß das, was die CDU will, in dem Vorstandsvorschlag am besten zum Ausdruck kommt, nämlich daß der Familienlastenausgleich auch dadurch gewährt werden soll, daß jungen Familien zinsgünstige Darlehen bei Eigenleistungen gewährt werden.

Zum Antrag J 9 meinen wir, daß von einer Beteiligung der Wirtschaft im Vorstandsvorschlag sowieso nicht die Rede ist, so daß der Antrag sich gar nicht erklären läßt. Es heißt ja, daß die Finanzierung durch alle Einkommensträger erfolgen soll, nicht etwa nur durch die Wirtschaft.

Präsident Müller: Ich danke Herrn Kollegen Stingl und eröffne die Aussprache. Zunächst hat der Kollege Burgemeister, Braunschweig, das Wort.

Burgemeister, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Stingl hat darauf hingewiesen, daß im Antrag des Bundesvorstands nichts darüber gesagt sei, daß die für den Familienlastenausgleich

bestimmten Mittel von der Wirtschaft getragen werden sollten. Es steht aber darin, daß die Mittel durch eine Einkommens-Umverteilung beschafft werden sollen, und unter dieser Einkommens-Umverteilung versteht man in der Wirtschaft leider, daß damit in erster Linie die Wirtschaft gemeint sei. Um von vornherein Unruhe zu vermeiden, sprechen wir uns dafür aus, den betreffenden Absatz ganz entfallen zu lassen. Auch wenn der Absatz 3 gestrichen wird, wie es der Mittelstandskreis empfiehlt, wird an dem Gehalt der Ziffer 81 nichts Wesentliches geändert. Wir vermeiden aber, daß in der Wirtschaft unnötigerweise Unruhe ausgelöst wird. Ich bitte Sie, dem Antrag des Mittelstandskreises auf Streichung dieses Absatzes zuzustimmen.

Präsident Müller: Das Wort hat Frau Stommel, Rheinland.

Frau Stommel, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU des Rheinlandes schlägt Ihnen zu Ziffer 81 eine neue Formulierung vor. Wir haben die Fassung des Bundesvorstands gut durchgearbeitet, finden aber, daß wir doch zusätzlich einige Schwerpunkte setzen müßten. Wir haben in diesen Tagen in Deklamationen hervorgehoben, daß wir die Familie unter den Schutz des Staates stellen und ihr alle Hilfe geben wollen. Ich glaube, die Familien erwarten von der CDU, daß sie auch konkrete Vorschläge macht. Die Fassung des Bundesvorstands geht aber nicht so weit.

Wir sollten uns hier in dem Programm für unsere Familienpolitik nicht an dem Bundesetat 1968/69 orientieren, sondern da wir ein Programm für die 70er Jahre machen, sollten wir konkrete Punkte anführen.

Wir haben z. B. vorgeschlagen, die Einrichtung eines Bundesfamilienfonds anzuführen. Wir haben vor allem auch dargelegt, wie wir uns die Verwirklichung des Familienlastenausgleichs konkret vorstellen.

Ein anderer Punkt, den wir gerne in dieser Ziffer genannt hätten, sind die Familienferien und die Familienhelferinnen für kinderreiche Familien.

Ich glaube, es ist notwendig, gerade in diesem Absatz für die Familienpolitik die Hilfen für die Familien herauszustellen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren – jetzt also nicht nur an die Damen gerichtet; bei der Familienpolitik sind meistens die Damen sehr ansprechbar – und ich hoffe, daß Sie hier mit mir der Meinung sind, daß wir konkrete Vorschläge machen müssen, die über das hinausgehen, was der Bundesvorstand uns vorlegt. Ich bitte Sie um Annahme des Antrages J 70.

Präsident Müller: Herr Dr. Meier. Ihm folgt Herr Wolfgang Vogt.

Dr. Meier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Problem des Familienlastenausgleichs liegt uns als CDU sicherlich besonders am Herzen. Die Eigenverantwortlichkeit der Familie hat auch in dem vorher angenommenen Antrag die ausdrückliche Zustimmung der Mehrheit dieses Parteitagés gefunden. Im Absatz 1 des Antrages J 70 heißt es, das durch die Leistung bestimmte

Markteinkommen — schon bei diesem Begriff stutze ich, denn es gibt auch Einkommen, die man schwer als Markteinkommen bezeichnen kann — müsse in allen Einkommensschichten durch einen Familienlastenausgleich ergänzt werden. Ist es wirklich unsere Absicht, den Familienlastenausgleich in allen Einkommensschichten zum Zuge kommen zu lassen? Ich kann mir das schwer vorstellen. Es gibt sicher Einkommensträger, bei denen die Eigenverantwortlichkeit auch eine genügende finanzielle Basis hat, damit diese Leistungen dort selber aufgebracht werden können. Wir sollten den Lastenausgleich auf die beschränkten, die ihn wirklich brauchen.

(Beifall)

Präsident Müller: Herr Vogt, Rheinland!

Vogt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu den konkreten Forderungen, die der Antrag J 70 enthält. Das Konzept für einen Familienlastenausgleich, das in diesem Antrag entwickelt ist, wird von drei Grundgedanken getragen: erstens einmal, daß der Familienlastenausgleich, insbesondere, wenn er in der Form des Kindergeldes gewährt wird, Ausdruck der Solidarität der Gesellschaft mit den Familien sein sollte. Deshalb schlagen wir die Errichtung eines Familienlastenausgleichsfonds vor, der aus öffentlichen Mitteln und daneben auch von einkommensbezogenen Beiträgen gespeist werden soll.

Zweitens meinen wir, daß im Familienlastenausgleich der Nettoeffekt erhöht und verbessert werden sollte. Wenn die Leistungen des Familienlastenausgleichs durch steuerähnliche Abgaben finanziert werden, dann ist der Nettoeffekt zugunsten der Familie sehr gering; die Sozialwissenschaftler sagen uns heute, daß er bestenfalls 30 bis 35 % beträgt. Das würde also bedeuten, daß die Familien im wesentlichen die Leistungen aus dem Familienlastenausgleich selbst finanzieren. Wenn wir den Nettoeffekt der Familienlastenausgleichsleistungen erhöhen wollen, müssen wir zu einkommensbezogenen Beiträgen kommen.

Der dritte Gesichtspunkt: Herr Dr. Meier hat soeben davon gesprochen, daß wir doch nicht alle Familien in den Familienlastenausgleich einbeziehen sollten. Die logische Konsequenz dieses Arguments wäre gewesen, daß er sich gegen das bestehende System der Kinderfreibeträge ausgesprochen hätte, denn die Kinderfreibeträge kommen doch allen Familien mit Kindern zugute. Aber gerade das System der Kinderfreibeträge ist reformbedürftig. Wir sind doch generell gegen das Gleißkannenprinzip. Ich muß aber darauf hinweisen, daß die Wirkung der Kinderfreibeträge nicht nur ein Gleißkannenprinzip bedeutet, sondern daß die Folge der Kinderfreibeträge ist, daß derjenige, der ein hohes Einkommen hat, von den Kinderfreibeträgen besonders begünstigt wird. Wenn wir die Familien gleichstellen wollen, dann müssen wir die Steuerfreibeträge durch feste Beträge ersetzen, die zukünftig von der Steuerschuld abzuziehen sind. Das ist der dritte Grundgedanke, der in dem Entwurf des Rheinlandes enthalten ist.

Ich bitte Sie, dem Antrag J 70 zuzustimmen und den Antrag der Antragskommission abzulehnen.

(Beifall)

Präsident Müller: Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, Herrn Kollegen Stingl, noch einmal das Wort zu nehmen.

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen bekannt, daß die Vorarbeiten zu dem Programm sehr lange dauerten und daß wir in sehr vielen Gremien der Partei darüber schon diskutiert haben. Es ist richtig, daß manches, was noch ausgedrückt werden könnte, nicht so ausgedrückt ist, wie es jeder einzelne wünscht. Insofern ist der Antrag des Rheinlandes durchaus in der Linie, wie sie die CDU sonst vertritt. Nur müssen wir uns bei dem Programm daran halten, eine Formulierung zu finden, die wir auch einmal geschlossen vertreten können und über die Bühne bekommen. Wir müssen also auch bei den Formulierungen daran denken, daß hier eine lange Vorarbeit geleistet wurde.

Damit bin ich bei dem, was Herr Kollege Burgemeister gesagt hat und weshalb ich mich ursprünglich gemeldet habe. Der Mittelstand wendet sich gegen den Satz: „Die Familienzulagen sollen durch eine Einkommens-Umverteilung zwischen allen Einkommensbeziehern aufgebracht und an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden.“ Meine Damen und Herren, wer daraus liest, daß das die Wirtschaft betrifft, der muß – so darf ich sagen – doch wohl mit wenig gutem Willen das zu interpretieren versuchen. „Alle Einkommensbezieher!“ heißt doch nicht: „Wirtschaft!“ Oder meint die Wirtschaft, nur sie allein beziehe Einkommen? Das wäre allerdings recht fatal.

In diesem Programm muß die CDU doch etwas dazu sagen, wie sie einen solchen Lastenausgleich finanzieren will. Sie sagt es in der Form, die allein gemäß ist, wie ich meine, nämlich daß alle Einkommensbezieher daran interessiert sind, daß wir in unserem Volk auch dafür sorgen, daß heile Familien – auch in wirtschaftlicher Beziehung heile Familien – Kinder heranziehen können, die die Verantwortung für den Staat deshalb gut übernehmen können, weil sie eben in der Familie – wie es in dem Programm heißt – personal wie sozial entscheidend geprägt sind. Für diese personale und soziale Prägung ist aber auch notwendig, daß man das Leistungseinkommen durch einen Familienlastenausgleich verbessert. Dieser Familienlastenausgleich muß von irgendjemandem gezahlt werden. Wenn die Christlich Demokratische Union dabei sagt, daß alle Einkommensbezieher hier mit herangezogen werden sollten, so ist das die Aussage, die wir verantworten können und die nicht einseitig auf eine Gruppe abgestellt ist.

(Beifall)

Präsident Müller: Herr Kollege Burgemeister hat sich noch einmal für den Mittelstandskreis gemeldet.

Burgemeister, MdB: Herr Kollege Stingl, wir sind uns klar darüber, daß etwas darüber gesagt werden muß, daß es sich um einen Lastenausgleich handelt. Das können wir aber auch tun, ohne daß diese Formulierung expressis verbis in diesem Absatz enthalten ist.

Ich möchte deshalb versuchen, einen Vermittlungsvorschlag zu machen. Ich bin der Meinung, daß man in der Formulierung die Worte: „durch eine Einkommens-Umverteilung zwischen allen Einkommensbeziehern aufgebracht...“ herauslassen sollte. Dann heißt es: „Die Familienzulagen sollen an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden.“ Dann hätten wir das, was Mißtrauen erregt, herausgenommen.

Sie sind der Meinung gewesen, daß die Wirtschaft hier nicht mißtrauisch sein sollte. Ich muß aber leider daran erinnern, daß sich wiederholt nach ähnlichen Ankündigungen Entwicklungen ergeben haben, von denen dann behauptet wurde, daß sie auf Parteitag bereits in den Programmen angesprochen worden seien und nunmehr nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Ich möchte also hier deutlich machen, daß auf keinen Fall aus dieser Fassung eine besondere Beanspruchung der Wirtschaft abgeleitet werden kann.

Präsident Müller: Dazu noch Herr Wolters aus dem Landesverband Westfalen.

Wolters: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen. Wir haben in meinem Kreisverband den Familienlastenausgleich in mehreren Arbeitskreisen sehr ausführlich diskutiert. Wir sind fast zu demselben Ergebnis wie der Landesverband Rheinland gekommen. Wir hatten die Vorschläge auch für den ersten Entwurf unterbreitet. Ich möchte diesen Vorschlag nachhaltig unterstützen.

Präsident Müller: Das Wort hat noch einmal der Sprecher der Antragskommission, Herr Kollege Stingl.

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann den Antrag von Herrn Burgemeister überhaupt nicht mehr verstehen. Wenn Sie nun herausstreichen: „sollen durch eine Einkommens-Umverteilung zwischen allen Einkommensbeziehern aufgebracht werden“, und nur sagen: „Die Familienzulagen sollen an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden“, dann sind Sie vor der Frage ausgewichen, wie das finanziert werden soll. Dann sagen Sie dazu kein Wort mehr. Dann kann es allerdings auch nur der Beitrag der Wirtschaft allein sein. Sie haben dann Tür und Tor für eine Entwicklung geöffnet, die unübersehbar ist.

Die Formulierer der Vorlage des Vorstandes haben sehr lange darüber nachgedacht und haben sich sehr intensiv damit beschäftigt. Sie haben dieses Problem nicht zum erstenmal gewälzt. Sie wissen sehr wohl, daß die frühere Aufkommensart durch Beiträge aus der Wirtschaft – wie man so sagte – sich damals nicht durchsetzen konnte und durchhalten ließ. Diese Aufbringung des Beitrags wurde abgeschafft. Sie wissen, daß das in dem Zusammenhang mit

dem Paket geschah, dessen andere Dinge untergegangen sind und von dem eine Änderung geblieben ist. Aber wenn die Christlich Demokratische Union nur davon spricht, daß sie die Familienzulagen an die Einkommensentwicklung anpassen will, aber dazu schweigt, wie sie das finanzieren will, dann bleibt sie in sich unehrlich.

Präsident Müller: Herr Voetmann vom Landesverband Rheinland dazu, bitte! — Darf ich Sie bitten, bei den künftigen Wortmeldungen die jeweiligen Ziffern des Aktionsprogramms mit aufzuschreiben; denn es ist sonst sehr schwer, zu erkennen, zu welcher Ziffer sich die einzelnen Sprecher gemeldet haben.

Voetmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren. Wenn der Kollege Stingl davon spricht, daß der Antrag der CDU des Rheinlandes sich in der Richtung bewegt, die sonst die Linie der CDU ist, dann, so meine ich, sollten wir uns hier auch diesem Antrag anschließen und ihn in diesem Aktionsprogramm mit verwirklichen.

(Beifall)

Meines Erachtens müßten insbesondere unsere Vorstellungen über die Kinderfreibeträge unter allen Umständen realisiert werden; denn mit diesen Kinderfreibeträgen wollen wir ja gerade den Familienlastenausgleich in die richtigen Bahnen lenken. Zur Zeit ist es aber so, daß die Einkommenschwachen oder die Bezieher von geringen Einkommen insbesondere durch die Kinderfreibeträge benachteiligt werden. Dieser Nachteil aber muß unter allen Umständen ausgeräumt werden. Deshalb bitten wir Sie herzlich, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Lampersbach, Westfalen.

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen des Mittelstandskreises ziehe ich den Antrag J 9 zugunsten des Antrags des Landesverbandes Rheinland zurück.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Präsident Müller: Ich danke sehr. — Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wenn ich den Parteitag vorhin richtig verstanden habe, dann wünscht er nicht über die Gesamtvorlage der Antragskommission abzustimmen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt zunächst den Antrag des Landesverbandes Rheinland — das ist der Antrag J 70 — behandeln. Dieser Antrag scheint mir der umfangreichste und auch der weitestgehende zu sein. Ist der Parteitag damit einverstanden? —

(Zustimmung)

Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung sämtlicher zur Ziffer J 81 hier eingegangenen Anträge. Der Antrag J 9 ist also zurückgezogen. — Ich lasse

Jetzt über den Antrag J 70 in der Fassung, wie er in der Antragsvorlage formuliert ist, abstimmen. Wer dem Antrag J 70 die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Sind Sie mit mir der Meinung, daß damit der Antrag J 12 erledigt ist?

(Zustimmung)

Ich stelle das fest. Der Antrag J 9 ist — wie bereits festgestellt — zurückgezogen.

Bezüglich des Antrags J 11 Absatz 1 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Ebenfalls Ablehnung wird bezüglich der Anträge J 8 und J 10 empfohlen. Erhebt sich dagegen Widerspruch, wenn so beschlossen wird, wie die Antragskommission empfiehlt?

(Zurufe: Nein!)

Das würde nämlich bedeuten, daß die gesamte Fassung des Antrags J 81 die Fassung, wie sie der Landesverband Rheinland vorschlägt, erhält. Ist der Parteitag damit einverstanden?

(Zustimmung)

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 82, dazu die Anträge J 13, J 14, J 15 und J 16. — Das Wort dazu erhält Herr Kollege Russe, Westfalen, für die Antragskommission.

Russe, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zu Ziffer 82 die Ablehnung des Antrags J 13 empfehlen. Als Begründung darf ich Ihnen sagen, daß es nach unserer Auffassung nicht ganz klar ist, was der Kreisverband Dinslaken damit sagen will.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen bezüglich des Antrags J 15 Annahme, und sie empfiehlt Ihnen weiter Ablehnung des Antrags J 16. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das lediglich eine redaktionelle Änderung ist, die hier vorgeschlagen wird. Das sollen nachher die „Strategen“, die das gesamte Aktionsprogramm sprachlich zu bearbeiten haben, im einzelnen machen. Wir sollten uns hier nicht in einer Art „Oberlehrerarbeit“ miteinander versuchen. — Das ist also die Vorlage der Antragskommission. Ich bitte Sie, entsprechend zu verfahren.

Präsident Müller: In der Aussprache erhält das Wort zunächst Herr Kollege Kuhn, Hamburg.

Kuhn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 82 ist eine Übersicht über das gegeben, was wir auf diesem sozialpolitischen Gebiet wollen. Vergessen worden sind aber die älteren Arbeiter, die heute bereits — es ist zu beklagen — mit 45 Jahren als solche bezeichnet werden. Wir stellen fest, daß wir in der Rentenversicherung eine Generationensolidarität haben. Die gegenwärtig Verdienenden müssen nämlich die Renten für diejenigen aufbringen, die sich bereits im Ruhestand befinden.

Die Ziffer 82 sieht auch die Flexibilität im Übergang zum Ruhegeld vor. Eines ist aber nicht geschehen, was wir im Auge behalten müssen, um die Leistungen, die wir vorhaben und die wir den Wählern und unseren Parteimitgliedern versprechen, überhaupt realisieren zu können. Diejenigen, die zwischen dem 45. und dem 65. Lebensjahr einmal das Unglück haben, arbeitslos zu werden, müssen eine Hilfe erhalten, um wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden, damit ihnen einmal zu einer Sinnerfüllung ihres eigenen Lebens verholfen werden kann und um zum anderen der Volkswirtschaft diese wertvollen, mit Erfahrungen ausgestatteten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen zu können, und schließlich den Rentenversicherungsträgern und dem Steueraufkommen Verdienener zuführen zu können, auf die wir angewiesen sind.

Darum bitte ich Sie, diesen zusätzlichen Satz, wie ihn der Landesverband Hamburg vorschlägt, anzufügen und diesem Antrag zuzustimmen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Müller: Herr Kollege Kuhn, dem Sprecher der Antragskommission ist ein Irrtum unterlaufen. Ihre Wortmeldung wäre wahrscheinlich gar nicht mehr erforderlich gewesen. Ich darf dem Kollegen Russe deshalb nochmals das Wort geben.

Russe, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat richtig, was der Herr Präsident sagt. Ich bitte Sie dafür um Entschuldigung.

Ich wollte Ihnen nämlich sagen, daß empfohlen wird, den Antrag J 14, das ist der Antrag des Landesverbandes Hamburg, anzunehmen, allerdings mit einer Änderung; aber ich bin der Überzeugung, daß der Landesverband Hamburg damit einverstanden ist. Es heißt im Antrag J 14: „Älteren stellunglosen Arbeitnehmern...“. Wir bitten Sie, an Stelle des Wortes „stellunglosen“ das Wort „arbeitslosen“ zu verwenden.

Ich darf nochmals wiederholen: Annahme des Antrages J 14 des Landesverbandes Hamburg, jedoch mit dieser redaktionellen Änderung, und auf der anderen Seite Ablehnung der Anträge J 15 und J 16.

Präsident Müller: Herr Kollege Kuhn, sind Sie mit dieser Änderung einverstanden, daß also statt „stellunglosen“ gesagt wird „arbeitslosen“?

(Zustimmung)

Zu Ziffer 82 liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. — Ich möchte zunächst über den Antrag J 14 mit der von der Antragskommission vorgeschlagenen Änderung abstimmen lassen; die Antragskommission empfiehlt seine Annahme. — Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Soweit ich das übersehe, ist das einstimmige Annahme.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir jetzt über die Ziffer 82 mit dieser angenommenen Fassung des Landesverbandes Hamburg insgesamt abstimmen und damit die übrigen Anträge als erledigt erklären?

(Zustimmung)

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmige Annahme. Damit ist die Ziffer 82 erledigt.

Ich rufe auf die Ziffer 83, dazu die Anträge J 17, J 18 und J 19. Zunächst erhält das Wort Herr Professor Burgbacher als Sprecher der Antragskommission.

Prof. Burgbacher, MdB: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Zu Ziffer 83 liegen die drei Anträge J 17, J 18 und J 19 vor. Die Antragskommission empfiehlt ihnen, den Antrag J 17 anzunehmen. Sie ist der Meinung, daß damit die Anträge J 18 und J 19 ihre sachliche Erledigung gefunden haben und deshalb abgelehnt werden können. Ich wiederhole also: Zustimmung zum Antrag J 17 und demzufolge Ablehnung der Anträge J 18 und J 19. — Ich danke sehr.

Präsident Müller: In der Aussprache hat das Wort nun zunächst Herr Stähle vom Landesverband Nordwürttemberg.

(Zuruf)

Diese Wortmeldung ist, wie ich höre, bereits erledigt. Zur Ziffer 83 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann lasse ich zunächst über den Antrag J 17 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Ich stelle einstimmige Annahme fest. Ist der Parteitag mit mir der Meinung, daß damit die Anträge J 18 und J 19 erledigt sind? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann lasse ich über die Ziffer 83 in der neuen Fassung mit dem Änderungsantrag abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Ziffer 84 und damit die Anträge J 20, J 21, J 22 und J 71. Zunächst hat der Sprecher der Antragskommission, Herr Kollege Stingl, das Wort.

Stingl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat die eingereichten Anträge geprüft. Sie ist der Auffassung, daß die gleichlau-

tenden Anträge J 21 und J 22 angenommen werden können. Bezüglich des Antrags J 23 empfiehlt sie Ablehnung. Hier könnte unter Umständen eine sehr weitgehende Folgerung gezogen werden in bezug . . .

(Zuruf vom Vorstandstisch)

Ja, Entschuldigung, der Antrag J 23 steht noch nicht zur Diskussion. Die Kommission empfiehlt aber die Ablehnung des Antrags J 20 und die Annahme der Anträge J 21 und J 22. Dabei ist es gleichgültig, welcher Antrag angenommen wird, weil beide gleichlautend sind.

(Präsident Müller: Antrag J 21 noch!)

Ja, der Landesverband Dortmund schlägt vor, die Direktbeteiligung der Arbeitnehmer zu streichen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Ablehnung; denn das ist eine Aussage, die die CDU schon immer gemacht hat und zu der sie auch weiterhin im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Lohnfortzahlung stehen sollte.

Präsident Müller: Ich danke. — Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann darf ich wohl gleich zur Abstimmung kommen. — Die Antragskommission empfiehlt Ihnen also Annahme der gleichlautenden Anträge J 21 und J 22. Wer dieser Empfehlung und damit den Anträgen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich schlage wiederum vor, daß wir jetzt darüber abstimmen, ob damit die anderen Anträge erledigt sind. Ist der Parteitag damit einverstanden? —

(Zustimmung)

Dann lasse ich jetzt über die Ziffer 84 in der geänderten Fassung abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Einstimmige Annahme.

Ich rufe auf die Ziffer 85, dazu die Anträge J 23, J 24, J 25, J 26, J 27, J 28, J 29 und J 72.

Zunächst hat das Wort der Sprecher der Antragskommission, Herr Schwarz-Schilling;

(Zuruf vom Vorstandstisch)

nein, Herr Kollege Stingl hat das Wort für die Antragskommission.

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schwarz-Schilling hat sich entschuldigt, daß er heute etwas später kommen müsse. Ich will versuchen, ihn hier zu vertreten. Wir haben zu der Ziffer 85, die sich um die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten dreht, eine ganze Reihe von

Anträgen. Beim Kreisverband Steglitz wird offenbar versucht, durch die Formulierung „die Arbeiter und Angestellten gleichzusetzen“, stilistische Ungeheimheiten zu beseitigen. Wir empfehlen dennoch Ablehnung, weil auch in der Sache hier eventuell Interpretationen möglich sind, die im Programm nicht gewünscht sind, nämlich die, daß alle anderen Dinge auch geregelt werden müssen.

Der Mittelstandskreis will die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten davon abhängig machen, daß auch die vollständige Neuregelung der Krankenversicherung kommt. Das Junktim, das der Mittelstandskreis hier empfiehlt, ist ein umgedrehtes Junktim. Er will wohl wissen, daß die Krankenversicherungsneuregelung kommen müsse. Ob dann die Lohnfortzahlung komme, das sei zweifelhaft. Nur die Lohnfortzahlung dürfe nicht ohne Krankenversicherung kommen. Die Krankenversicherungsreform ohne Lohnfortzahlung dürfe kommen. So steht es jedenfalls in der Begründung.

Der Landesverband Hamburg will die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten neben der Lohnfortzahlung auch bei der rechtlichen Stellung der Versicherten. Der Landesverband Oder-Neiße will die Gleichstellung auch im versicherungsrechtlichen Sinne. Insofern ist der Antrag inhaltlich gleich. Der Kreisverband Oberhausen will ebenfalls diese rechtliche Gleichstellung. Im Inhalt sind also J 25, J 26, J 27 und J 28 gleich.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, J 26 anzunehmen, die anderen Anträge abzulehnen, aber von J 28 den zweiten Teil anzunehmen, nämlich den Wortlaut „Für die Arbeitgeber, besonders für jene Klein- und Mittelbetriebe, die durch hohe Lohnkosten belastet sind, muß das Risiko der Lohnfortzahlung durch Ausgleichskassen in Form von Körperschaften des öffentlichen Rechts tragbar gemacht werden.“

Zur Deutlichkeit wiederhole ich: Annahme 26 und Annahme des letzten Satzes J 28.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Lampersbach! Ich möchte bitten, möglichst auch zu dem Vorschlag der Antragskommission Stellung zu nehmen.

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Kollegen Stingl sind in zwei Richtungen zu korrigieren. Ich freue mich immer über Ihre Fähigkeit zu interpretieren, Herr Stingl, auch über die Geschicklichkeit, mit der Sie hier unsere völlig anders gemeinten Vorschläge der Versammlung darlegen. Es ist erstens in keiner Weise daran gedacht, daß der Mittelstandskreis zwar an eine Krankenversicherungsneuregelung denkt, aber an die Behandlung der Frage der Lohnfortzahlung nicht mehr herangehen will. Wir halten eine Neuregelung der Krankenversicherung, wie sie auch in der Öffentlichkeit seit vielen Jahren diskutiert wird, für dringend erforderlich. Wir halten sie für eine maßgebliche Voraussetzung für die Behandlung der Lohnfortzahlung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in der Ziffer J 24 bei der Gleichstellung darauf drängen, daß diese Krankenversicherungsneuregelung gleichzeitig mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle behandelt wird, so hängt das damit zusammen, daß wir die arbeitsrechtliche Lösung als für unsere mittelständischen Betriebe, insbesondere im Dienstleistungssektor, für existentiell gefährdet halten. Wir wollen deshalb, daß die Lösung in einer Form erfolgt, in der das auf den Betrieb zukommende Risiko kalkulierbar gemacht wird.

Ich glaube, das ist ein durchaus faires Anliegen, nicht nur gegenüber den Versicherten, die ja ebenfalls die Sicherung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle haben müssen, sondern auch für die Betriebe.

Das zweite! Die Neuregelung, Überprüfung oder Reformierung der Krankenversicherung ist eine seit vielen Jahren anstehende Frage, die auch dieser Parteitag endlich einmal mit viel Mut in der Form behandeln sollte, daß er sich entschließt, sie in Angriff zu nehmen und den Auftrag dazu zu erteilen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß Ihnen die Situation der Krankenkasse im ärztlichen Bereich hinreichend bekannt ist. Die finanzielle Situation der Krankenkassen sollte uns jedoch Veranlassung geben, uns ernsthafte Gedanken darüber zu machen, daß hier endlich einmal etwas getan werden muß. Sie wissen, daß wir im letzten Jahr nur infolge des Absinkens der Krankenziffern – wahrscheinlich auf die leichte wirtschaftliche Dämpfung zurückzuführen – nicht gezwungen waren, die Obergrenze der Höchstbeiträge zu überschreiten. Diese Frage kommt jetzt erneut auf uns zu. Hier ist also nicht nur die Frage für die Wirtschaft, sondern auch für die in der Wirtschaft Tätigen, für die Arbeitnehmer gestellt, in Zukunft neben höheren anderen Belastungen auch bei der Krankenversicherung mehr Beiträge zahlen zu müssen.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir in den Fragen der Rehabilitation – der Herr Bundesarbeitsminister hat sich sehr eingehend dazu ausgelassen – und in der Frage der weiteren Ausgestaltung unserer Krankenhäuser in Zukunft mit erheblichen Mehrbelastungen rechnen müssen. Auch aus diesen Gründen empfiehlt es sich, daß wir an eine Neuregelung der Krankenversicherung herangehen. Wir bitten Sie also, dem Antrag J 24 des Mittelstandskreises aus sehr sachlichen und wohlwollenden Gründen zuzustimmen und das Junktim, das auf allen Parteitagen bisher immer wieder gefordert ist, zu verlangen.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Kuhn, Hamburg.

Kuhn: Meine Damen und Herren! Es hat sich eben herausgestellt, daß die Sozialausschüsse mit der von der Antragskommission ausgearbeiteten Fassung einverstanden sein können. Ich verzichte!

Präsident Müller: Das Wort hat Herr von Bronk, Westfalen!

v. Bronk: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf aus den gleichen Gründen wie mein Vorredner auf das Wort verzichten.

Präsident Müller: Das Wort hat Frau Kalinke, Hannover!

Frau Kalinke, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Wenn ich die Erklärung meines Vorredners richtig verstanden habe, dann sind die Sozialausschüsse mit dem Antrag 85, so wie er im Programm formuliert ist, einverstanden. Der Kollege Stingl hat für die Antragskommission vorgeschlagen, einen Zusatzantrag anzunehmen, J 27 und J 28.

(Präsident Müller: Entschuldigung, Frau Kollegin Kalinke, er hat vorgeschlagen, J 26 und aus Antrag J 28 den dritten Satz.)

Darf ich erläutern, daß 26 und der dritte Satz von 28 dasselbe bedeuten.

(Mehrere Zurufe: Nein!)

Ich kann es vorlesen, ich habe das Papier mitgebracht. In 26 heißt es, daß hinzuzufügen sind die Worte „und versicherungsrechtlich“, und in 28 heißt es, daß die Gleichstellung von Arbeitern nicht nur für die Lohnfortzahlung, sondern auch für die rechtliche Gleichstellung in der gesetzlichen Krankenversicherung gelten soll. Mit Recht wird bei unseren Parteifreunden immer wieder beanstandet, daß manche Ausdrücke in der „Sozialpolitikersprache“ nicht immer ganz verständlich sind. Deshalb bitte ich darum, daß wir klipp und klar sagen, um was es sich handeln soll. Es soll im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung auch versicherungsrechtlich gleichgestellt werden für Arbeiter und Angestellte das, was heute noch nicht gleich ist. Gleich sind Leistungen und Beiträge, nicht gleich ist die Frage der Versicherungspflichtgrenze, gleich ist bisher die Frage der Beitragsbemessungsgrenze. Wer versicherungsrechtlich gleichstellen will, muß also mehr aussagen als nur diese Vokabel. Er muß z. B. sagen, ob er, obwohl wir im vorherigen Punkt das Festhalten an einer Versicherungspflichtgrenze beschlossen haben, eine Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter einführen will oder ob er die Grenze für Angestellte ganz beseitigen möchte. Er muß ferner sagen, welche Konsequenzen das hat und was es kostet. Er müßte auch sagen, ob er den vertrauensärztlichen Dienst gleichermaßen für Arbeiter und für Angestellte wünscht. Er muß ferner klarstellen, wie er zu einer künftigen Reform der Karenztage steht, denn auch dieses Thema muß erneut diskutiert werden. Schließlich muß er Stellung beziehen zu der Frage der Beitragsbemessungsgrenze und aussagen, was er für notwendig hält.

Ich meine, wir sollten diese Einzelfragen und Probleme, die ja mit weiteren Belastungen, auch vor allem für die Arbeitnehmer, verbunden sein werden, jetzt nicht im Programm festlegen, sondern wir sollten die Vorlage, so wie sie uns vorgelegt ist, ohne diesen Zusatz annehmen; es sei denn, es wird ganz deutlich gesagt, was damit gemeint ist.

Ich darf das nicht nur für meine Freunde in meinen norddeutschen Verbänden sagen, ich darf das sagen für viele Delegierte in diesem Raum, nicht nur aus dem Mittelstandskreis, sondern auch aus dem Bereich der Angestellten und

















Arbeiter, die wissen sollten, was an Belastungen auf sie zukommt. In einer Regierungsvorlage können wir dann über die Einzelfragen sprechen und zur gegebenen Zeit Entscheidungen treffen.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Krippendorf, Landesverband Hannover.

Krippendorf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Vorstände und Vertreterversammlungen der gesetzlichen Krankenkassen sind, das wissen Sie, ein Musterbeispiel partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Deswegen ist wohl auch dem größten Kreis hier im Haus bekannt, welche Sorgen die gesetzlichen Versicherungen haben. Ich kann an dieser Stelle unserem Parteifreund Katzer den Vorwurf nicht ersparen, daß die Krankenversicherungsreform noch nicht weiter fortgeschritten ist.

Ein Punkt, der in dieser Krankenversicherungsreform miterledigt werden soll, ist die Selbstbeteiligung, über die hier soeben wieder ein ganz klares Votum abgegeben ist. Diese Selbstbeteiligung ist leider bisher in der allgemeinen Beurteilung immer mit Negativa versorgt worden, und es ist Zeit, daß die CDU einmal ganz klar herausstellt, daß die Selbstbeteiligung etwas Positives ist; denn sie hilft schließlich den Leistungswilligen. Die Gruppe derer, die gegen die Selbstbeteiligung eingestellt sind, ist ja ein ganz kleiner Kreis unserer Bevölkerung.

Wenn wir uns darüber klar sind, daß diese Selbstbeteiligung positiv zu bewerten ist, sollten wir uns aber ebenso klar darüber sein, daß sie unserer Bevölkerung dann am einfachsten verständlich zu machen ist, wenn sie zusammen mit der Lohnfortzahlung erfolgt.

Ich setze mich durchaus für die Lohnfortzahlung, und zwar auch für die arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung, ein. Aber man sollte hier das Positive mit dem scheinbar Negativen — es ist immer noch scheinbar negativ — verbinden und sollte beides gleichzeitig bringen. Deswegen darf ich Sie bitten, dem Antrag J 24 zuzustimmen, der allein dieses Ziel hat. Trennen wir die beiden Dinge, liebe Parteifreunde, und nehmen wir aus irgendwelchen Gründen die Lohnfortzahlung voraus, dann machen wir ein Wahlgeschenk, und zwar ein Wahlgeschenk, wie es unsere Wähler nicht wollen, sondern wie sie es heute inzwischen ablehnen.

Ich muß deswegen nochmals eindringlich bitten, den Antrag des Mittelstandes so aufzufassen, wie er gemeint ist: daß das Positive mit dem ebenfalls Positiven, aber scheinbar Negativen verbunden wird, daß wir die Krankenversicherungsreform und gleichzeitig damit die Lohnfortzahlung durchführen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag J 24.

(Beifall)

Präsident Müller: Das Wort hat der Kollege Degel, Landesverband Saar.

Dege: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Antrag des Mittelstandes J 24 abzulehnen. Unser früherer Arbeitsminister Blank hat doch jahrelang das Sozialpaket verteidigt. Dieses Sozialpaket ist nachher aufgeschlüsselt worden, wir haben die Kindergeldregelung vorgezogen, und die dringend notwendige Lohnfortzahlung für die Arbeiter steht heute immer noch im Raum. Es ist einfach notwendig, daß wir diese Lohnfortzahlung endlich einführen. Daß wir hier eine Verbindung zwischen der Lohnfortzahlung und der Krankenversicherung herstellen sollen, leuchtet mir nicht ein. Wir haben in der Ziffer 84 zu der Krankenversicherung und auch der Eigenbeteiligung der Versicherten Stellung genommen. In Ziffer 85 geht es uns um eine klare Aussage zu der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung, und die halte ich für dringend notwendig.

Präsident Müller: Der Sprecher der Antragskommission, Herr Kollege Stingl!

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenige Bemerkungen! Zunächst zu der Frage des Mittelstandsantrages! Es tut mir leid, Herr Kollege Lampersbach, daß Sie meinten, ich hätte Sie falsch interpretiert. Aber ich kann in der gedruckten Vorlage „Anträge zum Aktionsprogramm“, die Sie alle in der Hand haben, nur lesen: „Eine Reform der Krankenversicherung muß nicht gleichzeitig zur Lohnfortzahlung führen.“ Das kann ich nur so interpretieren, daß der Mittelstand mit seinem Antrag erreichen will, daß man unter Umständen nur die Krankenversicherungsreform, aber keine Lohnfortzahlung einführt.

Dagegen ist der Text der Ziffer 85, den der Bundesvorstand Ihnen vorgelegt hat, eindeutig. Er spricht nämlich davon, daß zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung gehört, daß die Arbeiter und Angestellten gleichgestellt werden. Dieser Ausdruck „zur Reform“ besagt, daß ein Zusammenhang zwischen Lohnfortzahlung und Reform der Krankenversicherung besteht, daß aber eine Teillösung der Reform der Krankenversicherung eben auch einen Zusammenhang herstellt. Daß die Lohnfortzahlung von der Krankenversicherung nicht isoliert betrachtet werden darf, das steht hier bereits. Darauf möchte ich hingewiesen haben.

Zu dem, was Frau Kalinke ausgeführt hat, möchte ich bemerken, daß der Antrag J 26 in der Tat durch die Einführung des Wortes „versicherungsrechtlich“ auch alle Problematik noch einmal aufwirft, die natürlich nach der Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten durch die Lohnfortzahlung besteht; insofern gehört er zur Krankenversicherungsreform. Auch diese Problematik muß einmal erörtert werden. Das ist aber Detaillierterörterung, die später folgen muß.

Ich muß auch dem Mittelstandskreis gegenüber noch bemerken, meine Damen und Herren, daß die Direktbeteiligung dort genannt ist, wo sie hingehört, nämlich in der Ziffer vorher, wo die Elemente der reinen versicherungsrechtlichen Lösung aufgezählt sind.

Ich kann deshalb auch nach den Bemerkungen sagen, daß die Empfehlung der Antragskommission lautet, daß der Antrag J 26 angenommen werden sollte und daß von dem Antrag J 28 der letzte Satz angenommen werden sollte, der, verehrte Frau Kollegin Kalinke, mit der Versicherungsgleichstellung und ähnlichem gar nichts zu tun hat, sondern der insoweit dem Mittelstand entgegenkommt, als er noch einmal ausdrücklich sagt, daß die Kalkulierbarkeit des Risikos der Lohnfortzahlung eben insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben notwendig ist, sofern sie mit hohen Lohnkosten belastet sind.

Ich empfehle also noch einmal Annahme des Antrages J 26, Annahme des dritten Satzes des Antrages J 28 und Ablehnung der anderen Anträge.

(Beifall)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch vier Wortmeldungen zu diesem Punkt. Darf ich Sie damit einverstanden wissen, daß wir die Wortmeldungen zu diesem Punkt abschließen, wenn wir diese vier abgewickelt haben?

(Zuruf)

Dann haben wir also noch fünf. Aber, meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, zwischendurch noch einmal auf die Uhr zu sehen. Wir wollen doch bis Mittag fertig werden. – Als nächster hat der Kollege Neuhaus, Nordbaden, das Wort.

Neuhaus: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Stingl zugestehen, daß die Begründung des Änderungsantrages J 24 des Mittelstandskreises zumindest mißverständlich ist. Ich möchte deswegen auch sagen, daß diese Begründung hier nicht in den Vordergrund gestellt werden sollte, sondern das, was der eigentliche Änderungsantrag meint.

Meine Damen und Herren, ich habe mich als mittelständischer Unternehmer schon 1965 eindeutig für die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung ausgesprochen.

(Beifall)

Wir haben aber immer in unserer CDU das Junktim der gleichzeitigen Krankenversicherungsreform als unabdingbar erklärt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir davon abgehen, dann ist die Krankenversicherungsreform tot.

Andererseits müssen wir aber doch auch sagen: Was bringt die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung materiell unseren Arbeitnehmern? Es handelt

sich doch eigentlich nur um eine Verlagerung der Kosten, nämlich von der Versicherung auf die Wirtschaft.

(Beifall)

Präsident Müller: Herr Kollege Neuhaus, ich bedaure, daß ich im Augenblick Präsident bin, weil das letzte für meine Begriffe nicht zutrifft. Denken Sie an die Rentenversicherung. Aber Herr von Bronk hat das Wort.

v. Bronk: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den letzten Wortmeldungen halte ich mich für verpflichtet, doch noch etwas zu sagen. Ich spreche zum Änderungsantrag J 28. Die Sozialausschüsse wollen mit ihrem Änderungsantrag einen Anachronismus beseitigen. Die Aufhebung des provozierenden Rechtsunterschiedes zwischen Arbeitern und Angestellten ist ein Akt sozialer und gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Die betriebliche Wertigkeit eines Arbeiters stellt sich heute nicht mehr in der Arbeitsvertragsalternative Angestelltenverhältnis – Arbeiterverhältnis dar. Die unterschiedliche Stellung ist das Relikt einer überlebten patriarchalischen Wirtschaftsordnung. Sie kann in einer modernen Leistungs- und Industriegesellschaft nicht mehr begründet vertreten werden.

Meines Erachtens können gegen den Antrag der Sozialausschüsse auch keine begründeten Bedenken geltend gemacht werden. Die Wirtschaft wurde 1965 durch Übernahme des Kindergeldes auf den Bund um rund 3 Milliarden DM entlastet. Die Gegenleistung dafür, die vorgesehen war, blieb bis heute aus. Die Lohnfortzahlung würde auch etwa einer Lohnerhöhung von rund 1 % entsprechen. Bei der Vernunft der Gewerkschaften, die hier gestern auch mehrfach von Vertretern unterstrichen wurde, ist sicherlich damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften die Lohnfortzahlung bei ihren späteren Lohnerhöhungen als Vorleistung gebührend berücksichtigen. Die Lohnfortzahlung ermöglicht auch einen ersten Einstieg in die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, ohne eine umfassende spätere Reform zu verbauen. Begeben wir uns nicht in die Gefahr, daß die SPD CDU-Initiativen an sich reißt!

Ich darf Sie herzlich bitten, dem Änderungsantrag J 28 der Sozialausschüsse zuzustimmen.

Präsident Müller: Das Wort hat Frau Kalinke, und dann folgt noch einmal Herr Krippendorf, Hannover.

Frau Kalinke, MdB: Ich bedaure sehr, daß ich nach den letzten Ausführungen noch einmal das Wort nehmen muß. Wir haben im Bundesausschuß für Sozialpolitik unserer Partei all diese Fragen immer wieder sehr sorgfältig diskutiert, und ich meine, mit der vollen Verantwortung für Arbeiter und Angestellte. Unser Arbeitsminister, unser Freund Katzer, hat in vielen seiner Reden immer wieder darauf hingewiesen, daß die Situation der Angestellten und der Arbeiter im Wandel begriffen ist. Es ist aber keine gute Darlegung – wie sie eben erfolgt ist – etwa so zu tun – und das sage ich als eine Angestellte, die durch Jahr-

zehnte ehrenamtlich in der Angestelltenbewegung tätig ist – als sei es für den Angestellten ein Unglück, mehr zu verdienen, mit dem Verdienst über der Versicherungspflichtgrenze zu liegen, und als sei es ein ganz großes Glück, einen Arbeitgeberanteil zu haben. Dabei besteht doch im gewerkschaftlichen wie im Arbeitgeber-Vokabular selbstverständlich Übereinstimmung, daß Arbeitgeberanteile Lohnnebenkosten sind.

Ich bedaure sehr, daß wir durch diesen Antrag zu einer Diskussion kommen, deren Gegenstand ja für sehr viele von Ihnen in seiner gesamten Problematik in der Kürze der Zeit, die uns zur Verfügung steht, nicht anschaulich genug dargestellt werden kann. Aber eines möchte ich hier ausdrücklich sagen: So sicher wahr ist, daß niemand in den Kreisen des Mittelstandes in allen seinen Schichten gegen eine arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung ist – ich meine, diese Frage des Ob ist bei uns längst erledigt – so wahr ist aber auch, daß wir über die Frage der Belastungen sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer redlich diskutieren müssen.

Es ist richtig gesagt worden, daß durch die Beitragsbemessungsgrenze, wenn die Versicherungspflichtgrenze hoch geht, auf Arbeiter und Angestellte wie auf die lohnintensive Wirtschaft neue Belastungen zukommen und daß diese Belastungen, wie niemand bestreiten kann, von einer bestimmten Grenze an in den Preis eingehen.

Wenn hier von einem der Vorredner gesagt worden ist, man könne die Lohnfortzahlung auch allein regeln, so kann ich nur – mit dem Arbeitsminister und allen sachverständigen Freunden – sagen, daß dieses Problem zu den Gesetzesvorlagen gehört, die man nicht allein regeln kann. Zur Lohnfortzahlung gehört natürlich die Ausgleichskasse; wir sind dankbar, daß Herr Katzer das immer wieder sehr deutlich gesagt hat. Zur Lohnfortzahlung gehört natürlich die Regelung des vertrauensärztlichen Dienstes, und zur Lohnfortzahlung gehören alle die heißen Eisen, auf die ich eben erst eingegangen bin. Wir sollten uns von anderen Parteien darin unterscheiden, daß wir absolut klare Aussagen machen über Ziele, die wir anstreben, über das, was wir für möglich halten, aber auch über die Kosten dessen, was wir durchsetzen wollen. Ich glaube, daß das eine gute Ausgangsbasis für alle Reformen ist. Eine umfassende Krankenversicherungsreform noch in dieser Legislaturperiode zu erwarten, wäre eine Illusion, und ich habe mich immer gegen Illusionspolitiker gewandt.

(Beifall)

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Krippendorf.

Krippendorf (Hannover): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussionen dieses Parteitages hatten bis heute ein ausgesprochen hohes Niveau. Darum sollte unser Freund Stingl nicht am letzten Tag versuchen, aus einem Antrag eine Auslegung zu machen. Denn ich muß noch einmal sagen: wenn aus unserem Antrag J 24 herausgelesen wird, daß ein Teil der CDU-

Mitglieder damit erreichen will, daß die Lohnfortzahlung vor uns hergeschoben wird, auch wenn die Krankenversicherungsreform erfolgt, so ist das falsch.

(Stingl: Das steht hier aber gedruckt!)

Das ist nicht gedruckt, sondern gedruckt steht hier:

„Die Gleichstellung aller Arbeitnehmer bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kann nur gleichzeitig mit einer Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung verwirklicht werden.“

Das ist eine ganz klare Aussage.

(Stingl: Darunter steht eine Begründung!)

Richtig, in der Begründung ist das drin. Aber ich muß zugeben, daß diese Begründung falsch ist.

(Zurufe: Aha! – Stingl: Dann müssen Sie sich bei mir entschuldigen!)

Jawohl, ich entschuldige mich dafür. Aber der Sinn der Sache ist trotzdem klar; das kann ich hier ganz eindeutig aussagen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch darüber klar sein: wenn es mit der Einführung der Lohnfortzahlung nicht zu Preiserhöhungen kommen soll, unter denen jeder leiden muß, dann müssen wir gleichzeitig die Versicherungsreform und die Einführung der Selbstbeteiligung haben. Sonst nützt die Einführung der Lohnfortzahlung niemandem, weder dem Arbeitnehmer noch den Verbrauchern insgesamt.

Welchen Vorwurf erhält die CDU immer wieder: daß sie geneigt sei, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Wenn wir die Lohnfortzahlung von der Versicherungsreform trennen, dann gehen wir den Weg des geringsten Widerstandes. Ich plädiere nochmals für den Antrag J 24.

Präsident Müller: Das Wort hat der Kollege Krauss.

Krauss, Bremen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, daß Sie mich noch als letzten Diskussionsprecher angenommen haben. Ich werde es deswegen ganz kurz machen.

Frau Kalinke, die nun von diesen Dingen wirklich etwas versteht, plädiert für die Annahme des Antrags J 24. Ich kann den Ausführungen meines Vorredners nur zustimmen. Bitte sehen Sie sich noch einmal den Text an! Zugegebenermaßen ist die Begründung mißverständlich. Aber es kommt doch auf die Ziffer an, die nachher in das Aktionsprogramm eingehen soll, und da steht: „kann nur gleichzeitig . . .“. Ich bitte Sie, dem Antrag J 24 zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt versuchen, ein zweckmäßiges Verfahren zu finden. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags J 26 und aus dem Antrag J 28 den dritten Satz. Ziffer 85 würde dann wie folgt lauten:

„Zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung gehört, daß die Arbeiter und Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und versicherungsrechtlich gleichgestellt werden.“

Dann:

„Für die Arbeitgeber, besonders für jene Klein- und Mittelbetriebe, die durch hohe Lohnkosten belastet sind, muß das Risiko der Lohnfortzahlung durch Ausgleichskassen in Form von Körperschaften öffentlichen Rechts tragbar gemacht werden.“

Der weitestgehende Antrag ist wohl der von Bremen, die Ziffer 85 zu streichen.

(Zuruf: Wird zurückgezogen!)

Wird zurückgezogen. Dann käme der Antrag J 24.

(Frau Kalinke: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung Frau Kalinke!

Frau Kalinke, MdB: Ich bitte, über die beiden Abänderungsanträge getrennt abzustimmen. Man kann doch nicht von „weitergehend“ sprechen, wenn es sich um zwei verschiedene Materien handelt.

Präsident Müller: Frau Kalinke, ich habe nicht von „weitergehend“ gesprochen. Ich habe gesagt, der Antrag, Ziffer 85 zu streichen, sei der weitestgehende Antrag. Jetzt hatte ich vorgeschlagen, zunächst den Antrag J 24 zu behandeln.

Ich lasse jetzt also über den Antrag J 24 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem Antrag J 24 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Präsidium ist der Meinung, das letztere ist die Mehrheit.

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt . . .

(erneuter Widerspruch)

Ich lasse die Abstimmung wiederholen. Aber, meine Damen und Herren, wenn das Präsidium sich einig ist, . . .

(Unruhe – Zuruf: Geschäftsordnung!)

Jetzt hat zunächst das Wort der Präsident, der die Abstimmung wiederholt. Wer für den Antrag J 24 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Wer ist gegen den Antrag J 24?

(Zurufe: Auszählen!)

Es wird Auszählung gewünscht. Ich darf Sie bitten, den Abstimmungsblock zur Hand zu nehmen und den Stimmzettel Nr. 3 auszufüllen. Wer für den Antrag J 24 ist, streicht „Ja“ an, wer dagegen ist, „Nein“; im übrigen „Enthaltung.“ Ich darf die Stimmzähler bitten, die Stimmzettel einzusammeln, aber sich dabei die rote Stimmkarte vorzeigen zu lassen.

Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind?

(Zurufe: Nein!)

Wo sind die Stimmzettel noch nicht eingezogen? Darf ich um ein Handzeichen bitten.

Darf ich noch einmal fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann schließe ich die Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir die Ziffer 85 zunächst ausklammern und zur Ziffer 86 übergehen, um keine Zeit zu verlieren. Wir kommen zur Ziffer 85 zurück, wenn das Ergebnis der Abstimmung vorliegt. — Sie sind damit einverstanden.

Zur Ziffer 86 rufe ich die Anträge J 30, J 31 und J 32 auf. Dazu hat Herr Kollege Grundmann, Rheinland, als Sprecher der Antragskommission das Wort.

Grundmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Ziffer 86 in der Vorstandsfassung und die Ablehnung der Anträge J 30, J 31 und J 32. Wir sind der Meinung, daß die in Ziffer 86 verlangte Verminderung der Zahl der Berufsgenossenschaften so deutlich ausgesprochen werden sollte, wie es dort geschieht. Im Rahmen des Verfahrens sollten aber zunächst die Selbstverwaltungsorgane der Berufsgenossenschaften ihre Auffassung vertreten.

Präsident Müller: Herr Lampersbach, diesmal für Westfalen-Lippe.

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehöre selbstverständlich noch zum Landesverband Westfalen-Lippe. Diesmal spreche ich aber für den Mittelstandskreis zum Antrag J 30. Uns kommt es darauf an, daß die Abgewogenheit — wie es im Text heißt — bei der Berufsgenossenschaft erhalten bleibt. Wir sind uns darüber im klaren, daß sich im Laufe der nächsten Jahre sicherlich noch Orientierungen auch hinsichtlich der Strukturen ergeben werden. Wir glauben aber, daß dies zunächst einmal den Berufsgenossenschaften, die sich organisatorisch darauf bereits vorbereitet haben, vorbehalten wer-

den sollte. Die bisherige Verantwortung der Wirtschaft für die Organisation der auf berufsgenossenschaftlicher Basis erfolgten Unfallversicherung sollte nicht antastet werden, da sie sich bisher in vollem Umfang bewährt hat. Wir bitten daher, dem Antrag J 30 des Mittelstandskreises zuzustimmen.

Präsident Müller: Das Wort hat Frau Kalinke.

Frau Kalinke, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe die Ehre und die Pflicht, für den Landesverband Oldenburg und die übrigen Verbände und Delegierten, die die gleiche Auffassung vertreten, hier einen Antrag für den Kollegen Frieler zu vertreten, der heute verhindert ist. Es handelt sich um den Antrag J 32 des Landesverbandes Oldenburg. Danach soll in Ziffer 86 der zweite Satz gestrichen werden. Es ist gar kein Zweifel, daß es sich bei dem, was in dem zweiten Satz verlangt wird, um ein moralisch gutes Anliegen handelt. Bei der Zunahme der Unfälle sowohl im Verkehr wie im Haushalt ist es ein berechtigtes Wunschbild, daß möglichst jeder Ehemann, jeder Vater, jede Familie sich darüber Gedanken macht, daß auch im privaten Bereich die Unfallversicherung als eine wichtige Aufgabe anzusehen ist. Wir haben daher im Bundestag auf Antrag auch unserer Kolleginnen interfraktionell den Wunsch geäußert, daß die wichtige Arbeit des Aktionskomitees: „Das sichere Haus“ auch durch den Staat gestützt wird. Wir haben im Zusammenhang mit der Sozialenquête und der Frauenenquête gerade diese Fragesorgfältig diskutiert.

Ich wiederhole mit der Bitte, diesen Antrag anzunehmen, den Wunsch, keine sozialen Versprechungen zu machen, die nicht erfüllbar sind. Einen Zwang oder eine Verpflichtung, moralisch zu handeln, kann man nicht in Gesetzesparagrafen formulieren. Lassen wir daher auch solche Forderungen heraus. Niemand kann in der Form, wie es bei der Kraftfahrzeugversicherung der Fall ist, in die Familien, in das Haus hineingehen und sagen: hier ist jeder verpflichtet, so zu verfahren. Wir sollten der Selbstverantwortung mehr vertrauen. Ich bitte, den Antrag von Oldenburg zu unterstützen.

Präsident Müller: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorzuliegen. Wir könnten das Verfahren vereinfachen, wenn wir gleich über die Ziffer 86 der Vorstandsvorlage abstimmen. Wenn sie angenommen würde, wären die übrigen Anträge erledigt. Sind Sie damit einverstanden?

(Beifall und Zurufe)

Die Antragsteller sind offensichtlich dagegen.

(Parteivorsitzender Bundeskanzler Kiesinger
nimmt unter Beifall am Vorstandstisch Platz)

Meine Damen und Herren, Sie haben mit Beifall den wiedergenesenen Bundeskanzler begrüßt. Herr Bundeskanzler, wir freuen uns, daß Sie wieder bei uns sind.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir stimmen dann zunächst über den Antrag J 30 ab. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer dem Antrag J 30 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe. — Das letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

J 31! Auch hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer dem Antrag J 31 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Das letztere war zweifellos die Mehrheit.

Antrag J 32! Auch hier empfiehlt die Kommission Ablehnung. Wer dem Antrag J 32 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Die Gegenprobe. Darf ich die Abstimmung noch einmal wiederholen und bitten, nach Möglichkeit Platz zu behalten, weil man das sonst wirklich schlecht übersehen kann. Wer dem Antrag J 32 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Wer ist dagegen? — Das erste war nach der überwiegenden Meinung des Präsidiums die Mehrheit.

(Beifall und Zischen)

Ich lasse über die Ziffer 86 in der geänderten Fassung abstimmen. Wer der neuen Ziffer 86 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist die neue Ziffer 86 angenommen.

Wir kommen noch einmal zu Ziffer 85 zurück. Für den Antrag J 24 wurden 176 Stimmen, dagegen 146 Stimmen abgegeben; vier Enthaltungen und vier ungültige Stimmen.

(Beifall)

Damit ist der Antrag J 24 angenommen.

Sind Sie mit mir der Meinung, daß damit sämtliche Anträge zu Ziffer 85 erledigt sind?

(Zustimmung)

Ich höre keinen Widerspruch; dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 87 auf. Dazu liegen die Anträge J 33, J 34, J 35, J 36, J 37, J 38, J 39, J 40, J 41, J 42, J 43 und der neuverteilte Antrag J 76 vor. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Kollege Russe.

Russe, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sowohl vor dem Parteitag die Beratungen über den Entwurf des Aktionsprogramms zu dieser Ziffer draußen im Lande miterlebt hat, aber auch hier auf dem Parteitag herumgehört hat, wird festgestellt haben, daß es in der Ziffer 87 im wesentlichen um die sehr konkrete Frage einer eventuellen zukünftigen Besteuerung der Renten ab einer bestimmten Höhe geht. Aus diesem Grunde hat eine große Anzahl von Kreis- und Landesverbänden und anderer Interessierter unserer Partei Ände-

rungsanträge gestellt. Die Antragskommission hat sich mit diesen Änderungsanträgen im einzelnen befaßt.

Vorweg darf ich Sie noch auf den heute morgen verteilten Antrag J 76 aufmerksam machen, der eine Kompromißfassung der Antragskommission für Ziffer 87 vorsieht.

(Zurufe: Vorlesen!)

Präsident Müller: Darf ich fragen, wo der Antrag J 76 noch nicht verteilt worden ist?

(Zurufe)

Darf ich das Büro bitten, das nachzuholen. Ich bitte den Sprecher der Antragskommission, inzwischen den Antrag schon zu verlesen.

Russe, MdB: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, mit der alten Ziffer 87 zu vergleichen. Es heißt:

„In der gesetzlichen Alterssicherung muß der Zusammenhang von Alterseinkommen und Lebensarbeitseinkommen erhalten bleiben; die Renten müssen weiterhin am nominalen Einkommen und dessen Entwicklung bemessen werden. Renten, ebenso wie die übrigen vergleichbaren Alterseinkommen, sind daher als in die Zukunft übertragene Erwerbseinkommen zu behandeln.“

Die in der Vorlage des Vorstandes überreichte Fassung ist insofern geändert worden, als klar und deutlich — gemäß unserer Vorstellung — darauf verzichtet ist, weiterhin an der Aussage festzuhalten: „und zu besteuern.“ Die Gründe für diese Streichung brauche ich im einzelnen nicht darzustellen. Das ist hinreichend bekannt und diskutiert worden. Ich würde Sie nur unnötig damit aufhalten.

„Die Beiträge — so geht es dann weiter — zur Altersversorgung müssen steuerfrei bleiben. Der Freibetrag soll den Höchstbeitragsätzen in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen.“

Dann kommt ein Absatz: „Die Ansprüche der Arbeitnehmer aus einer betrieblichen Alterssicherung müssen auch bei Arbeitsplatzwechsel gesichert sein.“

Das bezieht sich auf die verschiedenen dazu gestellten Anträge, die aber nach unserer Auffassung teilweise so detaillierte Vorschläge enthalten und teilweise mit der Wirklichkeit der betrieblichen Altersversorgung nicht im Einklang stehen. Wir schlagen Ihnen deshalb eine elastischere Fassung vor.

Ich darf konkret zusammenfassend nochmals sagen:

1. „und zu besteuern“ soll gestrichen werden,

2. die verschiedenen Vorschläge zur Altersversorgung sollen in der Formulierung „Die Ansprüche der Arbeitnehmer aus einer betrieblichen Alterssicherung müssen auch bei Arbeitsplatzwechsel gesichert sein“ akzeptiert werden.

Das ist also unser konkreter Vorschlag. Ich weiß nun nicht, Herr Präsident, ob es notwendig ist, zu jedem einzelnen Antrag ergänzend hier noch eine Stellungnahme abzugeben. Ich bin dazu bereit, empfehle aber von mir aus, darauf zu verzichten, damit wir weiterkommen.

Präsident Müller: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, darauf zunächst zu verzichten, weil die Antragskommission versucht hat, aus allen vorliegenden Anträgen einen Antrag zu formulieren, der weitgehend den Wünschen der Antragsteller entspricht.

(Beifall)

In der Aussprache hat nun zunächst das Wort Herr Ulrich Berger vom Landesverband Westfalen. Ihm folgt Herr Paetz vom Landesverband Oder-Neiße.

Berger, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Russe hat gesagt, er schlage eine elastischere Fassung vor. Bisher liegt mir leider die Ziffer J 76 nicht vor. Aber nach dem, was Herr Kollege Russe vorgetragen hat, ist es sicherlich erfreulich, daß darin nicht mehr enthalten ist, daß die Renten zu besteuern sind. Ich glaube aber gehört zu haben, daß Renten wie Arbeitseinkommen zu behandeln sind und vermute, daß das auf dasselbe herauskommt. Deshalb scheint mir das keine elastischere, sondern eher eine unklare, etwas verbrämte Fassung zu sein. Ich möchte mit allem Nachdruck nochmals die Anträge J 39 vom Landesverband Westfalen und J 42 vom Kreisverband Herne begründen und sagen, daß dieser Satz gestrichen werden sollte, und zwar aus folgendem Grund: Die Vorlage des Vorstands – und ich glaube, auch die neue Fassung – erweckt den falschen Eindruck, als fordere die CDU hier eine Einzellösung in der Frage der Rentenbesteuerung in allernächster Zeit. In Wirklichkeit handelt es sich – das wissen wir alle – um eine grundsätzliche, das ganze Steuersystem berührende Reform mit weitgehenden Auswirkungen.

Insbesondere wird aber auch bei den Worten „ist wie Arbeitseinkommen zu behandeln“ von den Rentnern vermutet werden, sie sollten nun zur Kasse gebeten werden, und es bedarf einer sehr eingehenden Interpretation, daß ohnehin die größte Zahl der Rentner zu einer Besteuerung gar nicht herangezogen werden soll. Es müßte also alles im einzelnen dargelegt werden, daß es hier so gehandhabt werden soll wie etwa bei der Beamtenpension mit ihrer 25%igen Steuerfreiheit usw. Ich glaube, unabhängig davon, ob man letzten Endes für oder gegen eine Besteuerung ist, gehört die Frage der Besteuerung nicht in das Aktionsprogramm hinein.

(Beifall)

Wenn hier ähnlich formuliert wird, nämlich „zu behandeln“, dann muß ich leider sagen, es ist mir nicht klar, ob aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Russe zu schließen ist, daß eine Besteuerung der Renten auch von der CDU nicht angestrebt wird.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß der Verwaltungsaufwand bei einer Besteuerung in einem sehr schlechten Verhältnis zu dem Effekt steht. Man sollte also nicht etwa Steuern einziehen, um damit neue Personal- oder Sachausgaben finanzieren zu können.

(Beifall)

Ich bin daher dafür, daß dieser Satz ersatzlos gestrichen wird.

Präsident Müller: Nun hat das Wort Herr Paetz vom Landesverband Oder-Neiße, nach ihm für den Mittelstand Herr Lampersbach.

Paetz: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf zu dieser hier angeschnittenen Frage feststellen, unsere Partei sollte sich eindeutig zu der Auffassung bekennen, daß an der Rentenreform, die 1957 von uns eingeführt wurde, in keiner Weise gerüttelt werden darf.

(Lebhafter Beifall)

Ich sehe in der Kompromißfassung der Antragskommission den Versuch, eine Änderung des Prinzips der Rentenreform in der Weise herbeizuführen, daß man nunmehr sagt: Weil wir jetzt, also im Augenblick, Schwierigkeiten in der Finanzierung haben, soll der Rentner zunächst zur Kasse gebeten werden. Das würde meines Erachtens den Sinn der Rentenreform gefährden. Auf diesem Gebiet dürfen Unklarheiten überhaupt nicht erst aufkommen, damit nicht unsere jetzigen Rentner und diejenigen, die eines Tages Rentner werden können, bei der Bearbeitung und bei der Selbstvorsorge für ihr Alter von Unsicherheiten befallen werden.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß eine Besteuerung von Renten, die hier implizite ausgesprochen ist, rechtlich in keiner Weise haltbar ist. Erstens sind die Beiträge zu den Rentenversicherungen zunächst einmal einkommensteuerpflichtiges Einkommen; sie können über die Sonderausgaben abgesetzt werden. Wenn hier eine einmalige Steuervergünstigung ausgesprochen ist, die dann jedoch zu einer Nachversteuerung führen könnte, bin ich der Meinung, daß sämtliche Steuervergünstigungen zu einem späteren Zeitpunkt nachversteuert werden müßten. Aus diesem Grunde kann man, wenn man hier schon etwas ändern will, damit nicht ausgerechnet beim Rentner beginnen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der zweiten Frage, die von der Antragskommission begrüßt worden ist, nämlich in der Frage, wie die Sonder-

ausgabenpauschale festgesetzt wird, bin ich der Meinung, daß hier eine Unklarheit besteht. Es ist durchaus denkbar, daß die heute bestehende Sonderausgabenpauschale bei weitem nicht ausreicht, um tatsächlich die Beiträge zur Rentenversicherung auszuschöpfen.

Es ist aber bei dem bisherigen System genausogut der umgekehrte Fall denkbar. Ich empfehle deshalb, da hier verschiedene Seiten angesprochen sind und es wiederum zu Mißverständnissen kommen könnte, diese Frage, die auch eine steuerrechtliche Frage ist, genauso wie die Frage der Grunderwerbsteuer in Form einer Entscheidung, die den Sinn klarer zum Ausdruck bringen kann, positiv zu behandeln, aber diese Angelegenheit im Aktionsprogramm nicht zu behandeln, weil das hier mißverständlich sein könnte.

Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, es bei der ersatzlosen Streichung der Sätze 2 und 3 zu belassen.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Lampersbach.

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens des Mittelstandskreises ziehe ich unseren Antrag zugunsten des Antrags J 39 des Landesverbandes Westfalen wieder zurück.

Präsident Müller: Ich danke sehr. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Darf ich nun den Sprecher der Antragskommission bitten, abschließend nochmals das Wort zu nehmen?

Russe, MdB: HerrPräsident! MeineDamen undHerren! Ich möchte zu den zwei konkreten Stellungnahmen der Herren Kollegen Berger und Paetz folgendes im Namen der Antragskommission feststellen:

Herr Kollege Berger, meine Formulierung „elastischere Fassung“ bezog sich nur auf die Aussage der betrieblichen Alterssicherung in unserem Antrag J 76.

Wenn außerdem festgestellt worden ist, daß die Antragskommission die Besteuerung will, dann darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, versichern, daß wir genau das Umgekehrte vorgeschlagen haben. Die Vorlage des Vorstandes beinhaltet klar und deutlich die Aussage „und zu besteuern“. Wir schlagen Ihnen vor, das zu streichen. Wenn dann darüber hinaus von Herrn Kollegen Peetz gesagt wurde, implizite stehe in dem vorhergehenden Text – ähnlich hat sich auch Herr Kollege Berger geäußert – auch die Besteuerung der Renten, dann kann der Parteitag, wenn er hier eindeutig dieses Votum abgibt, „und zu besteuern“ zu streichen, doch wohl nicht anders interpretiert werden als so, daß er die Besteuerung der Renten eben gerade nicht will.

Wenn das also durch einen Beschluß von Ihnen in dieser Form klar und eindeutig zum Ausdruck kommt, dann ist damit die Sache meines Erachtens unmißverständlich erledigt.

(Unruhe und Widerspruch)

Ich wiederhole: wenn dieser Parteitag die Vorlage des Vorstandes durch die Streichung der Worte „und zu besteuern“ ändert, dann heißt das doch ganz eindeutig, daß der Parteitag festgestellt hat, daß wir die Renten nicht besteuern wollen.

(Lebhafte Unruhe und Widerspruch –
Zuruf: Für den Leser ist das aber nicht klar!)

Entschuldigen Sie, es wird doch wohl jeder von uns in der Lage sein, das in dieser Weise zu interpretieren. Das dürfte auch dem Leser möglich sein.

Der Parteitag ist souverän. Ich habe lediglich die Aussage der Antragskommission zu diesen Feststellungen noch einmal wiedergegeben und darf nun bitten, die Abstimmung im Sinne der Antragskommission vorzunehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, ich darf Sie nochmals bitten, auf die Uhr zu schauen und daran zu denken, daß wir auch noch Satzungsänderungen zu verabschieden haben. Es ist nun einmal die unangenehmste Aufgabe des jeweils amtierenden Präsidenten, für einen zügigen Ablauf der Verhandlungen zu sorgen. Ich darf Sie deshalb wirklich herzlich bitten, mir dabei zu helfen.

(Beifall)

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag J 76 der Antragskommission, der versucht, aus den zahlreichen Anträgen einen Kompromißantrag zu machen, zunächst zur Abstimmung zu bringen. Wenn dieser abgelehnt werden sollte, stimmen wir über den Antrag J 39 ab.

(Paetz: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Paetz.

Paetz: Ich stelle den Antrag, über die Vorlage J 76 satzweise abzustimmen.

Präsident Müller: Herr Paetz, ich kann nicht feststellen, daß das meine Amtsführung hier im Sinne der Zeitersparnis besonders erleichtern würde.

(Beifall)

Da hinten eine Meldung zur Geschäftsordnung, bitte!

(Zuruf: Ich beantrage, zunächst über den Antrag J 39 abzustimmen.)

(Beifall).

Präsident Müller: Wer wünscht, gegen den Geschäftsordnungsantrag, zunächst über den Antrag J 39 abzustimmen, zu sprechen? – Niemand. Dann lasse ich

über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer der Meinung ist, daß im Sinne des Geschäftsordnungsantrags verfahren werden sollte, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Wer ist anderer Meinung? — Das erste war die Mehrheit. Dann lasse ich zunächst über den Antrag J 39 abstimmen.

Wer dem Antrag J 39 von Westfalen-Lippe zustimmen will, den bitte ich um Erhebung der Karte. Wer ist dagegen? — Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag J 39 angenommen. Damit ist auch die Ziffer 87 nach meiner Auffassung erledigt. Ist der Parteitag dieser Meinung?

(Zustimmung)

Herr Kollege Sting!

Sting: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es stimmt nur zum Teil, daß 87 dadurch erledigt ist. Es müßte noch über den letzten Satz der Antragskommission abgestimmt werden, nämlich „die Ansprüche der Arbeitnehmer aus einer betrieblichen Alterssicherung müssen auch bei Arbeitsplatzwechsel gesichert sein“. Das ist ein neuer Antrag, der bis jetzt nicht behandelt wurde.

Präsident Müller: Danke schön! Sie haben mich überzeugt. Ich darf den Parteitag bitten, damit einverstanden zu sein, daß ich jetzt vom Antrag J 76 über den letzten Absatz abstimmen lasse: „Die Ansprüche der Arbeitnehmer aus einer betrieblichen Alterssicherung müssen auch bei Arbeitsplatzwechsel gesichert werden.“ Ist der Parteitag einverstanden?

(Zustimmung)

Wer diesem Absatz des Antrages J 76 zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Bei zwei oder drei Gegenstimmen ist der Antrag angenommen.

Damit lasse ich abstimmen über 87 in der Neufassung, also Antrag J 39 und letzter Absatz J 76. Wer zustimmen will, gebe bitte das Zeichen! — Die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Das ist einstimmig!

Ich rufe auf die Ziffer 88 und mit ihr die Anträge von 44 bis 50. Das Wort hat der Kollege Grundmann von der Antragskommission.

Grundmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages J 48. Damit sind gedeckt die Anträge J 46 und J 47. Gleichzeitig schlagen wir vor, die Anträge J 44, J 45, J 49 und J 50 abzulehnen. Herr Präsident, ich würde sagen, daß ich jetzt auf eine einzelne Begründung dieses Antrages in den Ziffern aus Zeitgründen verzichte. Ich würde mir aber vorbehalten, am Ende der Diskussion noch einmal um das Wort zu bitten.

Präsident Müller: Danke sehr! das Wort hat Herr Etbach, Rheinland!

(Etbach: Ich verzichte!)

Herr Etzbach verzichtet! Bitte, Frau Kalinke.

Frau Kalinke, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin recht unglücklich, daß ich Ihnen den Wunsch, jetzt zu verzichten, nicht erfüllen kann. Aber wenn ich die Begründung, die ich die Ehre habe, für den Mittelstandsausschuß, für viele Freunde im norddeutschen Bereich und, wie ich hoffe, für eine große Mehrheit hier zu geben, vortrage und zugleich, wenn Sie es mir gestatten, auch für die Bundesvereinigung der Frauen in der CDU, dann werden wir sicherlich ein Stückchen weiter sein in dem, was uns als Hauptanliegen dieses Parteitages beschäftigt hat, nämlich: Klarheit zu schaffen und wahrhaftige Aussagen zu machen. Ich hoffe, daß wir darin große Zustimmung bekommen werden, die auch in der Öffentlichkeit das Vertrauen zu unserer Partei stärken wird. Mehr als in der Vergangenheit wird es darauf ankommen, in der Sozialpolitik denen, die den blauen Himmel zu allen Zeiten, auch im November, versprechen, nur solche sozialen Versprechen zu machen, die auch zu realisieren sind.

Wenn ich ein wenig traurig bin über die letzte Erklärung der Antragskommission, dann deswegen, weil sie hier eine Formulierung gebraucht hat im Antrag 88 der Sozialausschüsse, dessen Anliegen ich im Grunde, nämlich Sicherungsmöglichkeit jedem zu geben, durchaus unterstützen möchte. Sie haben hier aber eine Formulierung gebraucht, die genau hineinstößt in die Kernfrage der Auseinandersetzung, ob wir nämlich eine Altersversorgung des ganzen deutschen Volkes durch Pflichtversicherung für alle oder ob wir Öffnung für Rentenversicherung haben wollen auch für diejenigen, die keine Gelegenheit hatten als Arbeitnehmer oder als Hausfrau, sich weiter zu versichern, den Schutz der staatlichen Rentenversicherung in Anspruch zu nehmen.

Es ist das übereinstimmende Anliegen aller derjenigen, die der Freiheit vor kollektivistischem Zwang den Vorzug geben, wie sie vorgestern so ausgezeichnet von unserem Fraktionsvorsitzenden unter Rücksichtnahme auf die Gruppen in unserem Land, die noch zur Selbstverantwortung bereit sind, dargelegt worden ist. Es ist das Anliegen nicht nur der Mittelständler, sondern auch der großen Mehrheit aller Freunde, die diese Rücksicht auf die Rechte und Freiheit der anderen – so hat Herr Dr. Barzel formuliert – auch in den Paragraphen der Sozialgesetzgebung verwirklicht sehen möchten.

Herr Katzer hat – und ich bin über diese Übereinstimmung wirklich beruhigt – wegen der künftigen Entscheidungen gestern in einer sehr temperamentvollen Auseinandersetzung etwas gesagt, was ich nicht wörtlich, aber sinngemäß hier unterstreichen möchte. Er hat gesagt: „Es gibt eine große Sorge in unserem Volk, ob diejenigen, die verantwortlich handeln möchten und selbstverantwortlich entscheiden wollen, eine Chance dazu bekommen.“ Wir in der Christlich Demokratischen Union sind aufgerufen, besonders nach den Erfahrungen mit all dem, was man uns in den letzten Jahren in Wahlkämpfen geboten hat, denen eine Chance zu geben, die dank einer guten Politik unter der Führung der Christlich Demokratischen Union eben noch etwas halten von Selbstverantwortung und von dem Willen, dies auch in einer freiheitlichen Gesellschafts-

ordnung freiheitlich auszudrücken. Was unserer Partei dient, ist Mut zur Wahrheit und zur Klarheit.

Wenn wir von Öffnung der Rentenversicherung sprechen – und alle Mittelständler, alle Frauen in der CDU, und ich hoffe, die große Mehrheit ist der Meinung, daß das ein Anliegen unserer Partei ist – dann müssen wir aber klarstellen, was wir unter „Öffnung“ verstehen. Ich bekenne hier, daß ich selber auf unseren früheren Parteitagern gemeint habe, Öffnung kann doch nur heißen, denen das Recht zu geben – natürlich zu gleichen Pflichten und Rechten, bei gleich hohen Beiträgen und gleichem Leistungsanspruch – freiwillig in die Rentenversicherung hineinzugehen, die dazu bisher keine Gelegenheit hatten.

Ich weiß, daß dies Teil einer großen Debatte ist, die um die Frage, was Sicherheit in unserer Zeit ist, noch geführt werden muß. Wir sind ganz einig darin, daß jeder, auch der Angehörige der Freien Berufe, auch besonders die Hausfrau, die nicht berufstätig war, die vielen Vertriebenen, die keine Möglichkeit hatten, wieder da anzufangen, wo sie aufgehört haben, daß sie ein berechtigtes Anliegen haben, an den Möglichkeiten sozialer Sicherungssysteme teilzuhaben.

Wir haben in unserer Bundesrepublik in unserer hochentwickelten Wohlstandsgesellschaft natürlich eine sehr lebendige Debatte über das, was kollektive Sicherung ist, was Solidarität ist, was sie bieten kann und was sie kostet . . .

(Eine jüngere Frau kommt in den Saal, geht hinter den Vorstandstisch und schlägt den Bundeskanzler. Es entsteht am Vorstandstisch ein turbulentes Durcheinander, die Frau wird aus dem Saal geführt.)

. . . vielleicht verschaffen Sie mir ein bißchen Ruhe, Herr Präsident! Ich glaube, daß das eine Lebensfrage unserer Nation ist.

(Sehr starke Unruhe und Aufregung im ganzen Saal)

Präsident Müller: Einen Augenblick, Frau Kalinke! Wir haben gerade einen unmöglichen Vorgang erlebt, daß hier eine Frau hereingekommen ist und den Herrn Bundeskanzler geohrfeigt hat!

(Starke Empörung im Saal und viele Pfui-Rufe)

Es ist einfach beschämend, was sich jetzt zugetragen hat. Ich darf doch den Saaldienst bitten, nun wirklich eine Kontrolle durchzuführen, wer sich bis hier zum Vorstandstisch begeben kann.

(Anhaltend starke Unruhe im Saal und Zurufe wie:
Unerhört, Unverschämt!)

Frau Kalinke, MdB: Es fällt mir sehr schwer, angesichts dieses Erlebnisses über eine Sachfrage weiterzusprechen.

(Sehr starker Widerspruch im Saal und Zurufe:
Aufhören! Schluß machen!)

Ich glaube, wir sollten unseren Parteitag nicht unterbrechen und nicht aufhören in der sachlichen Beratung, sondern den Entschluß fassen, alles zu tun, daß solche Methoden der politischen Auseinandersetzung in unserem Volke in Zukunft nicht möglich sind.

(Beifall)

Wir sollten alles tun – und darin sollten Männer und Frauen in unserer Partei entschieden sein – um unseren Bundeskanzler und alle diejenigen, die Verantwortung tragen, vor solcher Form der Auseinandersetzung wirklich zu schützen.

(Beifall)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren! Es ist natürlich jetzt für den Präsidenten eine sehr schwierige Situation entstanden. Ich glaube, Sie alle teilen mit dem Präsidium den Abscheu vor dieser Tat.

(Minutenlanger stürmischer Beifall für den Kanzler, wobei sich alle Delegierten erheben)

Meine Damen und Herren! Es ist auch im Sinne des Herrn Bundeskanzler, wenn wir jetzt unsere sachlichen Beratungen in der Disziplin durchführen, wie wir sie in den ganzen Tagen hier durchgeführt haben.

(Sehr starker Beifall)

Wir fahren in der Beratung der Ziffer 88 fort. Das Wort hat Herr Lampersbach.

(Frau Kalinke: Ich bin aber noch nicht fertig, Herr Präsident!)

Herr Lampersbach zieht zurück. Das Wort hat Herr Kollege Stingl.

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Kalinke hat in längeren Ausführungen einiges zu der Frage der Öffnung der Rentenversicherung gesagt. Der Parteitag der Christlichen Demokratischen Union hat sich mit diesem Problem mehrfach beschäftigt, in einer sehr eindeutigen Weise in Düsseldorf. In Düsseldorf hat dieser Parteitag der Formulierung zugestimmt daß die Öffnung der Rentenversicherung für andere Kreise unseres Volkes angestrebt werden soll.

(Beifall)

Allerdings hat er dabei darauf verwiesen, daß die Öffnung nur möglich sei bei gleichen Rechten und Pflichten.

Meine Damen und Herren, seit 1957 haben wir statt des bis dahin nominell geltenden Kapitaldeckungsverfahrens in der Rentenversicherung ein Umlage-

verfahren, oder, anders ausgedrückt: die heutigen Leistungen an die Rentner werden von den Beiträgen der heutigen Arbeitnehmer bezahlt.

Wer nun die Öffnung der Rentenversicherung so durchführt, daß er den freiwilligen Beitritt möglich macht, der kann in die Situation kommen, daß aus der gleichen sozialen Schicht zu dem Zeitpunkt, zu dem dieser freiwillige Beitragszahler Rentner wird, sich kein neuer freiwilliger Beitragszahler meldet, daß dann also die Last der Rentenzahlung verlagert wird auf die in unabhängiger Arbeit beschäftigten versicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Das heißt also: eine Öffnung der Rentenversicherung für freiwillig Versicherte ist in einem Umlageverfahren nicht möglich.

Eine freiwillige Versicherung für das Alter kann nur beschlossen werden bei einem Kapitaldeckungsverfahren, nämlich in der Form, daß für die Auszahlung der Rente das eigene Kapital mit Zins und allen Modalitäten zur Verfügung steht.

Ich bitte Sie also, die Möglichkeit der Öffnung nur für die freiwillig Versicherten abzulehnen und so, wie wir es in Düsseldorf beschlossen haben, zu bestimmen, daß bei der Öffnung gleiche Rechte und Pflichten statuiert werden, d. h. daß auch die Beitragszahlung regelmäßig und in gleicher Höhe für die gleiche soziale Gruppe jeweils statuiert wird.

(Beifall)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren! Frau Kalinke war eben mit ihren Ausführungen noch nicht fertig. Ich gebe ihr noch einmal das Wort.

(Unruhe)

Aber, Frau Kalinke, bitte kurz fassen!

Frau Kalinke, MdB: Meine Parteifreunde, ich bitte um Verständnis, daß ich zumindest den Satz zu Ende sprechen möchte. Ich möchte Sie bitten, ein Argument anzuhören, das ich Ihnen in einer Minute erklären möchte. Die Argumente des Kollegen Stingl wären berechtigt, wenn wir nur eine Pflichtversicherung für Arbeiter und Angestellte hätten. Wir haben aber seit 1957 die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung, von der alle diejenigen Hausfrauen und diejenigen Selbständigen ausgeschlossen sind, die die Vorversicherungszeit nicht erfüllen und damit kein Recht auf freiwillige Weiterversicherung haben. Ich sehe nicht ein, daß es möglich ist, nur für eine geschlossene Gruppe eine Öffnung vorzusehen, weil es diese homogene Gruppe weder im Mittelstand noch bei den Hausfrauen gibt. Es gibt nur die Möglichkeit, ernsthaft zu überlegen, wie dieses Problem bei der Reform der Rentenversicherung im Sinne der Versicherungsberechtigung mit Rechten und Pflichten gelöst werden kann.

Ich bitte Sie trotz der erregenden Vorgänge in diesem Augenblick, doch dem Antrag des Mittelstandskreises und der Bundesvereinigung der Frauen die Zustimmung zu geben.

Präsident Müller: Für die Antragskommission noch einmal Herr Kollege Stingl!

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, ich muß jetzt nur noch eine Bemerkung zu dem Argument machen, daß seit 1957 die freiwillige Weiterversicherung möglich sei. Das ist richtig, aber nur für den, der durch Pflichtbeiträge schon einen Anspruch auf Rente erworben hat, nämlich den aus Erwerbsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit.

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat Annahme des Antrages J 48 vorgeschlagen, der zugleich die Anträge J 46 und J 47 erfaßt. Bei Annahme des Antrages J 48, der diese beiden also umfaßt, seien die restlichen Anträge erledigt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir das Verfahren vereinfachen und über diesen Antrag der Antragskommission abstimmen lassen könnten.

Ich lasse über den Antrag der Antragskommission und damit gleichzeitig über den Antrag J 48 abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. — Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Das erste war die überwiegende Mehrheit; dann ist die Ziffer 88 so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 89 und dazu die Anträge J 51 und J 52 auf. Dazu der Sprecher der Antragskommission, Herr Kollege Grundmann!

Grundmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir schlagen vor, es bei der Vorstandsfassung zu belassen und die Anträge J 51 und J 52 abzulehnen. Bei dem Antrag J 51 handelt es sich um eine reine Umformulierung der Vorstandsfassung. Bei dem Antrag J 52 wird ein Detail aus dem zukünftigen Auftrag der Formierung eines Altenplans vorweggenommen. Wir meinen, daß das im Auftrag zur Bildung des Altenplans erfaßt werden sollte. Ich wiederhole also: Beibehaltung der Fassung der Ziffer 89, Ablehnung der Anträge J 51 und J 52.

Präsident Müller: Ich habe keine Wortmeldungen. Ich bitte Sie wieder, damit einverstanden zu sein, daß ich über den Antrag der Antragskommission und damit über die Ziffer 89 in der Vorstandsfassung abstimmen lasse. — Ich höre keinen Widerspruch. Ich lasse also über die Ziffer 89 in der Vorstandsfassung abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Das erste war die überwiegende Mehrheit; dann ist Ziffer 89 so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 90 und dazu die Anträge J 53, J 54, J 55, J 56, J 57 und J 58 auf. Das Wort für die Antragskommission hat der Kollege Stingl.

Stingl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Annahme des Antrages J 54. Durch diesen Antrag J 54 wird das bestätigt, was wir gestern schon einmal im Laufe der Debatte gesagt haben, daß nämlich die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und sonstigen Geschädigten fortgesetzt werden soll. Dabel

wird zugleich bewirkt, daß sich die Weiterführung der Kriegsopferversorgung nicht nach der Haushaltslage, sondern nach der Wirtschaftslage des Bundes richten soll.

Ich will es sehr kurz machen und sagen: Im übrigen empfiehlt die Antragskommission, die Anträge abzulehnen, weil durch diesen Antrag manche Petita der anderen Anträge schon erfüllt sind.

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, ich habe dazu keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag J 54 zu der Ziffer 90 anzunehmen. Dadurch wären die übrigen Anträge erledigt. Darf ich wieder über diesen Vorschlag der Antragskommission abstimmen lassen? – Ich höre keinen Widerspruch. Ich lasse über den Antrag der Antragskommission zu Ziffer 90 abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 91 und dazu die Anträge J 59, J 60, J 61, J 62, J 63, J 64, J 65, J 66 und J 75 auf. Für die Antragskommission hat das Wort der Kollege Burgbacher.

Prof. Burgbacher, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Bei dieser Ziffer 91 sind die eben genannten Anträge und, Herr Präsident, auch noch der Antrag J 77 zu beachten, der – hoffentlich – heute an Sie verteilt worden ist. Wir haben uns in der Antragskommission bemüht, eine den verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung tragende Fassung zu finden und möglichst alles, was uns beachtenswert erschien, in ihr zum Ausdruck zu bringen. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich diesen neuen Antrag J 77 vorlesen dürfen, weil ich nicht sicher bin, ob Sie ihn alle in Händen haben.

(Zurufe)

Oder haben Sie ihn alle?

(Zurufe: Ja!)

Sie haben ihn alle? – Dann darf ich Ihnen namens der Antragskommission vorschlagen, die Neufassung auf Antrag J 77 anzunehmen und die anderen genannten Anträge damit als erledigt zu betrachten.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Lampersbach. – Darf ich im übrigen bitten, meine Damen und Herren, die Unterhaltungen auf den Gängen und vor allen Dingen da oben etwas nach draußen zu verlegen. Es ist unmöglich, den Parteitag zu überblicken, wenn überall Gruppen herumstehen.

(Beifall)

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Mittelstandskreis kommt es bei seinem Antrag J 61 insbesondere darauf

an, daß hier der zur Verwirrung führende Begriff der Vermögensverteilung herauskommt und die Vermögensbildung stärker angesprochen wird. Hierzu fordern wir insbesondere, zum Ausdruck zu bringen, daß ein gefördertes Beteiligungs-sparen diesen Vorgang sehr stark unterstützen kann. Wie es in unserer Begründung heißt, ist der Akzent hier insbesondere konsequent auf die Fortführung der Eigentumpolitik im weitesten Sinne bei der Vermögensbildung zu legen. Die Umverteilung, die wahrscheinlich fälschlicherweise hier hereingekommen ist, bitten wir abzulehnen. Ich bitte, den Antrag J 61 zu unterstützen.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Häussler. Herr Häussler, ich würde Sie vor allen Dingen auch bitten, dazu Stellung zu nehmen, ob Ihr Antrag J 95 durch den letzten Absatz des neuen Antrages J 77 gedeckt ist. Nach Herrn Häussler kommt Herr van de Loo, dann Herr Kissel. — An Stelle von Herrn Häussler spricht Herr Stehle für Nordwürttemberg.

Stehle (Nordwürttemberg): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern mit der großen Einigungsformel in der Mitbestimmungsfrage einen sehr mühsamen Kompromiß erzielt. Eine der Vorleistungen dafür, daß das möglich wurde, ist von unserem Landesverband Nord-Württemberg erbracht worden, indem er aus seinem Antrag einen Satz herausgestrichen und auf diesen Abschnitt, d. h. auf die Ziffer 91, verschoben hat. Es handelt sich um die Frage der praktikablen Gestaltung der Stimmrechtsausübung aus dem vom Arbeitnehmer erworbenen Produktionsmittel-Kapitalanteil. Wir haben in dem Antrag, wie er Ihnen jetzt vorliegt, ein großes Bekenntnis zum gesetzlichen Beteiligungslohn abgelegt und damit einen Anfang für einen regelmäßig laufenden Kapitalsparvorgang gefordert. Ich glaube, es ist nur logisch, dann auch zu fordern, daß die Kapitalanteile, die sich in der Arbeitnehmerschaft laufend sammeln, mit einem praktikabel auszugestaltenden Stimmrecht versehen werden. Das gegenwärtige Aktienrecht ist darauf noch nicht abgestimmt; es wird einiger Änderungen und Ergänzungen bedürfen. Wir bitten Sie daher, diesem kleinen Zusatz noch mit zu übernehmen.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr van de Loo.

van de Loo: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es fällt mir außerordentlich schwer, mich gegen den gesetzlichen Investivlohn aussprechen zu müssen. Ich möchte daher an den Anfang meiner Ausführungen stellen, daß ich selbstverständlich das Ziel mit meinen Freunden, insbesondere mit meinen Freunden Herrn Professor Burgbacher und Herrn Dr. Schwarz-Schilling, teile; darüber kann es überhaupt keine Diskussion geben. Ich frage mich nur, ob wir gut beraten sind, in diesem Augenblick den gesetzlichen Investivlohn zum Programmpunkt zu machen. Wir haben in den gestrigen Verhandlungen eine Ziffer 52 verabschiedet und dort noch einmal hervorgehoben, daß zu unserer Sozialen Marktwirtschaft die Tarifautonomie gehört. Wir sind hier dabei, ein Stück dieser Tarifautonomie abzubauen. Ich möchte davor gerade in diesem Augenblick sehr dringend warnen. Wir dürfen erwarten — wir haben zumindest eine gute Chance — daß unsere Tarifpartner sich jetzt endlich zu dem Zweiten Vermögensbildungsgesetz bekennen wer-

den. Sie kennen alle die Denkschrift der BDA, in der das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen ist, und wir dürfen erwarten, daß auch unsere Gewerkschaften dieser neuen Zielsetzung folgen werden. Wir müssen Ihnen daher noch einmal die Chance geben. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen, der sich für den gesetzlichen Investivlohn ausspricht.

Präsident Müller: Danke sehr! Das Wort hat Herr Kissel.

Kissel (Süd-Baden): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir bitten Sie, zur näheren Klärung den Satz aufzunehmen:

„Es müssen die statistischen Grundlagen zur laufenden Erfassung der Vermögensverteilung und der jährlichen gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrates geschaffen werden.“

Eine zweifelsfreie Beurteilung dieser Frage ist nur möglich, wenn eindeutiges Zahlenmaterial zur Verfügung steht. Es ist ebenso notwendig, über die weitere Entwicklung informiert zu sein, um bei Bedarf Korrekturen vornehmen zu können. Wir bitten Sie deshalb sehr herzlich, diese verbindliche Aussage in die Ziffer 91 aufzunehmen.

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Krauss.

Krauss (Bremen): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich plädiere für den Antrag des Mittelstandes J 61. Der Akzent zu diesem Thema muß auf „Vermögensbildung“ liegen. Bitte, sehen Sie den zweiten Satz als einen mutigen Entschluß des Mittelstandskreises an, ein Ziel in einer von uns allen gewünschten Richtung zu setzen. Ich bitte Sie, dem Antrag J 61 zuzustimmen.

(Beifall)

Präsident Müller: Das Wort hat Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Antrag der Antragskommission steht:

„Um eine gleichmäßigere Vermögensverteilung zu erreichen, muß die Vermögensbildung in eigentumsschwachen Schichten stärker gefördert werden als bisher.“

Damit ist ganz klargelegt, daß bei dem aktiven Teil, der hier gefordert wird, der Akzent auf der Vermögensbildung liegt, wobei das Ziel, das mit der Vermögensbildung erreicht wird, dann eine gleichmäßigere Vermögensverteilung ist. Hieraus die Definition einer Umverteilung herauszulesen, ist gar nicht möglich; das ist nicht beabsichtigt. Ich glaube, das ist mit dieser Formulierung klargelegt.

(Beifall)

Zu der gesetzlichen Einführung eines Beteiligungslohns: Meine Damen und Herren, ich bin wohl der letzte, der etwa die Tarifhoheit der Tarifpartner in irgendeiner Weise beschränken wollte. Ich glaube aber, wir können eine Tatsache nicht übersehen: daß wir bereits seit Jahren ein 312-DM-Gesetz haben, in dem die Tarifpartner aufgefordert waren, von diesem Gesetz Gebrauch zu machen. Wir wissen, daß das nur zum allerkleinsten Teil genutzt worden ist und daß die Tarifpartner keinen Gebrauch davon gemacht haben. Ich möchte hiermit sagen, daß die gesetzliche Einführung gerade auch die Tarifautonomie nicht beschränkt, weil nicht ein Gesetz gefordert wird, das die Tarifpartner zu befolgen haben, sondern ein Gesetz, das die Tarifpartner als solche gar nicht berührt.

Ich möchte hinzufügen, daß vorgesehen ist, die Quote des gesetzlichen Beteiligungslohns in einem solchen Rahmen zu halten, daß der Spielraum für die Tarifpartner, die konjunkturelle Situation zu berücksichtigen, voll erhalten bleibt. Ich glaube aber, daß dieser Spielraum besser genutzt wird, wenn über einen gesetzlichen Beteiligungslohn erst einmal eine kleine Minimalquote eingeführt worden ist. Ich bitte Sie deswegen, den Antrag der Antragskommission anzunehmen.

(Beifall)

Präsident Müller: Herr Professor Burgbacher!

Prof. Burgbacher, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich spreche als Delegierter dieses Parteitages und möchte mich für die Beschlußfassung zugunsten eines gesetzlichen Beteiligungslohns sehr nachdrücklich aussprechen. Wir haben uns gestern entschlossen, daß wir ein Aktionsprogramm des Fortschritts beschließen wollen. Zu dem Fortschritt gehört, daß unsere bisherige, auf Teilgebieten erfolgreiche Eigentums- und Vermögensbildungspolitik auf einem Sektor, auf dem sie außer der Privatisierungsaktion noch nicht weitergekommen ist, einen Durchbruch erzielt.

Wenige hundert Meter von hier, da drüben, sind alle Produktionsmittel in den Händen des Staates. Bei uns sind sie in den Händen der Bürger, aber in den Händen nicht vieler Bürger im Verhältnis zur Größe des Volkes. Wir wünschen, daß unser Volk eine echte Chance der Beteiligung am sogenannten Produktionskapital bekommt.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Prinzip der Freiwilligkeit sind in keiner Weise berauschend. Ich muß an dieser Stelle sagen, daß sowohl die Gewerkschaften wie die Arbeitgeberverbände bisher der Förderung der Eigentumspolitik in Personenhand die kalte Schulter gezeigt haben. Daß sich jetzt eine Änderung anbahnt, muß man mit Freude begrüßen; aber man muß bei psychoanalytischer Betrachtung der Motive, die zu dieser Änderung geführt haben, doch wohl erkennen, daß man es nur tut als Wahl des kleineren Übels, aber noch nicht aus der Herzensüberzeugung, daß es eine politische Notwendigkeit ist.

(Beifall)

Daß die Regelung gesetzlich sein muß, geht daraus hervor, daß wir über die Tarifpartner ja keineswegs alle unselbständig Beschäftigten unseres Volkes erfassen. Wir erfassen sie nur durch einen gesetzlichen Beteiligungslohn.

Natürlich muß dieser gesetzliche Beteiligungslohn eine Mindestbeteiligung in geringer Höhe beinhalten, weil die Gesamtsumme nicht höher sein darf als das Marktangebot an Wertpapieren. Andernfalls würde die Nachfrage die Kurse aus unsachlichen Gründen steigern. Wir müssen deshalb den Versuch machen, eine ausgewogene Situation herbeizuführen, nämlich daß sich das Kapitalangebot durch den gesetzlichen Beteiligungslohn und die Nachfrage nach Begebung von Wertpapieren durch die Wirtschaft in etwa ausgleichen, so daß Spannungen vermieden werden.

Wir haben die Sache außergewöhnlich gründlich studiert und viele Experten gehört. Ich bitte Sie auch im Namen der Eigentumskommission, die das Präsidium der CDU eingesetzt hat, um Ihre Zustimmung zu der Formel „gesetzlicher Beteiligungslohn“.

(Beifall)

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß wir das Problem ausgiebig genug diskutiert haben. Herr van de Loo hat sich zum zweitenmal gemeldet. Die Problematik ist wohl hinreichend bekannt, so daß wir jetzt auf weitere Wortmeldungen verzichten können.

(Beifall)

Herr van de Loo, ich mache darauf aufmerksam, daß es jetzt kurz vor halb 12 Uhr ist. Der Parteitag hat noch die Satzung zu verabschieden.

van de Loo: Nur eine Minute. Es geht mir nur darum, auf folgendes hinzuweisen. Die Hinwendung zur Vermögensbildung ist gerade bei den Gewerkschaften ein noch nicht abgeschlossener Prozeß. Wir wollen sie integrieren. Wir müssen daher auch als CDU größten Wert darauf legen, daß sie sich zur Vermögensbildung bekennen. Warum wollen wir diesen Prozeß stören?

Präsident Müller: Zur Abstimmung schlage ich Ihnen folgendes Verfahren vor. Sie haben den Antrag der Antragskommission vorliegen. Der Absatz 1 des Antrags J 95 ist zurückgezogen worden, weil er durch den Antrag J 77 gedeckt wird. Ich würde zunächst über den Antrag J 77 abstimmen lassen und dann über die Frage, ob der zweite Absatz noch als Zusatz zu Antrag J 77 angenommen werden soll. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung – Zuruf: Erst über Antrag J 61!)

Der weitergehende Antrag ist der Antrag J 77 der Antragskommission.

(Beifall)

Ich lasse über den Antrag J 77 abstimmen. Wer dem Antrag J 77 in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das erste war die überwiegende Mehrheit.

Ich lasse jetzt über den Zusatzantrag abstimmen, aus dem Antrag J 95 den zweiten Absatz dem Antrag J 77 anzuhängen – er ist gestern schon verteilt worden – den ich verlesen darf:

„Die CDU bekennt sich zu einer verstärkten Förderung des Erwerbs persönlichen Kapitaleigentums durch die breiten Schichten. Sie will zu einer künftig praktikabler zu gestaltenden Ausübungsmöglichkeit für solches Stimmrecht aus Eigentum.“

Die Antragskommission empfiehlt hier die Ablehnung, weil sie glaubt, daß das schon im Antrag J 77 und im Antrag J 74 erfaßt ist. Ich lasse jetzt über den Zusatz abstimmen. Wer dem Zusatz zustimmt, gebe bitte Zeichen. – Wer ist dagegen? – Das letzte war die überwiegende Mehrheit. Dieser Antrag ist abgelehnt. Damit ist die Ziffer 91 in der Fassung des Antrags J 77 angenommen.

Zu Ziffer 92 liegen keine Änderungsanträge vor. Darf ich feststellen, daß Sie der Vorstandsfassung zustimmen. – Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 93 auf. Dazu liegt der Antrag J 67 vor. – Herr Professor Burgbacher für die Antragskommission.

Prof. Burgbacher, MdB: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Nach dem Antrag J 67 soll die Ziffer 93 ersatzlos gestrichen werden, da bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt ist. Das ist objektiv richtig. Wir haben aber schon erlebt, daß vorgelegte Gesetzentwürfe nicht das Licht der Welt erblickt haben. Deshalb ist die Antragskommission der Meinung, daß der Antrag J 67 abgelehnt und die Vorstandsvorlage angenommen werden sollte.

Präsident Müller: Keine Wortmeldungen. Ich schlage vor, daß wir über die Ziffer 93 in der Vorstandsfassung abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte Zeichen. – Die Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine! Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 94 mit den Anträgen J 68, J 69 und J 74 auf. Herr Professor Burgbacher!

Prof. Burgbacher, MdB: Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme der Anträge J 69 und J 74. Bei Annahme dieser Anträge wäre der Antrag J 68 sachlich erledigt und könnte abgelehnt werden.

Präsident Müller: Meine Damen und Herren, ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Wir stimmen über den Vorschlag der Antragskommission ab, die An-

träge J 69 und J 74 anzunehmen und damit den Antrag J 68 als erledigt zu betrachten. Wer diesem Vorschlag zustimmt, gebe bitte das Zeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Soviel ich sehe, einstimmig!

Damit hätten wir auch über die Ziffer 94 in der neuen Fassung abgestimmt.

Ich lasse jetzt über das gesamte Kapitel abstimmen. Wer dem Gesamtkapitel „Soziale Sicherung“ mit den beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke sehr. Die Gegenprobel – Enthaltungen? – *Einstimmige Annahme.*

Ich übergebe jetzt das Präsidium wieder an Herrn Amrehn.

Präsident Amrehn: Meine Freunde, der Parteitag steht immer noch unter dem Eindruck des unerhörten Vorfalles, der sich vorhin abgespielt hat. Dieser Parteitag bringt dem Herrn Bundeskanzler und unserem Parteivorsitzenden nochmals sein ganzes Bedauern zum Ausdruck, daß ein solcher Vorfall hier möglich war; er bringt sein Bedauern über die Beleidigung zum Ausdruck, die ihm zugefügt worden ist.

(Lebhafter Beifall)

Aber dieser Parteitag soll wissen, wer die Täterin war. Es handelt sich um eine Frau Klarsfeld aus Paris. Sie ist eine ferngesteuerte journalistische Agentin, die für den „Combat“ arbeitet.

(Lebhafte Pfui-Rufe)

Eine hysterisch verhetzte Person ist in diesen Saal mit einem französischen Presseausweis gekommen.

(Zurufe: Hört! Hört!)

Das, meine Freunde, sollten Sie wissen, um zu erkennen, um wen es sich handelt und wessen man sich zu versehen hat. Ich glaube, daß darin nicht allein die Sicherungsmaßnahmen begründet waren, sondern daß wir bis zum Schluß dieser Tagung die Sicherungsmaßnahmen auch mit allem Ernst durchzuführen und sie nicht zu lockern haben.

(Beifall)

Der Herr Bundeskanzler war bisher der Meinung, daß er Verleumdungen, denen er bisher von seiten dieser Frau ausgesetzt war, keine außerordentliche Bedeutung zumessen sollte. Er ist jetzt allerdings der Meinung – und darin stimmen wir ihm, glaube ich, zu – daß gegen diese Frau auf seinen Antrag, der nötig ist, Strafverfolgung wegen Verleumdung und Körperverletzung aufgenommen werden muß.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, damit nehmen wir die Sachberatungen zu dem letzten Punkt auf, der mit dem Titel „L-Schlußwort“ überschrieben ist. Es liegen dazu die Änderungsanträge L 1, L 2 und L 3 vor. Darf ich annehmen, daß auf Begründung verzichtet wird, weil sich die Texte aus sich selbst erklären. — Es liegt noch eine Wortmeldung vor. Bitte, nehmen Sie das Wort.

Hebling, Moers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesen Tagen in hervorragender Arbeit ein Aktionsprogramm der CDU verabschiedet. Wir haben dieses Programm mit dem Wort „Aktionsprogramm“ überschrieben. Das heißt, daß wir bereit sind, dieses Aktionsprogramm zur Grundlage unseres politischen Handelns für die 70er Jahre zu machen. Wir sollten dieses Handeln aber auch immer wieder uns selbst und der Öffentlichkeit gegenüber überprüfen, darüber Rechenschaft ablegen und kontrollieren.

Der Kreisverband Moers stellt deshalb den Antrag, in dem Schlußwort sowohl innerhalb der Partei wie auch der Öffentlichkeit gegenüber auszusagen, daß wir bereit sind, auf jedem Parteitag darüber Rechenschaft abzulegen, wie durch das Handeln der CDU Fortschritte im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Programms gemacht worden sind.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Präsident Amrehn: Meine Freunde! Für die Antragskommission erhält jetzt das Wort unser Freund Heck. Er wird zu allen drei Anträgen zugleich sprechen. Ich glaube, daß uns die letzten Ausführungen auch nicht mehr Aufklärung über den Inhalt gebracht haben, als das daraus bereits zu entnehmen war. Ich hoffe, das war insoweit also der letzte Beitrag.

Generalsekretär Dr. Heck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag des Kreisverbandes Moers will etwas sehr Nützliches, nämlich, daß es nicht nur bei der Beschlußfassung über das Aktionsprogramm bleibt, sondern daß dieses Aktionsprogramm auch in politische Wirklichkeit umgesetzt wird. Ich glaube, daß das der geschlossene Wille dieses Parteitages ist. Nur meine ich nicht, daß wir das in das Schlußwort aufnehmen sollten. Der Grund dafür ist folgender: Auf unseren Parteitagen gibt jeweils der Generalsekretär einen Bericht über die Arbeit des Vorstandes, und der Fraktionsvorsitzende gibt einen solchen über die Arbeit der Fraktion. Es wird also regelmäßig auf den Parteitagen berichtet, was wir in die politische Wirklichkeit haben umsetzen können. Meines Erachtens sollten wir es bei dieser Methode belassen, statt den Eindruck zu erwecken, als wollten wir Parteitag für Parteitag die einzelnen Artikel als erledigt abhaken.

Zum Antrag L 2 des Kreisverbandes Steglitz: Wir waren der Meinung, daß mit der Formulierung „mit den anderen Parteien“ ein gewisser Hinweis gegeben sei, damit seien die im Bundestag vertretenen Parteien gemeint. Wir sind der Auffassung, daß man hier so oder auch anders sagen kann. Deshalb empfehlen wir Ihnen, es auch hier bei der Vorlage des Vorstandes zu belassen.

Bezüglich des Antrags L 3 des Kreisverbandes Heilbronn glaube ich, daß die knappere Aussage der Vorlage des Vorstands stärker ist als das, was der Kreisverband Heilbronn vorschlägt. Wir empfehlen deshalb auch hier die Ablehnung des Antrags.

Präsident Amrehn: Meine Freunde, wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag L 1 ab, dessen Ablehnung von der Antragskommission empfohlen wird. Ich bitte diejenigen, die dem Änderungsantrag zustimmen wollen, ihre Karte zu erheben. — Niemand. Ich brauche deshalb keine Gegenprobe vorzunehmen.

Wir stimmen dann ab über den Antrag L 2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich wiederum um das Kartenzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag L 3 zustimmen will, den bitte ich, seine Karte zu erheben. — Ich sehe nur eine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt, und das Schlußwort ist so beschlossen, wie es hier in der Vorlage des Vorstandes gedruckt steht.

Meine Freunde, wir haben noch darauf zu achten, daß mögliche redaktionelle Unklarheiten oder Unebenheiten in der endgültigen Redigierung auszuräumen sind, und auch darauf, daß die Bezifferung nochmals durchgesehen und das gesamte Aktionsprogramm auch äußerlich in die richtige und endgültige Form gebracht wird.

Es wird vorgeschlagen, daß diese Arbeit unter dem Vorsitz des Generalsekretärs und unter Beteiligung der Vorsitzenden der Unterkommissionen, die das Aktionsprogramm vorbereitet haben, geleistet werden soll. Ich nehme an, daß Sie diesem Vorschlag ohne weiteres Ihre selbstverständliche Zustimmung geben.

(Beifall)

— Ich stelle das fest.

Nachdem ich dies getan habe, meine Freunde, muß ich darauf hinweisen, daß dieser Parteitag, nachdem das Aktionsprogramm durchgearbeitet ist und eine Reihe von Änderungen erfahren hat, das gesamte Aktionsprogramm, beginnend mit der Präambel über den Inhalt bis zum Schlußwort und der Überschrift, noch zu verabschieden hat. Diese Abstimmung will ich jetzt vornehmen. Wer also dem Aktionsprogramm in der von uns beschlossenen Fassung die Zustimmung geben will, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Sieht jemand eine Gegenstimme? —

(Zurufe: Nein!)

— Das ist nicht der Fall.

(Lebhafter Beifall)

Dann stelle ich fest, daß das Aktionsprogramm vom gesamten Parteitag einstimmig gebilligt ist.

(Langanhaltender Beifall)

Ich glaube, meine Freunde, daß sich der Parteitag mit der Vorbereitung, der Durchführung und der Verabschiedung des Berliner Programms selbst ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt hat. Mir hat gestern ein Bundestagsabgeordneter gesagt: Wenn es doch einmal im Bundestag möglich wäre, eine so tiefgehende, wirklich faszinierende Aussprache zu führen und am Schluß so klare Entscheidungen zu fällen, wie das hier auf diesem Parteitag bei der Beratung des Aktionsprogramms der Fall war!

(Lebhafter Beifall)

Ich danke Ihnen allen für Ihre Mitarbeit daran. Nun aber gebe ich dazu das Wort unserem Freund Bruno Heck.

(Lebhafter Beifall)

Generalsekretär Dr. Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, hier ist die Stelle, um all denen einen herzlichen Dank auszusprechen, die im Grunde die Hauptarbeit bei der Vorbereitung dieses Programms geleistet haben. Es ist in Deutschland ja im allgemeinen Sitte – vielleicht wäre es richtiger, zu sagen: Unsitte, die auch in unsere Partei eingedrungen ist –, daß derjenige, der hauptamtlich in einer Partei und für eine Partei tätig ist, mit dem Wort, daß er zum Apparat gehört, abqualifiziert wird.

Meine lieben Freunde, ich glaube, daß aber hier wirklich der Ort dafür ist, einmal festzustellen, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands in ihren hauptamtlichen Mitarbeitern ein ganz vorzügliches Korps von Arbeitskräften besitzt,

(Lebhafter Beifall)

dem wir insgesamt für seine Arbeit danken. Hier soll ganz besonders für die viele, weit über die normale Zeit hinausreichende Arbeit gedankt werden, die zur Vorbereitung dieses Aktionsprogramms von allen hauptamtlichen Mitarbeitern geleistet werden mußte.

(Beifall)

Hier muß ich, meine Freunde, einige Namen nennen, und zwar an allererster Stelle den Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske,

(Lebhafter Beifall)

mit dem ich ja schon seit 1952 zusammenarbeite. Der erste Parteitag, den wir miteinander vorbereitet haben, war auch der erste Parteitag, der in Berlin im Jahre 1952 stattfand.

Sodann muß ich hier einige Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle nennen, und zwar zunächst Herrn Bilke, der die Hauptlast der Arbeit zu tragen hatte.

(Lebhafter Beifall)

Dann nenne ich unseren Herrn Dr. Rathke, der dafür gesorgt hat, daß die Arbeiten am Aktionsprogramm und der Fortgang dieser Arbeiten, die am Aktionsprogramm geleistet wurden, von der Presse jeweils auch gut kommentiert worden sind.

(Lebhafter Beifall)

Ein besonders herzlicher Dank gebührt aber auch dem Leiter der Organisationsabteilung. Hier möchte ich anfügen, daß wir ihm besonders herzlich dafür danken, wie er diesen Parteitag organisatorisch vorbereitet hat. Das ist unser Freund Rummier.

(Lebhafter Beifall)

Dann aber muß ich Ihnen noch von meinem engeren Mitarbeitern Herrn Hermann nennen, der gemeinsam mit Herrn Bilke ein großes Arbeitspensum geleistet hat.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, unter den vielen Namen, die eben genannt worden sind, darf ja wohl einer nicht vergessen werden, einer, der die Sache geführt, einer, der die Arbeit trotz aller Schwierigkeiten über die Hürden gebracht und schließlich entscheidend mit zu einem guten Ende geführt hat, nämlich der unseres Freundes Bruno Heck selbst. Ihm herzlichen Dank dafür, daß er diese Arbeit geleistet hat!

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, nun haben wir noch eine Reihe von Entschließungen zu behandeln, bevor wir zu den Satzungsänderungen kommen. Ich nehme aber an, daß Sie hier meinen Vorschlägen folgen.

Wie haben einen Entschließungsantrag Nr. 1 von der CDU-Köln sowie einen Entschließungsantrag Nr. 2, der von 30 Abgeordneten unterschrieben ist, eingeleitet von unserem Freund Stahlberg.

Der erste Entschließungsantrag beschäftigt sich mit einer Reihe von Anregungen für den Vorstand, die sich auf die Gesamtarbeit der Partei beziehen. Der zweite Antrag äußert sich zu Fragen des künftigen föderativen Systems. Ich bitte die Versammlung, damit einverstanden zu sein, daß wir diese beiden Entschließungsanträge dem Vorstand zur weiteren Behandlung überweisen.

(Beifall)

Wird dazu das Wort gewünscht oder eine andere Meinung vorgetragen? – Das ist nicht der Fall. Es ist also so beschlossen.

Damit kommen wir zum Entschließungsantrag Nr. 3, der von dem Freund Lindler und anderen eingebracht worden ist. Dieser Antrag beschäftigt sich mit einem Antrag an die Bundestagsfraktion, noch in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechts einzubringen. Ich schlage vor, daß der Entschließungsantrag ebenfalls der Fraktion überwiesen wird, damit sie sich damit beschäftigen kann. Bestehen dagegen Bedenken?

Wird gemeint, daß auch dieser Antrag an den Vorstand gehen soll? Bestehen Bedenken? Das ist nicht der Fall. Dann geht auch dieser Antrag an den Vorstand.

Wir haben einen Entschließungsantrag Nr. 4, der sich mit Fragen der Bundeswehr beschäftigt. Dazu ist das Wort erbeten worden von unserem Freund Kiep. Er hält es für erforderlich, doch ein Wort dazu zu sagen.

(Kiep: Eine Begründung ist nicht notwendig!)

Eine Begründung ist nicht notwendig. Der Antrag spricht für sich selbst. Ich bin gebeten worden, daß im vorletzten und im letzten Absatz deutlichkeitshalber eingefügt wird:

„Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird aufgefordert“

und es im letzten Absatz heißen soll

„die CDU in den Ländern wie die CSU werden gebeten, diese Lösung zu unterstützen.“

Mir ist mitgeteilt worden, daß es gar keine Bedenken hier gibt, diesem Antrag auch in der Sache die Zustimmung der Versammlung zu geben. Ich sehe allgemeine Zustimmung, aber ich bitte ausdrücklich um das Kartenzeichen, wenn Sie der Sache zustimmen wollen! Gegenprobe! Das erste war die Mehrheit. Damit ist dieser Entschließungsantrag angenommen.

Dann gab es einen Entschließungsantrag Nr. 5; der hat sich durch die Sachberatungen zum Aktionsprogramm erledigt. Es bleibt ein Entschließungsantrag Nr. 6 der Freunde Soenius und anderer. Darin wird aufgefordert, die Grunderwerbsteuerfragen zu überprüfen. Hier meinte ich – ich bitte den Freund Barzel um Aufmerksamkeit –, daß auch die Fragen der Grunderwerbsteuer, mit der sich die Fraktion ohnehin beschäftigt, dort weiter erörtert werden sollen, und dieser Entschließungsantrag dann an die Fraktion zur weiteren Erörterung überwiesen wird. Besteht Einverständnis? Kein Widerspruch! Dann ist so beschlossen.

Dann rufe ich auf die Satzungsänderungen. Sie haben dazu eine vielfältige Unterlage im Querformat. Ich schlage Ihnen vor, die Behandlung der Satzungsänderungen so vorzunehmen, daß wir zunächst das verabschieden, was sich aus dem Parteiengesetz als solchem für unsere Satzungsänderungen

zwingend ergibt. Das sind zunächst die Paragraphen 10, 11 und 18. Diese drei Änderungsvorschläge haben eine gemeinsame Begründung schriftlich auf der Seite 3 der Vorlage gefunden. Wird dazu das Wort gewünscht, um dagegen Stellung zu nehmen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie diesen Änderungen zustimmen wollen. Die Gegenprobe! Ohne Gegenstimmen sind diese Änderungen beschlossen.

Dann stimmen wir selbstverständlich der Umbezeichnung zu, daß aus dem Paragraphen 17 der Paragraph 16 werden soll.

Nunmehr liegt mir hierzu ein Entschließungsantrag des Bundesvorstandes vor, der hektographiert auch verteilt ist, den ich aber verlese. Er heißt:

„Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Finanzordnung und die Parteigerichtsordnung neu zu fassen und dem nächsten Bundesparteitag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen.

Bis dahin bleiben die Finanzordnung und die Parteigerichtsordnung in ihrer zur Zeit geltenden Fassung in Kraft.“

Ich glaube, daß dazu doch das Wort gewünscht wird. Unser Freund Stingl hat es.

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich empfehle, folgenden Nebensatz einzufügen:

„Soweit Parteiengesetz und Parteistatut nicht entgegenstehen.“

Präsident Amrehn: Keine Bedenken gegen diese Ergänzung, die uns auch rechtlich nach der Seite des Parteiengesetzes zusätzlich absichert.

Mit dieser Ergänzung steht die Entschließung zur Abstimmung. Ich nehme an, Sie sind alle einverstanden. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann hat der Parteitag diese Entschließung angenommen.

Nun, meine Freunde, gibt es in diesem Zusammenhang noch einen Antrag, der eingereicht worden ist von dem Freund Jäger mit der erforderlichen Anzahl von Unterschriften zum Paragraphen 48. Es wird darin vorgeschlagen:

„Zusammensetzung, Zuständigkeit und Verfahren aller Parteigerichte der CDU durch eine Parteigerichtsordnung regeln zu lassen.“

Mir ist gesagt worden, daß dazu eine Begründung unentbehrlich sei. Darf ich fragen, ob sie jetzt gegeben wird? Das Wort hat Freund Jäger!

Jäger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In aller Kürze ein Wort dazu! Der Paragraph 48 unseres jetzigen Bundesparteistatuts begründet eine Zuständigkeit dieses Parteitages nur für das Bundes-

parteigericht. In dem eben von uns beschlossenen Entschließungsantrag wurde die alte Parteigerichtsordnung, die eine umfassende Zuständigkeit auch für die Landes- und Kreisverbände begründet, verlängert. Das können wir eigentlich nur, wenn wir jetzt nachträglich noch das Fundament dadurch liefern, daß wir den Paragraphen 48 des Parteistatuts ändern und damit der Bundespartei eine umfassendere Zuständigkeit geben. Ich möchte das auch deswegen bejahen, weil wir uns damit eine ganze Menge Arbeit in den Landes- und Kreisverbänden ersparen, wenn nämlich dann der nächste Bundesparteitag eine einheitliche Parteigerichtsordnung beschließt, die wir nach dem Parteiengesetz brauchen, die sonst jeweils auf den Parteitagen beschlossen werden müßte. Wenn wir also dem Antrag, den ich eingereicht habe und um dessen Zustimmung ich bitte, folgen, dann ersparen wir uns auf unserem nächsten Parteitag im Hinblick auf das Inkrafttreten des Parteiengesetzes eine ganze Menge, nach meiner Auffassung, unnötiger Arbeit.

Präsident Amrehn: Ich danke für die Begründung. Ich glaube, sie ist ganz überzeugend. Ich schlage vor, daß wir jetzt abstimmen über die Annahme oder Ablehnung dieses Antrages, der von dem Freunde Jäger mit der erforderlichen Anzahl von Unterschriften gestellt war.

Darf ich den Parteitag um das Handzeichen mit Stimmkarten bitten, wenn er dieser Änderung zustimmt. Darf ich um die Gegenprobe bitten? Keine Gegenstimmen. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Behandlung des früheren Paragraphen 16, künftig 17, des Statuts. Zur Behandlung dieses Paragraphen hat Freund Stingl das Wort.

(Stingl: Zur Geschäftsordnung!)

Wird zur Sache das Wort gewünscht? Meine Freunde, dazu ist eine schriftliche Begründung gegeben. Ich habe bisher auch nicht erfahren –

(Stingl: Zur Geschäftsordnung!)

Das habe ich ja gehört, aber nach Aufruf eines Paragraphen kann ich zur inhaltlichen Behandlung das Wort geben. Dazu wollten Sie es aber nicht. Darf ich also nochmals fragen, ob hierzu sachlich jetzt das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall! Dann rufe ich jetzt –

(Stingl: Zur Geschäftsordnung!)

Also, Freund Stingl, das scheint wichtig zu sein! Der Parteitag ist einverstanden, daß Sie das Wort nehmen.

Stingl: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, da es sich darum handelt, daß hier ein Landesverband nicht mehr in Erscheinung tritt, zuerst die po-

sitive Seite, nämlich 38, zu behandeln, worin eine Vereinigung statuiert wird, und nicht erst die Abschaffung zu beschließen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Ich will dem Antrag gern folgen, wenn der Parteitag hier keine Bedenken erhebt. Bisher war ich dahin unterrichtet, daß diesem Absatz jeder hier im Hause zustimmen würde. Ich würde im übrigen bitten, bei solchen Wortmeldungen, wie es vorgeschrieben ist, rechtzeitig und nicht nach Aufruf zur Sache erst das Wort zu nehmen; dann wird es beizeiten auch berücksichtigt werden.

Bedeutet das, daß vor der Behandlung aller anderen folgenden Anträge der Antrag zu Paragraph 38 behandelt werden soll?

Ich glaube, das ergibt sich zwingend aus der Sache.

Dann rufe ich jetzt auf den Paragraphen 38. Dazu liegt auch ein Änderungsantrag vom Landesverband Rheinland vor. Ich brauche ihn nicht zu verlesen, weil er mit den Unterlagen verteilt worden war. Ich erteile das Wort zur Begründung unserem Freund Grundmann.

Grundmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es hier kurz machen. Zu den Veränderungen ist erstens beantragt, daß in 38 neben den anderen Vereinigungen nunmehr eine Wirtschaftsvereinigung gebildet werden soll. Die Begründung dafür kann ich in aller Kürze vortragen. Wir sind der Meinung, daß sich aus der Diskussion des Aktionsprogramms, aber auch aus der notwendigen Fortsetzung der Diskussionen um die gesellschafts-politische Position unserer Partei nicht nur im Bereich der Mitbestimmung, sondern auch in allen anderen Fragen vernünftigerweise ergeben sollte, daß die Ebene des Dialogs, des Gesprächs und der Beschlußfassung gleich ist. Meine Damen und Herren, das heißt, daß wir dem bisherigen Wirtschaftsrat eine Hilfe geben wollen insofern, als er als Wirtschaftsvereinigung im Rahmen der Bundespartei und auch der Landesverbände seine Arbeit aufnimmt und dabei in der Lage ist, sowohl hier wie bei anderen Gelegenheiten seine Auffassung auf dem Boden unserer gemeinsamen Satzung und Parteilarbeit zu vollziehen.

(Beifall)

Ich betone also, meine Damen und Herren, daß wir damit eine positive Aussage für die nach unserer Meinung unverzichtbare breite Plattform der Mitarbeit unserer wirtschaftlichen Freunde zum Ausdruck bringen.

Ich will ein Zweites zum Antrag auf Bildung einer Union der Vertriebenen und Flüchtlinge sagen. Ich glaube, daß wir alle einer Meinung darin sind, daß wir als politische Partei allen Anlaß haben, in der Arbeit, in der Sorge für die Vertriebenen und Flüchtlinge im Rahmen der Arbeit unserer Partei eine neue

Grundlage zu beziehen. Wir glauben, daß eine solche Grundlage geschaffen wird, wenn wir in der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge auf allen Ebenen unserer Parteiarbeit die Arbeit verstärkt fortsetzen können und damit sichtbar machen können, daß für uns nicht das Tief der derzeitigen Diskussion um diese Bevölkerungskreise, sondern das große Anliegen der Hilfe für diese Menschen Grundlage unserer Politik und Arbeit ist.

Ich habe die Bitte, meine Damen und Herren, daß Sie diesen Änderungen des Statuts unter Anerkennung der hier gegebenen Kurzbegründung Ihre Zustimmung geben.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Die Aussprache wird eröffnet. Das Wort hat der Freund Lampersbach.

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde dem Antrag, der von unserem Freund Grundmann vorgetragen worden ist, in vollem Umfang zustimmen, weil auch ich es für erforderlich halte, daß die Arbeit innerhalb der CDU weitgehend koordiniert wird.

Aber der Antrag läuft, soweit er sich auf die Bildung einer Wirtschaftsvereinigung bezieht, diesem Bemühen gerade entgegen.

Der Antrag ist in Unkenntnis der Tatsache gestellt worden, daß wir uns auf Beschluß des letzten Bundesparteitages seit vielen Monaten bemühen, die wirtschaftlichen Gruppen innerhalb der CDU zusammenzuführen. Die Schwierigkeit, die uns hier entgegenstand, ist begründet im Parteiengesetz, aber insbesondere auch in dem § 39 des Statuts der CDU. Wir haben daher vorsorglich eine Änderung des § 39 beantragt, die ebenfalls noch behandelt werden muß.

Wir glauben, meine Damen und Herren, wenn Sie diesem Änderungsantrag zu § 39, nach dem das Wort „Personen“ gestrichen werden soll, zustimmen, sind alle Voraussetzungen für die Ermöglichung der Zusammenfassung der in der CDU tätigen Wirtschaftler geschaffen. Die Vorarbeiten, die sicherlich sehr schwierig waren, sind so weit gediehen, daß wir nach der Änderung zum Abschluß kommen.

Lassen Sie mich aber noch folgendes sagen. Wenn wir den § 38 im Sinne des von Herrn Grundmann vorgetragenen Antrags beschließen sollten und sich eine weitere Vereinigung bildet, wird es in der Zukunft zu größeren Schwierigkeiten führen, diese vom Parteitag in Braunschweig gewünschte Zusammenfassung durchzuführen, weil eine bestehende oder gerade neu gegründete Institution sicherlich sehr, sehr viel schwieriger – nicht nur aus formalen, sondern auch aus personellen Gründen – mit einer bereits bestehenden zusammenzufassen ist.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie sehr herzlich, diesem Antrag nicht stattzugeben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Herr Grundmann, wenn Sie unter Würdi-

gung der soeben von mir gemachten Darlegungen Ihren Antrag bezüglich Wirtschaftsvereinigung zurückziehen könnten.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Stingl.

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche als Vorsitzender des Landesverbandes Oder/Neiße und habe wohl nach allen vorausgegangenen Erörterungen das letztmal die Ehre, in dieser Eigenschaft zu Ihnen zu sprechen. Deshalb bitte ich Sie um Gehör für einige Ausführungen, die nicht sehr lang sein werden.

Der Landesverband Oder/Neiße hat sich empfunden als Motor und Gewissen dieser Christlich Demokratischen Union für die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, aber auch für die Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone, soweit sie nicht dort schon der CDU angehört haben – meine Damen und Herren – als Motor und Gewissen für diese Arbeit der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen in das Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland, aber auch als Motor und Gewissen für die Vertretung der Rechte, die Sie selber im Aktionsprogramm neu spezifiziert haben mit der Formulierung, daß diese Rechte hergeleitet sind aus den Grundrechten der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, die nämlich davon spricht, daß jeder ein Recht auf ungestörten Wohnsitz hat –, konkretisiert sind in der Menschenrechtskonvention, die ein Vertriebungsverbot für einzelne und für Kollektive für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ausspricht und die festgelegt sind durch das Grundgesetz – so haben Sie auch gesagt –, wo die Verantwortung für das ganze deutsche Volk festgelegt wird.

Dieser Landesverband Oder/Neiße, meine Damen und Herren, hat hier in diesem Zusammenhang Konrad Adenauer zu danken; denn er war es, der 1950 diesen Landesverband ins Leben gerufen hat. Er dankt ihm für die verständnisvolle Hilfe. Er dankt auch den späteren Vorsitzenden für diese Hilfe und insbesondere den jeweiligen geschäftsführenden Vorsitzenden und Geschäftsführern.

Meine Damen und Herren, dieser Landesverband hat sich auch empfunden als ein Sprachrohr jener Christdemokraten, die aus Vertreibungsgebieten kommen und die eine Neuordnung in diesem Bereiche nicht dadurch wollen, daß neues Unrecht gesetzt wird, sondern die ihren Dienst zur Versöhnung zwischen den Völkern tun wollen in dem Bestreben, dahin zu wirken, daß das Zusammenleben der Völker in ihrem Heimatgebiet nicht mehr gezeichnet ist von der Gegnerschaft zwischen den Völkern, sondern von der Versöhnung und von der einvernehmlichen Lösung – wie es Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung gesagt hat –, die – das dürfen wir hinzufügen – auch für kommende Generationen gilt, einer Lösung, durch die nicht der eine über den anderen

oder der andere über den einen gestellt wird, sondern einer Lösung, der alle frei zustimmen können.

Wir haben ein Exempel dafür, wie die Zeiten sich gewandelt haben, ja am 21. August dieses Jahres erlebt, als die Tschechoslowakei besetzt wurde. Da waren es gerade die Sudetendeutschen, die am tiefsten mitgeföhlt haben, und es waren die Sudetendeutschen, die am schnellsten denen geholfen haben, die, aus ihrer Heimat kommend, mit anderer Sprache bei uns Zuflucht suchten.

Wir glauben, daß auch die Vertriebenen in Zukunft dieser Versöhung am besten dienen können. Denn wer sollte ihr dienen? Sind doch sie so ziemlich die einzigen, die auch die Sprache unserer östlichen Nachbarvölker noch halbwegs beherrschen. Es war für mich schon eine Genugtuung, als mich in meiner neuen Eigenschaft als Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Gruppe tschechoslowakischer Mittelständler besuchte und ich sie in ihrer Sprache begrüßen konnte.

Wir haben außerdem zu verzeichnen, daß das Kennenlernen des Kulturgutes der Polen, der Tschechen, der Slowaken nicht möglich wäre, wenn nicht aus diesen Ländern diejenigen, die ihre Sprache beherrschen, mitwirken.

Meine Damen und Herren, wir wissen aber – und wir haben es immer wieder beklagt –, daß dieser Landesverband Oder/Neiße, weil er eben Landesverband war, nicht die gleiche Möglichkeit wie die Junge Union, die Frauenvereinigung usw. hatte, nach draußen zu wirken, auch Menschen heranzuziehen, die nicht in der CDU Mitglied sind, um mit ihnen gemeinsam für dieses Ziel zu arbeiten.

Deshalb bejaht der Landesverband Oder/Neiße die Bildung dieser Vereinigung „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“ als eine wirksame Fortführung seiner Arbeit, ja, sogar als ein Plus zum bisherigen Status, weil ihm dadurch auch die Wirksamkeit draußen ermöglicht ist, weil er dadurch als Union der Vertriebenen und Flüchtlinge ein Sprachrohr für die Deutschen aus Mittel- und Ostdeutschland werden kann.

Daß wir zustimmen, meine Damen und Herren, hat seine Begründung auch darin, daß wir glauben, daß die Argumente richtig sind, daß nach dem Parteiengesetz niemand zweimal durch Repräsentanten seinen Einfluß geltend machen kann. Wir sind aber der Meinung, daß auch die Vertriebenen intensiv ihren Ortsverbänden und ihren Kreisverbänden zugehören sollen und nicht nur in eigenen Organisationen zu einem eigenen Landesverband hin vertreten sein sollen, was das jetzige Parteiengesetz erfordern würde, sollte es nach dem Bundesparteitag weiterhin bei einem Landesverband Oder/Neiße mit Sitz und Stimme bleiben.

Hier danken wir den Landesverbänden, die schon vorher für diese Neubildung gewirkt haben. Ich will besonders Herrn Grundmann danken, der das ja noch einmal gesagt hat.

(Beifall)

Wir danken den Landesverbänden, die den Vertriebenen und Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben haben, ein schlagkräftiges Instrument für die Mitwirkung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU und der CSU zu bilden für ihre Ziele, für die Versöhnung, aber auch für die Menschenrechte.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Hauser, anschließend bekommt es der Freund Orgass.

Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Änderungsantrag, der eben vom Kollegen Grundmann begründet worden ist, Stellung nehmen. Das, was von Herrn Lampersbach hier ausgeführt worden ist, trifft nicht den Kern der Sache.

(Beifall)

Ich muß als Mittelständler sehr nachdrücklich feststellen, daß es sehr wohl im Interesse des Mittelstandes und der CDU liegt, daß wir endlich klare Verhältnisse in den Bereichen bekommen, die sich aus der Sicht der Arbeitgeberschaft mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen.

(Beifall)

und daß wir die unklare Situation, die in vielen Fällen zu sehr peinlichen Situationen geführt hat, im Hinblick auf den Wirtschaftsrat endlich beenden.

(Beifall)

Deshalb ist es notwendig, daß die Wirtschaftsvereinigung als Institution der Partei in die Satzung aufgenommen wird. Das schließt nicht aus, daß die Verbindung zwischen Wirtschaftsvereinigung und Mittelstandsvereinigung in vernünftiger Koordination erfolgt.

(Beifall)

Ich persönlich mache aber keinen Hehl daraus, daß ich die Vereinigung dieser beiden Gruppen für nicht in Ordnung und für nicht der Sache dienlich halte.

(Beifall)

Deswegen bitte ich Sie sehr nachdrücklich, dem Änderungsantrag Nr. 2 – Ergänzung des § 38 mit der Hereinnahme der Wirtschaftsvereinigung – ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Freund Orgass, danach Freund Scheufelen.

Orgass, MdB: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Nach den sehr klaren und sauberen Worten meines Vorredners möchte ich meine Wortmeldung zurückziehen und bitten, daß zumindest in diesem Teil der Vorlage des Rheinlands stattgegeben wird, daß die Wirtschaftsvereinigung als Teil in die Union integriert wird.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Freund Scheufelen!

Dr. Scheufelen: Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Der Wirtschaftsrat hat auf dem Parteitag in Braunschweig erklärt, daß er den Status einer Vereinigung anstrebt. Das tut er jetzt noch. Wir haben in der Zwischenzeit Verhandlungen mit dem Mittelstandskreis geführt mit dem Ziel, auf kooperativer Basis eine gemeinsame Vereinigung zu schaffen, wobei im Rahmen dieser kooperativen Zusammenarbeit beide Gruppen diese Vereinigung bilden können. Von seiten des Präsidiums standen den Ergebnissen dieser Verhandlungen, in denen Einigung erzielt worden ist, gewisse formale Bedenken entgegen, zu deren Beseitigung Ihnen das Präsidium noch einen Antrag vorlegen wird.

Die Absicht des Wirtschaftsrates ist also ganz klar. Wenn der Antrag Rheinland durchkommt, daß der Wirtschaftsrat Vereinigung wird, entspricht das durchaus seinen Intentionen.

(Beifall und Zurufe)

Ich wollte Sie nur davon unterrichten, daß es nicht so ist, daß in der Zwischenzeit nichts geschehen wäre, sondern daß wir uns zusammen mit dem Mittelstandskreis bemüht haben, die uns geeignet erscheinende Form zu finden. Dazu wird auch noch der zu behandelnde Antrag des Parteipräsidiums beitragen.

(Beifall bei einigen Delegierten)

Präsident Amrehn: Das Wort hat Freund Grundmann.

Grundmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Scheufelen, ich sage Ihnen hier, daß ich mich jetzt auf Ihre eigene Aussage vor dem Braunschweiger Parteitag beziehe. Ich habe Ihnen damals sehr zugestimmt, als Sie eine ähnliche Erklärung wie heute abgaben: daß Sie den Wunsch hätten, eine Arbeitsebene für die Wirtschaft zu haben, wie wir sie heute miteinander diskutieren. Wir haben die gesamte Diskussion des Grundsatzprogramms ohne eine solche Regelung vollzogen. Gut, ich habe Verständnis für schwierige Verhandlungen; jeder von uns hat sie zu führen. Wir gehen aber sofort nach diesem Parteitag in eine Phase weiterer sachlicher Unterhaltungen, die vernünftigerweise auf einer gleichrangigen Ebene geführt werden sollten.

(Beifall)

Was ich also will – und ich habe hier die volle Zustimmung derjenigen aus Ihren Reihen, die meinem eigenen Landesvorstand angehören: Ich will eine Ebene herstellen, die Ihnen diese Gleichrangigkeit sichert. Herr Lampersbach, ich will hier auch nicht irgendeine Erklärung zu der Änderung des § 39, zu den Bemühungen um Ihre gegenseitige Kooperation abgeben. Das ist aber kein Widerspruch. Sie können nämlich auch auf der Ebene der Gleichrangigkeit zweier Vereinigungen weiter die Gespräche miteinander führen, die Sie jetzt geführt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, allein um die notwendige Klarheit in unserer Zusammenarbeit herzustellen, sollten Sie unserem Antrag Ihre Zustimmung geben.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Freund Lampersbach!

Lampersbach, MdB: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure außerordentlich, daß die Debatte doch etwas ausgedehnter verläuft, als ich das vorher für notwendig gehalten habe.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, der Mittelstandskreis ist stark genug, um weiter selbständig existent bleiben zu können. Darum geht es gar nicht. Sie müssen überlegen, welche Konsequenzen Sie mit der Durchsetzung eines derartigen Beschlusses heraufbeschwoeren. Das ist das Interessante für Sie: Im Hintergrund dieser Überlegungen steht doch die Auflösung oder die Einverleibung – so wie er heute vorhanden ist – des Wirtschaftsrates. Das werden Sie doch damit nicht erreichen!

(Zurufe: Doch!)

Uns ist es bei den Verhandlungen, die auch in unseren eigenen Reihen in der Tat schwierig genug waren, darauf angekommen, das, was heute innerhalb der Partei besteht, aber auch daneben – als Wirtschaftsrat der CDU – zum Nutzen und zum Wohl der Partei umzumünzen.

(Zuruf: Mehr wollen wir nicht!)

Wir ja auch nicht. Daher unsere Bemühungen.

Es ist wirklich nicht leicht, wie ich das vorhin schon sagte, bestehende Institutionen zusammenzufassen, wenn es darüber hinaus noch darum geht, auch Personen zusammenzuführen. Wenn Sie der Vorlage zustimmen und die Vereinigung bilden, dann ändert sich an unserem Status in keiner Weise etwas. Uns, dem Mittelstandskreis, kann es gleichgültig sein. Nur sind wir aus den

zurückliegenden Verhandlungen der Überzeugung, daß die Zusammenführung insgesamt schwieriger ist und daß das eigentliche Ziel von Braunschweig, dadurch eine Stärkung der CDU zu erreichen, nicht erzielt wird.

(Beifall bei einigen Delegierten)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, ich bitte damit einverstanden zu sein, daß hierzu die Rednerliste geschlossen wird.

(Beifall)

Dann hat das Wort noch der Freund Gewandt.

Gewandt, MdB: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir verfahren am besten so, daß wir dem Antrag des Freundes Grundmann trotz gewisser Bedenken zustimmen. Denn der Freund Grundmann hat mir erklärt, daß er für den Fall, daß die jetzt neu zu gründenden Vereinigungen zu der Überzeugung kämen, sie sollten fusionieren, seinerseits bereit wäre, einer solchen Fusion auf einem späteren Parteitag sein Placet zu geben. Wenn diese Auffassung besteht, so sind die Gespräche über mögliche Fusionen in keiner Weise abgebrochen, und ich glaube, es ist eine saubere Basis, wenn wir in diesem Sinne dem Antrag von Herrn Grundmann zustimmen.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Ich glaube, dem stimmt der Parteitag im ganzen zu.

Ich möchte nun an sich eine Trennung vornehmen. Wir haben ja zwei Änderungsanträge zu § 38. Einmal den Antrag des Vorstands, einzufügen „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“. Nach den Erklärungen, die hier abgegeben worden sind, gibt es dagegen überhaupt keinen Einwand. Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind?

(Zustimmung)

Gegenprobe? – Keine Gegenstimmen.

(Zuruf: Eine!)

Eine Gegenstimme. Dann ist die Satzungsänderung beschlossen.

Nunmehr liegt noch der Rest des Antrags des Landesverbandes Rheinland vor, in die Reihe der Vereinigungen einzufügen „Wirtschaftsvereinigung“. Wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben wollen, dann bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Gegen einige Stimmen ist der Antrag angenommen und „Wirtschaftsvereinigung“ eingefügt.

(Beifall)

Es ergibt sich aus dem Zusammenhang, daß wir dann noch den § 39 Absatz 1 behandeln. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Hierzu liegt ein Antrag des Vorstands vor mit einer schriftlichen Begründung, die Sie in dem Umdruck finden. Zu dieser Vorlage des Vorstands gibt es aber noch eine weitere Änderung, nämlich die beiden Worte in der zweiten Zeile „von Personen“ zu streichen. Das soll gerade die Durchführung des § 38 erleichtern. Besteht darüber Klarheit, daß also der § 39 Absatz 1 künftig den Wortlaut haben soll, den der Vorstand in der schriftlichen Vorlage unterbreitet hat, gekürzt um die beiden Worte „von Personen“ in der zweiten Zeile? Das ist die endgültige Vorstandsvorlage, und darüber würde ich jetzt abstimmen. Wer dieser Neufassung die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe? – Gegen einige Stimmen ist auch diese Änderung beschlossen.

Nunmehr kehren wir an den Punkt zurück, an dem wir vorhin auf die Behandlung des § 38 umgeschaltet hatten. Das ist in der Reihenfolge der Vorstandsvorlage die Nr. 5. Der Text lautet: „Der frühere § 16 erhält als neuer § 17 folgende Fassung“. Dazu liegt also die Fassung der Vorstandsvorlage vor. Dazu ist jedoch ein Änderungsantrag eingegangen, nämlich an die Stelle der Jahreszahlen „1947/48“ nur „1948“ zu setzen. Habe ich diesen Änderungsvorschlag der Exil-CDU richtig verstanden? – Das scheint der Fall zu sein. Es scheint für einen Satzungstext sauberer zu sein, wenn wir nicht eine gespaltene Jahreszahl nehmen. Dann können wir also ohne weitere Erörterung die Vorstandsvorlage unter Streichung der Jahreszahl 47 mit der Jahreszahl 48 verabschieden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. – Die Gegenprobe? – Einige Gegenstimmen. So beschlossen!

Wir kommen nun zu der laufenden Nr. 6 der Vorlage. Es wird vorgeschlagen, den Absatz 1 Satz 2 ersatzlos zu streichen. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die dieser Streichung zustimmen. Die Gegenprobe? Keine Gegenstimmen. Die Nr. 6 ist so beschlossen!

Damit kommen wir nun zu Nr. 7 der Vorstandsvorlage, die den § 28 Absatz 4 betrifft. Dazu ist zunächst mitzuteilen, daß Ihnen im Antrag Nr. 1 ein Text zugegangen ist, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Exil-CDU wird durch 50 Delegierte vertreten, deren Stimmen bei Abstimmungen nach § 29 b), c), e) und f) dieses Statuts nicht mitgezählt werden.“

Der Vorstand hat diesen Text durch Beschluß in seiner letzten Sitzung vor Beginn des Parteitages dahingehend geändert, daß der Relativsatz gestrichen wird. Es wird eingefügt: „mit beratender Stimme“. Der Text lautet also nun endgültig:

„Die Exil-CDU wird durch 50 Delegierte mit beratender Stimme vertreten.“

Hierzu ist ein Änderungsantrag von der Exil-CDU eingegangen, mit dem gebeten wird, die ursprüngliche Vorlage wiederherzustellen. Ich habe dazu eine Wortmeldung von Frau Matthes vorzuliegen.

(Zurufe)

Sie treten also an Herrn Gradl ab. Bitte, Herr Dr. Gradl.

Dr. Gradl, MdB: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, den Antrag Nr. 4 der Exil-CDU zu begründen, der Ihnen vorliegt.

Ich werde, um abzukürzen, in diese Begründung auch gleich die nächste Ziffer zu § 30 Buchstabe a Absatz 2 einbeziehen.

Meine Parteifreunde! Es geht hier um den zukünftigen Status der Exil-CDU innerhalb unserer Gesamtpartei. Unser Antrag zielt dahin, daß der ursprüngliche Vorschlag des Präsidiums wiederhergestellt wird.

Die ganze Erörterung wurde durch das Parteiengesetz ausgelöst. Es gibt eine Auffassung, daß dieses Gesetz eine Änderung des Status der Exil-CDU notwendig macht. Diese Auffassung wird rechtlich begründet. Es gibt eine gegen-teilige Auffassung. Auch sie wird rechtlich begründet. In dieser Situation hatte der Bundesvorstand eine Kommission beauftragt. Diese Kommission hat eine Verständigung herbeigeführt. Das Präsidium hat sich die Verständigung, die in dieser Kommission erzielt worden war, zu eigen gemacht.

Worum geht es jetzt im sachlichen Kern? Es geht um das Stimmrecht der Exil-CDU innerhalb der Gesamtpartei. Wir hatten zu dem Kompromiß, der erzielt worden war, Ja gesagt, und wir bleiben bei diesem Ja.

Der jetzt nachgereichte Vorschlag des Vorstandes läuft darauf hinaus, daß der Exil-CDU jegliches Stimmrecht aberkannt wird. Das ist für uns als Vertreter der mitteldeutschen CDU unannehmbar.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt keine zwingende rechtliche Notwendigkeit für eine totale Löschung des Stimmrechtes. Man kann juristische Gutachten für und gegen die Notwendigkeit vorbringen. Aber selbst wenn man den extrem negativen Fall nimmt, daß jemand Klage wegen des beschränkten Stimmrechtes erhebt und daß er ein Gericht findet, das, ungeachtet der gesamtdeutschen Relevanz der Gesamtfrage, ihm recht gibt, wäre das Ergebnis, daß die Christlich Demokratische Union eben für die Zukunft ihr Statut ändern müßte. Das ist der theoretisch mögliche Konflikt zwischen Recht und Politik. Das heißt mit anderen Worten: in Wahrheit ist die politische Entscheidung in dieser Frage möglich. Es ist möglich, sich in diesem denkbaren Konflikt zwischen Recht und Politik nach politischen Gesichtspunkten zu entscheiden. Das wünschen wir.

Präzise gesagt geht es darum, ob die Christlich Demokratische Union in ihrer politisch-organisatorischen Selbstdarstellung auch in Zukunft als die CDU Gesamtdeutschlands erscheinen will. Das ist der Kern der Frage.

(Beifall)

Bisher ist es so gewesen, und so soll es und kann es auch weiter bleiben.

Es gibt eben nicht nur eine CDU in Westdeutschland und in Berlin. Es gab und es gibt eben auch eine CDU hier ringsum in Mitteldeutschland. Hier geht es nicht um die Vertretung der Belange der Millionenschar von Flüchtlingen. Bei der Rangordnung, bei dem Status der Exil-CDU innerhalb der Gesamtpartei geht es um die Vertretung der Christlichen Demokraten ringsum hier im kommunistischen Machtbereich. Vielleicht ist das nicht jedem mehr völlig vertraut.

Als 1945 der politische Wiederbeginn ermöglicht wurde, konnten wir hier in Berlin, in Leipzig, in Dresden, in Rostock und in Potsdam früher, als es anderswo möglich war, eine breite Organisation der Christlich Demokratischen Union aufbauen. Von hier aus ging der Gründungsauftrag an die Christlichen Demokraten. Nirgendwo war nach 1945 die politische Arbeit in Deutschland leicht. Aber hier in Mitteldeutschland unter sowjetischer Besatzung und unter dem heimtückischen Druck der Kommunisten war diese Arbeit besonders schwer. Dennoch haben die Christlichen Demokraten hier diese Arbeit geleistet.

Meine Freunde, man muß auch wissen, daß am Anfang der Arbeit der Christlich Demokratischen Union Freiheits- und Blutopfer gestanden haben. Diese Opfer sind hier gebracht worden. Ich nenne nur einen Namen, den des früheren Staatssekretärs Schleusner, als den Repräsentanten der CDU Potsdams. Von hier gingen die Anstöße aus. Hier ist der Kampf geleistet worden an Ort und Stelle, in unmittelbarer Auseinandersetzung mit der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die fortschreitende Bolschewisierung. Hier haben die Christlichen Demokraten Mitteldeutschlands in jenen Jahren allem Druck, allem Terror und auch den Lockungen widerstanden.

Meine Freunde, ich sage das, damit jedermann weiß, was das heißt: mitteldeutsche CDU. – Nun, wer sind diejenigen, die diese mitteldeutsche CDU heute hier vertreten? Das sind diejenigen, die in den Jahren nach 1945 unter Einsatz ihrer Existenz und nicht selten ihrer Freiheit die politische Arbeit im Sinne der Christlich Demokratischen Union geleistet haben. Sie haben von den Christlichen Demokraten in Mitteldeutschland an Ort und Stelle ihre demokratische Legitimation bekommen. Sie haben in Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt als Mitglieder der Landtage, als Vertreter in den behördlichen und sonstigen Gremien, als Parteitagsdelegierte, als Amtswalter der Christlich Demokratischen Union in den Kreisen und in den Städten die politische Arbeit geleistet. Sie waren dazu durch Wahl legitimiert. Weil sie nicht willfährig waren, mußten sie – der eine früher, der andere später – den Weg des politischen Flüchtlings gehen.

Meine lieben Freunde, wir hätten gern, wenn wir unsere Legitimation, die wir damals unter härtesten Umständen und Risiken von den Menschen bekommen haben, die in Mitteldeutschland zur Christlich Demokratischen Union gehörten, lieber heute wie morgen erneuern lassen könnten.

Aber das ist eben das Elend der deutschen Spaltung.

Wir haben keinen Zweifel, daß wir das Vertrauen der Christlichen Demokraten auch heute haben. So zahlreich und eng sind unsere Verbindungen immerhin. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, dies alles im Bewußtsein zu haben. Wenn man das aber im Bewußtsein hat, dann dürfte doch wohl die Grundhaltung in dieser Statutenfrage selbstverständlich sein, nämlich im Zweifel, nicht so wenig Vertretung wie möglich, sondern soviel Vertretung, wie sie das Gesetz irgend möglich macht. Aus all dem resultiert unser Wunsch, den ursprünglichen Antrag des Präsidiums wiederherzustellen und uns also das auf Sachfragen beschränkte Stimmrecht zu bestätigen und uns das Stimmrecht im Bundesparteiausschuß zu belassen.

Meine Freunde, die Entscheidung liegt bei Ihnen. Ich habe keinen Zweifel, daß Sie diese Entscheidung auch in dem Denken an die Christlichen Demokraten hier gar nicht weit weg von uns, hinter Mauer und Stacheldraht, fällen werden.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Ehe ich, meine Freunde, das Wort weiter erteile, möchte ich noch eine redaktionelle Feststellung treffen. Nachdem wir im § 38 beschlossen haben, daß wir eine Wirtschaftsvereinigung haben, muß diese auch textlich mit in den § 39, in welchem alle Vereinigungen aufgezählt sind, aufgenommen werden. Ich stelle das nur noch fest.

Nunmehr hat zu dem Paragraphen, den Dr. Gradl eben behandelt hat, für den Bundesvorstand das Wort Dr. Kraske.

Dr. Kraske, Bundesgeschäftsführer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß ich nicht nur für den Bundesvorstand, sondern auch für diesen ganzen Parteitag spreche, wenn ich sage, daß wir die bisherige Arbeit der Exil-CDU ebenso wie die künftige Arbeit unserer Freunde in der Exil-CDU alle miteinander voll und ganz anerkennen

(Beifall)

und daß Satzungsfragen für uns nicht eine Unterscheidung in politischer Hinsicht sind, ob wir diese Arbeit mehr oder weniger anerkennen.

(Beifall)

Zweitens: Wenn wir hier über wichtige und für unsere Freunde in diesen Verbänden sehr ernste und sehr einschneidende Satzungsänderungen zu beraten haben, dann, so meine ich, sollte ich für den Bundesvorstand — aber wie ich wiederum glaube auch für Sie alle — unseren Freunden in der Exil-CDU und im bisherigen Landesverband Oder/Neiße dafür danken, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Präsidium wie in der vorausgehenden Kommission mit uns über die auf Grund des Parteiengesetzes erforderlichen Änderungen gesprochen haben. Sie sehen, es geht ja jetzt nur noch um den einen Punkt des § 29 d.

In der Kommission, die die Präsidiumssitzung und die Vorstandssitzung vorbereitet hat – das muß nachträglich zur Richtigstellung gesagt werden –, hat es offensichtlich in der Frage der Bemessung des Stimmrechts für die künftigen Delegierten der Exil-CDU unterschiedliche Auffassungen gegeben. Unser Freund Stingl ist – und dafür gab es gute Gründe – aus dieser Kommissionssitzung mit anderen Auffassungen herausgegangen als ich und auch mit anderen Auffassungen als denen, die nachher in der Vorlage des Präsidiums ihren Niederschlag gefunden haben. Ich sage das hier ausdrücklich, um in der Zwischenzeit entstandene Mißverständnisse auszuräumen.

Das Präsidium ist – und hier deckt sich ja die Vorlage mit den Wünschen unserer Freunde der Exil-CDU – davon ausgegangen, daß man den künftigen 50 Delegierten der Exil-CDU nach § 29 d tatsächlich auch in Zukunft das Recht belassen sollte, mit dem Parteitag die Berichte des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion entgegenzunehmen und über diese Beschluß zu fassen. Um diese drei Worte geht es.

Der Bundesvorstand war jedoch in seiner Mehrheit der Auffassung, daß es in der Frage des Stimmrechts für diese Delegierten um eine prinzipielle Entscheidung gehe, um eine Entscheidung, die man nicht aufsplintern könne nach dem Stimmrecht in Satzungsabstimmungen und bei Wahlen einerseits und bei der Beschlußfassung über die Berichte des Vorstandes andererseits. Für diese Auffassung sprechen gute rechtliche Gründe, und zwar deshalb, weil die innere Ordnung unserer Partei nach unserem Statut, und nach Wortlaut und Geist des Parteiengesetzes, davon ausgeht und ausgehen muß, daß im Stimmrecht alle unsere Mitglieder gleiche Rechte haben.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man der Exil-CDU und ihren Delegierten in irgendeinem Falle ein Stimmrecht oder eine Möglichkeit zur Abstimmung gäbe, dann würden jedenfalls in diesem begrenzten Falle einzelne Mitglieder ein doppeltes Stimmrecht haben, nämlich über ihre Delegierten der Exil-CDU und über die Delegierten Ihres Heimatkreisverbandes, zumal wir ja alle, mit unseren Freunden von der Exil-CDU, wünschen, daß die Mitglieder der Exil-CDU auch in ihren Heimatkreisverbänden, also auch in der regionalen Gliederung der Partei, aktiv mitarbeiten sollen.

(Beifall)

Das geht so weit, daß wir neben der hier von uns ja schon herzlich begrüßten offiziellen Delegation unserer Schwesterpartei, der CSU, eine Delegierte der Exil-CDU haben, die ganz ordentlicherweise in ihrem Heimatkreisverband Mitglied der CSU ist, weil sie nämlich in Bayern wohnt.

Ich meine also, daß hier gravierende Bedenken nach dem Wortlaut und insbesondere nach dem Geiste des Parteiengesetzes entstehen könnten, und deshalb hat der Vorstand die Vorlage des Präsidiums nicht uneingeschränkt

übernommen, sondern sich dazu entschlossen, Ihnen zu empfehlen, die Delegierten der Exil-CDU generell mit beratender Stimme auszustatten.

(Beifall)

Über die Frage des Stimmrechts im Bundesausschuß ist im Vorstand nicht eigens debattiert worden. Hier handelt es sich um eine – wie ich sagen möchte – logische Anfügung an die Beschlüsse des Bundesvorstands, die ich allein mit meinen Mitarbeitern auf meine Kappe nehmen muß. Wir waren der Meinung, daß es sich hier um ein Versäumnis des Bundesvorstandes gehandelt hat; denn ich glaube nicht, daß es möglich ist, für Delegierte eines Landesverbands oder eben hier der Exil-CDU ein unterschiedliches Stimmrecht im Bundesparteitag und im Bundesausschuß einzuführen. Sie wissen, daß nach § 31 der Bundesausschuß – wir hoffen, daß dieser Fall nicht wieder vorkommen möge; er ist aber bereits vorgekommen, beispielsweise nach dem Tode unseres Freundes Seebohm – bei Ausfall eines Mitglieds des Präsidiums während der Amtszeit interimistische Wahlen tätigt. Wir sind nicht der Meinung, daß man für diese Wahlen ein Stimmrecht geben kann, wenn es im Parteitag nicht gewährt wird. Aus diesen ausschließlich rechtlichen Gründen und aus diesen Gründen der inneren Ordnung unserer Partei und der Übersichtlichkeit unseres Satzungsrechts bitte ich Sie, ohne alle politischen Intentionen, die sich etwa gegen die Arbeit der Exil-CDU richten könnten, der Vorlage des Vorstandes Ihre Zustimmung zu geben.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freunde, mir liegen noch sechs Wortmeldungen vor. Alle Redner, die sich bisher gemeldet haben, sind damit einverstanden, daß unser Freund Ernst Lemmer als erster von den sechs gemeldeten Diskussionsrednern spricht. Das Wort hat Ernst Lemmer.

Ernst Lemmer, MdB: (Der Redner wird mit Beifall begrüßt.)

Meine Freunde! Es gibt Politik, und es gibt Juristerei. Beides steht oft nebeneinander; oft überschneidet es sich. Bei politischen Entscheidungen, wenn die juristischen Voraussetzungen geprüft werden, steht in der Regel eines fest: Die Juristen sind stets unterschiedlicher Meinung.

(Heiterkeit und Beifall)

Damit will ich in Übereinstimmung mit unserer NATO-Politik, mit der Politik der freien Völker, davor warnen, in einer solchen Frage, wie Shylock auf seinem Schein besteht, die juristische Beurteilung ausschließlich in den Vordergrund zu stellen.

(Lebhafter Beifall)

Die Politik ist viel zu kompliziert.

Was das Juristische betrifft, so habe ich mich an den Bonner Staatsrechtler Professor Dr. Scheuner gewandt und ihn nach seinem juristischen Urteil gefragt. Dieses Urteil hat er schriftlich in einem Memorandum – ohne Honorar! –

(Lebhafte Heiterkeit)

niedergelegt, und ich habe dieses Memorandum der Bundesparteführung in Bonn überreicht mit dem erfreulichen Erfolg, daß das Präsidium eine Regelung nach gesundem Menschenverstand formulierte und diese dem Bundespartei Vorstand vorlegte.

(Zurufe: Bravo!)

Daß dennoch die große Mehrheit des Bundespartei Vorstandes einen anderen Standpunkt einnahm, bedeutet aber nicht, daß dort etwa weniger gesunder Menschenverstand im Spiel war.

(Heiterkeit)

Aber es bedeutet eine Lücke im Wissen um das, was hier entschieden werden soll.

(Lebhafter Beifall)

Dazu habe ich nur noch wenige Bemerkungen zu machen, um nicht durch die Länge Ihren Unmut hervorzurufen. Wir befinden uns in Berlin. Ich warne davor, im Denken der sowjetischen Rabulistik in der Deutung von Paragraphen ausgerechnet in der Gründungsstadt unserer Partei eine Entscheidung zu treffen, die über das hinausgeht, was nach dem Parteilengesetz leider unvermeidlich geworden ist.

Ich bitte Sie dringend – Ich spreche Sie hier zum Schluß emotionell an – , daran zu denken, daß Sie hier über den einzigen Landesverband zu urteilen haben, der einer Besatzungsmacht auf Tod und Leben jedes seiner Mitglieder gegenüberstand. Das ist eine Verpflichtung der Erinnerung.

(Starker Beifall)

Präsident Amrehn: Meine Freundel Frau Dr. Matthes verzichtet. Ich habe sonst nur Wortmeldungen aus den Reihen der Exil-CDU hierzu. Das Wort wird noch erbeten. Herr Dr. Gradl wäre der fünfte in der Reihe. Alle anderen verzichten. –

(Dr. Gradl: Alle Sprecher der Exil-CDU verzichten nach diesen Ausführungen von Ernst Lemmer. – Beifall)

Liebe Freunde, dann können wir zur Abstimmung kommen. Wir haben vor uns liegen zwei Änderungsanträge – den Änderungsantrag des Vorstandes, der lautet:

„Die Exil-CDU wird durch fünfzig Delegierte mit beratender Stimme vertreten“,
und den Änderungsantrag der Exil-CDU mit dem Ihnen bekannten alten Text,
der fortfährt:

„deren Stimmen bei Abstimmungen nach § 29 b, c, e und f dieses Statuts nicht
mitgezählt werden.“

Bei der Prüfung der Frage, über welchen Antrag hier zuerst abzustimmen ist,
entscheidet wohl die alte Regel, daß der weitergehende zunächst zur Ab-
stimmung kommt. Der weitergehende Antrag ist der Antrag des Vorstandes,
der das Stimmrecht

(sehr starke Unruhe)

– darf ich das wenigstens einmal sagen, ich gebe eine Begründung –, das
die Exil-CDU bisher besaß, in vollem Umfange in eine nur beratende Stimme
umwandelt.

Der Änderungsantrag der Exil-CDU läuft darauf hinaus, daß das bisher be-
stehende volle Stimmrecht nur teilweise in beratende Stimme umgewandelt
werden soll. Nach dem Gewicht des Änderungsantrages kann es danach für
mich keinen Zweifel geben, daß der Vorstandsantrag der weitergehende ist,
der das gesamte volle Stimmrecht aufheben soll. Ich muß also sogar darüber
zuerst abstimmen lassen.

Ich stelle also die Frage, meine Freunde, wer der Vorlage des Vorstandes
zustimmen will. Ich bitte um das Erheben der Karte. Ich bitte um die
Gegenprobe! Das zweite scheint mehr zu sein, aber bei einer so, wie mir
scheint, zweifelhaften Entscheidung muß ich bitten, daß wir darüber mit
dem Stimmzettel abstimmen. Ich bitte also, den Stimmzettel Nr. 4 zu neh-
men und Ja darauf zu schreiben, wenn Sie der Vorstandsvorlage zustim-
men wollen, oder ein entsprechendes Nein zu schreiben.

Darf ich fragen, ob noch Stimmzettel abzugeben sind?

(Zurufe: Ja!)

Haben alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben?

(Zustimmung)

Dann ist die Abstimmung geschlossen. Es wird ausgezählt.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis gehabt: Für die Änderung nach dem
Vorschlag des Vorstandes haben 124 Delegierte, dagegen 188 Delegierte ge-
stimmt. Es gibt einige Enthaltungen und ungültige Stimmen. Damit ist der
Antrag des Vorstandes abgelehnt.

(Beifall)

Damit ist über den Änderungsantrag der Exil-CDU noch nicht entschieden. Darüber wäre jetzt abzustimmen. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß zur Änderung der Satzung die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten zustimmen muß. Das wären 287 Delegierte, die sich zusammenfinden müssen, um eine Satzungsänderung heute zu beschließen.

Ich stelle jetzt den Änderungsantrag der Exil-CDU zur Abstimmung und bitte, den Stimmzettel Nr. 5 zur Hand zu nehmen. Wer der von der Exil-CDU vorgeschlagenen Änderung zustimmen will, muß mit Ja stimmen. — Es wird das Wort von Freund Kraske erbeten. Ich lasse es an dieser Stelle ausnahmsweise zu.

(Zuruf: Wir sind in der Abstimmung!)

Dr. Kraske: Meine verehrten Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam: wenn wir jetzt zu keiner Satzungsänderung kommen, dann gilt die Satzung in Ihrer gegenwärtigen Form weiter. Sie gilt dann auch im kommenden Jahr, wenn wir auf dem Parteitag Wahlen durchzuführen haben. Deswegen empfehle ich nunmehr im Einvernehmen mit dem Bundesvorsitzenden und dem Generalsekretär, dem Antrag der Exil-CDU, d. h. der alten Präsidiumsvorlage, zuzustimmen.

(Befall)

Präsident Amrehn: Ich glaube, dann können wir wirklich auf einen schriftlichen Wahlgang verzichten, wenn ich jetzt deutlich sehe, daß sich in der immer noch beschlußfähigen Versammlung eine klare Mehrheit dafür ergeben sollte, nachdem der Vorstand eine entsprechende Empfehlung gegeben hat.

Ich frage also jetzt zunächst, wer dem Vorschlag, den die Exil-CDU gemacht hat, zustimmen will. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Einige Gegenstimmen sind gesehen worden. Ich frage nach Enthaltungen. — Es sind jedenfalls so wenige, daß die Zahl der Zustimmenden die Hälfte der Delegierten überschritten hat. Das stelle ich hiermit ausdrücklich fest.

(Befall)

Damit ist diese Änderung entsprechend dem Antrag der Exil-CDU beschlossen.

Wir haben uns nun, meine Freunde, noch mit Änderungen zu beschäftigen, die sich aus den bisherigen Beschlüssen ergeben. Laufende Nr. 8 der Vorlage des Vorstandes: § 28 Abs. 5 wird ersatzlos gestrichen. Das andere ergibt sich von allein. Dementsprechend würde es im § 30 heißen: „Die Exil-CDU entsendet acht Delegierte.“ Die Vorstandsvorlage — „mit beratender Stimme“ — entfällt hinsichtlich dieser drei letzten Worte. Das ist eine Konsequenz aus der vorhergegangenen Abstimmung.

Nun, meine Freunde, liegt mir zum § 39 noch ein Änderungsantrag vor, der von dem Freund Russe und 30 anderen Freunden unterschrieben ist. Dieser Änderungsantrag liegt Ihnen auf rosa Papier als Änderungsantrag Nr. 5 zum Statut vor. Soll er begründet werden?

(Wird verneint)

– Nein. Dagegen wird von Freund Kraske namens des Bundesvorstandes gesprochen.

Dr. Kraske: Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand stimmt diesem Antrag in der Sache zu. Er ist durchaus der Meinung, daß in den Parteiausschüssen auch auf Landes- und Kreisebene selbstverständlich die Vereinigungen wie im Bund möglichst durch ihre Vorsitzenden vertreten sein sollen. Dies ist aber keine Materie, die verbindlich im Bundesstatut geregelt werden kann, da das Bundesstatut auch sonst keine Bestimmungen über die Zusammensetzung der Vorstände und Ausschüsse auf Landes- und Kreisebene enthält.

Aus formalen Gründen bitte ich Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung nicht zu geben.

(Beifall)

Präsident Amrehn: Wir stimmen darüber ab. Wer dem Änderungsantrag der Freunde Russe und anderer die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Der Antrag ist abgelehnt.

Nun liegt noch ein Änderungsantrag vor, der auf dem mir vorliegenden Abzug keine Unterschriften trägt, aber von der Hamburger CDU, dem Landesausschuß der Hamburger CDU kommt. Darin wird vorgeschlagen, daß jegliche Koalitionen und Wahlabsprachen künftig als parteischädigend angesehen werden sollen.

(Zurufe)

Wer wünscht dazu das Wort? – Freund Kraske!

(Anhaltende Zurufe)

– Habe ich etwas Falsches verlesen? – Entschuldigung, ich habe zu sehr verkürzt. Es muß heißen: Koalitionen mit der NPD oder der DFU.

(Heiterkeit)

Das ist natürlich der Kern der Sache. Es war mir nur die Anregung gegeben worden, und ich meinte, das trüge jetzt jemand vor –, daß wir das nicht in das Statut aufnehmen sollten, sondern daß das eine Entschließung des Parteitages werden sollte, für die hier noch eine bessere textliche Fassung neu vorgelegt werden sollte. Wo sind die Verantwortlichen? Ich sehe sie

nicht. Dann schlage ich doch vor, daß die ganze Vorlage, wie sie hier ist, an den Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen wird.

(Beifall – Zurufe)

– Ja, dann muß ich aber bitten, daß diejenigen, die das zu vertreten haben, sich auch einmal zu Wort melden.

(Zuruf: Wir sind damit einverstanden!)

Das Wort erhält Freund Kraske.

Dr. Kraske: Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit den Antragstellern schlage ich Ihnen vor, diesen Antrag in folgender Form als Entschlie-ßung hier zu verabschieden:

„Jegliche Koalitionen und Wahlabsprachen mit extremen Parteien, wie NPD oder DFU, sind unbeschadet der Frage nach deren Verbot durch das Bundesverfassungsgericht parteischädigend

– soweit die Vorlage, die Ihnen vorliegt –

und haben ein Ausschlußverfahren aus der CDU zur Folge.“

(Beifall)

Wir müssen diese Sache so beschließen, weil wir sonst gegen das Statut und die Bestimmungen über Parteiausschlußverfahren verstoßen würden.

Präsident Amrehn: Damit werden die Antragsteller sicher einverstanden sein. Ich bitte um Ihre Zeichen, wenn Sie dem Antrag in der neuen Form Ihre Zustimmung geben wollen. – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Damit ist diese Entschlie-ßung angenommen.

Meine Freunde, damit haben wir das dem Parteitag aufgegebenes Sachprogramm abgewickelt. Ohne weitere Vorreden sage ich jetzt: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freundel Ich will nicht mehr lange reden, denn Sie haben sehr hart gearbeitet, sehr lange diskutiert. Aber einige Gedanken lassen Sie mich am Schluß dieses Parteitages doch noch sagen.

Zunächst eine kleine Vorbemerkung. Unser Freund Amrehn hat vorhin die junge Frau, die diese Attacke auf mich gemacht hat, in Verbindung mit der Zeitschrift „Combat“ gebracht. Das ist richtig, sie schreibt dort gelegentlich nicht gerade sehr freundliche Artikel. Aber was sie hier getrieben hat und was sie sonst treibt – sie hat ja auch im Bundestag schon einmal eine

Lärmszene veranstaltet —, das steht vielmehr in Verbindung mit jenen Gruppen, die wir im letzten Jahr in Deutschland in unseren Universitätsstädten und sonstwo erlebt haben. Dort treibt sie sich überall herum, bewaffnet mit Material, das aus östlichen Quellen gespeist wird. Ich wollte das nur sagen. Ich bin fest überzeugt, daß sie mit der Redaktion der Zeitschrift „Combat“ nichts zu tun hat.

(Beifall)

Nun bleibt mir übrig, ein zusammenfassendes Wort zu sagen. Mir hat es sehr leid getan, daß ich während dieses Parteitages ausfiel, daß ich auf ärztlichen Befehl das Bett hüten mußte. Das kann eben einmal passieren. Aber ich habe natürlich mit großer Aufmerksamkeit Ihre Beratungen verfolgt und mich sehr genau unterrichten lassen. Ich muß sagen, ich bin besonders stolz darauf, daß meine Voraussage über das Ergebnis der Beratungen zur Mitbestimmung eingetroffen ist. Wenn man einen Blick in die deutsche Presse wirft, dann kann man feststellen, daß überall, eigentlich von allen — ich habe keine Ausnahme gesehen —, diesem Parteitag ein ganz hohes Lob gezollt wird über die Höhe des Niveaus der Aussprache über die Mitbestimmung einerseits und andererseits über die Kraft der CDU, in einer so schwierigen und gefährlichen Frage zu einem guten Ausgleich zu kommen. Ich beglückwünsche Sie dazu.

(Beifall)

Nicht nur Bücher haben nach dem alten Wort ihre Schicksale, auch Parteitage haben es. Es ist für mich eine sehr merkwürdige Sache, daß aus einer einzigen Bemerkung in meiner Rede eine Fehlinterpretation in die Welt kam, die ich eigentlich nicht verstehe. Wer den Wortlaut dessen, was ich gesagt habe, nachliest, weiß ganz genau, was ich wirklich gesagt habe, und auf alle Fälle — wenn ich in der Formulierung nicht ganz klar gewesen sein sollte —, was ich sagen wollte. Ich habe ja damit angefangen, daß ich sagte: Wir sehen klar, daß etwas wie die große Koalition nur eine vorübergehende Sache sein kann; sie kann nicht dauern.

(Beifall)

Das sage ich ohne jede Emotion und ohne jedes Ressentiment. Wenn man über Koalitionen spricht, dann tut man gut daran, ohne Emotion und ohne Ressentiment zu sprechen, denn es geht hier um rein sachliche Probleme und um nichts sonst.

Welcher Parteivorsitzende und welcher Bundeskanzler hätte es nicht am liebsten, daß er ohne Koalition, nur mit seiner Partei regieren könnte?!

(Beifall)

Ich glaubte über eine solche Selbstverständlichkeit gar nicht reden zu müssen. Es gab Zeitungen, die feststellen wollten, der Kanzler fühle sich in der

großen Koalition mehr und mehr behaglich, ich möchte wissen, woher diese Herren meinen Gemütszustand festzustellen in der Lage sind.

(Heiterkeit)

Als wir die große Koalition gründeten, ging es um folgendes. Ich bin nach Bonn gekommen ohne jede Voreingenommenheit, und die Freunde, die damals mit mir verhandelt haben, wissen das. Ich habe die Koalition gründen wollen, die sich für die Politik der CDU als die geeignetste erweisen würde. Was war damals der Fall? Der Fall war der: Eine ganze Zeit lang drohte eine Koalition zwischen SPD und FDP.

(Dr. Barzel: Sehr wahr!)

Ich will kein allzu großes Wort sagen, aber, meine Damen und Herren, dessen bin ich mir sicher: Wenn es zu dieser Koalition gekommen wäre – die mehrere Tage lang sehr nahe war –, dann wäre das für die CDU keine gute Sache gewesen. Denn die CDU in der Opposition hätte eine neue, aber keineswegs sehr angenehme Erfahrung gemacht, und zweitens wäre es auch keine gute Sache für dieses Volk und dieses Land gewesen.

(Beifall)

Deswegen habe ich es immer als einen großen Erfolg angesehen, daß wir diese Gefahr in den Auseinandersetzungen damals abgewendet haben und daß wir so wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch diesmal wieder eine Regierung gebildet haben, an deren Spitze ein CDU-Kanzler steht.

(Beifall)

Natürlich war das etwas Neues, das kannten wir eben noch nicht, diese Erfahrung hatten wir noch nicht. Sie können sich denken, daß ich selber nun nicht einfach mit rosarotem Optimismus in dieses neue Wagnis hineingegangen bin. Sie wissen genau, daß es unter uns Freunde gab, die seit langem Befürworter einer solchen großen Koalition waren, andere, die sich dagegen gewehrt hatten. Ich war in dieser Frage in der Tat – das wissen alle, die mich seit langem kennen – vollkommen unvoreingenommen.

Nun habe ich Ihnen auf dem Braunschweiger Parteitag am Schluß meine große Sorge ans Herz gelegt: Das darf nicht schiefgehen! Nach der Krise, die wir durchgemacht hatten, die auch die CDU gegen Ende 1966 durchgemacht hatte, durfte dieses neue Wagnis nicht scheitern, wenn nicht im deutschen Volk eine allgemeine Hoffnungslosigkeit über diesen Staat um sich greifen sollte.

(Beifall)

Was wir uns vorgenommen hatten, mußte also gelingen.

Sie alle wissen doch noch, wie es war: Es waren zunächst diese beiden Aufgaben, Sanierung der öffentlichen Finanzen, Überwindung der drohenden Rezession. Das haben wir ja miteinander geschafft. Im übrigen haben wir ja manches Neue und Gute angepackt, und ich kann nur noch einmal sagen: fast symbolhaft ist die Bewältigung des Problems der Notstandsgesetzgebung, das wir nun gemeinsam miteinander gelöst haben.

Ich habe es in diesen Monaten manchmal schwer gehabt, denjenigen unserer Freunde, die – was nur natürlich ist – in der Politik kämpfen wollten, zu sagen: Ich bin jetzt eben Kanzler dieser großen Koalition, und meine erste und wichtigste Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß das zu einem guten Ende kommt und daß das Volk hinterher sagt: gut, die CDU hat bewiesen, daß sie es auch so kann; auch so hat sie ihre Führungskraft unter Beweis gestellt!

(Beifall)

Mancher von Ihnen wird sich im Laufe dieser zwei Jahre über mich gewundert haben. Viele von Ihnen kennen mich doch aus den Zeiten der großen kämpferischen Auseinandersetzungen im Bundestag und auch in Wahlkämpfen. Die meisten von Ihnen haben mich irgendwann in Ihrem Wahlkreis oder jedenfalls in ihrer heimatlichen Landschaft erlebt, und sie haben wohl gedacht: wo ist der alte Kampfgeist Kiesingers hingeraten?! Ja, meine Damen und Herren, das habe ich nicht verlernt, das kann ich auch heute noch.

(Beifall)

Bloß, dann muß ich jemanden haben, gegen den ich kämpfen kann und soll.

Ich kann, während ich eine Regierung mit der Sozialdemokratie führe, nicht gegen meinen Koalitionspartner kämpfen, sondern ich muß dafür sorgen, daß dieser Koalitionspartner auf der Linie bleibt, die ich als Kanzler, der die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, gezogen habe.

(Beifall)

Hätten wir hier nicht einen Saal, wo jedes Wort hinaus in die weite Welt dringt, könnten wir sozusagen in der Familie sprechen, dann hätte ich manches anders gesagt, als ich es sagen konnte. Aber wer verfolgt hat, wie ich diese Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers in den zwei Jahren verwirklicht habe, der muß mir, glaube ich, bestätigen, daß ich alles andere getan habe, als so eine lässige, präsidiale Haltung in der Regierung einzunehmen.

Es gab im Jahre 1967 einen Sommer des Mißvergnügens. Zwei Dinge waren es, und lassen Sie mich das in Ihr Gedächtnis rufen, einfach, weil wir schon einmal über diese Dinge offen miteinander sprechen sollen.

Das eine war der Kampf um die mittelfristige Finanzplanung. Sie alle wissen, es gelang uns eben damals im ersten Anlauf trotz aller Mühe noch nicht, eine chemisch reine Lösung, wie die freischwebenden Herren Kritiker das von uns wollten, zu finden. Es waren einige Schönheitsfehler drin. Aber ich habe damals im Fernsehen vor dem deutschen Volke gesagt: Diese mittelfristige Finanzplanung wird viel Kritik erfahren, von Berufenen und Unberufenen; aber eines wage ich mit Bestimmtheit vorauszusagen: wir werden das Ziel, das wir uns gesetzt haben, nämlich die Sanierung der öffentlichen Finanzen und die Überwindung der drohenden Rezession, erreichen. Ich habe damit allen Kritikern zum Trotz recht behalten.

(Beifall)

Sie erinnern sich, wie das damals war, wie dieses Trommelfeuer – „Der Lack ist ab“, war eine dieser Schlagzeilen – über uns herniederging von sehr vielen Schreibern, die diese Gelegenheit benutzten, nicht um der mittelfristigen Finanzplanung willen, sondern um uns am Zeuge zu flicken.

Machen Sie sich doch nichts vor, meine Damen und Herren: Es hat auch in diesen Tagen – ich habe das gelesen – da und dort merkwürdige Sorgen um das Schicksal der CDU von Leuten gegeben, von denen mir das ganz neu war. Wir müssen genau wissen, wer was und aus welchen Motiven über die CDU und auch über einen CDU-Parteitag schreibt.

(Beifall)

Das heißt mit anderen Worten: Wir stehen doch mitten im politischen Kampf. Jeder hat das Recht, politisch zu kämpfen, auch gegen uns politisch zu kämpfen. Nur müssen wir es wissen, daß er es tut.

Das zweite, weniger deutlich und weniger offen in jenem Sommer des Mißvergnügens, war die Außenpolitik. Sie erinnern sich: Ich habe damals das Wort von der Anerkennungspartei in die Debatte geworfen. Es war höchste Zeit, es zu tun.

(Beifall)

Ich bin mit einem klaren außenpolitischen Konzept – das weiß jeder – nach Bonn gekommen. Mir hat niemand etwa gesagt, wie deutsche Außenpolitik dieser Regierung aussehen sollte. Wer nachliest, was ich, bevor ich Bundeskanzler wurde, zu diesen Dingen geschrieben habe, ja, wer sich die Mühe nimmt, die Kontinuität meiner Aussagen zu verfolgen, vom Bundestag her als Sprecher der Fraktion in außenpolitischen Dingen, als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses, bis zu meinem letzten außenpolitischen Wort 1958 hier in Berlin, bevor ich nach Stuttgart ging, der weiß, daß es diese Kontinuität gibt.

Worauf es ankam, war folgendes. Es machte sich in einer gewissen Publizistik der Versuch deutlich, die Regierung auseinanderzureden, und zwar

In der Weise, daß man sagte: Die wollen ja gar nicht dasselbe. Der Außenminister, der zugleich Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei ist, will ja in Wahrheit etwas ganz anderes.

Nun geriet die ganze Außenpolitik in ein Zwielicht; es wurde alles unsicher. Man geriet in Gefahr, mit der eigenen Politik in das Licht des Illusionären, Illusionistischen, des Romantischen zu kommen. Da habe ich eingegriffen und habe in einem stufenweisen Kampf deutsche Außenpolitik ganz klar mit dem Bundestag definiert. Ich habe die Fraktionsführer und die beteiligten Minister nach Kreßbronn gebeten. Seitdem gibt es den Kreßbronner Kreis. Ich habe im außenpolitischen Ausschuß des Bundestages gekämpft und habe dort die Zustimmung aller drei Fraktionen bekommen. Und dann gingen wir in das Plenum des Bundestages, in jene denkwürdige Debatte, in der sich wiederum das ganze Haus hinter diese nun klar definierte Außenpolitik gestellt hat, eine Außenpolitik ohne Illusionen, eine Außenpolitik, die von der Grundlage der durch das NATO-Bündnis gewährten und garantierten Sicherheit aus versuchen wollte, die Dinge in Europa auf lange Frist, wenn es möglich war, zu wenden und dabei auch eine gerechte Lösung der deutschen Frage zu finden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieses war und ist die Formel unserer Außenpolitik. Es ist dann mit den bekannten kleinen Störungen, die wir kennen, auch gelungen, diese Politik klar durchzuführen.

In einem solchen Falle muß der Kanzler vieles, was er gerne sagen möchte, was er gerne laut sagen möchte, bei sich behalten. Er muß die Dinge hinter verschlossenen Türen abmachen. Denn wem schadet es am meisten, wenn Streit unter Koalitionspartnern vor der Öffentlichkeit ausgetragen wird? Für das deutsche Volk ist der Kanzler so eine Art pater familias, eine Art Familienoberhaupt. Wenn der unter den Seinen nicht Ordnung halten kann, dann ist er eben nicht viel wert. Das ist das Gefühl, das die Leute haben.

(Beifall)

Weil es so ist, habe ich Ordnung gehalten.

Ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken: Wer hätte damals, als wir die große Koalition begründet haben, geglaubt, daß wir trotz aller Schwierigkeiten die Arbeit dieser Koalition so gut erledigen könnten, wie es tatsächlich geschehen ist?

(Beifall)

Wenn ich als Kanzler diese Arbeit lobe, wenn ich sage: ich bin zwar nicht mit allem zufrieden — noch einmal: es ist ein Jammer, daß das Wahlrecht, die Wahlrechtsreform nicht zustande gekommen ist —, wenn ich die Arbeit dieser Koalition lobe, meine Damen und Herren, dann doch nicht deswegen,

weil ich prinzipiell ein Anhänger der großen Koalition bin. Hätten wir eine kleine Koalition gehabt und wäre es so gut gegangen, dann hätte ich sie genauso gelobt. Das ist mein gutes Recht, ja, das ist meine Pflicht. Aber fassen Sie das doch nicht so auf und lassen Sie es sich vor allem von niemandem einblasen, daß der Kanzler in irgendeiner Weise, gefühlsmäßig, verstandesmäßig, festgelegt sei, oder gar daß es irgendwelche geheimen Abmachungen gäbe.

Es bleibt dabei: Wir wünschen, daß wir nach der Wahl des Jahres 1969 gar nicht mehr erst in die Verlegenheit kommen, über die Koalitionsfrage nachzudenken. Wenn wir aber darüber nachdenken und entscheiden müssen, dann entscheiden wir es ganz kühl nach dem Ergebnis und nach den Notwendigkeiten der Wahl.

(Lebhafter Beifall)

Es war etwas ganz anderes, was ich sagen wollte. Ich wurde leider durch einige Zischende unterbrochen, denen ich die maliziöse Frage zuwarf: Wollen Sie etwa bis 1977 gehen? Was ich sagen wollte, war dies: Das Problem ist viel ernster, und zwar so ernst, wie wir es bei der Begründung der großen Koalition gesehen haben. Es gibt ja Koalitionszwänge, d. h., es gibt Konstellationen nach einer Wahl, bei denen gar nichts anderes übrig bliebe, als daß sich eine bestimmte Gruppe von Parteien zusammenschließt, nämlich wenn sich ähnliche Dinge wiederholen würden wie 1966.

Im Blick darauf habe ich gesagt: Für die deutsche Demokratie, für die deutsche parlamentarische Demokratie wäre es ein schreckliches Unglück, wenn sich nun über mehrere Wahldaten hinweg solche Koalitionszwänge – Zwänge zur großen Koalition – ergeben würden. Ich bin fest überzeugt, daß unsere parlamentarische Demokratie einfach auf die Dauer ohne eine starke Opposition nicht gedeihen kann. Deswegen – und nur deswegen – habe ich gesagt: das Äußerste, was die deutsche Demokratie an großer Koalition ertragen könne, wäre noch das Datum 1973, und danach würde es eine Katastrophe geben. Deswegen werden wir nicht darum herumkommen, institutionell dafür zu sorgen, daß wir in einer solchen Situation nicht gezwungen werden, ein nationales Unglück herbeizuführen.

(Lebhafter Beifall)

Ich hoffe, daß ich mich nun ganz klar ausgedrückt habe.

(Erneuter Beifall)

Alle meine Freunde, die über diese Dinge mit mir gesprochen haben, wissen es doch. Deswegen müssen wir die Wahlrechtsfrage wieder in Bewegung bringen. Wir kommen nicht darum herum. Wir müssen dafür sorgen, daß wir ein Wahlrecht haben – nun mal ganz unabhängig von der Frage, ob jemand ein prinzipieller Anhänger des Mehrheitswahlrechtes ist oder nicht –,

daß wir institutionelle Vorkehrungen haben, die es uns möglich machen, einen Zwang zur fortgesetzten großen Koalition über mehrere Legislaturperioden hinweg zu verhindern. Ich sehe dazu keine andere Möglichkeit als die Reform unseres Wahlrechtes.

Das sage ich auch den Freunden in der CDU, die unsere Vorschläge aus begreiflichen Gründen nicht gern gehört haben. Ich bin aber fest überzeugt: so, wie wir jetzt auf diesem Parteitag in der Frage der Mitbestimmung zusammengekommen sind, so werden auch Freunde und Gegner einer Wahlrechtsreform in dieser großen, für das Schicksal unseres Volkes entscheidenden Frage ebenfalls zusammenkommen.

(Beifall)

Deswegen noch ein Wort. Als Kanzler einer großen Koalition, sagte ich, muß man manches, was man gerne sagen wollte, bei sich behalten.

Wie oft habe ich mich im Scherz an die alten Zeiten Konrad Adenauers zurückerinnert, mit dem ich ja selbst oft genug in den Wahlkampf gezogen bin, als wir noch unsere Bataillone hatten: Hier die unseren, dort die unserer Gegner, als wir noch klare Parolen hatten: außenpolitisch wir für die Integration in den Westen, die anderen für Neutralität oder Bündnislosigkeit, wirtschafts- und sozialpolitisch: wir für die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards; die anderen waren noch zu einem Zeitpunkt dagegen, als diese bereits ihren großen Sieg in Deutschland feierte.

(Lebhafter Beifall)

Das waren die großen Parolen, unter denen wir in den Kampf gegangen sind. Was wollen wir denn heute machen? – Es geht das Wort von General de Gaulle um, der sagte, jeder Staatsmann müsse, um existieren und sich behaupten zu können, seine grande querelle haben, seinen großen Streit. Meine Damen und Herren, wie gerne hätte ich ihn, diesen großen Streit! Wie gerne würde ich Sie in die Schlacht führen, voran mit dem Banner der CDU!

(Lebhafter Beifall)

Was aber ist das Schicksal eines Kanzlers der großen Koalition? Er hat keine grande querelle, er hat tausend petites querelles, tausend kleine Streitigkeiten, Tag um Tag zu erledigen. Ich habe manchmal, in manchen Monaten, das Gefühl gehabt, ich bin eher Inhaber einer Reparaturwerkstatt als eines Großbetriebes.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit)

Das ist zwar nicht mehr wahr – wenn ich das behauptete, würde ich wirklich unsere Arbeit verkleinern –, das schien am Anfang so, aber wir haben schon zu einigen großen und imponierenden Dingen ausgeholt, und wir wollen das auch bis zum Ende dieser Legislaturperiode weiterführen. Manche

von Ihnen haben mich in den Wahlkämpfen für die Landtagswahlen erlebt, und manche werden sich gefragt haben: Warum redet er auf einmal so, nicht wie früher, so plaudernd, mit den Leuten über alle möglichen Fragen sprechend? —

(Heiterkeit)

Wenn Sie aber dann die Leute angesehen haben, wie sie die Ohren spitzten, wie sie zuhörten, und wenn Sie die Ergebnisse betrachteten, die sich in diesen Landtagswahlen wie eine rote Spur durch die Lande zogen, dann werden Sie mir, meine Damen und Herren, zugeben müssen: Zuletzt kommt es nicht auf einen Methodenstreit, sondern auf den Erfolg an.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Manchmal hatte ich den Eindruck, als sei die CDU gar nicht gewahrt geworden, wie gut sie in dieser großen Koalition bis jetzt abgeschnitten hat.

(Lebhafter Beifall)

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Konrad Adenauer würde jetzt sofort sagen: Meine Herren,

(Lebhafte Heiterkeit)

bleiben Sie dabei! Ich sage das auch.

(Heiterkeit)

Aber da es ja einige „niedergestimmte“ Gemüter, vielleicht sogar betriebsblinde Gemüter, gibt, muß ich Sie noch einmal darauf aufmerksam machen: Schauen Sie sich die Serie der Wahlerfolge an! Bei jeder Wahl waren wir diejenigen, die gewonnen haben, die besser abgeschnitten haben in den Landtagswahlen wie in den Kommunalwahlen. Es gibt keine Ausnahme von Berlin bis zu den jüngsten Kommunalwahlen.

Nun gut, manche mögen von demoskopischen Umfragen nicht allzuviel halten, obwohl ich aus langem Umgang mit Ihnen ziemlich genau weiß, wo man Ihnen trauen darf und wo nicht.

(Heiterkeit)

Aber auch in diesen demoskopischen Umfragen reiten wir nun einmal an der Spitze, und ich denke, meine Parteifreunde sollten doch eigentlich ganz zufrieden sein, wenn die Partei an der Spitze reitet und wenn der Bundeskanzler allen übrigen deutschen Politikern voran — jetzt muß ich es halt einmal sagen, ich erröte schamhaft —

(Lebhafte Heiterkeit)

allen übrigen deutschen Politikern voran die überwältigende Zustimmung von 67 % des deutschen Volkes hat, die Zustimmung von 67 % des deutschen Volkes genießt.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Ich freue mich darüber, doch nicht für mich, na, ein bißchen auch,

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall)

aber im wesentlichen doch für meine Partei. Mein Freund Dufhues hat am Anfang immer gefragt, ob das wohl gut gehe. Wir haben uns immer wieder miteinander etwas freundschaftlich gestritten; aber es ist gut gegangen. Ich muß allerdings auch wieder einmal sagen: Es ist gut gegangen dank des Vertrauens, das die deutschen Frauen nach wie vor in die CDU setzen,

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall)

und ich habe nicht umsonst Aenne Braukslepe, als unser Freund Heck aus dem Kabinett ausschied, schleunigst in dieses Kabinett aufgenommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Das war ein kleines Zeichen des Dankes für die Unterstützung durch unsere Frauen. Das gibt mir aber auch Anlaß, zu sagen, daß wir uns um die Männer deswegen etwas energischer kümmern sollten. Diese Umfragen ergeben ja ein merkwürdiges Bild. Da ich nun aber schon über alles Mögliche gesprochen habe, darf ich noch eines sagen, was für mich das Erfreulichste ist: Die CDU gilt so als eine konservative Partei, als eine Partei, die nicht sehr beweglich ist, die angeblich der modernen Zeit gegenüber nicht aufgeschlossen genug ist. Das Merkwürdige ist nur, daß bei allen Umfragen die Stimmen der Sechzehn- bis Dreißigjährigen ganz überwiegend der CDU gegeben werden.

(Lebhafter Beifall)

Als ich es das erstmal las, sagte ich, das will ich doch genau wissen. Ich will auch das Ergebnis der anderen demoskopischen Anstalt sehen; aber es ist bestätigt worden. Es ist so, meine Damen und Herren — und das ist eine großartige Sache —, daß ganz offenbar in der jungen Generation ein größeres Zutrauen zur CDU vorhanden ist. Deswegen müssen wir einen Weg finden, diese junge Generation noch stärker für uns zu mobilisieren.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe das gestern in der Versammlung in der „Neuen Welt“ zu sagen versucht.

(Heiterkeit)

Ich meine, hier in Berlin in der „Neuen Welt“. Soweit sind wir noch nicht – das kommt aber in ein paar Jahren –, daß wir die Versammlungen umschichtig hier und dort halten können, wenn wir über den Ozean geschossen werden.

(Heiterkeit)

Ich habe dort gesagt, daß ich in dieser Jugendfrage nicht gerne philosophiere, und zwar ganz einfach deswegen: Ich sage ungern etwas zu einem Tatbestand, den ich noch nicht voll begriffen habe, und es ist ja in der Geschichte eine der merkwürdigsten Erscheinungen, das Verhältnis der Generationen, der Väter- und der Söhngenerationen, zueinander zu verfolgen. Es ist keineswegs immer so, daß die Generation der Söhne gegen die der Väter steht. Es gab Zeiten, in denen sich die Generationen der Söhne denen der Väter näherten, sich in einer Weise näherten, die wirklich fast peinlich war, weil sie rationalistisch, fast ein wenig zynisch gegen den Romantizismus, wie sie es meinten, ihrer Kinder standen. Das war beispielsweise der Fall in der Generation der Humboldts und auch in der Generation, die von der Geschichte dazu auserwählt worden war für das große Schicksal der Freiheitskämpfe und der Freiheitskriege.

Aber sehr häufig ist es in der Weltgeschichte so gewesen, daß die Generationen gegeneinander standen. Das nimmt man als etwas Natürliches; das ist es gar nicht.

Was jetzt in aller Welt vor sich geht und was in meiner Jugend vor sich gegangen ist, als wir zu den Wandervögeln und nachher, weil wir ja brave Leute waren, zu Neudeutschland oder zu Quickborn gingen, was da vor sich ging, wie wir protestierten – wir haben es harmloser gemacht: mit Schillerkragen, kurzen Hosen und Wanderschuhen, mit der Klampfe in der Hand –, ist etwas, was sehr schwer in Formeln zu fassen ist. Ich kann dazu nur folgendes sagen: Wir dürfen diese Bewegung in der Jugend – nun sage ich: in der Jugend, und damit scheidet sich von vornherein und unbarmherzig aus, diese Rabauken, die gar kein Recht haben, als repräsentativ für unsere Jugend zu gelten – nicht geringschätzen.

(Langanhaltender Beifall – Bravo-Rufe)

Wir haben Fehler gemacht. Gewisse Radikalinskis haben deshalb Erfolg gehabt, weil sie sich gewisser Probleme angenommen haben, die vor allem die studentische Jugend brennend beschäftigt haben, beispielsweise die Hochschulreform. Jeder, der weiß, wie ich mich in den Jahren in Stuttgart gerade um dieses Problem gekümmert, wie ich versucht habe, da es bei alten Universitäten nicht gelingen wollte, durch die Gründung neuer Universitäten sozusagen einen Stachel in das Fleisch unserer alten universitären Tradition zu drücken, der kann nicht sagen, wir hätten nichts getan. Wir haben viel getan. Aber wir haben es nicht überzeugend genug gegenüber diesen Studenten getan, und deswegen sind sie zunächst den Radikalinskis nachgelaufen. Das müssen wir in Zukunft besser machen. Wir müssen nach diesem

Parteitag Überlegungen anstellen, wie wir in Zukunft besseren Kontakt zu diesen jungen Menschen bekommen, zu diesen jungen Menschen – ich wiederhole es noch einmal –, die eher zu uns als zu irgendwelchen anderen Parteien tendieren, und da müssen wir Älteren auch ein wenig bescheiden sein. Es hat keinen Sinn, mit dem autoritären Bakel zu erscheinen. Jeder von uns, der Kinder hat, weiß ja, wie das ist. Da wird so ein Junge 20 Jahre, 22, 24 Jahre. Er ist ein junger Mann. Er hat womöglich schon seinen Reserveleutnant und alles Mögliche gemacht. Aber immer noch behandelt man ihn zu Hause als den kleinen Jungen. Diesen Fehler machen wir ja alle oder die meisten von uns. Das ist aber ein ganz schwerer Fehler. Wir müssen die Jungen ernst nehmen, so, wie sie ernstgenommen sein wollen, und so, wie sie es ernst meinen, und dazu müssen wir eben miteinander Geduld haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte nur eines, daß die Christlich Demokratische Union sich als die politische Kraft erweist, die am offensten ist für das Anliegen dieser Jugend, hinter der der Druck einer unheimlichen Welt stehen mag, an die wir uns sachte, allmählich gewöhnt haben mögen, sie aber noch nicht und aus gutem Grunde noch nicht, weil nämlich das eigentlich dicke Ende für sie ja noch zu einem Zeitpunkt nachkommt, wo wir längst in die Grube gefahren sein werden.

(Beifall)

Das ist die Aufgabe, des Schweißes der Edlen wahrhaftig wert. Ich bitte Sie nun, meine Freunde, all das Gelärme draußen, hin und her! Ich habe Ihnen in meiner Rede die bisher präziseste Aussage zu unserer Außenpolitik gemacht. Ich habe in meiner Rede sehr klar gesagt, wie ich die zukünftige Entwicklung des atlantischen Bündnisses sehe. Ich habe – und ich tat es nicht leichten Herzens – Amerika gemahnt, seine Führungsaufgabe in diesem Bündnis wirklich wahrzunehmen, zu führen, aber in diesem Bündnis nicht zu herrschen, sondern ein System der Mitbestimmung, der Partnerschaft zu entwickeln, das allein dieses Bündnis lebenskräftig erhalten kann. Ich habe das getan im Blick auf die Erfahrungen, die wir selbst gemacht haben. Ich bin froh, daß ich nun heute dazu einen optimistischen Nachsatz geben kann; denn kein Geringerer als der Mann, der jetzt zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden ist, hat haargenau dieselben Gedankengänge während des Wahlkampfes in Amerika immer und immer wieder geäußert. Er hat an Amerikas Führungsaufgabe erinnert, und er hat die Amerikaner gemahnt, ihre Bündnispartner in Europa nicht zu übergehen, sondern offener und konsultationsbereiter zu sein.

Ich bin also ganz optimistisch, daß Präsident Richard Nixon das, was er im Wahlkampf gesagt hat, nicht nur als Wahlkampfparole gemeint hat, sondern als der Inhaber des heute verantwortungsbeladensten Amtes in unserer ganzen Welt. Und wenn er diese Politik in der NATO durchführt, dann wird er uns als Verbündete engstens an seiner Seite stehen haben.

(Lebhafter Beifall)

Das alles, meine Freunde, habe ich natürlich in unzähligen Gesprächen mit anderen führenden Politikern schon durchgesprochen und überall die gleiche Einsicht und die gleiche Bereitschaft gefunden.

Das zweite, das ich möglichst präzise zu formulieren versucht habe – nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich noch einmal daran erinnere –, das war die Methode des Vorwärtstommens auf europäischem Gebiet. Es hat keinen Zweck, daß wir europäische Sonntagsreden halten oder europäische moralische Appelle an andere. Jetzt kommt es darauf an, aus der Sackgasse herauszukommen. Und dazu gibt es in der Tat nur den Weg – ich habe es mir in wochenlangen gedanklichen Bemühungen immer wieder vor Augen gehalten –, den ich vorgeschlagen habe:

Erstens, daß wir innerhalb der Gemeinschaften nicht auf der Stelle treten und uns durch nichts und niemanden daran hindern lassen, den inneren Ausbau der europäischen Gemeinschaften und die Fusion dieser Gemeinschaften durchzuführen.

(Beifall)

Ich weiß, daß es Leute gibt, die das nicht wollen. Ich weiß, daß es Leute gibt, die meinen, man könne taktisch einen Druck auf jemand ausüben, wenn man auf der Stelle tritt. Das ist – ich wiederhole es – ein fataler Irrtum.

Das zweite ist: Wir müssen parallel zum Ausbau der Wirtschaftsunion die Anstrengungen zu einem – ich säge es noch einmal – immer zunehmenden solidarischen weltpolitischen Verhalten der Europäer unternehmen. Das ist etwas, was nebeneinanderläuft, nicht so, wie wir sagen, wie im 19. Jahrhundert der Deutsche Zollverein schließlich zur deutschen Einigung geführt hat. Meine Freunde! Es hat schon des Eingriffes eines sehr eigenwilligen und herrscherlichen Mannes bedurft, um diese Bewegung in die Gründung des Deutschen Reiches umzuleiten, und ohne Bismarck hätten wir wahrscheinlich diesen Prozeß überhaupt nicht erlebt. Man soll also solche Geschichtslegenden nicht einfach leichthin auf unsere Zeit übertragen.

Um das tun zu können, habe ich vorgeschlagen – und das ist nicht eine schöne Phrase –, dazu jedes sich uns anbietende Mittel und jede sich anbietende Methode zu benutzen, das heißt, in den Institutionen und mit den Institutionen, multilateral da, wo es multilaterale Ansätze gibt, und vor allem auch bilateral in viel, viel häufigeren Kontakten zwischen den Regierungschefs der europäischen Länder. Dann wird sich jenes Geflecht herstellen, das wir brauchen, um endlich als Europäer in dieser Welt nicht mehr nur Objekt der Politik anderer zu sein, sondern um endlich wieder als handelndes Subjekt in die Geschichte eintreten zu können.

(Lebhafter Beifall)

Über das Ziel, was die innere Politik anlangt, will ich heute keine langen Ausführungen machen. Wir sind da auf gutem Weg. Wichtig ist nur, daß jeder

von uns begreift, daß die großen Zukunftsprogramme eben sehr, sehr viel Geld kosten, daß diese großen Zukunftsprogramme auch in vollem Ernst durchgeführt werden. Noch kann ich Ihnen nicht sagen, wie stark unsere künftigen Haushalte durch die Opfer belastet werden, die wir für unsere Verteidigung werden bringen müssen. Ich kann Ihnen da keine leichten Versprechungen machen. Wir werden unsere Opfer bringen müssen, aber, meine Damen und Herren, Sicherheit, Freiheit und Frieden sind ja doch wohl jedes Opfer wert!

(Sehr starker Beifall)

Nun habe ich noch die Freude, danken zu dürfen; zu danken dem Präsidium dieses Parteitages, insbesondere unserem Freunde Franz Amrehn,

(langer starker Beifall)

der diesen Parteitag in so vorbildlicher Form geleitet hat, danken den übrigen Mitgliedern des Präsidiums, danken all denen, die die wichtigen Vorarbeiten geleistet haben — mancher weiß gar nicht, was alles in solchen Vorarbeiten steckt, wie sie etwa unser Freund Dufhues geleistet hat, und andere, die hier zu erwähnen wären —, danken all denen, die auf diesem Parteitag die integrierende Kraft der CDU, die Kameradschaft, die Freundschaft innerhalb der CDU so deutlich vor aller Welt unter Beweis gestellt haben.

Ich danke aber vor allem noch einem, unserem Freund und Generalsekretär Dr. Heck;

(sehr starker langanhaltender Beifall)

denn, meine Damen und Herren, ich kenne ja das Maß seiner Arbeit. Mich schaudert es bei dem Gedanken, daß es nicht gelungen wäre, auf dem letzten Parteitag dieses Amt des Generalsekretärs zu schaffen; denn das Riesenmaß an Pflichten, das hier wahrzunehmen ist, könnte der Parteivorsitzende auch mit unserem seit vielen Jahren bewährten Freund Dr. Kraske, dem ich bei der Gelegenheit auch ein sehr herzliches Wort des Dankes sagen möchte,

(starker Beifall)

gar nicht durchführen. Dr. Heck hat bestimmte Eigenschaften des schwäbischen Stammes,

(Heiterkeit)

des oft berufenen schwäbischen Stammes. Er lebt nach dem Wort: Mehr sein als scheinen. — Und Besseres, glaube ich, kann man von ihm gar nicht sagen. Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, ziehen wir aus, wenn auch nicht schon in den Wahlkampf. Ich huldige dem alten militärischen Prinzip, den Gegner so nahe

herankommen zu lassen, bevor man die erste Salve gibt, daß man daß Weiße in seinem Auge sieht.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall)

Ich würde Ihnen raten, verschießen wir unser Pulver nicht zu früh. Andere tun es zu ihrem Schaden, nämlich seit Jahren schon immer. Wir wollen diesen Fehler nicht machen. Nun weiß ich, es gibt eine Diskrepanz, und da bin ich vielleicht manchmal gegen den einen oder anderen unter Ihnen ungerecht gewesen. Ich muß oben diese Politik zu Ende führen. Wir haben ein klares Programm zu erfüllen. Vieles hat die Regierung vom Tisch, aber vieles liegt auch noch im Parlament zur Beratung und muß durchberaten und muß entschieden werden!

Was wird mit der Finanzreform, wenn die beiden Koalitionspartner vorher auseinanderfallen? Damit hätten wir einen unserer größten Programmpunkte nicht erfüllt. Und so gibt es noch eine ganze Reihe wichtiger Dinge. Wir müssen das also zu einem guten Ende bringen.

Nun weiß ich wohl, daß draußen, sozusagen an der Front, das Geplänkel schon begonnen hat. Ich habe Flugblätter, Pamphlete gelesen, von denen ich sagen mußte: Nun, das ist wahrhaftig alles andere als fair. Ich habe es angedeutet, als ich von dem Anteil des Wirtschaftsministers und des Finanzministers an der Lösung der beiden großen Aufgaben sprach. Jeder, der sich auskennt, weiß, daß gerade unsere neue Art von Politik ja ein ganz besonders enges Wechselspiel zwischen diesen beiden Ressorts erfordert. Aber wenn wie im Wahlkampf in Niedersachsen damit geworben wird, daß der Beschluß über die Erhöhung der Bezüge unserer Rentner im Kabinett gefaßt worden sei, als mein Stellvertreter Willy Brandt den Vorsitz gehabt habe, — meine Damen und Herren, das ist nun wirklich unter der Gürtellinie,

(Beifall)

und so etwas sollten auch die Leute draußen nicht tun, und die Parteileitungen sollten verhindern, daß es geschieht.

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe anderer Beispiele anführen. Aber auch hier sage ich Ihnen: Immer mit der Ruhe! Unser Volk hat ganz klare Augen, unser Volk sieht ganz genau, wer zuerst an das Volk und dann an die eigene Partei denkt. Und das, meine Damen und Herren, wollen wir uns für die kommenden Monate merken. Das „zuerst an das Volk und dann an sich selbst denken“ wird uns auch im nächsten Jahr — davon bin ich fest überzeugt — den großen Sieg einbringen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Präsident Amrehn: Sie erleben, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, die Begeisterung, mit der dieser Parteitag Ihnen für die Worte der Klärung und der Zielweisung dankt. Dieser Parteitag ist sich in seinen Beratungen der politi-

schen und geistigen Kraft seiner Delegierten und Mitglieder neu bewußt geworden, und aus diesem Bewußtsein seiner Kraft setzt er sich auch seine Ziele. Nicht weil wir den Wahlkampf jetzt schon beginnen wollen, aber weil wir die Ziele sehen, meinen wir, daß wir uns vorzunehmen haben, mit Ihnen im nächsten Jahre frei zu werden vom Zwang zur Koalition und deswegen auf die absolute Mehrheit im Bundestag zuzusteuern.

(Beifall)

Wir meinen, daß wir dies, Herr Bundeskanzler, mit Ihnen und unter Ihrer Führung können, und daß wir heute schon wissen, daß der Bundeskanzler nach den Wahlen 1969 wiederum Kiesinger heißen wird.

(Lebhafter Beifall)

Das nehmen wir mit von diesem Parteitag in Berlin, und das möchten Ihnen die Delegierten hier sagen.

Wir haben diesen Parteitag in Berlin auch wiederum in dem Bewußtsein gemacht, daß hier gerade in solcher Zeit das politische Bewußtsein der Berliner Bevölkerung durch unsere Tagung und durch die Art, wie wir sie durchgeführt haben, neu gestärkt worden ist. Daran haben Sie alle Anteil, und daran haben Sie, Herr Bundeskanzler, besonderen Anteil durch die Reden, die Sie hier gehalten haben, und ganz besonders durch die Kundgebung, die wir gestern für die Berliner Bevölkerung in Neukölln durchgeführt haben.

(Beifall)

Haben Sie sehr herzlichen Dank dafür, Herr Bundeskanzler! Haben Sie alle sehr herzlichen Dank dafür, die Sie zu dieser Tagung nach Berlin gekommen sind. Ich meine, es ist ein besonders stolzes Zeichen, daß von 572 gewählten Delegierten der CDU in der ganzen Bundesrepublik 569 in Berlin waren.

(Beifall)

So eine Zahl haben wir noch auf keinem Parteitag erreicht. Auch das ist ein Bekenntnis zu Berlin.

Und nun, meine ich, sollten wir nicht auseinandergehen, ohne ganz herzlich auch den Kräften zu danken, die es in dieser Stadt möglich gemacht haben, in Ruhe, wenn auch unter notwendigem Schutz, aber in Ruhe unsere Verhandlungen zu führen, und den Polizisten und den Ordnern von ganzem Herzen zu danken, die dafür Opfer gebracht haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich danke Ihnen für den Beifall, und ich will Ihre Zustimmung dazu gerne dem Senat, der Polizeiführung und jedem einzelnen Polizisten und Ordner weitergeben, die sich darum verdient gemacht haben, daß unser Kongreß so reibungslos hat ablaufen können.

(Beifall)

Damit schließe ich den 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

(Beifall)

(Schluß des Parteitages: 14.08 Uhr.)

Namensverzeichnis

- Amberly, 17
Amrehn, 6, 15, 17, 18, 20, 44, 209,
220, 221, 222, 223, 224, 227, 228,
229, 230, 231, 232, 233, 235, 237,
239, 242, 244, 245, 247, 250, 257,
260, 263, 264, 269, 275, 278, 280,
285, 287, 291, 296, 299, 301, 303,
304, 306, 307, 309, 310, 312, 313,
315, 412, 413, 414, 416, 418, 419,
420, 421, 422, 424, 425, 426, 427,
431, 433, 434, 436, 437, 438, 452
von Arnim, 65, 72, 81, 354
Barzel, 146–169
Benda, 189, 265–269
Berger, 396
v. Bismarck, 115
Blüm, 299–301
Borgards, 335
Brauksiepe, 5, 45, 59
v. Bronk, 383, 388
Brück, 112, 198
Burgbacher, 228, 229, 232, 380, 406,
409, 411
Burgemeister, 372, 376
Czaja, 343
Damm, 187
Dichgans, 144
Dollinger, 18
Dorenburg, 107
Dregger, 85, 95, 98
Dufhues, 220, 233–235, 367
Echternach, 194
Ehlert, 63, 97
Eichelbaum, 78, 79
Emmerich 101, 187, 247
Erhard, 270–275
Etzbach, 97, 366
Eyrich, 195, 199, 201
Filbinger, 175–177
Fuchs, 330–332, 333, 336
Gerisch, 307–309, 347
Gewandt, 228, 229, 230, 231, 232,
248–250, 427
Gocht, 190, 202
Gölter, 193
Gradl, 429–431
Grundmann, 261–263, 392, 400, 405,
420, 425
Gündisch, 323
von Hassel, 79, 80, 82, 83, 102, 110
Hasselmann, 237–239
Häussler, 258–260
Hauser, 424
Hebing, 413
Heck, 46–59, 98, 363–365, 413, 415
von Heydebreck, 143
Hilf, 171
Honig, 207
Jacobi, 217
Jäger, 76, 77, 186, 418
Kaiser, 367
Kalinke, 384, 388, 391, 393, 401, 402,
404
Katzner, 250–257
Kiep, 106, 111, 347, 348
Kiesinger, 5, 24–44, 438–452
Kissel, 123, 408
Klepsch, 118, 121, 122, 123, 124, 126,
128, 130, 131, 135, 137, 139, 141,
142, 143, 144, 145, 169, 170, 171,
173, 175, 179, 181, 183, 185, 187,
188, 189, 190, 191, 193, 195, 196,
197, 198, 199, 200, 201, 202, 205,
206, 208, 209
Kliesing, 87, 94, 206
Knudsen, 350, 353
Kohl, 65–67, 118–121, 131, 132–135,
179, 181, 205, 209
Köppler, 188, 198, 208, 361
Krämer, 130, 203–205
Kraske, 431–433, 436, 437, 438
Krauss, 350, 390, 408
Krippendorf, 385, 389
Kuhn, 313–315, 379, 383
Lampersbach, 377, 382, 392, 398, 406,
421, 426
Lange, 183
Lemke, 62, 96, 109, 179, 235–237

Lemmer, 433
 Lenz, 91, 94, 211, 214
 Löher, 245–247
 van de Loo, 371, 407, 410
 Lorenz, 60, 63, 65, 67, 70, 71, 73, 74,
 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 85, 86,
 87, 88, 90, 91, 93, 94, 95, 96, 97, 98,
 99, 100, 102, 103, 105, 106, 108,
 109, 110, 111, 112, 115, 116, 117
 Mahler, 74, 242–244
 Majonica, 97
 Martin, 139–141
 Maurer, 127
 Meier, 116, 200, 373
 Meyers, 96, 142, 197, 278–280
 Mick, 280–285
 Mikat, 95, 173–175, 213, 291–296
 Müller, Adolf, 287–290, 363, 365, 366,
 367, 369, 370, 371, 372, 373, 374,
 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381,
 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388,
 389, 390, 391, 392, 393, 395, 396,
 397, 398, 399, 400, 402, 403, 404,
 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411
 Müller, Alfons, 224, 309
 Müller-Hermann, 121, 324, 325, 332,
 333, 335, 337, 338, 341, 343, 346,
 349, 351, 353, 354, 355
 Neuhaus, 387
 Nickels, 303
 Niermann, 318, 320, 321, 322, 323,
 326, 328
 Orgass, 306, 335, 339, 425
 Paetz, 397, 399
 Rasner, 108
 Riesebrödt, 62, 185, 196
 Riesenhuber, 191
 Rollmann, 129, 177–179, 339, 340, 341,
 342, 343, 344, 346, 347, 348, 350,
 351, 352, 353, 354, 355, 356
 Rommerskirchen, 112
 Rosenberg, 15
 Roth, 221
 Russe, 378, 379, 394, 395, 398
 Sauer, 310, 342
 Schäfer, 221, 222
 Schepers, 71
 Scherer, 170
 Schetter, 297–299
 Scheufelen, 263, 425
 Schöttle, 319, 321
 Schwarzhaupt, 123, 128, 356, 357, 358,
 359, 360
 Schwarz-Schilling, 223, 224, 230
 239–242, 408
 Schütz, 12
 Siemer, 340
 Simon, 124
 Soenius, 306, 329, 345, 347
 Späth, 326
 Stark, 285–287
 Stecker, 318, 320, 321, 322, 323, 324,
 325, 326, 327, 328, 329, 330, 332,
 333, 334, 335, 336, 337, 338
 Stehle, 275–278, 407
 Steuer, 325
 Stingl, 370, 372, 375, 376, 380, 381,
 386, 400, 403, 405, 418, 419, 422
 Stommel, 373
 Stoltenberg, 137–139, 212, 214, 215,
 217
 Susset, 328
 Teufel, 200, 330, 333, 336
 Tübler, 304
 Veba, 351
 Voetmann, 377
 Vogt, 224, 301–303, 374
 Vogel, 135–137
 Vos, 244
 Wagner, 84, 92, 141, 222, 327
 Walz, 211, 212, 213, 214, 215, 216,
 217, 218
 Weimar, 216
 v. Weizsäcker, 69, 70, 71, 73, 75, 76,
 88, 91, 102, 103, 105, 113, 116, 117
 Windisch, 90
 Witten, 86, 122
 Wolters, 376
 Wörner, 98, 356, 357, 358, 359, 360,
 361, 362
 Zweigle, 104

